JAHRBUCH

DER

GESELLSCHAFT FUR GESCHICHTE DER JUDEN IN DER ČECHOSLOVAKISCHEN REPUBLIK

—

HERAUSGEGEBEN VON Prof. SAMUEL STEINHERZ

—

SIEBENTER JAHRGANG · PRAG MCMXXXV

IN KOMMISSION BEI

TAUSSIG U. TAUSSIG VERLAGSBUCHHANDLUNG IN PRAG

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

REDAKTIONSKOMITEE

—

Bergl Josef, Dr., Sektionsrat, Archiv des Ministeriums des Innern (Prag);
Engel Alfred, Dr., Professor (Brünn);
Kisch Guido, Dr., Univ.-Professor (Halle a. d. Saale);
Lieben Salomon Hugo, Dr., Professor (Prag);
Prokeš Jaroslav, Dr., Obersektionsrat, Vorstand des Archivs des Ministeriums des Innern (Prag);
Steinherz Samuel, Dr., Universitätsprofessor i. R. (Prag).

Druck von Heinr. Mercy Sohn in Prag

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

INHALTSVERZEICHNIS

Václav Pešák . . . Die Judensteuer in Böhmen in den Jahren 1527—1529. (Deutsch von Dr. Anton Blaschka) 1

Rudolf Wenisch . . Beziehungen Komotaus zu den Juden der Umgebung im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert 37

Ludwig Singer . . Die Entstehung des Juden-Systemalpatentes von 1797 199

Wenzel Žáček. . . Zu den Anfängen der Militärpflichtigkeit der Juden in Böhmen. (Deutsch von Oberfinanzrat i. R. Dr. jur. et phil. Friedrich Karl Pick) 265

František Roubík: Zur Geschichte der Juden in Böhmen im neunzehnten Jahrhundert. (Deutsch von Dr. Anton Blaschka) . . . 305

Bernhard Brilling . Manasse von Hotzenplotz 387

Alfred Grotte. . . Historische Baudokumente jüdischer Wanderung in Böhmen und Mähren 399

B. Suler . . . . . Ein Maimonides-Streit in Prag im sechzehnten Jahrhundert 411

Tobias Jakobovits: Die Erlebnisse des R. Berl Jeiteles als Primator der Prager Judenschaft 421

S. H. Lieben . . . Oppenheimiana 437

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Judensteuer in Böhmen in den Jahren 1527—1529.

Von Dr. Václav Pešák, deutsch von Dr. Anton Blaschka.

—

Das in den letzten Jahren erfreulicherweise erstarkte Interesse für die finanzielle und wirtschaftliche Seite der Staatswirtschaft hat die Aufmerksamkeit auch auf die Probleme der Steuer (der Berna) gelenkt, welche die ausgiebigste staatliche Einnahmsquelle darstellte. Die besondere gesellschaftliche Stellung der Juden im 16. Jahrhunderte bedingte auch die Eigenart der jüdischen Steuerpflicht; die unkonsolidierten innerpolitischen Verhältnisse in den ersten drei Jahrzehnten trugen jedoch auch in dieses Gebiet eine Menge von Problemen und verursachten so der praktischen Politik für längere Zeit bedeutende Schwierigkeiten. Ein besseres Verständnis für die Siedlungs- und Wirtschaftsverhältnisse, unter denen die Juden zu Anfang des 16. Jahrhundertes lebten, wird das Verständnis für die wirtschaftliche und politische Bedeutung der besonderen Judensteuern und die sonstige, auf Rechnung der Steuern gehende Belastung der Juden in jener Zeit wesentlich erleichtern.

Der wirtschaftliche Aufbau der Judengemeinden war freilich sehr verschieden. Die jüdischen Siedler auf dem Lande gingen allmählich zur handwerklichen Produktion über. Dies war jedoch einzig und allein durch unmittelbare Förderung oder doch zumindest stillschweigende Zustimmung der Obrigkeiten möglich und lieferte daher diese Handwerker völlig dem Schutze ihrer Grundherren aus. In den königlichen Städten und namentlich in Prag dagegen wurde die handwerksmäßige Produktion von den Zünften beherrscht,[1] hier müssen wir daher in der Judenschaft ein ausschließlich handelstreibendes Element erblicken. Diese Unterschiede bedingten an und für sich bei beiden erwähnten Klassen der Juden ein verschiedengeartetes Steuerobjekt, daneben fiel bei den Steuern auch noch die ungleiche Behandlung in die Wagschale, die der Adel oder die Stadt als Obrigkeit der Juden in politischer Hinsicht übte. In den königlichen Städten, in welchen die Regierung — wenngleich nach zähem Kampfe — die Juden unmittelbar den königlichen Organen unterworfen hatte,[2] wurde die jüdische Bevölkerung früher und in viel größerem Umfange zur Steuerleistung herangezogen. Die auf den Dörfern oder in untertänigen Städten der Adeligen (namentlich wohlhabender Vertreter des Herren- und Ritterstandes) ansässigen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juden hingegen waren nicht in dem Maße dem unmittelbaren Einfluß der Steuerorgane ausgesetzt. Mit den Finanzinteressen der ackerbautreibenden Landobrigkeiten war die jüdische Bevölkerung vorweg durch ihre enge Zusammenarbeit auf dem Geldmarkte verbunden;[3] unter den Schuldnern der jüdischen Handelsleute zu Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhundertes finden wir auch Persönlichkeiten aus den vordersten Reihen der öffentlichen Faktoren.[4] Die Bedeutung der jüdischen Handelsleute auf dem Lande erschöpfte sich nicht in der Funktion von Dorfuntertanen, sondern dank ihrem wirtschaftlichen Übergewichte bildeten sie auch für ihre Obrigkeiten ein wichtiges Wirtschafts- und Finanzobjekt. Vereinzelte Nachrichten, besonders Kaufverträge, lassen in ihren Klauseln über die Lastentilgung des betreffenden Gutes erkennen, daß die Forderungen der jüdischen Handelsleute eine Kategorie bildeten, welche an Umfang und Zahl auch auf dem Gebiete der Hypothekar- und anderen Darlehen eine bedeutende Rolle spielte.[5] Manche Juden in untertänigen Ortschaften unterhielten geldgeschäftliche Beziehungen bis über die Grenzen des Böhmerlandes und nahmen dabei auch mit Erfolg die Hilfe ihrer adeligen Obrigkeiten in Anspruch.[6] In Anbetracht der verhältnismäßig günstigeren Stellung der Judenschaft unter den Landobrigkeiten kann es nicht wundernehmen, daß die Juden mit Vorliebe den Schutz oder selbst die Untertänigkeit bei mächtigen Edelleuten suchten. Zdenko Lev von Rožmital ist in dieser Hinsicht wohl nur ein typisches Beispiel, wenngleich es den Grundherren, die auf ihren Gütern Juden angesiedelt hatten, durchaus nicht überall gelang, die rechtliche Bestätigung der Machtbefugnis über die Juden zu erlangen, wie sie im Jahre 1522 der Rožmitaler erlangt hat. Aber die in der Wladislawschen Verordnung vom 17. November 1499 ausgesprochene Norm war so durchbrochen und der Schutz, den die Obrigkeiten im Widerstreit damit den Juden angedeihen ließen, konnte den Ausgangspunkt für eine ähnliche Exemtion bilden. Aus einzelnen, wenngleich nicht hinreichend klaren Nachrichten läßt sich in der Tat schließen, daß die Schichte der „Herrenjuden" auch über die Mitte des Landes hinausreichte und sich auch auf Obrigkeiten erstreckte, die eine weniger bedeutungsvolle öffentliche Stellung einnahmen als Herr Lev.[7] Es scheint, daß die „Zuweisung" von Juden an adelige Obrigkeiten den Juden in der Regel die Möglichkeit bot, nach Bedarf und Wunsch ihren Wohnsitz zu wechseln.[8] Von „Herrenjuden" lesen wir in der Geschichte der Städte Bakov, Libochowitz, Aussig a. E., der Güter des Johann Špetle des Älteren von Janowitz, des Oppel v. Viztum auf Neu-Schönberg; in Turn, in Heřman-Městec, in Pardubitz, Ledetsch, Budyn[9] werden ebenfalls Juden unter herrschaftlichem Schutz erwähnt. Die Mißgunst der städtischen Bevölkerung gegen solche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

fremde Juden, die durch ihren Anteil am städtischen Handel sowohl die Interessen der Stadtbürger als auch der unter die Stadtobrigkeit gehörenden Juden berührten, führte hie und da zu sehr scharfen Repressalien.[10]

In den königlichen Städten, in denen – wie bereits oben bemerkt – die Zünfte ihren Einfluß auf die Gewerbe- und Handelspolitik der Gemeinde geltend machten, waren freilich die Bedingungen für ein wirtschaftliches Vordringen der ansässigen Juden nicht so günstig. Überdies trug das Erlahmen der zentralen Staatsgewalt zu Beginn des 16. Jahrhundertes und das hieraus entspringende Erstarken der Autonomie und politischen Macht der Städte dazu bei, daß auch die unmittelbare Zuständigkeit zur königlichen Kammer den Juden nicht mehr die Gewähr einer ruhigen Entwicklung bot. Die in der Wladislawschen Verordnung vom 7. September 1499 begründete Ungleichheit in der verwaltungsrechtlichen Zuständigkeit der Juden in den königlichen Städten lockerte die Bande zwischen den Judengemeinden und erschwerte die Grundbedingungen einer einheitlichen Politik. Durch Unterstellung der Prager Juden unter den Hofrichter und der Juden in den übrigen königlichen Städten unter den königlichen Unterkämmerer[11] war ein einheitliches Vorgehen in Judenfragen für das ganze Land sehr erschwert worden. Unter dem Drucke der organisierten Handwerker und Handelsleute waren die Juden gezwungen, sich in den freien Städten hauptsächlich auf das Geldgeschäft zu verlegen. Aber trotz dieser Teilung in verwaltungsrechtlicher Beziehung sind doch gewisse einheitliche Züge der Wirtschaftspolitik in den freien Städten mit jüdischen Ansiedlern erkennbar. Zahlreiche Maßnahmen, die zu Anfang des 16. Jahrhundertes in den königlichen Städten ergriffen wurden, zeigen das Bestreben, einerseits das jüdische Geldgeschäft zu regeln und es vor allen Dingen im Rahmen der geltenden Gesetze und unter der politischen und gerichtlichen Kontrolle der autonomen Stadtgemeinden zu halten, anderseits aber den Handel der einheimischen und fremden Judenansiedler in andern Erwerbszweigen zu unterbinden[12] oder ihn zumindest in feste Schranken zu weisen.[13]

Aus dem Wechsel in der politischen Zuständigkeit der Prager Judengemeinde, die sowohl zahlenmäßig als auch wirtschaftlich unter der jüdischen Bevölkerung die vorderste Stelle einnahm, ergaben sich zu Beginn des 16. Jahrhundertes unter der politischen Entwicklung auch die Voraussetzungen für die Beurteilung der finanzrechtlichen Stellung der Juden in Prag und in Böhmen; das spielte zu Beginn der Regierungszeit Ferdinands eine bedeutsame Rolle. Das Wladislawsche Privilegium vom 21. Mai 1508 brachte die Änderung, daß an Stelle des mit Gesetz vom 7. September 1499 bestimmten Hofrichters der Oberstburggraf trat

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

und dessen Gehilfe, der Prager Burggraf.[14] Diese Verfügung sicherte zwar den Juden einen sehr wirksamen Schutz und hob durch die Angliederung der Prager Judengemeinde an das Amt des Oberstburggrafen auch ihre öffentliche Bedeutung, aber gerade dieses enge Verhältnis brachte auch zahlreiche Nachteile mit sich. Die bedeutsame Rolle, die im politischen Leben Zdenko Lev von Rožmital spielte, und namentlich seine führende Stellung im Kampfe gegen die königlichen Städte, brachte die Prager Juden in eine recht schwierige Lage. Die Stadt, in der diese Juden lebten, erhob auf ihre guten Dienste ebensogut Anspruch, wie ihr politischer Hauptgegner, dem nach dem Gesetze[15] die Verwaltung der Prager Judenstadt zustand. Während des politischen Kampfes des Adels mit den Freistädten, der zu einer tiefgehenden gegenseitigen Entfremdung dieser beiden Schichten führte, bahnte sich ein schärferer Unterschied in der Lage zwischen jenen Juden an, die unter Adelsobrigkeiten wohnten und völlig auf diese erstarkende Gesellschaftsschicht angewiesen waren, und jenen Juden, die in den königlichen Städten wohnten; denn hier konnte neben den autonomen Ortsorganen, auf denen zweifellos die Last der laufenden Verwaltungs- und Sicherheitsagenda ruhte, nach dem Gesetze vom 9. September 1499 auch der königliche Unterkämmerer eingreifen. Namentlich die Prager Judengemeinde geriet in zunehmendem Maße in Abhängigkeit von dem Stadtrate.[16] Die führende Stellung Prags im Kollegium der Freistädte äußerte sich auch in Fragen, die die jüdischen Ansiedler dieser Städte betrafen. Die Rechtsbelehrungen, welche die Landstädte bei der Prager Stadt einholten,[17] trugen einesteils zur Betonung des städtischen Oberrechtes über die Juden bei, anderseits stärkten sie das einheitliche Vorgehen der Städte in der Judenfrage. Erleichtert wurde diese Entwicklung namentlich dadurch, daß in der Frage der Zuständigkeit der in Prag ansässigen Juden die Stadt Prag immer mehr Übergewicht bekam, während die Kompetenz der königlichen Beamten zurücktrat. Gegen Ende des zweiten Jahrzehnts des 16. Jahrhundertes galten die Prager Juden bereits als „Untertanen" der Prager Gemeinde;[18] die Gemeinde übte alle laufenden Verwaltungsgeschäfte hinsichtlich der Prager Juden aus und bezog wohl aus diesem Titel wenigstens einen Teil der jüdischen Gebühren.[19] Auch in dieser Hinsicht hat sich zwar die Entwicklung nicht deutlich ausgeprägt, doch aus dieser Quelle entsprang ein weiterer Teil der Schwierigkeiten, mit denen im Jahre 1527 die Judensteuer und ihre Einhebung in finanzieller und verwaltungsrechtlicher Beziehung zu kämpfen hatte.

Bei der Prager Gemeinde als dem bedeutsamsten Gliede der jüdischen Bevölkerung Böhmens und dem öffentlich anerkannten Repräsentanten aller Juden im Lande machten sich die ersten Restaurationsversuche des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

neuen Herrschers geltend.[20] Neben Verwaltungsfragen wurde bereits im April 1527 über die finanzielle, vorweg die Geldleistungsfrage der Prager Judengemeinde verhandelt und von hier aus konnten die königlichen Behörden binnen kurzem die Emanzipation der Rechte der Kammer auch hinsichtlich der öffentlichen Verpflichtungen der gesamten Judenschaft Böhmens vollenden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Juden nahm außerhalb der königlichen Städte einen im großen ganzen günstigeren Verlauf. Daher die Bemühungen der Juden in den königlichen Städten, eine Änderung der administrativen Zuständigkeit zu erringen. Die hier ansässigen Juden gingen bei ihren Versuchen, unter die obrigkeitliche Verwaltung von Adelspersonen zu kommen, von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Zuständigkeit zu adeligen Obrigkeiten eine freiere Entwicklung und Entfaltung in Handwerk und Handel gestattete, als dies die starren Ordnungen der Stadtgemeinden zuließen. Die hohe Geldbuße, mit der die königliche Kammer im Jahre 1499 (Prag neuerlich 1515)[21] solche Umschichtungen verhindern wollte, vermochte zwar einem öffentlichen Übertritt der Juden in den königlichen Städten unter den Schutz des Adels zu steuern, konnte aber einen engeren Anschluß der Landjuden an die Obrigkeiten ihres Wohnsitzes nicht verwehren; namentlich die auf Vertreibung der Juden aus den königlichen Städten abzielenden Maßnahmen wurden von den adeligen Obrigkeiten dazu ausgenützt, um auf ihren Gütern möglichst viele unternehmungslustige Judenfamilien anzusiedeln.[22] Die günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen stärkten dann zur Zeit des Verfalles der zentralen Staatsgewalt die Überzeugung, daß die Juden politisch und patrimonial denjenigen Obrigkeiten zustehen, auf deren Grund sie wohnen. Diese Anschauung als Ausfluß des tatsächlichen Zustandes faßte im zweiten Jahrzehnt fast allgemein Fuß, und zwar auch auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen, mochte sie auch in schroffem Gegensatz zu der Rechtsstellung der Juden als königlicher Kammerknechte stehen. In dieser Richtung verfolgten die Bestrebungen sämtlicher Judenobrigkeiten das gleiche Ziel. Auch die königlichen Städte machten sich möglichst jede Gelegenheit zunutze, damit die der städtischen Jurisdiktion unterstehenden Juden von den allgemeinen Judensteuerverpflichtungen ausgenommen seien. Derselbe wirtschaftliche und mancherorts auch rechtlich bekräftigte Hergang, der die Juden unter adelige Obrigkeit brachte, verschaffte auch Städten obrigkeitliche Machtbefugnis über die Juden; manche derselben, die aus königlichen Untertänigkeit kamen, wurden auch rechtlich ihrer Eigenschaft als königliche Kammerknechte entbunden.[23] Die Juden werden in manchen Städten „Erbuntertanen" der Stadtgemeinden.[24] Auf diese Weise suchten die Städte zwischen der Feindseligkeit, die in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den Kreisen der städtischen Gewerbetreibenden den Juden gegenüber herrschte, und dem finanziellen Nutzen, der den Obrigkeiten von der wirtschaftlich starken Judenschaft zufloß, zu vermitteln. Der durch Eingliederung der Juden in die Gemeinde erzielte unmittelbare Einfluß auf die rechtliche Stellung derselben erschien den Städten als das beste Mittel, um die Forderungen der Zünfte, als auch die wirtschaftlichen Erfordernisse außerhalb dieses Rahmens zu verbürgen. Die besitz- und verwaltungsrechtliche Zugehörigkeit der Judengemeinden modifizierte so auch die öffentlichen Finanzverpflichtungen, die sich aus der rechtlichen Zugehörigkeit der Juden zur königlichen Kammer ergaben.[25] Die Zeit des wirtschaftlichen und politischen Verfalls der königlichen Macht war den Bestrebungen der Zentralbehörden keineswegs günstig, so daß sie nicht in der Lage waren, gegenüber den Ansprüchen der adeligen Obrigkeit auch rechtlich begründete Ansprüche der königlichen Kammer durchzusetzen.[26] Vereinzelte Versuche, die ohne Nachdruck und System in einer Atmosphäre politischer Spannung unternommen wurden,[27] hatten kein dauerndes positives Ergebnis. Erst die Erstarkung der zentralen Staatsmacht und -verwaltung, die nach dem Regierungsantritt Ferdinands I. in Böhmen begann, bot den Rechtsansprüchen in der Angelegenheit der unbedingten Zuständigkeit aller Juden in Böhmen zur königlichen Kammer wirksam und dauernd praktischen Rückhalt. Der Lockerung dieses Bandes als einer praktischen und wirksamen politischen Methode, die schon vor dem Jahre 1526 ausgebildet war, bediente sich auch die neue Regierung als eines Mittels zur Gewinnung und Erhaltung ihrer Anhänger. Das Kapitel „Juden" der Kammerpolitik beeinflußt auch nach dem Jahre 1527, wenn auch bereits in beschränkterem Maße, die Wirtschaftspläne der Regierungspolitik.[28]

Kennen wir also wenigstens in den Hauptzügen die Wirtschafts- und Verwaltungsbedingungen, unter denen zu Anfang des Jahres 1527 die Verhandlungen über die erste Steuer stattfanden, welche alle Juden in Böhmen entrichten sollten, so besitzen wir nur sehr annähernde Schätzungen über die Anzahl der jüdischen Bevölkerung Böhmens in jener Zeit. Es ist klar, daß sich der Druck der im Jahre 1527 den Juden auferlegten Steuer erst dann recht einschätzen läßt, wenn wir die Zahl der in den Freistädten und auf den Landgütern ansässigen Judenfamilien, namentlich aber ihre Vermögensverhältnisse kennen. Der Umfang der jüdischen Diaspora in Böhmen zu Anfang des 16. Jahrhundertes läßt sich jedoch nur sehr allgemein bestimmen und auch über die Vermögensverhältnisse ist nur sehr wenig bekannt. Ich glaube jedoch, auch der folgende, auf der bisherigen Literatur und auf neuen Archivquellen aufgebaute Versuch, wenigstens die Mehrzahl der Ortschaften festzustellen, wo es Judensiedlungen gab, wird nicht ohne

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nutzen sein, wenn auch die Angaben mangels genauer Nachrichten kein taghelles Licht über die Frage der Judensteuer verbreiten.

Unter den königlichen Städten besaß zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Stadt *Prag* eine sehr starke Judengemeinde; die Namen der jüdischen Handelsleute, die wir in den Listen der Gläubiger zu Ende des 15. und anfangs des 16. Jahrhundertes lesen, und andere Nachrichten lassen eine zahlreiche und wohlhabende Schichte erkennen; ihre Geschäftstätigkeit griff über den Umfang der Prager Altstadt hinaus und war nicht bloß in den übrigen Prager Städten,[29] sondern auch fern auf dem Lande zu bemerken.[30]

Die Prager Gemeinde nahm unter den übrigen Judensiedlungen eine Ausnahmestellung ein, nicht bloß durch ihre Ausdehnung und ihre wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch dank ihrer hochentwickelten Organisation, die selbst von der Regierung respektiert wurde und die Trägerin zahlreicher öffentlicher Funktionen war.[31] Abgesehen von der Vertretung der gesamten jüdischen Bevölkerung Böhmens bei bedeutsamen allgemeinen Verhandlungen mit dem Staate,[32] wirkte die Prager Judengemeinde bei der Bemessung des Anteiles der einzelnen Judensiedlungen an den allgemeinen öffentlichen Beiträgen mit; der Vorstand der Prager Judengemeinde hatte einen klaren Überblick über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller jüdischen Einwohner und wurde eine Art halboffizielles Organ der Steuerverwaltung. Die Bedeutung dieser Funktion, in der die Prager Juden im Jahre 1514 auftreten,[33] wurde zwar etwas in den Hintergrund gedrängt, als das Steuergesetz vom Jahre 1522 die Einbringung von Steuerbekenntnissen für alle Stände und Gruppen einheitlich regelte,[34] aber die Restaurationsbestrebungen der neuen Regierung knüpften wieder an diese Methode an, die der Repartition der besonderen Steuer auf alle Juden in Böhmen entsprach. Auch auf gerichtlichem Gebiete kam die Prager Judengemeinde zur Geltung, doch hie und da mußte sie vor der Stellung der jüdischen Ansiedler in einigen königlichen Städten kapitulieren.[35]

Auch für den Großteil der übrigen königlichen Städte lassen sich die Judensiedlungen doch wenigstens allgemein feststellen. Eine zahlreichere Siedlung bestand zu Anfang des 16. Jahrhundertes wohl in *Beraun*.[36] An dem wichtigen südböhmischen Verkehrsknotenpunkt, *Böhm. Budweis*, waren zahlreiche jüdische Ansiedler an Geld- und anderen Geschäften beteiligt, und ihre Beziehungen reichten über die Stadt hinaus.[37] Die besondere zahlenmäßige Stärke und große wirtschaftliche Agilität der Böhm. Budweiser Juden bezeugen die Beschwerden über Hindernisse von Seiten der Stadtverwaltung und die Versuche der Stadt die ungünstigen Auswirkungen der Schuldforderungen der jüdischen Geschäftsleute herabzumindern. Im Gefolge der gerichtlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Verfolgung der Juden vom Jahre 1505 wurde jedoch die Budweiser Judengemeinde erheblich geschwächt.[38] Die Bürgerschaft von *Časlau* hatte wohl keine eigenen ansässigen Juden, kam aber mit den jüdischen Handelsleuten in häufige Berührung auf den Märkten, vermutlich schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhundertes.[39] Einige Judenfamilien lebten auch in *Taus* und ihre Mitglieder richteten sich nach dem Rechte dieser königlichen Stadt.[40] Auch die ostböhmische Stadt *Königinhof* hatte wohl schon zu Anfang des 16. Jahrhundertes eine Judensiedlung.[41] In *Kuttenberg* gab es zwar keine ansässigen Juden, trotzdem aber nahmen Juden sehr lebhaften Anteil am Wirtschaftsleben der Stadt.[42] Die *Egerer* Judengemeinde, die zu Beginn des 16. Jahrhundertes ihren eigenen Rabbiner besaß,[43] war offenbar recht zahlreich; die Stadt selbst erwies sich für die unternehmungslustigen Juden als ein vorteilhaftes Wirkungsfeld in wirtschaftlicher Beziehung.[44] Auch in der entlegenen Judensiedlung zu *Jaroměř* lebten neben andern Juden zwei bemitteltere Handelsleute, die das Geldgeschäft pflegten.[45] Auch *Kauřim* besaß, wenngleich nicht unmittelbar in der Stadt, so doch unter seiner Jurisdiktion einen ansässigen Juden.[46] In *Klattau* war kein Jude ständig wohnhaft, aber die benachbarten jüdischen Geschäftsleute erstreckten ihre Beziehungen auch in diese Stadt.[47] Unter den in *Leitmeritz* ansässigen Juden ragte zu Beginn des 16. Jahrhundertes das Geschlecht des reichen Bankiers Elias d. Ä. hervor, von anderen Judenfamilien abgesehen; die Geldgeschäfte der hiesigen Juden waren vermutlich recht lebhaft und weitreichend. Wie in anderen Städten äußerten sich auch hier, wohl aus zunftwirtschaftlichen Motiven, Feindseligkeiten gegen die jüdischen Ansiedler.[49] Im benachbarten Rakonitzer Kreise fand sich in *Laun* eine jüdische Niederlassung, die — mochte sie auch schwächer sein als die Leitmeritzer — unter ihren Mitgliedern einige Geldgeschäftsleute zählte.[50] Auch die Juden in *Nimburg* hatten teil am Geldgeschäft und erfreuten sich seit dem Anfange des 16. Jahrhundertes einer rechtlich gesicherten Besitzstellung unter dem Schutze der Stadt.[51] Ob sich in *Pisek*, von wo wir aus dem ausgehenden 15. Jahrhundert Nachrichten über einzelne jüdische Geldverleiher haben, die Juden auch noch bis in das beginnende 16. Jahrhundert gehalten haben, ist nicht bekannt; enger Verkehr der Stadtbevölkerung mit den Juden ist uns allerdings noch aus dem Jahre 1505 bezeugt.[52] Eine große Judengemeinde finden wir dagegen in *Pilsen;* hier besaßen die Juden schon am Anfang des 16. Jahrhundertes eine gewisse wenngleich primitive Organisation für den Verkehr ihrer Mitglieder mit den Stadtbehörden. Ihr ausgebreiteter Handel mit Geld, Lebensmitteln und Kleidung, nicht bloß innerhalb der Stadt, sondern auch mit der Nachbarschaft, war schon im ausgehenden 15. Jahrhundert vom Stadtrat sorgsam geregelt und beweist,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß die Pilsner Judengemeinde volkreich und wirtschaftlich stark war und unter den ersten Judengemeinden rangierte,[53] offenbar gleich hinter der Judengemeinde in der Prager Altstadt.

Die *Rakonitzer* Judengemeinde war wohl schwächer an Zahl und Bedeutung, und zwar offenbar infolge der planmäßigen Beschränkung der Judensiedlungen nach dem Jahre 1512.[54] Über eine Judenniederlassung in *Schlan* haben wir zwar keine ausführlicheren Berichte, doch steht fest, daß auch hier die Juden mit der Stadt und ihren Organen in Verkehr traten.[55] *Tabor* besaß wohl keine stetige Judensiedlung, doch unterhielt es mit den benachbarten Judenorten einen lebhaften Verkehr, besonders auf den Jahrmärkten.[56] Die Juden in *Aussig a. E.* standen in regen Geldgeschäften mit den Nachbarstädten und mit den Untertanen adeliger Obrigkeiten.[57]

In der Umgebung von *Wodnian* waren einige Judenfamilien auf den Gütern der Herren Dívčický angesiedelt.[58] Die *Saazer* Judenniederlassung zählte unter ihren Mitgliedern einige Geldgeschäftsleute; für eine zahlreichere Bevölkerung und wirtschaftliche Tüchtigkeit zeugt der Versuch der Austreibung vom Jahre 1526. Die vorteilhafte Lage der Stadt Saaz im Kreise trug dazu bei, daß sich in der Stadt auch eine Menge Juden konzentrierten, die unter die Verwaltung der umliegenden Obrigkeiten gehörten.[59]

Über die Juden in den untertänigen Städten sind wir nicht einmal in dem bescheidenen Maße unterrichtet, wie über die Juden in den Freistädten. Der Grund liegt auf der Hand: Die jüdischen Landbewohner nährten sich größtenteils vom Kleinhandel und vom Handwerk und kamen nicht so häufig in Berührung mit den staatlichen Zentralbehörden wie ihre wohlhabenderen Stammesgenossen aus den Freistädten; die spärlichen Quellen der ehemaligen Herrschaftsarchive aber haben uns keine Nachrichten über die zahlenmäßige Stärke der jüdischen Schicht unter der Landbevölkerung aufbewahrt. In groben Zügen jedoch läßt sich den Angaben der bisherigen Literatur und den Editionen sowie archivalischen Quellen entnehmen, daß auch auf dem Lande, und zwar sowohl in den untertänigen Städten als auch auf den Dörfern zu Beginn des 16. Jahrhunderts in allen Kreisen Böhmens jüdische Bevölkerung vorhanden war.

Hinsichtlich Mittelböhmens finden wir zahlreiche Namen von *Koliner* Juden unter den Geldverleihern zu Beginn des 16. Jahrhundertes;[60] auch sonst stellt die Koliner Niederlassung eine sehr bedeutsame und wirtschaftlich starke mittelböhmische Judensiedlung dar.[61] Auch in dem nicht fernen *Chlumetz* gab es schon damals zumindest zwei Mitglieder der Judengemeinde, die sich mit Geldverleihen befaßten;[62] offenbar besaß auch *Podiebrad* einige ansässige Juden.[63]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Verhältnismäßig wenig Nachrichten haben wir über die Juden in Südböhmen. Hier rief zweifellos das schroffe Vorgehen gegen die Juden in Böhm. Budweis eine Massenabwanderung der Juden nach andern Kreisen hervor, namentlich nach Nordböhmen. In dem handelspolitisch bedeutsamen *Prachatitz* ist ein jüdischer Handelsmann im letzten Viertel des 15. Jahrhundertes erwiesen.[64] In *Strakonitz*, am Sitze des Priorates des Johanniterritterordens, wohnten zu Anfang des 16. Jahrhundertes einige Judenfamilien und eines ihrer führenden Häupter beteiligte sich auf dem Geldmarkte.[65] Auch in *Wollin* und in dem handelspolitisch hochbedeutsamen *Neuhaus* waren Juden angesiedelt.[66] In *Beneschau* bestand die jüdische Bevölkerung wohl nur in wenigen Familien.[67]

In Westböhmen saßen Juden in dem untertänigen Städtchen *Hostau*, in *Haid*,[68] in *Teplitz* und vielleicht auch auf anderen Gütern des Zdenko Lev von Rožmital;[69] offenbar hatte auch *Horowitz* einige jüdische Ansiedler.[70] Einige Judenfamilien gab es in *Theißing*.[71] Die Judengemeinde in *Karlsbad* wurde etwa zu Ende des 15. Jahrhundertes vertrieben. Die stärkste und anscheinend auch regsamste Judenniederlassung in Westböhmen bestand in *Welwar*. Die Welwarer Gemeinde, die wegen ihrer Lage offenbar einen lebhaften Verkehr mit Prag unterhielt, beherbergte unter ihrer Bevölkerung eine verhältnismäßig bedeutende Judenkolonie. Ihre Mitglieder betrieben Geschäfte mit Geld und Ware und beschränkten sich hiebei nicht allein auf die Stadt, sondern dehnten sie selbst bis Schlan[72] und sicher sogar bis Prag aus.

In Nordböhmen ist zu Beginn des 16. Jahrhundertes ein ansässiger Jude in *Bakov* bezeugt; vielleicht gab es damals auch in *Weißwasser* und *Münchengrätz* Juden.[73] In *Teplitz* war eine zahlreiche und wohlhabende Judenkolonie.[74] Auch in dem kleinen *Slavětín* und *Willomitz* hielten sich offenbar einige ansässige jüdische Untertanen.[75] In *Libochowitz* gab es seßhaftige jüdische Kolonisten, bei denen die Untertanen aus den umliegenden Dörfern ihren Geldbedarf deckten.[76] Von *Raudnitz* hatte der Jude Lazar seinen Zunamen, er mochte daher wohl längere Zeit hier gewohnt haben.[77] Auch in *Auscha* wohnten einige Judenfamilien.[78] In *Turn* waren mindestens zwei Judenfamilien angesiedelt.[79] Auch auf den Gütern des Oppel von Viztum auf *Neu-Schönberg* lebte eine größere Anzahl ansässiger Juden,[80] namentlich in *Radonitz*. Ebenso waren in dem unweiten *Klösterle a. E.*, in *Maschau* und in *Eidlitz* größere Judenniederlassungen.[81] Unter den jüdischen Ansiedlern zu *Komotau* werden um die Wende des 15. und 16. Jahrhundertes zwei Geldverleiher genannt und für die Regsamkeit der Kolonie zeugt das energische Bestreben der Stadt nach Ausweisung der unternehmungslustigen jüdischen Handelsleute, die in der Stadt Handwerk und Handel bedrohten; im Jahre 1517 dürften die Juden aus der Stadt vertrieben worden sein.[82]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Von einem Mitgliede der Judensiedlung in *Budin* ist in den Quellen nur gelegentlich die Rede.[83] Auch in *Jungbunzlau* hielt sich seit dem 15. Jahrhundert eine kleinere Judensiedlung; von dort wird zum Jahre 1529 ein wohlhabender jüdischer Handelsmann genannt, ein Untertan des Johann Špetle d. J. von Janowitz.[84] Ebenso gab es in *Jitschin* einige Judenfamilien.[85] Unweit von hier befand sich in *Turnau* eine stärkere jüdische Schichte, die über eine gewisse selbständige Verwaltungsorganisation verfügte.[86] Eine der stärksten Judengemeinden befand sich jedoch in *Bilin*; im Jahre 1527 wurden dort 40 Familien angegeben. Die Obrigkeit, Georg von Lobkowitz, vereinigte hier zweifellos in planmäßiger Fürsorge eine große Zahl von Judenfamilien und hielt sie auf dieser Höhe.[87]

Unter den ostböhmischen Städten besaßen eine Judenniederlassung *Nachod* und *Reichenau an der Kněžna*,[88] zahlreichere Ansiedler, die auch Handwerk trieben, wohnten auch in *Arnau*, wo von Hausübertragungen nach Stadtrecht die Rede ist.[89] In *Neubidschow* bestand eine Judensiedlung, stark an Zahl und in lebhaftem Verkehr mit den Glaubensgenossen der Umgebung.[90] Eine kürzere Nachricht meldet auch von dem Geldgeschäft eines in *Ronov* ansässigen Juden. In *Humpoletz* bestand eine kleinere Niederlassung bereits zu Ende des 14. Jahrhundertes und erhielt sich hier auch weiterhin,[91] ältere und volkreiche Siedlungen gab es in *Skutsch* und in *Heřman-Městec*, sowie in *Pardubitz*;[93] *Leitomyschl* und *Landskron* zählten je einige Judenfamilien.[94] Die Juden in *Hořitz*, wo wenigstens drei Familien wohnten, widmeten sich der Handelstätigkeit;[95] auch in *Ledetsch* wohnte zumindest ein ansässiger Jude, der den Schutz der Obrigkeit genoß.[96]

Hinsichtlich der örtlichen Verteilung siedelte also die Judenschaft in Böhmen keineswegs gleichmäßig dicht. Die dünnste und zahlenmäßig schwächste Besiedlung verzeichnete Südböhmen, eine stärkere Diaspora fand sich in Ost- und Westböhmen, auf die Mitte und den Norden des Königreiches entfielen die Niederlassungen mit der zahlenmäßig stärksten jüdischen Bevölkerung, die denn auch im wirtschaftlichen Leben eine sehr bedeutsame Rolle spielte. Diese beiden Gebiete Böhmens nahmen auch in den jüdischen Steuerfragen eine Vorrangstellung ein.

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir gesehen, daß zu Anfang des 16. Jahrhundertes die Judensiedlungen in Böhmen bedeutsame Wandlungen durchmachten, u. zw. in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und in ihrer rechtlichen und politischen Beziehung zur Staatsgewalt und zu den Obrigkeiten. Ähnlichen Schwankungen waren auch die öffentlich-finanziellen Verpflichtungen der böhmischen Judenschaft unterworfen. Die von den Juden kurz vor dem Jahre 1500 übernommene Verpflichtung, nämlich jährlich an die königliche Kammer 500 Schock

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

böhm. Groschen zu entrichten, was eine Steigerung des bisherigen Kammerzinses um ganze 200% bedeutete, erfuhr bereits im Jahre 1501 eine Abänderung und bei dieser Gelegenheit wurde auch das Verhältnis der gesamten jüdischen Bevölkerung Böhmens zu den öffentlichen Steuern klarer gefaßt. Die Erzielung einer ständigen und ausgiebigen Hilfe für die königliche Kasse, mehr denn ein Ersatz für den bisherigen entsprechenden Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Berna, das war das treibende Hauptmotiv für die Normierung der jüdischen Steuerschuldigkeit. Der Beschluß des Landtages vom August des Jahres 1501 besagte, daß mit dem erwähnten Jahreszins von 500 Schock böhm. bereits auch der Anteil der Juden an allen öffentlichen Abgaben liquidiert sei, soweit sie aus der Bewilligung der Berna oder anderer Steuern durch den Landtag oder aus der autoritativen Entschließung des Königs hervorgehen sollten.[97] Mochte hier auch keine Rede davon sein, daß die Juden davon enthoben würden, zu den von öffentlichen Verbänden niederen Ranges (Städten, einzelnen Ständen u. dgl.) auferlegten Steuern beizutragen, so brachte diese klare Umschreibung der Judenverbindlichkeit hinsichtlich der wichtigsten Art öffentlicher Finanzlasten eine große Erleichterung, besonders darin, daß die willkürliche Bemessung des Beitrages der Juden zu den genannten Steuern gänzlich aufhören sollte. Darüber hinaus brachte der Landtagsschluß den Juden in Böhmen auch einen bedeutsamen finanzrechtlichen Erfolg, indem er aus der Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung Böhmens ein selbständiges Steuersubjekt schuf und dadurch auch die Verwaltungsorgane wesentlich in ihrer Kompetenz einschränkte, die für die Juden in den königlichen Städten erst vor kurzem geschaffen worden waren. Man muß freilich hinzufügen, daß das erwähnte Gesetz vom 6. August 1501 nicht völlig die Gefahr beseitigte, die der jüdischen Bevölkerung aus der ungeklärten Frage anderer als öffentlicher, aus der Entschließung des Königs oder des Landtages hervorgehender Steuern drohte. Aus dem Titel von Beiträgen zu den angeführten besonderen Steuern und Gaben konnten den Juden mißgünstige Obrigkeiten auf sie einen höheren Teil von Leistungen überwälzen, als die bisherigen ausmachten, und die Judenbevölkerung so mit einer gleichen oder höheren Summe belasten, als deren Anteil an den öffentlichen Steuern betrug. Bei der unfreundlichen Haltung, die besonders die Freistädte den Juden gegenüber einnahmen, war ein derartiger Vorgang nicht ausgeschlossen. Die Juden hatten zwar im gleichen Jahre den Schutz gegen falsche Anschuldigung erhalten und so der Form nach die Möglichkeit einer gerechten Untersuchung erlangt, doch diese hing in sehr erheblichem Maße von der Machtbefugnis der Behörden der Juden in den königlichen Städten ab; da aber nur Personen des Herren- und Ritterstandes als Untersuchungs-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

organe zugelassen wurden, rief dies auch politische Einwände des Standes der Städte gegen dieses Verfahren hervor.[98] Diese beiden Gründe waren wohl daran schuld, daß das gute Gesetz in dieser Hinsicht keine praktischen Erfolge zeitigte. Ungünstig wirkte sich auf die Verschärfung der Rechtslage der Juden als unmittelbarer Kammerknechte zunächst die unkonsequente Verwaltungspraxis der Behörden aus, denn sie machten nur gelegentlich ihr Recht geltend und entfalteten keine planmäßige und systematische Tätigkeit, um ihren Einfluß auf die Gesamtorganisation der Judenschaft und auf die persönlichen Angelegenheiten des einzelnen Juden zu sichern.[99] Nicht minder nachteilig wirkte aber auch die Störung der einheitlichen Stellung aller jüdischen Einwohner, die sich aus landesfürstlichen Privilegien für einige königliche Städte ergab.[100] Der wachsende Einfluß Prags und des Kollegiums der Freistädte führte schließlich auch in den Judenfragen zur Schmälerung des Einflusses der Zentralbehörden und prominenter Persönlichkeiten aus den ersten beiden Ständen.[101]

Die Revindikationspläne Ferdinands griffen bereits in der Konfirmation der jüdischen Privilegien und Freiheiten vom 21. März 1527 durch. Ohne irgendwelche örtliche oder persönliche Beschränkung sollten alle Juden in Böhmen kraft dieser königlichen Entschließung unter staatlichem Schutz stehen,[102] der ihnen ungestörten Aufenthalt im Lande zusicherte ohne Rücksicht auf die Interessen von Privatpersonen oder niederer öffentlicher Organe in einzelnen Orten. Nach dieser Stärkung der Rechtsstellung sämtlicher Juden in Böhmen ging die Böhmische Kammer im Namen des Königs und nach seinen Richtlinien daran, die Zuständigkeit der Juden zur königlichen Kammer in verwaltungsrechtlicher und in finanzieller Beziehung zu festigen. Der kürzeste Weg führte zu den Prager Juden; hier konnte die Böhmische Kammer als Staatsfinanzverwaltung am einfachsten Einfluß nehmen und der Staat die alten Rechte geltend machen, die seinen Organen in der Verwaltung der Prager Judengemeinde zustanden.[103] Dieser Weg war auch in politischer Hinsicht sehr gut gewählt.

Bei der führenden Stellung Prags im Kollegium der königlichen Städte wirkte jede Verschiebung zugunsten des Staates in der gleichen Richtung auch auf die Stellung der Juden in andern königlichen Städten und Änderungen im Umfang der Kompetenz der öffentlichen Stellung Prags wirkten als Wegweiser der Entwicklung oder ließen zumindest die Regierungsabsichten erkennen. Für die Revindikation oder die Verschärfung der Rechte der Kammer gegenüber den in anderen königlichen Städten hatte die Staatsfinanzverwaltung freiere Bahn als bei Prag, denn der Verwalter der königlichen Städte, der Unterkämmerer, war Mitglied des Direktoriums der obersten böhmischen Finanzbehörde.[104]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

So unmittelbaren und günstigen Anlaß hatten jedoch weder die Verwaltungs- noch die Finanzorgane des Staates hinsichtlich der auf den Gütern des Adels ansässigen Juden; hier konnte also die Absicht der Staatsfinanzverwaltung nach Klärung und Stärkung der Zuständigkeit der Juden zur Kammer erst an das Steuergesetz vom März 1527 und dessen Auswirkung anknüpfen.

Die Regierung ging in der Frage der Verwaltung der Prager Juden sehr vorsichtig zu Werke. Ohne vorerst den Verwaltungsrahmen, den die Prager Gemeinde in Judensachen ausgearbeitet hatte, anzutasten, war die Regierung durch Vermittlung der Böhmischen Kammer bemüht, die oberste Aufsicht und Leitung über diese Organe zu gewinnen. Dafür legte die Staatsverwaltung von allem Anfang auf die finanzielle Bedeutung der Prager Judengemeinde besonderes Gewicht. In dieser Richtung waren die Regierungspläne sehr weit gespannt und griffen empfindlich in erworbene Befugnisse der Prager Gemeinde ein. Prag sollte nur der Ertrag der Taxen für Erneuerung des Vorstandes der Judenstadt verbleiben, die Steuern und Gaben und verschiedene Gebühren, namentlich die Geldbußen im Verwaltungs- und im Gerichtsverfahren sollten in die Staatskasse fließen.[105] Auf diese empfindlichste Stelle, an der die Prager Stadtkasse sehr schmerzlich getroffen werden konnte, vereinigte sich nach der Absicht seiner Urheber die Hauptanstrengung des Revindikationsplanes der Regierung. Darin drückt sich nicht bloß das fiskalische Interesse der Staatsverwaltung aus, sondern auch die ständische Haltung ihrer Repräsentanten gegenüber dem führenden Mitglied des städtischen Standes. Die unklare politische Situation, in der das Kräfteverhältnis der einzelnen Stände noch nicht klar ausgeprägt und die Erfordernisse der Staatsfinanzverwaltung noch nicht befriedigt waren, gestattete jedoch nicht, eine Revindikationspolitik in jenem Umfang und mit jener Schärfe einzuschlagen, wie es die Böhmische Kammer vorschlug. Auch der Tagesbedarf der Staatswirtschaft forderte vorläufig, die Prager Juden, mit denen der vornehmste politische Faktor Karl von Münsterberg in engem finanziellen Verkehr stand, mit neuen Verwaltungsmaßnahmen nicht allzusehr zu beunruhigen. Inzwischen erreichte die Kammer wenigstens, daß die Regierung das Ersuchen der Stadt Prag abwies, als sie (etwa zu Anfang April 1527) unmittelbar beim König ansuchte, ihr sämtliche obrigkeitlichen Rechte über die Prager Juden zu belassen. Durch diese Verfügung schuf sich die Regierung taktisch etwas Luft in der praktischen Finanzpolitik, denn bereits im April wurde entschieden, die Juden in Prag mit Steuer zu belegen.[106]

Diese Frage mußte jedoch in weiterem Zusammenhange gelöst werden, denn die allgemeinen Probleme der vom Landtage des Jahres 1527 bewilligten Krönungs- und Türkensteuer brachten die Notwendig-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

keit mit sich, die Stellung der Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung in ihrem Verhältnis zur königlichen Kammer als auch das Verhältnis der einzelnen Judengemeinden zur betreffenden Ortsobrigkeit zu klären. Die Konstruktion der beiden vom Frühjahrslandtage des Jahres 1527 bewilligten Steuern, der Krönungssteuer und der Türkensteuer, verursachte bedeutende Schwierigkeiten sowohl in ihrer sachlichen Unvollständigkeit und Unklarheit als auch in der Organisation der vorbereitenden Bemessungsarbeiten und später in der Einhebung der vorgeschriebenen Beträge. Die jüdische Bevölkerung als Steuersubjekt war von diesen Aktionen nicht berührt, denn diese spielten sich zwischen den Gutsobrigkeiten und den Staatssteuerämtern oder den Steuerorganen der ständischen Gruppen ab, denen im Steuergesetz ein Anteil an der Steueragenda eingeräumt war.[107] Schon durch diese Arbeiten waren aber die Juden in Böhmen in den Kreis der Steuerobjekte einbezogen, von den Steuervorschreibungen, die die Steuerorgane bestimmten und von den Steuerpflichtigen forderten, waren sowohl die Juden betroffen, die in den Freistädten saßen, als auch jene, die auf dem Lande unter adeliger Obrigkeit angesiedelt waren. Der Umfang, in dem das geschah, läßt sich heute nicht bestimmen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Auf jene jüdischen Kolonisten, welche völlig in den untertänigen oder städtisch-obrigkeitlichen Verband übergetreten waren, wie wir darauf oben bei Zdenko Lev und bei einigen königlichen Städten verwiesen haben, bezog sich die Bernaverpflichtung ebenso wie auf alle andern Untertanen. Die Ansprüche der Obrigkeiten bezogen sich jedoch zweifellos auch auf jene Untertanen, deren Zugehörigkeit zur Böhmischen Kammer nicht so gelockert war, die jedoch infolge ihres langdauernden Aufenthaltes als ihrer Grundobrigkeit untergeordnet angesehen wurden. Da wir jedoch nicht in der Lage sind genau auch nur den Durchschnitt zu bestimmen, mit dem die Untertanen der Obrigkeiten belastet waren,[108] so erscheint es völlig ausgeschlossen, anzugeben, welcher Anteil an den von den Untertanen beanspruchten Steuerleistungen auf Rechnung der Krönungs- und Türkensteuer auf die jüdischen Bewohner entfiel.

Vor diesen ersten Ansprüchen aus dem Titel von Bernabeiträgen waren eine Zeitlang die Juden in den Freistädten geschützt. Das erklärte sich aus der Opposition, welche die Städte um die Mitte des Jahres 1527 gegen die finanzpolitischen Ansprüche der Staatsverwaltung übten und mit der sie sich gegen die von der Böhmischen Kammer und den Steuerorganen angenommene Auslegung des Steuergesetzes stellten.

In zeitlicher Abfolge waren es zunächst die jüdischen Einwohner der untertänigen Orte, welche die Steuerlast zuerst zu fühlen bekamen. Der Anteil an der Krönungssteuer, die den Kreissteuerleuten abgeführt wurde, wurde von den Obrigkeiten unmittelbar nach der Höhe der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Untertanensteuer bestimmt. Der Betrag oder der verhältnismäßige Anteil, der auf die Untertanen, darunter also auch auf die jüdischen Siedler entfiel, läßt sich heute nicht bestimmen, einmal aus Mangel an Quellen, hauptsächlich aber deshalb, weil die Praxis in dieser Sache durchaus nicht einheitlich war.[109] Aus unterschiedlichen Nachrichten vom Jahre 1527 geht jedoch mit Deutlichkeit wenigstens soviel hervor, daß die jüdischen Angesessenen größtenteils zu der auf die einzelnen Herrschaften von der Krönungssteuer entfallenden Summe beitrugen, und zwar nach Maßgabe der von ihnen an die Obrigkeiten entrichteten Untertanenzinsungen; mancherorts betrugen diese Beiträge bis 100% der eingehobenen Steuersumme. In solchen Fällen zahlten somit die jüdischen und anderen Untertanen zu St. Georgi eine gegenüber dem gewöhnlichen Zins um 50% höhere Summe. Es könnte scheinen — und es wäre nur gerecht —, daß mit dieser Besteuerung der Steuerpflicht der jüdischen Bevölkerung in Böhmen volle Genüge getan wäre. Denn trotz der Unklarheiten, die sich aus der zur allgemeinen Fassung der Steuergesetze vom Jahre 1527 ergaben, galt auch damals in der Praxis der Grundsatz, daß ein und dasselbe Objekt aus dem Titel ein und derselben Steuer nicht doppelt besteuert werden solle; doch die ungeklärte Rechtslage der Juden führte hier zu großen politischen und rechtlichen Komplikationen und brachte den Judenniederlassungen auch große materielle Schwierigkeiten.

Die Regierung erblickte nämlich in der gesamten jüdischen Bevölkerung unmittelbare Untertanen der königlichen Kammer und respektierte auch die Stellung jener Juden nicht, die aus dem Kameralverbande entlassen waren, mochte dies nun durch ein besonderes Privilegium an die betreffende Obrigkeit oder durch Spezialbewilligungen an einzelne Juden erfolgt sein. Sie kehrte sich auch keineswegs daran, daß der Landtagsschluß kein Wort über besondere Beiträge der Juden zur Berna enthielt,[111] sondern belegte bald nach der Schließung des Frühjahrslandtages des Jahres 1527 sämtliche Juden in Böhmen mit einer besonderen Steuer von ungefähr 5000 fl. rh. Zu dieser Summe gelangte die Regierung offenbar nach der Steuerleistung, der die Juden bei der Berna des Jahres 1522 und 1523 unterworfen waren. Diese beiden Steuern brachten schon durch ihre Höhe eine doppelt so hohe Steuerlast mit sich, als die übrigen Bevölkerungsschichten zu tragen hatten.[112] Ziehen wir in Erwägung, daß diese bedeutende Belastung den jüdischen Siedlern zu einer Zeit zugemutet wurde, als sie schon zur Krönungs- und mancherorts auch zur Türkensteuer beigetragen hatten, so läßt sich kaum leugnen, daß der Widerstand der betreffenden jüdischen Steuerträger sowohl als auch der Obrigkeiten, auf deren Grund sie ansässig waren, berechtigt war. Dieser Widerstand blieb nicht auf einen Stand

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Obrigkeiten beschränkt, mochte auch Prag als eine der ersten Obrigkeiten die Ablehnung dieser Zumutung der Regierung aussprechen. Prag konnte sich hiebei auf seine langjährige Verwaltung der Prager Judenschaft berufen. Unter die obrigkeitlichen Rechte, auf die es Anspruch erhob, zählte es im Geiste der Zeit auch die Heranziehung der unterstellten Judenschaft zur Hilfeleistung in den städtischen Steuerverpflichtungen. Ähnlicher Einspruch wurde bald auch aus anderen königlichen Städten laut, zumal bisher noch nicht die Entscheidung in der Streitfrage gefallen war, ob die Städte auch den ständischen Steuerleuten unterstehen, unter denen der städtische Stand keinen Vertreter hatte;[113] namentlich der Vorstand der Stadt Kolin, die sich unter die königlichen Städte zählte, gestattete den eigenen Juden nicht, eine besondere Vermögensfassion zur Bemessung des Steueranteils einzubringen. Bei der Menge der strittigen oder ungeklärten Fragen, die zwischen Prag und der neuen Regierung schwebten, ließ der Herrscher die Rechtsqualität dieser Frage vorläufig ungelöst, trug aber der Kammer auf, den auf die Prager Juden entfallenden Steueranteil so bald als möglich einzuheben.[114] Das Interesse am Ertrage der Berna ließ zeitweilig auch die neuen Anregungen in der Verwaltungsfrage der Prager Judengemeinde zurücktreten, die der Vorstand derselben im Mai der Kammer unterbreitet hatte. Auch sie waren offenbar von der Steuersituation nicht unbeeinflußt. Wenn die Prager Juden in schroffem Gegensatz zur bisherigen Rechtsentwicklung verlangten, daß die gesamte Machtbefugnis der Prager Gemeinde zugesprochen werde, so war dieser Schritt offenkundig nur in dem bisherigen erfolgreichen Widerstand der Stadt Prag gegen die vorgeschriebenen Steuern und die Art ihrer Verwaltung begründet. Der Widerstand Prags sollte offenbar nach der Auffassung der Prager Juden auch sie vor hohen Steuern schützen.

An dem Standpunkt, daß die Juden als königliche Kammerknechte in Steuerfragen ihren Direktiven unmittelbar unterliegen, hielt die Regierung allgemein fest, und zwar nicht bloß aus Rechtsgründen, sondern auch aus Finanzrücksichten. Die Krönungssteuer zeitigte also einen Mißerfolg und brachte den Finanzvoranschlag der Regierung bedenklich ins Wanken.[115] Nach dem allgemeinen Kongreß der Ritterschaft war über die politischen Ursachen desselben kein Zweifel möglich und so sah sich die Böhmische Kammer veranlaßt, mit mehr Nachdruck Mittel bei Personen aufzusuchen, die der ständischen Opposition nicht angehörten. Mit Hilfe der Einnehmer der Krönungssteuer war die Kammer bemüht, anfangs Mai nachträglich in den Kreisen die genaue Zahl der Juden festzustellen, denen sie eine besondere Steuer vorschreiben und von denen sie diese ohne lange Umstände einheben könnte. Die im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kreise ansässigen Juden sollten unmittelbar vor den Steuerleuten ein Vermögensbekenntnis ablegen und auf Grund dieses Materials, dessen Zusendung die Kammer binnen zehn Tagen verlangte, sollten dann die Steuersätze bemessen werden;[116] alle Juden ohne Unterschied sollten herangezogen werden, auch die Inleute. Die etwa gegen Ende Mai gepflogenen Erhebungen hatten jedoch keinen sonderlichen Erfolg und hätten selbst bei günstigem Ergebnis im ganzen nur wenig helfen können. Es fanden sich in den Kreisen nur wenige Juden[117] und ihre Bekenntnisbriefe lauteten auf durchschnittlich geringe Beträge.[118] Selbst dieser geringe Ertrag der Judensteuer war jedoch von innerpolitischen Schwierigkeiten bedroht und von der ungeklärten Rechtslage der Juden auf dem Lande, besonders außerhalb der königlichen Städte. Die Grundherren aus dem Herren- und dem Ritterstande pflegten den in den untertänigen Orten wohnhaften Juden Beitragsleistungen zu der von ihnen geforderten Berna aufzuerlegen und nahmen daher ihre Juden in Schutz, als diese von den Steuerleuten zur Schatzung vorgeladen wurden. Kein Wunder, daß sich die Juden unter diesen Umständen weigerten, die neue Steuer zu bezahlen, ja daß sie mancherorts die Vorlage eines Vermögensbekenntnisses verweigerten.[119] In einzelnen Kreisen ergaben sich auch Schwierigkeiten verwaltungstechnischer Art, die die Konskription des Judenvermögens verzögerten, so daß z. B. im Bechiner Kreise die Juden von den Steuerleuten erst zu Ende des Monats Mai vorgeladen wurden.[120]

Wie die Kammer diesem Widerstand der durch die Besteuerung der Juden betroffenen Obrigkeiten entgegenwirkte, ist nicht genau bekannt. Es scheint, daß sie schließlich – etwa im September 1527 – ihre Zuflucht zu einer Repartition nahm, die sie für alle Juden im Lande durch den Vorsteher der Prager Judengemeinde ausarbeiten ließ, und zwar auf Grund der von den Kreissteuerleuten erhobenen Schatzungen. Bei jenen Juden, welche die Einbringung eines Vermögensbekenntnisses verweigerten, wurde die Leistungsfähigkeit wohl nach den Berna-Anteilen des Jahres 1522 und 1523 abgeschätzt. Die Prager Juden kannten natürlich nicht bloß die Niederlassungen ihrer Glaubensgenossen gut, sondern auch ihre wirtschaftliche Stärke und führten die Repartition im Detail unter die einzelnen Judengemeinden durch. Der Kammer schwebte offenbar der Plan vor, die Prager Juden sollten unter ihrer Oberaufsicht womöglich mit den Delegierten aller oder zumindest der größten Judengemeinden verhandeln, doch die Ereignisse zu Beginn des Jahres 1528 zeigen, daß es nicht dazu kam. Namentlich die Juden aus den Bergstädten des nordwestlichen Böhmen erhoben zu Anfang des Jahres 1528 Beschwerde bei ihren Obrigkeiten, die Prager Juden hätten sich mit ihnen über die Steuerbeiträge überhaupt nicht ins Einvernehmen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gesetzt.[121] Zu diesen Mängeln administrativer Art, die wohl nur auf die Unkenntnis und geringe Bereitschaft der untergeordneten Verwaltungsbehörden zurückgehen, gesellten sich jedoch auch ernste Schwierigkeiten finanzieller Natur. Die Vertreter der Judenschaft boten anfangs nur 2000 fl. an, sie vermochten aber die Böhmische Kammer nicht davon zu überzeugen, daß ihre Forderung von 5000 fl. zu hoch sei, zumal der Mehrzahl der Juden in den untertänigen Orten bereits die Krönungs- und Türkensteuer vorgeschrieben war. Das Elaborat ließ in seinem Hauptpunkte, die Juden sollten durchschnittlich wenigstens soviel beitragen wie die Christen, genauere Richtlinien vermissen – namentlich fehlte eine gründlichere Durchrechnung der Vermögens- oder Einkommensgrundlage – trotzdem aber fand es die Unterstützung des einflußreichen Generalhofschatzmeisters und auf seinen Antrieb erging wohl die königliche Entschließung vom Ende September 1527. Der oberwähnte Einspruch der Juden Nordwestböhmens vermochte zwar weder das weitere Verfahren noch den Umfang der Besteuerung zu beeinflussen, zeigte aber, daß auch die Methoden der neuen Regierung Widerstand fanden. Dieser war auch nicht ganz unbegründet, denn ein gewisser Einfluß der jüdischen Landgemeinden auf Dinge, die die gesamte Judenschaft Böhmens betrafen, war von den früheren Regierungen respektiert worden, und zwar schon zu Ende des 15. Jahrhundertes.[122] Die durch die Böhmische Kammer durchgeführten Zentralisationsbestrebungen der Ferdinandeischen Regierung nahmen jedoch auf diese Gewohnheitsformen keine Rücksicht und die innerpolitische Entwicklung kam der Regierung zu Hilfe, so daß die Kammer schließlich doch den Regierungsstandpunkt in der Judenfrage wenigstens bei einigen Juden auf dem Lande durchsetzte. Als dann auch der Streit der Stadt Prag mit der königlichen Kammer betreffs der Judenadministrative Mitte November 1527 in der Weise beigelegt wurde, daß Prag in der Steuerfrage völlig den Regierungsstandpunkt anerkannte, war auch über die Besteuerung der in den Städten angesessenen Juden entschieden. Schon das Beispiel Prags, des führenden Mitglieds des Städtestandes, das binnen einem halben Jahre alle Forderungen der Regierung anerkannt hatte,[123] könnte den Schluß begründen, auch die übrigen königlichen Städte hätten sich den Forderungen der Regierung in der Frage der Judensteuer gefügt. Die Nachrichten vom Herbste des Jahres 1527, mögen sie auch allgemein gehalten sein, lassen denn auch das Streben der Judengemeinden erkennen, die Steuerlast zu lindern. Im wesentlichen aber war die Notwendigkeit, die besondere Steuer zu bezahlen, bereits anerkannt. Als die Prager Juden die Unnachgiebigkeit der Steuerverwaltung erkannten, erklärten sie sich anfangs September bereit, 2000 fl. zu bezahlen; die Regierung erachtete aber diesen Betrag

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

für unverhältnismäßig niedrig und bestand darauf, daß die Juden in Böhmen auf Konto der Krönungs- und der Türkensteuer unschwer wenigstens 2000 Schock böhmischer Groschen erlegen könnten. Auch nach dem strengen königlichen Befehl vom 20. September wurde zwar über die Höhe der Steuer noch anfangs Oktober verhandelt, aber der entschiedene Standpunkt der Regierung, den sie gleicherweise in der Judensteuerfrage im Jahre 1529 festhielt, zeugt dafür, daß die Regierung in dem Hauptpunkte wohl ihr Ziel erreicht hatte. Die faktische Einhebung der vorgeschriebenen Beträge ging freilich weder unmittelbar noch glatt vonstatten; es scheint, daß der Endertrag sich auf etwa 3000 fl. rh. belief, eine Summe, die ein Jahr darauf zur Grundlage der Steuerbemessung für die Gesamtheit der Juden Böhmens angenommen wurde.

Noch zu Beginn des Jahres 1528, als die Einhebung der alten Steuern vom Jahre 1527 dem Ende zuging, stieß die Böhmische Kammer neuerdings auf Schwierigkeiten, deren Ursache in dem grundsätzlichen Widerstande der Stände gegen die Steuern im allgemeinen und die Judensteuer im besonderen zu suchen ist. Die Kammer hatte bei der Revision der Steuerrechnungen festgestellt, daß die Juden ihren Verpflichtungen größtenteils noch nicht zur Gänze nachgekommen waren. Sie richtete daher an die zuständigen Obrigkeiten die Aufforderung, ihre jüdischen Untertanen zur Bezahlung zu verhalten; den säumigen Zahlern drohte sie mit exekutiver Einhebung des Restbetrages; den Obrigkeiten aber trug sie auf, den Juden keine anderen Steuern aufzubürden. Gegen diese Zumutung setzten sich, soviel bekannt, am stärksten die namhaftesten Edelleute Nordwestböhmens zur Wehr. Der königliche Marschall und Hauptmann der Deutschen Lehensschranne Hans Pflug von Rabenstein im Verein mit dem Oberstkämmerer Albrecht Schlick auf Elbogen und dessen Anverwandten Hieronymus und Heinrich Gebrüdern Schlick auf Elbogen und Schlackenwerth legten am 13. Jänner 1528 bei der Kammer Protest ein, indem sie die bekannten Einwände grundsätzlich-rechtlicher Natur geltend machten. In der Unvollständigkeit des Landtagsbeschlusses hinsichtlich der Verpflichtungen der Juden, von der oben die Rede war, fand der Beschwerdeführer eine geeignete ständische Waffe gegen die Ansprüche des Staates; die Einwände der eigenen Juden aber, daß sie über die Steuerrepartition mit den Prager Juden überhaupt nicht verhandelt hätten, dienten ihm zur nachdruckvollen Begründung, daß auch die Höhe der geforderten Steuersumme nicht berechtigt sei. Die allgemeine Abneigung gegen das Steuerzahlen vereinigte sich bei diesen prominenten Staatswürdenträgern mit der Abneigung gegen die Juden aus der ersten königlichen Stadt und fand in der Forderung, die Judenfrage müsse einheitlich für das ganze Land geregelt

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

werden, wirksame Unterstützung des Begehrens, die Sache möge vorweg auf dem allgemeinen Landtag entschieden werden. Die Verwaltungsbehörden waren natürlich außerstande, die Stellung jener Juden zu regeln, die bisher als Untertanen des Herren- und Ritterstandes galten. Die Rechtsstellung der Juden in den untertänigen Gemeinden war noch immer nicht völlig klar. Da bei der bisherigen Praxis die Ansprüche der königlichen Kammer niemals so schroff geltend gemacht worden waren als im gegebenen Augenblick, machten sich die Opponenten diesen Umstand für die Landtagsverhandlung als willkommene Waffe zunutze, einmal gegen die Kammeransprüche auf die Judenberna, dann aber namentlich gegen die stets betonte Zuständigkeit der königlichen Kammer für alle Juden in Böhmen. Der bisherige Zustand, der im Einklang mit der Anschauung der Opponenten die Machtbefugnis der Kammer nicht so weit spannte, bot zwar Aussicht auf einen gewissen Erfolg der angeführten Einwände, doch war dieser gleichzeitig durch das keineswegs einheitliche Vorgehen der adeligen Obrigkeiten bedroht. Gleichzeitig mit der obenerwähnten Verwahrung grundsätzlicher Natur kamen der Böhmischen Kammer auch die Anschauungen anderer Obrigkeiten zur Kenntnis und ermöglichten ihr die Durchsetzung nicht bloß der Judensteuer, sondern auch die Anerkennung der allgemeinen und direkten Zuständigkeit der Juden zur Kammer, wenigstens dort, wo durch besondere Regierungsakte nicht anders bestimmt war. Die Erklärung des Georg von Lobkowitz vom 28. Jänner, die der Auffassung des Gutsherrn von Bilin und seiner Brüder Ausdruck verlieh, griff nicht den aus den Rechten der königlichen Kammer abgeleiteten Grundsatz der Judenberna an, sondern machte nur auf wirtschaftliche Hindernisse ähnlicher Art aufmerksam, wie sie sich auch bei der Einhebung von Steuern bei anderen Untertanen bereits im Frühjahr und im Sommer des Jahres 1527 gezeigt hatten. Der Streit um die Steuer der Biliner Juden zeigte nicht bloß die Kompliziertheit der Judensteuer auf, sondern ließ auch den tiefgreifenden Einfluß der jüdischen Bevölkerung auf das wirtschaftliche Leben der breiten Volksmassen erkennen. Auf dem Biliner Gute des Georg von Lobkowitz waren mehr denn vierzig ansässige Juden durch die Einstellung der Zinsen von Forderungen betroffen, die sie bei Untertanen des Klosters Ossek hatten, als der Abt dieses Stiftes gegen sie den Klageweg beschritt. Die unmittelbare Zahlungsfähigkeit der Biliner Juden war schon dadurch für den Augenblick stark eingeschränkt und zum Überfluß griffen auch noch andere Obrigkeiten zu ähnlichen Maßnahmen wie der Abt von Ossek. Die Versuche der Biliner Obrigkeit, im Wege des Unterkämmerers die Aufhebung der Zinsensperre auf den Osseker Gütern zu erreichen, führten nicht zum Ziele und die Kammer mußte im Privatprozeßwege die Bezahlung der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vorgeschriebenen Summe der jüdischen Steuerzahler herbeiführen. Dabei waren freilich auch die Untertanen, die den Biliner Juden Geld schuldeten, durch den Prozeß in Mitleidenschaft gezogen, denn die durch das Einschreiten ihrer Obrigkeit hervorgerufene Unsicherheit bedrohte die Stabilität ihrer Wirtschaft sowie ihre Bewegungsfreiheit.

Der Protest der prominenten Politiker Nordwestböhmens, von dem oben die Rede war, berührte zwar auch die Grundfragen hinsichtlich der Stellung der Juden im Lande und namentlich ihr Verhältnis zur königlichen Krone, doch führte er zu keiner endgültigen und grundsätzlichen Klärung der angeschnittenen Fragen.

Das Ergebnis der Judensteuer des Jahres 1527 und 1528 vermittelte zwar der Regierung wichtige Erfahrungen, trug jedoch nur teilweise zur Klärung der rechtlichen Lage der Juden in Böhmen bei, indem es die administrativen Fragen der Judensteuern und ihren Zusammenhang mit den finanziell-administrativen Problemen der Staatspolitik schärfer hervortreten ließ. Die erstarkte königliche Macht über die Freistädte, die bereits im Jahre 1527 bemerkenswerte Fortschritte erzielt hatte,[124] beschränkte sich nicht bloß auf die Steuerfragen, sondern bedingte auch eine straffere Kompetenz der königlichen Organe über die Judenniederlassungen in den Freistädten. Die Regierung bemühte sich hier begreiflicherweise alle Juden unter die Machtbefugnis der Kammer zurückzugewinnen. Hinsichtlich jener Juden, die den Obrigkeiten nur auf Grund des Gewohnheitsrechtes unterstanden, zweifelte die Regierung nicht an der Möglichkeit, die Kameralzuständigkeit wiederherzustellen. Ernstlichere Hindernisse ergaben sich jedoch bei jenen Juden, welche in früheren Jahren aus dem Kameralverbande entlassen worden und mit königlicher Genehmigung in die Untertänigkeit ständischer Obrigkeiten übergegangen waren. Die Revindikation, welche die Böhmische Kammer gegen einzelne Obrigkeiten Nordwestböhmens im Jahre 1527 eingeleitet hatte,[125] brachte nicht die von der Regierung erhoffte Wirkung. Die Ursachen lagen vorläufig außerhalb der Einflußsphäre der Staatsorgane. Die rechtliche Stellung der Juden bildete zwar das ernstlichste Hindernis, doch war auch die praktische Durchführung keineswegs zweckmäßig, denn die Böhmische Kammer nahm keine Rücksicht auf das zwischen den jüdischen Kolonisten und ihren Obrigkeiten bestehende Rechtsverhältnis und faßte unvermittelt die Judeninteressen der Obrigkeiten an der empfindlichsten Stelle an; übrigens war sie gerade im Jahre 1527 und in den folgenden Jahren von ihren finanziellen, politischen und militärischen Aufgaben derart in Anspruch genommen, daß sie die Aktion betreffs der Juden nicht mit jenem Nachdruck und jener Planmäßigkeit verfolgen konnte, als nötig gewesen wäre. In diesem Mangel einer engumschriebenen politischen Kompetenz der Böhmischen Kammer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lag wohl die Hauptursache, weshalb der König vor seiner Abreise aus Prag (d. h. vor dem 13. Oktober)[126] 1527 die administrative Aufsicht über alle Juden in Böhmen den Statthaltern übertrug. In den Händen dieser bedeutsamen Repräsentanten der politischen Verwaltung machte sich bald danach das Bestreben bemerkbar, bei geeigneter Gelegenheit die administrative Aufsicht in Judensachen über die Freistädte zu befestigen und die Repartition, beziehungsweise die Einhebung der vorgeschriebenen Steuerquanten aus der besonderen Judensteuer zu sichern.[127]

Das Steuersystem blieb im Jahre 1528 im Grunde dasselbe, wie es bei der ersten Vermögenssteuer des Jahres 1527 gewesen war, und schuf bei der Judensteuer eine ebenso unklare Lage. Bei der ungelösten Frage der Zuständigkeit der Juden zur Kammer drohte auch im Jahre 1528 schon im voraus die Gefahr, auch die neuen Steuern würden die jüdischen Steuerträger ganz unverhältnismäßig schwer belasten. Der Widerstand gegen die allzuhohe Steuerbemessung des Vorjahres war doch bis zu einem gewissen Grade erfolgreich gewesen, denn die im Jahre 1528 von allen Juden in Böhmen beanspruchte Gesamtsumme war um 2000 fl. niedriger; sie betrug nur 3000 fl. Während der innerpolitischen Reibungen, die im Jahre 1528 und 1529 entstanden, u. zw. zu einem Großteil unmittelbar durch die Steuerpolitik der Regierung hervorgerufen, blieben die Judengemeinden zeitweilig verschont, aber sobald die Regierung im Oktober 1529 energischer vorging, tauchten neuerdings alle Probleme auf, die weder im Jahre 1527 noch im Jahre 1528 gelöst worden waren. Der König war nun bemüht, auch jene Bevölkerungsschichten zur Steuerleistung heranzuziehen, die im Landtagsbeschluß nicht ausdrücklich angeführt waren: neben den Juden betraf dies die Geistlichkeit und den Egerer Kreis. Doch seiner nachdrücklichen Aufforderung an die Böhmische Kammer vom 19. Jänner 1529, mit möglichster Beschleunigung die Repartition der Judensteuer durchzuführen, wurde nicht zeitgerecht und voll entsprochen. Die wichtigen politischen Ereignisse des Jahres 1529 verzögerten die Erledigung der Sache bis zum Herbst, doch auch dann nahm die Durchführung der Regierungspläne keinen glatten Verlauf.

Die unvollständigen Quellen gestatten uns leider nicht festzustellen, ob der interessante Vorschlag verwirklicht wurde, den Ende April 1529 die Prager Juden dem König unterbreitet hatten. Sie machten sich erbötig, die Hälfte der von allen Juden in Böhmen geforderten Summe zu bezahlen, und legten dar, das Herkommen spreche dafür, daß die andere Hälfte der König durch seine Organe einheben lasse. Mochte diese Anregung auch eine Erhöhung der Personalausgaben der Kammer mit sich bringen, so war sie nichtsdestoweniger in hohem Grade geeignet, die administrative Aufsicht über alle Judengemeinden Böhmens zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

stärken. Die Ungunst der Zeit einzig und allein war offenbar daran schuld, daß der König am 21. April 1529 diese Anträge nicht positiv annahm, sondern die Entscheidung dem freien Ermessen der Kammer überließ.

Auch andere Umstände wirkten auf die jüdische Steueragenda ungünstig ein. Namentlich das ungeregelte Verhältnis der Juden in untertänigen Ortschaften des Adels zur königlichen Kammer, im Jahre 1528 nur gestreift, führte zu neuen Komplikationen. In dieser Frage hatten weder die Obrigkeiten noch der König etwas von ihren Ansprüchen aufgegeben. Diese ungeklärte Lage machte sich die Regierung im Herbste des Jahres 1529 zunutze und machte neuerdings ihre Ansprüche auf eine besondere gesamtstaatliche Judensteuer in der Höhe von 4000 fl. rh. geltend, die ohne Unterschied die Juden auf den königlichen Gütern wie auf Gütern von Privaten treffen sollte. Es scheint, daß die Festsetzung der Endsumme, welche die Regierung von den Juden beanspruchte, im Oktober während des Aufenthaltes des Königs zu Prag erfolgte. Das mit der Steuerbemessung verbundene Administrativverfahren wurde stark beschleunigt, so daß bereits um die Mitte Oktober die Aufteilung auf die einzelnen Judensiedlungen fertig war.[128] Die Repartition dieser Steuer wurde von den Prager Judenvorstehern ausgearbeitet, und zwar offenbar auf Grund der jüdischen Personal- und Vermögenslisten, die schon im Jahre 1527 von den Kreissteuerleuten angelegt worden waren. In den Händen der Prager Repräsentanten konzentrierte sich auch die Einhebung dieser Beiträge aus den einzelnen Judengemeinden.[129] In diesen waren wiederum die Judenältesten für die richtige Ablieferung der auferlegten Beträge verantwortlich. Die innere Subrepartition in den einzelnen Gemeinden war offenbar der Übereinkunft der Gemeindeinsassen überlassen. Die Überwachung der ordentlichen Erfüllung der vorgeschriebenen Schuldigkeit durch die örtlichen Oberbehörden war nicht überall gleich. In den königlichen Städten hatten die Gemeindeverwaltungen wohl überall den Auftrag, den jüdischen Steuereinnehmern aktive Administrativhilfe zu leisten und alles zu unterlassen, was den Erfolg der Steuer hemmen könnte, namentlich die Belastung der Ortsjuden mit Leistungen auf Rechnung anderer Steuern;[130] bei den Juden auf Adelsgrund waren die Aussichten auf einen Erfolg der Steuer viel schlechter. Hier nämlich stieß ebenso wie bei der im Jahre 1527 ausgeschriebenen Steuer die Besteuerung der obrigkeitlichen Juden auf den Widerstand ihrer Grundherren, welche ihre untertänigen Juden zugleich mit den übrigen Untertanen zu Leistungen von Beiträgen zu der durch den Landtag des Jahres 1528 ausgeschriebene Grundsteuer herangezogen hatten.[131] Zu einer Entscheidung dieses Streitfalles kam es jedoch auch jetzt nicht, wiewohl die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Regierung recht nachdrückliche Maßnahmen ergriffen hatte. Sie war hiezu namentlich durch den im großen ganzen wenig entsprechenden Erfolg der Steuereingänge veranlaßt worden, der in Verbindung mit der innerpolitischen Unzufriedenheit schlechte Aussichten bot, daß noch bis Ende des Jahres 1529 eine ausgiebigere Finanzhilfe aus böhmischen Steuergeldern gewonnen werden könnte. Darum suchten die Regierungskreise auch schwächere Einnahmsquellen auf, die möglichst rasch bares Geld versprachen. Die Wahl fiel auf die Juden als das geeignetste und einfachste Steuerobjekt. Nach der Gesamtschätzung sollten die Juden in ganz Böhmen 4000 Gulden rheinisch abliefern.[132] Um den 10. November 1529 erließ der König durch die Böhmische Kammer direkte Aufträge an alle Judengemeinden in Böhmen, in den allernächsten Tagen der jüdischen Gemeinde in Prag die ihnen von ihr vorgeschriebenen Beträge abzuliefern. Strenge Strafen und Geldbußen von 100 Schock Groschen gegen die widerspenstigen Gemeinden sollten den königlichen Befehlen Nachdruck verleihen. Die Forderungen der Regierung stießen jedoch auch jetzt auf den scharfen Widerstand der Obrigkeiten, in deren Orten die Juden ansässig waren, und zwar deshalb, weil die Grundherren ihre wirtschaftliche Kraft nicht durch eine zweite Besteuerung schwächen wollten, da die Juden bereits im Verein mit den andern Untertanen sowohl zur Berna als auch zu den Kosten des Landesaufgebotes beigetragen hatten. Soweit Nachrichten vorliegen, protestierten gegen die neuen Forderungen der königlichen Kammer die Judenobrigkeiten in Theißing,[133] Eidlitz, Radonitz, Klösterle a. d. Eger,[134] Haid, Maschau und Bilin.[135]

In den Protesten dieser Obrigkeiten kamen neben Rücksichten auf eine gerechte Steuer, die eine gleichmäßige und einheitliche Belastung aller Untertanen erfordert, auch Repliken von größerer Reichweite und schärferem Tone zu Worte. Der willkürliche Eingriff der Kammer wurde — anscheinend durch eine organisierte Aktion einiger Adeliger — nicht bloß als ernstliche Verletzung der Rechte der Obrigkeiten gegenüber ihren Untertanen[136] qualifiziert, da ohne Wissen und Willen der Obrigkeit niemand über Vermögen oder Leistungen der Untertanen verfügen durfte, sondern er wurde geradezu als eine Störung der öffentlichen Rechtsverhältnisse erklärt. Namentlich der vorwurfsvolle Hinweis, daß die Forderung weitergehender Beiträge durch den Staat, als durch Landtagsbeschluß bewilligt war, für das gesamte öffentliche Leben sehr schädlich und folgenschwer sein werde, ließ die Gefahr erkennen, die Judensteuer könne sich zu einem neuen innerpolitischen Problem entwickeln. Die urprüngliche Frage nach dem Verhältnis der Juden zur königlichen Kammer drohte so neue und verwickelte innerpolitische Schwierigkeiten hervorzurufen, zumal zu Beginn der zweiten November-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hälfte des Jahres 1529 die Prager Juden darangingen, die Steuerrückstände der Landjuden durch Pfändung ihrer Forderungen einzutreiben.[138] Daß die königliche Krone über die Juden in den königlichen Städten unumschränkte Machtbefugnis besitze, das erkannten die Adelsobrigkeiten ohne weiters an.[137]

Als nun die Prager Juden mit Exekution vorgingen, ja nur mit diesem Verfahren drohten, da ließen es die Obrigkeiten nicht bei schriftlichen Protesten und Verwahrungen bewenden. Die weitreichenden Handelsbeziehungen der Prager Juden boten ihnen Objekte genug, an denen sie sich durch Retorsion für die durch die Steuerforderungen der Prager Juden verursachten Schäden schadlos halten konnten. Diese unzulässige Vermischung der Privatangelegenheiten der Steueradministrationsorgane mit ihren öffentlichrechtlichen Pflichten fußte zwar auf keiner rechtlichen Grundlage, drohte aber neue Komplikationen im inneren Organismus des gestörten Wirtschaftslebens hervorzurufen und so das innerpolitische Leben an einer neuen Stelle zu verwirren. Der Ruf nach Retorsionen[139] erhob sich in der zweiten Novemberhälfte 1529 aus Nordwestböhmen und man kann annehmen, daß er wegen der ungeklärten innerpolitischen Lage jener Zeit in Gegenden mit zahlreicheren Judenniederlassungen erfolgreichen Widerhall fand.

Die Aufhebung der Belagerung Wiens führte eine allgemeine Entspannung der politischen Lage in Böhmen herbei. Auch in den Judenfragen vollzog sich eine Rückkehr zu einem geregelteren Leben und zu einer intensiveren Geltendmachung der Autorität der Böhmischen Kammer. Das Krisenjahr 1529 hatte eine starke Konzentrierung der politischen und Exekutivgewalt in der Hand der Statthalter mit sich gebracht und ihr Einfluß hatte sich auch in ihrem Auftreten in Angelegenheit der besonderen Judensteuer des Jahres 1529 gezeigt;[140] seit dem Jahre 1530 geht jedoch die Judenagenda langsam in den Machtbereich der Böhmischen Kammer über. Die energische Weise, in der die Kammer in Angelegenheit der Vertreibung der Juden aus Saaz im September 1530 vorging,[141] stellte die ersten Schritte ihres entschiedenen Vorgehens dar, mit dem sie vorerst in enger Zusammenarbeit mit den Statthaltern einsetzte; doch in laufenden Judensachen sorgt die Kammer bereits selbständig für die Kontrolle und Ausführung ihrer Verfügungen. Die Erfahrungen der Jahre 1527–1529 hatten gezeigt, daß eine glatte Einhebung der besonderen Judensteuer und die Regelung anderer Judenfragen nicht möglich sein werde, solange nicht alle Juden unter der Administrative der Kammer vereinigt seien. Die Rechtsverbindlichkeit der Losbriefe, die einzelne Juden in früheren Jahren erworben hatten, und mancherorts auch das politische Übergewicht einzelner Adeliger gestatteten vorläufig der Kammer nicht, die Revindikationsansprüche allgemein und plan-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mäßig zur Geltung zu bringen. Wie auf zahlreichen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens beschritt die Regierung auch in den Judenfragen diesen Weg zuerst in den Freistädten. Bereits zu Ende des Jahres 1529 betraute der König die Kammer mit der Aufgabe, die königlichen Städte von jenen Juden zu säubern, die in Untertänigkeitsverhältnis zum Adel standen; doch die ernsten Kriegsereignisse dieses Jahres behinderten eine nachhaltige Arbeit der Kammer in dieser Richtung. Erst die Entspannung der auswärtigen Lage im Jahre 1530 schuf günstigere äußere Bedingungen für die Ausführung der angedeuteten Regierungspläne. Das Vorgehen der Kammer hatte zwar einigen Erfolg, doch die Steuerfragen, namentlich hinsichtlich der Juden im nordwestlichen Böhmen, verursachten noch lange Zeit Schwierigkeiten.[142]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Vgl. *Engel A.*, Die Ausweisung der Juden aus den königlichen Städten Mährens und ihre Folgen, I, im Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte der Juden in der ČSR., II, S. 71ff.

[2] Vgl. Sborník archivu ministerstva vnitra republiky Československé, Band VIII, S. 136f. Im folgenden zitiert: SAMV.

[3] Die Schwankungen in der Gesamthöhe der von den jüdischen Geschäftsleuten im Zeitraume 1497–1500 vorgestreckten Gelddarlehen entsprechen in dieser Richtung sehr genau der vor der Schnittzeit auf dem Lande herrschenden Geldknappheit (vgl. *A. Blaschka*, Die Judenschulden im Register des Prager Burggrafenamtes 1497–1500, im Jahrbuch d. Ges. f. Gesch. der Juden in der ČSR., II, S. 97–119). Hinsichtlich der Bedeutung der einzelnen Judensiedlungen s. weiter unten.

[4] Über die Schulden Heinrichs von Neuhaus, Oberstlandkämmerers, vgl. *Teplý Fr.*, Dějiny města Jindřichova Hradce (= Geschichte der Stadt Neuhaus), I/2, S. 97. – Zahlreiche Nachrichten über den Verkehr mit jüdischen Geldgeschäftsleuten enthält die Korrespondenz Zdenko Levs von Rožmitál aus den Dreißigerjahren des 16. Jahrhunderts (Archiv Český, im folgenden zitiert als AČ XII, 133; vgl. auch zahlreiche Nachrichten über andere Standespersonen in AČ VIII, IX, X, XI, XV, XXXII).

[5] AČ XV, S. 39, 317/8, 466. Auch in Mähren wurde diese Klausel angewandt: AČ XVII, S. 114.

[6] Über die Bürgschaft der Einwohner des Herzogtums Schweidnitz für die Forderung eines dem Johann Špetle d. J. von Janowitz untertänigen Juden i. J. 1529 vgl. AČ XII, S. 194/5.

[7] *Bondy-Dvorský*, K historii židů v Čechách, na Moravě a v Slezsku, I, Nr. 36 (im folgenden zitiert: *Bondy-Dvorský);* noch im Juli 1527 schritt Herr Lev zugunsten seines Juden Samuel um Schadenersatz ein („žid muoj" – ebenda, Nr. 379).

[8] Die Form eines Befehlsbriefes (list příkazný) v. J. 1466 s. im AČ VII, S. 667.

[9] Vgl. *J. V. Šimák*, Dějinné paměti okresu mnichovo-hradištského I, 182; AČ XII, S. 194/5, 287, 294, 382/3; XIII, S. 186, 478; XXXII, S. 257; XXXIII, S. 395, 423. – *Kaubek Arnošt*, Děje města Libochovic nad Labem, S. 94 (zum Jahre 1538); *Sakař J.*, Dějiny Pardubic nad Labem III/1, S. 6.

[10] Über Saaz vgl. AČ XII, S. 374.

[11] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 298.

[12] Böhm.-Budweis 1501, 1502, 1504, Neustadt Prag 1502, 1503 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 307, 310, 312, 313, 318).

[13] Jung-Bunzlau 1507 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 328).

[14] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 331.

[15] Das Privileg vom 7. September 1499 wurde am 1. Dezember 1522 bestätigt und auch auf die außerhalb Prags auf den Gütern des Zdenko Lev ansässigen Juden erstreckt *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 363). Über die Beziehungen Zdenko Levs zu den Juden vgl. *J. Rokycana*, Rožmitál, im Kalendář českožidovský, Jg. XLVII, S. 180f.

[16] Vgl. z. J. 1514 *Bondy-Dvorský* I, Nr. 345, 361.

[17] Nimburg i. J. 1517 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 350).

[18] Anschauung der Stadt Nimburg v. J. 1518, *Bondy-Dvorský*, I, Nr. 352.

[19] Vgl. das Ansuchen des Zdenko Lev vom Juli 1526 in AČ IX, S. 107; bezüglich der Geldleistungen vgl. die Verhandlungen mit Mähren im April 1527 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 376).

[20] Vgl. weiter unten S. 18.

[21] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 299, 347.

[22] Zum Jahre 1508 vgl. *Bondy-Dvorský* I, Nr. 333.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[23] Hinsichtlich Nimburg z. J. 1517 *Bondy-Dvorský* I, Nr. 350; nachdrücklicher i. J. 1518, ebenda Nr. 352.

[24] Nimburg z. J. 1518 (vgl. Anm. 23); ähnlich war es in Pilsen (vgl. *J. Strnad*, Listář královského města Plzně a druhdy poddaných osad II, Nr. 575, und *Strnads* Edition Paměti plzeňské des M. Simon Plachý z Třebnice, S. 94). Vgl. auch *J. Čelakovský*, Příspěvky k dějinám židů v době Jagellonské, in ČČM 1898, S. 387.

[25] Erklärung des Rates der Stadt Leitmeritz v. J. 1514, *Bondy-Dvorský* I, Nr. 346.

[26] Einschreiten des Königs gegen Johann von Schwamberg und auf Strakonitz dd. 13. Jänner 1504 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 317).

[27] Zdenko Lev gegen Saaz 1526 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 368).

[28] Über einen Prager jüdischen Arzt, der i. J. 1534 für Johann von Wartenberg freigelassen wurde, vgl. *J. V. Šimák*, Dějinné paměti okresu mnichovohradišťského, I, 159.

[29] Über Maßnahmen der Prager Neustadt gegen die Juden i. J. 1502 vgl. *Bondy-Dvorský* I, Nr. 312, 313.

[30] *Tomek W. W.*, Dějepis Prahy, VIII, S. 471 f.; X, S. 498 f.; *Bondy-Dvorský* I, Nr. 294–296, 301.

[31] Über das Strafverfahren gegen die Prager Juden und die daraus fließenden Strafsummen vgl. die Regierungsverordnung vom 21. Mai 1508 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 331). Ausführlicher *J. Čelakovský*, Příspěvky k dějinám židů v době Jagellonské, ČČM 1898, S. 385 f.

[32] Bei den Verhandlungen über die Privilegienbestätigung durch Ferdinand I. i. J. 1527 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 375), die zum Majestätsbrief vom 21. März d. J. führten, traten die Prager Juden als Vertreter der gesamten Judenschaft des Königreiches Böhmen auf.

[33] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 346.

[34] *Č. Klier*, Bernictví král. českého po válkách husitských do konce věku Jagellonského, ČČM LXXX (1906), S. 314 f.

[35] Über Nimburg z. J. 1518 vgl. *Bondy-Dvorský* I, Nr. 352.

[36] *F. V. Zelinka*, Beroun, král. město, S. 67.

[37] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 295, 310; AČ X, S. 100, 109; IX, S. 209, 540, 557.

[38] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 307, 310; AČ XXI, S. 229/30, 237/8, 247, 251; XXVI, S. 120; vgl. auch *B. Heilig* im Jahrbuch d. Ges. f. Gesch. d. Juden i. d. ČSR., IV, S. 26; *J. Čelakovský* in ČČM 1898, S. 403 f.

[39] *Aug. Sedláček*, Děje města Čáslavě, S. 178.

[40] AČ XXVI, S. 160.

[41] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 324.

[42] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 359, 367.

[43] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 311; vgl. auch *B. Heilig* im zit. Jahrbuch, IV, S. 26.

[44] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 326; *J. Čelakovský* in ČČM 1898, S. 400/1.

[45] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 294, 301; AČ XXVI, S. 329.

[46] AČ XVIII, S. 434/5.

[47] *J. Vančura*, Dějiny někdejšího král. města Klatov, I/2, S. 1346/7.

[48] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 294–296; *J. R. Tesař*, Litoměřicko S. 124. – AČ XXXIII, S. 521.

[49] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 340; AČ XII, S. 234; XIII, S. 119; vgl. auch *B. Heilig* im Jahrbuch IV, S. 26. – *J. Lippert*, Geschichte der Stadt Leitmeritz, S. 259, 319.

[50] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 296, 301; AČ XIX, S. 31.

[51] *F. Kulhánek*, Dějiny král. města Nymburka, S. 265 f.; *Bondy-Dvorský* I, Nr. 350.

[52] *A. Sedláček*, Dějiny král. krajského města Písku n. Vlt., II, 327; vgl. auch *Bondy-Dvorský* I, Nr. 294; AČ IX, S. 540, 557; XXI, S. 234, 238, 254.

[53] Zum Jahre 1493 vgl. *J. Strnad*, Listář kr. města Plzně a druhdy poddaných osad, II, Nr. 386 und zahlreiche andere Notizen. – AČ XXXIII, S. 342; vgl. auch *B. Heilig* im zit. Jahrbuch IV, S. 26.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[54] Zu den Jahren 1511–1528 *Bondy-Dvorský* I, Nr. 339; vgl. *K. Levý*, Dějiny král. města Rakovníka, S. 156.

[55] AČ VIII, S. 282; vgl. auch S. 10 und *K. Kazda*, Slaný po stránce historické, S. 36.

[56] *K. Thir*, Staré domy a rodiny táborské, I, S. 227/8; II, S. 643.

[57] AČ XII, 287, 294.

[58] AČ X, S. 532—534.

[59] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 295, 296, 319, 323, 368; AČ XI, S. 147/8; XII, S. 374; XXVI, S. 474, 482/3, u. a.; vgl. auch *A. Seifert*, Geschichte der kgl. Stadt Saaz von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart, S. 332, 337.

[60] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 294–296, 301, 356; AČ XXXIII, S. 3, 159.

[61] AČ VII, S. 80; IX, S. 553. Erwähnt wird sie im Gesetz über die Verwaltung der Judengemeinden vom 21. Mai 1508, wo die Gemeinde von Kolin geradezu als bedeutendste Judengemeinde neben Prag erscheint (*Bondy-Dvorský* I, Nr. 331; vgl. auch Nr. 336, wo zum Jahre 1510 ein Beleg der wirtschaftlichen Stärke der Koliner Judengemeinde. Vgl. auch *J. Vávra*, Dějiny královského města Kolína nad Labem, S. 106f.; *J. V. Šimák*, Dějinné paměti okresu mnichovohradišťského I, 150, und *R. Feder*, Kolínští židé, im Kalendář českožidovský XLVII, S. 197f).

[62] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 294, 295.

[63] AČ XVIII, S. 418, 421.

[64] AČ IX, S. 136.

[65] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 295, 317, 322; vgl. auch AČ IX, S. 209.

[66] *F. Teplý*, Dějiny města Volyně, S. 79, 99, 178 und Dějiny města Jindřichova Hradce I, S. 77, 79, 143, 155.

[67] In den Jahren 1497–1500 ist in den Registern der jüdischen Schuldverschreibungen nur ein einziger Jude aus Beneschau genannt (*Bondy-Dvorský* I, Nr. 301).

[68] *J. Vančura* im zit. Werke I/2, S. 729; *Jos. Strnad*, M. Šimona Plachého z Třebnice Paměti plzeňské, S. 94; *Bondy-Dvorský* I, Nr. 348; AČ XV, S. 82; XXVI, S. 160.

[69] AČ X, S. 197/8; XI, S. 100.

[70] AČ X, S. 478.

[71] Vgl. unten S. 25; über Karlsbad vgl. *J. Čelakovský*, in ČČM 1898, S. 401/2.

[72] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 295; AČ X, S. 187; XI, S. 5/6, 23/4.

[73] *J. V. Šimák*, Dějinné paměti okresu mnichovohradišťského, I, 164, 182, 184, u. a.

[74] AČ IX, S. 104/5; vgl. weiter unten S. 18.

[75] *F. Teplý*, Slavětín v okresu lounském, S. 29, 31; AČ XXXII, S. 445.

[76] AČ XII, 382/3; *Kaubek Arnošt*, Děje města Libochovic nad Ohří, S. 94 (für das Jahr 1538).

[77] AČ XIII, S. 278.

[78] *J. Jarschel*, Geschichte der Stadt Auscha, S. 265.

[79] AČ XIII, S. 478/9; XXXIII, S. 335.

[80] AČ XXXII, S. 257.

[81] Vgl. weiter unten S. 24.

[82] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 295, 301, 349; zum Jahre 1517, vgl. *K. Jentscher*, Die königliche Stadt Komotau, S. 30.

[83] AČ XXXIII, S. 423, 431/2, 553; vgl. auch weiter unten S. 18.

[84] *Fr. Bareš*, Průvodce po Ml. Boleslavi a okolí, S. 32; Paměti města Ml. Boleslavě I, S. 26, 283. AČ XII, 194.

[85] *Ferd. Menčík*, Dějiny města Jičína I, S. 111f. und zusammenhängend 357f.

[86] *J. V. Šimák*, Příběhy města Turnova n. Jizerou I, S. 282f.

[87] Brief Georgs von Lobkowitz vom 28. Jänner 1528 – Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, Abteilung SM, S. 15/14 (wofern im folgenden nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt ist, ist diese Signatur gemeint, welche die Hauptquellen zu unserer Arbeit enthält).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[88] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 339, 343; AČ XXXIII, S. 201; vgl. auch *F. Machát*, Židé v Náchodě, S. 1; *T. Koufil-A. Svoboda*, Dějiny Rychnova nad Kněžnou, S. 123/4.

[89] *Karl Leeder*, Beiträge zur Geschichte von Arnau II, 13 (Sonderdruck aus MVGDB XI).

[90] *C. Řiha*, Místopis a dějiny král. věnného města Nového Bydžova, S. 9, 15; AČ XX, S. 390.

[91] AČ IX, S. 13; *J. N. Solař*, Paměti města Humpolce, S. 8, 71.

[92] AČ XIII, S. 186; XIX, S. 31. Vgl. unten S. 35.

[93] AČ XVII, 170, 377, 382/3. *J. Sakař*, Dějiny Pardubic n. Labem, III/1, S. 6, 112f.; vgl. auch weiter unten S. 35.

[94] Siehe weiter unten S. 35.

[95] AČ XXXIII, S. 201.

[96] AČ XXXIII, S. 395.

[97] Die weitgespannte Definition dieses Landtagsschlusses („aby jiných žádných prvních úroků, daní, berní, lozunků ani žádných pomocí nedávali") begreift in der Tat alle allgemeinen Steuern, die zu Beginn des 16. Jahrhundertes bewilligt zu werden pflegten.

[98] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 309.

[99] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 313, 317 (die Verfügung der Prager Neustadt v. J. 1503 in Zivilstrafangelegenheiten, das Einschreiten des Königs v. J. 1504 hinsichtlich der strafgerichtlichen Zuständigkeit der Strakonitzer Juden).

[100] Privilegium für Pilsen vom 1. November 1504 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 320).

[101] Vgl. die zitierte Arbeit *J. Čelakovskýs* in ČČM 1898, S. 421f.

[102] *Bondy-Dvorský* I, Nr. 375.

[103] Vgl. oben S. 3ff.

[104] Siehe meine Arbeit über die Organisation der Böhmischen Kammer in SAMV III, S. 223.

[105] Schreiben des Königs vom 8. April 1527 *(Bondy-Dvorský* I, Nr. 376).

[106] Schreiben des Königs an die Böhmische Kammer vom 17. Mai 1527 – Um Verlängerung des Kredits für Herzog Karl von Münsterberg bei der Prager Judenschaft wurde auf königlichen Befehl seitens der Böhmischen Kammer und anderer Organe im April und August 1527 und im März 1528 eingeschritten (Schreiben des Königs vom 19. April 1527, Brief des Oberstschatzneisters vom 25. August, 1527, Schreiben des Königs vom 17. März 1528 – im Archiv der Hofkammer, Abteilung „Böhmen", nunmehr im Archiv des Prager Schlosses, im weitern Verlaufe als „Schloßarchiv" zitiert).

[107] Vgl. meine Arbeit in SAMV, Bd. VIII.

[108] l. c.

[109] l. c. 101f.

[110] Der Brief der Steuerleute des Bechiner Kreises vom 27. Mai 1527 reproduziert die Durchführungsverordnung der Böhmischen Kammer sehr deutlich; der König beauftragte die Kammer, allen Juden, sowohl denen Sr. Majestät als auch jenen auf den Gütern des Adels in diesem Königreich eine Steuer zu Hilfe Sr. Majestät gegen dessen Feinde aufzuerlegen, da sie nicht unter die Stände gehören. (Archiv des Ministerium des Innern in Prag, SM, S. 15/13).

[111] Hinsichtlich der unmittelbar unter die Kammer gehörenden und von derselben verwalteten Juden war nun eine ausdrückliche Bestimmung im Gesetze unnötig – ebensowenig sprach das Gesetz von der Schuldigkeit anderer Untertanen, denn sie galt für selbstverständlich (vgl. SAMV, Bd. VIII, S. 101f.) – doch die unklare Frage der Rechtszuständigkeit der Juden unter anderen Obrigkeiten hätte einer vorherigen Bereinigung bedurft.

[112] *Č. Klier*, Úprava berní království českého po válkách husitských do konce věku Jagellonského, in ČČM LXXXI (1907), S. 253.

[113] Vgl. SAMV, Bd. VIII, S. 88f.

[114] Das Referat der Kammer vom 17. April wurde erst am 17. Mai 1527 erledigt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[115] Vgl. SAMV, Bd. VIII, S. 110f.

[116] Schreiben der Časlauer Steuerleute vom 27. Mai (SM, S. 15/13).

[117] Ich biete hier die Ergebnisse der administrativen Erhebungen etwas genauer; es ergibt sich daraus, daß die Arbeit mit großen Schwierigkeiten verbunden war und daß der Kürze der Zeit wegen und wohl auch wegen des Widerstandes der betreffenden Obrigkeiten nicht einmal eine allgemeine statistische Übersicht über den Stand der Judengemeinden im Kreise gewonnen wurde. Im Chrudimer Kreise meldeten sich die Juden aus Pardubitz, Heřman-Městec und Skutsch; die Steuerleute wußten noch von Juden in Leitomyschl und Landskron. Hinsichtlich des Kaurimer Kreises erhielt die Kammer nur die allgemeine Nachricht, daß sich die Juden aus den Siedlungen auf Herren- und Rittergrund zwar gemeldet, die wohlhabendsten Juden aus Kolin jedoch nicht erschienen seien. Bezüglich des Rakonitzer Kreises meldeten die Kreissteuerleute am 26. Mai, es gäbe dort keine Juden, die einen größeren Betrag bezahlen könnten. Die ausführlichsten Angaben gingen den Behörden aus einigen Städten des Leitmeritzer Kreises zu (Bilin, Teplitz, Budyn). Im Prachiner Kreise schätzte der Steuereinnehmer die Zahl der ansässigen Juden nur auf vier bis fünf.

[118] Die Kreissteuerleute im Časlauer Kreise reproduzierten am 4. Juni die Entschuldigungen und Bitten der Juden, da sie arm seien und sich nur vom Handwerk nähren, es bei einer einmaligen Steuer bewenden zu lassen. Ausführlichere Nachrichten haben sich über die Vermögensbekenntnisse der Juden aus Pardubitz, Heřman-Městec und Skutsch erhalten (vgl. Beilage I). Sie zeigen, daß Vermögen über 300 Schock meiß. in diesen drei Städten zu seltenen Ausnahmen gehörten; es geht dies nicht bloß aus dem Umstande hervor, daß nur ein einziger ansässiger Jude ein solches Vermögen einbekannte, sondern auch aus der großen Spanne zwischen diesem Betrage und den nächstniedrigeren Einbekenntnissen: diese bewegten sich wesentlich tiefer, u. zw. um etwa 110 Schock herum. Die größte Zahl der Einbekenntnisse (7 von 12) hielt sich unter 70 Schock meiß. Eine Reihe Ziffern des einbekannten Vermögens hält eine Spannung zwischen 6 und 350 Schock (6, 10, 16, 20, 30, 36, 67, 100, 100, 120, 123 und 350 Schock meiß.).

[119] Bericht der Kaurimer Steuerleute vom 1. Juni über die Juden im Kreise und besonders in der Stadt Kolin; die Časlauer Steuerleute berichteten am 4. Juli, die Juden aus den untertänigen Dörfern wehrten sich gegen eine Doppelbesteuerung.

[120] In einem Briefe vom 27. Mai versprachen sie, noch am gleichen Tage die Vorladungen ausfertigen zu lassen.

[121] Brief des Hans Pflug und der Schlicke Albrecht, Hieronymus und Heinrich an die Kammer dd. 13. Jänner 1528. – Brief des Generalschatzmeisters vom 19. September und die beiden Briefe des Königs dd. 20. September und 4. Oktober 1527 im Schloßarchiv. Den beiden letztgenannten zufolge ist die Entscheidung offenbar zwischen dem 20. September und dem 4. Oktober ausgegangen, wahrscheinlich näher dem 4. Oktober.

[122] Über die Vorladung aller Juden i. J. 1495 und die Vertretung der Landjudenschaft wenigstens durch Abordnungen vgl. AČ XXI, S. 229/230, 237/8.

[123] Auch in der Frage der politischen Zuständigkeit der Prager Juden trat Prag von den Forderungen zurück, die es der Regierung im Frühjahre vorgetragen hatte (vgl. oben S. 14). In ihrer Erklärung vom 22. November 1527 anerkannten Bürgermeister und Rat der Altstadt Prag ausdrücklich die Zuständigkeit der Juden zur Kammer und auch hinsichtlich der Verwaltung gaben sie ihre ursprünglichen Ansprüche auf und überließen die Entscheidung dem König bis zu seiner Ankunft in Prag. Der resignierte Schluß des Briefes (wenn S. Maj. der König die Juden jemandem anderen befehlen wolle, so solle es dabei verbleiben, denn sie hätten niemals danach getrachtet, ihre Verwaltung zu führen, und ihrer Stadt halber wären sie von der Verwaltung derselben gern enthoben) ließ erkennen, daß die Regierung für ihr künftiges Vorgehen schon wesentlich günstigere Bedingungen vorfinden werde. – Zur gleichen Zeit griff bereits die Kammer bei Ausweisung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

solcher Juden, die nicht nach Prag gehörten, ein und achtete darauf, daß daraus für die sozial schwächeren Schichten der ansässigen Juden kein Fiskaldruck erwachse (Brief vom 14. November 1527 im Schloßarchiv).

124 Vgl. meine Arbeit über die Steuer in Böhmen i. J. 1527 in SAMV, Bd. VIII, S. 136f.

125 Vgl. oben S. 20.

126 Vgl. *Tomek*, Dějepis Prahy, XI, S. 86–88.

127 Über Leitmeritz vgl. AČ XII, S. 234/5.

128 SM, S. 15/14; Schloßarchiv; AČ XII, S. 235. Vgl. auch SAMV III, S. 177.

129 Die Funktion der Landessteuereinnehmer, die den Prager Juden zukam, wird in einem Protest der Verwalter der Güter des Herrn von Plauen dd. 12.November 1529 genau erörtert. Die Steuereinhebung erfolgte damals – ebenso wie heute – auf Grund vorher ausgestellter Steuervorschreibungen, die den einhebenden Organen auch zur Kontrolle dienten, ob die Parteien ihre Pflicht erfüllt haben. Wenn nun die Prager Juden die Steuer einhoben, so setzt das voraus, daß auch die Steuervorschreibungen von ihnen verwaltet wurden. Diese konnten aber von keinem andern Organ ausgestellt werden als von der zentralen Judengemeinde nach Anweisung der Kammer. Das war aber die Prager Gemeinde, bei der die Religions-, Gerichts- und Finanzverwaltung der Judenschaft Böhmens vereinigt war. Analog zeigt die Verhandlung über die i. J. 1527 vorgeschriebene Judensteuer (vgl. oben z. J. 1528 S. 18), daß die Prager jüdische Repräsentation auch i. J. 1529 damit betraut wurde, die Steuerrepartition auf die einzelnen Judengemeinden vorzunehmen.

130 Die hinsichtlich Leitmeritz von den Statthaltern am 14. Oktober getroffene Maßnahme steht wohl nicht vereinzelt da (AČ XII, S. 235).

131 Die Güterverwalter des Herrn von Plauen protestierten am 12. November 1529 gegen die Doppelbesteuerung der untertänigen Juden, indem sie zur Kennzeichnung der Überlastung dieser Personen die vielsagende Wendung gebrauchten, die Juden würden mit zwei Geißeln gepeitscht. Und noch drastischer faßte seinen Protest gegen die Doppelbesteuerung der Ritter Oppel von Viztum und auf Neu-Schönberg zusammen, indem er sich dem Ansinnen widersetzte, von einem Ochsen zwei Häute abziehen zu wollen (Brief vom 18. November 1529); auch ein anderes Mitglied des Hauses Viztum, Wolf Dietrich, Besitzer des Gutes Klösterle, protestierte in diesem Sinne am 19. November des gleichen Jahres. Die Gebrüder Johann, Benesch und Wenzel von Kolowrat und auf Maschau weigerten sich am 20. November 1529 dagegen mit dem Hinweis, die Juden müßten dann zweimal den Tod erleiden.

132 Brief des Nikolaus von Lobkowitz und auf Hassenstein vom 15. November 1529, des Oppel von Viztum und auf Neu-Schönberg vom 18. d. M., der Gebrüder Johann, Benesch und Wenzel von Kolowrat und auf Maschau vom 20. November, des Georg von Lobkowitz und auf Bilin vom 1. Dezember 1529.

133 Brief vom 12. November 1529 (darin werden die Juden Mayer, Amschel, Getz und der Schwertfeger Anschel genannt).

134 Der Brief des Nikolaus von Lobkowitz und auf Hassenstein vom 15. November 1529 gibt keine genaue Zahl der ansässigen Juden an, doch aus der Höhe des angeforderten Betrages (6 Schock 19 Groschen 5 Denare böhm.) läßt sich schließen, daß es sich nur um wenige Familien handelte – etwa 6 bis 7. In Radonitz gab es mehr Juden oder es waren bemitteltere Familien, denn ihre Vorschreibung erreichte mehr als den dreifachen Betrag: 21 Schock 36 Groschen böhm. (Brief Dietrichs von Viztum und auf Neu-Schönberg vom 18. November 1529). Wolf Dietrich von Viztum, Besitzer des Gutes Klösterle, bezog am 19. November in die 54 Schock 3 Denare bereits auch die den Juden angedrohte Buße ein, so daß die Vorschreibung selbst bedeutend niedriger war.

135 Auf Haid bezieht sich ein Brief der Witwe nach Johann von Schwanberg, der Benigna von Stahrenberg, dd. 19. November 1529. Maschau betrifft der Protest des Johann, Benesch und Wenzel von Kolowrat vom 20. November 1529;

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die hiesigen Juden waren mit einer Steuer von 19 Schock böhm. belastet. Die Biliner Juden, die Georg von Lobkowitz und seinen Brüdern zugehörten, bekamen eine Vorschreibung auf 16 Schock 33 Groschen 4 Denare böhm. (Brief Georgs von Lobkowitz auf Bilin vom 1. Dezember 1529).

136 Nikolaus von Lobkowitz protestierte in diesem Sinne bei der Kammer am 15. November 1529. Der Ritter Oppel von Viztum und auf Neu-Schönberg, Besitzer des Gutes Wintersgrün, also gewissermaßen ein Nachbar des Herrn Nikolaus, ließ sich in gleichem Sinne drei Tage später vernehmen (18. November); auch sein Verwandter Wolf Dietrich von Viztum und auf Neu-Schönberg, Besitzer des Gutes Klösterle, erhob am 19. November d. J. Einspruch, ebenso die Gebrüder Johann, Benesch und Wenzel von Kolowrat und auf Maschau am 20. November, desgleichen Georg von Lobkowitz und auf Bilin (1. Dezember 1529).

137 Brief des Nikolaus von Lobkowitz auf Hassenstein vom 15. November 1529 und des Wolf Dietrich von Viztum und auf Neu-Schönberg, Besitzers des Gutes Klösterle, vom 19. November 1529; ähnlich lautet auch der Protest des Georg von Lobkowitz und auf Bilin vom 1. Dezember 1529.

138 Für die Radonitzer Juden vgl. den Brief Oppels von Viztum und auf Neu-Schönberg vom 18. November 1529. Auch sein Verwandter Wolf Dietrich von Viztum protestiert gegen das exekutive Einschreiten der Prager Juden (19. November d. J.); Georg von Lobkowitz und auf Bilin verwahrte sich am 1. Dezember 1529.

139 Damit droht Wolf Dietrich von Viztum und auf Neu-Schönberg, Besitzer des Gutes Klösterle, am 19. November 1529.

140 Vgl. oben S. 23.

141 AČ XII, S. 374.

142 Vgl. SAMV III, S. 176f.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE I.

—

Das Original in tschechischer Sprache erliegt im Archiv des Ministeriums des Innern zu Prag, Abt. SM, S. 15/14.

Bekenntnis der Juden des Chrudimer Kreises, was an Besitz ein jeder hat oder in welchem Werte.

Aus Pardubitz:

Item der Jude Kapřík hat angezeigt, daß sich sein gesamter Besitz beläuft auf . . . . . 350 Schock meiß.
„ Markwart, sein Sohn, auf . . . . . 67 „ „
„ Jakob, der zweite Sohn desselben Kapřík, auf. . . . 10 „ „
„ Majer, auf . . . . . 123 „ „

Dieselben Juden zeigten an, der Jude Chaim sei nicht zu Hause, doch wenn er nach Hause zurückkehre, werde er sich den andern gleich verhalten.

Aus Heřmann-Městec:

Item der Jude Abraham, auf . . . . . 100 Schock meiß.
„ der Jude Tranl . . . . . 36 „ „
„ der Jude Kosch . . . . . 30 „ „
„ Puschla, dessen Tochter . . . . . 20 „ „

Aus Skutsch:

Item der Jude Stefan, auf . . . . . 120 Schock meiß.
„ der Jude Žalman . . . . . 100 „ „
„ der andere Žalman, Glaser . . . . . 16 „ „
„ Nazon, ein Inmann . . . . . 6 „ „

Item die Juden aus Leitomyschl und Landskron sind derzeit nicht zu Hause, doch erklärten die Amtsleute ihrer Herren, sobald sie zurückkehrten, würden sie sich gerne den anderen gleich verhalten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Beziehungen Komotaus zu den Juden der Umgebung im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert.

Urkunden und Akten veröffentlicht von Dr. Rudolf Wenisch,

Stadtarchivar und Museumsleiter in Komotau.

—

EINLEITUNG.

Im Jahre 1517 wurden die Juden aus Komotau ausgewiesen und es blieb trotz all ihrer Bemühungen bis zum Jahre 1848 dabei. Umso zahlreicher und mannigfacher sind die Beziehungen Komotaus zu den Juden der Umgebung, besonders im 16. und 17. Jahrhundert, wie die reichen Quellen des Komotauer Stadtarchivs deutlich zeigen.

I.

Übersicht der Beziehungen nach Orten und einzelnen Juden.

Insgesamt handelt es sich um vierundzwanzig Städte und Orte, zu deren Juden die Stadt Komotau in diesem Zeitraume in irgendwelchen Beziehungen stand. Es sind nicht nur Städtchen und Orte des Bezirkes Komotau, wie Bielenz, Eidlitz, Görkau, Horschenz, Hoschnitz, Körbitz, Priesen, Pritschapl, Rothenhaus und Wodierad, sondern auch Städte und Orte außerhalb des Bezirkes, so Prag, Saaz, Kaaden, Laun, Teplitz, Libochowitz, Lichtenstadt, Ung.-Brod und mehrere kleinere Orte. Reiche und verschiedenartige Beziehungen finden wir zu den Nachbarstädtchen Eidlitz, Görkau und Priesen sowie zu Lichtenstadt bei Karlsbad, die wichtigsten aber zur Landeshauptstadt Prag. Im folgenden werden diese vierundzwanzig Orte in alphabetischer Ordnung angeführt und die einzelnen Juden derselben mit kurzer Angabe der Art der Beziehung und des Zeitpunktes des Vorkommens aufgezählt.

Bielenz.

In Bielenz finden sich folgende sieben Juden und Jüdinnen mit Namen erwähnt: Eißwig begehrt 1630 ein Verbot auf das Angeld eines verkauften Hauses; Isaack Schmerlitz kommt 1597 als Zeuge in einer Mordsache vor; Lebel schließt 1615 mit einer Schuldnerin einen Vertrag;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Michel kommt 1597 als Zeuge vor; Mosech Blachin kündigt 1614 ihrem Schuldner das Pfand auf; Moysi Polack kommt 1597 als Zeuge vor; die schwarze Jüdin kündigt 1615 einem Schuldner das Pfand auf.

Dornau (?).

Caspar Wolff kommt 1686 als Gläubiger vor.

Drohnitz.

Im Jahre 1604 zinsen drei Juden je zwei Schock.

Eidlitz.

In den Steuerbekenntnissen der Jahre 1596–99 werden achtzehn bis einundzwanzig Juden, in der herrschaftlichen Rechnung von 1604 achtzehn Juden samt Steuern angeführt. Juden ohne Namen werden des öfteren erwähnt. Namentlich werden in diesem Zeitraume nicht weniger als neunundvierzig Juden und Jüdinnen angeführt: Abraham Eberle läßt 1640 eine Forderung eintragen und 1642 eine Schuldnerin vor Gericht zitieren; der lange Abraham kommt 1615–36 zweiundzwanzigmal, davon einundzwanzigmal als Gläubiger vor; des langen Abraham Erben finden sich 1639 als Gläubiger und 1642 als Inhaber von Erbgeldern; Aiswick oder Aiswich sagt 1614 und 1615 die Pfänder von sechs Schuldnern auf; der schwarze Branndteyß schließt 1652 einen Vergleich; Breunel, die Witwe des ermordeten Jacob, führt 1597/98 Prozeß gegen den Mörder; der dicke Dauit läßt 1614 ein Pfand aufkündigen; Eusig kommt 1614 als Gläubiger vor; Eysiegl kommt 1671 als Gläubiger vor; Eyßwigs Weib läßt 1665 eine Hypothek verbüchern; Feistell oder Feußtl kommt 1601 als Gläubiger vor und sagt 1614 zwei Pfänder auf; Höerßell oder Höerschell kommt 1614 zweimal als Gläubiger vor; Isaac Jacob, „sonst" der junge Wölffel genannt, klagt 1655 wegen Mißhandlung; Isack der Ältere kommt 1615, 1616 und 1624 als Gläubiger vor; Isaack der Jüngere hält 1614 eine Berechnung mit seinem Schuldner; der kleine Isack sagt 1615 ein Pfand auf; der schwarze Isack sagt 1614 ein Pfand auf; Isac (ohne weitere Bezeichnung) sagt 1613 und 1614 vier Pfänder auf; Israel erhält 1669 Schmerzensgeld für Mißhandlung und wird als Gläubiger genannt; Jacob, siehe Breunel; Joseph Schmay kommt 1639 als Gläubiger vor; Lasarus oder Laßares sagt 1614 mehrere Pfänder auf; Lemmel wird 1699 wegen eines Geschäftes mit einer Diebin genannt; Löbel wird 1673 als Gläubiger erwähnt; zwei Löbel kommen 1696 als Gläubiger vor; Mahr wird 1614 als Gläubiger genannt;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mammala kommt 1598 als Gläubiger vor; die Jüdin Mammala oder Mamele wird 1610–15 als Gläubigerin genannt und sagt Pfänder auf; Mayer oder May klagt 1615 eine Schuld ein und sagt ein Pfand auf; Moißes sagt 1615 ein Pfand auf; Moyses Löbl oder Löbel ist 1698 Bürge und klagt 1700 einen Schuldner; Nadel kommt 1658–62 dreimal als Gläubiger vor; Salamon Mayer klagt 1697 einen Schuldner; Salomon sagt 1614 Pfänder auf und rechnet mit einem Schuldner ab; Samson wird ermordet, Prozeß wegen seiner Ermordung; Samuel sagt 1614 ein Pfand auf; Samuel Schmay kommt 1689 als Gläubiger vor; Schmal klagt 1700 einen Schuldner; Schmirl wird 1698 wegen seiner Armut zur Befreiung von der Steuer empfohlen; Sehrell sagt 1614 ein Pfand auf; Serla sagt 1615 ein Pfand auf; die Süßmanin schließt 1615 einen Vertrag wegen ihrer Forderung; Veit Höller oder Veidt Höeller sagt 1615 ein Pfand auf; Veit, der Sohn des erschlagenen Samson, führt 1608–09 zusammen mit seiner Schwester den Prozeß; Wolff klagt 1660 eine Schuld ein; Wolff Lemmel oder Lämmel kommt 1669–72 viermal als Gläubiger vor; Wölffel, auch Wolffel oder Welffel, kommt 1668–73 sechsmal vor; Zipperle, auch Zipperlin oder Ziepperlin, schließt 1660 einen Vertrag mit einem Schuldner und klagt 1666 eine Forderung ein.

Görkau.

Folgende neunzehn Juden werden namentlich genannt: Abrahamb Eberle wird 1635–42 zwölfmal als Gläubiger oder Schuldner genannt; Abrahamb Gez kommt 1636 zweimal als Gläubiger vor; Calmon wird 1629 als Gläubiger erwähnt; Daniel kommt 1637 als Gläubiger vor; Daniel, des kleinen Joseph Sohn, wird 1642 zweimal als Gläubiger erwähnt; Eisig der Ältere kommt 1629 neben Calmon als Gläubiger vor; Eißwig oder Eißwich wird 1625–34 als Gläubiger genannt; Eliaß erscheint 1634 mit Joseph Schmei als Gläubiger angeführt; Isaac's Sohn erscheint 1636 als Gläubiger; der alte Itsiegel wird 1640 als Vater des Löbel angeführt; Joseph Schmei wird 1634 als Gläubiger genannt; Joseph kommt 1630 und 1635 als Gläubiger vor; der kleine Joseff oder der junge Joseff oder der kleine Josephell kommt 1636–40 in 7 Eintragungen als Gläubiger vor; Lassaruß wird 1637 als Gläubiger und als Eigentümer von abhanden gekommenen Waren erwähnt; Löbel, des alten Itsiegelsen Sohn, klagt 1640 wegen erlittener Mißhandlung; Männel erscheint 1641 als Schuldner; Reßel oder Rössel läßt 1637 zwei Schuldnern das Pfand aufkündigen und wird 1640 wegen ihrer Niederlage zu Komotau vorgeladen; Salamon erscheint 1627 und 1634 als Gläubiger; Samuel kommt 1625 als Gläubiger zweier Schuldner vor; eine Jüdin zu Görkau ohne Namen wird 1604 als Gläubigerin genannt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Horschenz.

Eydlitz wird 1698 als Bruder des Abraham Eydlitz von Prag erwähnt; Veid Isack klagt 1700 vier Schuldner.

Hoschnitz (?).

Salomon Ochß, vermutlich von Hoschnitz, wird 1641 von Michael Lankisch von Hoschnitz wegen einer Schuld in Arrest gesetzt.

Kaaden.

Folgende sieben Juden und Jüdinnen werden genannt: Brandteys wird 1657 als verstorben erwähnt; Egel, Brandteysen's Witwe, kommt 1657 als Erbin einer Forderung ihres verstorbenen Mannes vor; Isack Brandeiß, Schwiegersohn des Isaac Eißwig, quittiert 1641 über empfangene Zahlungen; Isaac Eißwig wird 1636 dreimal als Gläubiger erwähnt; Isack Sachß läßt 1648 ins Memorialbuch eintragen, welche Soldaten sich in Komotau aufgehalten; Joseph Eydlitz oder Eylitz, Sohn des Isaac Eißwig, quittiert 1641 über empfangene Zahlungen; Salomon Eydlitz, Sohn des Isaac Eißwig, quittiert 1641 zweimal über empfangene Zahlungen.

Kasawitz (Kasanitz bei Kuttenberg?).

Wolff Lazarus wird 1655 wegen Schmähung geklagt.

Körbitz.

In den Steuerbekenntnissen von 1596–99 wird die Zahl der ansässigen Juden mit zwei bis drei angegeben. Ein Jude ohne Namensnennung kommt 1604 als Gläubiger vor.

Laun.

Lewel Siemon oder Löbel Simon kommt 1664–68 als Warenlieferant und -gläubiger vor; Löwel Marbiz wird 1684 als Gläubiger erwähnt; außerdem wird 1689 eine „Judenschuld" angeführt.

Libochowitz.

Daniel Nesserle kommt 1686 als Gläubiger vor. Ein Jude ohne Namensnennung wird 1610 als Gläubiger erwähnt.

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main
DFG

Lichtenstadt.

Von zwei Fällen abgesehen werden durchwegs Angehörige derselben Familie genannt, und zwar in Darlehensgeschäften: Lazarus Aron wird als Gläubiger der Stadt und eines Komotauer Bürgers nicht weniger als fünfundzwanzigmal in den Korrespondenzbüchern von 1634–42 genannt. Einundzwanzig Schreiben sind an ihn und vier an andere Empfänger gerichtet; an die Aronin, die Frau (nicht Witwe) des Lazarus Aron, ist eine Zuschrift des Komotauer Rates von 1638 in der Angelegenheit der Forderung ihres Mannes gerichtet; die Erben Lazari Arons, auch als Lößerische Erben bezeichnet, kommen 1652–74 wegen der nach Lazarus Aron ererbten Forderung gegen die Stadtgemeinde Komotau öfters vor; Jacob Aron, vermutlich der Sohn des Lazarus Aron, wird hinsichtlich seiner Forderung an die Stadt in den Jahren 1671–73 viermal erwähnt; Isack wird 1664 als Gläubiger erwähnt; Jacob Weyß kommt 1675 als Gläubiger vor. Außerdem wird in einem Erbinventar von 1663 die Schuld an einen namentlich nicht genannten Juden von Lichtenstadt erwähnt.

Prag.

Wiederholte Versuche der Prager Judenältesten, eine Abänderung des Privilegs der Stadt Komotau betreffs Ausweisung der Juden von 1517 zu erwirken, sind an der ablehnenden Haltung der böhmischen Kammer gescheitert. Im Jahre 1685 erfolgt eine Zuschrift der Stadt Komotau an den Judenrichter der Prager Altstadt mit dem Ersuchen um Amtshilfe gegen einen Prager Juden. 1640 erlegen mehrere Juden von Prag bei dem Gericht in Komotau Pfänder wegen ihrer „versessenen" Kontribution. Folgende zwölf Prager Juden und Jüdinnen werden genannt: Abraham Eydlitz führt 1698 einen Prozeß zu Komotau und Prag mit einem sächsischen Fuhrmann; der Kleine Jackel ist einem Komotauer Bürger 1671 75 fl. für ein Pferd schuldig; Jacob Poppert wird 1685 als Judenrichter der Prager Altstadt genannt; Jacob Teplitzer (Toplitzer, Töplützer, Tepletzer), ein Roßhändler, wird 1691 zweimal erwähnt; Joachimb wird in der Zuschrift an den Judenrichter vom Jahre 1685 als Schuldner genannt; Mennel hat 1653 eine Forderung in Komotau; Nädel schuldet im Jahre 1647 einem Sebastiansberger vierzig Reichstaler; Philipp Nosek wird 1597 zweimal als Gläubiger erwähnt; Schmay vertritt 1653 die Forderung des Mennel; Schmaieß Weib schließt 1649 wegen einer Forderung einen Vertrag; Wagenmacher kommt 1671 als Gläubiger vor; Zochor hat 1689 eine Forderung in Komotau.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Priesen.

Im Jahre 1671, als das Städtchen und Gut Priesen an die Herrschaft Hagensdorf fiel, wurden die Juden aus Priesen ausgewiesen. In der Zeit vorher werden folgende zehn Juden und Jüdinnen genannt: Bela, die Schwiegertochter des langen Abraham, läßt 1650 eine Forderung eintragen; Elias, Vetter des Nathel Schmay, wird 1654 neben diesem als Gläubiger genannt; Hirschel oder Hierschel wird 1629 u. 1642 als Gläubiger erwähnt; Judith Schmayin kommt 1652–59 in zehn Eintragungen als Gläubigerin verschiedener Schuldner vor; Joseph Schmay, wohl der Mann der Judith Schmayin, wird 1654 als Vater des Nathel genannt; Lößer kommt 1655 als Gläubiger vor; Moyseß Abraham sucht 1651 um die Priorität seiner Forderung an und erhält 1654 die gerichtliche Zusicherung; Nädel klagt 1654 eine Forderung ein; Nathel Schmay, Sohn des Joseph Schmay, läßt 1654 eine Eintragung vornehmen; Wolff Jacob schließt 1647 einen Vertrag mit einem Schuldner; Wolffel wird 1650 von einer Bürgerin geklagt.

Pritschapl.

Mayer kommt 1597 zweimal als Schuldner vor; 1597 verkauft ein Dieb die zu Pritschapl gestohlenen Karpfen den Juden und Bauern; 1641 verkauft die Pritschapler Pfarrdienerin ein gestohlenes silbernes Kreuzel einer Jüdin.

Herrschaft Rothenhaus.

In einem Berichte an die Kammer sind die Abgaben der Juden dieser Herrschaft ausführlich behandelt.

Saaz.

Schmay kommt 1635–41 als Darlehens- und Warengläubiger vor; Samuel Schmayin wird 1635–41 als Gläubigerin erwähnt.

Skalken bei Leitmeritz.

Wolff Kohn erscheint 1686 als Gläubiger.

Teplitz.

Calmus, sonst Nathan, hat 1600 eine Forderung gegen zwei Komotauer Bürger; Samuel Glaßer läßt 1641 gemeinsam mit Samuel Koch den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Roßle von Weckau in Arrest setzen; Wolff Kahn beschuldigt 1700 einen Komotauer der Straßenräuberei; 1640 werden Pfänder zweier Prager Juden nach Teplitz überführt.

Ungarisch-Brod.

Dem Isaack Schay werden 1668 bei Sebastiansberg wegen Nichtzahlung des Zolls die Pferde weggenommen.

Weckau (?).

Roßle wird 1641 von zwei Teplitzer Juden wegen „versessener" kaiserlicher Kontribution in Arrest gesetzt.

Wodierad.

Aus dem Jahre 1600 finden sich fünf wichtige und umfangreiche Schriftstücke betreffs des Raubmordes an einem namentlich nicht genannten Juden von Wodierad.

Wrany (Wrana bei Schlan?)

In einem Erbinventar von 1686 wird ein Jud ohne Namensnennung als Gläubiger erwähnt.

II.

Art der Beziehungen.

1. Versuche zur Abänderung des Judenausweisungsprivilegs vom Jahre 1517.

Im Jahre 1517 hatte die Stadt Komotau von ihren Erbherren Peter und Sebastian von Weitmühl das Privileg erhalten, daß kein Jude in der Stadt oder vor der Stadt oder auf den Gütern der Herrschaft Komotau wohnen oder da Handel oder Hantierung treiben dürfe. (Nr. 1.) Dieses Privileg war von den Kaisern Rudolf II., Matthias und Ferdinand II. bestätigt worden. Im Jahre 1635 versuchten die Ältesten der Prager Judenschaft, eine Änderung dieses Privilegs zu Gunsten der jüdischen Händler herbeizuführen. Darauf bezieht sich ein Schreiben der Stadt Komotau an die kgl. böhmische Kammer vom 20. September 1635 (Nr. 45), mit welchem die Kammer gebeten wird, das Gesuch abzulehnen. Auf Grund der Privilegien wies die Kammer am 1. Oktober 1635

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Petition der Juden ab. Mit einem zweiten Versuch der Prager Judenältesten befaßt sich ein Schreiben des herrschaftlichen Hauptmanns in Komotau vom 18. Februar 1637 (Nr. 52) an die böhmische Kammer mit dem Ersuchen, die Stadt Komotau bei ihrem Privileg verbleiben zu lassen. Diesem Ersuchen gab die Kammer statt und wies die Bitte der Juden mit Schreiben vom 28. Februar gänzlich ab. Weitere Versuche der Prager Judenältesten, das Komotauer Privileg von 1517 ganz oder teilweise zu beseitigen, erfolgten in den Jahren 1652 und 1659 (Nr. 85 und 95). Unsere Akten zeigen, wie die Stadt ihr Privileg verteidigte und dabei von den maßgebenden Behörden in Böhmen unterstützt wurde, mit dem Erfolge, daß die Bitte der Prager Juden neuerlich abgewiesen wurde.

2. Juden und Zünfte.

In dem Nachbarstädtchen Eidlitz, zur judenfreundlichen Herrschaft Rothenhaus gehörig, finden wir in den zwei erhaltenen Zunftordnungen folgende Bestimmungen zum Schutze der Juden: Nach der Zunftordnung für sämtliche Handwerke aus dem Jahre 1676 (Nr. 113) sollte kein Störer im Städtl oder den obrigkeitlichen Dörfern gelitten noch, mit Arbeit und gemachten Waren herumzugehen, geduldet werden, es wäre dann ein schutzverwandter Jud, und in der Zunftordnung der Fleischer aus dem Jahre 1728 heißt es: was aber die Eidlitzer Judenschaft berühret (= betrifft), wie solche allzeit und bisanhero die Schlachtung getrieben, dabei werden sie auch künftighin von Obrigkeit wegen geschützt. In Görkau, der zweiten Bezirksstadt, ebenfalls zur Herrschaft Rothenhaus gehörig, werden die Juden nur in einer einzigen Zunftordnung erwähnt, nämlich in der der Fleischer vom Jahre 1673 (Nr. 111), die gegen Störer, sei es Juden oder Christen, sich wendet.

In Komotau finden wir unter den Juden vor dem Jahre 1517 neben 1 Rabbiner und 1 Arzt auch 4 Beutler, 1 Schwertfeger, 1 Glasträger und 1 Landfahrer. Die Zunftordnungen von da ab sind im Sinne des Stadtprivilegs durchwegs gegen die Juden eingestellt, denen sie nicht nur die Aufnahme in die Zunft ausnahmslos verwehren, sondern gegen die sie sich auch als Händler und sogar als Kunden wenden. Gegen die Juden als Händler sind einzelne Bestimmungen in Zunftordnungen gerichtet, so in der Zunftordnung der Komotauer Kürschner von 1631 (Nr. 40) und der Komotauer Fleischer von 1652 (Nr. 84). In einer Eingabe an den Stadtrat aus dem Jahre 1685 (Nr. 119) beschweren sich die Komotauer Fleischer, daß sie arme Leute von allen Orten (= Seiten) mit Störern, Pfuschern und Juden umgeben seien, welche, weil sie nicht so hoch in Zinsen angesetzt sind und ihre Fleischwaren wohlfeiler verkaufen können,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zuwider den wohlhergebrachten Privilegien von den Nachbarn und Mitbürgern Zulauf, die Meister dagegen das leere Nachsehen haben. In dem Streite zwischen den Komotauer Fleischern und Seifensiedern über den Kauf von Unschlitt entscheidet der Komotauer Stadtrat im Jahre 1656 (Nr. 91), daß die Seifensieder von Störern, Juden und anderen fremden Meistern, die ihr Inselt allhier verkaufen wollen, kein Inselt einkaufen sollen. In der Zunftordnung der Komotauer Seifensieder und Lichtzieher von 1653 (Nr. 86) wird den Juden verboten, Seife und Lichter nach dem Gewichte zu verkaufen und Unschlitt aus der Stadt auszuführen. Kaiser Ferdinand II. bestätigt im Jahre 1628 nicht nur den Komotauer Tuchmachern, sondern allen Tuchmacherzünften Böhmens das Privileg des Wollverkaufs und Tuchschnittes und verbietet allen anderen, besonders aber den Juden, wannenher sie seien, die Wolle an Gewicht und auf den Schafen stückweise zu kaufen, desgleichen das Tuch auf der Seiten und heimlicherweise zu tragen noch zu Schaden der Tuchmacher zu schneiden (Nr. 37), und Kaiser Leopold I. bestätigt allen Tuchmacherzünften Böhmens das Recht, daß nur ihnen allein, mit Wolle zu handeln, gestattet, anderen aber, und besonders den Juden, verboten sei.

Andererseits treffen wir aber bei mehreren Komotauer Zünften die Juden als Lieferanten von Rohstoffen an. Komotauer Tuchmacher beziehen von Juden Schafwolle. Über einen Fall sind wir genau unterrichtet, nämlich über den Verkauf von 13 Stein Wolle durch den Launer Juden Lewel Siemon an den Komotauer Tuchmacher Christoph Sieman im Jahre 1667 (Nr. 101). Derselbe Komotauer Tuchmacher kaufte im Jahre 1669 Schafwolle im Werte von 39 fl. von dem Eidlitzer Juden Wölffel junior (Nr. 107). Ein anderer Komotauer Tuchmacher wird im Jahre 1671 als Schuldner des Eidlitzer Juden Wolf, dem er Wolle abgekauft, genannt. Ähnliche Fälle melden die Akten von 1700, in welchen der Jude Veid Isack aus Horschenz als Verkäufer und vier Komotauer, wahrscheinlich Tuchmacher, als Käufer von Wolle genannt sind. (Nr. 126.)

Noch häufiger bezogen Lohgerber von Juden Leder oder Felle. In den Akten der Jahre 1614, 1640, 1647, 1654, 1672 und 1697 werden die Juden: Hörschel und der Lange Abraham (aus Eidlitz), Schmay, Lösser, Joseph, Wolf Jakob, Abraham (aus Priesen), Salomon Mayer (aus Eidlitz) als Verkäufer von Leder, Fellen, rohen Schaffellen (156 Stück a 9 Groschen) und Roßleder (51 Stück, das Paar a 3 Reichsthaler) genannt. (Nr. 20, 26, 60, 76, 77, 88, 123.) Bemerkenswert ist, daß der Komotauer Kürschner Moyses Pfleser von dem Juden Nadel aus Eidlitz im Jahre 1662 Schaffelle kaufte und ihm für einen Teil des Kaufpreises, den er ihm noch schuldete, Pfänder (einen silbernen Gürtel und 3 Stück Wäsche) übergab (Nr. 99). Zu erwähnen ist noch, daß im Jahre 1660 der Jude Wolff aus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Eidlitz den Komotauer Seifensieder Hans Georg Brändel auf Zahlung eines Schuldrestes für Unschlitt, das er von ihm bezogen hatte, klagte (Nr. 98).

Von Juden als Kunden handeln Bestimmungen der Zunftordnungen der Komotauer Schneider von 1537 (Nr. 2) und 1631 (Nr. 40). Nach der ersteren ist es den Schneidern verboten, „ungenetzt Tuch oder Gewand" für Christen oder Juden zu arbeiten; nach der zweiten ist es verboten, für Juden zu arbeiten, sei es „an dem Leib" oder anderweitig.

3. Juden als Warenlieferanten.

Finden wir die Juden trotz aller Verbote schon des öfteren als Warenlieferanten der Zünfte, so kommen sie noch viel häufiger als Lieferanten verschiedener Waren für Bürger und Bauern vor, nämlich von Pferden, Weizen, Käse, Obst, Federn, Fellen, Wolle, Kleidungsstücken, Kramwaren und verschiedenen Gebrauchsgegenständen, was die Eintragungen in den Gerichtsbüchern, die lediglich Streitigkeiten betreffen, nur andeuten können.

Am 1. Juni 1615 gelobte Greger Engell bei Gericht, der Jüdin Susmanin in Eidlitz 7 Schock 30 Groschen „wegen eines Pferdes" zahlen zu wollen (28). Auf einen ähnlichen Fall bezieht sich eine Eintragung desselben Jahres, die als Verkäufer eines Pferdes den Juden Isack den Älteren von Eidlitz nennt. In dem Erbinventar nach Caspar Wiedtman vom 7. Juli 1632 findet sich unter den Schulden auch die an einen Juden für Weizen im Betrage von 25 Gr. 5 Pf. (41). Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1650 der Jude Wolffel in Komotau entgegen den Stadtprivilegien Weizen bei Privaten eingelagert hatte (Nr. 80). Als Verkäufer von Käse und zwar von 14 Stein und 5 Pfund werden 1647 die Juden Lösser und Joseph genannt (Nr. 76). Eine ganz vereinzelte Eintragung aus dem Jahre 1650 besagt, daß die derzeit in Priesen wohnhafte Bela, die Schwiegertochter (Schnur) des langen Abraham, dem Komotauer Bartel Weigert welsche Nüsse verkauft hat (Nr. 81). Als Verkäufer eines Kupferkessels wird im Jahre 1668 der Jude Wolffel von Eidlitz genannt (Nr. 103).

Im Gerichtsbuche von 1640–42 finden wir zum 10. Juli 1640 den Vermerk des Stadtrichters, daß ihm vom Rate aufgetragen worden sei, gegen die Niederlage der sich da aufhaltenden Judenschaft bei einigen Komotauer Bürgern einzuschreiten, daß sich bei einem Bürger ein kupferner Ofentopf, bei einem anderen 11 Rinderhäute und 2 Kalbfelle vorgefunden hätten, daß den Juden auf Befehl des Rates die Häute wiedergegeben wurden, dagegen der Bürger, der diese bei sich gehabt und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wider der Stadt Privilegien gehandelt, zur Strafe in Arrest gesetzt und erst nach Stellung von 2 Bürgen aus demselben entlassen worden sei (Nr. 59).

Den Verkauf von Fellen und Häuten durch den Juden Abraham aus Eidlitz und eine ungenannte Jüdin melden Eintragungen aus den Jahren 1614 und 1632 (Nr. 20 und Nr. 42). In dem Erbinventar der Margaretha Grünerin vom 16. September 1671 findet sich unter den Schulden auch die von 1 fl. 15 kr. für Wolle an den Juden Eysiegl von Eidlitz (Nr. 108).

Der Verkauf von einem Schäublein (Haube) im Werte von 1 Sch. 55 Gr. 5 Pf. durch eine Jüdin von Görkau, einer damastenen Schürze im Werte von 3 Sch. 12 Gr. 6 Pf. durch den Juden Hirschel, endlich von einem Rock im Werte von 6 fl. durch den Juden Schmal aus Eidlitz berichten Eintragungen aus den Jahren 1634, 1642 und 1700 (Nr. 42, 126). Der Verkauf von Kramwaren durch Juden aus Görkau, nämlich durch Isacks Sohn und den jungen Joseph (vorausgesetzt, daß es sich nicht um eine und dieselbe Person handelt) an Frauen, wahrscheinlich Krämerinnen in Komotau, wird durch Eintragungen zum Jahre 1636 bezeugt (Nr. 47, 50).

In dem Gerichtsbuche von 1640 bis 1642 kommt zum 9. August 1640 der Vermerk des Stadtrichters vor, daß die Jüdin Rössell, eine Witfrau, wegen ihrer lange innegehabten Niederlage zu Gericht gefordert wurde und daß ihr 4 fl. Strafe auferlegt wurden (Nr. 59).

Sehr merkwürdig ist eine vor Gericht gemachte Äußerung von Anna Ungerin vom 7. Oktober 1614, daß sie allerdings von Hans Mennell zwei Tonnen Heringe gekauft, jedoch niemals in ihrem Leben mit Juden etwas gehandelt oder von ihnen etwas gekauft habe, was auf Ansuchen des Juden Abraham (des langen A.) protokolliert wurde (Nr. 25).

4. Juden als Darlehensgläubiger von Komotauer Bürgern.

Die zahlreichsten Eintragungen über Juden beschäftigen sich mit Darlehen von Juden an Komotauer Bürger, und zwar handelt es sich um Schuldenverzeichnisse, Schuldenbekenntnisse, Schuldenvormerkungen, Schuldenberechnungen, Darlehenskündigungen, Schuldklagen, Bürgschaften, Pfändungen, Pfandaufsagungen, Klagen auf Herausgabe des Pfandes, Quittungen und Korrespondenzen.

Die Schuldenverzeichnisse in dem Schuldenbuche von 1600 bis 1680, sieben an der Zahl, enthalten in der Regel nur den Namen des Schuldners und Gläubigers sowie den geschuldeten Betrag; ein einzigesmal, im Jahre 1610, findet sich folgende ausführlichere Eintragung: 18 Schock

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dem Philipp Reithansen, so er als ein Gekommerter (= Gepfändeter) von einem Juden zu Libochowitz für den Günzel zahlen müssen (Nr. 16). Die Schuldenverzeichnisse in den Erbteilungsbüchern, 19 an der Zahl, sind meistens ausführlicher und enthalten unter den Überschriften „Schulden, Schulden zu bezahlen, pflichtige Schulden, liquidierliche Schulden, Privatschulden, Gegenschulden" nicht nur die Namen des Schuldners und Gläubigers und die Höhe der Summe, sondern auch die Pfänder, die eingesetzt wurden, oder verschiedene Vermerke, wie „auf Zins, ohne Zins" usw. Schuldenbekenntnisse, vielfach mit Zusagen wegen der Abzahlung, finden sich in den Memorialbüchern des Bürgermeisteramtes wie in den Gerichtsbüchern des Stadtrichteramtes häufig. Es sind zum Teil ganz kurze Eintragungen, zum Teil enthalten sie aber die verschiedensten Vermerke, wie „wann sie wird das erste Gebräu Bier getan und dieses zu Geld gemacht haben", oder „im Fall er einen oder den anderen Termin nicht einhalten würde, soll er schuldig sein, die ganze Summe in der Gänze auf einmal zu erlegen", oder „so solches nicht geschehen werde, solle sie alsbald in Verstrickung eingenommen werden" usw. In einem Falle wurde das Schuldbekenntnis, da in dem Hause des Schuldners die „Sterbe" war, durch den Ratsdiener dort entgegengenommen. Schuldenvormerkungen auf Betreiben der Gläubiger finden sich viermal. In einem Falle ist folgende Begründung angegeben: weil sie gesonnen, zu verreisen, und wegen Anmeldung anderer Kreditoren leicht etwas versehen könnte, hat sie gebeten, damit sie vor allen anderen Kreditoren die Priorität habe und ihrem Rechte nichts vergeben möchte, solches zu registrieren. Schuldenberechnungen finden sich viermal mit den gleichen einleitenden Worten: haben sich berechnet. In einem Falle verspricht der Schuldner, zu Pfingsten und Weihnachten je die Hälfte abzuzahlen, jedoch, falls er inzwischen sein Haus verkaufen würde, die Juden von dem Angelde zu befriedigen. In einem zweiten Falle verpflichtet sich der Schuldner geradezu, bis zu einem bestimmten Termine sein Haus zu verkaufen und von dem Angelde, auf welches die Juden bereits einen Kummer und Arrest getan haben, seine Schuld zu bezahlen. Im dritten Falle handelt es sich um eine Berechnung der Bürgschaft halber. Im vierten Falle werden nur Termine festgesetzt. Schuldklagen mit der Anerkennung der Schuld und Vorschlägen zur Abzahlung oder einer Vermittlung des Gerichtes kommen zahlreich vor und enthalten die verschiedensten Vermerke wie „auf ein Jahr lang um bräuchliche jüdische Verzinsung zu gedulden", oder „Stammsumma und dreijährige versessene jüdische Zins", oder „weil er aber alsbald mit der Bezahlung nicht hat aufkommen können, haben sich die Gerichte ins Mittel geschlagen" usw. Nur in einem einzigen Falle hat der Beklagte die Schuld nicht anerkannt: auf vorgewiesenen Schuldschein hat der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Büttner Jacob Bergner bestritten, daß es seine Handschrift wäre und erklärt, daß er denjenigen, der dies behaupte, für einen leichtfertigen Schelm halte, usw. In einem zweiten Falle hat sich ein Schuldner zur Bezahlung nicht verstehen wollen, aber, damit die Sache erörtert werde, dem Bürgermeister mit Handschlag versprochen, von hier nicht zu weichen, bis die Sache klargestellt sei. In einem dritten Falle heißt es kurz, daß der Schuldner auf die Zitation nicht erschienen sei. Übernahme der Bürgschaft für einen Schuldner vor Gericht oder Aufkündigung der Bürgschaft ebenfalls vor Gericht wird in Eintragungen von 1614 und 1615 überliefert (Nr. 17, 31). Die Kündigung eines Darlehens kommt nur ein einzigesmal vor: Am 28. Mai 1652 kündigte vor Gericht die Jüdin Schmayin aus Priesen dem Lorenz Schwan die 75 Schock, die sie ihm im Jahre 1647 gegen Obligation geliehen hatte, zur Rückzahlung auf. Die Entlassung aus der Fronfeste wird ein einzigesmal angeführt: am 25. Juni 1635 ist Gregor Weber auf Befehl des Stadthauptmanns der Fronfeste, darin er wegen Samuel Juden von Görkau wegen 10 Schock 50 Kreuzer rechtmäßiger Schuld verhaftet gewesen, entlassen worden, mit dieser Kondition, daß er soll in 14 Tagen bei Gericht 5 Schock 50 Kreuzer erlegen und in den nächsten 14 Tagen wieder 5 Schock, wobei für den Fall der Nichteinhaltung ein Bürge gestellt wurde. Pfändungen oder Verbote finden sich nur zweimal und betreffen das einemal das Getreide in der Scheune und das anderemal das Angeld beim Verkaufe eines Hauses.

Die Aufkündigungen von Pfändern in der stattlichen Anzahl von 45 Stücken enthalten meistens nur den kurzen Vermerk, wem und von wem Pfänder aufgekündigt wurden und um welche Pfänder es sich handelt. Nur ganz selten findet sich irgendein sonstiger Vermerk, wie „solches Pfand soll er innerhalb 4 Wochen lösen, wo nicht, soll der Jud Macht haben, mit dem Pfand zu tun, als wenn es sein Eigen wäre", oder „ist ihm durch den Gerichtsdiener angemeldet und dem Juden um die Gebühr verschrieben worden", oder „welches ihm durch den Fronboten ist angedeutet worden" usw. Einen Vertrag wegen der Pfänder mit dem Witwer der Schuldnerin finden wir in einem einzigen Falle mit folgenden Worten: „demnach des Paul Thiembs verstorbenes Eheweib den 20. Mai 1659 der Zipperle Jüdin 8 Reichstaler schuldig geworden, wofür sie ihre weibliche Kleidung und etwas weiße Wäsche und etliche angehängte Groschen zum Unterpfand gegeben, aber mit Tod abgegangen und das Pfand von ihr hat wollen nicht gelöst werden, als hat die Jüdin solches Pfand bei Gericht niedergelegt und sich mit ihm dergestalt verglichen, daß er alsbald 3 fl. und dann von 6 Wochen zu 6 Wochen 3 fl., also über 18 Wochen solche 9 fl. unfehlbar bezahlen soll (Nr. 96). Eine Klage auf Rückgabe eines Pfandes nach erfolgter Bezahlung der Schuld findet sich

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ein einzigesmal, und zwar in der Form der Pfändung einer Forderung des sz. Gläubigers gegen einen Dritten mit den Worten: weil er aber gegen Bezahlung das Pfand nicht wiederbekommen, hat er umsoviel bei Herrn Schwan, welcher der Schmayin schuldig, ein Verbot getan, solches ihr zu insinuieren. Ein Anbot zum Rückkauf verpfändeter Erbgelder enthält eine Eintragung von 1654, wonach Nathel Schmay für sich und anstatt seines Vettern Elias den Michel Richter wegen prätendierender Erbgelder auf dessen Haus hat vorbescheiden lassen und ihm diese zum Verkaufe angeboten, weil dieser aber dieselben nicht kaufen wollen, besonders mit einem dem Herrn Bürgermeister gegebenen Handschlag dieselben losgesagt hat, der Jud dies in das Memorialbuch um die Gebühr registrieren lassen (Nr. 88). Zwei weitere Fälle von 1642 und 1665 in Nr. 73 und 100.

Was die Pfänder anbelangt, so kommen als solche die mannigfachsten Gegenstände, vor allem die verschiedensten Arten von Gold- und Silbergerät, Wäsche und Kleidungsstücken vor, z. B.: 2 Silberbecher, 2 Trauringe und 1 Silbergürtel; 8 Stück von Silber- und Goldgeschmeid, 1 Schaugroschen; 2 alte Mäntel, 1 schwarzer Damastrock nebst roten Korallen; 1 graugrüner Rock und 1 Mörser; 1 Nürnberger Teppich und 1 geringer Teppich; 1 Mantel, 1 Bockfell und 1 Goldhaube; etliche Handtücher und 1 Paternoster usw. In einem Falle ist die Anzahl der verpfändeten Gegenstände groß und mannigfaltig, und ihr Wert ist auch durchwegs angegeben; siehe das Erbinventar des Verwalters der Alaunhütte vom Jahre 1689 (Nr. 120).

Quittungen über bezahlte Schulden finden sich fünfmal. Darin heißt es „mit einem Handschlag quitt frei und losgesprochen" oder „sagt sie hiemit quitt ledig und los" usw.

Schließlich seien Zuschriften der Stadt in Angelegenheit von Schulden ihrer Bürger an verschiedene Adressaten erwähnt (Nr. 8, 12 und 116).

5. Lichtenstädter Juden als Gläubiger der Stadtgemeinde Komotau.

Von den hier veröffentlichten Dokumenten aus den Jahren 1634 bis 1675 bezieht sich eine große Zahl auf die Schuld der Stadt Komotau an den Lichtenstädter Juden Lazar Aron, manchmal auch Lazar von Aron genannt, und dessen Erben. Es handelt sich um die Zinsen eines Darlehens, dessen Höhe nicht angegeben ist, ebensowenig ist der Betrag der jährlichen Zinsen, die von diesem Darlehen bezahlt werden mußten, ersichtlich. Aus den Jahren 1634–42, oder genauer aus der Zeit von 1634 März 29 bis 1642 März 4, liegen uns 20 Schreiben der Stadt an Lazar Aron und dessen Frau vor, die sich auf die Angelegenheit dieser Schuld-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zinsen beziehen (Nr. 43, 43b, 51, 51 a–d, 56, 56 a–c, 56 e–h, 68, 68 a–d). Der Inhalt dieser Briefe ist fast durchwegs derselbe: die Stadt kann die Zinsen nicht bezahlen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß wir in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges stehen, in welchem Böhmen und Mähren schwer heimgesucht worden sind. Plünderungen und Brandschatzungen durch die Soldaten, eine der Stadt auferlegte Zahlung von einigen 1000 fl. an das „löbl. morzinische Regiment", Zahlung einer großen Geldsumme an den Kurfürsten von Sachsen, Eintreibung von rückständigen Steuern durch Exekutionen und zu alledem noch Mißernten durch drei aufeinander folgende Jahre (1636–38) – damit begründet die Stadt in den genannten Briefen ihr Unvermögen, die Zinsen zu bezahlen. Ein einziges Mal gelingt es ihr, 50 fl. aufzubringen (Nr. 56), sonst wird auf die unaufhörlichen Mahnungen des Gläubigers immer die gleiche Antwort erteilt, es sei bares Geld nicht zu erlangen. Daß die von der Stadt angeführten Gründe für ihre Zahlungsunfähigkeit zutreffend waren, wird auch Lazar Aron nicht bezweifelt haben. Daraus ist es wohl zu erklären, daß er sich einmal mit einer Ladung von Malz und Hopfen und später zweimal mit einem Wagen Komotauer Bieres begnügte, die ihm die Stadt an Stelle von Bargeld und als Abschlagszahlung zukommen ließ (Nr. 51, 51b, 56a, 56g, 56h). Das Verhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger, zwischen der Stadt und Lazar Aron, war anfänglich gut und beinahe herzlich. Lazar Aron lud im Oktober 1637 Bürgermeister und Rat zur Hochzeit seiner Tochter ein und sie antworteten mit guten Wünschen für die Braut, der sie auch eine „kleine Verehrung" übersandten (Nr. 51d). Aber als die Stadt ein Jahr um das andere die Zinsen schuldig blieb und Lazar Aron immer nur zu hören bekam, er möge Geduld haben, hörte das freundschaftliche Verhältnis auf. Lazar Aron sah, daß er auf dem gewöhnlichen Wege, nämlich durch Absenden von Mahnschreiben an die Stadt, nichts erreiche. Er wandte sich deshalb an Herzog Julius Heinrich von Sachsen-Lauenburg, den damaligen Inhaber der Herrschaft Schlackenwert, zu der Lichtenstadt, der Wohnort Lazar Arons, gehörte, mit der Bitte, für ihn bei der Stadt zu intervenieren. Und der Herzog richtete für seinen Hofjuden Lazar Aron ein entsprechendes Schreiben an die Stadt. Aber auch diese Aktion Arons war erfolglos. Der Rat der Stadt antwortete am 12. III. 1642 (Nr. 72) in einem äußerst höflich abgefaßten Schreiben, die Stadt sei leider nicht in der Lage, die schuldigen Zinsen zu bezahlen, und bitte um Geduld. Nun machte Lazar Aron einen neuerlichen Versuch, indem er sich mit einem „Klaglibell" an Kaiser Ferdinand III. wandte. Das Schriftstück nahm den üblichen Weg zu den Statthaltern in Prag und von ihnen zu den Kreishauptleuten, aber auch jetzt kam Lazar Aron nicht zum Ziel. In dem Antwortschreiben der Stadt wurde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

von ihm verlangt, daß er, ebenso wie andere Kreditoren, mit Rücksicht auf die schwere Schädigung der Stadt durch eine Feuersbrunst auf einen Teil seiner Forderung verzichte (Nr. 75). Über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit enthalten die städtischen Akten der nächsten Jahre nichts. Aber nicht deshalb, weil die Stadt der Sache ein Ende gemacht und die ganze Schuld bezahlt hätte. Vielmehr zeigen uns Aktenstücke der Jahre 1652, 1657, 1671, 1678 und 1674, daß auch damals, nachdem Lazar Aron längst verstorben, die Schuld der Stadt an seine Erben noch nicht völlig getilgt war. Erst im Jahre 1675, als es sich nur noch um eine Restschuld von 100 fl. handelte, wurde die Angelegenheit gänzlich bereinigt (Nr. 83, 92, 92 a–d, 109, 109 a–c).

6. Juden als Schuldner.

Juden als Schuldner werden viel seltener genannt als Juden als Gläubiger. In unseren Akten erscheinen sie mehrfach als Darlehens- oder Warenschuldner. Am 19. März 1647 brachte Martin Gautel vor Gericht eine Klage gegen Lösser und Joseph und zwei andere Juden wegen 60 fl., die er ihnen zu Prag vorgestreckt habe, vor (Nr. 76). Vielleicht bezieht sich auf dieselben Juden ein Schreiben des kaiserlichen Hauptmannes zu Komotau Johann Christian Noderer an das dortige Gericht vom 15. Mai 1647, aus dem zu ersehen ist, daß der Jude Lösser und seine drei „Mitconsorten" ihm für ein Darlehen von 145 fl. ihre Ware und ganze Habe verpfändet hatten (a. a. O.). Einige Wochen später werden die Juden Joseph und Lösser wiederum als Schuldner genannt, allem Anscheine nach haben sie von einem anderen Juden, Nädel, einen Betrag von 40 Reichsthalern entliehen (a. a. O.). Von weiteren Beispielen (Nr. 5, 44, 55, 63, 64, 69, 90, 108, 117, 121) sei eines besonders hervorgehoben: ein Vergleich des Christoph Kuhn mit dem Juden Männel aus Görkau vom 19. Jänner 1641 (Nr. 64). Er zeigt, wie schwer es damals für Juden wie für Christen war, bares Geld zu erhalten.

7. Steuern und sonstige Abgaben der Juden.

Über Steuern und sonstige Abgaben der Juden sowie die Befreiung von denselben finden sich nur wenige Nachrichten. Im Steuerbekenntnisbuche der Herrschaft Komotau aus den Jahren 1595 bis 1620 finden wir für die Jahre 1596 bis 1599, als die Herrschaft Rothenhaus mit dazu gehörte, mehrere Bekenntnisbriefe hinsichtlich der Hauptsteuer der Juden von Eidlitz und Körbitz. Die Bekenntnisbriefe für Eidlitz sind

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vom Bürgermeister und Rat der Stadt Eidlitz ausgestellt und besagen, daß der Rat auf Grund des Landtagsbeschlusses vom Jahre 1593 eine genaue Aufnahme der Juden habe machen lassen und daß sich in der Stadt Eidlitz folgende Juden befanden, die halbjährige Steuern leisteten: Georgi und Galli 1596 in gleicher Weise 17 über 20 und 2 unter 20 Jahren, zusammen 19, mit 8½ Schock 48 Groschen Steuer, Georgi 1597 16 über 20 und 3 unter 20 Jahren, zusammen 19, mit 8½ Schock, Galli 1597 17 über 20 und 3 unter 20, zusammen 20, mit 8½ Schock, Galli 1598 18 über 20 mit 8½ Schock 48 Groschen, Georgi 1599 18 über 20 und 2 unter 20, zusammen 20, mit 30 Schock 4½ Groschen und Galli 1599 19 über 20 und 2 unter 20, zusammen 21, mit 32 Schock.

Die Bekenntnisbriefe für Körbitz betreffen ebenfalls die jüdische Hauptsteuer der Jahre 1596 bis 1599, sind vom Hauptmann der Herrschaft Komotau ausgestellt und bezeugen, daß sich nach der durch Richter und Geschworene von Körbitz vorgenommenen Aufnahme zu Körbitz folgende Juden befanden, die halbjährige Steuern entrichteten: von Georgi 1596 bis Georgi 1599 in gleicher Weise zwei erwachsene Juden, die ständig 3 Schock 12 Groschen halbjährig steuerten, und zu Galli 1599 drei erwachsene Juden, die 4 Schock 48 Groschen entrichteten.

In dem Rechnungsbuche der Herrschaft Komotau aus dem Jahre 1604 findet sich für drei Orte der vereinigten Herrschaft Komotau-Rothenhaus die Anzahl der Juden samt ihren Abgaben für das Halbjahr Galli 1603 bis Georgi 1604 angegeben; in Eidlitz zinsten achtzehn Juden zu 2 Schock, zusammen 36 Schock; in Körbitz zwei Juden je 2 Schock halbjährigen Zins und ein dritter Jude, der sich erst vom 4. Dezember ab daselbst aufgehalten, 1 Schock 30 Groschen, zusammen 5 Schock 30 Groschen; in Drohnitz, jetzt zum Kaadner Bezirke gehörig, zinsten drei Juden je 2 Schock, zusammen 6 Schock.

Von einer Abgabe von Safran durch die auf der Herrschaft Komotau ansässigen Juden handelt ein Bericht des herrschaftlichen Hauptmanns auf Komotau an die königliche Kammer vom 4. Jänner 1600, der im Kammerberichtsbuche von 1599 bis 1600 enthalten ist (Nr. 10). Auf die von den Juden zu entrichtende Kontribution beziehen sich Eintragungen aus den Jahren 1598, 1640, 1641, 1642 (Nr. 9, 61, 70).

Daß zwei Juden bei dem Passieren des Grenzortes St. Sebastiansberg den vorgeschriebenen Zoll nicht entrichteten und ihnen deshalb ihre Pferde mit Beschlag belegt wurden, wird in einer Eintragung der Stadt Komotau vom 9. November 1668 erzählt (Nr. 102). Durch einen anderen Zeugnisbrief der Stadt von 1691 wurde dem Juden Jacob Töplitzer aus Prag bescheinigt, daß er seine in Leipzig angekauften Pferde bisher immer auf der königlichen Landstraße durch Komotau nach Prag geführt habe (Nr. 121).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

8. Morde, Beraubungen, Schlägereien, Betrügereien, Schmähungen.

In unseren Akten sind drei Fälle von Mord, verübt an Juden, verzeichnet. Auf die Ermordung des Juden Jacob aus Eidlitz beziehen sich mehrere Akten aus den Jahren 1597 bis 1598. Der Mord war auf der Landstraße durch zwei Täter verübt worden, einer von ihnen, Martin Ramskopf, war verhaftet und nach einem ein und ein halbes Jahr dauernden Prozeß zum Tode verurteilt worden. Aber das Urteil konnte nicht vollstreckt werden, da es Ramskopf gelang, aus dem Gefängnis zu entkommen: 1597 Jänner 28, April 15, September 26, Oktober 31, November 3 und 4, 1598 Juni 9, September 25 (Nr. 4—4 h). Der zweite Fall ereignete sich im Jahre 1600. Ein Jude der Herrschaft Wodierad (sein Name ist nicht angegeben) war auf der Straße von zwei Burschen ermordet und beraubt worden. Einer von ihnen, Hans Gruner, ein Hirte aus Greiz, war ergriffen worden. Das Urteil lautete auf Tod durch das Schwert (Nr. 11). Im Jahre 1608 kam es wiederum zu einem Mord an einem Juden. Auf offener Landstraße wurde Samson aus Eidlitz von Paul Melzer, einem Untertanen des Herrn Reichhard von Steinbach, überfallen und erschlagen. Auf die Klage der Kinder des Ermordeten wurde der Täter zum Tode durch das Schwert verurteilt (Nr. 15). Eine Klage wegen Straßenraubes brachte der Teplitzer Jude Wolff Kahn gegen den Komotauer Daniel Härtter im Jahre 1700 ein (Nr. 127). Es ist der einzige Fall, den unsere Akten melden. Mißhandlungen von Juden und gerichtliche Klagen derselben gegen ihre Angreifer werden einige Male in den Akten gemeldet (Nr. 58, 89, 104).

Klagen von Juden gegen Fuhrleute, daß diese die anvertrauten Waren veruntreut hätten, finden sich in den Akten der Jahre 1637 und 1698 (Nr. 54, 124). Auf die Klage des Prager Juden Abraham Eydlitz gegen den sächsischen Fuhrmann Paul Ihle (Nr. 124) beziehen sich einige Dokumente, welche die Prozeßführung jener Zeit veranschaulichen.

Der Kauf gestohlener Gegenstände durch Juden wird in den Akten dreimal erwähnt. In keinem einzigen Falle ist jedoch klar ersichtlich, daß die Juden von dem Diebstahl gewußt hatten (Nr. 7, 66, 125). Bemerkenswert ist, daß ein Jude in Eidlitz eine Diebin verhaften und ihr das gestohlene Gut abnehmen ließ (Nr. 125).

Wegen Schmähung durch den Juden Wolff Lazarus aus Kassawitz erhob Dorothea Tillin am 22. Juli 1655 Klage bei Gericht, worauf der Beklagte Abbitte leistete (Nr. 89). Recht merkwürdig ist eine Erklärung, die Christof Raw vor Zeugen am 4. April 1618 im Bürgermeisteramte in Komotau abgab. Zwei Juden hätten von ihm eine Zahlung verlangt, die er verweigerte, worauf ihn die Juden „übel angelassen" hätten. Sollten die Juden nochmals solche Worte gegen ihn gebrauchen, werde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

er sie die Stiegen hinunter werfen und ihnen die Bärte ausraufen lassen (Nr. 34). Was dem Juden Kaschwitz, um dessen Verhaftung der Hauptmann zu Rothenhaus den Komotauer Stadtrat ersuchte, zur Last gelegt wurde, ist nicht ersichtlich (Nr. 118). Ebensowenig erfahren wir, was den Juden Isack Sachs aus Kaaden veranlaßte, am 13. Jänner 1648 vom Bürgermeisteramt Komotau ein Zeugnis zu erbitten, welche Soldaten am 9. Jänner zur Einmahnung von Fleischgeldern in Komotau gewesen seien (Nr. 78).*)

VERZEICHNIS DER BENÜTZTEN QUELLEN.

a) aus dem Stadtarchive.

Stadtbücher:

Apostoli von 1596–1623.
Appellationsberichtsbüchlein von 1596–1600.
Appellationsfragenbüchlein von 1595–1600.
Erbteilungsbücher von 1595–1612, 1625–31, 1631–54, 1655–75, 1676–85, 1686–1702.
Gerichtsbücher von 1613–15, 1635–36, 1635–37, 1640–42, 1646–48, 1653–55, 1658–62, 1662–64, 1664–68, 1668–70, 1670–73, 1697–1701.
Hofkanzleiberichtsbüchlein von 1597.
Korrespondenzbücher von 1597–99, 1633–36, 1637–39, 1640–43, 1656 bis 1657, 1662–73, 1674–78, 1679–83, 1684–89, 1689–91.
Memorialbücher von 1615–30, 1639–49, 1649–61, 1661–93.
Privilegienbuch von 1602.
Schuldenbuch von 1600–80.
Urteilsbuch von 1595–1626.

Herrschaftsbücher:

Kammerberichtsbücher von 1597–98, 1599–1600.
Korrespondenzbuch von 1634–37.
Rechnungsbuch von 1604.
Steuerbekenntnisbuch von 1595–1620.

*) Die in den Nachträgen als Nr. 128–158 abgedruckten Stücke, von welchen sich einige auf die Schuld der Stadt an Lazar Aron beziehen, konnten hier nicht berücksichtigt werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Handwerksbuch:

Komotauer Schneider.

Urkunden und Akten:

Zunftordnungen der Komotauer Schneider von 1537, der Eidlitzer Gesamtzunft von 1676 und der Görkauer Fleischer von 1673.
Original des Judenausweisungsprivilegs von 1517.
Originalbescheid der Kammer von 1659.
Originaleingabe der Komotauer Fleischer von 1685.
Abschrift aus dem Ratsprotokollbuch von 1656.

b) aus dem Grundbuchsarchive (Nachträge).

Ratsprotokollbücher von 1623–25, 1625–27, 1628–29, 1634–39, 1639–47, 1648–57, 1668–76.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

URKUNDEN UND AKTEN
AUS DEM KOMOTAUER STADTARCHIVE.

1.

1517 April 22.

Ausweisung der Juden aus Komotau.

Sebastian und Peter, Herren v. d. Weitmühl auf Komotau erteilen den Einwohnern der Stadt Komotau auf ihre Bitte und nach Bezahlung von vierhundert Schock auf Schwertgeld *das Privileg, daß kein Jude jetzt und in aller Zukunft* bey ine wonen noch hewsslich sitczen soll in der Stadt nach vor der Stadt auch awff unsernn Guethernn der Herschafft Comethaw, awch sallen sie keynen Handel Hantyrung nach Gewerbe und Hantwergk in der Stadt nach vor der Stadt treiben.

Original auf Pergament mit 5 Siegeln an Pergamentstreifen.

2.

1537 Mai 27.

Verbot für die Schneider, Christen oder Juden ungenetzt Tuch oder Gewand zu arbeiten.

Item kein Meister soll kein ungenetzt Thuch oder Gewandt arbeiten, es sey Christen Freund oder Juden oder sonsten auffn Tendelmarckht, die Straff zwey Pfundt Wachs.

Aus der Originalzunftordnung der Komotauer Schneider.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

3.

1596 Juli 1 und 26.

Jüdische Hauptsteuer zu Eidlitz und Körbitz.

Eudlicz. Jüdische Hauptsteuer Georgij des 96: My purgkmijstr a radda miestis Audlicze k geho milosti czysarzske panstwi Chomutowskemu naleziegiczy znamo czinime timto listem przede wssemi, zie gsme podle snessenij sniemownijho, kteruž se stalo letha 93, wsseczky zide przi miest. tomuto a obczy nassi sczisti a wyhledati dali, gijchž se wyhledalo a nasslo 17 hlaw przes dwadczeti leth a dwie hlawy pod dwadczeti leth, z kderychž se podle tehož snessenij sniemownijho przi tomto terminu swatogirzskem letha tohoto 96. segde osmmeczytma kop cztiridczeti osum gros. wsse miss. A zie gsme se w tom od osob swych sprawedliwie zachowali a ziadnemu neprzehlidli, to przigimame k swemu swiedomi. Pro lepssi gistotu toho dali gsme k tomuto listu przinawaczymu peczjet nassi wiedomie przitisknauti, gehož datum w pondieli po swatych Petra a Pawla letha dewadesateho ssesteho.

3a.

Kirbicz. Jüdische Hauptsteuer Georgij 1596: Geho milosti czysarzske panstwi Chomutowskeho heytman ja Jan Czetlpergar z Czetlpergku a na Bicziczych znamo czinim timto listem przede wssemi, zie gsem wedle snessenij sniemownijho, kterež se gest letha 93 stalo, przi rychtarži a pržiseznijch we wsy Kirbyczych k panstwi Chomutowskemu przilussegiczych narzidil a zide wyhledati a sczisti dal, kdež se gijch toliko dwa a ty przes dwadczeti leth nachazy, z nijchz se podle tehož snessenij sniemowijho przi terminu tomto swatohawelskem letha tohoto 96 zbijrka hlawnij, ze dwie hlaw dati pržigde trži kopy a dwanaczte grossuw missenskych. A. zie gsau se tyž rychtarž a pržisežny w tom tak podle wymierženij sniemownijho sprawedliwie zachowali, nicz neprzehlidli pržigali, to na tu przisahu, kteruž gsau ku powinnostem a praczy teto vczinili a takowu zbijrku podle letossnijho sniemu panum bernijkum krage Ziateczkeho, teď prziležitie odsylam. Tomu na swiedomi dal gsem k tomu listu przinawaczymu peczjet swu wlastnij wiedomie przitisknauti, gehož gest dan w Chomutowic w patek po pamatcze s. Jakuba aposstola panie letha dewadesateho ssesteho.

Aus dem Steuerbekenntnisbuche von 1595 bis 1620, S. 11 und 13v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

4.

1597 Jänner 28 — 1598 September 25.

Prozeß gegen den Mörder des Juden Jacob von Eidlitz.

Sententia zwischen Breunel Jüdin wegen ihres entleibten Mannes Jacob contra Martin Ramskopff: In libellirten Mordtsachen wegen des entleibten Juden Jacoben von Eydlicz zwischen Breunnel seinem Weib Klägerin eines – vnd Martin Ramskopff Beklagten anderes Teiles sprechen wir Burgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw nach vleissiger Erwegung der eingebrachten Acten mit Vorbehalt der Appellation vor Recht: Dieweil Klägerin diesem Schöppenstuel vnd dem allhier receptirten Proceß zuwieder mit vnordentlicher Klage fürkommen, keinen vom Schwertmagen vnd Bluetsverwandtschafft zum Kläger nit constituirt noch vorstellig gemacht, so wirdt Beklagter vnd gefencklich hafftender Martin Ramskopff von angestelleter peinlichen Klag vermöge des hiegischen vblichen Rechtsproceß absoluirt vnd loßgesprochen von rechtswegen. Actum in consilio den 28. Januarii des 97. Jhares.

4a.

Abschiedt in Entleibungssachen Breunel Jüdin contra Martin Ramskopff des Beweißprocesses halben: In vertirenden Entleibungssachen zwischen Breunel Jüdin und Consorten zu Eydlicz Klägerin an einem vnd gefencklich hafftenden Martin Ramskopff Beklagten am andern Teile des Beweißproceß halben, inmassen die Klägerin hierumben, wie auch vor diesem mehrmals beschehen, mit einem vnd andern vnbegründten Mißbericht vnd Beschwerd das Oberrecht beim kai. Appellationstuel bemühet vnd Beuelich anhero ausgebracht, dadurch der Lauff des Rechtens gehindert vnd die Rechtssach in weitleuffige Auffzüge gelanget, so wirdt darauff den Parthen zum Beweiß sechswochentliche Frist, demselben erstlich das klagende Teil auff den eingebrachten anderen Sacz vnd hernach Beklagter mit dem andern Sacz einzubringen vnd zum dritten Sacz drei Wochen Frist erteilet, darauff dann nach complirten dreien Saczschrifften die Sach versprochen werden vnd ergehen soll, was in Rechten recht ist. Actum in consilio vor e. e. Rath zu Commothaw Freutags nach Matthaei des Euangelisten den 26. Septembris des 97. Jhares.

4b.

Abschied, uff welche Tagzeitten die Zeugen in der jüdischen Entleibungssachen zu produciren vnd auffzunemen sowol an welche Ort die Compassschreiben zu beteilen: In Zeugenfürungsachen wirdt Breunel

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Jacob Jüdin zu Eydlicz vnd ihren Consorten als Producenten auf ihr fürgehend Ansuchen zum Bescheid erteilet, das nemlich die hiegischen sowol die von Eydlicz angedeuten Zeugen auff nehistkommende Mitwoch, die andern aber inner acht Tagen hernach, Mitwoch nach Martini, allhier producirt vnd rechtlich auffgenommen werden sollen. Anlangend die Compassschreiben wird der producirenden Parth von diesen Rathstuel an die Herrschafft vber Horzenicz vnd dann nach Bilenicz gegen Einantworttung der Positionzetteln mitgeteilet werden, die andern Compassschreiben sollen Zeugenfürer vom Ampt allhier ausbringen. Actum in consilio zu Commothaw den leczten Octobris des 97. Jhares.

4c.

Ad eosdem (Laun an den Rath) wegen ihres Gerichtsdieners Wentzel N., ihme in den jüdischen Entleibungssachen contra Martin Ramskopff daselbst zu produciren vnd auffzunemen. 4. Nouemb. 97: Welcher Gestalt vns Breunel Jüdin vnd ihre Consorten von Eydlitz in denen vor vns contra Martin Ramskopff vertirenden Entleibungssachen vmb diß an Euch Compassschreiben ersuchet vnd anbelanget, geben wir Euch aus ingeschloßenem Libell mehres Inhalts zu ersehen. Ist demnach vormöge der Recht vnser erheblich Ansuchen an Euch, Ihr wollet bei Euerem Gerichtsdiener die Anordnung thun vnd verschaffen laßen, damit ihme beigeschloßener ausgeschnittene Zettel insinuirt vnd er bei Eueren Rechten producirt sowol sein Zeugnuß auffgenommen werden möchte. Das beschulden wir hinwieder zu ersuchtem Gegenfall vnd sonsten nachbarlich willig. Hiemit zu göttlichem Schutz vnd Genaden in Vleiß empfolhen. Datum Dienstags nach ominium sanctorum den 4. Nouembris des 97.ten Jhares.

4d.

Bilenitz. Compassschreiben wegen der daselbst 3 Jüden, dieselben anhero zum Zeugnuß in Entleibungsachen der Breunel Jüdin zu Eydlitz contra Martin Ramskopff zu bescheiden. 3. Noumbr. 97: Vnsere willige Dienst mit Wünschung aller glücklichen Wolffardt zuuorn. Gestrenger edler ehrnuester insonder günstiger Herr vnd Freundt. Welcher Gestalt vns Breunel Jüdin zu Eydlitz sampt ihren Consorten in denen vor vns schwebenden Justiciensachen vmb diß an E. Gestr. Compassschreiben ersuchet vnd anbelanget, geben E. Gestr. wir aus ingeschloßenem Libell mehres Inhalts zu ersehen. Ist demnach vormöge der Recht vnser erheblich Ansuchen, E. Gestr. die wollen bei ihren Vnterthanen, den dreien Juden zu Bilenitz, Isaack Schmerlitz, Moysi Polacken vnd Michel, die vnbeschwerte Anordnung thun vnd verschaffen laßen, damit ihnen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die hier beigefügten ausgeschnittene Zettel insinuirt vnd sie darauff als Zeugpersonen anhero zum Rechten auff die Mittwoch nach Martini den 12. diß Monats Nouembris zu rechter Tageszeit vorstellig gemacht werden. Das beschulden wir hinwieder zu ersuchter Billigkeit befließen. Hiemit zu göttlichem Schutz vnd Genaden empfolhen. Datum Montags nach omnium sanctorum anno im 97ten. Bürgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw. — Dem gestrengen edlen vnd ehrnuesten Herrn Ladislaw Hrobschitzky von Hrobschitz vff Bilenitz, vnsern insonder günstigen Herrn vnd Freunde.

4e.

In der jüdischen Breunel Jüdin zu Eydlitz Appellationsache: Genedige hochgebiettende Herren, Euer Gd. vnd Herrligk. genedigen Beuelich zusampt den zuruckgeschickten Appellationacten in Sachen wegen des entleibten Jacob Juden zu Eydlitz haben wir in gebierender Reuerentz empfangen vnd deßelben Inhalt gehorsamist vernommen. Geben darauff E. Gd. vnd Herrligk. demüttigist zu erkennen, das vnter anderen habenden Priuilegiartickeln wir auch vber die Gerichts- vnd Rechtsgewohnheiten allergnedigist confirmirt vnd denselben nach bei diesem Rathstuel sich also /v/erhaltet, das das appellirende Teil von acto publicirten Sententzes intra decendium sein Grauamen vnd Appellationvrsachen einzubringen schuldig, wann aber solich Decendium vbergangen (wie dann auch ingleichen von dieser appellirenden Jüdin beschehen), so wirdt nit allein das Grauamen, sondern auch die Appellation vnd Beruff an das obere Recht dem Appellanten reycirt vnd abgestricket, bei welchem Procehs vnd Gerichtssatzung wir bißhero geruhiglich gelaßen vnd verblieben. Ist demnach an E. Gd. vnd Herrligk. vnser gehorsamistes Suchen vnd pflichtheischend Bitten, die geruhen, vns erzeltermaßen bei angedeutem Procehs vnd confirmirten Gerichtssatzung in Genaden handtzuhaben vnd zu schützen, auffdas in praeiudicium vnd zu Nachteil vnseren Begnadungsartickeln auf dieser Unchristin inquietirlich Anhalten oberwehnt Grauamen anzunemen vnd von neuem beneben den Acten zu inrotuliren nit nachgesehen noch verstattet, sondern diese Appellation gantz vnd gar perimirt werde. Hierinnen zu E. Gd. vnd Herrligk. billichisten Subsidio vnd genedigem handthabenden Bescheidt wir vns gehorsamist empfehlen vnd gelaßen dieselbe zu bestendiger Leibesgesundtheit vnd aller glücklichen Wolffart Gott dem Allmechtigen wir treulichist empfelhen. Datum Dienstags nach Quasimodogeniti des 97ten Jhares.

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

4f.

Sententia Breunel Jacob Jüdin vnd Consorten zu Eudlicz contra gefencklich hafftenden Martin Ramskopff: In libellirten Entleibungsachen wegen des entleibten Jacob Jueden von Eudlicz zwischen seinem hinterlaßenen Weib Breunel vnd ihren Litisconsorten Klägern an einem vnd gefencklich hafftenden Merten Ramskopff Beklagten am andern Teil sprechen vnd erkennen wir Burgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw mit Vorbehalt der Appellation vor Recht: Dieweil aus dem gefürten Beweiß sich befindet, das beklagter Merten Ramskopff beneben seinem Consorten Greger Trinckeln dem Schmied von Nehaßicz auff kaiserlichem Weg vnd Straßen den Landesfried gebrochen, an dem entleibten Jacob Jueden ohne alle gegebene erhebliche Vrsach vnd Nottwehr Handt angelegt, darzu er sich auch selbsten in hafftender Gefencknuß bekennet vnd davon der Jued hernach gestorben, so wirdt demnach Beklagter in die Straff des Todtschlags ver(ur)teilt vnd soll mitt dem Schwert vom Leben zum Tode gerichtet werden von rechtswegen. Actum in consilio Dienstags nach Medardi den 9. Juni des 98. Jhares.

4g.

Bericht in jüdischen Entleibungssachen contra Merten Ramskopff vnd seinen Aduocaten, das die zu Recht ausgehobenen exemplirten Acta im Feuer verdorben, abzuschweeren: E. Gd. vnd Herrligk. Beuelich vnterm Dato den letzten iüngst abgewichenes Monats Augusti in Sachen wegen des entleibten Jacob Juden von Eudlitz haben wir deß Beklagten Martin Ramskopffs Aduocaten gehorsamist fürgehalten. Was er aber darauff wegen des Aydes, damit die vom Rechten allhier ausgehobenen verbrannten Rechtsacta zu belegen, recusando aus Ursach, das erwehnter Beklagter nitmehr inhafften, sondern derselben sich erbrochen, bei vns eingewendet haben, E. Gd. vnd Herrligk. inliegende ferneres Inhalts zu uernemen. Was nun E. Gd. vnd Herrligk. zu fernerer Entscheidung der Partheyen hierinnen ermeßen vnd anbeuelhen, soll daßelbe von vns vnterthenigistes Gehorsams ins Werck gericht vnd vollzogen werden, zu derselben Resolution vnd Bescheid wir vns demüttigistes Vleißes empfelhen. Datum Freutags nach Matthei des Euangelisten den 25. Septembris des 98. Jhares.

4h.

An die erbarn vnd wolweise Herrn Herrn Eltisten Burgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw, meinen gönstigen gebiettenden Herrn gehorsame Supplication von mir Merten Felbinger: Erbar vnd wolweise

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

insonders großgünstige Herrn. Was Ihrer röm. kai. Mt. woluerordente Herrn Praesident vnd Räthe der hohen Appellation durch schrifftlichen Befehl an E. E. W. vff der Breunel Judin von Eudlicz vnd derselben judischen Consorten Bericht haben wegen der Jurament vnd Acta zue deferiren vff der Jueden Suppliciren befohlen, darauff soll vnd kan ich auch zuuorn diesen meinen gehorsamen Gegenbericht nicht bergen, nemlich das ich mich J. Gn. vnd Herrligk. Befehl stets schuldig zu leisten erkenne, befinde aber dißmal, das die Jueden in ihren Bericht I. Gnd. vnd Herrligk. den Grundt vorschwiegen, nemlich daß des Martin Ramskopff peinlich Beklagter sich sieder der Zeit des Brandts in Städtel Görckaw aus der Gefencknuß hat ausgebrochen vnd mir also nur ferner mich seiner anzunemen, seine Appellation zu prosequiren oder durch Inrotuliren zu deferiren nit gebüren will. Wie solte dan, wan es bericht worden, mir sein solches zuerkandt worden, vnd das aber die vnglaubigen Jueden vnd ihr judischer Procurator mir armen Man dißmal mir meinen großen Schaden vnd, das auch die Acta in meinem Hauß verbrannt, nicht glauben wollen, auff mich darüber vff ein Jurament dringen, kan ich aus meiner Einfalt dahin nicht verstehen, weil E. G. vnd Herrligk. das Jurament zuförderst dem Merten Ramskopff aufferlegen, welchen nun zur Stelle nicht mehr vorhanden, vnd ich mich dißfalls seine oder seiner Acta anzunemen fur schuldig nicht erkenne, will auch nicht hoffen, von Ihre Gd. vnd Herrligk. seines Ausbrechens Bericht das mir solches zu thun ferner soll aufferlegt werden. Soviel aber das Jurament belanget, darauff die Jueden ihres Vnglaubens wegen so starrende auff mich dringen, das könte ich mit guttem Gewißen wol bezeugen, das dieselben Acta ist in meinem Hauß verbrunnen vnd das ich sie nicht mehr bei mir habe, weil ichs aber in Fall mit viel hundert Menschen zu bescheinen, darzue mit sichtigen Augen der helle Beweiß am Tagk, Gott aber vnnöttig vorgeblich Schweren höchlich verboten, darzu die Jueden die Acta beider Theil selbsten auch in ihren Haenden zu belegen haben vnd diß ihr Begeren gegen mir nur aus lautter Bößheit vnd ihren Mutwillen geschieht, damit sie mich armen abgebrannten Man vber vorige mein aufferlegte Müh, dauon ich wenig belohnt, nur noch ferner zu vieler Bemühung vnd auch zu meinen eigenen Vncosten bringen vnd dringen. Als ist hiemit mein demüttiges vleißiges Bitten, E. E. W. wollen solches hinwieder an I. G. vnd Herrligk. mit beigelegten Befehl vnd der Jueden Suppliciren zuuorn diese meine nottwendige Entschuldigung auch berichten vnd bitten, die Jueden von ihren Begeren abzuweisen vnd Ihr G. vnd Herrligk. zu erkennen geben, ob nicht in solchem Fall mir armen abgebrannten Man die Jueden die vorusachten Vncosten solcher ihrer zugenöttigten Bemühung vnd Beschwerung wegen dieser Instanz zu erlegen schuldig sein. Das will ich armer Man nach meinen höchsten Vermögen jederzeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in allen Gehorsam gancz willig vorschulden. Datum zu Commothaw den 25. Septembris anno 1598. E. E. W. gehorsamer Merten Felbinger.

Aus dem Urteilsbuche von 1595 bis 1626, S. 18v, 28v, 30 und 37; aus dem Korrespondenzbuche von 1597 bis 1599, S. 38v/1597 und S. 7 1598; aus dem Appellationsberichtsbuche von 1596 bis 1600, S. 2 und 10 bis 11.

5.

1597 März 21 – Mai 28.

Prozeß des Bohuslaw Hawlata von Sellowitz gegen den Juden Mayer von Pritschapl um Schäden und Unkosten.

Dictum in Expenssachen Bohuslaw Hawlata contra Mayer Juden zum Pritschapel: In Sachen wegen 48 Sch. Schäden vnd Vnkosten zwischen Bohuslaw Hawlata von Selewicz Klägern an einem – vnd gefencklich hafftenden Mayer Juden von Pritschapel Beklagten ann andern Teile sprechen wir Burgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw mit Vorbehalt der Appellation vor Recht: Dieweil zwischen gedachten Parthen bei diesem Gerichtsstande kein Compromiß zu rechtlichen Anlaß wircklich nit aufgerichtet noch vor Schäden vnd Vnkosten Caution vnd Bürgschafft nicht bestellet, so wirdt beklagter Jud von solicher Forderung der Vncosten absoluirt vnd loßgesprochen von rechtswegen. Actum in consilio den 21. Martii des 97. Jhares.

5a.

Cadan. An Johann Hörnigk Tagschreiben zu Deuoluirung der Appellation in Expenssachen zwischen ihme in Anwaldtschafft Bohuslaw Hawlaten Hruschkischen Vnterthanen vnd Mayer Juden zu Pritschapel. 28. May 97: Vnsern Dienst zuuorn, ehrnuester wolgeachter günstiger Herr vnd Freundt. Auff Euer fürgehend vnterm Dato den 20. huius an vns gelangtes Schreiben thun wir zu Deuoluirung dero von Euch in Anwaldtschafft Herrn Carl Hruschken zu Handen seines Vnterthanen Bohußlaw Hawlaten interponirten Appellation ernennen vnd ansetzen den Freutag nach Medardi, welches sein wirdt der dreiczehende Juny nechstkünfftig, darzu dann Euer Gegenteil Mayer Jud zum Pritschapel ingleichen betaget. Werdet demnach Euch mit rechter zeitlicher Besuchung soliches angeseczten Tages sowol mit Erlegung der ganczen Appellationgebier fünff Thaler zu richten vnd zu uerhaltten wißen. Was anlangt die Schreibgebier von den Abschrifften, werdet Ihr bei vnserem Stadtschreiber soliche Abschrifften durch Eueren Beuelichshaber gegen eigentlicher specificirter Verzeichnuß vnd gebierlicher Aus-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lösung abzufordern vnd abholen zu laßen wißen. Denn wie obgemelt Euer Schreiben besaget, am 14. February von vns in angedeuten Georg Seyffertischen Sachen kein Vrtel gesprochen. Wolten wir Euch (inmaßen Euer Bott zunehist unuerwarttetes Bescheidts dauongangen) zur Nachrichtung nit bergen. Datum den 28. May des 97ten Jhares. – Dem ehrenuesten vnd wolgerachten Herrn Johann Hörnig in Cadan, vnserm günstigen Freunde.

Aus dem Urteilsbuche von 1595–1626, S. 20v; aus dem Korrespondenzbuche von 1597–1599, S. 18v.

6.

1597 Mai 31 – 1599 März 21.

Juden als Pfandinhaber.

Verzeichnuß der nach Greger Winckelman seeligen hinterbliebenen Verlaßenschafft. – An verpfendter Farnuß. – Beim Jueden zu Eudlicz N. N. stehen hernachfolgende Pfandstücke: 3 Tischtucher, 1 Handtuch, 2 Bettücher, 3 Kießziechen, 1 Augenwindel, 11 Kandlen, 1 Dutzet Teller, 5 Schießel, 1 damaschken Brüstel, 1 Röselhaub, 1 Schurtzbeltz, 1 Schwartzfutter, 1 weiß Beltzel, 1 meßen Leichter, 1 meßen Becken, 1 willen Hartzkapp, 1 gewandener Weiberrock. Ist darauff geliehen Hauptsummen 26 Schock. Betragen dauon die Zinnße biß vff den 30. May des 97ten 6 Schock. Daran hat der Jud 1 Schurtzbeltz p. 6 Schock empfangen, verbleibet an Summa vnd Zinnßen 25 Schock... Actum nach Pfingsten den 31ten May des 97ten Jhares.

6a.

Inuentarium vnd Teilung fahrender Habe nach weilandt Veit Feldkirchnern Müllern in der Rothen Mül. Beim Jueden zu Eudlitz dem Mammala sein versetzt 8 Stück von Silber vnd Goldtgeschmeidt, 1 Schaugroschen, 1 Thaler, 1 gülden Ringel, ist p. 3 Sch. versetzt vnd 1 Sch. 20 gr. Zinnß darauffgangen. Actum Donnerstag nach Trinitatis den 18. Junij des 98. Jhares.

6b.

Inuentarium dero nach weilandt Daniel Vbelackern seeligen hinterlaßenen Farnuß. Sein Mantel dem hat er vnter die Jueden vorsatzt vmb 4½ Thaler, dem Jueden weiß ich nicht wie er heist, auch nicht eben, was unterdeßen Zinnß darauffgangen. Actum den 21ten Martij des 99. Jhares.

Aus dem Erbteilungsbuche von 1595–1612, S. 10, 19v und 33v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

7.

1597 August 14.

Juden und Bauern zu Pritschapl werden bezichtigt, gestohlene Karpfen gekauft zu haben.

Wegen Mertten Kraußen, Mülgesellen, zum Seestädtel gehörigen Unterthanes, den zu Görckau eine Magdt Todtschlags angeben vnd sich mit ihme setzen laßen, uber ihme die Urgicht von Ampt Oßeg ausbracht. Außage des Peter Ehrlmanß vnd Hansen Zelders, was sie auff Merten Kraußen bekandt haben... Item zu Pritschapel haben sie auch, der Merten Krauß und Peter, dem Pfarherr 12 Karpen gestollen, dieselbe den Juden vnd Bauern vorkaufft zu 6 Gr. — Actum den 14. Tag Augusti anno 1597.

Christoff Prew, Hauptman zu Osseg vnd Schwetz.

Aus dem Appellationsfragenbuche von 1595–1600, S. 27–29.

8.

1597 September 11 — November 25.

Korrespondenzen des Rates wegen der Forderung des Prager Juden Philipp Nosek.

Prag, an Philipp Nosken Juden daselbst wegen 30 Sch. Schulden, so ihme Greger Winckelman vorblieben, 11. Septembris 97: Vnseren Gruß zuuor, namhaffter gutter Gönner. Was auff Euer insinuirt Schreiben Anna Greger Winckelmanin wegen der dreißig Thaler, so bemelter ihr Haußwirt verblieben, bei vns zum Gegenschucz exceptiue einwendet, geben wir inneliegendes Inhalts mit mehrern zu uernemen. Wann es dann nit ohne, das Greger Winckelman viel Schulden verlaßen, welche den prioritätischen Gleubigern zu bezalen nit müglich, vnd seine Hinterlaßenschafft sich in weitem dahin nit erstrecken, so können wir Euch ferner zu Euer Schuld erzelter Gestalt nit verhülfflich sein. Darnach Ihr Euch zu richten. Datum den 11. Septembris des 97ten Jhares. — Dem namhafften Philip Nosken Juden zu Prag, vnserem gutten Gönner, zu behendigen.

8a.

In Greger Winckelmanischen Schuldsachen wegen 30 Sch., dem Philip Nosken, Juden in Prag, außenstendig: Allergenedigister Kaiser vnd Herr. Euer kai. Mt. allergenedigisten Beuelich in in geklagten Schuldsachen wegen 30 Sch., damit weilandt Greger Winckelman vnser Mittburger seeliger dem Juden in Prag, Philip Nosken, verhafftet vnd verblieben, haben wir in gebierlichister Reuerencz empfangen, deßselben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Inhalt gehorsamist vernommen, sowol seiner des bemelten Winckelmans hinterlaßenen Wittib vnd Wäsen Vormunden alles Ernsts insinuirt vnd fürgehaltten. Was sie nun hinwieder zum Gegenschutz einwenden vnd bitten, haben Euer kai. Mt. aus ingeschloßenem Libell mit mehrem allergenedigist zu ersehen vnd ist nit weniger, das mehrgedachter Schuldiger mit vielen großen Schulden zu Euer kai. Mt. Ampt allhier sowol zur Gemein vnd der Burgerschafft, auch etlich vielen Vberlendischen behafftet, können aber vermöge vblicher hiegischer Stadtordnung vnd der Prioritet nach von seiner Verlaßenschafft die vor diesem angegebene Gleubiger nit allerding bezalet noch befriediget werden, sind auch albereit auf sein hinterblieben Vermögen, soweit daßelb sich erstreckt, zu tagzeittlicher Bezalung verwiesen, das also einer vnd ander aus den Einheimischen wie auch die Frembden vnd Vberlendischen, desgleichen klagender Judt Philipp Nosek mit Zalung ferner nit zu uortrösten noch zu contentiren, ohne das die Wittib vnd ihre Wäsen erster Ehe nit wenig von ihrem Zustand zu den Winckelmannischen Schulden cedirt vnd abgetretten. Ist demnach an Euer kai. Mt. vnser allervnterthenigist pflichtheischend Bitten, die geruhen vns vber angedeuter Stadtordnung vnd Priorität sowol vber disponirte ergangene Anweisung der Gleubiger allergenedigist handtzuhaben vnd bei Supplicanten dem Juden die Anordnung zu uerschaffen, damit seinethalben die arme Wittib vnd ihre kleine vnerzogene zweierlei Ehe Kinder vnd Wäsen mit ferner weiter Beschwerung nit belegt, sondern derselben liberirt vnd verschonet bleiben möchten. Hierinnen vns zu Euer kai. Mt. allergenedigisten Schucz vnd Handthabung sowol dieselbe Gott dem Allmechtigen zu Fristung gesundes Lebens glücklicher vnd sieghafter Regirung wir vnterthenigistes Gehorsams empfelhen. Datum Dienstags am Tag Katharinae den 25. Nouembris dieses ablauffenden 97ten Jhares. — Euer röm. kay. Mt. allervnterthenigist gehorsamiste Burgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1597–1599, S. 50v/1597; aus dem Bändchen „Bericht in die Hofkanzlei", S. 4–4v.

9.

1598 Feber 13.

Der herrschaftliche Hauptmann befürwortet die Befreiung des Juden Schmirl zu Eidlitz von der Steuer.

An die Herrn Cammerräthe.

Wolgeborne Herrn Herrn, edle gestrenge Ritter, gnedige vnd gebittende Herrn, E. G. sind mein gehorsamb vnderwillig Dinst jederzeit zuuorn. — Was dann den Schmirl Juden zu Eudlitz anbelangen thut,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diser ist, gnedige Herrn, gar ein armer altter Teuffel, hat nichts Aigens, den muß seine Tochter ernehren. Dieweiln aber der Landtagsbeschluß die armen Juden nit außschleust, filweniger die armen Christen, hat mir annderst nit gebüeren wollen, dan den Juden zu der aufgelegten Steuern anzuhalten. Da nun E. G. dem Juden eine Gnadt erzeigen und ime ford der Steuern befreien wollen, wirdt zu E. G. gnedigen Willen gestellet, und, wie ich mich ferner gegen ime verhaltten solle, mich dessen gnedig bescheiden. So E. G. ich in Gehorsamb berichten sollen. Thue mich derselben zu Gnadt und Gunsten beuehlen. Datum Commuthau den 13. February im 98.

E. G. vnderwilliger Hanns Zetlberger von Zetlbergk.

Aus dem Kammerberichtsbuche von 1597–1598, S. 214–215v.

10.

1600 Jänner 4.

Bericht über Abgaben der Juden der Herrschaft Rothenhaus durch den Hauptmann der Herrschaft Komotau-Rothenhaus.

An die Herrn Cammerräthe.

Wolgeborne Herrn Herrn, edle gestrenge Ritter, gnedige vnd gebitende Herrn, E. G. sind mein gehorsam vnderwillige Dinst jderzeit zuuorn. Gnedige Herrn. E. G. Beuelich sub dato den 7. Decembris des verflosenen 99ten wegen der Juden habe ich zu Recht empfangen vnd Inhaltts vernommen. Darauff sol E. G. ich in Gehorsam berichten, das Herr Herr Georg von Lobkowicz den Juden, Käs vnd Butter, souil dessen bey dieser Herrschafft gesamlet, vmb hoch vnd teuer Geld anzunemmen vnd zu bezalen auffgedrungen worden, dieweilen es aber dauon abkam, ist den Juden a. 93 auffgelegt worden, daß ein jder gesesener Jud jerlichen ein halb lb. Saffran zinsen, doch demselben das lb p. 15 Sch. bezalen sollen. Anno 94 haben die Juden an ihr Mt. derowegen supliciret, ist aber dis Jhar kein Bescheid darauff erfolget, sondern eingestalt worden. Anno 95 vnderm dato den 20. Ap. ist von E. G. dem Juden ein Beuelich erteilt worden, welcher in der Feuersbrunst vordarben vnd in der Registeratur uns ausgesucht worden, darin erlassen E. G. ein jeden gesesenen Juden ¼ lb Saffran, das sie an Saffran nit mehres jeden jerlichen ¼ lb zinsen soll, dabey ist es vorblieben. Weilen aber von der Zeit der Saffran (ab)genommen vnd nit teuer das lb als p. 10 Sch. können vorkaufft werden, haben die Renteinemer von anno 95, 96, 97, 98, dieweilen der Saffran nit hoher geltten, in diesem Werdt von den Juden bezalt genomen. Ob nun, gnedige Herrn, E. G. die Juden ferner dabey

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

also vorbleiben lassen wollen, das stehet bey E. G. fernerem gnedigem Erwegen vnd Wolgefalen. Das aber von den Juden der Saffran von den Renteinemern anderst nit dan das lb p. 15 Sch. wollen bezaltt nemen, das ist von ihnen vmb der außgestalten Mengel willen beschehen. Dis E. G. ich in Gehorsam berichten sollen. Thue mich zu derselben gnedigen Resolution beuelen. Dattum Commothau den 4. January a. 1600.

E. G. vnderwilliger Hanß Zetlberger von Zetlbergk.

Aus dem Kammerberichtsbuche von 1599–1600, S. 148v–149v.

11.

1600 Mai 4 – Juli 18.

Prozeß wegen des Raubmordes an einem Juden von Wodierad.

Vber Hanßen Gruner den Pohantschen von Graitz, so neben Wenczel Schwaniczer von Ockerein einen der Herrschafft Wodiehrat angehörigen Juden vfm Lande berauben helffen vnd tödlich beschadiget: Auff die vom kai. Ampt Commothaw wegen eines beraubten vnd beschädtigten, der Herrschafft Wodiehrad angehörigen Juden vber Hannßen Grüner von Graicz ausm Voittlandt den Pohantschen, inmaßen er solchem Berauben vnd Beschädigen beigewohnet, mit den Raubstücken betretten, darüber zu gefenglicher Verhafftung eingezogen worden, vns zu rechtlichen Erkentnuß insinuirte eigene guttwillige Bekentnuß sprechen wir Burgermeister vnd Rath der Stadt Commothaw mit Vorbehalt der Appellation vor Recht: Dieweil sich aus gehörter des hafftenden Hannßen Gruners guttwilligen Bekentnuß soviel befindet, das er zu dem Raub vnd Beschädigung des Juden conuiuirt, mit dem dauongebrachten Raubstücken der That sich teilhafftig gemacht, so soll er demnach vmb mehrer Ergründung soliches lästerlichen Beginnens mit peinlicher Frage beleget, der Consort vnd Mitgehülff Wenczel Schwaniczer von Ockerein mit ihme confrontirt vnd alßdann ferner gegen einem vnd andern nach seiner Verbrechung vermöge der Recht mit Straff verfahren vnd procedirt werden von rechtswegen. Actum in consilio Donnerstags nach Cantate den 4. Maii im 1600. Jhar.

11a.

An die Herrn Cammeräthe.

Wolgeborne Herrn Herrn, edle gestrenge Ritter, gnedige vnd gebietende Herren, E. G. sind mein gehorsam vnderwillige Dienst iederzeit zuuorn. Gnedige Herren. E. G. böhemischen Beuehlich wegen des ermortten vnd beraubten Juden von Wodieradt habe ich entpfangen vnd Inhalts vernommen. Darauff sol E. G. ich in Gehorsam berichten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

das diese Mordthat nit auff Ihr Mai. Grunden beschehen vnd sind der Mordtheter zwene gewesen, der eine, welcher etliche geraupte Sachen mit sich getragen, den hat ein Ackerman im Befelde bekommen vnd damit ins Statlin Eydtlitz getrieben, alda ehr zur gefencklicher Hafft eingenommen, hat alsbaldt bekant auff sein Gesellen, (welcher aber entwischet, nit zu bekommen) der hette den Juden zu Boden geschlagen, ehr hette ihm nur (mit Reuerentz zu melden) die Schuh ausgezogen. Darauff ich alsbalden die Frage stellen lassen, weil ehr der geraupten Sachen eins Theils bey sich gehabt vnd den Juden ausziehen helffen, ob ehr nit billich mit peinlicher Frage angriffen werden möchte, als ist ihme durch Vrtl vnd Recht die peinliche Frage zuerkandt wordenn. Darauff ich ihme peinlichen fragen lassen, vnd ob ehr wol zuuvorn gelaugnet, ehr hette den Juden nit erschlagen helffen, so hat er doch letzlichen bekant, ehr habe mit einer Kratzen zuschlagen helffen, hat auch sonsten allerley Dieberey vnd noch drei Mordthaten vnd, die Leut berauben helffen im Landt zu Meissen, bekant, an diese Ortt albereit, damit seine Gesellen auch einbracht werden möchten, geschrieben vnd die Vrgicht auff die Appellation geschickt worden. Waß ihme nun durch Vrtl vnd Recht zuerkandt wirt, solle im Mordtheter mittgetheilt werden. Daß habe E. G. ich in Gehorsam berichten sollen. Thue mich derselben zu Gnad vndt Gunsten beuehlen. Datum Commothaw den 19. May a. 1600. E. G. vnderwilliger Hans Zettelbèrger von Zettelbergk.

11b.

Sententia vber Hannßen Gruner den Pohantschen, so einen zur Herrschafft Wodiehrad angehörigen Juden vffm Lande erschlagen helffen, den beraubt außgezogen vnd, was er bei ihme gefunden, enttragen: Auff Hanßen Gruners des Pohantschen in peinlicher Frage bekante erhaltene Vbelthaten wegen vffm Lande erschlagenen beraubten zur Herrschafft Wodiehrad angehörigen Judens vnd anderer begangenen Diebstücke mehr sprechen wir Burgermeister vnd Rathmanne der Stadt Commothaw mit Vorbehalt der Appellation vor Recht: Obwol gehörter Vbelthäter nach Gestalt seines vbelen Beginnens mit der Straff der Straßenmörder zu belegen, jedoch aus Mildigkeit der Rechten vnd, weil er ein junge Person, so soll er nit dem Schwert vom Leben zum Tode gerichtet werden von rechtswegen. Actum in consilio Mittwochs den 14. Junii des 1600. Jhares.

11c.

Apostoli vnd deuoluirte Gerichtsacta wegen torquirten Hannßen Gruners des Pohantschen, so den Juden von Wodiehrad vffm Lande erschlagen helffen: An Euer Gd. vnd Herrligk, sollen wir gehorsamist nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verhalten, das Hannß Grüner ein Pohantsch neben seinem Gesellen Jacoffen Schwaner von Ockerein einen zur Herrschafft Wodiehrad angehörigen Juden vffm Lande vnd Straßen angegriffen, den mit einer Kracz vnd Zaunpfal zu Boden vnd tödtlich geschlagen, er gehörter Pohantsch alles, was der Jud bei sich gehabt, genommen vnd dauongetragen, darüber er dann vber solichen enttragenen Diebstücken ergriffen, zu gefencklicher Verhafftung eingezogen worden, sowol an peinlicher Frage vermöge beiliegender Vrgicht sub A. fernere Diebstücke vnd Vbelthaten bekannt, gleichwol hernach als ausm Ampt allhier an die von ihme angedeuten Örter vnd derselben Gerichte wegen seines Vattern, so er entleibet haben soll, item wegen des Simons von Zwickaw, der mit ihme zwene Botten erschlagen sollen, sich also nicht erfunden vnd ihme gehörten Simon, wie er vorgestellet würde, wiederruffen vnd fürgewendet, er hette ihn derenthalben damit bezüchtiget, das er Simon ihn den Gruner hett herein ins Land zu Behem gefüret, vordinget vnd also durch diese Mittel zu dem Vnfall gebracht, ohne das der Gefangene nicht weiß, was Originis vnd von welchen Eltern er geboren, sei mehrerteils von Kindheit an bei den Huttleuten aufferzogen worden. Darauff dann auff soliche Vrgicht vnd Verlauff der Sachen wir mit vorgeschücztem E. Gd. vnd Herrligk. Reseruat ein Vrtel sub B. gefellet. Demnach vnser gehorsamist Bitten, dieselben geruhen, solich Vrtel vmb die Gebier zu recognosciren vnd vns in Rechten zu bescheiden, ob gegen dem Vbelthäter soliche zuerkannte Straff oder ein andere zu exequiren. Hierinnen zu E. Gd. vnd Herrligk. Resolution wir vns demüttigist empfehlen. Dato den 14. Juny des 1600. Jhares.

Aus dem Urteilsbuche von 1595–1626, S. 62 und 64; aus dem Kammerberichtsbuche von 1599–1600, S. 234v; aus dem Bändchen „Apostoli" von 1596–1623, S. 6.

12.

1600 Mai 20.

Pfändung von Komotauern durch den Teplitzer Juden Calmus oder Nathan.

...Wan dann, genedige Herren, die Schuldt vnndt Haubtsumma von einem Juden mit Nahmen Calmus sonst Nathan herruret, der zuwieder der Landsordnung zwene Commothauische Vnderthane Dauidt Debern vnd Hansen Friederich sonsten Duxer ohne Vorwissen vndt Consens des Ambts darein gefurt, hernach von dem Raht zu Teplitz gehörter Jud an den Rath zu Commothaw eines vnd anderes Kummerschreiben ausgebracht, welches an die Herrschafft oder Ambt desselben beschehen sollen, also, der erste Arrest, damit Niclas Thiel sonsten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kemnitzer, Mitburger alhier, beleget worden, vnrechtmessig vnd in dieser Cron Behem vnublich, ingleichen der andere Kummer, wie aus dessen Copey sub A zu ersehen, wieder die Recht lauffet, deßgleichen der dritte Arrest sub B. dem Procehs der Rechten zuentgegen, sie die Gekummerten, welche mit Leibeigenschafft zum Ambt Commothaw verhafftet, vnschuldig beschweret worden vnd, wie oben angefurt, vber 200 Sch. ausm Ambt auff das Reisen, Zehrung, Rechtsuncosten vnd Aduocatlohn ausgelegt worden, mir auch, der ich dißfals E. G. respectiren muß, ohne derselben Beuehlich vnd Willen den Arrestanten meinem Gegentheil, Ihrer kay. Mt. zu Schaden etwaß an Haubtsumma Schäden vnd Vnkosten zu geben, nichts bewilligen kan, so ist demnach an E. G. mein gehorsames Bitten, dieweil dißfals nichts anders sich zu den Richtern zu Teplitz vnd der Herrschafft daselbst zu getrösten, denn daß sie auch den vierdten Arrest erstatten werden, dieselbe wollen solch langwirig Kummerbeschwerdt bey hechsterwehntister Ihrer kay. Mt. in Genaden furbringen vnd dahin befördern, damit beides contra Richtere vnd Arrestanten ich bey der nehisten Commission außfuhrlich verhöret, die Vmbstende erzehltermaßen dedicirt vnd dan nach Befindung der Justicien vnd der Parth Obsiegen der Sachen vnndt Kummerbeschwerden zur Verschonung der Vnschuldigen einest abgeholffen werden möchte. Hierinnen zu E. G. gnedigen Resolution vndt Bescheid ich mich gehorsames Vleisses empfhele. Datum Commothaw den 20. Mai des 1600. Jahres. E. G. vnderwilliger Hans Zetlberger von Zetlbergk.

Bruchstück aus dem Kammerberichtsbuche von 1599–1600, S. 238 bis 239.

13.

1601 Juli 31 und 1604 Mai 28.

Juden aus Eidlitz und Körbitz als Gläubiger.

Inuentarium vnd Thailung in Paul Prießners seeligen Verlassenschafft... den letzten Julij anno 1601... Schulden die zu zahlen sind: 30. Sch. Feusstl Jueden zu Eudlitz...

13a.

Auffs new inuentirte Fahrnuß nach weylandt Zacharias Müllern seeligen ... den 28. May a. 1604... Volgen Schulden, so zu beczahlen: 40 Sch. vngefehr Hauptsumma vnd Zinße einem Juden zu Kirbicz, dagegen er ein Pfandt empfangen, alß 2 Silberpecher vnd 2 Trawring, 1 Silbergurtel, seines vorigen Weibs gewesen...

Aus dem Erbteilungsbuche von 1595–1612, S. 22v und 38.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

14.

1603/4.

Zinse der Juden zu Eidlitz, Körbitz und Drohnitz.

Empfang steigendt und fallendt Zinß von Juden zu Eydlitz, Körbitz und Drahonitz.

Von irer achtzehen Juden zu Eydtlitz, so sich von Galli a. 1603 bieß Georgi dieß 1604. Jahres aldar aufgehalten, derer jeder fur ein halb Jahr 2 Sch. zu zinßen schuldig, thut 36 Sch.

Item meher von zweyen Juden zu Körbitz halbjärigen Zinß von Galli a. 1603 bieß Georgi dieß 1604. Jahres jeder zu 2 Sch. vnnd dann Bengumb(?) Judt, so von den 4. December a. 93 bieß Georgi dies 1604. Jahres /sich/ aufgehalten, welcher geben 1 Sch. 30 Gr., thut von dießen drey Juden zu Körbitz 5 Sch. 30. Gr.

Item meher von drey Juden zu Drahonitz halbjärigen Zinß von Galli a. 1603 bieß Georgi dieß 1604. Jahres, jeder zu 2 Sch., thut 6 Sch.

Aus dem Rechnungsbuche der Herrschaft Komotau vom Jahre 1604, S. 12–12v.

15.

1608 April 22 – 1609 September 22.

Zwei Urteile in Angelegenheit des ermordeten Juden Samson von Eidlitz.

Sententia zwischen Veit Jueden vnnd seiner mitclagenden Schwestern von Eudlicz eines – vnnd dann Salomon Heidlern Aduocaten vnnd Burgern der Stadt Cadan als Herren Hannß Reichhardts von Steinpach S. Gestr. Anwalden anders Teils: In Sachen betreffend die eingewandte Refutation vnnd Impugnation der auff furhergangene peinliche Anklag eingebrachten Litiscontestation zwischen Veit Jueden von Eudlicz vnnd seiner mitclagenden Schwestern Impugnanten aines –, dan Salomon Haidlern Aduocaten vnnd Burgern in Cadan als Anwalden /vnd/ Defensoren berürter Litiscontestation anders Teils sprechen wir Burgermeister vnnd Rath der Stadt Commothaw mit Vorbehalt der kaiserlichen Appellation vor Recht, das beklagten Teils eingewandte Litiscontestation vermög hiegischen Gerichtsbrauchs vnd in dergleichen Fellen fürgangener Exempel zu Recht bestendig vnnd Clägere ihrem Beweiß besage des auffgerichten vnnd beliebeten Compromiß zu verführen schuldig von rechtswegen. Actum in consilio den 22. Aprillis anno 1608.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

15a.

Sententia wieder Paul Melczern von Tuschmicz, so den Samson Juden auff der Straßen bei Caden erschlagen: In libellirten Todtschlagsachen wegen des entleibten Samson Juden von Eudlicz zwischen seinem hinderlassenen Sohn Veit Juden sambt seinen mitclagenden Schwestern eins – vnd dem gefenglich hafftenden Paul Melczer von Tuschmicz Geclagten anders Theils sprechen vnd erkennen wir Burgermeister vnd Rath der Stadt Commetaw als delegirte judices auff die complirta Acta, Beweiß vnd Kegenbeweiß, auch baiderseits allegirte Landesordnung vnd Stadtrecht mit Vorbehalt der keyserlichen Appellation vor Recht: Dieweiln aus der Clägere verfürten Beweiß soviel zu befinden, das beclagter Paul Melczer auf freyen königlichen Weg vnd Straßen den Landtfried gebrochen vnd an den Samson Juden ohn all gegebene Vrsach vnd ainige Notwehr die Handt angelegt vnd ihn todtgeschlagen, so wirdt demnach Beclagter in die Straff des Todtschlags ver/ur/theilet vnd soll mit dem Schwerdt vom Leben zum Todt gerichtet werden von rechtswegen. Actum in consilio den 22. Sept. a. 1609.

Aus dem Urteilsbuche von 1595–1626, S. 100–101.

16.

1610 Feber 5 – 1614 Juni 6.

Juden von Libochowitz und Eidlitz als Gläubiger.

Merten Güntzels Vermögens clare Berechnung und seiner Gleubigere Befriedigung... 18 Sch. Philip Reithansen, so er als ein Gekommerter von einen Juden zu Lybochowitz vor Güntzeln zahlen müessen... Actum in consilio vor einen e. Rath den 5. Februarij a. 1610.

16a.

Georg Purmans Gleubigere Anweisung auff Andres Getrschichs Hause... Der Judin Mamele zu Eudlicz 8 Sch.... /Vor Jacobi a. 1610./

16b.

Caspar Müllers pflichtiger Schulden zum Theil Befriedigung und der Vbrigen Anweisung den 6. Juny a. 1614... 21 Sch. Eusig Juden von Eudlicz· Mit diesen ist seithero ein Vertrag auffgericht vnd kombt nun nicht in die Anweisung. Summa aller Schulden außer des Juden 696 Sch. 7 Gr.

Aus dem Schuldenbuche von 1600–1680, S. 53v, 58v, 85v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

17.

1613 November 27 – 1614 Feber 8.

Juden von Eidlitz und Bielenz als Gläubiger kündigen Pfänder auf.

Dem 27. dito (9bris) ano 1613 sacht Isac Judt zu Eydlicz Merten Tieczen seine versaczten Pfand auff, als 2¼ Eln Tuch, 2 Bockfell, etliche Elen Leimet, 1 Nurmberger Tebicht, item ein geringen Tebich, drauf Judt zu 2maln gelegen, zu 5 Sch., tut 10 Sch., solches auch durch den Gerichtsdiener angemeldet wordten. Actum ut supra.

Mehr sacht auch noch Isac Judt zue Eydlicz Jackob Pergnern seine Pfandt auf, alß ein Paternoster, etliche Handtucher vndt waz sonsten vndt andtern Juden Pfand stehett, drüber er Jud geuolmechtiget vndt 8 Sch. drauf geliehen sein soll. Ut supra.

17a.

Dem 16. January ano 1614 hatt der Judt zu Eitlitz der dicke Dauit dem Hanß Bardtell seine Pfandt aufkündtigen laßen wegen 4 Sch., so ehr drauf soll gelien haben.

17b.

Dem 17. January a. 1614 vor mir Hieronymus Beczholtt, voraidten Stadtrichtter zu Chomuthaw, kündigt Hanß Küersch seine Büergschafft Bastell Gintzeln auf, die ehr vor ihme gehafftet bei einem Juden zu Eytlitz sonst der Mahr genandt wegen 6 Sch. 45 Gr., dauor ehr vor ihme alß Selbstschuldiger Burge gewest. – Dem 23. Juny ano 1614 ist der Judt mitt dem Bastell Güentzell vorgelichen vndt von ihme bezahlt wordten, hatt ihme in allen geben 6 Sch. 42 Gr.

17c.

Dem 8. February ano 1614 hatt die Judtin Mosech Blachin zu Wylentz dem Gregor Kreczmer sein Pfandt aufkündtigen laßen wegen 2 Sch., so sie drauf geliehen.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 28–31.

18.

1614 März 3 – April 22.

Juden aus Eidlitz kündigen Pfänder auf.

Dem 3. Marty anno 1614 hatt die Judin zu Eytzlicz die Mammala genandt daz Pfandt auffgesacht oder auffküenttigen laßen dem Christoff Reißig, aldten Jahrkuch alhier. Mehr sach vndt küendtig obgemeldte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Judtin dem Hanß Pecher Dieschler in der Weingaßen auch sein Pfandt auff. Mehr sacht vndt küendtig obgemelte Judtin dem Tobias Eberla Fleißhacker alhier auch sein Pfandt auff.

18a.

Dem 5. Marty ano 1614 hatt der lange Abraham Jutt von Eytzlitz dem Bastell Güntzell Becken sein Pfandt auffgekündtigtt wegen 6 Sch., so er drauf geliehen, ittem die Pettnietta ein Schortzbeltz, 1 gropgrins Heibell vndt 1 Bettuch wegen 5 Sch., ittem dem Petter Füchtner Bittner in der Niedtern Vorstatt sacht er geleicher Gestalt sein Pfandt auff, ittem dem Hanß Schönher sacht er ebener Gestaltt sein Pfandt auff alß einen Weibermandtell wegen 3 Sch., item der Keßkorwin sacht er auch in geleicher Gestaltt daz Pfandt auff als einen Schortz.

18b.

Dem 12. Marty ano 1614 hatt der lange Abraham Judt von Eytzlitz dem Christoff Kuhn, der Bettnidta Aiden, das Pfandt auffgeküendtigt, alß ein Manßmandell vndt etlich Stück Zien.

18c.

Dem 22. April ano 1614 sagt der Jüdt der lange Abraham dem Jockell Hänell sein Pfandt auff, alß ein dowienes Pelczel vndt ein Manßrock wegen 7 Sch.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 31–35.

19.

1614 März 5.

Abrechnung des Seifensieders Hans Wolff mit Eidlitzer Juden und Zahlungsversprechen.

Dem 5. Marty anno 1614 hatt sich Hanß Wolff, Saffensieder alhie zu Commuthaw, nebest seiner Haußwirdtin Dorotea in Beisein der Gerichtten mit dem Judten zu Eytzlitzs alß Abraham vndt Isack der Jünger berechnett vndt hatt sich befunden vormege seiner Handtschrifft vndt Siegell, daz er ihnen sambt dem Czinßen biß vff dato, wie oben gemelt, 61 Sch. vorbliewen ist, derowegen sich Hanß Wolff mit dem Judten vorglichen vndt sich auch selbsten Termin volgender Gestalt gemacht, daß er ihnen geben vndt zallen will: vff nechstkünfftig Pfingsten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

die Helfft alß 30 Sch. 30 Gr. sambt den Czinßen, die andtere Helfft alß 30 Sch. 30 Gr. will er ihnen geben vndt zallen vff nechstkünfftig Weinachten auch sambt dem Czinßen, daß also die Habtsumma nebest dem Czinßen, so drauffgehen werdten, der 61 Sch. sollen vergnügett vndt bezahlet werdten. In Fal er aber sein Hauß vndterdeßen verkauffen wurdte, so soll vndt will er die obbenandten Judten von dem Angeltt deß Haußes befridigen vndt bezallen. Zu mehrer Beglaubigung hatt er mit Handt vndt Mundt gerichtlich angelobt, deme instendtig nachzuleben, vndt solches auch in daz Schultbuch einverleibet worden.

19a.

Ingeleigen hatt sich Hanß Wolff Saffensieder alhie zu Commuthaw newest seiner Haußwirdtin ehwenermaßen wie oben gemeltt mit dem Judten von Eytzlitzs als Isack vnd Salomon, beide Gesellen, vormöge seiner Handtschrifft vnd Sigill berechnet vndt hat sich befundten, daz er ihnen Stamsumma vndt Czinß vorbleibet biß vf dem 5. Marty ano 1614 alß 34 Sch. 28 Gr. 6 Pf., gemeldte Summa soll vndt will er zallen alß vff nechtskünfftig Pfingsten 17 Sch. 14 Gr. 3 Pf. sambt dem Czinßen, die hinderstellichen 17 Sch. 14 Gr. 3 Pf. will er ihnen auch geben vnd zallen vf nechstkünfftig Weinachtten vndt daz alßo die 34 Sch. 28 Gr. 6 Pf. vorgnigt vndt bezalt werdten. Solches er dan ebbenermaßen gerichtlich mit Handt vndt Muntt angelobtt vndt vmb steder Haldtung inß Schultbuch verleibt wordten.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 32v.

20.

1614 März 13.

Bezahlung von Schaffellen durch Schuldner des langen Abraham, Juden aus Eidlitz.

Dem 13. Marty a. 1614 ist vor mir Hieronymuß Betzholtt, domals voraidten Stadtrichter zu Commuthaw, erschienen Marttin Schuster, ein Lohgerber alhier, vndt hatt bekandt, daz er dem langen Abraham Judten zu Eytzlitz schuldig ist am rohen Schaffellen, derer 156 Stück, daß Stück p. 9 Gr., thut 23 Sch. 24 Gr., dazu dan auch gehörett vndt hatt die Fell die Helfft genommen sein Mitmaster Andonius Heyer, dez Paull Köllers Aiden, hatt derowegen gemeldter Merttin Schuster angelobt, sein Dahl, waß auff ihme kommen wierdt vndt sich in der Reidtung befinden, zu zallen von dato in 6 Wochen. Geschehen ut supra.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

20a.

Mehr hatt auch der Judt die Hanß Kurtzin, sonst die Welleßhanßin genant, vorklach wegen 2 Sch., so ehr ihrem Man seligen geborgt hat an einem Fell, hatt sie gerichtlich angelobt, solches Geltt zwißen hin Michaeli ihme bemelden Judten zu befridigen vndt zu bezallen. Actum ut supra.

Dem 18. Junij haben die obbenandten Gerber dem Juedten dem langen Abraham befridigt.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 34.

21.

1614 März 17 und Mai 28.

Eidlitzer Juden kündigen Pfänder auf.

Dem 17. Marty ano 1614 hatt Isack Judt von Eytzlitzs der Biereißmacherin alle ihre Pfandt aufgekündtigt, so sie bei ihme vorsetz, alß nemlich ein Bettug ein Pfiellziegen noch eine Pfielziegen vndt ein Handtug, daß aine wegen 4 Sch., das andere wegen 1 Sch. 15 Gr. Mehr sagt gemeldter Judt der Kretz Vrsell auch ihr Pfandt auff wegen 3 Sch., so er drauff gelien.

21a.

Dem 17. Marty ano 1614 sagt der Salomon Judt in Vormuntschafft Laßares Judten von Eytzlitz dem Georg Kreischen seine Pfandt auff. Mehr sagt obgemelter Judt dem Loretz Küerschner sein Pfandt auff. Mehr sagt obgemeldter Judt dem Hanß Küehnell, Flaschhacker alhier, sein Pfandt auff, alß eine Flaschhacken vndt Gebücht, so ehr vorsetz wegen 1 Sch. 30 Gr. Mehr sagt auch gemeldter Judt daz Pfandt auff der Luckretia N. wegen eines Weibermantels, so vorsetz vber 1 Sch. 45 Gr.

21b.

Dem 17. Marty ano 1614 sagt Samuell Judt von Eytzlitzs der Georg Häberin alhier ihr Pfandt auff alß ein gropgrienen Rock vndt ein Mörsner, so sie bei ihme vorsetz p. 3 Sch. 30 Gr.

21c.

Dem 28. May a. 1614 sagt die Sehrell Judtin von Eidlitz der Kriesch Vrßell ir Pfandt auff, daß sies binnen 14 Tagen löhßen soll.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 34v–35v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

22.

1614 Juni 18.

Der lange Abraham und andere Juden zu Eidlitz als Gläubiger.

Dem 18. Junij a. 1614 ist vor mir Hieronymus Betzholt, geschwornen Stadtrichter alhier, erschienen Georg Heroltt Logerber vndt hatt bekandt, auch nach laut seiner Handtschriefft, daz er dem langen Abraham Judt von Aitzlitz schuldig ist 12 Sch., hatt er hiemit gerichtlich angelobt, binnen 6 Wochen ohne alle Müehe vndt Vnkosten zu zahlen oder vff seine euchene Vnkosten vndt Leibsgefahr in Vorstrickung zu gehen vndt nicht von dannen, es sei denn gemeldtes Geltt gelecht. Actum tu supra.

22a.

Dem 18. Junij a. 1614 hatt sich Hanß Wolff Saiffensieder zum öfftern mitt dennen Judten zu Aitzlitz berechnet, wie sie auch dan die Schuldtsumma mit seiner Handtschriefften vnd Siegell belegett, so außdragen thutt 184 Sch. 28 Gr. 6 Pf., hatt sich derobegen benandter Hanß Wolff zu stedter Haltung selbisten diesem Termin genommen, daß er zwieschen hien Marthini alß dem 11. Nouembris dieß 1614. Jahrs sein Hauß bei dem Flaischbencken vorkauffen wiell vndt soll, damit die Judten von Aitzlitz, so vff gemeldten Haußes Angelt ihren Kummer vndt Arrest vor diesem gethan haben, bezalt werdten sollen, wie ehr dan zum mehren solches gerichtlich mit Handt vndt Muntt zuegesagt treublich vndt ohne Gefehrtt. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 37.

23.

1614 Juli 7.

Aufkündigung von Pfändern durch den Juden Aiswick in Eidlitz in Vormundschaft der Erben des Juden Lasarus.

Aiswick Judt v. Aitzlitz in Vorminschafft Lasaruß Juden Erben: Dem 7. July a. 1614 sagt Aiswick Judt von Aitzlitz dem Mattes Friedl sein Pfandt auff, alß einem Mandell vndt ander Fahrnis, ittem ein Pockfell sambt einer guldten Hauben, wegen 12 Sch. Haubtsumma ohne die Czienß, waß etzliche Jahr drauffgangen ist. Mehr sagt gemeldter Judt dem Loretz Weißhabell sein Pfandt auff wegen etzlich Fahrnis vndt Weisgeräetlich, so er vorsetz p. 10 Sch., ohne die auffgeloffene Intereße. Mehr sagt gemeldter Judt dem Hanßen von Liebochewitz, ein Steinmetz seines Handtwerichs vffn Gottesacker, sein Pfandt auff, alß Manes-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

kleidter bedreffendt, wegen 4 Sch. Mehr sagt gemeldter Judt dem Hanß Czimmerman sein Pfandt auff, alß ein Paternoster, so vorsetz wegen 3 Sch. Mehr sagt gemeldter Judt dem Pittner Jockell vff der Allaunhüetten sein Pfand auff, alß ein Weibermandtel, vorsetz p. 3 Sch.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 37v.

24.

1614 August 13 – September 1.

Aufkündigung von Pfändern durch Eidlitzer Juden.

Dem 13. Augusti ano 1614 hatt die Mammala Judin von Aitzlitz dem Simon Rehner sein Pfandt auffgeküendigt, alles waß er bei ihr stehent hatt.

24a.

Dem 29. Augusti ano 1614 sach der lange Abraham Judt von Aitzlitz dem Kupfferschmit sein Pfandt auff, als einem Wagbalcken, so er vorsetz.

24b.

Dem 1. Septemb. ano 1614 sagt Isack Judt von Aitzlitz der Martin Schneidterin daz Pfandt auff bedreffente etzliche Klaidter.

24c.

Dem 1. Septemb. ano 1614 sachtt der Feistell Judt von Aitzlitz der Wellisch Hanse Dochter ir Pfandt auff.

24d.

Feistell Blach Judt von Aitzlitz – Schloßer Matz. Dem 1. Septembr. a. 1614 sagt die Feistell Judin dem Schloßer Matzen, in der Niedtern Forstadt bei dem Spiedal wohnendt, sein Pfandt auff wegen 3 Sch.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 39v–40.

25.

1614 September 9 und Oktober 7.

Der lange Abraham, Jude zu Eidlitz, hält Abrechnung mit einem Schuldner, kündigt ein Pfand auf und läßt eine Aussage verzeichnen.

Dem 9. Septemb. ano 1614 haben sich mit einander berechnett der lange Abraham Judt von Aitzlitz mit Hanß Menneln Burgschafft halber wegen der Schuldiger Dobiaß Wieltt, Müller alhier, vermöge des auß-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geschniettenen Zedtels, vorbleibet er ihme darauff von dato an zu zahlen in der Summa sambt den Czinßen 19 Sch. 32 Gr., solches er gerichtlich angelobt, von dato binnen 8 Wochen ohne weidere Außflucht zu zallen vndt den Juden zu befriedigen.

25a.

Den 7. Octobris sagt der lange Abraham Judt dem Feßell Michell sein Pfandt auff, alß als einen Weibermandell.

25b.

Dem 7. Octob. mehr hatt an ordtenlicher Gerichtstell außgesacht vndt bekandt Anna Vngerin, daß sie von Hanß Mennell erkaufft hatt 2 Dunnen Herrieng p. 23 Sch., dauor sie ihm dan auch gerecht werden muß. Zue mehren sie dan auch gesacht, daz sie ir Lebe lang von keinen Juden nichts gekaufft viellweniger, daz sie waß mit ihnen zu handlen gehabt. Solche Aussag ist vff dez langen Abrahams Judten Begehren vorzaignet wordten.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 40v–41.

26.

1614 November 5 und Dezember 12.

Hörschel Jud zu Eidlitz trifft eine Abmachung mit 2 Schuldnern.

Dem 5. Nouemb. ano 1614 hatt Baltzer Rumberger gerichtlich angelobtt, dem Höerßell Judten von Eitzlitz von dato binnen 6 Wochen dem hienderstelligen Rest, so er ihm noch amb Ledter vorblieben, ohne allen Verzugk zu erlegen. In Fall er seimig befundten, bewielliget er sich, die Vnkosten, so darauffgehen wierdten, darzu zu erlegen, dreiblich vndt ohne alle Gefer. Actum ut supra.

26a.

Dem 12. Decemb. ano 1614 hatt Adam Richter, Mitburger vndt Meltzer alhier, gudtgesacht vndt ist Buerge wordten vor dem Michell Schwoben Lohgerber von S. Annabergk vor daz rohe Ledter, so er dem Hörschell Juden von Eidlitz aberkaufft p. 62 Sch. 60 Kr., solches er gerichtlich angelobt, binnen 8 oder 14 Tagen zu erlegen. Soll ihme auch daz Ledter nicht ehr gefolget werdten. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 42–43v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

27.

1614 Oktober 14 – 1615 Juni 18.

Mehrere Eidlitzer Juden kündigen ihren Schuldnern die Pfänder auf.

Dem 14. Octobris a. 1614 sagtt der Isack der schwartze Judt von Aitzlitz dem Merttin Schlöpper sein Pfandt auff wegen 4 Sch. halber, so er drauf geliehen.

27a.

Dem 8. January ano 1615 hatt die Mamala Judtin von Eittlietz dem Georg Meltzer sein Pfandt auffgekiendtig. Mehr dem Donat Thiell Fleischhacker sagt die obbemeldte Judtin ebenfalß sein Pfandt auff. Mehr sagt die obbemelde Judtin deß Hanß Röehlings Haußgenoßin ir Pfandt auff.

27b.

Dem 12. January ano 1615 hatt Aiswich Judt von Aitlitz dem Mattes Friedell in der Pfabengaß sein Pfandt auffgesagt wegen 12 Sch. Haubtsumma ohne die Zienß.

27c.

Dem 16. February ano 1615 hatt der lange Abraham Judt von Eitlitz des Welschhanßen Tochter ihr Pfandt auffgesacht wegen 3 Sch.

27d.

Dem 23. February ano 1615 sagtt Moißes Judt von Eitlitz dem Michaell Stubenrach Schustern sein Pfandt auff.

27e.

Dem 18. Marty ano 1615 sagt der Veidt Höeller Judt von Eitlitzs dem Jockell Küenell sein Pfandt auff alß wegen eines Mandels.

Ittem dem 18. dito sagtt die Mamala Judin von Eitlitzs dem Merden Schneidter sein Pfand auff wegen eines Mandtels vndt eines Zeibleins.

Dem 18. dito ano 1615 sagt die Serla Judin von Eitlitzs der Kriesch Orssell ihr Pfandt auff, etzlich Kleidter vndt Weißgeredtlich.

27f.

Dem 1. Juny ano 1615 sagt der lange Abraham Judt von Eidtlitz dem Mertten Ticzenn sein Pfandt auff. Mehr sagt bemelter Judt dem Casper Vnger sein Pfandt auff, in Rechtsfriest zu lehßen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

27g.

Dem 15. Junij a. 1615 sagt der kleine Isack Judt von Eitlitzs dem Michaell Stubenrach sein Pfandt auff wegen 5 Sch., so er darauff geliehen.

27h.

Dem 18. Juny a. 1615 sagt der lange Abraham Judt von Eitlitzs der Hanß Wolffin Saffensidern alhier ir Pfandt auff, alß einem Schortzpeltz. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 41v–48v.

28.

1615 Feber 23 und Juni 1.

Eidlitzer Juden als Verkäufer von Pferden.

Dem 23. February a. 1615 ist vor mir Hieronymus Betzholt. dieser Zeitt verordtneden Stadtrichter zu Commuthaw, erschienen Mattes Hoffmann, Richter von Großen Straubitz, vndt bekandt, das er dem Isack Judt dem Elder von Eitlitz an einem Pferdt hinderstellich vorblieben 8 Sch. vndt ein Strich Gedrait, solches er an ordentlicher Gerichtsstell gestandten bekandt vndt außgesacht. Actum ut supra.

28a.

Dem 1. Juny a. 1615 hat Greger Engell gerichtlich angelobt, der Susmanin Judin nach Eitlitz die 8 Sch. vormöge seiner Handtschriefft sambt dem Zienßen, mehr wegen eines Pferts ohne Zienß 7 Sch. 30 Gr. volgender Gestalt zu zallen, alß 8 Sch. nechstkuenfftig Jackobi, das Hinderstelliche vff nechstküenfftig Michaeli des 1615 Jahrs, dem Rest aber wiell er von Jackobi an bieß vff Michaeli verzienßen. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 46 und 48.

29.

1615 August 7.

Der Jude Lebel aus Bielenz trifft eine Verabredung mit einem Schuldner und die „schwarze Jüdin" von Bielenz kündigt ein Pfand auf.

Dem 7. Augusti a. 1615 hatt gerichtlich angelobt Catharina Albrechtin, dem Lebell Judt von Wielentz dem Rest, so sie im verblieben, alß 6 Sch. 52 Gr., volgender Gestalt zu zallen: von dato biennen 4 Wochen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Helfft, die ander Helfft dan wiederumb in 4 Wochen, das also binnen 8 Wochen daz Gelt bezallet wierdt. In Fall sie solches nicht haldten würdte, bewielliget sie sich, ihme in allen die Vnkosten, so daraufflauffen mechten, zu erstadten vndt in Vorstrickung zu gehen vndt nicht von dannen, eß sei dan der obbenandte Judt befridigt vndt bezalt. Solches sie gerichtlich angelobt mit Handt vndt Mundt.

29a.

Dem 7. Augusti a. 1615 sagt die schwartz Judin von Wielentz des jetzigen Stadtmüellers Sohn sein Pfandt auff, solches dem Stadtmüeller vndt Paull Liefftner angemeldt wordten durch dem Gerichtsdiener. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 50.

30.

1615 August 13.

Der lange Abraham Jude zu Eidlitz trifft mit 2 Schuldnern Abmachungen.

Dem 13. Augusti ano 1615 vor mir Hieronymus Betzholt, dieser Zeit geschworner Stadtrichter alhier zu Commuthaw, ist erschienen Dobias Wielt ein Müller vndt bekandt, das er dem langen Abraham Juden zu Eitlitz schuldtig wordten ist 21 Sch. 40 Gr., solche bemeldte Schult hatt er gerichtlich angelobt, ihme gedachten Judten volgender Gestalt zu zahlen: alß erstlich dem ersten Termin wiell vndt soll er geben von dato binnen 8 Wochen 10 Sch. 50 Gr. sambt dem Zienßen, dem hinderstellichen Rest dan wiedrumb in 8 Wochen hernacher, alß 10 Sch. 50 Gr. auch sambt dem aufflauffenden Zienßen, daz also die Stambsumma der 21 Sch. 40 Gr. sambt dem Zienßen vergniget vndt bezalt werdten. Im Fall er aber dem ersten Termüen nicht einhaldten würdte vndt darmit seumich, bewielliget er sich, die gantze Summa der Schuldten zu erlegen, dreüblich vndt ohne alle Gefehrt. Zu mehrer Vorsichrung, do er seiner Zusag nicht nachkommen wierdte, er vff seine euchene Vnkosten vndt Gefahr in Vorstrickung zu gehen vndt nicht von dannen, bemeldter Judt sei dan befridigt. Actum ut supra.

30a.

Mehr denn 13. Augusti ano 1615 hatt Margaretta Peterhansin zum offtern, doch vff der Gerichten Vorbit, gegen dem langen Abraham Judten von Eitlitz zuegesagt vndt angelobt, von dato binnen 6 Wochen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ihme danckbarlichen die Schuldten sambt dem Zienßen vermöege seiner inhabendten Handtschriefft vndt Siegell zu erlegen vndt zu bezallen. In Fall es nicht gehen möcht, bewilliget sie sich, vff ihre Vnkosten vndt Gefahr in Verstrickung zu gehen vndt nicht von dannen, eß sei dann bemelder lange Abraham Judt vorgniget vndt bezalett, dreiblich vndt ohne alle Geferdte.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 51v.

31.

1615 August 13, September 18, Oktober 13.

Klage des Juden Mayer aus Eidlitz gegen Jackob Bergner, der die Echtheit eines Schuldbriefes bestreitet; Aufkündigung eines Pfandes; Bürgen für Jackob Bergner.

Dem 13. Augusti ano 1615 ist vor mir Hieronymus Betzholtt, dießer Zeit voraidten Stadtrichter zu Commuthaw, vorkommen May Judt von Eitlitz vndt vorklagt Jackob Bergnern Bidtnern, das er in schuldig sein soltt nach Auffweißung seiner Handtschriefft 7 Sch. m., solches aber bemeldter Bergner nicht gestanden noch vielweniger gestehen wollen, daß es seine Handtschriefft sein soltt, helt auch derowegen demjenigen vor einen leichtferdigen Schelm, bieß vff ihm wierdt dargethan, daß solches seine euchene Handtschriefft sei, hat aber hiemit dem Juden gemaindt. Mehr hadt auch Bergner sich bewilliget, do er solches geschrieben oder seine euchene Handtschriefft sein soldt, das er ein Schelm seines Handtwerichs sein woldt, seines Rechtens vnbegeben vndt nicht auß aigener Verwilligung.

31a.

Dem 18. Septembris ano 1615 Mayer Judt von Eitlitz lest dem Thomas Braun das Pfandt auffsagen, alß ein Plamper ein Bedtuch ein Dieschtuch Küßenziegell Polsterziegl mehr ein flachßens Bettuch, inn 14 Tagen zu leßen.

31b.

Dem 13. dito (Octobris) a. 1615 haben ausgebüergt vndt seindt Büerg worden vor Jackob Bergnern, Burger vndt Bidtner alhier, der ehrenueste vndt wolgeachte Herr Georg Kahr Stadtschreiber vndt Casper Zciner Saiffensieder wegen des Mayer Juden von Eitlitz vmb 13 Sch. 5 Gr., so er zum Theill selbst schuldtig vndt theils Buergschafft halber verobligirt zu zallen, haben obbenannde Pershonen gerichtlich angelobt, bemeldtes Gelt sambt dem Zienßen vnd Vnkosten, so darauff-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lauffen wierdt, vff nechstküenfftig Weinachten in die Gerichten alhier vnferzieglichen einzulegen, treublich vndt ohne alle Geferdt. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 51–52 und 55–55v.

32.

1615 Oktober 26 – 1618 Feber 15.

Der lange Abraham von Eidlitz sagt 2 Schuldnern die Pfänder auf und trifft mit 2 anderen Schuldnern Abmachungen.

Dem 26. dito (Octobris) ano 1615 sagt der lange Abraham Judt von Eitlitz der Dura Simon Drechslerin, sonst die Pfefferküchlerin genandt, daz Pfandt auff, alß ein Manßgoller. Mehr sagt der obbenande Judt von Eitlitz dem Christoff Siegert sein Pfandt auff, alß ein Par duchene Hoßen.

32a.

Der lange Abraham Juth von Eydelicz erschien in Burgermeisterambt neben Andreas Schallern: nachdeme Andreas Schaller Burg worten vor Dobias Schwanter, einen Lohgerber von Mariaberck, hatt Schaller denn Herr Burgermeister angelobt mitt Handt vnd Mundt, von dato vber 6 Wochen die 59 Sch. 30 Gr. richtigzumachen vnd den Juthen auszuzahlen. Gesch. denn 14. Febru. a. 1618.

32b.

Der lange Abraham Juth von Eydelicz erschien inn Burgermeisterambt neben Gerg Klinger von Tschosell: dieweil Gerg Klinger denn Juthen schultig worten Habtsumma vndt Zins 13 Sch. 40 Gr., hatt Klinger denn H. Burgermeister mitt Handt vnd Mundt angelobt, von dato vber 14 Tag halb Theil vnd auff kunftig Ostern denn andern halben Theil neben denn Ziensen vollendt richtigzumachen. Geschehen den 15. Feb. a. 1618.

Aus dem Gerichtsbuche von 1613–1615, S. 56; aus dem Memorialbuche von 1615–1630, S. 39v–40.

33.

1616 März 3 und 1624 September 5.

Der Jude Isak der Ältere aus Eidlitz als Gläubiger.

Isack Juth der Alte von Eydelicz gab sich in Burgermeisterambt ahn, das ehr Christoff Raw Kantellgießer 50 Sch. pahres Gelt geliehen auf jutische gepreichliche Zins. Geschehen den 3. Marty a. 1616. – Ist bezahlt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

33a.

Spiegelhauerin Kinder Moriz vndt Hanß Spiegelhauer sagen auß vndt gestehen, daß Jude Isaac der Eltere solches Geldt nach laut der beyde Schuldtvorschreibung vor 7 Jahren geliehen ihren Vatter vndt hernach bey der Mutter Leben berechnet worden. Heut den 5ten Septemb. a. 1624ten.

Aus dem Memorialbuche von 1615–1630, S. 8v und 62.

34.

1618 April 4.

Streit zweier Juden mit Christoff Raw wegen Bezahlung einer Schuld.

Herr Christoff Raw gab sich in denn Burgermeister(ambt) ahn, das zwene Juthen inn sein Haus kommen sein, haben pegehrt, ehr Raw solte ihnen von einen Strich Gersten, so ehr von seinen Herren auff Porck genomen, 4 Gr. Vberschuss geben, Raw gab den Juthen zur Antwordt, ehr wehre ihnen nichts /schuldig/, darauff die Juthen denn H. Raw gab vbell angelassen, das ehr solches nicht schultig zu leiden ist gewesen. Offenpart siech, wenn die Juthen wieter mit solchen Worten kämen aufgezogen, wolte ehr sie die Stiegen hienunderwerffen vnd ihnen lasen die Pärth ausrauffen. Zum Getechtnus darpey seindt gewesen H. Partell Wolff, Andreas Schaller, Samuel Littig vnd Gerg Mahn von Krima. Geschen 4. Aprilis a. 1618.

Aus dem Memorialbuche von 1615–1630, S. 41.

35.

1625 Oktober 27 und 1627 Juli 14.

Die Juden Samuel und Salomon von Görkau als Gläubiger.

Den 27. Octobris a. 1625 hat Simon Richter im Primatori- vndt Burgermeisterambt Hern Tobiae Bayern mit Handt vndt Mundt angelobet, daß er dem Samuel Juden in Gorckaw die viertzig Schock auff zwene Termin, nemblich 30 Sch. m. acht Tage nach Martini, die hinterstelligen 10 Sch. m. auff kunfftige Weynachten, richtigmachen will. Actum ut supra.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

35a.

Den 14. July a. 1627 giebt sich Salamon Jude von Gorckaw in Primatori- vndt Bürgermeisterambt H. Wolff Klösterle an, wienach ihme Geörg Heim 50 Sch. nach lauth seiner Obligation schuldig worden, thuet derowegen Jude auff den 50 Sch. ein Arrest, doch seinen in Ambts zuuor geschlosenen Accordt ohne Schaden.

Aus dem Memorialbuche von 1615–1630, S. 68v und 93v.

36.

1625 November 22 und 1627 März 19.

Der Jude Eiswig aus Görkau wird in 2 Inventaren als Gläubiger genannt.

Anno 1625 den 22. Nouemb. ist in des Hanß Schmieders Lohegerbers Behaußung inuentiret worden... Verzaichnuß der Schulden, was er schuldig ist a. 1625: Den Eißwich den Jueden 30 Sch., mehr den Jueden welches vff Micheli zu erlegen 31 Sch., dem Jueden hat er entricht laut seines Verzeichnuß welches der Maz Vetter bey sich hat 61 Sch....

36a.

Güttliche vnndt schwisterliche Erbteulungsvergleichung zwischen weilanndt George Engels seeligen hinterlaßenen Erben vnnd Kinderen... actum in senatu den 19. Martij a. 1627... Liquidirliche Schulden zu zahlen... Dem Eißwig Jueden von Gerckaw 110 Sch....

Aus dem Erbteilungsbuche von 1625–1631, S. 52–54 und 76–76v.

37.

1628 April 14.

Verbot des Wollverkaufs und Tuchschnittes durch Juden.

Aber dieweil ihnen doch forthan wieder die Meinung dieses Mayestetbriefß unndt Verehrung inn ihrer Anwehrung ihres Handtwergkß von vielen frembdten Ausländern unndt sonderlich wegen Uberkauffung der Wolle unndt Tuchverschneidtung, desgleichen von den Jueden, welche das allerwenigste Recht darzue haben, allerley Eintrag unndt Verhindternus beschicht, in deme gnädtiegiest mit mehren sie verwahret haben wollen, derowegen wier ihr demütiegeß Bietten gnädtiegist bewogen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

unndt haben diesen Brieff geschen unndt die Confirmation gantz unuerschrt befundten, mit gueten unsern Bedacht unndt Wiessen unser lieben getreuen Räthe aus königl. Macht in Böhmen haben wier selbe menniglichen in allen Puncten Clausulen u. Artickeln also unndt nicht anders, als wann dieser unser Brieff von Wortt zu Wortt auch mit denen Confirmationen beschrieben wehre, zue loben zue uerneuern auch mit diesen unsern Brieff unndt Mayesteten loben unndt verneuern unndt mächtieglichen bekräfftiegen, darbey sie also verwahret sein, das neben der Tuchmacher unndt die, welche in ihrer Zunnfft unndt Zech verbleiben, keine andere, es sey was vor ein ander Handtwergk es immer wolle, inn ihrer Anwehrung Handtlungschafft unndt Nahrung sich kein Mensch zue gebrauchen haben solle, sonderlich aber ein Ausländer, von wann unndt was Landtes er immer sey, welcher ordtentlich das Handtwergk der Tuchmacher nicht lernet oder ihrer Zunfft in diesen unsern Erbkönigreich Böhmen alda, wo es sich gebüchret, nicht ordentlicher Weyse angenohmen wordten, bey den Jahr- unndt Wochenmärckten daz Tuch an der Ellen unndt sonsten auch zue uorkauffen nicht Macht haben noch geniessen unndt also jetzt unndt künfftig vermög ihrer Ordtnung darbey verbleiben solle, viel weniger ein Juede, welcher, wannenher er auch sey, keiner allerdüchten Weis unndt Gestaldt, wie es das immer Menschenliest erdencken möchte, die Wolle an Gewiechte unndt auff dem Schafen stuckweis kauffen, desgleichen das Tuch auff der Seithen unndt heimlicher Weise unndt anders, wo es wolle, tragen noch zue Schaden mehrgedachten Handtwergkßzunfft der Tuchmacher zue schneidten nürgendts auff dem Dörffern unndt Höfen auch andere darzue nicht gehöriege Örther, es were dann, daz er von uns absonderliche Verehrung gegeben hette, sich nicht zue unterstehen, unndt das alleß bey Straff vermöge unserß Vorfahren Herrn Ferdinandi des Ersten unndt dero gesezten Confirmation gegebenen Mayestatß Ausmessung, jedoch mit dieser zwar sonderlichen Meinung, das diese Gnadt unndt auch unsern seeligen Vorfahren keiner, welcher der wahren unndt seeligmachenten röm. catholieschen Andacht unndt Religion nicht wehre unndt in dero Gehorsamb nicht verbliebe, keiner anerdichten Weyse unndt Gestaldt in wenigsten in Acht genohmen werdten solle unndt sie die eltiesten Zunfftmeister unndt andere Meister inn ihre Zunfft unndt Zuesammenverfüegung weiter mehr keinen Uncatholieschen anzunehmen Macht zue haben befuegt sein sollen, izo künfftieg unndt zue ewiegen Zeiten.

Aus der Zunftordnung Kaiser Ferdinands II. für die Komotauer Tuchmacher im Privilegienbuche, S. 34v–36.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

38.

1628 Dezember 22 und 1630 März 27.

Abraham Lang aus Eidlitz und Eißwig aus Bielenz als Gläubiger.

Den 22. dito (Decemb.) a. 1628 giebet sich Abraham Lang ein Judt in Burgermeisterambt an wegen Endreaß Heroldt vermege seiner Obliegacion alß 200 Schock. Ut supra.

38a.

Den 27. Marty a. 1630 thut Eißwig Judt von Wielentz in Burgermeisterambt H. Valentin Hermerstörffer einen ordentlichen Verboht auff Melcher Millers verkaufften Haußes Angelt, 69 Sch. betreffent, auffdaß er mege davon bezahlet werden.

Aus dem Memorialbuche von 1615–1630, S. 127 und 150.

39.

1629 März 28 und 1630 März 23.

Juden als Gläubiger in Schuldenverzeichnissen und Inventaren.

Wenzel Raabens pflichtschuldiger Schulden Verzeichnüs, wie sie a. 1629 28. Mart. sind verzeichnet worden... 106 Sch. 53 Gr. H. Hieronymo Gerner in Görkau wegen Calmon Juden, 50 Sch. Hirschel Jud zu Stad Priesen, 130 Sch. Eisig dem Eltern Juden...

39a.

Inventarium vnd Abtheilung weiland Danielis Wolffen hinderlaßenen Wittiben Catharinae mit dero Tochter Anna Regina... ratificirt dem 23. Mart. 1630. Was die Wittib schuldig... Joseph dem Juden zu Görckau auf Pfand 15 Sch. 30 Kr.... ein gülden 3fach Gedenkringl versetzt bey Joseph Jud in Görkau.

Aus dem Schuldenbuche von 1600–1680, S. 53; aus dem Erbteilungsbuche von 1625–1631, S. 102v–103v.

40.

1631 Juni 10 und September 29.

Bestimmungen der Kürschner- und Schneiderzunft gegen Juden.

Soll kein Juedt, soweit sich gemeiner Stadt Grundt unndt Bodten erstrecket, mit Fuetterarbeyth oder mit umbtragendten Wahren alß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Fuetterhüette, Müetzen, gefütterte Belz unndt was einen Handtwergk zuewieder sey, sich betretten lassen, woferne aber dasselbe befundten, soll ihme dasselbiege genommen, die Helffte den Gerichten, die andere Helfft aber dem Handtwergk zuegueth verbleiben.

40a.

Heut dato an dem Quarthal Michaeli anno 1631 ist ein gantzes Handtwergk mit einander einig worden und gentzlichen beschloßen, das keiner dem Juden, er sey von wan er wil, arbeiten sol, es sey an sein Leib oder andere Arbeit, welchs aller sembtlichen der Meister Bewilligung und Beschlus ist. Do aber einer oder ander darwider thut, derselbe sol die Straff verfallen sein, wie andere Meister zu voriger Zeit sind gestrafft worden.

Aus dem Privilegienbuche, S. 98–102v; aus dem Handwerksbuche der Schneider, S. 48.

41.

1632 Jänner 20 und Juli 7.

Juden als Gläubiger in Inventaren.

Inuentarium vnndt Abtheulung dero nach weilandt Lorentz Grießbachs verlaßenen Haab vndt Güter... beschrieben den 20.ten Tag Januarij a. 1632. Schulden zue bezahlen an vnterschiedlichen Ortten... dem Jueden auff Zienß 10 Sch., dem Jueden ohne Zienß... 2 Sch. 45 Gr....

41a.

Inuentarium vnndt Abtheulung dero nach weilandt Caspar Wiedtmans see. hinterlaßenen Fahrnuß vndt Erbstuckhen. Vndt seint Schulden zu bezahlen diese... einen Jueden vor Weiz 25 Gr. 5 Pf. – Vnndt ist also diese Theilung vndt Inuentur den 7. Julij anno 1632 gehalten worden.

Aus dem Erbteilungsbuche von 1631–1654, S. 23 und 32v.

42.

1632 August 28 – 1636 Juni 27.

Juden aus Eidlitz und Görkau als Gläubiger in Inventaren.

Güettliche Anfalls Abtheil. – vndt Vergleichung weilandt Siemeon Schmiders Verlaßenschafft... den 28. August 1632 – Schulden zue bezahlen: dem Eißwig Jueden Haubtsumma 40 Sch., dann zweyjehrigen Zienß dauon 19 Sch. 48 Gr. 4 Pf., einer Judin vor eine Haut 2 Sch....

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

42a.

Inuentarium dero nach weilandt Elie Herelten see. hinterlaßenen Farnuß vnndt Erbstückhen... den 16. Martij anno 1634 — Schulden zue bezahlen... dem Jueden Eißwich genandt 25 Sch....

42b.

Inuentur vnndt Theilung dero nach weilandt Gregori Reinelts seel. hinterlaßenen Fahrnuß vnndt Erbstücken... den 11 Octobris a. 1634 — Schulden zue bezahlen... der Judin zu Görckau an einen Scheubel 1 Sch. 55 Gr. 5 Pf....

42c.

Inuentarium vnd Theilung deren nach weiland Christoffen Sattlers Burger vnd Seiffensieders seel. hinterbliebenen vnd verlaßenen Fahrnuß ... den 27. Junij anno 1636... An Schulden zu bezahlen... Den langen Abraham Juden 23 Sch. 17 Gr. 1 Pf.

42d.

Anweißung weiland Eliae Fermans Glaubigere auff deßen Vorlaßenschafft... Dem Joseph Schmeien (Schmay) Juden von Görckau 57 Sch. Dem Eliaß Juden 40 Sch. Dem Salomon Juden 6 Sch. Ratificirt bey einen e. Rath den 4. Nouemb. a. 1634.

42e.

Verzeuchnuß deß weilandt Hannßen Trobschuchs hinderlaßener Schulden: Dem Lang Abraham Jueden 140 Sch.... Actum in consilio den 24. Octobris 1635.

Aus dem Erbteilungsbuche von 1631–1654, S. 15, 55v, 63 und 49–50v; aus dem Schuldenbuche von 1600–1680, S. 58 und 64.

43.

1634 März 29 — 1635 Juli 24.

Der Rat an Lazarus von Aron zu Lichtenstadt: Unvermögen der Stadt, die Schuldzinsen zu bezahlen; Angelegenheit der Erben des Elias Herolt.

An Lasaro von Aron Juden zu Lichtenstadt: Vnnsern frdl. Grueß vnd alles Guetes beuor. Ersamer vorsichtig vnd wohlgeachter H. Lazare

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Aron. Sein Schreiben von 24. diß haben wier empfangen, darauß in ein vnd andern noch Vberleßung mit mehrern vornommen vnd wolten nu gerne den Herrn die bewuesten vortagten Interesse abführen vnd richtigmachen, aber die jezige große Kriegsbeschwer vnnd Geltcontrib. will es darzu nit kommen laßen. Bitten derowegen dienstfrdl., sich noch ferner, biß es ein Endt nehmen möcht, zu gedulten. Die begerten 2 Vaß Braunbier wollen wier den Herrn, vfs ehiste immer müglichen, vff künfftige Abraittung der Interesse zuschicken. Wann der H. solche empfehet, wolle er vnbeschwerdt deme, der es vberlieffert, ein Scheinel ertheilen. Vor eines. Vors andere den Eliaß Herolt betreffent berichten wier den H., daß nit allein ehr, sondern auch sein Weib Todtes vorblichen, haben derowegen deßen Weißen vorordeneten Vormindern deß Herrn Schreiben vorhalten laßen. Waß sie hierauf in Antwordt einwenden, daß wirdt Er auß den Einschluß mit mehrern vernehmen. Dießes wier Ihme also zue frdl. Wiederantwordt nachrichtsamb nit vorhalten wollen, göttlicher Obacht empfehlendt. Datum Commuthau den 29. Marti 1634.

43a.

Angelegenheit des verstorbenen Elias Herolt, Schreiben der Vormunde seiner Erben.

An Lazaro v. Aron Juden: Vnßern frdl. Grueß vnd alles Guetes beuor. Ersamber vorsichtig vnd wohlgeachter Herr Lazare Aron. Waß des weilandt Eliae Herolts seel. Weißen vorordenete Vormündere an vnß supplicando gelangen laßen vnd an den H. zu schreiben bitten thun, daß geben wier denselben auß den Einschlueß mit mehrern zu uornehmen. Wannen dann sie nit vmbstendig, daß, wan ihnen ihrer Mündel Vatern seel. Obligation vorgezeigt werden möchte, sich in Bezohlung einzulaßen, vnd vnß bitten, daß wier den Herrn zuschreiben wolten, damit ihnen der H. genugsambe Approbation vorlege, daß ihm Eliaß Herolt seel. (weiln sie in seinen hinterlaßenen Schrifften nichts deßen befinden) erwähnte Summa Geltes schuldig worden sey, alß wirdt der H. seinen Bewaiß ehisten denen Herrn Vormindern ohne vnser Maßgeben vorzuzeigen wißen, auf daß sich dieselben inkünfftig dornach achten, vnd da befunden, daz Eliaß Herolt seel. waß schuldig, sie sich mit dem Herrn alßdann nit allein wegen Interesse sowohl auch der Haubtsumma halber abfinden köndten, welches wier also den Herrn nebenst göttlicher Obacht vnß allerseits nit vorhalten sollen. Actum Commuthau den 3. Maj 1634.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

43b.

Die Stadt kann wegen Ruin der Bürgerschaft und Verpflichtung zur Zahlung etlicher 1000 fl. an das Morzinische Regiment die Schuldzinsen nicht bezahlen.

An Lasaro von Aron Juden zur Lichtenstadt: Vnßern frdl. Grueß vnndt alles Gutes hinwider beuor. Ehrsamer vorsichtig vnndt wohlgeachter Herr Lasarus. Sein Schreiben haben wier zu Recht empfangen, darauß in ein vnd andern mit mährern vernomben vndt wolten zwar den Hern der vortagten Interesse halber herzlichen gerne contentiren vnndt befriedigen, so ist vnß aber daßelbe jeziger Zeit zu thun nach keine Müglichkeit, sindemahlen dießen vorgangenen Winter sowohl vorhero daß gemeine Einkommen gänzlichen erschöpffet vndt die arme Burgerschafft vollent in Grundt ruinirt worden, dahero wier von nichtes waß zu nehmen haben, vnßere Creditores der vortagten Interesse zu befriedigen, da wier vnß doch über dießes alles den löbl. Morzinischen Regiment in die etlich taußent Gulden vorbrieffen müßen vndt solche nechstkünfftige Bartholomei bezahlen vnd abführen sollen, welches vnß vndt vnßerer armen Stadt die gröste Vnmüglichkeit ist. Alß verhoffen wier, der Herr würdt mit vnß ferner ein Mittleuden haben vndt sich nach eine Zeit dießer Interesse halber gedulden, alßdan dieselben mit Danck abgeführt werden sollen. Die Aufraittung betreffendt, wann es deß Herrn Gelegenheit geben möchte, köndte solche vor die Handt genomben vndt eine richtige Aufraittung gehalten werden. Dießes wier also denselben zur frdl. Antwortt nebenst Empfelung göttlicher Gn. vnß sämbtlichen nicht vorhalten wollen. Datum Commothaw den 24. July 1635.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1633–1636, S. 30, 35v und 77v–78.

44.

1635 April 23 – Mai 21.

Eberle aus Görkau als Schuldner.

Heut dato denn 23. Apprillis anno 1635 thut Jeremias Hännel einen rechtmeßigen Arrest vnndt Verboth zue deß Eberle Juedten von Georgkaw seinem Saffram, der in einer Schachtel zum Heinrich Roßlauff ist eingesezet, wegen 2 Pfundt Saffran vnndt 3 Rtthl., die er ihme schuldig, solchen nicht folgen zue lassen, er habe ihm dann vor bezahlet. Ist solches dem Heinrich Roßlauff vmb die Gebühr durch denn Fronbothen zue Recht ist angemeldet wordten. – Heut dato denn 7. May 1635 ist

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dießer Kummer vnndt Arrest zum andernmahl erstrecket vnndt prosequiret worden. – Heut dato denn 21. May 1635 ist dieser Arrest zum drittenmahl, wie recht, erstrecket vnndt prosequiret wordten.

44a.

1635 Juli 20.

Joseph aus Görkau als Gläubiger.

Heut dato denn 20. July a. 1635 hat Christoff Höffner gerichtlichen angelobet, daß er will den Joseph Jueden von Georgkaw 7 Reichsthaler gestendige Schuldt, die er ihm schuldig, in 6 Wochen, daß ist denn 31. Augusti, 3 Rtthl. 45 Kr. vunndt denn Hinderrest auff künfftig Michaeli, wiederumb 3 Rtthl. 45 Kr., bey Gerichten niederlegen, daß also in der obengemelden Frist die Summa vergnügt vnndt bezahlet wirdt. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1636, S. 7v, und von 1635–1637, S. 1.

45.

1635 September 20 und Oktober 1.

Der Rat an die böhm. Kammer zur Eingabe der Prager Judenschaft betreffend das Judenausweisungsprivileg von 1517; Beschluß der Kammer, diese Eingabe abzuweisen.

An die böhemb. Cammer: Hoch- vnndt wohlgeborne Herrn Herrn, auch wohledl vnndt gestrenge Rittere, gnedig vnd hochgebietente Herrn. Euer Gn. Gestr. seindt vnßere jederzeit pflüchtschuldige vndt gehorsame Dienste sambt Wünschung von den allmechtigen Gott aller glückseligen Wohlfart beuor. Waß an Euer Gn. Gestr. die Eltisten der Präger Juden supplicando gelangen laßen vndt sich vber vnß beschweret, daß haben wier auß dem Communicat (weßentwegen wier vnß dan gegen Euer Gd. Gstr. gehorsamblichen bedancken thun) mit mehren vernomben. Nun sollen Euer Gn. Gestr. wier gehorsamblichen zu berichten nicht vmbgehen, daß von 118 Jahren hero wier absonderlichen wegen der Juden, daß nicht allein keiner bey vnß in oder vor der Statt wohnen viehlweniger einigen Handel zu treiben befugt geweßen, priuilegirt, auch von drey vnterschiedlichen Kayßern, Ihrer Mayt. Kayßer Rudolpho, dann von Kayßer Matthia, sämbtlichen hochsel. Gedächtnuß, vnd Ihrer Mayt. jezig noch regierenden Kayßer Ferdinando den Dritten vnßern allergnedigisten Kaiser König vnd Erbherrn (wie Euer Gn. Gestr. auß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

beyliegenden Extract deß Priuilegii zu ersehen haben) gnedig confirmirt vnndt bestettiget worden. Wannen dann bey dießen vorwichenen großen Vnheil vnnd kriegsbeschwerlichen Zeiten die Juden bey vnßerer Statt mit vnzehlichen großen Wucher Schinder- vnd Schaberey sehr vberhandt nehmen wollen, die armen Handtwercksleute bey vnß von den Judten mit allerley Wahren vbertragen, dordurch dieselben in großes Abnehmen geraden, vnnd wier dießes Kriegsweßen hero viehl außgestanden vnd contribuiren, auch vnterschiedlichen außgebländert vnd gebrandtschäzet worden, derowegen wier, vermög habenden Priuilegio einen solchen Vnheil vorzukommen, einen Anfang machen vndt ihnen ihren Schundt vnd Wucher, auch Haußiren mit allerhandt Sachen bey vnßerer Statt einstellen müßen. Alß verhoffen wier, Euer Gn. Gestr. werden vnß bey offtgedachten Priuilegio gnedig schüzen vndt handthaben vnd die Juden (wie Euer Gn. Gstr. wier vnterdienstlichen bitten thun) von ihren vnbillichen Begehren gnd. abweißen laßen. Daß seind vmb Euer Gn. Gestr. wier mit vnßern armen Vormögen zu uordienen jederzeit willig vnd befließen, thun Euer Gn. Gestr. göttlicher Obacht empfehlen. Datum Commothau den 20. 7bris 1635. Euer Gn. Gestr. dienstwillig vnd gehorsambe Burgermeister vnd Rath daselbst.

45a.

Denen Eltisten der Prager Judenschafft hiemit zum Bescheyd anzuzaigen, weil die Statt Comothaw specialiter priuilegirt, das die Juden khein Handel Handtierung nach Gewerb vnd Handwerckh in der Statt noch vor der Statt treiben sollen, als laßet es auch die Camer dabey billich verbleiben. Ex camera bohemica Pragae 1. Octob. 1635

Chr. Itter.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1635–1636, S. 83v; aus dem Originalbescheide der Kammer von 1659.

46.

1635 Oktober 23–29.

Die Samuel Schmayin von Saaz trifft mit sieben Schuldnern eine Vereinbarung.

Heut dato denn 23. 8bris 1635 hat Michel Schüzin gerichtlichen angelobet, daß sie will der Samuel Schmayin Juedtin von Saaz 4 Sch. gestendige Schuldt auff Weynachten oder 14 Tag darnach 2 Sch., denn Hinderrest auff Faßnacht dieses 1636. Jahres wieder 2 Sch. bey Gerichten niederlegen. Actum ut supra.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

46a.

Het dato denn 23. 8bris 1635 hat Fraw Saara Röthin gerichtlichen angelobet, daß sie will der Samuel Schmayin Juedin von Saz 11 Sch. 30 Gr. gestendige Schuldt, wenn sie wirdt daß erste Gebrew Bier gethan haben vnndt zue Geldt gemacht hat, bey Gerichten niederlegen. Actum ut supra.

46b.

Heut dato denn 23. 8bris 1635 ist Samuel Juedtin Schmay vor mir in ordentlicher Gerichtsstell vorkommen vnndt denn Lorenz Schwan beklaget wegen 40 Sch. Stamsumma vnndt berechnete dreyjärige versessene juedische Zinß 30 Sch. gestendige Schuldt, welches Beklagter der Klägerin hat bezahlen sollen. Ist es dahin gemittelt wordten, daß Beklagter hat gerichtlich angelobet, daß er will der Juedin die obengemelte 30 Sch. versessene Zinß ohne weider Verzinßung, wenn er daß erste Gebrew Bier gebreuet vnndt zue Geldt gemacht hat, bey Gerichten niederlegen. Anlangent die 40 Sch. Stammsumma gelobet er bey seinen wahren Wortten, Trauen vndt gueten Glauben, von obengemelten Dato an nebenst denn künfftigen aufflauffenden judischen Zinßen in der Gestalt abzuerichten, alß auff künfftige Faßnacht dießes deß 1636. Jahrs 20 Sch., dann auff Ostern hernacher aber 20 Sch., daß also die obengemelden Zinß vnndt Summa inn denn obengemelden Terminen in der Ganz vergnügt vnndt bezahlet werdten. Ist solches auff der Klägerin Begehren vmb stetter Haltung willen bey Gerichten der Stadt Commothaw registriret vnndt vmb die Gebühr eine Abschrifft ertheulet wordten. Actum ut supra.

46c.

Heut dato denn 23. Octb. 1635 ist Samuel Schmay Juden Weib von Saaz dennen ordtentlichen Gerichten vorkommen vnndt sich uber dem Tobias Eberle, Fleischhacker alhier, beklaget wegen 30 Sch. Stammsumma vnndt berechneter vierjahriger Zinß 35 Sch. 30 Gr. gestendiger Schulden, welches Beklagter denn Kleger hat lengst zahlen sollen. Ist es dahin gemittelt wordten, daß Beklagter gerichtlichen angelobet, der Juedin die obengemelte 35 Sch. 30 Gr. versessene Zinß ohne weidere Verzinßung auff Weynachten dieses instehenden Jahres 12 Sch. vnndt des 1636 Jahrs Ostern wieder 12 Sch. vnndt denn Hinderrest hernacher auff Pfingsten 11 Sch. 30 Gr. bey Gerichten niederlegen, daß also die obengemelde 35 Sch. 30 Gr. in der Ganz vergnügt vnndt bezahlet werdten. Der 30 Sch. Haubtsumma belangent, hat sich Klägerin auff der Beklagten flehentlich Bitten bey Gerichten behandeln laßen vnndt auff ein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Jahr lang vmb breuchliche judische Verzinßung zue gedulten versprochen vnndt beide Theil ihnen solches belieben laßen. Ist solches auff der Klagerin Begehren vmb stetter Haltung willen bey Gerichten alhier registriret vnndt vmb die Gebühr ein Abschrifft ertheulet wordten. Actum ut supra.

46d.

Heut dato denn 25. 8bris 1635 hat Marttin Topffer, Burger alhier, denn Jueden Schmay von Saaz gerichtlichen zuegesaget, die vertagte Zinß 28 Sch. 30 Gr. auf drey Termin, alß 10 Sch. auff künfftig Weynachten, 10 Sch. auff Ostern deß 1636. Jahrs vnndt 8 Sch. 30 Gr. auff sanct Johannistag, richtigzuemachen, dargegen hat die Juedin Glaubigerin denn Marttin Topffer von heut dato an bieß vber ein Jahr die Haubsumma 21 Sch. auff judischen Zinß zue nüzen williget, doch wofern er bey einen oder dem andern Termin seumig erfundten vnndt Vncosten auffgewendet werdten müssen, daß Debitor solche zue erstatten schuldig sein soll. Actum ut supra.

46e.

Heut dato denn 29. 9 bis 1635 hat vor mir Paul Sichowiz, verordeneten Stadtrichter zue Commothaw, bekennet Simon Glaßberger, daß er denn Samuel Schmayin, Judin von Saaz, schuldig 9 Sch., hat derowegen gerichtlichen angelobet, daß er will an der obengemelden Schuldt bey Gerichten niederlegen in 8 Tagen 1 Sch. vnndt forthin alle 6 Wochen zue 1 Sch. bieß zur Vergnügung vnndt Bezahlung der obengemelden Schuldt, mit diesen Vorbehalt, in Fall er ein oder denn andern Termin nicht einhalten würde, soll er schuldig sein, die ganze Summa in der Genz auff einmahl zue erlegen. Ist also auff deß Jueden Begehren registriret vnndt vmb die Gebühr ein Abschrifft ertheilet. Actum ut supra.

46f.

Heut dato denn 29. 9bris dieß 1635. Jahr ist vor mir Paul Sichowiz, diese Zeit verordeneter Stadtrichter zue Commothaw, vorkommen Samuel Schmayin, Juedin von Saaz, vnndt denn Michel Heckel, Burger alhier, beklaget vnndt vorgenomben wegen 15 Sch. Summa vnndt dreyjahrige versessene judische Zinß 10 Sch., welches er ist schuldig wordten vnndt denn Kläger bezahlen hette sollen, jedoch sindt sie zwischen einander auff der Gerichten Vndterhandtlung also verglichen, daß sie Klägerin hat denn Beklagten die Frist geben, bieß auff künfftig Michaeli deß 1636 Jahrs soll vnndt will Beklagter die obengemelte 25 Sch. be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nebenst denn gebreuchlichen judischen Zinßen mit Tanck ohne ferneren Verzugk vnndt Außflucht bezahlen. Zue beßener Versicherheit ist solcher Verdrag auff der Klägerin Begehren bey dennen Gerichten registriret. Actum ut supra.

Diese Sach ist wegen der Zinß strittig.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1637, S. 21v–27.

47.

1636 Feber 4 – 1637 Juni 16.

Juden von Görkau treffen Vereinbarungen mit ihren Schuldnern und kündigen Pfänder auf.

Denn 4. February 1636 hat Georg Stadtlers Weib gerichtlichen angelobet, daß sie will denn jungen Joseph Jueden von Georgaw 8 Rtthl. 18 Kr. vnndt 1 reinischen Goldtgulden gestendige Schuldt, welche sie ihme ist vor Kramwahren schuldig wordten, in 8 Tagen 8 Rtthl. 18 Kr. vnndt denn reinischen Goldtgulden bey Gerichten niederlegen vnndt denn Hinderstandt 5 Rtthl. auff nechtskünfftige Ostern dicß instehenden Jahrs. In Nichthaltung eines oder deß andtern Termins soll sie in Gehorsamb gehen vnndt nicht eher rauß, der Juedt sey dann in der Gänz bezahlet. Actum ut supra.

47a.

Denn 31. Marty 1636 thut der kleine Joseph Juedt von Georgkaw denn Georg Stadtler Weber sein bey ihm vorpfendes Pfandt an Kleidung an – vndt auffkündigen, solch Pfandt in 14 Tagen zue lößen. Actum ut supra.

47b.

Denn 12. 9bris 1636 thut der kleine Joseph Juedt von Georgkaw dem Matthes Loßer sein Pfandt, welches er bey ihm stehent hat, gerichtlichen auffkünttigen, solches in 14 Tagen vermög der Recht außzueloßen.

47c.

Heit dato den 20. dito (Februari) 1637 gelobet Maria, der Huderin Tochter, in Gerichten an mit Handt vndt Mundt, in vier Wochen den alten Rest auf Rechnung richtigzumachen den kleineren Juden Josepff von Görgkaw ohne alle Gefeher oder in Arrest zu gehen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

47d.

Den 16. dito (Junius 1637) lest der kleine Josepff Jueth von Görkau den Daniel Kinderman sein Pfandt aufkindigen, welches in zu Recht durch den Fronbothen angedeit ist wordten.

47e.

Denn 12. February 1636 hat Michel Allerley gerichtlichen angelobet, daß er will denn Abrahamb Gez, Juedten von Georgkaw, 5 Sch. gestendige Schuldt in 14 Tagen bey Gerichten niederlegen. Actum ut supra.

47f.

Heut dato denn 28. Nouemb. 1636 hat Michel Allerley gerichtlichen angelobet, daß er will denn Abrahamb Gez Jueden von Gorgkaw 4 Sch. auff künfftigen Lichtmeß vnndt auff Ostern mehr 1 Sch. 50 Gr. deß 1636 Jahrs bey Gerichten niederlegen. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1637, S. 26v, 35, 37, 39v, 60, und von 1635–1637, S. 18 und 24v.

48.

1636 April 1 und August 11, 12.

Isaac Eißwig zu Kaaden trifft Vereinbarungen mit zwei Schuldnern.

Denn 1. Aprill (1636) hat Paul Mißlin gerichtlichen angelobet, daß sie will denn alten Juedt Eyßwig von Caadan 12 Sch. gestendige Schuldt auff künfftig Pfingsten 6 Sch. vnndt die andern 6 Sch. auf Johanni dieses instehenden Jahres bey Gerichten niederlegen, daß also die obengemelden 12 Sch. in der Gänz vergnügt vnndt bezahlet werdten. Actum ut supra.

Ich Isaac Eyßwig der Eltere, Juedt zue Caden, bekenne in ordentlicher Gerichtsstell Paul Sichowizen zue Commothaw vor mich, mein Weib vnndt Kindter, Erben vnndt Erbnehmen, demnach mir Christina Paul Müßlin, Lohgerberin alhier, vnderschiedtlichen eine Summa Geldes schuldig geweßen, welches Geldt ich nunmehro zue meinen Händten bahr empfangen vnndt von ihr ehrlich vnndt auffrichtig bezahlet wordten bin, sage derowegen gemelde Paul Mißlin, auch ihre Kindter, Erben vnndt Erbnehmen hiermit quidt ledig vnndt loß, sollen auch von mir vnndt gedachten meinen Erben vnndt Erbnehmen in keinerley Weg, wie es auch Nahmen /haben/ oder Menschen List erdencken mag, weider ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mahnet oder angefochten werdten. Daferne auch etwan nach Schuldtverschreibung hinder mir, meinen Erben vnndt Erbnehmen auff viel oder wenig sich befindten möchten, da mir doch von keiner bewust, also sollen solche ganz todt krafftloß vnndt nichtsguldig sein, auch weeder geistlich noch weldtliche Recht mir, meinem Erben vnndt Erbnehmen hierüber keine Hülff nach Schuz leisten. Zue Bekrefftigung dessen ist diese meine Bekandtnuß auff Begehren Christina Paul Müßlin vmb die Gebühr in daß Gerichtsbuch einverleibet vnndt eine Abschrifft erteulet, darundter sich gemelder Juedt mit eigener Handt vnderschrieben. Denn 11. Augusti 1636.

48a.

Denn 12. Augusti 1636 ist Isaac Eißwig der Eltere, Juedt, anjezo zue Caaden, in ordentlicher Gerichtstell vorkommen vnndt klagent vorbracht, wie daß ihme Paul Schmieder 50 Sch. m. wegen seines Bruedern Simon Schmieder seel. zu bezahlen schuldig sey wordten, ist es dahin gemittelt wordten, daß Beklagter gerichtlichen hat angelobet, daß er will denn Kläger auff künfftig Michaeli 30 Sch., welche er den Juedten bey denn Hannß Friederich vbergeben vnndt auff Weynachten dieses instehen/den/ Jahres 10 Sch. vnndt denn Hindterrest auff Manfaßnacht dieses 1637. Jahrs wieder 10 Sch. beim Gerichten niederlegen, daß also die obengemelde 50 Sch. in dennen gemelden Fristen vergnügt vnndt bezahlet werdte.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1636, S. 40v, 50 und 51.

49.

1636 April 23 und Juni 25.

Samuel von Görkau trifft Vereinbarungen mit einem Schuldner.

Heut dato denn 23. Apprill ist inn ordentlicher Gerichtsstell vorkommen Samuel Juedt vonn Georgkaw vnndt dem Gregor Weber, Sadtler vnndt Burger alhier, beklagt vnndt vorgenomen wegen 70 Sch. m., so Beklagter ihme ist schuldig wordten vermög bey sich habenden Schuldtverdrag, so datiret an Tag Jacobi deß 1635. Jahrs denn 25 July, hat terminweiß zahlen sollen wie volgedt: alßbalt zum ersten Termin 10 Sch. vnndt alle Virtteljahr zue 10 Sch. bieß zur Vergnügung deren obengemelden 70 Sch., daran ist denn 28. Apprill dieses instehenden Jahrs bey Gerichten der erste Termin 10 Sch. abgeleget, sindt also nach 3 Termin versessen, jeeden zue 10 Sch., thut 30 Sch., sindt auff der Gerichten Vnderhandtlung also verglichen, daß Beklagter Gregor Weber

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hat gerichtl. angelobet, daß er will dem Samuel Juedten bey Gerichten niederlegen in 8 Wochen denn andern Termin 10 Sch. vnndt in andern 8 Wochen denn 8. Termin wieder 10 Sch., daß also 3 Termin vergnügt vnndt bezahlet werdten. Anlangent denn 4. Termin, weill iezt schwehre Zeit vnndt mit der Zahlung schwer auffzwkommen, soll sich der Juedt nach eine kleine Zeit gedulden, jedoch denn gemelden bey sich habenden Schuldtverdrag vnndt dennen andern vnuerdagten Terminen ohne Schadten. Actum ut supra.

49a.

Denn 25. Juny ist Gregor Weber auff Befehl Ihr Gestr. deß Herrn Thoma Marcko von Margkfeldt der Fronfest, darinnen er wegen Samuel Jueden von Georgkaw wegen 10 Sch. 50 Kr. rechtmeßiger Schuldt verhafft geweßen, erlaßen mit dießer Condition, daß er soll in 14 Tagen bey Gerichten 5 Sch. 50 Kr. niederlegen vnndt dann in denn andern 14 Tagen wieder 5 Sch., daß also die 10 Sch. 50 Kr. in der Gänz vergnügt vnndt abgeleget werdten, darfüer ist Daniel Staudigel in Nichthaltung der Termin auff Wiedergestellen Bürg. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1636, S. 41 und 46v.

50.

1686 August 8 und 18.

Görkauer Juden als Gläubiger.

Denn 8. Augusti hat Maria Hoffmanin, der Hueterin Tochter, gerichtlichen angelobet, daß sie will des Isaacs Sohn Jueden von Georgkaw 13 Rtthl. 30 Kr. gestendige /Schuldt/, welches sie ihme an Kramwahren ist schuldig verblieben, auff künfftig Marttini dieses instehenden Jares 6 Rtthl. 60 Kr. vnndt dem Hinderrest auff Weinachten wieder 6 Rtthl. 60 Kr. bey Gerichten niederlegen, daß also die obengemelde Summa in der Ganz vergnügt vnndt bezahlet wirdt.

50a.

Denn 18. Augusti 1636 thut Abrahamb Eberle, Juedt von Georgkaw, denn Herr Andres Falcken Profoßleudenambt alhier sein zuegepettschirtes, verpfendes Pfandt, welches er denn Jueden verpfendt hat, auffkündtigen, solches in 14 Tagen wieder außzuelößen, welches dann Herr Profoßleudenambt ist gebührlichen angedeutet wordten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

50b.

Heit dato den 30. dito (Marti) 1637 gelobet mit Hand vndt Mundt in Gerichten an Thobiaß Miller, den Daniel Juden von Görgkau auf zwey Termin zu zallen, alß auf den 1. May 4 Fl. vndt auf Jacobi wieder 8 Fl. weniger 6 Kr. in die Gerichten zu erlegen oder in Arrest zu gehen.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1637, S. 20, und von 1635–1636, S. 49v, 51v.

51.

1636 November 20 – 1637 Oktober 15.

Der Rat an Lazarus Aron zu Lichtenstadt: verspricht, ihm bis Weihnachten Gerste und Hopfen zu senden; eine Zahlung der Schuldzinsen in barem Gelde ist wegen Plünderungen und Mißernte unmöglich.

An Latzarus Aron Juden zur Lichtenstadt: Vnser freundtwillige Dinste sambt Winschung von Gott alles Gueten hinwiederumben beuor. Ehrnuest vndt wolgeachter insonders günstiger Herr Latzarus. Deselben Schreiben haben wier zu Recht vnndt berichten demselben hierauff, daz wier Ihme zwischen hin Weynachten ein Malz Gersten vnndt Hopfen darzue hinaufschicken, auch darbey berichten, wann wier Ihme nach eines liefern wollen, darneben vermelten, wann Er sich zue vnß wegen der Aufraittung finden solte, wollen Ihme zwar gerne jetzo was an denen vertägten Intereßen abgeleget haben, so ist aber daz grose Vnuormögen dermasen bey vnß wegen vnterschiedlicher Ausblünder-, Brandschatzung müßwachsender Jahr vndt Wetterschaden, Durchzüge der Soldaten vnnd Polagken eingerüsen, daz nicht zue schreiben. Alß verhoffen wier, der Herr werde sich mit vnß nach ferner gedulden, thuen dem H. vndt vnß allerseyts der göttlichen Obacht empfehlen. Dattum Commothau den 20. Novembr. 1636.

51a.

Empfang seines Schreibens vom 16. März; die Sendung an Gerste und Hopfen konnte zu Weihnachten nicht erfolgen; versprechen, sie ehestens durchzuführen und durch den Stadtkämmerer die Abrechnung der Schuldzinsen vorzunehmen.

An Lasarum von Aron Jueden zur Lichtenstadt: Vnnsere freundtwillige Dienste sambt Winschung alles Gueten hinwieder beuor. Ehrnuest vnndt wolgeachter innsonderß günstiger Herr Lasaruß. Sein Schreiben von 16.ten Marty ist vnß den 19.ten zu Recht eingehendiget worden vnndt wißen vnnß zwar wol zu erinnern, wie auch wir denselben vntern

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

20.ten Nouembr. abgewichenen 1636. Jahrs zuegeschrieben, ihme ein Gersten Malz vnndt Hopfen gegen Weihnachten hinauffschickhen wollen, hetten es auch gethan. So hat es aber nicht allein daß böse Wetter, sonder auch andere Vngelegenheit, allß daß Hin- vnndt Hermarchiren der Saldaten biß vff dato wie auch, daß mann nichtß von Gersten bekomben können, verhindert, alldieweiln vergangenen Sommer durch daß Wetter daß liebe Getraidt vmb die Stadt meistentheils erschlagen vnndt, waß nicht erschlagen, wegen groser Dürre der halbe Theil nicht reiff worden. Jedoch wollen wir dem Herrn mit ehisten ein Malz Gersten vnd 2 Str. Hopfen, sobaldt der Weg nur ein wenig guet wirdt, vbersenden. Darneben wirdt vnnser verordneter Cammerer allß Herr Matheß Fischer mitkomben vnndt der vertagten Intereße Auffraitung halten. Allß bitten wir dienstlichen, der Herr wolle der vertagten Intereße wegen mit vnnß doch nach ferner zu Gedult stehen, so wir dann nach aller Mögligkeit zue beschulden willig vnndt erböttig. Thuen demselben vnndt vnß allerseits der gottlichen Obacht empfehlen. Dattum den zweyvndzwanzigsten Martij im sechszehenhundertsiebenvnddreyßigsten Jahr. — P. S. Doferne der Herr nach dem bewusten Malz vndt Hopfen selbst schickhen theten, sehen wir es desto lieber vnndt dannach wolten wir eine Persohn mitschickhen, die mit Ihm der Intereße halber Auffraitung hielte. — Titulus pertinens: Dem ehrnuest vnndt wolgeachten Herrn Lasaro von Aron, Jueden zur Lichtenstadt, vnnsern innsondters günstigen Herrn vnndt Freundt.

51 b.

Verspätetes Eintreffen seines Schreibens vom 31. März; ersuchen, die versprochene Ladung von Gerste und Hopfen abholen zu lassen; Abrechnung der Schuldzinsen.

An Lasarum Aron: Vnnsere freundtliche Grueß vnndt alleß Guetes hinwiederumben beuor. Ehrnuest vnndt wolgeachter insonderß günstiger Herr Lasaruß. Sein Schreiben von 31. Marty abeloffenen Monaths ist vnnß erst den 20 April eingehendiget worden vnndt wehre vnnß sehr lieb gewesen, daß es chender wehre zuekomben, damit wir denenselben daß Malz vnd Hopfen hetten zum Benambten, alß er ihm daz Breuen außbracht, lieffern konnen. Do es nun Ihme nach ferner von Nöthen, wolle er nach seinen Belieben alsobaldt ein Fuhr nach dem Hopfen vnndt Malz mitschickhen, weiln vnsere Roß, nacher Prag verschickt, vor Montags nit zuehaus komben, damit der Herr an sein Breuen durch lengern Verzug, doran wir nit schuldig, nit gehindert werden möchte. Wolten also jemandt mitschickhen, der mit dem Herrn richtige Abraitung halten solte, vnd, da es müglich, daß der Herr künfftigen nechsten Mittwoch solche abwartten konde, were es vnnß desto lieber. Waß der Herr

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nun gesonnen vnd den bestimbten Tag vnserer Abgeordneten abzuewartten willenß, wolle Er vnß mit diesen aigenen Pothen zur Nachricht wieder berichten vnndt nach sein Belieben daz Malz vnndt Hopfen abholen lasen. Thuen demselben vnndt vnnß allerseits Gott empfehlen. Commothau den 22. Ap. 1637.

51c.

Empfang seines Schreibens; Bezahlung der Zinsen gegenwärtig unmöglich; Bitte um Geduld bis zum Herbst; Angelegenheit der Erben des Elias Heroltz.

An Lasarum Aron: Vnnsere freundwillige Dienste sambt Winschung von dem allmechtigen Gott alleß gueten Wolergehenß hinwiederumben beuor. Edl ehrnuest vnndt wolgeachter innsonderß großgünstiger H. Lasaruß. Deßselben Schreiben haben wir zu Recht empfangen, dem Inhalt lesent vernomben. Nun wehre vnß nichts Lieberß allß daz wir dem H. begehrtermasen zuefriedenstellen köndten, so aber jeziger Zeit bey vnß wegen deß grosen Müßwachs sowohl anderer vnerträglichen Lasten ganz keine Mögligkeit. Derowegen dem Herrn dienstfrdl. bittendt, Er wolle sich mit vnß bieß kunfftigen Herbst, geliebts Gott, großgünstig gedulden, allßdann wir demselben der Intereße halber souiel möglichen nach vnd nach mit Danck befriedigen wollen. Deß Eliae Herolts Waisen Vormündern soll deßselben Schreiben vorgehalten, auch zur Zahlung angemahnet werden. Waz sie sich alßdann erkleren, daz wollen wir den H. zue deßen Nachricht in Andword vermelden lasen. Thuen hierbey denselben vndt vnß allerseits der göttlichen Obacht empfehlen. Dattum Commothau den 4. May 1637. — Titulus. Dem ehrnuesten und wolgeachten Herrn Lasaro von Aron, fürstl. sachsen Hoffjuden zur Lichtenstadt, unsern insonders großgünstigen H.

51d.

Empfang seiner beiden Schreiben; Zahlung der Zinsen wegen Mißernte und Erschöpfung der Bürgerschaft nicht möglich; versprechen, bald etwas zu bezahlen; übersenden eine kleine „Verehrung" zur Hochzeit seiner Tochter.

An Lasaro Aron: Vnsere freundtwillige Dienste sambt Winschung alles gueten Wohlergehenß hinwiederumben beuor. Ehrnuest vnd wolgeachter innsonders großgönstiger H. Lasaruß. Deßselben zwey vnderschiedliche Schreiben seind vnß zue Recht zuekomben, darauß wir dann in einen vnd andern nach Vberlesung vernomen vnd auch deß Eliae Herolts Waysen Vormündern, waß dieselben betreffen thuet, vorhalten laßen. Wann nun dieselben hergegen einwenden vnd bitten thuen, daß geben wir dem H. auß dem Beyschluß mit mehren zue uernehmen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wannen dann die Sach arme Weisen betreffen thuet, allß ist vnser dienstfrdl. Bitten, der H. wolle sich soviel bequemen, ob nicht an dieser Schuldpost endweder am Capital oder denen Zinsen waz nachgesehen vnd hierinnen ein Accord getroffen werden möchte. Waz nun vnß wegen der vertagten Interesse anlangt, wißen wir vnß wohl zue erinnern, wienach wir demselben vermog gehaltener Auffraitung mit einen zimblichen Rest der Intereße behafftet. Es wehre vnß auch nichts Liebers alß daz wir dem H. begehrtermasen daran waz abführen vnd richtigmachen kondten. So will es aber, Gott weiß es, die grose Vnmoglichkeit darzue in keinen Weg komben laßen, sintemahlen vnß der liebe Gott diesen vergangenen Sommer mit der grosen Dürre anheimbgesuchet, daß die Burgerschafft auch zue rechnen den Samen nicht wiederbekomben, dahero nicht wiesen, wie zue bezahlen, weiln deßwegen von der armen Burgerschafft, die der Gemein mit Zinßgetraid vnd andern Schulden behafftet, sowohl auch mit Ihr. Mayt. Contribution so hart mit der Exekution angehalten werden, nichts zu erzwingen. Bitten derowegen ganz dienstlichen, der Herr wolle ferner nach alß wie zuevor sich mit vnß gedulden. Sobald nur möglichen auffzuekomben sein wirdt, wollen wir nit vnderlassen, waz an denen Intereßen abzueführen zue lassen. Der Einladung zue seiner lieben Tochter hochzeitlichen Ehren vnd Freuden thuen wir vnß dienstlichen bedanken, wolten gewünscht haben, daz wir wegen ander nottwendigen Verrichtung abkomben vnd dessen Begehren nach willfahren können, wünschen aber hierbey dessen Tochter von Gott Glück Heil vnd reichen Segen zue ihren Vorhaben, vbersenden darnebenst eine kleine Verehrung, bitten dienstlichen, damit großgönstig vor Lieb vnd Willen zue nehmen. Dieses Demselben wir zur begehrten frdl. Wiederandwordt nebenst Empfehlung gottlicher Gnad vnß allerseits nicht vorhalten wollen. Den 15. Octobris 1637. – Dem ehrnuest vnd wolgeachten H. Lasaro von Aron Jueden zue Lichtenstadt.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1633–1636, S. 208, und von 1637 bis 1639, S. 19v, 30v, 33v und 75–76.

52.

1637 Feber 18.

Der herrschaftliche Hauptmann an die böhmische Kammer betreffs Eingabe der Prager Judenschaft.

An die königl. bohem. Cammer, Eltisten Präger Juden betreffendt: Hochwolgeborne Herrn Herrn, auch woledel gestr. Ritter, gnedig vnd gebittende Herren, Euer Gnd. vndt Gestr. wünsche ich von Gott dem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg, Frankfurt am Main

Allmechtigen alle glückselig vndt selbst beliebente Wolfart beuor. Euer Gnd. undt Gestr. Befehlich vnterm dato Prag 4. Decembr. abgewichenen 1636.ten Jahrß nebenst der Präger Juden Klagschrifft habe ich gehorsambst empfangen vnd solchem e. e. Rath der Stadt Commothaw vmb Bericht vorhalten laßen. Waß nun e. e. Rath hierauf in Schriefften bey mir einwen- vndt bitten thuet, ingleichen welcher Gestalt sich bemelte Präger Jueden zuuor auch einmal über hiesigen Rath beschwert vndt vff gehorsamben Gegenbericht von ihren, hiesiger Stadt hochschädlichen Intent gnedig abgewißen worden, haben Euer Gn. vndt Gestr. auß den Beylagen gnädig mit mehren zu ersehen. Derowegen gelanget an Euer Gn. vndt Gestr. mein gehorsamb vnd hochvleißiges Bitten, hiesigen Rath vndt gemeine Stadt vber habende Priuilegia vndt vnterem dato Prag 1. Octobr. a. 1635 von Euer Gn. vnd Gestr. ergangenen gnedigen Abschiedt anstadt vndt in Nahmen Ihrer Maytt. gnädig zue schüzen, dan der Präger Jueden vnbillich vndt vnrechtmäßiges Begehren gemainer vndt zuuor vorderbter Stadt alhier auß vnterschiedlichen Vrsachen vollent eußeriste Ruin vndt Vorderben zuefügen würdte. Will aber hoffen, Euer Gn. vnd Gestr. werden mich sambt meinen Amtsvntergebenen nebenst Wiedervbersendung der Präger Jueden Klagschrifft in dero Gnadt vnd Gunsten gehors. befohlen sein laßen. Datum Commothau dem 18. February a. 1637.

52a.

1637 Feber 28.

Beschluß der böhmischen Kammer auf Abweisung der Eingabe.

Die Eltisten der Prager Judenschafft hierauf zu beschayden, die königl. böhm. Camer habe auf anderweit eingeholten Bericht vnd der Statt Comothaw producirte Priuilegia befunden, das sie austruckhlich dahin befreyet, das khein Judt nimmermehr zu ewigen zukünfftigen Zeiten bey ihnen wohnen nach haußlich sitzen soll in der Statt vor der Statt auch auf den Güettern der Statt Commothaw, auch sallen sie kheinen Handel Handtierung nach Gewerb vnd Handtwerckh in der Statt nach vor der Statt treiben, vnd laßet es also gedachte böhmische Camer bey den ihnen Eltisten dißfahls den ersten Octobris anno sechzehenhundert fünffvnddreißig gegebenen Beschaydt nachmahls vnd allerdings bewenden vnd sie hiemit gäntzlichen abweißen. Ex camera bohemica Pragae 28. Februarij 1637. — Christian Itter.

Aus dem Korrespondenzbuche der Herrschaft von 1634—1637, S. 82v bis 83; aus dem Originalbescheid der Kammer von 1659.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

53.

1637 Mai 10 und Juni 8.

Juden aus Saaz und Görkau kündigen Pfänder auf.

Heit dato den 10. dito (May) 1637 lest die Reßel Judin von Görgkaw den Hanß Ginder sein Pfandt aufkindigen, welches ihn angedeitet ist worden zu Recht.

53a.

Heit dato den 8. Junius 1637 ist in Gerichtstell vorkommen deß Schmay Juden sein Weib von Sacz, lest den Casper Seidel sein Pfandt aufsagen, welches ihme zu Recht ist angezeiget.

53b.

Heit dato den 8. dito hat Lasaruß Judt von Görgkau der Andreaß Wolffin Büttnerin ihr Pfandt laßen aufsagen, welches ihr zu Recht ist angedeitet wordten.

53c.

Heit dato 8. dito lest Reßel Judin von Görgkau den Michel Schiczen sein Pfandt aufsagen, welches ihm zu rechter Zeit ist angedeitet worden.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1637, S. 23–23v.

54.

1637 Juni 16.

Klage des Lazarus von Görkau gegen einen Fuhrmann wegen Veruntreuung von Waren.

Heit dato den 16. dito (Juny) 1637 ist klagweiß bey Gerichten vorkommen ein Judt von Görkau mit Nahmen Lasaruß, beyklaget den Andreaß Lessigk von Tzschosel, wie daß er ihm ein Sack mit Federn vndt Leinwath nacher Prag zu fiehren aufgeladen habe, aber keine Specification darbey geweßen, waß es ist, also ist diese Sachen in Prag auß den Dein verloren worden, iz den doch seine Mutter auf den ganczen Weg biß in Dein draufgesessen vndt gefahren. Weil aber solliges schon

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

bey dem Herrn Ambtman deß Deinß zu Prag klagweiß ist vorkommen vndt darieber ein Beyscheit ergangen, der Judt solt den Haußknecht mit einen Mußgatirer suchen laßen vndt in Arrest nehmen, weillen dan die Gerichten gesehen haben vndt vernohmen, daß die Sachen auf den Haußknecht kommen sindt vndt er Haußknecht außgerissen ist, hat man von den Gerichten den Juden wieder nach Prag gewißen, in den die Klag geschehen. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1635–1637, S. 25v.

55.

1637 November 5.

Abraham Eberle von Görkau als Schuldner.

Vertrag zwischen Salamon Hänel von Vlmbach undt Abraham Eberle Juden zue Görckaw: Demnach H. Salamon Hänel von Vlmbach dem Abraham Eberle Juden von Görckau vermög habenden Schuldtscheins alda im kay. Ambt wegen einer benanten Summa Gelts beklaget, welches aber der Jud zum Theilß nicht gestehen wollen, dardurch in Strittigkeit gerathen vnd doch entlich von beiden Partheyen der Obrigkeit vmb Vergleich vnd Außspruch anhaimgeben, auch alßdann hierauf für recht vnd billich erkant worden, daß obgemelter Jud Abraham Eberle dem Salamon Hänel von dato innerhalb sechs Wochen für alle bißhero gehabte An- vnd Zusprüch funffzig Reichsthaler in specie bar rechtmeßigerweiß vnfehlbar ohne alle weitere Clag, Mühe, Schäden vnd Vncosten alda im kays. Ambt bey Hinaußgebung seiner zwo Handschrifften auflegen vnd bezahlen soll vnd will. Zum vnuerhofften Fall aber begibet sich Abraham Eberle Jud von Görckau aller Recht, Clag vnd Einwendtung, wie die auch immer genandt werden vnd ihm zu fernern Behuff sein möchten, in alle Weg hiermit wüerklich, sondern soll Salamon Hänel volle Macht vnd Gewalt haben, ihm allerortten zu greifen, zue arrestirn, aller seiner Anforderung vnd rechtmesigen Schulden hier vnd anderswo sich mit Hülff der Recht anzumaßen vnd mit Haubtsuma, Interehsen, Schäden vnd Vncosten, soviel sich erstrecket, bezahlt zu machen. Zu mehrer Bekrefftigung ist solches nebenst Handtgelübnußen allerseits vnterschriben worden. Inn kays. Ambt Commothaw 5. 9 br. 1637.

Aus dem Korrespondenzbuche der Herrschaft von 1634–1637, S. 124 bis 125.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

56.

1637 November 19 – 1639 Jänner 13.

Der Rat an Lazar Aron von Lichtenstadt: Empfang seiner beiden Schreiben; Unmöglichkeit, die rückständigen Schuldzinsen ganz zu bezahlen; Übersendung von 50 fl. durch den Boten Arons; Angelegenheit der Erben des Elias Herolt.

An Lasaro Aron. Unnsere freundtwillige Dienste sambt Winschung von dem allmechtigen Gott alles Gueten beuor. Ehrnuest vnd wohlgeachter sonders gonstiger Herr vnd Freundt. Deßelben vnderschiedliche 2 Schreiben haben wier zue Recht empfangen, darauß nach Vberlesung in einen vnd andern vernomben vnd wolten zwar dem H. gerne begehrtermaßen mit denen vertagten Intereßen willfahren, haben auch zue diesen End dem Pothen bieß vff dato auffgehalten vnd mit Mühe vnd Noth (weiln ganz von nichten nichts einzuebringen) 50 Fl. zuewegen gebracht, dieselbe thuen wir dem Herren bey Zeigern diets vbersenden. Bitten dienstlichen, der H. wolle dießmahl darmit großgünstig vor Willen nehmen vnd, daz wir Ihme so wenig schicken, kein Vngefallen schopfen. Die Quittung wird unnß der H. bey Gelegenheit einzuehendigen nicht underlasen. Waß nun des Eliae Herolts Waisen seine Schuldt, die deren Vater Eliaß Herolt dem H. schuldig worden sein solle, betr/effen/ thuet, solcheß denen Vormündern vorhalten laßen. Wannen dann der Waisen hinderlaßene Freund, nicht allein die hiesichen sowohl die von der königl. Stadt Caadan vnd Vormündere, weiln ihnen von ernander Schuldt nichts wiesent, die Obligation in Original, nicht, daß sie deßwegen einen Zweifel trigen, gerne sehen wolten. Damit nu um diesen zue einer Richtigkeit gelangen konde, allß ist vnser dienstfr. Bitten, derselbe wolle Ihme belieben, entweder in Person selbsten oder durch seinen Vollmechtigen die Obligation in originali allhier vorzaigen lasen, auffdaz der Waisen Fr/eundt/ vnd Vormünde allßdann, wann /sie/ die Sach richtig sehen, vnd auff Mittel trachten mochten, wie sie alßdann demselben der Gnüge nach contentiren vnd befriedigen kondten. Welcheß dem H. wier allso nebenst Empfehlung gottlicher Gnadt unß allerseits nicht verhalten wollen. Dattum Commothaw den 19. 9bris 1637.

56a.

Empfang seines Schreibens; Sendung von zwei Faß Bier; die verlangte Zahlung an Bargeld unmöglich.

An Lasaro Aron: Vnnsere hinwiederumb frdl. Grueß vnd Dienst samb Winschung von dem allmechtigen Gott alles gueten Wohlergehens beuor. Ehrnuest vnd wolgeachter insonders gönstiger Herr Aron. Deß-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

selben Schreiben sambt einer Quittung auff 150 fl. haben wier zue Recht empfangen, darauß vernomben vnd berichten Ihme hierauf, daz er morgents Dienstags abents zue Radoniz bey der Frau Barzisin 2 Vaß guet Commothauer Bier gewies haben soll, allß kan der H. seine Pferdt dahin schicken, damit vnsere Fuhrleuth nicht lang alda wartten dorfften. Anlangend dem H. nach von Geldt darzuezuelegen, daß es 150 Fl. außtrüge, berichten wier demselben, daß es ganz nicht müglichen, sondern die hochste Noth solcheß verhündern thuet. Bitten derowegen dienstlichen, interim damit vor Willen zue nehmen. Die Quittung thuen wier dem H. hinwieder vbersenden, darnebenst dienstlichen bitten, derselbe wolle vns vber die vorige 50 Fl. sowohl 2 Vaß Bier 40 Fl. vnd Fuhrlohn 5 Fl., so zuesammen 95 Fl. außtregt, vbersenden vnd keinen Vngefallen schöpfen, daß wier demselben mehr nit schicken können, sondern nachmals vnser günstiger H. vnd Freundt sein vnd verbleiben, so wier dann zue beschulden jeederzeit willig vnd befliesen. Thuen darnebenst vnß allerseits der göttlichen Obacht empfchlen. Dattum Com. den 23. 9bris 1637.

56b.

Empfang seines Schreibens; Versprechen einer Abzahlung, sobald etwas Geld vorhanden sein wird.

An Lasaro Aron: Vnnsere frdl. Grueß vnd Dienste hinwiederumb beuor. Ersamber vnd beschaidener innsonders günstiger H. Lasaruß. Sein Schreiben haben wier zue Recht empfangen vnd wehre vnß nichts Liebers, alß daß wier ihme begehrtermaßen willfahren köndten. Allein wier sollen Ihme zue berichten nicht vmbgehen, indeme daß erst der Termin Georgij, vff welchen der Burgerschafft Holz vff Borg hingelaßen worden, vorüber vnd nach zur Zeit nichts einkomben. Sobald nur möglichen, waß einzuebringen, sein wirdt, wollen wier nicht vnderlaßen, den H. in Abschlag der Interesse durch aigenen Pothen ettwaß zue vbersenden. Welcheß allso demselben wier zur begehrten Andwordt nebenst Empfehlung göttlicher Gnaden vnß allerseits nicht verhalten wollen. Datum Commot. 28. April. 1638.

56c.

Empfang seines Schreibens vom 29. Mai; eine Zahlung ist wegen Armut der Bürgerschaft gegenwärtig unmöglich.

An Lasarum Aron: Vnsere hinwiederumb freundwillige Dienste sambt Wünschung von dem allmechtigen Gott aller selbst begehrendten Wohlfarth hinwiederumben beuor. Ehrnuest vnd wohlgeachter inn-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sonders günstiger Herr v. Freundt. Deßen Schreiben von 29. May ist vnnß den 1. Juny zue Recht eingehendigt worden, warauß, daß wier denen Herren waß von Interessen abführen solten, vernomben vndt wolten demselben von Herzen gerne iezo bey diesen Pothen waß von Geldt mitgeschicket haben, so ist aber, Gott weiß es, ganz keine Mögligkeit. Haben auch derowegen den Pothen diese Tag hero auffgehalten, in Meinung, do wier mit waß auffkomben möchten, daß wier demselben solcheß mitschicken könden. Weiln es aber ganz keine Mögligkeit (inndeme vnder der Burgerschafft eine dermasen grose Armuthey, daß von ihnen nichts zue erzwingen), so haben wier dem allso wieder forthlauffen, ihme auch daß Pothenlohn vnd Wardtgeldt endrichten laßen. Bitten derowegen ganz dienstlichen, der Herr wolle deßhalber, daz wir Ihme izo nicht willfahren können, keinen Vngefallen zue haben, sondern sich nachmals großgünstig gedulden. Wir seindt erböttig, sobaldt nur möglichen vnd waß auffzuebringen sein wirdt, mit Dank zue endrichten. Welcheß demselben wier zur begehrten Andwordt nebenst Empfehlung göttlicher Gnaden vns allerseits nicht vorhalten wollen. Dattum den 4. Juny 1638. — Dem ehrnuest v. wohlgeachten H. Lasaro von Aron Jueden zur Lichtenstadt.

56d.

Ersuchen, der Bitte des Johann Singer, Verwalters des Alaunbergwerks bei Komotau, stattzugeben.

An Lasarum Aron: Vnsere freundtwillige Dienste sambt Wünschung von dem allmechtigen Gott alles gueten Wohlergehens beuor. Ehrnuest vnd wohlgeachter insonders günstiger H. Lasarus. Waß an vnß H. Johann Singer, Verwalther des Allaunbergwergks bey Commothau, vnser Mittburger, gelangen laßen vnd an demselben intercedendo zue schreiben bitten thuet, daß geben wier Ihme auß dem Beyschlueß mit mehrem zu uernehmen. Wannen wier dann ihme sein Bitten vnd Begehren füglichen nicht abschlagen wollen, allß ist an dem H. vnser dienstfrdl. Intercediren vnd Bitten, der H. wolle vnß die Freundschafft erwaisen vnd bey gedachten H. Singer die benimbten 200 Sch. seinen Begehren nach auf landbreuchliche Verzinßung stehen laßen, welches er dann wirdt danckbar erkennen. Vnd wier seindt es auch sonsten vmb demselben aller Müglichkeit nach zue beschulden erböttig, darnebenst vnß allerseits der gottlichen Obacht empfehlendt. Datum 26. Juny 1638.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

56e.

Der Rat an die Frau des Lazar Aron: Empfang ihres Schreibens; Zahlung ist gegenwärtig nicht möglich.

An die Aronin: Vnsern günstigen Grueß vnd alles Guets hinwiederumb beuor. Erbare vnd tugentsambe Frau Aronin. Ihr Schreiben haben wier zue Recht empfangen vnd wiesen vor dißmal mit keinen Geldt auffzuekomben, wie wier dann jüngsten durch den H. Johann Singer Ihren H. zuegeschrieben, daß vnß iezo nicht müglichen sey, mit Geldt auffzuekomben, vnd gebetten, sich ferner mit vnß zue geduldten. Vnd do wier gleich iezo waß von Geldt schicken wolten, so ist ebenßfallß, ja Gott weiß es, kein Mittel vorhandten. Bitten derowegen, keinen Vngefallen zue haben, es solle ein andermahl desto beßer einbracht werden. Dieses derselben wier frdl. Wiederandwordt nebenst Empfehlung gottl. Gn. vnß allerseits nit verhalten wollen. Den 29. Juny 1638.

56f.

Der Rat an Lazar Aron: Empfang seines Schreibens; auch den anderen Gläubigern der Stadt können Zinsen nicht bezahlt werden; Hinweis auf die große Dürre; Bitte um Geduld.

An Lasarum Aron: Vnnsere freundliche Grueß vndt Dienste sambt Wünschung von dem Allmechtigen alles gueten Wohlergehens beuor. Ehrnuest vnd wohlgeachter innsonders günstiger H. vnd Freundt. Deßselben Schreiben haben wier zue Recht empfangen vnd darauß vernomben. Hetten zwar verhoffet, derselbe wurde vff vnsere Intercession dem H. Joh. Singer benimbte Geldter wegen der Heroldischen Waysen gewarttet haben, weil es aber nicht sein kan, haben wier solches des weilandt Eliae Herolds Waysen geordneten Vormündern vorhalten laßen, welche dann sehen wollen, damit sie ihren Termin einhalten können. Anlangendt, daß der Herr setzet, wier andern vnsern Creditoribus Interesse abführten vnd Ihme nicht, derowegen es dem H. nicht wenig wunder nehme, dieses nun zue beandwortten, wehre vnß lieb. Wann es in vnsern Vermögen, daß wir andern Interesse abgeführt, so wurde es dem Herren gewieß auch beschehen sein, sindemahlen dem H. wohl wießent, daß wegen groser Dürr allhier ein vberauß groser Müeßwachs vnd wenig der lieben Erdtfrücht zue hoffen. Verhoffen derowegen nach, wie wir dann freundlich bitten, der H. werde mit vnß nach ferner der Interesse halber günstig in Geduld zue stehen großgünstig belieben laßen, sondern nochmals vnser gueter Freundt sein vnd verbleiben. Wir seindt erböttig, dem Her. inkünfftig, sobald nur Gott helffen wirdt, mit Danck der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Interesse halber zue befriedigen, auch in andern moglichen Dinsten jeederzeit zue beschulden willig vnd erböttig, vnß hierbey göttlicher Obacht empfehlendt. Datum den 18. July 1638.

56g.

Empfang seines Schreibens vom 21. Oktober; Sendung von 2 Faß Bier; Zahlung der Zinsen in Bargeld unmöglich.

An Laßarum von Aron: Vnsern frdl. Grueß vnd alles Guetes iederzeit beuor. Ehrnuest vnd wohlgeachter innsonders günstiger H. vnd Freundt. Deßen von 21. Octob. an vnß abgangen Schreiben haben wier denn 25. zue Recht empfangen, darauß vernomben vnd haben hierauff heut dato denselben 2 Vaß Bier, daß Vaß pro 15 Sch., so 35 Fl. außtragen, darzue die Vncosten bieß vff Radonitz, welches zuesamben 40 Fl. außtregt, liefern laßen, welcheß Bier der H. dann seiner Gelegenheit nach wird können abholen laßen vnd vnß vber ernande 40 Fl. eine Quittung zuesenden. Daß wier Ihme auch waß von Geldt an denen Interessen abführen laßen sollen, wiesen wir iezo kein Mittel, vorhoffen derowegen mit vnß nach ferner in Geduldt zue stehen, inn vbrigen vnß allerseits der gottlichen Obacht empfehlendt. Dattum Com. den 11. 9bris 1638.

56h.

Empfang seines Schreibens; Sendung von weiteren 2 Faß Bier; Bezahlung in Geld gegenwärtig nicht möglich.

An Lasarum Aron: Vnsern günstigen Grueß etc. Ehrnuest vnd wohlgeachter sonders günstiger H. vnd Freundt. Sein an vnsern Herren Primator abgangen Schreiben haben wier zue Recht empfangen, darauß vernomben vndt berichten Ihme hiermit, daz mit Geldt nicht aufzuekomben, daß begehrte Bier, allß 2 Vaß, solle zur Wochen nechsten Dinstag nacher Radoniz geschicket werden. Bitten, Er wolle vnß vber solche iezige 2 wie auch vorige 2 Vaß Bier, so zuesamben 90 Fl. außtregt, eine Quittung ertheilen vnd, daß wier mit Geldt nit auffkomben können, keinen Vngefallen zue haben, so wier dann künfftig in aller Mögligkeidt zue beschulden erböttig, hierbey vnß allerseits der gottlichen Obacht empfehlend. Dattum den 18. January a. 1639.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1637–1639, S. 93v, 94, 164, 169v, 174v, 175v, 179v, 203v, 216.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

57.

1639 Feber 25 und 1642 August 29.

Juden als Gläubiger in Inventaren.

Anweißung weilandt Fraw Sarae Paul Röthin seel. Glaubigere... Deß Lang Abrahambs Juden Erben 318 Sch. Dem Samuel Schmay Jueden 11 Sch. Dem Joseph Jueden Schmay 29 Sch.... Ratificirt den 25. Februarij 1639.

57a.

Inuentari vndt Abtheilung Frawen Catharina Schuedterin seel. Verlaßenschafft. Schuldten zu bezahlen... dem Hirschel Juedten vor ein tamaßkent Füertuch 3 Sch. 12 Gr. 6 Pf. Außtheulung der Schulden... Hirschel Jueden 3 Sch. 12 Gr. 6 Pf. Ratificatum et confirmatum in consilio Commoth. den 29. Augusti anno 1642.

Aus dem Schuldenbuche von 1600–1680, S. 77; aus dem Erbteilungsbuche von 1631–1654, S. 151v–153.

58.

1640 Juli 10.

Klage des Löbel von Görkau gegen Michel Oßer wegen Mißhandlung.

Heut dato den 10. July (1640) der Löbel, des alten Itsiegelsen Sohn von Görckaw, ist bey Gerichten vorkommen vnndt hatt angeklaget dem Michel Oßer alß Görber von Caden, das er ihm auf freyerlicher Straßen zimlichermaasen geschlagen vnndt getractiret, aber bey Gerichten alles verlaugnet, allso sindt sie wiederumb mit einander verglichen vnndt zu guthen Freunden gesprochen worden, das eines auf das ander nichts weiß dan Liebes vnndt alle Freundtschafft vnndt Redligkeit, soll auch alles, was zwischen ihnen geschehen, todt vnndt aufgehaben sein. Im Fall aber eines oder das andere Theill dießem Handel wiederumb eyfern thete, soll der brüchiche Theill vnnachlessig e. e. Rath vnndt den Gerichten 5 Sch. Gr. zur Straff verfallen haben. Allso vmb die Gebuhr ins Gerichtsbuch einverleibet worden. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 2v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

59.

1640 Juli 10 und August 9.

Niederlagen von Juden bei Bürgern werden aufgehoben.

Heut dato den 10. July (1640) ist mir Henrich Roßlawen, verordneten Richter, von e. e. Rath der Statt Chomothau aufgetragen vnndt anbefohlen worden, die sich bey itz aufgehaltene Judenschafft bey etlichen verzaichneten Burgern eine Niederlag halten, bey welchem sich befunden hat, als bey Veit Stertzling ein küpfern Offentopff, mehr bey Caspar Illing haben sich befunden 11 Kuh- oder Ochsenhewtt vnndt 2 Kalbfehl, welches zur Nachrichtung den Gerichten verzaiget ist worden, denen Juden aber auf Befehl eines ehrenuesten Raths sindt die Heude wiedergeben worden, Caspar Illing aber, welcher wieder der Statt Priuilegia solches gehandelt, ist er zur Straff in Arrest genommen worden vnndt mit zweyen Burgern des Arrests entlediget worden bies auf weytere Wiedergestellung, wo er gefördert werden möchte, solche Bürgen seindt gewesen Martin Töpffer /und/ Caspar Froß, in Manglung der Nichtwiedergestellung sollen die Bürgen ohne allen Verzugk oder Wiederrede 2 Sch. 4 Kr. zur Straff verfallen haben vnnd niederlegen, welches sie denn Gerichten mit einem Handschlag bekräfftiget.

59a.

Heut dato den 9. Augusti des 1640. Jahrs ist Rössell Judin, Wittfraw, zu den Gerichten gefordert worden wegen ihrer langwirigen Niederlag vnndt allso bey Gerichten abgestrafft worden, alß vmb 4 Fl., welche sie versprochen, alß auf nechstkünfftigen Montag, welches sein wirdt der 12. Tag dieses Monath, wofern sie ihren Versprechen nit wirdt nachkommen, soll sie alles verfallen haben. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 2v und 6.

60.

1640 August 7, 15 und 27.

Schmay läßt eine Forderung für Felle eintragen und der kleine Joseph läßt 2 Schuldnern das Pfand aufkündigen.

Den 7. dito (Augusti 1640) hatt sich bey Gerichten angeben Schmay Jud wegen geständiger Schulden halben, so ihm Hanß Friederich vor Läder schuldig worden ist, alß 61 Fl., mehr vor Kalbfehl 2 Fl. 30 Kr., weill bey ihm der liebe Gott sein Kindt hatt laßen kranck werden, derentwegen hatt sich der Jud Schmay bey Gerichten angeben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

60a.

Heütt dato den 15. Augusti a. 1640 last der kleine Josephell Fraw Maria Eberlin ihr Pfandt bey Gerichten aufsagen, solche Pfandt soll die Fraw vnter 4 Wochen lößen, wo nicht, so soll der Judt Macht haben, mit dem Pfandt zu thuen alß wie mit dem Seinigen. Solches ist der Fraw mit dem Gerichtsdiener angemeldet vnndt dem Juden vmb die Gebühr verschrieben worden.

60b.

Heutt dato den 27. Augusti a. 1640 last der kleine Judt Joseph Christoff Vllmann sein Pfandt bey Gerichten aufsagen, als eine silberne Gürtel, solches Pfanndt soll Christoff Vllmann innerhalb 4 Wochen lößen, wo nit, so soll der Judt Macht haben, mit dem Pfandt zu thun alß wans sein Aigen wehre, solches ist dem Christoff Vllmann durch den Gerichtsdiener angemeldet worden vnndt den Juden vmb die Gebühr verschrieben. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 5v, 7v und 8v.

61.

1640 August 9 und 1641 Feber 11.

Prager Juden erlegen Pfänder wegen schuldiger Kontribution.

Heut dato den 9. Augusti a. 1640 seindt vor Gerichten erschienen Judten von Praag vnndt haben sich von wegen versessener Contribution angeben, das sie von heutigen dato, alß den 17. dieses Monats, ihr Pfandt, alß 3 perlene Bändlein, in Fall vnter dießer Zeit eines oder das andere möchte verkaufet werden, soll anstadt deßselbigen ein ander Pfandt eingelegt werden, mehr seindt ein halb Sch. rauhe Kalbfehl. Wofern dann sie dießen Termin nit halten werden, so sollen dieße 2 Pfänder dießen Juden von Praag nach Töplitz gefolget werden. Habe zur Nachrichtung dießen Schein ertheilet, wofern sie mir werden 10 Reichsthaler einlegen, wo nit, solang ihr Pfandt nach Töplitz gefolget werden.

61a.

Teplitzer Juden lassen einen Juden von Weckau wegen schuldiger Kontribution in Arrest setzen.

Den 11. February a. 1641 erscheinet an ordentlicher Gerichtstelle zu Commothau Samuel Glaßer vnd Samuel Koch, beede angesesene zwene Juden von Topplitz, und lasen den Roßle Juden von Weckau

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verarrestiren wegen verseßener kay. Contribution 10 Rtthl. auf zwen Termin und nicht heraußgelaßen zu werden, er erlege dan solche 10 Rtthl. oder genungsamb Pfandt, sich in 8 Tagen nacher Topplitz zu gestellen.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 6v und 19v.

62.

1640 August 19.

Abraham Eberle als Gläubiger.

Dato den 19. Augusti 1640 ist bey Gerichten vorkommen Abraham Eberle Judt vnndt sich angeben wegen Salamon Steig, wie das er ihme zwey Posten schuldig seye worden, weill itz aber bey ihm der Sterbe ist, hatt sich Judt Eberle in Burgermaisterambt als Herr Lorentz Eckart angeben vnndt gebethen, das ihn der Herr Burgermaister die Herrendiener vergönnen vnndt ihme Salamon befragen laßen will, ob er die Schulden geständig ist. So hatt Eberle Judt die Herrendiener, alß Matthes Schindler vnndt Christoff Wolffen, bey Gerichten vorgestellet, die haben außgesaget, das Salamon Steig dieße Schulden gestehe alß 30 Sch. eine Post vnndt 10 Rthl. die andere Post, welches vmb die Gebühr geschrieben vnndt der Judt vor beykant angenohmen.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 7v.

63.

1640 Oktober 18 – 1642 März 31.

Eberle von Görkau als Schuldner.

H. Matthes Fischer begehrt bei e. e. Rath, weilen Eberle Judt in wehrender Zeit die gestendige Schuldt nicht allein nicht abfürt, sondern auch vermög der Recht die Caution de lite prosequenda nit prestiret, sich nur vergeblich aufgehalten, damit solches Gelt vermög der Klag bei den Rechten deponirt werden möchte. Den 18. 8bris 1640.

63a.

H. Matthes Fiescher giebet sich in Burgermeisterambt H. Lorentz Eckerts vermög seines erst gethanen Arrests auf Eberle Judens bei der Gemain habenden Schuldt, bittet vermög der Recht nit allein der Prioritet halber nichts verschwiegen zu haben, sondern auch weder von Capital

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

noch vertägten Interessen niemandsen nichts gefolgen zue lassen, biß er vor vollstendige seiner Summa sambt den Expensen contentirt, weil er die Caution nit prestiren, auch mit ein judischen Aydt seinen Gegenschutz nit confirmiren wollen, welches auf Begehren vmb die Gebüer registriret vndt den H. Cämerer notificiert worden. Den 23. May 1641.

63b.

Den 10. 8bris 1641 hat sich H. Burgermeister Matthes Fiescher bei H. Primatore Lorentz Eckert vmb ein Vortridt auf des Eberle Judens Schreiben vndt Begehren, bei e. e. Rath vorzukommen, angemeldet vndt deßen atrocissimam contumaliam, welche er praescriptionis temporis zu höchsten Verderb seiner H. Gläubiger prolongirt, zu refutiren, seine rechtliche Anmeltung einzugeben, solches den Juden zu insinuiren vndt vmb die Gebier zu registriren gebetten. Ut supra.

63c.

Den 5. Xbris 1641, weilen Eberle Judt zuwieder von Stadtr/echt/ A 52 F. 22 nicht allein die schuldige Caution nit praestiret, sondern auch Jahr vndt Tag vorüberstreigen lassen, alß die Sach G. 29. A 59 in rem judicatam kommen, alß begehre ich vber ihm temere litigantem erstanden Recht vndt die gebürliche Exekution samb Erstattung aller muthwillig verursachten Vnkosten B 5. Dist. 2, solches vmb die Gebier zu registriren vndt den Gegentheil notificiren zu lassen gebetten. Ut supra.

63d.

H. Matthes Fiescher hat sich in Burgermeisterambt H. Lorentz Kahres angemeldet vndt voroffenbahret, daz er seinen Recht nichts verschwiegen haben wiel, weil Eberle Judt die schuldige Caution nit praestiret, sey er auff sein vntügtig Antwortt zu andwortten nicht schuldig, deßwegen solches zu registriren vndt den Juden zu insinuiren gebetten. Actum den 6. Marty 1642.

63e.

H. Matthes Fiescher ist abermalß in Burgermeisterambt H. Gerg Krahlen erschienen vndt wiederholt zum andern in gebierender Rechts seine letzere Schrifft vnd Protestation contra Abraham Eberle Judenß Contumaciam Caution vndt Juramentenpraestirung Denegation, damit er nur seine bewiellige Prolongation verduschen vndt die Sach verlängern wil, bittent, solches zu registriren vndt den Juden zu insinuiren gebetten. Actum den 20. Marty 1642.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

H. Matthes Fiescher gieb sich zum drittenmal in Burgermeisterambt H. Gerg Krahlen an, weil Eberle Judt augenscheintlich die Sach temere litigando weder Caution noch daz Jurament calumniae praestiren wiel, auch gütlich hinzulegen nur vergebenß allerhandt Außflucht, die Sach zu prolongiren, zuwieder Stadtr/echt/ A 46, 56 C 11 vndt auch in grose Unkosten nebenst Verzug fuhren thut, daz er einmal vor allemal hirmit seinen Recht nichts vergeben wiel, bittet e. e. Rath per sententiam definitiuam die Sach salua tamen appellatione dediciren vndt einmal zuendtebringen, solches zu registriren vndt den Juden zu insinuiren gebetten. Den 31. Marty 1642.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 22v, 33, 45v, 49, 55v, 56 und 60.

64.

1641 Jänner 19 und Feber 15.

Männel von Görkau als Schuldner.

Heut dato den 19. January a. 1641 erscheinet H. Christoff Khun bey den Gerichten der Stadt Commothaw vnndt beklaget sich wieder Männel Juden von Görkaw wegen 14½ Rtthl., so er Christoff Khun a. 1638 in der königlichen Stadt Laun bey Gerichten erklaget, auch gemelten Juden aldo in gefengkliche Vorhafft hat nehmen laßen, weil aber Mennel Judt domahl nicht zu zahlen gehabt, derowegen sie sich gerichtlichen verglichen, daß Männel Judt H. Christoff Kuhn kunfftigen Michaeliß des 1638. Jahrs in der Gäntz solche 14½ Rtthl. bezahlen wollen. Wofern solches nicht geschehen möchte, vorspricht sich Männel Jud, daß ihme H. Christoff Khun noch Außgang solches Termins Macht habe, wiederumb zu gefenglicher Vorhafft einziehen zu laßen seines Gefallens nach, wie auch solcher gerichtlicher Vortrag neben den gewohnlichen Gerichtssiegel der Stadt Laun nach zu Handen. Weil aber Judt solchen Vortrag gantz nicht in Acht genommen, alß ist H. Christoff Khun verursachet worden, offtgemelten Juden /in/ der Stadt Commothau zu gefengklicher Vorhafft einnehmen zu lasen. Weil auch H. Khun sich von mehrgemelten Vortrag nicht abwenden oder doruon weichen laßen vnd solcher auch von Gerichten alhier guth gesprochen worden, doch hat sich H. Khun guttlichen durch die Gerichten dahin behandlen lasen, jedoch des obrigen Vortrags der konigl. Stadt Laun ohne Schaden, daß er mit gemelten Juden wil in Gedult stehen biß auff nechstkunfftig Faßnacht des 1641., do er Jud erlegen sol 7 Rtthl. 22½ Kr. vnd den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

andern Termin kunfftig Ostern deß instehenden Jahrs wieder 7 Rtthl. 22 Kr. Hergegen vorspricht sich obgemelter Judt, daß, wofern er solche Termin der Stadt Comothau nicht halten mochte, sol Christoff Khun Macht haben, nach laut des Vortrags der konigl. Stadt Laun sowol auch alhier des guttlichen Vorgleichnuß ihme Juden verarrestiren zu lasen, daruber ihm weder judisch noch christliches Recht schutzen sol, welches er Judt also freywillig bey Gerichten alhier vorschreiben laßen. Actum ut supra.

64a.

Schmai Jüdin als Gläubigerin.

Den 15. Febr. 1641 ist vor Gerichten vorkhomen die Schmain Judin und hat beklaget die Tobias Eberlin Fleischhackerin auf vorige Vorgleichung richtige Abschidt, aber Tobiaß Eberle solche Termin nicht halten kan wegen Krigsbeschwerung. Alß haben die Gerichten solches nachgesehen und ihr die vorseßene Termin auferleget ohne alle Geferde, aufs nechstkommende Osterfest solche richtzumachen.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 17 und 19v.

65.

1641 Mai 28, Juli 10, September 30.

Schwiegersohn und Söhne des Eiswig in Kaaden als Gläubiger.

Acto den 28. May 1641 hat H. Gerg Windisch in Burgermeisterambt H. Lorentz Eckerts 30 Sch. wegen seines von Paul Schmiders erkaufften Ackers außgezahlet, welches dan alsobaldt des alden Eyßwigs Juden sein Ayden Isack Brandeiß außgehoben vndt zu seinen Handen bahr empfahen vnndt gemelten Paul Schmiders Erben aller seiner vnndt seines Schwervatters aldagedachten Schulden gegeben, mit ein Handtschlag quit frei vnndt loß gesprochen. Dabei hat gedachter Judt versprochen, die Vorsicherung, welche ihme Paul Schmider in allen geben, innerhalb 4 Wochen einzuhendigen, in Wiedrigen seiner vndt seines Schwervatters alhier habenden Schulden dadurch verlustiget sein wiel. Solches vmb die Gebier zu registriren gebeten worden. Ut supra.

65a.

Den 10. July 1641 haben des alten Eyßwigs Juden bede Söhn von Cadan mit Nahmen Salamon vndt Joseph Eylitz des Paul Schmiders seine Schuldobligation ins Burgermeisterambt H. Wolff Weingarttens eingehendiget, daruber ihme ein solliger Schein auch ertheilt worden ist.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

65b.

Acto den 30. 7bris a. 1641 erscheinet in Burgermeisterambt Herrn Matthei Fischers H. Gerg Schmidt, Burger alhier, mit Isack Brandeiß vndt Salamon Eydlitz Juden von Caden wegen Wentzel Rabenß seel. laut des Anweißbuchs von anno 1650 biß anno 1657 der Summa 130 Sch., welche sie bei obbemelten H. Gerg Schmidts Hauß zu praetentiren gehabt, Verzucht vndt Aufgab darüber gethan, damit künfftig er vndt seine Erbnehmen schadtloß gehalten werden sollen, haben sie solches gegen den H. Burgermeister mit einen Handtschlag bekrefftiget vndt auf Begehren H. Gerg Schmidt ad notam vmb die Gebier genohmen worden. Ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 34, 36v, 45.

66.

1641 Juli 16.

Ankauf gestohlener Gegenstände durch eine Jüdin.

Heutt dato den 16. Julij des 1641. Jahres ist Anna Ebertin, als Herrn Pfarrers in Commothaue Dienerin, bey denen Gerichten der Stadt Commothaue erschienen vnndt klagent vorbracht, wasmassen sie bey feindlicher Zeit ein silbernes Kreuzel, ein guldenes Ringel, drey Ducaten, vor zwey Strich Korn Geldt, nemlich 5 fl. 12 kr., verwahret gehabt, welches ihr aber, alß sie nach der Sicherheit darnach gesehen, gestolen worden ... hatt sich befunden, daß sich deß H. Pfarres Jacobi Antonii Folzkönichs zue Priettschappel vnndt Schössel Dienerin Salomena Geörg Mendingin dessen theilhaftig gemacht, indem sie daz Kreuzel einer Judin verkauft, welche es hernacher denn Kupferschmidt in Commothaue wieder verhandelt, daz guldene Ringel auch, daz es nicht erforscht werden soll, in Meisen versilbern lasen ...

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 31.

67.

1641 August 16 und November 14.

Schmay und Isak treffen Vereinbarungen mit Schuldnern.

Heütt dato denn 16. Augusti anno 1641 ist an ordentlicher Gerichtßstelle erschienen Schmay der Jud vnnd beklaget sich wieder Samuel Eberle wegen 14 Sch. geliehenеß Geldeß. Weiln aber Samuel Eberle

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

alsobaldt mitt der Bezahlung nicht hatt können auffkommen, haben sich die Gerichten inß Mittel geschlagen, daß Samuel Eberle in 6 Wochen 7 Sch. erlegen soll vnndt wiederumb innerhalb 6 Wochen die andern 7 Sch., wofern aber gedachter Samuel Eberle denn ersten Termin nicht halten wirdt, soll er obgemelte 14 Sch. in der Gäntz nebenß denen gebührlichen Ziensen bezahlen. Solches vmb die Gebühr ist inß Gerichtßbuch eingeschrieben vnndt den Juden eine Abschriefft ertheilt worden. Actum ut supra.

67a.

Heut dato denn 14. Nouembris a. 1641 ist vor Gerichten erschienen der Jud mitt Nahmen Isac vnndt beklaget sich wieder Tobiam Schmieder wegen 48½ Sch. Weiln aber Tobias Schmieder alsobaldt mitt der Bezahlung nicht hatt können auffkommen, haben sich die Gerichten inß Mittel geschlagen, also daz gemelter Tobias Schmieder künfftig Fastnacht 12 Sch. geben soll v. alle Vierdeljahr zue 12 Sch. nachzuefolgen. In Fall aber, da er den ersten Termin nicht halten wirde, soll er ohne alle Gnadt in Gehorsamb eingezogen werden vnndt nicht heraußkommen, bieß er die Schuldt in der Gäntze erlege vnndt bezahle. Solches Geldt aber soll erheben Isac der Jud, seine Erben oder Inhabern deß Tobiae Schmieders Obligation. Solches ist vmb die Gebühr inß Gerichtßbuch einverleibet worden vndt den Juden eine Abschriefft ertheilt worden. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 32 und 34.

68.

1641 Oktober 9–1642 März 4.

Der Rat an Lazar Aron: Empfang seines Schreibens vom 15. September und des Schreibens seiner Frau vom 7. Oktober. Wegen Kriegseinquartierung war eine Bezahlung der Schuld nicht möglich; ein Teil wird zu Weihnachten bezahlt werden.

An den Lasaro Aron von der Lichtenstatt wegen seiner Schuldtpraetension: Erbarer beschaidener gönstiger Lasarus Aron. Sein Schreiben sub dato Praag den 15. 7bris wie auch seiner Haußwirthin, so datirt Lichtenstatt den 7. 8bris, haben wir zu Recht empfangen vndt nach Ablesung dessen gefasten Inhaldt genugsamb vernehmen mögen. Wehre vnnß nicht Liebers geweßen, alß wir hetten vorlengsten Mittel gehabt, Ihme der Intereße wegen zu contentiren. Weill aber die bewuste Kriegseinquartierung vndt darauß erfolgender Verderb eingefallen vndt noch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bieß dato keine Mittel obhanden, so thun wir Ihm hiermit zu fernerer Gedult anlangen, mit angehefften Erbietten, auf künfftige Weihnachten mit etwaß Geldes zu befriedigen, welches wir in begerter Antwortt nicht verhaldten. Datum Commothaw den 9. 8bris anno 1641.

68a.

Empfang seines Schreibens vom 11. Dezember. Unmöglichkeit, ihn zu befriedigen, da eine große Geldsumme dem Kurfürsten von Sachsen bezahlt werden mußte. Vorschlag einer Zession seiner Forderung.

An Lazarum Aron von Lichtenstatt: Erenuester vndt wohlgeachter sonders geliebter Herr Lazarus Aron. Desßen abermahliges Schreiben vnterm dato Praag den 11. Xbris zu Endt lauffenden Jahres haben wir nicht allein empfangen, sondern auch Sein bittliches Begeren genugsamb vernohmen. Wolten nun gernest Ihme den Begehren nach mit hinterstelligen Intereßen wielffahren, aber in Warheit (gestaldten izo dieser Tagen Ihr churf. Durchl. zu Sachßen vnvmbgänglich ein große Summa Geldes laut kayßerl. Befehls abführen müßen) itzo keine Mögligkeit erscheint. Nichtsdestoweniger wir Ihme hierbey berichten, wie daß einer Mitbürger alhier gegen vnnß sich erbotten, seine rechtmesßige Schuldpraetension bey einem ehrnv. Rath der königl. Statt Caden gegen deß H. Schuldt bey dießer Gemein anzuweißen. Wann also dießer Vorschlag Ihme gefellig, wolle er vnns avisiren, dann obiggemelter vnnser Mitbürger zu Ihme nacher Lichtenstatt zu kommen vndt destwegen eigentliche Vergleichung zu treffen gesonnen wehre. Welches wir zur Nachricht dießmahl zuschreiben wollen, zu vbrigen vnns allerseits gottl. Obacht empfehlen. Commothaw den 31. Decembr. anno 1641.

68b.

Empfang seines Schreibens vom 20. Jänner. Kaiserlicher Befehl an die Stadt betreffend Zahlung rückständiger Landsteuer. Ersuchen, wegen Bezahlung der Schuldzinsen noch zuzuwarten.

An Lazarum Aron Jud: Ehrnuester vndt wohlgeachter innsonders geliebter Herr Lasarus Aron. Hierauff wir auff Sein sub dato Praag den 20. Jan. ergangenes Schreiben (dessen satten Inhaldt nach Verlesung wohl vernohmen) der Gestaldt antwortten, wie daß bey hiessiger Gemein, von welcher vnlengsten (Ihr churf. Durchl. zu Sachssen itziger Weinachten abgetragener Post nicht gerechnet) auff Ihr kayßerl. Maytt. Befehlich der von vielen Jahren hero versessenen Landstewer Restandten wegen eine große Schuldtsumma abgetragen werden müssen, keine Mittel obhanden, dem Herrn dem Begehren nach zu wiehlffahren. Derohalben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

beschiehet an dem Herrn vnnser nachmaliges Ersuchen (dieweill Er in jüngsten Schreiben gethannen Vorschlag vnnsernn Verhoffen nicht annehmen wollen) mit vnns der Interessen Bezahlung wegen sich ferner zu fristen. Wo wir solches vmb dem Herrn hienwieder beschulden können, seindt wier es zu thun erböttigt. Datum Commothaw den 24. Jan. a. 1642.

68c.

Empfang seines Schreibens vom 18. Feber; Unmöglichkeit, jetzt die Schuldzinsen zu bezahlen.

An Aron Juden auff Lichtenstatt: Erbarer vndt geachter Herr Lasarus Aron. Nebenst Erwüntschung gueten Wohlergehens berichten hierbey, wie daß wir Sein Schreiben vnterm dato Lichtenstatt den 18. Febr. zu Recht erhaldten vndt ablesendt darauß den Inhaldt verstanden. Vndt wolten gernest (wann die Mittel obhanden wehren) mit den begerten Intereße wiehlffahren, hiengegen aber vnberichtet nicht lassen, daß wir bey Abrayßung vnnsers Herrn Primatoris nacher Wien zu Colligirung ein Stück Geldes die eusserste Mittel angreiffen müssen, ingleichen, daß wir eine Mittelspersohn zu Ihm zur Abrechnung schicken wolten. Sintemahl theills vnnsere Mitcollegen nacher Wien, theils nacher Prag vndt ander Orthen nothwendig verraißet, kann solches itzo nicht geschehen. Derohalben wolle sich der Herr noch ferner gedulten, bieß wir die Zahlungsmittel erlangen möchten, alßdann wollen wir selbsten bedacht sein, wie wir Ihme mit etwaß auff Abschlag der Intereße sowohl auch der Berechnung wiehlffahren köntten. Welches wir in Antwort nicht verhaldten wollen. Datum Commothaw den 25. Febr. anno 1642.

68d.

Empfang eines Schreibens vom 3. März. Verweis auf den Landtagsbeschluß vom 8. Februar und auf die unter größten Schwierigkeiten durchzuführende Eintreibung der kaiserlichen Kontribution: daher Unmöglichkeit, die Gläubiger zu bezahlen.

An Lasarum Aron Juden von Lichtenstadt: Ehrenuester innsonders geliebter vndt werther Freundt. Deß Herrn Schreiben sub dato Lichtenstatt den 3. Martij haben wier eodem die empfangen vndt ablesendt denn Innhaldt mit mehrerm vernehmen können. Wie wir nu vorhergehendt auff begehrende Zahlung der verjährten Intereße vnnsere itzige Vnvermögenheit eingewendet, alß können wir nicht vmbgehen, den vnverhofften auffm Präger Schloß den 8. Monathstag Febr. instehenden Jahres concludirten Landtagschluß (zu welchen angelegte Contribution wir bey hiessiger Gemein mit eusseristen Mitteln erzwingen müssen)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

itzo zur vnnser genungsamer Excuse anführen. Dergestaldten können vndt mögen wir weder einem oder dem andern vnnsern Herrn Creditor in Bezahlung der Intereßen contentirn. Dero angeführten Vrsachen willen geschieht an dem Herrn vnnser fleißiges Ersuchen, in Berherzigung obhandener Beschaffenheit mit vnnß bieß zu bequemerer Zeit in Geduld zu stehen, welches wir in Antwortt ertheillen wollen. Datum Commothaw den 4. Martij a. 1642.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1640–1643, S. 98, 128v, 135, 143, 143v.

69.

1641 Dezember 5–21.

Klage gegen den Juden Salomon Ochs wegen einer Geldschuld und seine Verhaftung.

Heutt dato denn 5. Decembris anno 1641 ist vor Gerichten erschienen Michael Lanckiß von Hoßnitz vnndt beklaget denn Juden Salomon Ochß wegen 34 Rtl. $^1/_4$, hatt ihm derohalben auf sein eigen Verantwortten in der Herrn Fronfestung auf 3 Tag setzen lasen vndt denn Herrn Richter sowohl auch seine Schöpffen Schaden vndt Vnkosten frey in allen zue halten versprochen, es möge auch herkommen, wo eß wolle.

69a.

Heütt dato denn 7. Decembris a. 1641 giebt sich Michael Lanckiß von Hoßnitz nebenst seinen Burggraffen von wegen eines verkaufften Pferdtß, welcheß angehet Juden Salomon Ochß, 34 Rtl. vnndt 1 Orth, welcher in der H. Fronfesten verbleiben soll, bieß auf denn 9. Xbris auff ihre Verantworttung, dem Stadtrichter nebenß seinen H. Schöpffen frey sicher vndt allen Schaden frey zue halten, welches vmb die Gebühr ist eingetragen worden. Actum ut supra.

69b.

An heutt acto denn 9. Decembris (1641) saget Michael Lanckiß von Hoßnitz vor Gerichten expresse vnndt bey seinen gutten Gewiessen herauß, daz Salomon Ochß der Principalkauffer sey vnndt solches Pferdt an einen Montag vmb 34 Rtl. vnndt einen Orth in seinen Hauß gekauft habe, in 14 Tagen ohne alle Flucht vnndt Entschuldigung zu bezahlen.

Eodem die hatt Herr Joannes, Burggraf von Stierel, den Juden Salomon Ochß auff sein Verantwortten in der H. Fronfestung einsetzen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lassen, darneben auch versprochen, dem H. Richter vnndt seine Schöppen vor allen Schaden vnndt Vnkosten freyzuehalten, eß möge auch betreffen oder herkommen, wo eß wolle. Dießes auf deß Herrn Burggraffen Verantworttung gescheehen. Actum ut supra.

69c.

Heutt dato denn 21. Decembris a. 1641 hatt Salomon Ochß Jud nebenß seinen Weib bey Gerichten mitt Handt vnndt Mundt versprochen, nach lautt seines Schreiben innerhalb 4 Wochen sich wiederumb bey denn Gerichten allhier zu erscheinen vnndt sich mitt denn Michael Lanckiß abzuefriedigen. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 35v–37.

70.

1642 Feber 4.

Eberle von Görkau bittet, den Termin für die Anlage der Kontribution zu verschieben.

Acto den 4. Feb. anno 1642 erscheinet in Burgermeisterambt H. Wolff Klösterles Eberle Judt v. Gerckaw, meltet sich an, daz er des bestimten Tag laut e. e. Rath ergangen Abschiedts alß den 5. huius in Burgermeisterambt wegen Anlag der Contribution zu erscheinen nicht abwartten kan. Weiln alle Juden zu erscheinen citiret, hat er gebetten, daz solches auf negstkünfftigen Mitwoch, welches wirdt sein der 12. Feb., verschoben werden mögte, welches auch H. Matthes Fischern alß der Contraparth insinuiret werden sollen. Actum wie oben.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 53v.

71.

1642 Feber 4–12.

Daniel, Sohn des Kleinen Joseph, als Gläubiger.

Heütt dato den 4. February anno 1642 bekhennet vor Gerichten die Caspar Schneyderin, daz sie dem Juden Daniel, Kleiner Joseph sein Sohn, rechtmäßig schuldig sey 25 b. Gr., gelobet hiermit an, innerhalb 3 Wochen zue contentiren. Actum ut supra.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

71a.

Heütt datto den 12. February anno 1642 ist vor Gerichten fürkhommen Daniel deß Kleinen Joseph Sohn vnndt beklaget denn Christoff Vlbricht wegen 12 Fl. 50 Kr., gelobet hiermit Christoff Vlbricht an mit Hanndt vnndt Mundt, bey den Gerichten innerhalb 5 Wochen die Helffte alß 6 Fl. 25 Kr. niederzuelegen vnndt die andern 6 Fl. 25 Kr. khunfftige Ostern 8 Tag darnach zue bezahlen, im Fahll aber nicht, soll Christoff Vlbricht in Gehorsamb gehen auf sein eygene Unkhosten vnndt nicht heraußkhommen, bieß er den Jueden contentiert vnndt befriediget habe. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 41v.

72.

1642 März 12.

Der Rat an den Herzog Julius Heinrich von Sachsen auf Schlackenwerth. Empfang seines Schreibens vom 10. März; gänzlicher Ruin der Bürgerschaft, daher eine Zahlung an seinen Hofjuden Lazar Aron gegenwärtig nicht möglich.

An Ihr Durchl. Julio Hainrichen Hertzogen zu Sachssen etc. wegen Lasarus Arons Juden von der Lichtenstatt: Durchleuchtig vndt hochgebohrner gnädiger Fürst vndt Herr Herr. Euer fürstl. Gn. seindt vnnsere willige Dienste sambt Wüntschung von Gott alles glückseeligen Wohlergehens beuor. Deroselben gnädig Schreiben von 10. Martij dieses Monaths vndt Jahres wegen Euer fürstl. Gn. Vnderthann vndt Hoffjudens Lasarae Arons haben wir mit gebührender Reverentz empfangen, auß demselben vndt Einschluß denn Inhaldt der Gnüge nach Vberleßung vernohmen. Vndt wissen vnns zwar wohl zu erinern, daß wir gedachten Juden mit betagten Intereßen behafftet, können vnnß aber nicht besinnen, daß wir ihme 200 Duckaten abzustatten versprochen, in Betrachtung, daß itziger Zeit daß gemeine Einkommen gänzlichen erschöpffet, die Bürgerschafft durch die vorgangene Kriegsunruhe auffs Eusseriste ruinirt, itzo auch mit der Landtescontribution viel zu thun vndt schwer auffzukommen, dahero keine Mittel (wie gerne wier es thun wollen) ihme Lasaro Aron zu helffen. Alß bietten Euer fürstl. Gnaden wir ganez dienstlichen, dieselben geruhen es in keinen Vngnaden, daß aff dero gnädige Intercession wir nichts thun können, gegen vnnß zu vermercken, sondern vielmehr der schweren Zeit vndt Vnvermögenheit zumessen. Wir seindt erböttig, künfftige Zeit ermeldten Lasaro Aron mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Danck nach vndt nach zu befriedigen, auch gegen Euer fürstl. Gn. nach aller Mögligkeit anderweit zu verdienen jederzeit willig, warbey Euer fürstl. Gn. göttl. Providentz vndt vnns zu dero Gnaden empfehlen thun. Commothaw den 12. Martij anno 1642.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1640–1643, S. 145.

73.

1642 Mai 14.

Des langen Abrahams Waisen als Gläubiger.

Acto den 14. May 1642 erscheint in Primatori- vndt Burgermeisterambt H. Lorentz Eckerts Simon Kirsch, thut alda des langen Abraham Judenß Weisen die 318 Sch. Schulden laut der Anwaisung, welche sie auf seinen Hauß an Erbgeltern zu praetentiren, weilen Simon Kirsch zwar solche zu kaufen gesonnen, aber mit den Juden des Kauffs nicht einig werden können, gantz loßsagen, daß solche Erbgelter die Erben nach ihren Wiellen vndt Gefallen verkauffen mögen, wem sie wollen. Ist solches vmb die Gebier ad notam genohmen worden. Ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 63v.

74.

1642 Juli 28 und August 8.

Abraham Eberle von Eidlitz läßt einen Schuldner vorladen und, da er nicht erscheint, sein Getreide pfänden.

Heüt dato den 28. July anno 1642 hatt Abrahamb Eberle Jud von Aidlicz laßen Fraw Salomon Steigin wegen ihres Herrn Schulden für Gerichten citiren, aber nicht erschienen.

74a.

Den 8. Augusti 1642 erscheinet Eberle Jud in Burgermeisterambt H. Tobiae Wolffen, thut alda auff Salamon Staigs Getreidt ins H. Primaß Lorentz Eckerts Schein wegen 30 Sch. 10 R/eichs/thaller laut der Außsag bei Gerichten einen Verboth, daß solches nicht gefolget werden soll, er gestelle sich dan herein oder einen Vollmegtiger vorstellig mach vndt sich mit ihme abfinde vndt befridiget wurde. Ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1640–1642, S. 48v; aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 70.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

75.

1642 Oktober 11.

Der Rat an die Kreishauptleute: Hinweis auf die große Schädigung der Stadt durch die Feuersbrunst vom 20. September. Lazar Aron möge ebenso wie die anderen Gläubiger einen Nachlaß an seiner Forderung zugestehen.

An die Herrn Crayßhaubtleuthe wegen Lazaris Aaronis Juden von Lichtenstatt ittem die Insinuation deß newen Obzeigs: Wohlgebohrner Herr Herr, wohledler gestrenger Ritter, vnnßer gebiettende Herren. Ewer Gn. vnnd Gestr. verbleiben vnßere beraithwillige Dienste zuesamb Wüntschung beliebenden Contentaments beharrlich beuohr. Daß Ewer Gn. vnnd Gestr. jüngst vorgangenen zue Beaugenscheinung vndt Obzeigung hiessigen den 20. Sept. zue Nachts ergangenen Fewerschadenß (tytul) Herrn Wenzeln Zukhern von Tamffeldt vnndt Christoffen Liebenauern von Liebenaw auf vnßer Ansuchung deputirt, thun gegen Ewer Gnad. vnd Gestr. wier sich dienstl. vnndt fleißig bedankhen vnnd hierbey den newen Obzeigbrieff deroselben obliegender Schuldigkheit nach insinuiren. Nebenst dießem Euer Gn. vnd Gestr. aduertiren, wie daß wier nach beweglicher Verleßung Ihr kays. Mayt. allergnädigsten Ihr Excell. vnd Gn. der königl. Statthalter gnädigsten schrifftlichen Verordnungen sowohl auch Ihr Gn. vnndt Gestr. an vnnß ergangenen Ermahnungsschreiben, Lazarum Aaron fürstl. sachsischen Hoffjuden zue Lichtenstatt concernirende, darauß den behaubten Innhaldt wohl verstanden. Nunn seindt wier keinesweeges vmbständig derer Schuldt, so wir ermelten H. Lazari Aaron nebenst sich belauffenen Interessen schuldig verbleiben thuen. Weillen dann er Herr Lazarus Aaron selbige Schuldtsumm von den Behrischen Erben vmb ein Schlechtes (darvon Ihr kay. Mayt. in der Claglibell khein Meldung beschehen) an sich erhandlet, auf welches Capital die vnruhige Kriegesjahr hero die Interessen sich geheuffet vnndt vor bedrengter Gemein nicht abgetragen werden mögen, itzo nun durch ergangene Fewersflammen (massen inclusive auß dem Obzeig zue ersehen) bey dießer Statt die vornehmbsten Membra vnndt Haubtstückhe, alß der Statt Nieder Thurm, Spittalkürch, eine Mühl, Badtstuben vnndt Schlachthoff, im Rauch erbarmlich aufgangen, dahero bey erschöpffter Gemain kheine Mittl obhanden, dieselbe itzo oder künfftig zue repariren v. hienwieder auß der Aschen zue erheben, derowegen gelanget an Ewer Gn. vnndt Gestr. vnnser dienstl. Bieten, dieselbe geruhen, vnnßern sothannen hochkhumerlichen Zuestanndt reyfflich beherzigen vndt den H. Lazarum Aaron dahin vermögen, daß er nach ordentlicher Berechnung an den in kriegsunruhigen Zeitten auffgelauffenen Interessen (gestaldtsamb andere H. Creditores solches vorher-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gehendt gethan) ein gewisse Summ schwinden laße vndt mit dießer abgebranten Gemain ein sonderliche Gedult trage, dann wier sonsten in Verwaigerung eines billichen Nachlaßes hinwiederumb bey Ihr khay Mayt. vnderthänigst einzuekhommen vndt vnßern gehorsambisten Gegenbericht zu thuen nothgedrungen würden. Leben aber tröstlicher Zuuersicht, Ewer Gn. vnndt Gestr. werden die Sachen Ihrer beywohnender Discretion nach zue remedirn großgünstig nicht vnterlaßen. Wormit Ewer Gd. vndt Gestr. zue göttl. Behuttsambkheit trewisten empfehlen vndt verharren Euer Gn. vnd Gestr. willige Diener Burgermaister vnndt Rath daselbest. Commotaw den 11. 8bris 1642.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1640–1643, S. 186–186v.

76.

1647 März 19 – Juli 17.

Die Juden Lößer und Joseph als Gläubiger und Schuldner.

Heut dato dem 19. Marty anno 1647 kommet bey Gerichten der Stadt Commothaw vor Lößer Juth vndt Joseph vndt beclagen Daniel Ihla wegen Schulden ihreß abgekaufften Lederß 40 Reichstaller betreffent, gelobet derowegen Daniel Ihla auff künfftigen Dinstag den halben Theil zu erlegen an ohne allen Schaden vndt Vncosten, die andere Helfft künfftig den 11. Aprilis. Vndt solches ist vmb die Gebühr bey den Gerichten vorzeichnet worden. Actum ut supra.

Eodem die kombt bey dem Gerichten vor Martin Gautel vndt beclaget diese beyde Juden Lösern vndt Joseph Juden wegen 60 Fl., so er ihme zu Prag vorgestrecket hat neben andern zwenen Juden, sagen also gemelte Juden bey Gericht mit Handt vndt Mundt zu, ihme Gautel alß den 5. Aprilis ohn allen Schaden vndt Vncosten solches Geldt bey dem Gerichten niederzulegen, in Fall aber solches nicht geschehen wirde, soll Martin Gautel Macht haben, solche Juden in der Fronfest einzunehmen vndt alle seine Vncosten, waß darauff gehen möchte, die Juden zu ersetzen schuldig sein. Actum ut supra.

76a.

Zu wissen, das dato den 15. May 1647 Herr Haubtman, Herr Johan Christian Noderer, ein Schreibenn in daß alhiehische Gerichte gesendet folgender Gestalt lautende: Meinen Gruß vndt alleß Gutteß, lieber Herr Stadtrichter. Ich werde bericht, daß dem Lößer Juden vndt seinen 3 Mitconsorten ihre Wahren, so sie zu Commothau liegent haben vndt wegen allgemeinen Geldtsnott nit alßbaldt verkauffen könen, von vnter-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schiedlichen Glaubigern verarestiret werden solten. Weil mir aber daselbst alle Wahren, auch andere ire Haab vndt Gutt, verpfendet ist wegen 145 Fl., so ich ihme paar in El getreulich dargeliehen hab, alß wollet zu Nachrichtung ainigen Arest nit gestatten oder zulassen, es sey dan, daß sie euch anuor meine 145 Fl., so ich ihnen dargeliehen, in guten Geldt gegen einer Quitung par außzehlen vndt einhendigen. Prag in gröser Eul ut supra.

76b.

Heut dato den 20. May 1647 ist vor Gerichtenn erschien Lößer Jud vndt Joseph Judt vndt beclagen Juditta Vetterin wegen 14 Stein Kesses vnndt 5 Pfundt, so sie ihnen schuldig verblieben. Weil aber solcheß Geldt ietz nicht alßbalt auffzubringen ist, haben sie sich derohalben bey dem Gerichten also verglichen, daß sie ihme Juden alßbalt vor 2 Stein 2 Fl. 30 Kr., die andern 10 Stein ohne daß Faß innerhalb 4 Wochen die Helffte bezahlen, die ander Helfft auff künfftig Joanni vnfehlbar zu erlegen. Ist solches vmb die Gebühr bey dem Gerichten verzeigenet worden. Geschehen wie oben.

76c.

Heut dato dem 12. Juny (1647) ist vor dem Gerichten der Stadt Commothau erschinen Seruerius Steffan von St. Sebastianbergk vndt beclaget Joseph Juden vndt Lößer Juden wegen 40 Reichstaller, so Jud Nädel, Inwohner zu Prag, von ihnen auffgenohmen hat. Weil sie sich aber zu diesen Schulten nicht erkennen vndt auch seine judische Schrifften solcheß nicht sagen, haben sie nichtsdestoweniger den Herrn Seruerius Steffan eingelassen mit diesen Contract, weil sie sonsten ein Praedentirung mit ihnen zu suchen haben, sein also bey dem Gerichten verglichen worden vndt giebt ihm alßbalt 20 Fl. vndt vnterhalben 4 Wochen 30 Fl., die andern 10 Fl. neben 2 Fl. wegen der Verseimung vnfehlbar zu erlegen, in Fahl aber solches nicht von den bemelten Juden gehalten wirdt, soll H. Seuerius Steffan sie ohne allen Schaden vndt Vncosten auffzuhalten haben, welches sie mit einen Handschlag versprochen haben. Actum ut supra.

76d.

Heut dato den 16. July 1647 ist eine Aufraitung bey denen Gerichten der Stadt Commothau zwischen H. Geörg Schatz an einen vndt Joseph Juden anderß Theilß gehalten worden folgender Gestalt: Nachdeme Herr Geörg Schaz von gedachten Juden Joseph 51 Stuck Roßlederß empfangen, so ieder Paar pro 8 Reichstaller sein sollen, Geörg Schaz

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aber bey dem Gerichten nicht mehr gestandeß alß vors Paar 2½ Reichstaller, ist es also bey den ordentlichen Gerichtsschöpffen dahin gemittelt worden, weiln man Ja vndt Nein nicht kan zusammenbringen, daß gedachter Jud die Summa, so der halbe Reichstaller außtragen thut, halb schwinden lassen vndt Geörg Schatz dem andern halben Theil zu geben schuldig sein solle. Solches vmb die Gebühr ein Abschrifft ertheilt. Geschehen Commothau in ordentlicher Gerichtsstelle anno ac die ut supra. Der halbe Theil der Summa, waß der halbe Reichstaller außtragen thut, ist 9 Fl. 33 Kr. 7½ Hl.

76e.

Heut dato den 17. July 1647 ist bey Gerichten erschienen ein Jud mit Nahmen Lößer, beclaget H. Geörg Schatzen wegen Schulden, als nemblichen 9 Fl. 45 Kr., Geörg Schatz aber gelobet bey Gerichten mit einen Handtschlag an, solchen bemelten Rest in vierzehn Tagen bey Gerichten ohne allen Vorzug niederzulegen. Ist derowegen solches vmb die Gebühr inß gebührliche Gerichtsbuch eingetragen worden vndt diese Abschrifft den Löser ertheilt worden. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1646–1648, S. 11, 28, 18, 20, 22, 23.

77.

1647 März 26.

Der Jude Wolff Jacob von Priesen als Verkäufer von Leder.

Heut dato denn 26. Marty anno 1647 hat sich Herr Georg Lang von Freybergk in Beysein hiesigen Herrn Georg Schatz nebenst Wolff Jacob Juden zu Stadt Prießen in Herrn Georg Porstendorffers Burgermeisterambt angemelt vndt vorbracht, daß er bemelter Herr Georg Lang den gedachten Wolff Jacob vor abgekaufft Ledter einhundert Gulden, jeden pro 60 Kr., schuldtig worden, weßentwegen Georg Lang in obengedachten H. Georg Porstendörffers Burgermeisterambt mit seinen wahren Wordten Trawen vnd Glauben vermög von sich gegebenen Handtschlags vorsprochen, daß er auf negstkommendten Pfingsten deß instehendten 47.ten Jahrs vor daß empfangene Leter die schultigen 100 Fl. mit gueter vndt ganghaffter Müntz seinen Glaubiger zu Danck ohne alle Schedten vnd Vncoßten bezahlen will, in wiederigen Fall solches Geldt auff bestimten Termin H. Georg Lang nit erlegt, verspricht vndt sagt H. Georg Schatz alß Oberburg in obenangeführten Burgermeisterambt mit von sich gegebenen vndt angelobten Handtschlag zu, daß er anstadt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

offtbenenten Herrn Georg Lang die hundert Gulden auff bestimbte Zeit will außlegen vnd bezahlen, warüber ihm dann, eß sey auch wie eß woll, weder geistlich noch weldtlich Recht schützen soll. Zue beßerer Versicherung halber ist solches den Verkauffer mit Consens des Kauffers vndt Oberbürgen zur Nachricht vmb die Gebühr inß hiesige Memorialpartthenbuch registrirt vndt Abschrifft gegeben worden. Actum Commothaw ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 153.

78.

1648 Jänner 13.

Isack Sachß aus Kaaden läßt in das städtische Memorialbuch eintragen, welche Soldaten sich am 9. d. M. in Komotau aufgehalten.

Heut endtesvnterschriebenen Dato ist in Herrn Gottfried Ernst Schultesy Burgermeisterambt Isack Sachß Judt von der königl. Stadt Caadan erschienen vndt vmb die Gebühr der Wahrheit zum Zeichnuß zur Steuer begehret, waß den 9.ten vergangenen dieß Monates January vor Soldaten in alhiesiger Stadt wegen Einmahnung außstehenten vermög der königl. Herrn Haubtl. deß Saatzer Creißes angewiesßenen Fleischgelder sich hier angemelt wie auch vber Nacht hier verblieben. Wann dann stadtkundtig, daß benenten Tag kein anderer Soldat alß von den löbl. Bachonhayischen Regiment vier Soldaten, so iczo in Elbogen liegent, sich deß zu ermahnen ihren außstehendten Restes bey Simon Kirsch in hiesiger Stadt befunden, alß ist desßen Begehren nach dießes Zeugnuß inß hiesige Memorialpartthenbuch registrirt vnd desßen ein Abschrifft ertheilet worden. Com. den 18. Jan. a. 1648.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 169v.

79.

1649 Feber 22 – 1655 Oktober 18.

Des Schmai Juden Weib von Prag, bzw. Priesen, trifft Vereinbarungen mit einem Schuldner.

Anno 1649 denn 22. February giebt sich des Schmaieß Weib Juden von Prag in Herrn Wolff Weingartens Burgermeisterambt wegen der siebentzig Sch., so ihren Mann Herr Lorenz Schwann schuldtig, der-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gestalt an, daß H. Lorenz Schwan von künfftigen Ostern biß kommenden Michaely benendte 70 Sch. sambt denn versesßenen Interessen ablegen vnd bezahlen soll, zu welchem Endt sie solches anstadt ihres Mannß den gebührlichen Brauch nach, ein halb Jahr zuvor, weillen sie weegferdtig, von Ostern an aufkündtigen vndt inß Memorialpartthenbuch registriren lasßen. Commothaw ut supra.

79a.

Den 28. May anno 1652 ist inn Herrn Balthaßer Weigerts Burgermeisterambt Schmayin Judin zue Prießen mit Darweißung einer Obligation vorbringent erschienen, wienach sie anno 1647 Herrn Lorenz Schwan auff sein Bitten vnndt Begehren zue seinen Nuczen fünffvndtsiebentzig Schock vmb gebreuchlichen Landtzinß geliehen, weilen sie aber ermeldtes Geldt bedierftig vndt lenger nit endtrathen kan, alß hat sie vermög Herrn Lorenz Schwanß von sich gegebenen Obligation, gedacht 75 Sch. vnter einen halben Jahr zue bezahlen, solches auffgekündtiget vndt zue desßen Nachricht inß hiesiche Memorialpartthenbuch registriren vndt Herrn Schwan insinuiren lasßen wie auch hieruon eine Abschrifft genomen. Commothaw ut supra.

79b.

Heut dato den 6. February a. 1653 inn Primatori- vnndt Buergermeisterambt H. Lorentz Rudolph Eckartß erscheint Schmayin Judin vnndt kompt contra H. Lorentz Schwan wegen der beklagten 75 Sch., daß er benentl. in Abschlag derselben vermöge e. e. Rathß Abschiedt innerhalb 6 Wochen 25 Sch. m. erlegen soll, aber weiln vnter wehrenter Zeit, da H. Lorentz Schwan solche Schultposta angenohmen, 12 Sch. 45 Gr. Christenzins versessen, hat sie bey Empfahung derer protestiret, daz, in Fall er vnter bemelter Zeit den Termin der 25 Sch. nit einhielte, gedachte 12 Sch. 45 Gr. Zienß verfallen sein solten, zue welchem Enndt dieß in alhiesigeß Memorialparthenbuch vmb die Gebüehr registriret wordten. Actum ut supra.

79c.

Den 18. October ist der von Christoff Vhlman bey Herrn Lorentz Schwan wegen der Schmayin Gelt gethane Kummer relaxirt vnndt Herrn Lorentz Schwan insinuiret wordten. Geschehen Buergermeisterambt Commothau ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1639–1649, S. 200, und von 1649–1661, S. 76, 86, 163.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

80.

1650 März 29.

Dem Wölfel von Priesen wird in Komotau eingelagerter Weizen mit Beschlag belegt.

Heudt dato den 29. Marty anno 1650 ist Fraw Maria Kreußlin inn Herrn Johann Richters Burgermeisterambt erschienen vndt vorbracht, daß ihr der Welffel Juedt von Stadt Prießen wegen seines bey ihr eingeschiedten Waiz, wann sie destwegen Anfechtung haben solt, vor allen Schäden vndt Vnkosten guetgesagt. Weil dann erwehnten Juden von e. e. Rath der Waiz eingezogen vndt weggenommen wortten, wardurch obenermelte Kreuslin nebenst ihren Mann in Straff gefahlen, hat sie auf offtermelten eingezogenen Waiz, daß solcher denn Jueden biß zu außtragenter Sach vmb Wiedererstattung der Vnkosten nit abgefolget werdten soll, hiermit einem ordentlichen Cummer vndt Verboth gethan. Zu deßen mehrer Nachricht hat sie solches vmb die Gebühr inß hiesige Memorialbuch registrieren vndt den Jueden dem gethanen Cummer insinuiren laßen. Actum Commothaw ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 18.

81.

1650 September 12 und 1651 Feber 1.

Bela von Priesen läßt eine Forderung auf einer Verlassenschaft verbüchern und Moises Abraham zu Priesen meldet auf dieselbe Verlassenschaft seine Forderung an.

Anno 1650 den 12. Septemb. hat sich in Herrn Wolff Weingartens Burgermeisterambt deß langen Abraham Jueden Schnur Bela, der Zeit zue Priesßen, nebenst ihren Sohn wegen der bey Barttel Weigerts laut vorgezeichter Abschrifft außn Prothocoll No. 11 Fol. 36 /und/ 37, wie sie sich anno 1645 güetlichen vorglichen, noch habenden Schuldt angemelt vndt auf Barttel Weigerts seel. Vorlaßenschafft biß zue Bezahlung der hundert Schock ohne die 31 Fl., so sie ermelte Juedin mit welschischen Nüssßen vndt 6 Sch. bahren Geldts, so hierauff abgeführt wordten, einen ordentl. Arrest vnd Verboth gethan, damit sie vor andern Schuldtnern der Bezahlung halber den Vorzueg haben mag. Zue dießen Endt sie solches vmb die Gebühr inß Memorialparthenbuch registrieren vndt seiner hinderlaßenen Tochter zue insinuieren gebethen vnd desßen zue Nachricht eine Abschrifft genomben. Com. ut supra.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

81a.

Demnach auff Barthl Weigertß seel. hinterlassene Schuldtiger vnndt Creditores ein offener Citationzettel, sich innerhalb 6 Wochen anzuemeldten, angeschlagen wordten, alß giebt sich in Herrn Heinrich Roslaubß Burgermeisterambt Moyseß Abraham Juedt zue Priesen hiemit an, weiln er dann der andere sich angemeltet, wiell er auch vor andern die Prioritet, seiner Schult habhafft zue werdten, haben, worumb dieseß in alhiesigeß Memorialparthenbuch vmb die Gebüehr registriret vnndt Abschrift ertheylet wordten. Commothau den 1. Feb. 1651.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 29v, 39.

82.

1652 Feber 13 – Dezember 16.

Brandeis von Eidlitz läßt einen Vergleich vormerken.

Denn 13. February anno 1652 hat Herr Georg Krahl daz Burgermeisterambt ubergenommen. An dießes Spatium hat H. Baltzar Weigartß mit dem schwartzen Juden von Eydlitz, sonsten Branndteyß genant, Vorgleich eingeschrieben werdten sollen, weiln aber sie sich anderwegß vorglichen vnndt die Registratur wieder zueruckgenommen haben, alß wiert hiemit dieseß ad notam et rei memoriam genommen. Actum ut supra.

82a.

Lazarus Marcus klagt in Vertretung der verwitweten Schmay eine Forderung ein, auf welche wiederum eine Pfändung vorgenommen wird.

Den 11. Nouembris anno 1652 erscheint in Buergermeisterambt H. Georg Pergnerß Lazaruß Marcus alß Vollmächtigter der verwittwen Schmayin Judin vnndt kompt contra H. Johann Zimmerman klagent vor, daz er neben Jacob Andersohn deß vorwichenen 1651. Jahr den 24. Novembris vermöge von ihnen ertheylten Hanndt vnndt Pettschafft von verstorbenen Schmay Juden 100 Rthl. habhafft wordten, solche ohne allen Vorzueg innerhalb 8 Woch vnfehlbahr wieder zu ersetzen. Weiln dann bieß dato noch keine Bezahlung erfolget, hat gedachter Lazaruß Marcus obbemelten H. Zimmerman in alhiesigeß Buergermeisterambt vorbescheiden lassen, welcher zwar zuer Bezahlung sich nicht verstehen wollen, aber, damit die Sach möcht erörtert werden, mit H. Buergermeister gegebenen Handtschlag versprochen, von hier nicht zue weichen, bieß eine Richtigkeit getroffen werdten möchte, zue welchen Enndt gedachter Jued dieseß in alhiesiges Memorialparthenbuch registriren lassen vnndt eine Abschriefft dauon genommen. Actum ut supra.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

82b.

Den 16. Xbris a. 1652 hat Georg Schieffer wegen Matthes Reichl auff die bey Hanß Zimmerman stehenten, der Schmay Judin gehörigen 100 Rthllr., benentl. auff 40 Rthl., einen Verboth gethan, dessentwegen ad notam genommen wordten.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 67, 83v–84v.

83.

1652 April 19.

Salomon Eytlitz erreicht ein Verbot gegen die Auszahlung der Forderung der Erben des Lazarus Aron von Lichtenstadt an die Stadt Komotau.

Demnach vorruckter Zeit von Ihr. Gnad. vnndt Gestr. denen königl. Herrn Chreyßhaubtleuthen auff Anbringen Salomon Eytlitz wegen einer Schult deß Lazari Aarons hinterlassenen Erben zue Lichtenstadt betreffent der Zahlung halber ein Vorboth gethan, daß ihnen ihre bey alhiesiger Gemein stehente Schultpraetension, weder Interesse noch Capital, nicht solle gefolget werdten, sie hetten dann mit gedachten Jueden sich gebührentermassen abgefundten, also ist heut dato den 19. Aprilis a. 1652 in Primatori- vnndt Buergermeisterambt H. Lorentz Rudolph Eckarth obbemelter Salomon Juedt, deme die Sach selbsten angehörig, erschienen vnndt gebetten, daß dem Jacob als Löserß Erben seineß Theyls nichtß möchte abgefolget werdten, er habe sich dann mit ihm vorglichen, sollches vmb die Gebüehr registriren lassen.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 74v.

84.

1652 Oktober 15.

Die Komotauer Fleischer gegen die Juden.

Unndt weiln bey so lang wehrenten leidigen Krigsunwesen zuewieder allen uralt löblichen Gewohnheiten unndt Freyheitten viel böse Gebreuch mit eingeschlichen, so wegen der Soldaten nicht können abgeschafft werdten, solche aber auffß neu billich in vorigen vigorem zue reduciren, solle von jetzo u. zuekünfftigen Zeiten bey unndt von der Stadt Commothau ein Meil Wegß lang unndt breith, wie vor alterß wohlhergebracht wordten, kein Jued Störer unndt dergleichen Pfuscher auch Bauer, so dieseß Handtwercks nicht ist nach /es/ erlernet hat, er sey herrenloß oder nicht, einigeß klein- oder großes Vieh zue schlachten, solcheß bey der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Stadt unndt unter der nechst angelegenen Meil Wegß zue uerkauffen zuegelassen oder verstattet werdten. Also zuewieder dessen einiger Jued, Störer oder Pfuscher betretten werdten solte, e. e. Handtwerck der Fleischhacker Fueg undt Macht haben solle, dergleichen geschlachteß Viehe, welcher Orthen dasselbe unter einer Meil Wegß, wo vor diesen kein Fleischhacker gewesen, beschehen möchte, wann sie deren nicht mächtig, mit Hülff der Gerichten selbiegen Orthß wegzuenehmen unndt solches denen armen Leuthen in daß Spittal zue Commothau außzuetheylen.

Aus der Zunftordnung der Komotauer Fleischer im Privilegienbuche S. 1–6v.

85.

1652 Oktober 21.

Die böhmische Kammer bestätigt die früheren Entscheidungen, betreffend das Judenausweisungsprivileg.

Burgermeister vnd Rath der Statt Comothaw wiederumb hinauszugeben vnd zum Beschaydt anzuzaigen, die königl. böhm. Camer erachtete, vberflüssig zu sein, sie der Manutention ihrer Priuilegien halber bey Ihrer kay. May. gehorsambist zu recommendiren, weillen nicht zu sehen, das die Juden dahin specialiter priuilegiret, das sie in der Statt Comothaw vnd derselben angehörigen Güettern Handel zu treiben befugt sein solten, dahero dan ihre Priuilegien nicht anderst als saluo jure tertii zu uerstehen sein. Solchemnach nun werden Burgermeister vnd Rath ihren habenden Begnadungen Priuilegien vnd Freyheiten nach sich zu richten haben, allermaßen die königl. böhm. Camer es bey denen sub dato den ersten Octobris a. sechzehenhundertfünffvnddreißig wie auch sub dato den achtvndzwanzigisten Februarij sechzehenhundertsiebenvnddreißig ertheilten Vorbeschaydungen nachmahls allerdings bewenden laßet. Ex camera bohemia Pragae 21. Octobris 1652. – I. v. Elßhaim.

Inseriert im Originalbescheid der Kammer von 1659.

86.

1653 Jänner 21.

Die Komotauer Seifensieder und Lichtzieher gegen die Juden.

Es soll auch keiner aus den Seyffensiedtern unndt Liechtziehern daz Innslet aus der Stadt Commothau verkauffen weder ausfüehren, auch niemandts anders daß Garn, ausgenommen die Seyffensieder unndt Liechtzieher, handtlen unndt erkauffen (voraus aber die Jueden, welche

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

wohl mit ihrer Liestiegkeit unndt Betrueg umbgehen, Innslet einzuekauffen unndt aus der Stadt mit allerley Vortheyl ausschiecken können) bey solchen Insleteinkauff werdten gefundten, welche ihre eigene Wag unndt Gewücht zue Hause wiegen unndt hierinnen sowohl an Wachs Ihr kay. May. Abbruch am Ungelt unndt uns zue grosen Schaden gelangen thuet. Derowegen soll keiner sowohl aus den frembdten als aus den einheimischen Seyffensiedern unndt Lichtziehern dieses zue tuen sich unterstehen. Wierdt auch solches befundten, entweder an den Fleischern oder aber an dem Juedenmetzger auch einen andern, welcher solch Innslet einkauffte, ist die Straff, so viel es sich befundten, hienweckzuenehmen, halb soll eß inß Ambt der Stadt unndt halb in die Ladt zue Erhaltung gueter Ordtnung der Seyffensieder unndt Lichtzieher fallen, eß were dann irgent, daß nicht allein ein Vorrath, sondern ein Überflues sich befündtete, jedoch aber solches zue verkündtiegen erstlich den Vormeistern unndt hernach durch die Vormeister denen andern jüngern Meistern, also wan sie selbsten solches Inslet nicht bedürfften, solches Innslet derselbe, welcher es übrig zue uerkauffen hette unndt selbst nicht bedürffte, einen andern ohne Zuegabe volgen lassen unndt verkauffen könte, dann sonsten solches zue der Gemein Schaden ist, aus der Stadt zue uerkauffen, waß in der Stadt gebrauchet werdten soll. Unndt wann einer aus den Meistern solches verfället unndt solch Innslet aus der Stadt Commothau mit solcher Gestaldt oder Maß verkauffet, ein solcher jeder in die Zuesammenkunfft unndt Laden mit dieser Straff zwey Schock m. von jeden Centner ablegen unndt abgestraffet werdten soll. Fürnehmblich was die Häckler Kramer unndt Jueden anlanget, daz ihnen keine Seyff unndt Lichter nach dem Gewicht verkauffet werdten gestatten, auch kein Seyffensieder ihnen die Seyff an Stein unndt Lichter zue uerkauffen berechtieget sein soll.

Aus der Zunftordnung der Komotauer Seifensieder im Privilegienbuche, S. 69–80.

87.

1653 Mai 11 – 1655 Feber 18.

Juden von Priesen als Gläubiger.

Heut dato den 11. May anno 1653 inn H. Andreas Wolffen Burgermaisterambt erscheint Herr Heinrich Johann Roßlaub v. bringet vor, wienach er dem Mennel Juden von Prag 28 Fl. 15 /Kr./ rechtmesiger Weise schuldtig wordten vnndt bey deß Schmay Juden Lebzeit in Vollmacht gedachten Männelß 20 Fl. auch am vergangenen Mitfasten nach deß Schmay Todt den Vberrest 8 Fl. 15 Kr., zuesammen 28 Fl. 15 Kr.,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

abgestattet habe, worauff er dan erwöhnten Schmayß hinterlassene Wittwe inn obgedachteß Buergermeisterambt vorbeschaidten lassen vnndt sie befraget, ob sie solcher abgefüehrten Schultposta gestentig sey, alßdan gedachte Wiettieb gütlichen außgesaget, daz H. Heinrich Johann Roslaub solche Schult auff obengemelte Posten ehrlichen abgestattet vnndt hienfüehro niemanten von ihme etwaß zue erfordern haben soll, dessentwegen dieß H. Roslaub zuer künfftigen Nachricht in alhiesiges Memorialparthenbuch vmb die Gebüehr registriren lassen. Commothau etc.

87a.

Den 25. Augusty anno 1653 hat in Herrn Georg Pergners Burgermeisterambt Schmayin Judin zue Prießen in Beysein Herrn Heinrich Roßlaub vndt Andreaß Schabel edtl/ich/ vorpfendte Sachen, so vor 2 Jahren vor 21 Reichsthaler vorsezt, wie nachfolget zue ersehen, vorgezeicht, alß nehmblich eine damaschkene Tzschaub, zwey newe Bethtücher, eineß von weißer, daß andere von schwarzer Seiden genehet, zwey neue Bethzichen, eine weiß, die andere schwartz geneht, ein schwarz geneth Bolsterzichel, eine schwartz genethe Küßen, 2 newe genethe weiß Küßenzicheln, so Herrn Roßlaub interim zu seinen Handten vbergegeben wortten, mit der Gestalt, daß ermelte Sachen innerhalb 4 Wochen von Herrn Heinrich Roßlaub oder Andreaß Schabel ohne weider Klag Müh vndt Vnkosten soll gelest werden, in Fall selbe nit geschehen möchte, soll der Schmayin dieße Sach wieder zugesteldt werden, mit welchem sie zu thun vndt zu lasßen, alß wannß ihr Eigen wehr. Zu welchem Endt dießes inß hießige Memorialpartthenbuch registrirt vndt Abschriefft gegeben wordten. Commothau ut supra.

87b.

Heute dato den 27. 8bris a. 1653 erscheinet vor Gerichten der Stadt Commothaw Judith Schmayin Judin von Priesen /und/ beclaget Georg Weinolt Fleischhackern, daß sie ihme 6 Rthl. geliehen, dargegen er ihr ein damaschkenes Mäntele zum Vnterpfandt eingesetzet, allß thuet sie ihme solches Pfandt hiermit auffsagen, daferne er selbes Pfandt inner 6 Wochen nicht lösen würdet, ist von Gerichten ihr erkennet worden, alßdann mit selben alß ihren Eigenthumb zu thun vnndt zu lassen Macht habenn solle. Ist also Weinoltenn durch dem Gerichtsdiener angedeütet vnd vmb die Gebühr ins Gerichtsbuch inserirt worden. Actum ut supra.

87c.

Heut endesbemelten Dato beklaget Nädl Juedt von Stadt Priesen die Maria Martin Janckin allhier, daß sie ihme 18 Rthlr 40 Kr. vor Federn schuldig wordenn. Weiln sie sich dannen ihrer Vnmögligkeit

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

entschuldiget, allß ist ihr zue solcher Schuldt zue beczahlenn vonn dato 6wochentliche burgerliche Frist von denn H. Gerichtenn ertheilet wordenn. Im Fall sie aber zu solcher gesetzten Frist die völlige Zahlung nicht leistenn würde, sie alle weitere Vnkosten, so der Jud auffwenden müste, zu erstatten sich ahnerbotten. Actum denn 24. Martij anno 1654.

87d.

Inuentarium vndt Abthailung nach wayl. Martin Müllerß see. Hinderlaßenschafft... so geshehen den 18. Februarij a. 1655. Seindt Gegenschulden zu bezahlen volgent: Dem Lößer Judten von Prießen 38 fl....

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 99v und 102v; aus dem Gerichtsbuche von 1653–1655, S. 2 und 7; aus dem Erbteilungsbuche von 1655–1675, S. 2v.

88.

1654 Mai 6 und September 7.

Nathel Schmay und sein Vetter Elias bieten Erbgelder zum Kaufe an.

Heut dato den 6. May a. 1654 hat Josephß Schmay Jueden Sohn Nathel vor sich vnndt anstat seines Vettern Elias dem Michl Richter wegen praetendirenter Erbegeldter auff dessen Hauß vorbescheidten lassen vnndt ihme dieselben zu uerkaufen angebothen, weiln aber Michl dieselben nit kauffen wollen, besonders mit H. Buergermeister gegebenen Handtschlag dieselben loßgesaget, alß hat Juedt Nathel zue dessen Nachricht dies in alhiesieges Memorialbuch vmb die Gebühr registriren lassen. Commothau ut supra.

88a.

Abraham von Priesen
läßt eine Forderung und ein Zahlungsversprechen verbüchern.

Den 7. Septembris anno 1654 hat in Herrn Balthaßer Weigertß Burgermeisterambt Eliaß Weingarten mit Handt vndt Mundt angelobt vndt versprochen, daß er von heute dato inner 6 Wochen den Abraham Juden zu Prießen wegen seiner von ihm erkaufften Fell laut von sich gegebener Obligation nach restirenten Schuldt ohne fernere Mühe vndt Vnkosten bezahlen will, in Fall selbe nit geschehen möchte, will er biß zu Bezahlung der Schuldt sich selbsten in Arrest begeben. Derowegen zur künfftigen Nachricht obengedachter Jued dieses gegen der Gebühr registrieren lasßen vndt Abschriefft genommen. Com. ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 126 und 132v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

89.

1655 Juni 1 und Juli 22.

Klage des jungen Wölfel von Eidlitz wegen Mißhandlung.

Eodem die (1. Juny anno 1655) beklaget Isaac Jacob Jued, sonst der junge Wölffel genandt, von Eidlitz dem Andres Hebern, waß Gestalten er ihme den 26. May jüngsthin, alß er mit einen Ochsen durch die Stadt getrieben, in der Niedern Vorstatt mit Schlägen ohne einige gegebne Vhrsach zimblichermaßen tractiret, dahero die Gerichten vmb billigen Schutz angeruffen haben wolte. Wan dann derogleichen Vornehmen ein zimblicher Freuel, alß wirdet der Heber vermög der Freuelsartickel zur gebührenden Straff gezogen vnd, daferne er sich noch weiter mit Wort oder Werken gegen Klägern vergreiffen möchte, er ohne alle Gnadt mit 2 Sch. Gr. bestraffet werden solle. Ingleichen wirdet auch der Jud ihme Hebern keine Vhrsach geben, solte es aber erfahren werden, wollen die Gerichten ihnen die Straff gleichfals vorbehalten haben. Datum ut supra.

89a.

Klage gegen Wolf Lazarus von Cassawitz wegen Schmähung.

Heut dato den 22. July a. 1655 erscheinet vor Gerichten allhier Dorothea Tillin von Sur in Niederlaußnitz vnndt beklaget einen Juden vonn Cassawitz nahmens Wolff Lazarus, wie daß er sie mit Ehrenschmehung gröbl. angetastet, aber solches im wenigsten gestehen wollen, so hat sie doch solches mit 2 Personen erwiesen, alß hatt er ihr wegen solcher Schmehung laut der löbl. Stadtrecht G. eine Abbittung gethan, mit Vermeldung, daß er auff sie nichtsmehr dann alle Ehr- vndt Redligkeit wüste. Ist sie derowegen von dem Gerichten ihrer Ehr wiedervmb zur Gnüge verwahret vnndt solches vmb die Gebühr inserirt vnndt auff Begehren Abschrifft ertheylet worden.

Aus dem Gerichtsbuche von 1653–1655, S. 19 und 21.

90.

1655 August 16 und September 25.

Pfänder bei Juden nach erfolgter Bezahlung der Schuld nicht zurückgestellt.

Heut dato den 16. Augusti anno 1655 ist in Herrn Baltazar Weygerts Buergermeisterambt Christoff Vhlman erschienen vnndt hat zue uernehmen geben, daz er den verstorben Jueden Schmay von Priesen anno

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

1645 einen Duppelducaten mit einen auffgeworffenen Randt vnndt einen Gehenck pro 7 Fl. vnndt drey angehenckelte Rthlr. pro 5 Fl. item eine Churfürstl. Klüp pro 3 Fl., also zuesammen 15 Fl., vorsetzt habe. Weiln er aber gegen die Bezahlung daz Pfandt nicht wieder bekommen, hat er vmb soviel bey H. Lorentz Schwan, welcher der Schmayin schuldtig, einen Verboth gethan, solches ihr intimiren vndt ad notam nehmen lassen. Commoth. ut supra.

90a.

Den 25. Septembris anno 1655 hat in Herrn Wolffgang Adalbert Weingartens Burgermeisterambt Christoff Vllman seinen den 16. Augusti (wegen Schmayin Judin) gethanen Verboth, welchen er vermög der Recht mit 6 Wochen vorstreichen laßen, wieder auffs neue (dieweil e. e. Rath, sindtemahl er sich weider nit angemelt, Vhrsach, demselben auffzuheben) begehret. Derowegen es vmb die Gebühr inß Memorialparthenbuch registriret vnd H. Lorentz Schwan insinuiret worden. Commothaw ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 159 und 161.

91.

1656 Mai 19.

Der Rat verbietet den Seifensiedern, von Störern, Juden und fremden Meistern Unschlitt zu kaufen.

In wieder entstehender Strittigkeit zwischenn e. e. Handtwergkh der Fleischhacker unndt e. e. Handtwergkh der Seiffensieder, denn Inseltverkauff betreffendt, gibt e. e. undt w. w. Rath hiermit zum Bescheidt, eß solte bey dem deßfals denn 9. July 1655 ertheiltenn Abschiedt allerdings verbleibenn, mit dem noch fernernn Zusatz, daß e. e. Handtwergkh der Seiffensieder vonn den Stöhrern Judenn oder andernn frembdenn Meisternn, iren Inselt alhier zu uerkauffenn, kein Inselt einkauffenn solle bey Verlust selbigenn Inselts, eß were dann, daß e. e. Handtwergkh der Fleischhacker alhie daß Handtwerckh der Seiffensieder nicht versehenn könte. Actum in consilio Comotoviensi den 19. May a. 1656.

Abschrift aus dem Ratsprotokollbuche zum Jahre 1656.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

92.

1657 Juni – Oktober 9.

Der Rat an Kreishauptmann Elbögner: Absendung von Deputierten zur Kommission betreffend die Schuld der Lazarischen Erben.

An Ihr Gn. H. Creyßhaubtmann Elbögner: Hochedelgebohrner vndt gestrenger Ritter, gnädiger Herr Creyßhaubtmann. Daß wegen der von Ihr Excell. vndt Gn. denen königl. H. Stadthaltern zwischen vns undt denen Lößerischen Juden Erben gdst verordneten Commission zu E. Gn. wir zwey oder drey Persohnen auff nechstkommenden 27. instehenden Monats Juny früh abordnen vndt selbe dießer Sachen halber gnugsamb geuollmächtigen beynebst auch wegen des 3.ten Termines Landtagschlußes zu Abwendung der destwegen verhandenen Execution schuldige Richtigkeit treffen sollen, das haben wir aus deroselben gnädigen Befehlich gebührendt vernommen, E. Gn. hinwieder berichtende, daß zu deßen gehorsambster Folge auff praefigirten Termin von hier drey geuollmächtigte Persohnen alldort zeitlich zu compariren abgeordnet, die Quittungen aber wegen der zu vorgedachten 3.ten Termin für hießige gemeine Stadt sowohl als die Vnterthanen außgesetzten Quota (welche wir in der Warheit bereits vor 5 Tagen durch vnßere Fuhrleuthe nach Prag geschickt haben vndt der Quittungen stündtlich gewerttig seindt vndt dahero E. Gn. vmb Verschonung der Execution gehorsamblich ersuchen) sobaldt sie ankommen, E. Gn. alsobaldt ohnuerzüglich zugesandt vndt zu vbersehen vorgezeigt werden sollen. Womit etc. Commothaw den .. Juny a. 1657.

92a.

Ersuchen um Aufschub des Termins in Angelegenheit der Lazarischen Erben.

Ad eundem (Creyßhaubtmann Elbögner). Praemisso titulo: Ew. Gn. werden sich ohngezweiffelt entsinnen, waß Gestalt von deroselben vnßere Abgeordnete zu der von Ihr Excell. vndt Gn. denen königl. Herren Stadthaltern zwischen vns undt denen Lößerischen Juden Erben gnädigst verordneten vndt den 27. verwichenen Monats Juny allda gehaltenen Commission dahin verabschiedet worden, daß wir bey E. Gn. inner 14 Tagen hinwieder erscheinen vndt alle erheischende Notturfft zu endtlicher Erörterung dießer Sachen beyhändtig haben solten. Wan wir den vnter solcher Zeit nicht alles, was darzu vonnöthen, sobaldt an die Handt bringen können, so haben E. Gn. hierumb gehorsambes Fleißes

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ersuchen wollen, Sie belieben vns die hohe Gnadt zu erweißen vndt in Ansehung, gemeiner ohne das mit vielen Schulden belästigten Stadt sehr daran gelegen, obbestimbte Frist biß nach den Schniedtferien ohnmaßgebig zu prolongiren vndt vns solchemnach einen andern Termin zu praefigiren, da wir dan vns gehorsamblich einstellen vndt vnßern Notturfften sowohl mündt- als schrifftlich ediren wollen, vnterdeßen aber vorhoffentlich keiner Execution inhalts beygefügter Abschrifft derenthalber vns zu befahren haben. Nebstden werden E. Gn. von Zeigern für die bewuste 12 Str. Habern 6 Fl. rh. zu empfangen haben. Dieselbe darnebens Gottes gnädigen Schutz empfehlendte vndt gewürige Resolution erwarttendte verbleiben etc. Sub dato Commothaw den 6. July a. 1657.

92b.

Ersuchen um Aufschub seines Berichtes bis nach Rückkehr des Primators.

An H. Creyßhaubtman Elbögner: Hochedelgebohrner vndt gestrenger Ritter, gnädiger H. Creyßhaubtman. Waßmaßen E. Gn. sich wegen der bewusten Lößerischen Juden Sach gegen vnßern Collega Andreas Teußer (welcher sonst iüngsthin in dieselbige Gegendt vorrießet, sich hernacher bey E. Gn. auffgehalten vnd mit deroselben vnter andern desthalber in wohlgemeinte Conferenz gerathen, auch einigen Vorschlag darüber gethan) gnädig heraußgelaßen vndt sonderlich den Bericht an Ihre Excell. vndt Gn. die königl. Herren Stadthaltere, in Fall ehistes gewiße Erklerung von vns geschehen thete, zu prolongiren erbothen, das haben wir alles bey deßen Heimbkunfft per relationem mit mehrern vernommen vndt demenach vns nichts Liebers als vnßers Primatoris Anwesenheit gewünschet, darauff den alsoforth gründliche Resolution, was vns bey ietziger so schweren geldt- vndt nahrungsloßen Zeit zu thuen vnd einzugehen möglich were, E. Gn. Befehlich nach hette erfolgen sollen. Weillen aber berührter vnßer Primator dato nicht zuhauß kommen vndt wir deßen Ankunfft stündtlich gewertig seindt, als ersuchen E. Gn. wir hierumb gehorsambes Fleißes, sie geruhen hießiger gemeinen ohne das mit vielen Schulden belästigten Stadt die hohe Gnadt zu erzeigen, dero vorerwehnten Bericht nur noch etliche Tage lang, iedoch ohnmaßgebig, zu differiren vndt sich gewieß versichert zu halten, daß wir nach mehrbemelten vnßers Primatoris Ankunfft E. Gn. Befehlich nachleben vndt alsobaldt hierinnen gründtliche Erklerung thun wollen vndt sollen. Hierbey werden E. Gn. etwas von Forellen zu empfangen haben, so dieselbe annehmen, mit guter Gesundtheit verzehren vnd vnßer vndt gemeiner Stadt gnädiger Patron forthin, wie

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

vor dießem iederzeit gespühret worden, sein v. verbleiben wollen, im vbrigen E. Gn. der göttl. hohen Bewahrung treulich ergeben, vnd verbleiben etc. Commothaw den 23. Aug. a. 1657.

92c.

In Angelegenheit der Lazarischen Erben werden Vertreter der Stadt am 25. September im Kreisamte in Saaz sich einfinden.

An H. Creyßhaubtman Elbögner: Hochedelgebohrner vndt gestrenger Ritter, gnädiger H. Creyßhaubtman. E. Gn. vom 18. huius vns zugefertigtes Rescript haben wir dato erhalten vndt daraus inhältlich vernommen, was dieselbe der Lazerischen Juden Erben halber endlich anbefehlen, daß wir nemblich wegen der zwischen vns undt ihnen schwebenden Schuldt auff nechstvorstehenden 25. dießes Monats Septembris zu rechter Zeit mit sattsamer schrifftl. Vollmacht in dem königl. Creyßambtt erscheinen vnd deßen abwartten solten. Berichten dahero E. Gn. hinwieder nachrichtsamblich, daß wir deme gehorsambstermaßen nachleben v. auff präfigirten Tag alldorth gewieß compariren wollen. Indeßen nach Empfehlung göttl. hohen Schutzes vorbleibendte Ew. Gn. gehorsambe etc. Commoth. den 21. Sept. a. 1657.

92d.

Bitte um Aufschub von 8 Tagen in Angelegenheit der Zahlung an die Lazarischen Erben.

Ad eundem (Creyßhaubtman Elbögner). Praemisso titulo: Demnach wir vns erinnern, daß der bey iüngster der Lazerischen Juden Erben halber in dero königl. Creyßambt gehaltenen Commission angesetzte Termin wegen Abstattung 300 Fl. rh. auff Abschlag derer alhier stehenden Capitalschuldt ohnlängst verstrichen, hergegen aber von Ihr. Gn. Freyherrn von Haßenburgk titul seinen H. Consorten vns hierüber auff vnßer bewegliches Bitten noch einige Frist vnd Auffschub auff acht Tage lang in Gnaden ertheilt worden sey, so haben E. Gn. wir solches zur Nachricht notificiren vnd dieselbe beynebst gehorsambes Fleißes ersuchen sollen, E. Gn. geruheten mit vns deßfalß solche kurtze Zeit in Gedult zu stehen vnd gedachte Juden biß dahin zu weißen, da wir dan E. Gn. beederseits gnädiger Verordnung gehorsamblich nachleben vnd mit der Zahlung ohne längere Dilation schuldigermaßen gewieß einhalten wollen. E. Gn. etc. Commothaw den 9. Octob. a. 1657.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1656–1657, S. 34–47.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

93.

1657 Juli 6 und August 13.

Egela, die Witwe des Brandeis, und die Schmayin von Priesen melden Forderungen gegen den gleichen Schuldner an.

Denn 6. July a. 1657 in Herrn Georg Lemmichß Buergermeisterambt bringet Egela, deß verstorbenen Jueden Brandteysen hinterlassene Wiettwe, vor, daz ihren Man H. Baltazar Weyger krafft habenter Obligation eine guette Summa Geldtes schuldtig wordten, worauff vormöge ertheylter Quittung auff vnterschiedtliche bey e. e. Bath angebrachte Klag zwar etwas gefallen were, nun hette sie anheute abermahls bey ihme der Zahlung halber Ansuchung gethan vnndt des leztergangenen Abschidts (worinnen ihme die entliche Contentirung aufferleget wordten) erinnert, er aber geantworttet, es würdte nach seinen Todt wohl soviel bleiben, daz alle seine Creditores bezahlt würdten werdten können. Weiln sie aber gesonnen, zue uerreisen, vndt wegen Anmeldtung anderer Creditoren leichtlich etwas versehen könte, als hat sie gebetten, damit sie vor allen andern Creditoren die Prioritet haben vndt ihren Recht hierinnen nichts vergeben möchte, solches inn alhiesieges Memorialparthenbuch vmb die Gebühr zue registriren vnndt in gueten Gedächtnus zue tragen, daz sie, es geschehe nun durch angeschlagene Citation oder anderwertigere Anmeldtung, nit vergessen werdten möge. So geschehen Commothau ut supra.

93a.

Heut dato den 13. Augusty anno 1657 in Herrn Johann Schueders Buergermeisterambt hat sich Schmayin Judin von Prießen wegen zehn Schock Schuldt, welche ihr Herr Balthaßer Weigert laut seiner eigenen Handt vndt Pödtschafft schuldtig verblieben, vor angeschlagener Citation angemelt vndt gebetten, daß sie, wan eine Citation angeschlagen vndt hernach eine Anweißung gemacht würdte, daß sie nebenst andern Schuldtigern möchte bezahlt werden. Derohalber sie solches gegen der Gebühr registriren lasßen. Commothaw ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1649–1661, S. 193 und 194v.

94.

1659 April 2 und Mai 16.

Forderungen der Schmain aus Darlehen.

Heut dato den 2. Aprilis 1659 beklaget Schmainn Judin dem Hanß Ernst Reichel wegenn 2 Rthlr 15 b. Gr. benebenst vonn a. 1655 darauff gelauffenen landtbreuchlichen Intressen. Alß verspricht Reichel, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

er solchen Rest in 6 Wochen vnfehlbar bey Gerichten erlegen will. Actum ut supra. – Dieser Rest ist den 4. Juny bezahlt vnd sie Schmain empfangen.

Eodem die ebenfalß sie Judin beklaget Hanß Christoff Beckern juniorem wegen 2 Rthlr., die er ihr 1649 schuldig wordenn auf landtbräuchliche Interesse. Alß gelobet gemelter Beckert ahn, daz er solchen Rest nebenß der Intressen in 6 Wochen bey Gerichten erlegen wil. Actum ut supra. – Die Hauptsumme, alß 2 Rthl., ist erleget worden vndt die Schmayin solche empfangen.

94a.

Heüt dato denn 16. May a. 1659 beklaget Schmain Judin Caspar Illinginn wegenn par geliehenenn 6 Rthl. Alß gelobet Beklagte ahn, daß sye ihr Judin oder dessenn Gevollmächtigten innerhalb 4 Wochen erlegen will 1 Rthl., dann künfftige Weyhenachten 2 Rthl., die vbrigenn 3 Rthlr. Weyhenachten 1660. Actum Commot. ut supra. – 1 Rthl. ist den 3. July erlegt worden, welchen der Nadel Juedt anstadt der Schmain empfangen den 24. July.

Aus dem Gerichtsbuche von 1658–1662, S. 8 und 10.

95.

1659 Mai 16.

Die böhmische Kammer bestätigt ihre früheren Entscheidungen in Angelegenheit des Judenausweisungsprivilegs.

Demnach die röm. kay. auch zu Hungarn vnd Böheimb königl. May. vnßer allergnedigister Herr auf den von dero Räthen Camerern vnd Camerrechtsbeysitzern im Königreich Böheimb wie auch wohluerordneten königl. Haubtleuthen des Saazer Creißes, dem wohlgebornen vnd edlen gestrengen Herrn Hannßen Adam Hrsan von Harasowa auf Skaletz Rotenhauß vnd Girkaw vnd Herrn Jaroslaw Ernst Stampach von Stampach auf Skitaly, vber der Eltisten der Prager Judenschafft vndterthenigistes Suppliciren, damit nemblichen die zu Prießen, Eydlitz vnd andere in ieztbesagten Saazer Crays wohnende Juden ihren Handel vnd Wandel vnter anderen auch in der Statt Comothaw vngehindert führen vnd treiben dörfften, lauth höchstbesagt Ihrer May. den zwayvndzwanzigisten Nouembris anno sechzehenhundertsibenvndfunffzig gnedigisten Schreibens abgeforderten vnd darauf eingelangten gehorsambisten vmbständigen Bericht aus dero kay. vnd königl. löbl. böheimbischen Hoffcantzley sub dato sibenzehenden January des darauf gefolg-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten nunmehr verwichenen sechzehenhundertachtvndfunffzigsten Jahrs besagte Juden, wan sie sich anmelden würden, in nachfolgenden formalibus dahin weißen laßen, daß sie, die Juden nemblich, dißfahls albereith durch die königl. böhemische Camer verabscheidet worden, alß hat sie böhmische Camer auf ihr der Statt Commothaw weitteres gehorsamb inständiges Anhalten zu desto besserer Versicherung vnd Männigliches Wißenschafft angeregte, bey der königl. Camerexpedition befindtliche Beschayd von Wortt zu Wortt alhier zu inseriren verwilliget:

Nemblichen vors erste auf der Juden aigenes Suppliciren vnd Anhalten. *(Es folgt der Bescheid der Kammer vom 1. X. 1635.)*

Und widerumb zum andermahl auf ihr ferner Anbringen *(es folgt der Bescheid der Kammer vom 28. II. 1637)*, welcher Beschaydt der Statt Comothaw mit folgenden Decret insinuiret worden: Burgermeister vnd Rath der Statt Comothaw zur Nachrichtung zuzustellen.

Dan zum dritten auf der Statt Commothaw wieder der Juden anno sechzehenhundertzweyvndfunffzig den funffzehenden Julij ausgebrachtes kay. Rescript eingewendtes Suppliciren an die königl. böhmische Camer vmb Schutz vnd Intercession an Ihr kay. May. *(Es folgt der Bescheid der Kammer vom 21. X. 1652.)*

Deßen allen nun sich die Statt Comothaw in allen erheischenden Fällen vnd Begebenheiten zu ihrer besten Notturfft zu gebrauchen vnd vestiglich zu halten haben, auch dabey beständig geschüzet werden solle, derowegen ihnen dan auch vber alle in dießer absonderlichen Priuilegiensach pro et contra vorgangene gewechselte vnd eingebrachte, bey der königl. böh. Camerregistratur verwahrlich aufbehaltene mehrere Schrifften eine beglaubte Recognition ertheilet vnd dießer Recehs vnter Ihrer May. fürgetruckhten kaißer- vnd königl. Insiegel ausgefolget worden. Datum ex camera regia Pragae den sechzehenden Monathstag May anno 1659.

Alesch Wratislaw von Mitrowitz.
Joan Frantz Graff von Wrtby
J. v. Elßhaim.

Original auf Papier mit Papiersiegel.

96.

1659 Mai 20 und 1666 Feber 11.

Die Jüdin Zipperle von Eidlitz als Gläubigerin.

Demnach deß Paul Thiembs verstorbenes Eheweib den 20. May 1659 der Zipperle Judin 8 Rthlr. schuldig wordenn, worüber sie ihre weibliche Klaydung vnndt etwaß weiße Wäsche vnndt etliche ange-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

henckte Groschen zum Vnterpfandt geben, weiln aber bemelten Paul Thiembs Weib seel. mit Todt abgangen, daz Pfandt nicht hat wollenn von ihme gelöset werdenn, alß hatt bemelte Judin solches Pfandt bey Gerichten niedergelegt vnndt sich mit ihn derogestalt verglichenn, daß er alsobalt 3 Fl. vnndt dan vonn 6 Wochenn zu sechs Wochen 3 Fl., also vonn heut vber 18 Wochen, solche vbrigen 9 Fl. vnfehlbar bezahlen will, in wiedrigen aber solche Termin nicht gehalten werden möchten, soll ihr Judin daz Pfandt hinaußgeben werden vnndt solcher Vergleich vor vngültig gehalten werden. Actum Commot. in loco judicij 7. May 1660. — Diese Schuldt ist erlegt worden, welcheß die Klagerin empfangen.

96a.

Zipperlin Judin mit Hans Christoff Becker wegen Schuldten: Heut dato den 11. Februarij a. 1666 beklagt die Ziepperlin Judtin von Eydtliz dem Hans Christoff Becker wegen 4 fl. 30 kr., welche er gestandten unndt solche auff drey Termin, als in 3 Wochen 1 fl. 30 kr., alsdann wieder in 3 Wochen 1 fl. 30 kr. unndt den 3ten Termin auff st. Philippi vnndt Jacobi 1 fl. 30 kr., dauon die Judtin gegen der Gebüehr eine Abschriefft genohmen. Ist auch nachmahlen richtieg eingehalten wordten. Commothau ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1658–1662, S. 12v und von 1664–1668, S. 32v.

97.

1660 Mai 25 und 1661 April 16.

Die Juden Nadel und Hierschel als Gläubiger.

Heüt dato den 25. May (1660) erlegt Anna Maria Mathes Lehmanin an der erklagten Judenschuldt pro interim 9 Fl.

Item den 17. Juny wiederumb erlegt 5 Fl.

Hieruon hat Nadel Jud empfangen 5 Fl. vnndt Hierschel 9 Fl. eodem die anno 1660.

97a.

Heut dato denn 16. Aprilis beklaget Nadel Jud denn Matthes Lehmen, daß er ihm noch 7 Fl. 40 Kr. schuldig, welches der Beklagte innerhalb 6 Wochenn bey Gerichten unfehlbar niederlegenn mit gegebnenn Handtschlag versprochenn. Actum Commot. ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1658–1662, S. 13 und 17v.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

98.

1660 August 30.

Zahlung an Wolf aus Eidlitz für geliefertes Unschlitt.

Denn 30. Aug. a. 1660 erscheinet vor Gerichten allhier Wolff Judt vonn Eydlitz vnndt beklaget dem Hanß Georg Brändeln, Seiffensieder allhier, wie daß er ihm verwichenen Jahrs vor Inselt schuldig verblieben 9 Fl. 9 Kr. Weiln er aber Brändel solchen Rest wegen Vnuermögen nicht alsobalt bezahlen kann, allß verspricht er, daß er solchenn Rest innerhalb 6 Wochen bey Gerichtenn erlegenn will. Actum ut supra.

Dieser Rest ist den 22. 9bris bezahlt vndt hat solches der Kläger zu seinen Händenn empfangenn.

Aus dem Gerichtsbuche von 1658–1662, S. 14v.

99.

1662 September 26 und 1664 Feber 1.

Zahlungen des Moyses Pfleser, Kürschners zu Komotau, an die Juden Nadel aus Eidlitz und Isak für empfangene Felle.

Den 26. Septembris anno 1662 beklaget Nadel Judt von Eydlitz dem Moyses Pfleser Kürschnern allhier, wie daß er ihme laut seiner vonn sich gegebenen Handtschrifft denn 18. Aprilis dieses instehenden Jahres vor Schafffell (noch Abführung 4 Fl.) noch schuldig bliebenn 22 Fl. 40 Kr. item alter Rest 1 Fl. 21 Kr. zuesammen 24 Fl. 1 Kr. Weiln aber der Beklagte sein Vnuormögen vorschützet, so hatt sich der Kläger dahin vermögenn laßen, dieweil ihm der Beklagte versprochenn, vonn dato in 6 Wochen, allß auf st. Martini, denn halben Theil vnndt dannen kommende Weyhenachten den Vberrest bey Gerichtenn vnfehlbar zu erlegenn, ist also solches zue Nachricht notiret wordtenn. Actum Commotovij ut supra.

Auff diese Schuldt hat der Beklagte den 23. 9bris erlegt 7 Rtthl., welches der Kläger empfangen. Der Vberrest ist den 30. Jan. 1663 von obbemelten Moyses Pflesern richtig bey Gerichten erlegt worden, welches alsobaldt der Nadel Judt zu seinen Henden empfangen.

99a.

Den 1. February 1664 beklagt Moyßes Pfleßer den Isack Judten wegen einer sülberner Gürtel vndt 3 Stück Wäsch, so er ihm wegen 12 Fl. Fellschuldt zum Vnterpfandt geben. Weilen aber er Pfleßer daß Geldt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bey Gerichten baar erlegen müßen, er Judt aber sich endtschultiget, daß er solche Gürtel nicht bey Handten, sondern zur Lichtenstadt in Uerwahrung hat, alß ist von denn löbl. Gerichten erkennet vndt außgesprochen wordten, daß er Judt die 3 Stück Wäsch alßbaldt bey Gerichten nidterlegen soll, die Gürtel aber von dato in 6 Wochen, inn Fall aber bemelter Judt solche Gürttel vnter denn benimbten 6 Wochen nicht bey Gerichten einlegen würdte, so soll ihme Pfleßern solche 12 Fl. sambt der Wäsch wiederumb abgefolget werdten vndt er Judt soll sich wegen solcher 12 Fl. an der Gürttel bezahlt machen, ist alßo solches auff Begehrn deß Klägers in allhießig Gerichtsbuch inserirt wordten. Actum ut supra.

Aus dem Gerichtsbuche von 1658–1662, S. 21v, und von 1662–1664, S. 56.

100.

1665 Dezember 29.

Die Frau des Eiswig zu Eidlitz bietet eine Forderung zum Kaufe an.

Denn 29. Decemb. (1665) in jeztgemelten Burgermeisterambt ist des Eyßwigs Judtin zu Eydlitz Weib erschienen vndt hat Barbora Weichartin vndt Christoph Sadtlern erfordern laßen vndt hat vermög der Anweyßung ihrer auf des seel. Herrn Balthasar Weicharts Hauß habenten Schuldt zu uerkauffen angebothen, weilen sie solches auß Vnuermögenheit nicht kauffen können, haben sie solches uermög ihres Herrn Burgermeister gegebenen Handtschlag looßgesaget, ist alßo solches vmb die Gebür registriret wordten. Actum Chommothaw ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1661–1693, S. 63v.

101.

1667 Juni 26 – 1668 August 21.

Der Rat zu Komotau empfiehlt den Tuchmacher Christoph Sieman dem Juden Lewel Siemon von Laun, der ihm Wolle liefern will, und regelt die Abzahlung seiner Warenschuld.

An den Judten zue Laun, Lewel Siemon, wegen Chriestoff Sieman, hiesiegen Tuchmachers. – Ehrbarer vnndt bescheydtener lieber Löwel Siemon. Eß ist anheute vor vnß erschienen Chriestoff Sieman vnser

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Mitburger vnndt Tuchmacher, berichtente, welcher Gestaldt Ihr ihme 13 Stein Woll zue 5 Fl. dergestaldt kaufflichen hienlassen vnndt eine zeitlang solche, jedoch mit vnsern Vorbewuest, in Borg zue gestundten der Meinung weret, dienstfreundtlich biettent, wier ihme dieser Vrsache halben Recommendatorios ertheylen wollen. Wann vns dann wohl bewuest, daß er allenthalben nach gueten Credit gehalten, alß beschiehet an Euch vnßer freundtlicheß Ansinnen, Ihr wollet ihme bemelte 13 Stein Woll zue 5 Fl. gefolgen lassen. In Fall nun er Chriestoff Siman nechstkomment st. Martini das Geldt alß 65 Fl. nit bahr bezahlen würdte, seindt wier erbottieg, ihme durch obriegkeitlichen Gewaldt darzue zue compelliren, vnß darbey allerseiths göttlichen Gnadten empfehlent. Euer freundtwielliege Burgermeister vnndt Rath daselbst. Commothau den 26. Juny Anno 1667.

101a.

Den 18. April anno 1668 ist vor deß Löbel Jueden Siemon von Laun seines hieher geschickten Schreiben vndt abgeordneten Gevollmächtigen Christoff Simon in Herrn Georg Frantz Egermans Burgermeisterambt wegen 97 Fl. Schuldt erfordert vndt zur Bezahlung angehalten wordten, dieweillen er aber deßenhalber biß kommente Weinachten vnterschiedtliche Termin vorgeschlagen, in welchen daß löbl. Burgermeisterambt nit consentiren können, sondern ihm Christoff Simon der Bezahlung volgente Termin, alß den ersten auf nechstkommente heilige Pfingsten die Helfft 48½ Fl. vndt die andere Helfft alß 48½ Fl. in 6 Wochen hernach, deßen er mit von sich gegebenen Handtschlag angelobt vndt versprochen, daz er solchen ohne fernere Außflucht mit Danck nachkommen will. Zue dießem Endt ist solches vmb künftiger Nachricht inß Memorialparthenbuch gegen der Gebühr registrirt vndt obgedachten Juden eine Abschriefft ertheilet worden. Ut supra.

101b.

Nachrichtlichen zue wießen, daß Chriestoff Siemon Tuchmacher allhier denn Siemon Löwel Juden in Laun uor außgenohmene Schaffwoll 97 Fl. rechtmäßig schuldig wordten vndt selbe auf gewießе Termin baar zu bezahlen uersprochen, weilen er aber endtzwieschen eine gerauhme Zeit ubelauf gewеßen vndt in wehrenter seiner Kranckheit sein Handtwerck nicht prosquiret, dahero er die gebührente Bezahlung nicht praestiren können. Damit nun ermelter Judt seiner Praetension fähig wirdt, alß hat er auf frdl. Zuredung des Herrn Burgermeisters von Chriestoff Siemon ein rothes vndt ein schwarzes Stück Tuech, item ein Stück Poy

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

pro 60 Fl. übernohmen vndt die ubrige noch restirente 37 Fl. uerspricht er mit einen Handtstreich, khünfftig Martini iezt lauffenten Jahrs baar in einer unzertheylten Summa ohne fernere Mühewaltung zu erlegen, zu welchen vorgeschlagenen Zahlungsterminen ermelder Judt zufrieden geweßen vndt wegen gewießer Haltung willen in alhießieg Memorialparthenbuch notiren lassen vndt gegen der Gebür eine Abschriefft genohmen. Geschehen Commothaw in Burgermeisterambt Herrn Johann Schuders den 21. Aug. 1668.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1662–1673, S. 153v; aus dem Memorialbuche von 1661–1693, S. 85 und 88v.

102.

1668 November 6.

Dem Isaak Schay von Ung. Brod und 2 anderen Juden werden in Sebastiansberg wegen Nichtzahlung des Zolles die Pferde weggenommen.

Heut dato den 6. 9bris a. 1668 ist in Herrn Andereae Teyßers Burgermeisterambt H. Michael Lorenz Pachman, ihrer röm. kay. may. Gränizzoll- vndt Ungeltseinnehmer, erschienen, vor- vndt angebracht, wienach er nechsthien den 26. 8bris eines Juden nahmens Isaack Schay von Ungarischen Broth sich nennendt sambt nach einen undt eines Juden Jungen wegen, daß sie bey der kay. Gräniczzoll- vndt Ungeldtsstadt S. Sebastianbergk in Verbeyreuthen von Leipsieg hieherzue die schuldige Gebühr nicht endtrichtet vielweniger ein frey Polet uorzuzaigen gehabt, drey Klepper alß ein rechtmäßieg verfallen Contrabant angehalten undt eingezogen hette undt weilen dieselben mit ihrer uermeinten Unschuldt nicht wieder erscheinen theten, ersuchet er daz löbl. Burgermeisterambt ehrerbittig, daß solche Klepper jezigen Zustandt nach möchten abtaxiret werden, warauf H. Burgermeister die Hernachbenandten, alß Adam Thielen, Jacob Pratfelt unndt Chriestoff Pöscheln, alle Drey Mitburgere undt roßtauschuerständige Leuthe, erfordern lassen undt solche Taxirung bey ihren guten Gewießen zu uerrichten aufgetragen, warauf dieselben in Augenschein genohmen undt das kleineste aldte Pferdel, warauf der gedachte Judenjung geritten, pro 3 Fl., die andern bede aber sambt schlechten Sättlerzeug undt ein Baar alten rostigen Piestolen pro 24 Fl., alßo in Summa pro 27 Fl. geschätzet. Daß deme alßo vndt nicht anders, bescheinet dieße mit gemeiner Stadt kleinern Innsiegel außgeferttigte Attestation, so geschehen Comothau ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1661–1693, S. 92v–93.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

103.

1668 November 21.

Wolfel aus Eidlitz läßt eine Forderung für einen Kupferkessel eintragen.

In Herrn Andereaß Teusßers Burgermeisterambt hat sich heut vngemeldten dato Wolffel Juedt von Eydlicz wegen seines ihm von Adam Kürsch vergangenen Montag abgenohmen kupffernen Käßtelß angemelt. Damit er nun an seinem Rechten ihm nichts verschwiegen haben will, hat er solches zur künfftigen Nachricht vmb seine Gebühr inß alhiesige Memorialpartthenbuch registriren laßen. Actum Commothau den 21. 9bris anno 1668.

Aus dem Memorialbuche von 1661–1693, S. 91v.

104.

1669 Jänner 22.

Israel aus Eidlitz erhält Schmerzensgeld für erlittene Schläge.

Demnach sich zwischen Martin Hebern vnndt Mattheß Andreß, beeden Burgern allhier, vnndt den Georg Pley Fleischhackern vnndt Israel Juden zue Eudlitz einige vnnöthige Zanck vnndt Schlagerey eraignet, also daz beede von Eudlitz ziemblichermassen mit Schlagen seindt tractirt worden, vnndt weillen sie sich bey denen löbl. Gerichten allhier beklaget vnndt Satisfaction verlanget, alß sindt sie allerseiths hinwieder mit einander güetlichen verglichen vnndt beeden Beklagten aufferlegt worden, daß sie denen Klägern vor empfangene Schläg vnndt Versaumbnuß alß den Blew 7 vnndt den Juden 6 Fl. bezahlen sollen vnndt müssen, alsolang auch in Arrest zu verbleiben, bieß sie neben der Gerichtsstraff sothane 13 Fl. werden bezahlet haben. Actum in loco jud/icii/ den 22. January 1669.

Aus dem Gerichtsbuche von 1668–1670, S. 77.

105.

1669 Jänner 22 und 25.

Klagen des jungen Wölfel oder Israel von Eidlitz gegen Hans Georg Brendl auf Bezahlung von Schulden.

Auff deß jungen Wölffels Juden zur Eidlitz wider den Hanuß Georg Brendl, hiesigen Mittburgern, angebrachte Klag geben die löbl. Gerichten zum Bescheidt: Weillen Kläger vnterschiedliche Obligationes, auch in-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

stehendes Pfand, in Handen, daß sich Beklagter mit ihme berechnen vndt den verbleibenden Rest von dato in 14 Tagen die Helfft, die andere Helft in 4 Wochen vnfehlbar zu bezahlen will, deme er mit von sich gegebenen Handtschlag nachzukommen versprochen. Actum eodem loco et die (22. January 1669).

105a.

Den 25. dito (January 1669) erscheinet Israel Jud wiederumb bey Gerichten alhie vndt den 22. eiusdem von den löbl. Gerichten wider Hanß Georg Brendel an Klag ihm erthailten Bescheidt hat sich Judt mit ihm berechnet vndt soll den ubrigen Schuldtrest von ihme Brendel ohne Nachtheyl den löbl. Gerichten zue gewartten haben, mit Ablegung der Gerichtsgebühr.

Aus dem Gerichtsbuche von 1668–1670, S. 7–8.

106.

1669 Jänner 25 – 1672 August 19.

Bezahlung von Schulden an Juden von Eidlitz.

Eodem die (25. January 1669) beklaget Lämmel Jud Georg Stoß wegen ihm schuldig wordene 5 Fl. 50 Kr., welche Schuldner solche gestanden vndt bezahlet.

106a.

Denn 14. Appril (1671) erscheinet bey Gerichten Wolff Judt von Eydlietz, beklagt Hannß Herman wegen 4 Fl. Schuldt, welche er auch gestandten vndt nach sechswöchentlicher burgerlicher Friest denn Judten bezahlet.

106b.

Den 12. 8bris (1671) beklaget Wolff Judt von Eydlietz Nikolaum Pündter, Tuchmachern allhier, wienach er ihme vor Woll 6 Fl. 90 Kr. schuldtig wordten, hat alßo Beklagter die Schuldt gestandten vndt nach 6wöchendtlicher gegebener Friest bezahlet.

106c.

Eodem die (11. Marty a. 1672) ist Nickolaus Bündter von einen Judten wegen 2 Fl. 30 Kr. beklagt wordten, hat alßdann 1 Fl. 30 Kr. auf Faßnacht vndt den ubrigen 1 Fl. auf heyl. Ostern einzulegen versprochen, so auch erfolget.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

106d.

Den 12. July (1672) beklagt ein Judt von Eydlietz Hannß Kraußen, Lohegärbern alhier, wegen 11 Fl. Läderschuldt, verspricht, solche auf heyl. Maria Geburth zu bezahlen, so dann auch endricht wordten.

106e.

Den 19. Augusti a. 1672 beklagt Wolff Lemmel, Judt von Eydlietz, Johann Ernst Reichel wegen 24 Fl. 30 Kr. Schuldt, so Beklagter aufrecht gestandten vndt inner 6 Wochen zu bezahlen versprochen, worauf dann die Bezahlung praestirt wordten.

Aus dem Gerichtsbuche von 1668–1670, S. 8, und von 1670–1673, S. 2v bis 5.

107.

1669 Dezember 2 und 30.

Der junge Wölfel von Eidlitz klagt eine Forderung für gelieferte Schafwolle ein.

Heut dato den 2. Decemb. 1669 in Herrn Geörg Pergers Burgermeisterambt ist Wölffel Judt inuior von Eydliecz erschienen vndt vorgebracht, wie daß er Chriestof Simon Tuchmachern alhier auf sein frdl. Anlangen zu Vortsetzung seines Handtwergks vor 39 Fl. Schaffwoll khünfftig Weinnachten ieczt lauffenden Jahrs laut in Handt habendter Obligation zu bezahlen dergestalt vorgeseczet, daß, wan er Sieman wieder Verhoffen denn bestimbten Zahlungstermin nicht einhaldten wurdte, daß sein Nachtbar Matthes Harbauer, welcher zugleich mit in Burgermeisterambt erschienen, statt seiner zu hafften vndt sich zu einen Selbstschuldtiger besag seiner eigenen Handtvnterschriefft der außgeferttigten Obligation gemachet vndt gutgesprochen, welche praestirte Caution eingancksbesagter Judt wohl vor genehm gehalten vndt solches gegen Reichung der Gebühr inß allhiesiege Memorialparthenbuch zu registriren vndt vmb Erteylung einer Abschriefft gebethen. Actum ut supra.

107a.

Heut dato den 30. Decemb. 1669 in Burgermaisterambt Herrn Gottfriedt Bößwers erscheinet Wölffel Judt von Eydliecz vndt hat Matthes Harbauern wegen seiner vor Chrißtoff Simon praestirten Caution der endtnohmenen 39 Fl. Schaffwoll deß in vorhergehendter Registratur genohmenen vnndt nicht eingehaltenen Zahlungstermin beklagt, weilen aber Debitor mit der Bezahlung alsobaldten nicht auffkommen können,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

alß hat er Harbauer mit gegebenen Handtschlag eingancksermelten Herrn Burgermeister angelobet, daß er von dato über 4 Wochen sothane 39 Fl. baar ablegen wiell, weßenwegen dann dießes vmb künfftiger Nachricht wiellen umb die Gebühr in allhiesieg Memorialparthenbuch registrirt wordten. Actum ut supra.

107b.

Den 1. Feb. 1670 in Herrn Nicolauß Wolffen Burgermeisterambt ist Matthes Harbawer nebenst Chriestof Simon erschienen vndt hat vorgebracht, daß ihm gedachter Chriestof Simon wegen deß von Welffel Juden von Eytliecz gemachter Wollschuldt, welche er Matthes Harbauer vermög Bürgschafft bezahlen müßen, laut von sich gegebener Obligation vndt eingeseczten Pfand noch 22 Fl. 30 Kr. pro Rest verbleibt, welche er Chriestof Simon seines Herrn Burgermeisters gegebenen Handtschlags die nandte 22 Fl. 30 Kr. seinen Schuldtiger Matthes Harbauer ohne fernere Mühe auf nechstkommenten Simon vndt Juda mit Danck bezahlen wiell angelobet vndt versprochen, derowegen Matthes Harbawer dießes vmb bößerer Versicherung halber solches inß hiesige Memorialpartthenbuch gegen seiner Gebühr registriren laßen vndt vmb künfftiger Nachricht wiellen vmb eine Abschriefft gebetten. Commothaw ut supra.

Aus dem Memorialbuche von 1661–1693, S. 97–98v.

108.

1671 Juli 24 und September 16.

Juden als Gläubiger in Verlassenschaftsinventaren.

Inventarium vber weyl. titul. Herrn Chriestoff Wielhelm Wohlgemuths vom Roßenthal ... hinterbliebene Verlassenschafft in Neundorff vnndt Hreitzenhan, dann alhier in der Stadt Commothau ... den 24. Julij a. 1671. Ausenstehente Schulden ... der kleine Jackel Judt von Prag vor ein Pferdt 75 fl. Hiengegen Schulden zue beczahlen fündten sich ... dem Judt Wagenmacher in Prag 90 fl. ...

108a.

Inuentarium vnndt Abtheylung vber weyl. Frauen Margaretha Martin Grünerin hinterbliebene Verlassenschaft ... Commothau den 16. Sept. a. 1671. Schueldten zue bezahlen ... Dem Judten von Eydtliz dem Eysiegl vor Woll 1 fl. 15 kr. ...

Aus dem Erbteilungsbuche von 1655–1675, S. 164–193 und 249v–251.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

109.

1671 September 10 – 1674 November 12.

Der Rat an Jacob Aron zu Lichtenstadt: Empfang seines Schreibens vom 9. September; Hinweis auf den von der Schuldentraktationskommission ihm erteilten Bescheid.

An Juden Aron zuer Liechtenstadt wegen seiner hier habenten Schueldtforderung: Ehrbarer vnndt bescheydtener lieber Jacob Aaron. Waß derselbe vntern 9. Septembris an vns schriefftlichen gelangen lassen, haben wier zue Recht empfangen. Belangent nun dessen Schuldt alhier, wierdt er vngezweifelt von der hochlöbl. Schueldtenßtractionscommission vber dero Abhandtlung eine außgefertigte Recognition in Handten haben, inhalt welcher zue sehen, waß bießhero darauff entrichtet sey vnndt wieviel derselbe, massen es eine so hohe Summam nit mehr betreffen thuet, alhier annoch zue fordtern habe. Mit Verbleibung etc. Desselben dienstwielliege Buergermeister vnndt Rath der Stadt Commothau. Commothau den 10. Septembris anno 1671.

109a.

Der Rat an Heinrich Max Ungar, Rentschreiber zu Liebshausen; Zession der Forderung des Jakob Aron an ihn; Unmöglichkeit, jetzt zu bezahlen; alle auf die Schuld der Stadt bezüglichen Dokumente sind vorzulegen.

An Herrn Heinrich Max Vngar Rendtschreiber zue Liepschausen wegen deß Juden Arons cedirter Schuldt: Edlvester vnndt wohlvornehmer großgünst. hochgeehrter Herr Rendtschreiber. Nebst hienwieder Entbiettung bereythwiellieger Dienste ist es nit ohne, daß wier dem hochfüerstl. sächs. Hofjuden zuer Lichtenstadt, Jacob Aron, mit einer solchen Schuldtpost behafftet seindt, welche wier auch inhalt hochlöbl. königl. Schuldtenstractationescommission zue st. Georgy vnndt st. Gally zue bezahlen schueldtig, auch nach Mögliegkeit abzuestatten begiehrig, welche nun dem Herren von ihme vermöge beygelegter Cessionscopia anstat seiner zue erheben cedirt vnndt abgetretten wordten. Daß aber solche zue bestiembten Termin ohne Vncosten liefern solten, ist dergleichen von vnßern größern churfürstl. Creditoren niemahlen begehrt, vielweniger ihme Juden bießhero dergestaldt abgeführet, sondtern auff Vnkosten abgeholt vnndt, da solche Geldter alsobaldten in tempore nit behandten sein können, von ihme gleich andern chriestlichen Creditoren in Gedult gestandten wordten, wie dann dato etliche mit ihren verstrichenen st. Georgytermin in Gedult stehen. Alß wierdt der H. ebensfahlß gleich andern zuer Zeit, da daß Geldt in continenti nit beyhändtig,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sich zue geduldten haben. Hat aber der Herr darbey leicht zue erachten, daß wier auff solche einseithiege Cession nichtß zahlen können, vnndt darbey die Haubtobligation, Recognition, Abreyttungen vnndt waß zuer Sachen von nöthen, hienter den Juden lassen solten. Warbey nebst Empfehlung göttl. Gnadten Schuezes verbleiben deß Herrn dienstwielliege Buergermeister vndt Rath der Stadt Commothau. Commothau den 4. Octobris a. 1671.

109b.

Der Rat an Heinrich Ungar, Hauptmann auf Bilin: Die Bezahlung der aus der Forderung des Jacob Aron herrührenden Post von 100 fl. kann nur nach Vorlage aller Dokumente erfolgen.

An Herrn Haubtman Heinrich Vngar zue Bylin wegen deß Lichtenstädter Juden angewiessener 100 Fl.: Edlvester vnndt wohlvornehmer großgünst. hochgeehrter Herr Hbtman. Nebst Erwüntzschung glückseel. heyl. Pfingstfeyertäge hetten die verlangte auff den lezten Termin vertagte, von Jacob Aron Juden von der Liechtenstadt herrührente 100 Fl. herzliechen gerne duerch Zeugern vberschiecken wollen, weilen aber solches ehenter nit beschehen kan, eß werdte dann die Obligation wie auch die dießfahls beschehene Berechnungen Contracte Recognitiones vnndt andere hierinnen gewechselte Schriefften sambt einer Haubtquittung mit der Creditoren eygenhendtiegen Vnterschriefft vnndt Pettschafft, daß solche Schueldt nunmehro in der Gäntze bezahlt sey, zuegleich mit eingehendtieget, als wollen verhoffen, eß werdte der Herr, daß es bieß dahien anstehen verbleiben mueß, ein solches in keinen Vblen vermercken, hiengegen nebst Empfehlung göttl. Gnadten Schuezes verbleiben vnserß hochgeehrten Herrn dienstwiellige Buergermeister vnndt Rath der Stadt Commothau. Commothau den 19. May a. 1673.

109c.

Der Rat an die Lazar Aronischen Erben in Lichtenstadt: Empfang ihres Schreibens: die eingesandte Abschrift des Totenscheines ist mit einer Bestätigung des dortigen fürstlichen Amtes an das Kreisamt einzusenden.

An die Lazari Arons Judenß von der Lichtenstadt hienterlassene Erben wegen der leztern 100 Fl. vnndt Todtenscheinß: Bescheydtene vnndt Geehrte. Wier haben Euer Schreiben sambt beygefüegter Copia des aufgesezten Todtenscheinß zue Recht erhalten vnndt solchen etwaß beyzuefügen erachtet. Indeme nun vber dießes auß dem königl. Creyßambt in Gnadten berichtet wordten, daß Ihr dem nach beyliegenter Copia vnter meiner eygenen Handt vnndt Pettschafft außgeferttigten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Todtschein vmb besserer Versicherung wegen mit dem hochfüerstl. Ambt corroboriren lassen soltet, alß wollen verhoffen, Ihr werdtet ein Solches dergestaldt zue hochgedachten königl. Creyßambt einschicken, von darauß wier dan fernern gnädtiegen Befelchß erwartten vnndt hierauff alßbaldtige Bezahl- vnd Contentirung leisten vnndt anderwerttige Verlängerung nit causiren werdten. Burgermeister v. Rath daselbst. Commothau den 12. Nou. a. 1674.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1662–1673, S. 259–337, und von 1674–1678, S. 53v–54.

110.

1673 Feber 23.

Wölfel und Löbel in Eidlitz als Gläubiger.

Den 23. February (1673) ist Wölffl Judt von Eydlietz bey alhießigen Gerichten erschienen vndt wegen eines Vergleichs mit seinen Mitjudten Löbel ihre Schuldten, so sie bey folgendten Burgern stehen vndt zu praetentiren haben, gerichtlich abzutheylen vndt einzubrüngen, derohalben erstl. ist citiret wordten Hannß Georg Brändtel, so dem Wölffel 3 Fl. 30 Kr. schuldtig verblieben vndt inner 6 Wochen zu bezahlen angelobet, auch contentiret hat. Item beklagt dießer Judt Wölffel Barthl Schmiedtern, so ihme auf seinen Theyl 10 Fl. schuldtig, hat ebenfals, solche innen 6 Wochen, id est Mitfasten, zu erlegen, versprochen, wie auch contentiret.

Item beklagt erwähnter Judt Daniel Ihlo wegen 39 Fl., so zwar Beklagter gestandten, vmb Friestung gebethen, dahero ihm die löbl. Gerichten 2 Termin bürcherliche Friestung ertheylet, alß inner 6 Wochen die Helfft 19 Fl. 30 Kr. vndt dann in derogleichen Friest die andtere Helfft zu bezahlen auferleget, ist auch völlig contentiret wordten.

Aus dem Gerichtsbuche von 1670–1673, S. 5v.

111.

1673 März 26.

Die Görkauer Fleischer gegen Störer und Juden.

Do sich auch Personen, es seindt gleich Christenstöhrer oder Juden, in der Stadt oder Vorstadt wie auch uf den Dörffern understunden, Vieh zu schlachten, das Fleisch inn oder außerhalb der Stadt halb- oder stuckweis zu verkauffen, solche Störerey aber dem Handtwergk nach-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

theilig und schädlich, alß sollen solche durchauß nicht in Städtlein sondern uf allen Gründen Gebüeth und Dörffern, so ietz zur Herrschafft Rothenhauß gehörig sindt oder ins künfftige kommen mögten und do sie es vor alters nicht befuegt, abgeschafft und in keine Weg verstattet werden.

Aus der Zunftordnung der Görkauer Fleischer.

112.

1675 Feber 28.

Der Rat an die Kreishauptleute: Abzahlung der letzten 100 fl. an Jakob Weiß, Bevollmächtigten der Lazarischen Erben.

An die Herren Creyßhaubtleuthe wegen der Juden von Lichtenstadt gezahlten Schuldt.

Hoch- vnndt wohlgebohrner Freyherr, auch wohledlgebohrner vnndt gestrenger Rietter, gnädtieg vnndt hochgebiettente Herren Herren. Nebst vnßern gehorsamb wielliegen Diensten haben auff titul. Ihr Excell. vnndt Gnadten der königl. Herren Herren Stadthaltere in Gnadten beschehene Verordtnung vnndt Euer Gnadten vnndt Gestr. hierauff sub dato Luck den 27. dießes zue Endt gelauffenen Monaths alß gestrieges Tages ergangenen gnädtiegen Befehlich, denen Jacob Aronischen Weyßen Juden von der Lichtenstadt den letzten Termin bey gemeiner Stadt nach ruckstendtieg geweßen einhundtert Fl. auf eingehendtigten Todtschein zue gehorsamber Folge bahr außzehlen lassen, warmit alßo diese alhier gestandtenen Judenschueldt vergnügt vnndt in der Gänze bezahlt wordten ist, welches Euer Gnadt. vnndt Gestr. hiermit gehorsambl. berichten wollen vnndt nebst göttlicher Obsicht verharren Euer Gnadt. vnndt Gestr. gehorsambe Burgermeister vndt Rath der Stadt Commothau. Commothau den 28. February a. 1675.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1674–1678, S. 80v.

113.

1676 Oktober 5.

Die untertänigen Juden in Eidlitz sind gegenüber anderen Störern bevorzugt.

Zum fünfften soll kein Stöhrer in Städel oder obrigkeitlichen Dörffern gelitten noch mit Arbeit und gemachten Wahren herumzugehen geduldet werden, es were dan ein schutzverwander Jud, wo aber deren einer ange-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

troffen und betretten würde, denselben soll aller Zeug und Wahren genommen, auch ein jeder, so dem Stöhrer gefördert, dem Meistern ein Schock meiß. zur Straff geben.

Aus der Zunftordnung der Eidlitzer Gesamtzunft.

114.

1680 Feber 12.

Der Rat ersucht den Rothenhauser Amtsverwalter, zu intervenieren, damit ein Jude Geduld mit seinem Schuldner haben möge.

Rothenhauß. H. Johann Christoff Scheibner wegen Hans Georg Toranths Judenschuldt.

Edlvester vnndt wohlvornehmer hochgeehrter Herr Ambtßverwaldter. Nebst Hienwiedervermeldtung wielliger Dienste freundtlich berichten, daß deß Juden Schueldt anfangß zwanzig Gueldten bestandten, iezt aber bieß auff sieben Gueldten vnndt etliche Kreuzer bezahlet ist. Weilen aber dem Beklagten Hans Georg Toranth keine Mögligkeit, etwaß abzuestatten, alß ersuechen vnsern hochgeehrten Herrn freundtlich, Er beliebe dem Juden unbeschwerth dahien zu persuadiren, damit er mit denen armen Leuthen in Ansehung, der Judt gleichwohl ohne vnsern Vorbewuest nicht hette soviel trauen sollen, auch etliche alhiesige Mitburgere viel Schueldten bey denen Judten haben, in mitleydtentlicher Gedueldt stehen möge, warbey nebst göttl. Obsicht verbleiben vnserß hochgeehrten Herren dienstwiellige Buergermeister vnndt Rath der Stadt Commothau. Commothau den 12. February anno 1680.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1679–1683, S. 114v.

115.

1683 Mai 25 und 1686 Juni 12.

Juden als Gläubiger in Erbinventaren.

Inventarium vnd Abtheilung nach Margaretha Wolffin seel. verbliebener Verlaßenschafft... den 25. Maij a. 1683. – Schulden zu bezahlen... einen Juden von der Lichtenstatt 31 fl....

115a.

Inuentarium vndt Abtheylung nach weyl. Johann Eser, Burgern vnndt Gastwürth... so geschehen Commothau den 12. Junij a. 1686. – Schuldten befündten sich... ein Jud Wolff Kohn von Skalken 8 fl. 16 kr.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

...ein Jud Caspar Wolff zue Dornau (?) 40 fl. 36 kr. ...Daniel Nesserle Jud zue Libochowiz. 3 Fl. 54 Kr. ...ein Jud von Wraney 6 fl....

Aus dem Erbteilungsbuche von 1676–1685, S. 101v–103, und von 1686–1702, S. 27–28v.

116.

1684 Juli 7.

Vorschlag des Komotauer Rates betreffend Abzahlung einer Schuld an den Launer Juden Löwel Marbitz.

An Löwel Marbiz von Laun wegen Georg Gaudels Schuldt der 35 Fl.

Ehrbar vnndt bescheidener lieber Löwl. Eß berichtet Simon Gaudtl, wienach er mit ihme wegen seines arrestirten Brueders Georgen restirenten 35 fl. eine Abrede gehalten, das er nach Erledigung des Arrestes lengstens in 14 Tag 15 fl., nechstkommende st. Michaelis 10 fl. vnndt darauf folgente heyl. Weynachten die vbrigen 10 fl. zu erlegen versprochen. Ob er nun darmit zufriedten, thun wier dessen Resolution erwartten. Commothau den 7. Julij 1684.

Burgermeister vnndt Rath der Stadt Commothau.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1684–1689, S. 7v.

117.

1685 Jänner 10.

Der Rat ersucht den Judenrichter der Prager Altstadt Jacob Poppert um „Amtshilfe" in Angelegenheit der Catharine Martin Franckin in Komotau.

An Judenrichter der königl. Alten Haubtstadt Prag, Jacob Poppert, wegen Martin Franckin Schuldtpraetension.

Ehrbarer vnndt bescheidener verordtneter Richter. Was allhiesige Mitburgerin vnndt Ziehngüesserin Catharina Martin Franckin wegen eines Juden Joachimb genandt, welcher derselben 51 fl. rechtmesig schuldtig wordten, an vns supplicando gelangen lassen, ist aus dem Inschlueß mit mehren zue ersehen. Wir dann darbey berichtet werdten, ob diejenigen ihr in Abschlag solcher Schuldt gegebene, bey ihren Mitmeister Carl Kolbing alß Geuollmechtigten daselbst depositirte 24 Ellen Damaschket (so sie pro 24 fl. annehmen wolen) wieder hienterliestig erhoben vnndt nur pro 8 fl. taxirt wordten sein, alsoviel die Schuldtner auch der Klägerin zue erheben eingelegt haben solte, da doch ein gewieser Jud selbst vermeldtet, daz solcher Damaschket pro 24 Rthr. verkaufft wordten. Wann dem nun also were, wie nit zweiflen, so wurdte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hierdurch ir die gröste Unbiell vermercket. Derentwegen in tröstlicher Hoffnung stehen, es nicht allein zue obiegen Capital der 51 fl., sondern auch wegen offtmahliger Reyß- vnndt andern Vnkosten bielligmesige Ambtshüelff erfolgen vnndt wiedrigens denen löbl. Rechten gemäß sich zue verhalten, es betreffe auch, bey Durchreys hiesiger Stadt, wem es wolle, nicht Vhrsach gegeben werdten. Versehen vns aber aller richterlichen Gerechtigkeit, welche auff dergleichen vnndt andern Fall zue erwiederen gefliessen scindt. Commothau den 10. Januarij a. 1685.

Jederzeit wiellige Buergermeister vnndt Rath daselbsten.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1684–1689, S. 33–33v.

118.

1685 Oktober 27.

Der Rat antwortet dem Rothenhauser Hauptmann, er könne die Verhaftung des Juden Kaschwitz nicht vornehmen.

H. Haubtman zue Rothenhaus wegen Arrestirung eines Juden.

Wohledler vndt gestrenger, hochgeehrter Herr Haubtman. Auff dessen Abgelassenes dienet zur freundl. Antwortt: Demnach nit wiessen, ob der Jud Kaschwiz ordtentlich beklagt wordten sey, also verhoffen, das diesfahls Ihrer hochgräffl. Gnadten mit Arrestirung seiner Persohn nicht gratificiren können, es werdte in keinen Vngnaden vermerket werdten, zuemahlen selben sowohl in dem kay. Würthshaus zue Kryma, allwo keine Jurisdiction haben, als auff offener Landtstrassen auffzueheben vnserseiths einer grosen Verandtworttung zue befahren hetten. Weilen aber nun Ihrer hochgräffl. Gnadten Gründte selbsten der Jud betretten mueß, als werdten Dieselbe vnmasgebig schon zue thuen wiessen. Mit Verbleibung vnsers hochgeehrten H. Hbtmans dienst wiellige Buergermeister vndt Rath alda. Commothau den 27. Octobris a. 1685.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1684–1689, S. 70v.

119.

1685.

Die Fleischer klagen dem Rate, daß sie von Juden und anderen Störern geschädigt werden.

Auch ohne unßern gehor. Erinnern offenbahr ist, daß wier arme Leidt von allen Orthen mit Stärern Pfuschern undt Juden umbgeben, welche, weillen sie so hoch in Zünßen nicht angesezet undt consequenter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ihre Fleischwahren wohlfeiler verkauffen känen, von unßern Nachbahren undt Mitburgern zuwieder unßern wohlhergebrachten kay. Privilegien den Zulauff haben und unß von ihnen jemeiniglich daß lehre Nachsehen gelassen wirdt.

Aus einer Originaleingabe der Komotauer Fleischer an den Stadtrat.

120.

Zw. 1688 Oktober 17 und 1689 Juli 29.

In einem Erbinventar kommen Schulden an Juden in Laun und Prag vor.

Inuentarium nach weyl. H. Maximilian Lorenz Pachman, Mitburgers vnndt Allaunhüettenverwalterß...

Schuldten zue bezahlen... Judenschuldt zue Laun 399 fl.... Jud zue Prag, Zochor, 13 fl....

Sielbergeschmeidt, so zue Laun ausgelöset wordten: 1 sielberne Uhr: 18 fl., 1 groser sielbern vergoldter Becher 14 Loth: 14 fl., 1 sielbern vergoldet Salzmestel 10½ Loth: 11 fl., 12 neue sielberne Löffel 32 Loth 3 g.: 32 fl. 45 kr., 1 Bahr sielberne Messer sambt 1 Löffel: 6 fl., 1 sielberne Gürttl 31 Loth 1 g.: 31 fl. 15 kr., 1 Panzergürttl halb vergoldtet 20 Loth: 21 fl., 1 kleinere 9¾ Loth: 8 fl. 17 kr., 1 Einschnürpanzerkettl 9 Loth: 7 fl. 12 kr., 5 Ring per Pausch pro: 27 fl., 2 Bahr Handtknöpfl: 2 fl., sielberne Knöpf, in allen 41 Loth: 40 fl., böhm. Cranaten: 4 fl., an Münz: 11 fl., thut 234 fl. 29 kr., item 1 Senckelnadel mit sielberner Cranzschien: 6 fl., 1 grose sielberne Güerttl 23 l. 3 g.: 27 fl., 1 Gliedergüerttl 25 l. 3 g.: 30 fl., 1 goldtenes Kettel: 20 fl., 1 golden Anhengstück: 6 fl., 2 goldtene Ring p. 21 fl., 1 sielbern Löffel: 1 fl. 40 kr., 1 groser Schaugroschen v. 3 angehenkelte Rthlr. p. 9 fl., 1 Ringl mit 1 Durkes: 2 fl., 1 Ringl mit Elendtsklau: 1 fl., 4 Fach Berlen p. 24 fl., 2 Fach grose Corallen: 3 fl.

Aus dem Erbteilungsbuche von 1686–1702, S. 71–82v.

121.

1691 Jänner 5 und November 26.

Bescheinigung des Rates für den Prager Juden Jacob Teplitzer.

Attestatum dem Juden Jacob Töplitzer: Buergermeister und Rath der Stadt Commothau hiermit vhrkundlich bekennen, daß der Jud Jacob Tepletzer seine Pferd, welche er zue Leipßig erkaufft, bießhero

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

jederzeit auf der königl. Landstraßen durch allhießige Stadt nacher Prag geführet habe, welches wier ihme auf sein Ansuchen hiermit unter gemeiner Stadt Insiegl gebührend attestiren. So geschehen Commothau den 5. Jenner 1691. Buergermeister vnd Rath daselbst.

121a.

Erklärung des Komotauer Gastwirts Hans G. Schiefer betreffs der Kosten für die Fütterung von Pferden des Jacob Teplitzer.

Heut dato den 26. Novembr. 1691 erscheinet in obgedachten löbl. Burgermaisterambt Hanß Georg Schieffer, Burger vnnd Gastwürth alhier, mit Vermelden, welcher Gestaldt er auff deß Jacob Toplitzer, Präger Juden vnnd Roßhandlers, gehörige bey ihme Schieffer dato stehende vnnd verkümmerte fünff Roß die darauff benothigte Fütterung biß in die 6 Wochen lang, so sich auff kommenden künfftigen Sonnabent den 1. Xbris endigen wurden, geraichet vnnd dafür wie auch andere bey ihm gestandene vnnd verpflegte Pferd in allen vor Zehr- vnnd Fütterung 74 Fl. zu fordern hette, langer aber sein Geldt nit müssigen weder gedachte Pferd vnterhalten könte, sonder in Fall nit erfolgender Bezahlung die Pferd zu verkauffen vnnd dauon sich vmb soviel bezahlt zu machen genothiget wurde, alß hat er zu mehrer seiner Sicherheit vnd, womit in Außbleibung der Bezahlung die Pferdt verkaufft werdten mochten, solches zu notiren, ihme hieuon die beglaubte Abschrifft, welche er gedachten Juden Jacob Töplützer zu pflegender Richtigkeit vnnd Verhüttung des Verkauffs zuschicken wolle, zu ertheilen gebetten. Commothaw ut supra.

Aus dem Korrespondenzbuche von 1689–1691, S. 46; aus dem Memorialbuche von 1661–1693, S. 214.

122.

1692 Jänner 3 und 1696 Oktober 4.

Eidlitzer Juden als Pfandinhaber in Erbinventaren.

Inventarium, was sich denn 3. Januarij 1692 nach seel. Margaretha Baumannin, so ab intestato gestorben, an baren Geldt, Mobilien und Immobilien, auch Schulden befunden. – Versetzte Pfänder, so außgelöst: Ein Judt von Eydlitz auf zwey alte Mandel und schwartz Damascorock nebst rothen Corallen: 2 fl. 30 kr....

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

122a.

Inventarium und Abtheilung nach Catharina Matthes Schuemannin seel. Verlaßenschafft... so geschehen Commothau den 4. Octob. 1696. – Privatschulden: Denen 2 Löbel Juden von Eydlitz, ieden 6 fl.

Aus dem Erbteilungsbuche von 1686–1702, S. 102–103 und 153–155v.

123.

1697 Oktober 16.

Salamon Mayer in Eidlitz klagt einen Lohgerber.

Den 16. 8br. 1697 beklaget Salamon Mayer Jud von Eydlitz dem Hanß Gräff Lohegärbern alhier vmb 8 fl. vor vnterschidlich entnohmenes Leder. Hierauf seind in drey Terminen bezahlt worden 6 fl., Jud aber inzwischen vmbs Leben kommen, praetendiren alßo die Juden annoch 2 fl.

Aus dem Gerichtsbuche von 1697–1701, S. 69.

124.

1698 Oktober 21 – Dezember 10.

Akten, betreffend den Prozeß des Prager Juden Abraham Eydlitz gegen den Fuhrmann Paul Ihl aus Sachsen wegen angeblicher Veruntreuung.

Den 21. 8br. hat Herr Johann Chr. Habermann in Nahmen und Vollmacht H. Andres Kempffen Kauffmans von Prag einen Fuhrmann nahmens Paul Ihl, deme er 72 Rthl. schuldig wäre, seinen Wagen sperren lassen vnnd dazu gleich ein schelmischer Jud Abraham Eydlitz von Prag, so selben verkundtschafftet, anhero kommen und auch einen Kummer begehret, vorgebend, er hette in vergangenen 97.sten Jahr gedachten Fuhrmann ein Päckel seinen Bruder nacher Harschentz pro 20 Rthl. auf seine Fuhr gegeben, welches nicht eingehändiget worden wäre, so zwar der Fuhrmann in totum gelaugnet, weilen aber der Jud ihm mit dem Haußknecht beym 3. Karpffen zu überweisen getrohet, ist selbter Kummer auch angenommen worden, vber welche Schäden vnnd Vnkosten Moyses Löbl Jud von Eydlitz Bürg worden. Nun hat der Jud sich nacher Prag verfüget, dem Haußknecht vor Gericht fordern lassen, so folgendes gerichtlich außgesaget.

124a.

Aussag: Daß auf Anersuchen des Abraham Eydlitz Präger Juden beym Stadtgericht der königl. Neuen Stadt Prag gewieser Geörg derzeit

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Haußknecht beym 3. Karpffen sich bekennet und mit Augen gesehen, wie daß obbenandter Jud Abraham Eydlitz in vergangenen 1697sten Jahr den 18. Xbr. einen gewiesen Fuhrmann nahmens Paul Ihle auß Sachßen von Tittmansdorff vnterschidliche Wahren in einen Packel auf seinen Wagen, dieselbe auf Harschenitz dessen Juden Brudern Eydlitz überlieffern soll, abgeführet, wirdt obernandten Abraham Eydlitz dieselbe Attestation ertheilet. Actum beym Stadtgericht der königl. Neuen Stadt Prag den 23. 8br. 1698. Wenzel Formanneck, Gerichtschreiber der königl. Neuen Stadt Prag.

124b.

Auf dieses sich ernandter Fuhrmann nacher Prag verfüget und sich erstlich von dem Kauffmann Andres Kempffen lohsgemacht, hernacher dem Juden vnnd Haußknecht vor Gericht fordern lassen vnnd folgendes Attestatum anhero gebracht: Gegenwärttiger Paul Ihle wirdt hiemit attestiret, daß Geörg Dyckey sich bey dem Stadtgericht der Neuen Stadt Prag sich bekennet, wie daß er gesehen einen Pack in daß Hauß beym 3. Karpffen genandt dem Abraham Eydlitz zu tragen, ob er aber benandten Paul Ihle solichen auf seine Fuhr gegeben, daß wäre ihm vnwüssend, dieses aber nicht jurato bekräfftigen wollen, sondern wie daß ihme Tyckay vor sothane Zeugnus der Abraham Eydlitz 2 fl. versprochen, dabey sich bekennet. Actum Prag beym ermelten Stadtgericht den 30.8br. 1698. Wenzel Formanneck, Gerichtsschreiber der königl. Neuen Stadt Prag.

124c.

Auf dieses hat mann den Fuhrmann seinen Wagen aufgesperret vnnd wegen der Vnkosten halber beyde Theyl nacher Prag verwiesen, dessen sich kein Theyl geweugert. Der Jud sich alßobaldt anerbothen, dem Haußknecht zu einen Jurament zu bringen, sich auch alßobaldt auf den Weeg begeben, der Fuhrmann auch damahl gantz vnnd gar nichts darwider geredet, da aber der Jud schon weg ware, ist er in etlichen Stunden widerkommen vnnd erst, da er sich von seinen Leuthen, die vnß nicht guet waren, informiren lassen vnnd darwider soleniter protestiret, vorgebendt, es müste seine Sachen hier außgetragen werden. Der Jud hat zu Prag dem Fuhrmann erwarttet, weilen er aber nicht kommen, sondern sich nacher Hauß begeben vnnd seine 6 Pferdt vber dieses anhero gebracht vnnd auf des Juden Vnkosten dapffer gezehret, sich des Vorspans bedienet vnnd vnsern armen Gebürgleuthen ihren Büssen Brodt vor dem Maul weggenommen, so die hießige Obrigkeit höchstens resendiret, wessendwegen mann des Juden Caventen zur Richtigkeit ange-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

halten, welcher darauf geandtworttet, er hette dato von seinen Principalen noch keine Vollmacht, sich mit dem Fuhrmann zu uergleichen, dann solches nacher Prag berichtet, darauf folgendes von Prag kommen: Edle ehrnueste wohlweise Herren. Demnach ein löbl. Stadtgericht mich vnnd mein Gegentheyl Paul Ihle auß Sachßen dahien beschieden, daß wier vnßere Sachen zu Prag außführen sollen, zufolgedessen ich mich zwar nacher Prag verfüget und vermeinet, es würde auch mein Gegentheyl Paul Ihle sich alda einfinden, weilen aber solches nicht geschehen, so kan ich meinestheyls zu Prag nichts thun, alß daß ich meinen Zeugen über die von sich gegebene Attestation jurato abhören lassen muß, indeme aber demselben dato zu keinen Standt bringen können, vngeacht daß ich ihm schon zum öffteren beschicken lassen, damit derowegen nicht übereylet werden möchte, alß gelanget an ein löbl. Stadtgericht mein gehorsamb rechtliches Bitten, dasselbe geruhe zu Producirung meines Zeugens mir ein gewöhnlichen Termin zu uerleihen, allermassen ich in der zu Recht außgesezten Zeit nicht vnterlassen werde, den von mir schon benandten Zeugen jurato abhören zu lassen. Fahls aber vor Verhörung meines Zeugens etwaß in Praeiudiz meiner Gerechtigkeit vorgenommen werden wolte, alß thue zugleich darwider protestiren unnd würde alßdann gezwungen, in hoc passu bey der hochlöbl. königl. Appellation meine vnterthanige Zuflucht zu suchen, wmoit meiner Bitt Gewehr mich empfehle vnnd verbleibe eines löbl. Stadtgerichts gehorsamber Abraham Eydlitz, Johann Paul Hellmich juratus.

124d.

Ein Brieff vom Präger Stadtgericht. Attestatum: Daß Vorweiser dieses, Abraham Eydlitz Präger Jud, gewiesen Geörg Dyckay gewesenen Haußknecht beym 3 Karpffen, welcher bemelten Eydlitz vor ohngefehr 3 Wochen gewiese Zeugnuß wegen eines Paquets bey dem Stadtgericht der königl. Neuen Stadt Prag wider dem Fuhrmann Paul Ihle gegeben, nun sothane Zeugnus jurato zu bekräfftigen sich weigert, in Arrest sitzen hat, derselbe auch nicht ehender außgelassen sein wirdt, bieß er sothane Zeugnuß jurato bekräfftiget, alß wirdt bemelden Juden Eydlitz von ernandten Stadtgericht diese Attestation ertheylet. Prag den 26. 9br. 1698. Melchior Brichta judex ibidem.

124e.

Recommendationschreiben von den Präger Stadtgericht wegen des Judens: Demnach den 30. 8br. 1698 Abraham Eydlitz Präger Jud dem Paul Ihle Fuhrmann von Tittmansdorff wegen bewusten Pack zum Stadtgericht der königl. Neuen Stadt Prag citiren lassen, alwo Geörg

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Tykay gewesener Haußknecht beym 3 Karpffen benandten Fuhrmann Ihle wegen des Packs in daß Gesicht reden sollen, daß aber ermelter Ihle in praesentia des Stadtgerichts alles, er hette dem Juden Eydlitz keinmahl gesehen weder mit ihm geredet weniger solchen Pack von ihm bekommen, gelaugnet, weilen aber berührter Geörg Tikay demselben Fuhrmann beym Gericht dieses ins Gesicht geredet, auch jurato bekräfftiget, alß wirdt daß löbl. Stadtgericht der königl. Stadt Commothaw dienstfr. gebethen, damit dem Abraham Eydlietz in seinen billichen vnnd rechtmeßigen Ersuch gebührende Satisfaction widerfahre. Actum Prag den 1. Xbr. a. 1698. Melchior Brichta, Stadtrichter der königl. Neuen Stadt Prag.

124f.

Jurament: Demnach Geörg Tickay der Abraham Eydlitz Präger Jud beym Stadtgericht der königl. Neuen Stadt Prag von wegen eines Packs, welchen er vmb die Zeit verwichenen Jahrs in daß beym 3 Karpffen genandte Hauß gebracht, willens, dem Paul Ihle Fuhrmann auf seinen Wagen aufladen zu lassen, alßdann waß mir in der Warheit bewust, sage ich aus, Geörg Dickay, vnnd schwere Gott dem Allmächtigen, Mariae seinen werthen Mutter und allen lieben Heiligen, daß obbemelter Jud solchen Pack oder Bundt benandten Ihle in ernandtes 3 Karpffen Würthshauß gebracht, selbsten mit ihme Fuhrmann in der Schänkstuben beym Tisch, damit er solchen auf seine Fuhr aufladen sollen, geredet, ob aber selbiger Fuhrmann Ihle solchen auf seinen Wagen genommen und aufgeladen, ist mir vnwüssent, sondern daß ich von meinen Herrn Würth von dem 3 Karpffen, Bohuslaw Porżescheck, mit meinen Ohren gehöret, daß ernandter Fuhrmann Paul Ihl gleichwohl solchen Pack bekommen vnnd auf seinen Wagen aufgeladen haben soll. Dieses alles nehme ich auf mein guttes Gewüssen und Seele, warzu mir behülfflich erscheine Gott der Allmächtige und die vnbeflecke von aller Erbsünd (reine) Jungfraw und Mutter Gottes Maria und alle liebe Heiligen. Amen. Praestitum hoc juramentum in officio judicis Neopragae die 28. mensis novembris a. 1698. Melchior Brichta, Stadtrichter der königl. Neuen Stadt Prag.

124g.

Weilen beuorstehendes Jurament zimlich auf Schrauben gesezt und kein gewieser Grundt darinnen bestandten, der Fuhrmann es auch gar wenig geachtet, besagter Jud aber sich umb kräftigere Zeugnus bewerben wollen, daß alßo eine grose Weitleifftigkeit darauß hette endstehen mögen, alß haben die löbl. Stadtgerichte hiesigen löbl. Magistrat vmb Rath, waß ferner in dieser Sachen zu thun sey, imploriret. Auf be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

uorstehendes Imploriren und Anhalten der löbl. Stadtgerichte hat ein löbl. Magistrat endlich einen Spruch gethan, daß, woferne beyde Parthen weither mit einander agiren wolten, daß ein jedes Theil in puncto 100 rh. Caution niderlegen solle, widrigen Fall mann keine gerichtliche Hilffe leisten wirdt, zu welchen sich weder eines noch daß andere Theil verstehen wollen vnnd seind alßo verabschiedet worden. Den 10. Decembr. a. 1698.

Aus dem Gerichtsbuche von 1697–1701, S. 41–43v.

125.

1699 April 6 und Juli 1.

Verkauf gestohlener Gegenstände durch eine Diebin an Eidlitzer Juden.

Gerichtliches Examen vnnd Aussag, waß Chatharina Loschkin bey Matthes Mahnerin von Schönlinden endfrembtet hat...

Wo hast Du die gestohlene Sachen hingetragen? Ich habe alles hinein zu der Ullman Cathl getragen und des anders Tages ist sie nacher Eydlitz gangen und einen Juden heraufgebracht, welchen sie den grünen Rock pro 3 fl., daß blaue Müther pro 1 fl. ein schwarz verbremt Müther pro 1 fl., dann das grüne und andere schwartze Müther pro 1 fl., zusammen pro 6 fl. verkaufft, welches Geldt der Jud in der Stuben auf dem Tischel aufgezehlet.

Könnest Du den Juden nicht, weist auch nicht, wie er heist? Neun, ich kenne ihm nicht, weis auch nicht, wie er heist. Er hat aber zum öfftern mit ihr gehandelt auf Spitzen und andere Sachen. Er hat einen grosen grauen Barth.

Hat sie dazumahl die schwartze daffende Schürtzen eingehandelt? Sie ist auf Eydlitz gangen und dieselbe mitgebracht und zu der Mutter gesaget, sie habe sie bey dem Juden Lemmel vor Spützen eingehandelt.

So geschehen Commothaw den 6. April 1699.

125a.

Verhaftung dieser Diebin durch einen Juden in Eidlitz.

Gerichtliches Examen vnnd Fragstücke, über welche die inhafftirte Cath. Loschkin in puncto furti den 1. July a. 1699 examiniret worden...

Waß hast Du weither gestohlen über daß, waß Du schon zugestandten hast? Zu Oberdorff einen grünen tuchraschenen Weiberrock, 2 Baar Küttele und eine weise Schürtzen, habe solches nacher Neundorff zum Schneider getragen und bin uon dar nacher Eydlitz gangen und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Leinwandt kauffen wollen, alsßdann hat mich ein Jud gekennet, setzen lassen und die Sachen nacher Rothenhauß zu Herrn Haubtmann tragen lassen und die Leuthe ihre Sachen wider bekommen...

Aus dem Gerichtsbuche von 1697–1701, S. 51v und 58.

126.

1700 Jänner 15 – November 21.

Klagen des Veit Isack in Horschen gegen verschiedene Schuldner auf Bezahlung gelieferter Wolle.

Den 15. Jenner 1700 beklaget Veid Isack Jud von Harschenz dem Frantz Eckarth vmb 53 fl. 3 kr. vor endnohmene Wollen. Weilen aber die Wolle nicht dauglich gewesen vnd von andern Meistern besichtiget worden, hat er an selben etwaß schwinden lassen müssen. Der Vberrest ist nach 6 wochendlicher burgerlicher Frist bezahlet worden.

126a.

Den 14. Febr. 1700 beklaget Veid Isack Jud von Harschentz dem Gottfridt Rahm vmb 64 fl. 51 kr. Schuldt wegen endnohmener Woll, so nach erlangten Hypoteck dem Juden auß dem löbl. Burgermeisterambt außgehändiget worden.

Item beklaget besagter Jud dem jungen Wudiger vmb 69 fl. 15 kr. Schuldt vor endnohmene Woll, auf welche er bereiths 33 fl. bezahlt. Rest annoch 36 fl. 15 kr.

Item beklaget obbenandter Jud dem Fridrich Krauß vmb 18 fl. Schuldt vor entnohmene Woll, welche 18 fl. er in 3 Terminen richtig bezahlt.

126b.

Klagen des Moyses Löbel und des Schmal aus Eidlitz auf Bezahlung von Schulden.

Den 24. dito (Jenner 1700) beklaget Moyses Löbel Jud von Eydlietz dem Hanß Chr. Miesel vmb 7 fl. 30 kr. Schuldt, welche er in 14 Tagen richtig bezahlt hat.

126c.

Den 21. Nouemb. 1700 beklaget Schmal Jud von Eydlitz einen Strickergesellen nahmens Paul Vatter umv 6 fl. Schuldt, so er ihm an einen Rock schuldig geblieben. Hat selben mit 2 Ringen vnd 3 fl. bezahlt.

Aus dem Gerichtsbuche von 1697–1701, S. 70–71v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

127.

1700 September 5.

Klage des Teplitzer Juden Wolf Kahn gegen Daniel Härtter aus Komotau wegen Straßenraubs.

Den 5. 7br. (1700) ist Daniel Härtter auf Anbringen Wolff Kahns Döplitzer Judens Straßenrauberey beschuldiget worden, dahero er auf gnädigen Befelch der königl. Stadthalterey verarrestiret und zu zweymahlen examiniret worden, weilen aber selbe Juden, so zwar viel Stratagemata wieder selben erdacht, ihme nichts erweisen noch probiren können, hat höchstgedacht die hochlöbl. königl. Stadthalterey gnädigst anbefohlen, selben auf Bürgschafft vnnd Widergestellung des Arrests zu entlassen.

Aus dem Gerichtsbuche von 1697–1701, S. 67.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

128.

1624 Oktober 29.

Der Richter von Eidlitz bestätigt die Bezahlung einer Lederschuld an zwei Eidlitzer Juden durch einen Komotauer Gerber.

Den 29. 8bris a. 1624. Auf Melcher Tobers Begehren ist Georg Ulrich, Richter zu Eidlitz, wegen eines strittigen Läders, so Tober vom Elias Juden gehandeltt, gefragt, berichtet, das er den Tober auf Begehren des Juden Schmoln in Arrest genommen, darauff der Gerber in Elias Juden Hauß Gelt ausgezehlet, welchs auch die Juden zu sich genommen vndt gesagt, sie wehren nunmehr contentiret, er Richter möge den Tober des Arrests loslassen in Gottes Nahmen, er Zeuge als datzumal Richter hette auch neben dem Hulffgeltt von jedem Schock einen weißen Groschen bekommen.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1623–1625, S. 113.

129.

1625 März 4.

Der Stadtrat zu Komotau weist zwei Görkauer Juden mit ihrer Forderung ab, weil sie sich mit dem vorgeschriebenen Abzug für entlehnte leichte Münze nicht einverstanden erklären.

Den 4. Martii a. 1625. Elisabet Georg Turpin thuet sich vermög des furstl. Lichtensteinischen Patents der von a. 1620 entlenter leichter Muntz bey e. e. Rath wider 2 Juden Joser v. Mayer von Görcka ahnmelden,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

mit Erbietung, sich solcher 120 Sch. halben guetlich zu uergleichen, weill sie v. ihr Hauswirtth mit solcher Muntz laediret. Weill sich die Juden nicht in guetliche Vergleichung einlassen wollen v. die Turpin das Geltt doch nach proportionirten Werdt zahlen wollen, als soll von dato der Zinß weitter nicht fortgehen, sondern die Juden disfals weitter nicht gehöret werden.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1623–1625, S. 134v.

130.

1625 Juni 10.

Der Jude Isaac soll vor dem Rate zu Komotau einen Eid ablegen, ob er einen Brief übernommen oder nicht.

Den 10. Junij anno 1625. Auff Georg Engels Ansuechen contra Isaac Juden wegen eines ihme Juden vertrauten Briefes gibt e. e. Rath den endlichen Abschiedt, das Jude (weill er einmahl bekant, er hette solchen Brieff einem Schuelmeister, so von Saatz nach Görgkau gezogen, auf der Bleiche zu Görgkaw geben) einen judischen Aydt innerhalb 8 Tagen thuen soll, das er solchen Brieff von Georg Engel nicht bekommen noch ihme etwas darumb bewust seij.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1625–1627, S. 11v–12.

131.

1626 März 24 – September 1.

Eine vom Hirschel aus Görkau vorgelegte Schuldverschreibung wird vom Rate zu Komotau als Fälschung bezeichnet und er als straffällig erklärt.

Zeugknuß des verstorbenen Anthony Hoiers nachgelassenen Waisens Mattheßen Hoyers Vormundere Simon Schmieder vnd Christoff Köhler contra Hirschel Juden, aufgenomben in siczenden Rath den 24. Martij 1626.

1.) Matthes Seemüller saget bey sein erinnerten Gewissen vnd Pflichten auß: Es ist vngefehr den 20. oder 21. Augusti verschienen 1625. Jahrs gewest, da hat Anthonius Hoier nach mir, Hanßen Kleinern vnd Merten Lunczern geschickt, da wir zu ihme kommen, hat er lassen seine Schulden vnd Gegenschulden vermöge des Inuentarii aufzeichnen, vnter andern meldet er, er were einem Juden zu Görckau, den er dan Hirschel nennete, 55 Sch. noch schuldig, welches er alsobalt einschreiben liese. Dieses vnd weiters nichts habe ich gehöret.

2.) Merten Lunczer nach erinnerten Gewissen vnd Pflichten saget auß: Anthonius Hoyer hat nach mir, mein Gefattern Hanß Kleinern vnd

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Macz Seemüllern geschicket, alß wir zu ihme kommen, hat er mit gueten Verstand angezeiget, er wolte in vnsern Beysein alle seine Schulden, was er einen vnd den andern zu thun vnd ihme andere Leuth auch schuldig, aufzeichnen zu lassen vnd wir solten dessen nach seinem Tode Zeugen sein. Da berichtet er vnter andern, er were dem Juden Hirschel 55 Sch. vnd noch ein andern Juden 75 Sch. schuldig.

3.) Hans Kleiner nach erinnerten Gewissen vnd Pflichten zeuget: Wie der Meister Anthonius seel. ist kranck worden, hat er mich, den Merten Lunczer vnd Matthes Seemüllern zu sich erfordern lassen, mit Vermeldung, er wolte alle seine Schulden, was er andern vnd andere ihme schuldig, aufzeichnen lassen. Da saget er, daß er dem Juden Hirschel 55 Sch., item ein andern Juden 75 Sch. schuldig were, vnd liese es also aufzeichnen.

4.) Caspar Seidel nach erinnerten Gewissen vnd Pflichten saget auß: Ich bien von Anfang darbey gewest, auch etlichmahl mit ihme Anthonio Hoyern auf Görckau zu den Juden gangen, da war er anfenglichen den Juden Hirschel vnd Iczigel mit einander 200 Sch. gering Geld schuldig, endlichen haben sie sich mit einander dahien verglichen, daß Anthonij Hoier dem Juden Hirschel sowohl den Juden Izigel jedweder fur sein Theil, alß 100 Sch. gering Geld, 75 Sch. gutes Geld zu geben vnd 1 Jahr ohne Zinß zu gestunden zugesaget, daruber sie zwene gleichlautende Zettel, ein jeder von ½ Bogen, aufgerichtet, welches sein, Anthonij, Sohn beschrieben gehabt.

5.) Christoff Sägan, des Anthony Hoiers gewesener Lehrjung, nach erinnerten Pflichten vnd Gewissen berichtet vnd saget auß: Mir ist wohl bewust, das mein Lehrmeister dem Juden Hirschel nicht mehr den 75 Sch. schuldig gewest, daran hat er entrichtet 20 Sch., ist blieben 55 Sch. So hat er auch solches auf sein Todbette bekennet vnd lassen aufzeichen. So kan ich auch mit ein guten Gewissen sagen, daß Hirschel mein Lehrmeister seit derselben Zeit hero weder an Leder noch Geld etwas furgestrecket oder geliehen hette. Vnd wann er etwas schrifftlich von sich geben, hat er es niemand anders alß sein Sohn Matthes schreiben lassen.

Publicirt in beider Parten Beysein den 28. Martij 1626.

131a.

Vota in strittiger Schuldtsachen zwischen Anthony Hoyers seel. Vormunden eins, dann Hirsel dem Juden anders Theils. 1. Sept. 1626.

H. Paul Sichowicz: Dieweill 1. der Hoyerischen Vormundere geführte Zeugknuß, alß nemblichen 5 Zeugen, alle einhellig aidlichen außgesaget, daß Anthonius Hoyer noch bey sein Leben vnd gueter Vernunfft alle seine Schulden vnd Gegenschulden vnd vnter solchen des Hirsel Judens

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schuld, als 55 Sch., in ihrer der Zeugen Beisein aufzeichnen vnd beschreiben laßen, sich auch in solcher Verzeignuß ganz nirgents einiger Irthumb befindet, vberdieß 2. des Juden vorgezeichte Obligation des Hoyers Pettschafft zwart aufgetrucket, aber mit seines Sohnes Handt, wie es sein soll, nicht, sondern mit eines andern beschrieben ist, darzu auch 3. dieß hierzukömmet, daß obgenanter Jud in ander Weg sonst mit falschen Schuldtbriefen vmbgangen, wie sichs dann bey dieser Hoyerischen Schuldtuerschreibung auch ziemblich merken leßet, des Juden vorgeschuczter Gegenweiß aber, ihne zu rechtferttigen, nicht genugsam, alß kan ich nicht anders erachten noch erkennen, denn daß der Jud in dieser Forderung der 175 Sch. vmb souil, was die Hoyerischen Zeugen weniger bezeugen, benentlichen vf 120 Sch., vnrecht handelt vnd mit Verenderung der Handtschrifft ein Falsch begangen hat, derowegen er nicht allein der ganczen Schuldt verlustiget, sondern auch in der hohen Obrigkeit ernstliche billich Straf verfallen ist vnd sein soll.

H. Geörg Rotsch heltet des vom Juden vorgezeigt Handschrifft vber Hoyers Schuldt nicht fur richtig, sondern falsch.

H. Johan Schalleney ist H. Paul Sichowiczens Mainung.

H. Andreas Friczsch erkennet die Handtschrifft auch nicht fur richtig, dieweill die Hoyerische Obligation vf ½ Bogen vnd sein Sohns Hand sein soll, sich aber also nicht allein nicht befindet, sondern auch der Jud zuuorn mit dergleichen Sachen Falsch begangen, so halt ichs nicht fur richtig.

H. W. Klösterle ist gleicher Mainung.

H. Veit Kriegelstein auch.

H. Andreas Krauß deßgleichen.

H. Balth. Weigert, Primas, ist H. Paul Sichowiczens Mainung.

131 b.

Sententz: In zwischen Simon Schmieder vnd Christoff Köhlern alß constituirten Vormunderen weiland Anthony Hoyers nachgelaßenen beiden Waisen an einem, dann Hirschel dem Juden am andern Theil bißhero strittig sich enthaltener Schuldforderungssache thuen wir Burgermeister vnd Rath der Stadt Comothaw auf beider Theil eingebrachten Beweiß vnd nach der Sachen gnungsamer Erwegung für Recht erkennen vnd sprechen: Dieweillen erstlichen der Hoyerischen Vormunde gefuhrt Zeugknuß, alß nemblichen 5 Zeugen, alle einhellig aidlichen außgesaget, daß Anthonius Hoyer noch bey seinem Leben vnd gueter Vernunfft alle seine Schulden vnd Gegenschulden, vnter solchen auch des Hirsel Judens, alß 55 Sch., in ihrer, der Zeugen, Beisein aufzeichnen vnd beschreiben hat laßen, sich auch in solcher Verzeichnuß nirgents einziger Irrthumb

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

befindet, dahero solche richtig vnd glaubhafft zu halten, furß andere, obwohl in dero vom Juden vorgezeigten Obligation des Hoyers Pettschafft zwart aufgetrucket, aber mit seines Sohns Handt, wie es sein soll, nicht, sondern mit eins andern Handt, darzu nurt auf den vierten Theil eines Bogen, so doch ½ Bogen sein soll, beschrieben, drittens dieß durch e. e. Raths der Stadt Görckau vnd des Richters zu Polet Zeugnuß darzukommet, daß obgenanter Jud in andere Wege sonst mit falschen Schuldtbrieffen vmbgangen vnd deßen vberzeuget, zum vierten sein, des Judens, hierinnen vorgeschuzter Beweiß, ihne zu entschuldigen, nicht richtig noch gnungsamb, alß ist dieser Jud hierdurch in die Straff eines öffentlichen falsarij gefallen, derentwegen er nicht allein der ganzen Schuld verlustiget, sondern auch in der hohen Obrigkeit ernstliche Straff vermöge Stadtrechte O 6 hiermit condemnirt wirdt von rechtswegen. Decretum in senatu rei p. Com. 1. Sept. 1626.

In diesen Abschied hat H. Haubtmann consentiret vnd denselben approbiret den 11. 7br. 1626.

Aus dem Komotauer Ratsprotokollbuche von 1625–1627, S. 75–76 und 114–114v.

132.

1626 August 28.

Der Rat zu Komotau fordert wegen vermuteter Unterschriftsfälschung den jüdischen Gläubiger wie die christlichen Schuldner auf, Beweise vorzulegen.

Den 28. Augusti 1626. Merten Töpffern vnd Michel Heckeln als Hanßen Hegers des jungen Erben an einen vnd Schmey dem Juden am andern Theil zum Bescheid: Weilln sich Bedencken vnd Praesumptiones vber Hanßen Hegers absonderliche Handschrifften ereignen wollen, so soll Jude solche, daß sie richtig, von dato vber 14 Tage mit mehreren Zeugknuß zu attestiren schuldig, was aber die Hegerischen dawieder zu beweisen, ihnen gleichfalß zugelassen, dann ferners Bescheidts gewerttig sein.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1625–1627, S. 113.

133.

1627 November 2.

Eine Komotauer Witwe verpfändet zwei Mitbürgern einen Acker wegen einer Bürgschaft gegenüber einem Görkauer Juden.

Dienstag den 2. Nouembris 1627. Nachdem Hanß Schimmereugel vnd Paul Schöller Dischler fur Catharina Merten Schusters nachgelaßen Wittib vmb 100 Sch. bey einem Juden zu Görckaw, Israel genant, sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in Burgschafft eingelassen, alß hat sie itzgenante ihre Burgen hiengegen versichert mit ihrem Acker, den sie newlichst von Cornelio Vlrichen erkaufft, dergestalt, das sie Burgen sich an solchen wiederumb zu erholen vnd bezahlt zu machen gut Fug vnd Recht haben sollen.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1625–1627, S. 196.

134.

1628 Feber 24.

Zwei Komotauer beschuldigen einen Juden zu Smolnitz bei Laun eines Raubüberfalls.

Jurament: Wier Chriestoff Spizentrat vnndt Andreas Haan schwehren zue Gott dem Allmechtigen, Maria seiner hochwürdigisten vnndt gebenedeuten Mutter vnd allen lieben Heiligen: Demnach wier vor ezlichen Wochen von Prag heraußgeraißet vnndt, alß wier seithalben Tauschetin gegen Schmolniz zuekommen, haben vnß zwene zu Roß begegnet, der eine, allß ein Jued, so sich bey Herren Pfarrer zu Schmolniz auffhalten soll, mich Spizentrat angegrieffen vnd inn die 7½ fl. Geld genommen, wie er kegenwertiger Paul Rübel, ein Reutknecht, allß es beschehen, dabey gewesen. Daß es also nicht anderst, dann wie wier obigermaßen geschwohren, nehmen wier auff vnser Seel vnd Gewißen, so wahr vnß Gott helff vnndt seine liebe Heiligen. Den 24. Feb. 1628.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1628–1629, S. 4v–5.

135.

1628 Mai 4.

Michel Behr aus Joachimsthal zediert eine Forderung von 4000 Schock gegen die Stadtgemeinde Komotau dem Lazarus Aron, Hofjuden zu Lichtenstadt, mit der Bestimmung, daß dieser sich darnach zu richten haben werde, wie es anderen Gläubigern mit der Rückzahlung an Kapital und Zinsen ergehen wird.

Heute acto den 4. May a. 1628 hatt Herr Michel Böher auß S. Jochimsthal auff Consens vnd Zulaßung deß edlen vnndt gestrengen Ritters Herren Augustin Schmiedt von Schmiedbach, röm. kay. Mt. Rath vnnd Haubtmann der Herrschafft Commethaw vnnd Preßniz, seine bey der Stadt Commethaw auff seinen Teul habende Schuldtforderung vnndt zugehörige Portion den Lazarum Aran, fürstl. sechsischen Hoffjueden

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

von Lichtenstadt, wegen 4000 Sch. Capital betreffende ganz völliglichen cedirt vnndt abgetreten, jedoch mit dieser Condition vnnd Meinung, das er gedachter Lazarus Aron künfftig, wie es annderen Gleubigern mit der Bezalung an Capital vnnd Interessen ergehen wirdt, selbige er sich auch darnach zu richten vnnd zu getrösten haben mag. Diß also auff beider Parthen Begehren in daz Prothocoll bey e. e. Rath verschrieben vnd dauon Abschrifft erteulet worden.

Aus dem Ratsprokokollbuche von 1628–1629, S. 14v.

136.

1628 November 28.

Zeugenaussage dreier Komotauer wegen Weizenkaufs bei einem Eidlitzer Juden.

Dinstags den 28. Nouemb. 1628. Zeugnuß zu Notturfft Hannßen Trabschuchs wegen Hanß Eberles Schuldt bedreffende.

Lorencz Kürschen zeuget bei seinen erinnerten Aydt vnnd gueten Gewißen, das es wahr vnd ihm guet wißendt, das Hanß Trabschuch von Isac Jueden 10 Str. Weiz geborget vnndt ihme dem Hannß Eberle hinwiederumb vorgestreckt, so daz Str. pro 3 Sch. 15 Gr. gewesen, das Hanß Eberle ihme Trabschuche hinwieder solchen Weizen bezahlt hette, wehre es nicht geschehen, sonndern ihme noch schuldig blieben.

Greger Pegniczer hatt bei seinen erinnerden Aydt vnd gueten Gewißen gezeuget wie volget: saget, das es ihme guet wißendt, das er bei den Gerichten dabey gewesen, wie sich Trabschuch mit den Jueden verglichen vnnd ihme Geldt geben, dabei Hanß Eberle gewesen vnndt den andern Tag in der Mühle ihne Trabschuchen gebeten, ihme nicht zu uerdecken, dann er ihme den Weizen ehrlich zahlen wolte, hernacher also drüber gestorben.

Nickel Mennicher zeuget bei seinen erinnerdten gueten Gewißen dieses, das sich Hanß Trabschuch vnndt Hanß Eberle ihme mit nach Eudlicz genommen, vnnd wie sie sein zum Jueden kommen, so hette er zum Hanß Eberle gesagt: Meister Beck, ich trau Euch den Weiz nicht, ich will den Trabschuch die 10 Str. Weiz vertreuen. Darauff Trabschuch auff sich den Jueden eine Versicherung machen laßen bey Stadtschreiber zu Eidlicz, hernacher er Hannß Eberle ihme Trabschuchen hinwieder eine Versicherung geben vnndt ist der Eberle also den Trabschuch solche 10 Str. Weiz zu bezalen schuldig blieben.

Publicirt den 1. Xbris 1628.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1628–1629, S. 75–75v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

137.

1634 März 14. 17. 20.

Anläßlich der Entzündung von Pulver, das ein Jude in Komotau aufbewahrt hatte, wird jegliche Niederlage jüdischer Waren zu Komotau Juden und Bürgern aufs neue strengstens verboten.

Denn 14. Martij 1634. Fraw Vrsula Schultesin nach Angelobung des Judenß kleinen Josephs von Gerckaw Bürgschafft, sich morgenten Tageß gestellen, wil ihr Obrigkeit daß beschenen Pulfferwerk-Attentat zur Recompens ihres Schadens vortragen. — Die Schultesin soll ihre Magt alßbalt obschaffen wegen Ennemung deß Pulfers.

137a.

Freytags den 17. Martij 1634. Demnach Joseph Juedt von Görckhau vor iczlichen Wochen durch seinen Sohn einen Sackh Pulffer bey Frauen Ursula Schultesin aufzuheben geben vnd aber den 1. Marty durch ihre Magt ein Feuer in den Keller vorwahrloset, daruber ermeltes Pulffer angangen vnd durch den Keller vornen ein Loch gerißen, auch die Kellerthür mitsambt den Werckhstücken inß Hauß vnnd die Thür vnd Fensterläden vbern Marckh geworffen, auch daß obere Gewelb in die Stuben erhoben vnd daß ihr Frau Schultesin einen mercklichen großen Schaden an ihren Hauß zugefüget, solle ihr der Juedt vor erwehnten Schaden bahr 30 Rthlr erlegen, auch sich forthin kein Juedt mit Einlegung einiger Wahr, weiln es wider hiesige Stadtprivilegia lauffen thutt, betretten laßen, vnd da die Jueden inner 14 Tagen daß Ihre nit auß der Stadt schaffen, auch sich ferner mit der geringsten Handtlung finden laßen würdten, soll es ihnen alles weggenomben vnd der Burger, bey deme ers gehabt, ernstlich gestrafft werden. Vnd weiln erwöhnt Pulffer durch ihre der Frau Schultesin Magt angangen, soll sie dieselbe alsobalden abschaffen. Die Straff, daß sie Frau Schultesin wider die Privilegien gehandelt, behelt e. e. Rath beuor. Derowegen dießes zue künfftigen Nachricht zu registriren befohlen. Actum ut supra.

137b.

Den 20. Marty (1634). Joseff der kleine Judt von Gerckau bittet wegen ihme zuerkante Straff des eingelegten Pulffers vmb Gnadt.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1634–1639, S. 8–8v.

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main
DFG

138.

1635 August 7.

Der Handel mit Juden wird nur außerhalb des Stadtgebietes gestattet.

Dienstags den 7. Augusty a. 1635. Die Juden sollen sich weder innernoch außerhalb der Statt mit einigen Handel betretten laßen, da es aber beschicht, sollen ihnen die Wahren weggenomben werden. Will aber ein Burger mit einen Juden vmb waß handeln, mag er zue ihm haim gehen, wo der Judt wohnet. Inngleichen soll keinen andern frembten Krämern daß Haußirn in der Wochen noch am Marcktag vorstattet, sondern der betretten, gegen demselben soll wie mit einen Juden vorfahren werden.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1634–1639, S. 65.

139.

1635 November 27.

Ein Komotauer Bürger verspricht einem Görkauer Juden, den Schuldrest von 6 Schock zu bezahlen, sobald er das erstemal bräuen wird, obzwar dem Juden die Obligation durch Feindesgewalt abhanden gekommen.

Dienstags den 27. Nouemb. 1635. Demnach Herr Caspar Schneider dem kleinen Joseph Jueden von Görckhaw 30 Sch. m. vermög einer Obligation zue bezahlen schuldig verblieben, dieselben auch bieß uff 6 Sch. m. abgezahlet, wannen aber Josepff Jud die Obligation verlohren, weil ihm solche durch Feindes Gewalt weggenomben worden, allß verspricht Herr Caspar Schneider erwähnten Jueden, sobaldt er daß erstemahl brewen wirdt, gedachte 6 Sch. m. vollendts richtigzuemachen, vnndt die Obligation soll auch inkünfftig, da solche etwan wieder gefunden, gänzlichen cassiret vnndt vor null vnndt nichtig gehalten werden. Actum in consilio Commotho. den 27. Nouemb. 1635.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1634–1639, S. 93.

140.

1636 April 18.

Eine Komotauerin erklärt vor dem Rate, den Erben eines Juden keinen Zins mehr zahlen zu wollen, weil diese trotz mehrfacher Aufforderung zur Abschließung eines Vergleiches nicht erschienen seien.

Freytags den 18. Apprill 1636. Fraw Sara Paul Röthin hatt sich vermög einer Supplication vnder Litt. A. bey einen e. Rath angeben, daß sie deß lang Abrahambs Jueden Erben ferner keinen Zinß (alldie-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

weiln sie Fraw Sara Paul Röthin mündlich vnnd schrifftlich durch Christen vnnd Jueden bey denen Erben, wie dero Einenckel Hannß Sadtler berichtet, vnderschiedlich zu entbiethen laßen, sich zum Vergleich anhero zu uerfüegen, so sich aber niemandt gestellet) mehr geben wiel.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1634–1639, S. 117v.

141.

1636 Oktober 17.

Einem Saazer Juden wird das gepfändete Geld einer Komotauerin verabfolgt, weil die christliche Gegenpartei sechs Bürgermeisterämter vorübergehen lassen, ohne etwas Schriftliches vorzulegen.

Freytags den 17. Octob. anno 1636. Demnach Schmay Jued von Saatz einen rechtlichen schriefftlichen Arreest bey Lorenzen Schwan wegen der Predtin von Oberdorff in Burgermeisterambten gethan, hergegen der Schimmereiglischen Weißen Vormündere wegen der Predtin von Oberdorff nichtes Schriefftliches vorzulegen vnnd 6 Burgermeisterambter vorübergehen laßen, sol ermelten Schmay Juden daß beim Lorenz Schwan verarrestirte Geldt vermög Stadtrecht B 24 abgefolgt werden.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1634–1639, S. 139v.

142.

1640 Juni 1.

Ein Komotauer pfändet die Forderung des Juden Eberle gegen die Gemeinde und Eberle erklärt, seinen Gläubiger befriedigen zu wollen.

Freytags den 1. Junij anno 1640: Der Christoff Spiczentradt hatt auff des Eberle Jueden bey der Gemein stehenden Schuldt einem Arrest gethann. Der Eberle Jued saget zue, daz er nicht von hinnen weichen will, bieß daz er dem Spiczentradt contentirt habe.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 27.

143.

1642 Feber 21 – April 11.

Entscheidung in Schuldsachen zwischen der Stadtgemeinde Komotau sowie einem Komotauer Bürger einerseits und dem Juden Eberle von Eidlitz anderseits.

Der Herr Matthes Fischer will zwar wegen Eberle Judens nachgeseczten Abschied anhören, hierbey aber protestirt, daß ihme an seinen rechtlichen Proceß kein Praejuditz gebäre noch verursache: Bey einem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ehrnv. Rath der Herr Matthes Fischer eine Obligation auff einhundert Gülden, so der Jud Eberle der Gemein hergeliehen, deponirt, hiengegen aber darauff einen Arrest vndt Verboth gethann, auch gebethen, solche Obligation ihme Eberlen Jud, eher derselbe dem Herrn Matthes Fischern zuvor gegebenes Schuldtbrieffel auff 10 fl. zuruckgebe, ingleichen wegen der ihme abgezahlten dreyssig Gulden, die Eberle Jud vorhero bey richtig gehaldtener Abrayttung gestanden, auch der ander Schuldtpraetension zusambt causirten Schäden vndt Vnkosten genugsamb assecurire, nicht gefolgen zu lassen. Dann H. Matthes Fischer erböttigt: daferne Eberle Jud vermög der Stattrecht A 56 in Rechtstermino cautionem de judicio sisti et judicatum solvi, daß ist bestandt. in Rechten zu bleiben, der Sach bies zu Endt abzuwartten undt dajenige, so ihme zuerkennet werden möchte, zu erstatten, praestirn vndt thun wirdt, ihme Eberle Juden den terminum probatorium genungsamb zu demonstrirn, welches auff Begehren Eberle Judens von einem ehrnv. Rath zu notirn vndt Abschrifften vmb die Gebiehr zu ertheillen bewilliget. Freytag den 21. Februarij a. 1642.

143a.

Der Herr Matthes Fischer sowohl auch Eberle Jud, nachdem sie beede in ein langwüriger Action geschwebet, haben anheute denen erbettenen Vnterhandlern, alß dem wohledlen vndt gestrengen Herrn Wenczel Zuckern von Tamffeldt, H. Georg Windisch vndt H. Georg Mayern, Bürgern von Eydlicz, vermög Stattrecht C 27 ihre strittige Sach zu dejudicirn vndt, waß der heylsammen Justitz gemeß, zwischen ihnen beyden Parten zu entscheiden, gancz mächtiglichen anheimbgegeben, darbey zu künfftiger Zeugnüß beygewohnet Herr Lorencz Eckerdt Primator vndt Herr Andreas Wolff Burgermeister, Herr Tobias Wolff der Elter, Herr Wolff Weingarten vndt Herr Wolff Klösterle. Solches alles ad rei memoriam registriret worden. Actum in der Rathstueben der Statt Commothaw den 10. April anno 1642.

Nach diesem zwischen Herrn Matthiae Fischern vndt Eberle Juden durch der Herren Vnterhandler Interposition folgende Vergleichung beschehen: nemblich e. e. Rath alhier den Eberle Juden vor seine hundert fl. 90 fl. bahr außzehlen lassen, wie deß Juden abcopirte Quittung mit mehrerm außweiset, den Herrn Matthes Fischern auch, waß ihme der Jud schuldig verblieben, alß mit 39 fl., zu contentirn versprochen.

143b.

Copiaquittung vom Eberle Juden, seine Schuldt vndt vom Herrn Matthiae Fischern erhobene Obligation auf 100 fl. betreffende: Ich vntenschriebener Eberle Jud bekenne hiermit diesem, daß ich von einem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ehrnv. vndt wohlweysen Rath der Statt Commothaw wegen im anno 1634 geliehenen hundert Gulden sowohl deß Herrn Matthei Fischers Rests halben ganz völlig contentirt worden vndt dieweill vorhero vom H. Matthes Fischern ein zu Pappier gebrachter Schein, die obangeregte 100 fl. betreffende, mir zu Handen gegeben, solcher Schein aber in der feindtl. Occupirung deß Rothenhauses nebenst andern Schriefften in Rauch aufgangen, alß solle ermelter Schein, da ja vber Verhoffen derselbe jemahls gefunden werden möchte, null vndt nichtig sein, wie ich mich auch hiermit cräfftigstermassen renuncirt vndt verziehen haben will. Zu deßen Vrkundt ich mich eigenhändig vnterschrieben vndt mit meiner gewönlichen Petschafft besieglet. Datum Commothaw den 11. April anno 1642.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 121v–122, 128v–129.

144.

1644 September 6.

Isaac von Kaaden macht gegen seine nicht erschienene Schuldnerin Reise- und Zehrungsauslagen geltend.

Isaac Jud von Caden ist heutt dem 6. 7br. 1644 bey e. e. Rath vorkommen vnd hat sich beschwert, weiln Fr. Anna Lutherin nicht erschienen, daz er sich von heutt acto an veroffenbaret haben will, weil er alzeit Reisen und Zehrungsvncosten aufwenden muß, daß er solche verursachte Vnkosten künftig von ihr wider fodern vnd haben will.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 205.

145.

1644 September 20.

Es wird neuerdings im allgemeinen und einigen namentlich genannten Komotauern ganz besonders bei Strafe von 10 Schock verboten, in den Vorstädten Ausspann und Beherbergung, insbesondere von Juden, vorzunehmen.

Dinstags den 20. Septembris a. 1644. Wegen der Gastgeber vnd Juden. Weil von vhralters gebreuchlich gewesen, daz inn den Vorstäden kein Ausspahn oder Gasterey vilweniger, wider der Stad altes Privilegium die Juden zu beherbergen vnd aufzuhalten, gestattet worden, alß solln sich nit allein Gerg Schatz, Daniel Hupauff, Christof Zitterbart, Gallus Fasel, Margaretha Falkin, Matths Wernner vnd andere mehr, sie seyn Bürger oder Hausgenoßen, bey Straff zehen Sch. dessen enthalten, sondern auch die einheimische Lastwägen vom Gebürg nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

drausen lassen ausspannen, damit dadurch nitmehr allerhand Vnterschleiff am Zoll vnd andern, der Gemein zu Schaden, mit Haberaufkauffen vnd sonst verübet werden soll. Solches soll, so oft dawider geschehen wird, vnnachlessig, wie zuvor auch geschehen, mit 10 Sch. abgestraft werden.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 208.

146.

1645 August 23 – 1651 Oktober 24.

Die Jüdin Bela erläßt ihrem Komotauer Schuldner wegen der schweren Zeiten die Zinsen und gleicht sich nach seinem Tode wegen des Kapitalsrestes aus.

Demnach Bartel Weiger, Burger in Commothau, vermög eineß Schuldtscheunß deß langen Abraham Judenß Schnur Pelae vndt deroselben Weysen hundert Sch. m. sambt daraufgeloffenen Zinsen schuldtig verblieben, alß haben sich dieselbe beederseits in Beysein H. Caspari Valent. Meersteiner vndt deß Juden Wolffenß von Eydlitz wegen der schwaren Zeit gütlichen mit einandter vnderredet, derogestalt, daß auß beweglichen Vrsachen ermelte Juden dem Bartl Weiger die Zinnß in allen erlassen vndt bey der Haubtsumma der hundtert Sch. verbleiben solle, welche zu zahlen auf drey Jahr angesetzt wordten vndt Bartel Weiger alle halbe Jahr sechzehen vndt ein halbeß Sch. m. richtig abzulegen den Juden versprochen, der erste Termin aber soll zuuor heraußgegeben werden auf nechstkünfftig Martini vnd der andtere Termin auf die Faßnacht a. 1646. Jahrß vndt so fortan zu halben Jahren biß zu Entrichtung der 100 Sch. m., welcheß beedte Theil vndereinander vor guth angenommen vndt, diesen Vergleich fest vnd vnwiederrufflich zu halten, mit dem Handtstreich gegen einander versprochen. Zu mehrer dessen Bekrefftigung ist dieser Vergleich vmb die Gebühr anhero einverleibt wordten. Actum in Burgermeisterambt H. Wolff Closterle den 23. Aug. 1645.

146a.

Beschaid: Demnach Bartel Weiger deß langen Abraham Judenß Schnur Bela besag dero vndern 23. Aug. 1645 mit einandter gehaltenen Vergleichs hundtert Sch. m. terminweiß zu bezahlen verblieben, darauff bißhero 26 Sch. 40 Kr. bezahlt worden, weilen aber mittlerzeit Bartel Weiger see. verstorben vndt zu Bezahlung seiner Creditorn wenig hinderlaßen, alß hatt besagte Judin Bela mit Maria Zachariae Jancken so-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

weith vndt dahin sich verglichen, daß sie vor berührten Hindterrest derer 73 Sch. 30 Kr. sich mit 40 Sch. vergnügen laßen will, gestaldten dan die Bezahlung auf nechstkunfftig Georgi 1652 vnfehlbar gefallen vndt e. e. Rath sie Janckin mit Ernst dahin halten will. Actum in consil. Commot. den 24. 8br. a. 1651.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 236–237 und von 1648–1657, S. 127v–128.

147.

1645 November 24.

Der Rat zu Komotau entscheidet in Angelegenheit der Forderung des Juden Schmay von Eidlitz gegen den Komotauer Stadtschreiber, daß diese erloschen sei, weil der Jude erklärt, daß das Pfand, dessen Wert die Höhe der Forderung überstieg, bei der Feuersbrunst zu Eidlitz verbrannt ist.

Freytag den 24. Nouemb. 1645 zwischen Schmay Juden Clägern contra H. Samuel Eberle Stadschreiber alhier wegen 18 Rthl. geliehener Stammsumma, daran ein Ducat in Abschlag vnd ein Rthl. am Zinß gefallen, H. Eberle sein Pfand auff 27 Thl. Werth zuvor wider begehrt vnd haben wollen. Weiln aber der Jud vorgibet vnd hoch betheuert, daz in der bewusten Feyerbrunst zu Eidlitz vor etlich Jahr solche Pfand mit aufgangen, alß erkennt e. e. Rath, weil das Pfand die Summa vbertregt, das der Jud Stammsumm vnd Interesse, ingleichen H. Stadschreiber sein Pfandt, weil es ihm der Jud nit widererstatten kan, darben vnd beede zugleich gegen einander aufheben sollen. Actum in consilio ut supra.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 247.

148.

1647 Oktober 23.

Vier Priesner (?) Juden lassen Zeugenaussagen über ihre Warenverluste in Komotau infolge von Überfällen und Plünderungen eintragen.

Heutt acto dem 23. Octob. 1647 sind auf Befehl e. e. Raths vnd Begehrn derer 4 Juden, Lazari Marcusen, Joseph Hittzigels vnd Nathel Lewitt nebens Abraham Götzens als Mittconsorten, ihrer Handlung in Viceburgermeisterambt H. Heinrich Roßlaubs ein gütliche Zeugnis Aussag ad perpetuam rei memoriam aufgenommen zu werden vnd deßen Aussag Abschrift zu ertheilen, bewilligt vnd dazu depudirt worden H. Gottfrid Schultesius, Matthaeus Fischer, Lorentz Schwan inn Beysein H. viceprimatoris B. Weigert, viceconsulis H. Roslaubs vnd H. W. Weingarttens.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Erster Zeug, Sachar Fischer von S. Sebastianberg, Ihr Gn. H. Haubtmans alhier Diener, dieser hat nach gnugsamer Exequirung bey seinem guten Gewißen der Warheit zu Steyer ausgesagt, das damals a. 1643, alß Ihr G., H. Haubtman, inn der Charwochen aus Prag nach Commothau fahren wollen, sey er darbey gewesen, alß diese Juden seinem Herrn etliche Waahr mit Seiden vnd andern mitzunehmen gebethen, habe ers vbernommen vnd in einen leinenen Säkl einer Metzen groß das Besste auf hundert Rth. in die Carotta genommen, alß sie aber bey Straschnitz vberfallen, dem H. Haubtman S. G. die Pferd vnd alles weggenommen, sey nebens seinen deß H. Haubtmans vnd Ihr Gn. Kleidern der Juden Paketl sambt seinem Kleidern gwaltsamer Weiß vnder Lebensgefahr weggenommen worden, deß Schmay Gewürtz aber ist auf den andern Wagen blieben.

2. Daniel Hupauff vnd nebens ihm sein Weib haben nach Erinnerung ihrer Pflicht vnd guten Gewissens ausgesagt, das diese Juden damals a. 1645, als er inn deß H. Lorentz Mayers Hof inn der Langgaß gewohnt, ihme vier Paketl von vnterschiedlichen Waahren, als Seiden, Tuch, Leinwad etc. nebens etlich c. Alaun, in Verwahrung geben, haben sie nur etwaz wenig von Alaun widerbekommen, vom andern Waahren aber vnd Gezeug haben sie gesehen, das sein einlosirter H. Leutenamt solcher auf dem Tisch gehabt, dabey schön dunkel haarfarbs spannisch Tuch, Seiden vnd Knöpff gewesen, auch von Leitenambt gehört, dißs ist gut vor meinem Maior, meine Cammerräth vnnd Liebste darein zu kleiden. Jochten vnd Gallusfell sind auch inn der Stuben gelegen, davon er deß Sigmund Wolffen Soldaten spendirt hat, davon die Juden nichts widerbekommen. Sein Weib, so solche Baketl vbernommen, hat gerochen, das viel Saffran darbey gewesen vnd preussisch Leder, deß Schatzen rot Tuch ingleichen dabey gesehen worden. Das also der Leitenambt selbst gesagt, als er ein gantzes Fuder beladen, dabey sein deß Hupaufs Waahren um 500 Thaler Werth gewesen, er wolte es nicht vmb 1800 Thaler geben.

3. Matthes Wernner, hiesiger Burger vnd Innwohner, sagt bey seim guten Gewißen aus, daz ebendiese Zeit diese Juden etliche Schok Leinwad bey ihm inn Verwahrung gehabt, daran sie ein Schock Eln Haußschwebisch eingebüst, so ihnen die Soldaten wegpracticirt. Die andere hetten sie davongebracht vnd ander Ortt geschafft.

4. Susanna Galli Fahsels Ehwirttin sagt nach Erinnerung ihres guten Gewißens aus, das damals vor 2 Jahren diese Juden zu ihr ins Truncknе Viertl kommen vnd zu 3mal auff einer Misttragen drey eingebundene Balln gebracht, darinnen Hausleinwad, Pfundleder, Jochten vnnd Gallnfell, so deß Götzen nebens außgehechelten Hannf gewesen. Solches ist alles von dem pfalzischen ihr einquartirten Reuttern genommen vnnd nebens dem Ihrigen entwendt worden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

5. Zeug, Georg Wagner, Gerg Schatzens Fuhrknecht, sagt bey Erinnerung seines Gewißens aus, das damals, als die Pfaltzischen inn der Gaßen gelegen, diese Juden drey Schlagvässer voll böhmische Käs seinem Herrn, auf 14 c. aestimirt, aufzuheben gegeben, welche allesambt inn der Gäntz aufgangen vnd nichts davon vbrig gelaßen haben.

6. Margaretha, Christof Zitterbarts Ehwirttin, hat nach satsamer Examinirung beständig ausgesagt vnd bekennet, daz sie damals, inn der Langgaß wohnhafft, diesen Jüden inns halbe Jahr inn einem Leinwadkasten Gewürtz, Seidnwaar etc.,auch aufm Malzhaus 2 Balln Garn vnd im Keller Leinwad vnd Rauchleder in Verwahrung behalten, als sie sich aber herein inn die Stad begeben besserer Sicherheit halber, seind sie vmb die Leinwad gantz vnd gar kommen vnnd daz Leder haben sie vom Quartirmeister müssen auslösen p. 20 fl.

7. Margaretha, Hannß Kempffen Ehweib, sagt aus, daz sie bey ihr einen grosen Kasten mit Leinwad inn Verwahrung gehabt, darinn auch Silberwerk gewesen, welches des Matthß Güntzels Soldat bekommen. Diesem Kasten haben die Soldaten weggenommen vnd ins Schatzen Quartir mit drey Pferden führen lassen, dabey sie auch vmb etliche 60 fl., so sie den Juden abgekauft, kommen vnd davon keines das Geringste wider habhafft worden.

8. Georg Lemmich, Bürger alhier, sagt aus bey seinen guten Gewissen, das diese Juden kurtz vor dem Brandt, inn zwey Säcken eingebunden, 2 Backetl inn sein Haus gebracht vnnd vor eim Vbergang inn Verwahrung auffzuheben geben haben, welches er nebens den Seinigen vnd andrer Leutten angenommen vnd verwahret hat. Solches aber ist alles wegen deß blötzlich vberhand genommenen Feuers vnd Mangel deß Leschens im Feuer aufgangen vnd zunicht worden. Was es aber aigentlich gewesen mag sein, kan er nicht sagen.

Publicirt dem 24. Octob. vnd deßen Abschrifft zu ertheilen consentirt worden.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1639–1647, S. 292v–294.

149.

1649 Oktober 27.

Zwei Egerer Bürger machen vor dem Rate zu Komotau Ansprüche auf die Forderung der Erben des Juden Lazarus Aron zu Lichtenstadt gegen die Stadtgemeinde Komotau geltend.

H. Ulrich Beyer nebenst H. Johan Mußel von Eger seindt nebenst deß abgelcibten Lazari Aron Juden von der Lichtenstadt beedten Aydmanneren nahmenß Joachim N. vndt Jacob N. wegen dero zusambt bey

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

alhiesiger Gemaindte stehendten Capital vndt Interesse vor e. e. Rath erschinen, allda zwart gedachter H. Beyer vndt H. Müßel biß vndt solang gedachte Juden den Haubtbrieff, darinnen sie vermöge bey Handt habendten Reuers den 3ten zu gewartten, bey e. e. Rath niedergelegt vndt sich ein jeder gegen Inbehaltung deß Haubtbrieffs aufs neue verbrieffen ließe, auf dero jeden Praetension Arrest vndt Cummer thun wollen. Weilen sich aber ermelte Juden erklaret haben, ermelten Haubtbrieff dato inner den nechsten 6 Wochen gegen Außwexlung anderwerttig Obligationen alhier niederzulegen, alß haben gedachte Beyerische Erben solcheß notiren laßen. Actum in consil. Commot. den 27. 8br. 649.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 48v.

150.

1650 Oktober 21 – 1652 Jänner 30.

Einem Komotauer als Schuldner eines Eidlitzer Juden wird von der Königlichen Kammer ein Moratorium bewilligt.

Isac Brandeyß Jud zu Eydlitz hatt zu registriren vndt H. Baltazar Weiger zu insinuiren gebetten, weilen vber sein Versprechen derselbe sich mit ihme der verbriefften 100 Sch. m. nicht abgefundten, nicht allein daß Capital derer 100 Sch. besondterß auch alle dißfalß aufgewendte Vnkosten Schaden vndt vngenossene Geldter an ihme H. Weiger wieder zu begehren. Datum ex consilio Commot. den 21. 8br. 1650.

150a.

Vor e. e. Rath, dieweilen dem Isac Brandeyß Juden zu Eydlitz die Abschrifft deß konigl. boh. Cammerbefehlß seines gesuchten Moratorii halber zu ertheilen verwilliget, hatt er H. Weiger darwieder protestando sich angemelt vndt solcheß ad notam zu nehmen gebetten. Actum in consilio Commot. den 25. 8br. 1650.

150b.

Dem Isaac Prandteiß Juden von Eydlitz auf sein wieder H. Balthasar Weiger erbettenen Furtritt Schuldtenssach betreffendt hiermit von e. e. Rath zum Beschaidt ertheilt, weillen der königl. bohm. Cammer Befehl vndern 17. 8br. deß verwichenen 1650gste Jahrs klaerlichen besagen thut, daß bieß auf weitere gnedige Resolution wieder H. Balthasar Weiger kein Execution ergehen soll, alß wirdt Isaac Prandteiß Judt bieß auf fernere gnädtige Resolution zue Gedult gewießen. Actum in consil. Commot. dem 17. Octobr. a. 1651.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

150c.

Auf Isaac Brandteiß Juden von Eydlicz eingegebenen konigl. bohm. Cammerbefehl wieder H. Balzer Weiger, 100 Sch. Capital betreffent, giebt e. e. Rath zum Beschaidt, weillen H. Balzer Weiger beschwerter vorbracht, daß er Judt zu Vnrecht die königl. bohm. Cammer berichtet, auch ieczo die vorgeschlagene 10 Str. Arbeis noch auch dem Acker acceptiren wollen vnndt derentwegen sich auch auf die königl. bohm. Cammer vmb Außwürckung anderwertigen gnädigen Befehls beruffen thut, alß ist H. Balczer Weigern, vngeacht er Prandteiß Judt darwieder sich protestando angemelt, nachmahlen 6 Wochen Friest ertheilet worden. Dat. ex consil. Commot. dem 30. Januarij a. 1652.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 88v, 89, 126v, 135v.

151.

1652 Mai 3.

Der Jude Samuel von Görkau gibt sich mit der von seinem Schuldner zugestandenen halben Summe zufrieden und soll vom Angeld nach den früheren Gläubigern nach Möglichkeit befriedigt werden.

Beschaidt: Demnach Greger Weeber anstatt seines Weibs Eua seel. dem Samuel Juden von Görckau besag zuruckgebener Obligation vndern Tag st. Jacobi a. 1635 noch 60 Sch. zuruck verblieben, weilen aber Greger Weber mit seinen Gewissen abgeredt, auch aufm Fall mit ein cörperlichen Jurament bestätigen wolle, daß er deß Judae Judens Vatter Samuel besag vorher gemachter Termin 30 Sch. bezahlet habe, derowegen die Sache mit gutten Willen besagten Judenß dahin verglichen, daß Greger Weber die ruckständige 30 Sch. m. von Angeldt, wan nach bezahlten Schuldtnern, so die Priorität haben, daran waß vberig, contentiren vndt befriedigen solle. Actum in consil. Commot. dem 3. May 1652.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 150v.

152.

1652 Juli 7.

Zwei Komotauer Bürger treffen mit dem Juden Schmay einen Vergleich wegen einer Lederschuld.

Vergleich: 68 fl., welche Hannß Rechenberger dem Schmey Juden vor Läder nach zu bezahlen vbr blieben, soll derselbe von dato vnder 1 Jahr auff 4 Termin, alle Quarthal alß 17 fl., bezahlen, zum Fall er aber

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

/den einen/ oder andern Termin nicht einhalten solt, derselbe die Summa völlig bezahlen oder mit Gehorsamb dorzu soll gehalten werdten. Ingleichen auch 25 fl. 30 kr., welche Caspar Daniel vor Leder noch Rest bleibt, soll von dato vber 4 Wochen 3 fl. vnd also alle 4 Wochen 3 fl. bezahlen bieß zu vohlständtiger Vergnügung, widrigenfahllß mit Arrest dorzu soll gehalten werdten. Welcheß beede Beklagte mit von sich gegebenen Handschlag bekräfftigt. Actum in cons. Commot. den 7. Julij 1652.

Aus dem Ratsprotokollbuche vor 1648–1657, S. 113v.

153.

1652 November 17.–1653 Feber 11.

Der Stadtrat zu Komotau
entscheidet in Angelegenheit der Forderung der Jüdin Schmain von Priesen gegen zwei Annaberger Handelsleute.

Vergleich: Demnach besag Schuldtobligation de dato Commothau vndtern 20. Nouemb. a. 1651 H. Hannß Zimmerman vndt H. Jacob Andtersohn, beedte Burger vndt Handtelßleuthe von St. Annabergk, dem verstorbenen Juden Schmay benentlichen 100 Rthl. schuldtig wordten vndt destwegen auf H. Hanß Zimmermanß eugene Persohn von Lazaro Marco Juden von Prießen in Vollmacht der Judin Schmain ein Cummer bey alhiesigen Stadtgericht beschehen, weilen aber H. Hannß Zimmerman die volstendtige Bezahlung auf sich allein nicht nehmen wollen, alß seindt dieselbe interim soweith vndt dahin verglichen, daz er von dato an vndter denen nechsten 4 Wochen 50 Rthl. alhier ermelten Judten bezahlen vndt niederlegen will, vber andtere 50 Rthl. aber, wer solche zu bezahlen schuldtig sein soll, will von e. e. Rath Hanß Zimmerman rechtlicheß Erkandtnüß duldten. Geschehen Commethau den 17. Nouemb. a. 1652.

153a.

Abscheidt: In Sachen zwischen H. Hanß Zimmerman vndt H. Jacob Andtersohn, beeden Burgern zu St. Annabergk, an einen vndt Schmain Judin von Priesen andern Theilß, 100 Rthl. betreffende, erkennet e. e. Rath vor Recht, daß, weilen in der Obligation sein H. Hannß Zimmermanß vndt H. Jacob Andersohns nicht zu befindten, daz einer vor dem andtern solche Suma Geldeß zu bezahlen auf sich genommen vndt zugleich in solidum sich nicht verschrieben, derowegen auch H. Hanß Zimmerman mehrerß nicht alß die Helfft solcher Summa Geldeß,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

nehmbl. 50 Rthl., zu bezahlen, die Judin aber die vbrige 50 Rthl. bey H. Jacob Andtersohn einzufordern schuldtig sey. Actum in consilio Commot. den 11. Februarij a. 1653.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 170v, 181.

154.

1652 November 22.

Der Rat zu Komotau verlangt von Abraham Lang als Nachweis einer Forderung beglaubigte Abschriften aus dem Kaadner Amtsbuch.

Beschaidt: Dem Juden Abraham Lang anstadt seiner Mutter Bela von Prießen von e. e. Rath zum Beschaidt ertheilt, er solte seiner praetendirten Schuldt halber wieder Gregor Webern ein authentische Abschrifft derer in der konig. Stadt Cadan Ambtbuch fol. 120 zu befindten angeführten zwey Schuldtposten bey e. e. Rath alhier, vndtern welchen Jahr vndt Dato solche Obligationes außgefertiget, fürzeigen vndt niederlegen, nach deren Ersehung derselbe weitern Beschaidtß zu gewartten haben soll. Datum Burgermeisterambt H. Georg Krahlenß den 22. 9br. a. 1652.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 171.

155.

1653 Feber 4.–1657 August 21.

Der Rat zu Komotau erläßt Bescheide in Angelegenheit von Schuldforderungen der Jüdin Schmayin gegen Lorentz Schwan.

Der Schmayin Judin mit H. Lor. Schwan wegen 75 Sch. ohne Vorbewußt e. e. Raths vorgeliehener Schuldt wirdt von e. e. Rath zum Bescheidt ertheilt: Weilen H. Lorentz Schwan die bißhero angeloffene Interesse, alß 13 Sch. 1 Orth, anitzo pahr wie auch 25 Sch. an Capitall von dato vnder den nechsten 6 Wochen zu erlegen erbottig, also laßet eß auch e. e. Rath billich darbey verbleiben. Betreffend aber die hinderstellige 50 Sch., weilen solche Geldter bei dießen Kriegszeiten nicht auf einmahl geliehen vndt auf die kay. Soldateska gewendet, soll Jüdin Schmain dieselbe noch auf ein Jahr gegen den geziemendten christlichen Interessen zu gestundten schuldtig sein. Actum in consil. Commot. den 4. Febr. a. 1653.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

155a.

Bescheidt: Auff Christoff Vllmans bey Lorentz Schwan hafftender Schuldt halber gethanen Arrest wieder Schmayin Judin eines vorlengst hinterlegten Pfandts vnterschiedlich Silberwergk betr. erkennet e. e. Rath alhier vor Recht, daß, weillen Christoff Vllman solchen hinterlegten Pfandts halber nichts erweißen können, derentwegen der Kummer relaxirt, ihr Judin die bey Lorentz Schwan behaffte Schuldt außgehändigt vndt beederseits auffgewendete Vncosten compensirt werden sollen. Actum in consilio Commotou. den 20. Juny 1656.

155b.

Registratur: Bey e. e. Rath hatt die Schmayin Judin den Lorentz Schwan wegen schuldiger 17 Sch. beklaget, welcher sie biß zum Verkauff seines Haußes vertröstet vndt alßdan von Angeldt zu befriedigen angelobet, welches e. e. Rath darbey bewenden läßt, auch es obgedachte Judin vmb die Gebühr zu registriren gebethen. Actum in consil. Commotou. den 21. Augusti a. 1657.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 179, 284, 341v.

156.

1657 September 11.

Vom Rate, den 4 Ältesten und 24 Mannen zu Komotau wird neuerdings der Beschluß gefaßt, daß die Juden die ganze Stadt zu meiden haben, außer wenn sie etwas Notwendiges bei Gericht zu tun haben und sich vorher im Bürgermeisteramte gebührlich angemeldet, besonders daß sie keine Hantierung daselbst treiben dürfen und daß kein Bürger oder Inwohner sie beherbergen dürfe, wie es in Kriegszeiten vorgekommen sei.

Beschluß: Dato von e. e. w. w. Rath, Herren 4 Eltisten vndt 24 Mannen einhelliglich beschloßen worden, daß von nun an vber gemeiner Stadt Priuilegium vndt darüber von der hochlöbl. königl. böhm. Cammer erlangte costbare Decreta gebührendt gehalten vndt inhalts dererselben nicht allein den Judten die gantze Stadt zu meiden, außer wan sie etwas Nothwendiges bey Gerichten alhie zu uerrichten hetten vndt sich darumb in Bürgermeisterämbtern gebührlich anmelden laßen theten, ernstlich angedeutet v. die Handtthierung gäntzlich verbothen, sondern auch den gesambten Bürgern vndt Einwohnern alhie zugleich alsobaldt aufferlegt vndt inhibirt werden solle, daß niemandt, sowohl in als vor der Stadt, die Judten, wie seithero in vndt nach dem Kriegßweßen vnbillig gesche-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hen, nichtmehr beherbergen noch in einigerley Gestalt auffhalten oder wiedrigenfalß, da man einen oder den andern, so hierwieder aus Vngehorsamb handeln thete, betretten würdte, iedeßmahlß mit 1 w. Sch. vnnachbleibender Straff angesehen werden solle. Actum in consil. Commotou. den 11. Septembris anno 1657.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1648–1657, S. 345.

157.

1670 März 14.

Der Rat, die 4 Ältesten und die 24 Mannen zu Komotau warnen die Handwerker und anderen Mitbürger, den Juden, die sich in Komotau wieder eingeschlichen, Aufenthalt zu gewähren.

Heut dato hat ein e. v. v. Rath nebenst denen Herren vier Eltisten vnndt 24 Mannen innhalt der hochlöbl. königl. böhm. Cammer gnädtig ergangenen Decrets die gesambte Jueden, weilen dieselbe vermöge kay. Priuilegien weder in der Stadt noch denen Vorstädten vnndt Dörffern Bewerb vnndt Handierung treiben dörffen, solcheß leichtfertige Gesündtel aber mit ihren Betrügereyen vnndt Fortheylhafftigkeiten zue Unterdruckung der ohnedies erarmeten Burgerschafft hienwieder ziemblich eingeschliechen, von gemeiner Stadt Grundt vnndt Boden völliegklich abgeschaffet vnndt darbey denen Handtwercksleuthen vnndt anderen Mitburgern bey 1 Sch. Gr. Straff selbe auffzuehalten ernstlich verbothen. Freytag den 14. Martij 1670.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1668–1676, S. 39v.

158.

1670 Juni 10.

Anläßlich eines neuerlichen Streites zwischen den Komotauer Fleischhackern und Seifensiedern wegen des Unschlittverkaufs wird den Seifensiedern neuerdings bei Verlust des Unschlitts verboten, bei Juden oder anderen Störern solches zu kaufen.

Demnach zwieschen einen ehrsamben Handtwergk der Fleischhacker vnndt einen ehrsamben Handtwerkg der Seyfensieder wegen des Insletverkauffs abermahls Strittigkeit vorgelauffen vnndt sie dessentwegen bey e. e. v. w. Rath, Herrn 4 Eltisten vnndt 24 Mannen vmb Entscheydtung angelanget vndt gebetten haben, weilen dann bereyth

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

den 19. Maij a. 1656 e. e. v. w. Rathß vorhergehenter Abschüedt dergestaldt erleutert wordten, daz e. e. Handtwergk der Seyfensieder von denen Störern Jueden oder andern frembdten Meistern, wann Inslet alhier zue uerkauffen ist vnndt dasselbe von allhiesiegen Fleischhackern versehen werdten kan, bey Verluest des Inslets keineß einkauffen solle, als lasset es e. e. v. w. Rath, H. 4 Eltisten v. 24 Manne auch allerseiths darbey verbleiben. Hiengegen aber hat e. e. v. w. Rath, Hern 4 Eltieste vnndt 24 Manne beschlossen, daz von dato an e. e. Handtwergk der Seyfensieder dem Handtwerck der Fleischhacker den Stein eingestossenes Inslet pro 2 fl. vnndt daß grüne Inslet pro 1 fl. 50 kr., jedoch nach Empfangk deß Inslets inn einer vierteljähriegen Friest solle zue bezahlen schuldtieg sein. Den 10. Junij a. 1670.

Aus dem Ratsprotokollbuche von 1668–1676, S. 49v.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Entstehung des Juden-Systemalpatentes von 1797.

Von Prof. Dr. Ludwig Singer.

—

Vorbemerkung.

Wenn man die Akten des Wieners Staatsarchivs, die des Ministeriums des Innern, die Indices und Protokolle der Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei und ihres Nachfolgers, des „Directorium in Cammeralibus et Publico-Politicis", mit Rücksicht auf die Entwicklung der böhmischen Judenfrage in den Jahren 1790 bis 1797 durchsieht, wird man in den Erledigungen von Ansuchen, Bitten, Beschwerden immer wieder den Hinweis auf das künftige Systemalpatent finden.

Die Ordnung der Verhältnisse der böhmischen Judenschaft war eine der Aufgaben, die die Regierung Leopolds von der Josefinischen übernommen hatte, aber infolge des jähen Hinscheidens des Kaisers nicht vollenden konnte. So blieb auch diese Angelegenheit der Entscheidung Franz des Zweiten vorbehalten.

Zweierlei kam in Betracht: der politische Teil, die Festlegung der Rechtsverhältnisse, und die Neuregelung der Besteuerung, denn die Ordnung von 1789 bewährte sich nicht. Beides wurde gleichzeitig verhandelt, wie es ja auch dem sachlichen Zusammenhange entsprach, aber daraus ergaben sich mannigfache Hemmnisse. Auch viele Bittschriften einzelner und ganzer Körperschaften, Denkschriften und Vorschläge verschiedener Art beeinflußten den Gang der Verhandlungen.

Wir wollen der leichteren Übersichtlichkeit halber die beiden Hauptgebiete getrennt behandeln.

I. DIE EIGENTLICHE JUDENORDNUNG.

Wir haben schon gesehen, welche Stellung die Judenschaft Böhmens der galizischen Judenordnung gegenüber einnahm, wie in wichtigen Fragen durchaus keine Übereinstimmung herrschte, so insbesondere in der des Militärdienstes und in denen des Unterrichtes.[1]

Aber es gab auch Gebiete, auf denen die bestehenden Gesetze und ihre Handhabung von allen als gleich drückend empfunden wurden, so vor allem die über die Familiengründung. Wie sehr die Juden darunter litten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bezeugen die zahlreichen Majestätsgesuche in Ehesachen. Mehrfach abgewiesen, wurden sie in der Regel mit Verweisung an das Gubernium erledigt; nur da und dort findet sich eine Aufzeichnung, daß eine Heiratserlaubnis zur Kenntnis genommen werde.[2] Zeugnis dafür ist aber auch jenes Gesuch, in dem der Vorsteher der böhmischen Landesjudenschaft, Joachim von Popper, am 4. Juli 1792 anläßlich der Königskrönung Franz II. um gnadenweise Bewilligung der bei dem Gubernium erliegenden vierzig bis fünfzig Ehekonsensgesuche von Landjuden bat.[3] Eindringlich wies er auf die schweren wirtschaftlichen und sittlichen Schäden hin, die die amtliche Gebarung in dieser Frage verursachte. Mit welchem Erfolg? Die kaiserliche Entschließung ist vom Feuer zerstört.

Ein Dekret an das böhmische Gubernium (19. Juli 1794) ordnet an, daß die Niederlassung einer Familie an Orten, wo nach dem Normaljahre Juden mangeln, nur in dem Maße bewilliget werde, als an jenen Orten, wo sie überzählig sind, Familien in Abgang kommen.[4]

Die Militärdienstleistung ist in der Zeit vom Tode Leopolds bis zur Gesetzwerdung der neuen Judenordnung – wenigstens, soweit die Wiener Akten Aufschluß geben – kein Gegenstand von Bittschriften der böhmischen Juden. Nur aus dem Jahre 1795 (5. Februar) findet sich eine ausführliche Darlegung eines Gradiskaner Juden,[5] die in der Hauptsache auf die Heranziehung der Juden zum persönlichen Kriegsdienste hinzielt, aber in den Abschnitten: „Zustand der Juden – Innere und äußerliche Hindernisse" sich auch mit den allgemeinen Fragen beschäftigt.

In seinem Vortrage vom 4. April 1795 lehnte das Direktorium es ab, auf diese Ausführungen einzugehen, weil sie im wesentlichen mit den Darlegungen Herz Hombergs übereinstimmten, die es ausführlich zu besprechen hatte (s. u.). Hingegen wurden in dieser Zeit mehrere Einzelanordnungen erlassen, die für die allmähliche Wandlung der Ansichten des Kaisers zeugen, eine Wandlung, die dann in § 62 des Systemalpatentes ihren entscheidenden Ausdruck findet.

Am 7. Februar 1793 erließ der Kaiser ein Handschreiben an den Direktorialminister Grafen Kollowrat, in welchem er i. g. noch auf demselben Standpunkt steht, den er als Kronprinz und Mitglied des Staatsrats eingenommen: Untauglichkeit der Judem zum Soldatenstande und der eben geschlossene Friede (von Sistowo) haben die Anordnung veranlaßt, daß die Juden gegen eine „Reluizion" von 30 fl. vom Kriegsdienst befreit werden. Die jetzige Kriegszeit fordert die Abschaffung dieses Vorrechts. „Um aber dennoch den Abscheu dieser Nazion gegen die Kriegsdienste einigermaßen nachzusehen", gestattet er den Loskauf gegen eine Taxe von 150 fl., jedoch nicht für Galizien.[6]

Am 12. Oktober desselben Jahres verlangt der Kaiser einen besonderen Vortrag, über die Rekrutierung der Juden. Es war nämlich gemäß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der nach dem Gutachten des Direktorial-Hofkanzlers Graf Rottenhan erfolgten kaiserlichen Entschließung am 27. April 1793 an das böhmische Gubernium und an die Länderstellen von Mähren und Niederösterreich folgende Weisung ergangen: Aus mehreren zur Rekrutierung gewählten Juden sei das zu stellende Individuum durch das Los zu bestimmen. Weigere es sich, zum Dienste anzutreten, sei aber zu arm, um sich selbst loszukaufen, solle es von der Gemeinde oder der Kreisjudenschaft um 150 fl. losgekauft werden. Der Gedanke dabei war, daß mit diesem Gelde zwei Freiwillige im Reiche oder in Polen angeworben werden sollten, die man dem Kreise zugute schreiben und so diesen entlasten könnte.[7] Dieser Verordnung gegenüber machte nun das böhmische Gubernium darauf aufmerksam, daß die meisten jüdischen Landgemeinden infolge ihrer Armut mit der Steuer im Rückstande wären und durch diese Zahlungen ganz entkräftet würden. Es hätte von zehn Gewählten jeder zu erklären, ob er Rekrut werden wolle oder nicht; wenn alle zehn sich weigerten, müsse der Vermöglichere die 140 fl.(!) zahlen; in diesem Falle hätten die Gemeinden weniger zu zahlen. Es würde vielleicht auch die Gesamtjudenschaft eintreten. Gubernialrat Freiherr von La Moth machte nun darauf aufmerksam, daß die Loskaufung der Juden an sich bedenklich sei. Von den Bauernsöhnen, die doch dem Nährstande unentbehrlich seien, werde keine Reluizion angenommen, während die Juden doch dem Nährstande ganz entbehrlich wären.[8]

Diese Betrachtung und die Schwierigkeit der Eintreibung der Reluizionssummen hatten den Referenten Grafen Saurau zu dem Einraten bestimmt, von den durch das Los rekrutierten Juden keine Weigerung anzunehmen, da sie sich ohnehin nur auf ein Vorurteil gründe. Die Mehrheit des Direktoriums dagegen bewirkte die Weisung an die Landesstelle, daß im Weigerungsfalle die Reluizion von der Kreisjudenschaft bestritten werde. „Die Modalität dürfe noch deswegen als die bessere anerkannt werden, weil selbst im a. h. Handbillett vom 7. Februar (s. o.) die Juden für den Soldatenstand untauglich genannt würden, und weil nur in Galizien Juden einzig als Fuhrknechte, die aus Böhmen, Mähren, aber nicht einmal zum Fuhrwesen gebraucht werden könnten.

Im Staatsrate trat Eger, der so oft die Rechte der Juden verteidigt, aber schon gelegentlich der Märzberatungen darauf hingewiesen hatte, daß durch die Reluizion ein Privilegium entstehe, das die anderen Nationen beleidige, mit aller Schärfe für den Vorschlag des Grafen Saurau ein. Dieser betonte, daß die Wehrpflicht eine persönliche Pflicht jedes Staatsbürgers sei. Niemand, meinte Eger, frage den Christen, ob er Lust zum Militärstand habe oder nicht. Er wiederholt die Gründe La Moth's und fährt dann, die Ungeeignetheit der Juden ablehnend, nicht ohne Ironie fort: „Ich weiß wohl, daß die Taktik der Kriege des alten Testaments

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ganz anders ist als die gegenwärtige, aber der Jude kann diese doch ebenso gut lehrnen, wie sie der Christ auch erst lehrnen muß. Der Jude hat Furcht und Abscheu vor dem Feuergewehr. Der Christ möchte sichs wohl auch nicht für ein Lustspiel anrechnen lassen."[9] Er beantragt daher folgenden Wortlaut der kaiserlichen Entschließung: „Bei dermaligen Umständen, wo sich der Mangel an Mannschaft für den Ackerstand sowohl als für die Rekrutierung der Armee so sichtbar äußert, bleibt nicht anderes übrig, als die dienstfähigen Juden, wenn sie unvermöglich sind, und die Reluizionsgebühr von 150 fl. nicht leisten können, in Person zu Rekruten zu stellen."

Die übrigen Staatsräte stimmten bei und Egers Vorschlag ging als kaiserliche Verordnung hinaus.

Abermals tauchte die Frage in den Akten auf, als das Direktorium über den Vorschlag eines Ungenannten zu einer Rekrutensteuer der Juden zu berichten hatte. Er wurde nach dem Rate Zinzendorfs abgelehnt: „in Erwartung des zugesagten Vorschlags über die Verbesserung des Judensystems (in Böhmen) hat der Vorschlag des Ungenannten auf sich zu beruhen."[10]

Am 25. September 1796 hatte sich der Staatsrat – ganz abgesehen von den Beratungen über das Systemalpatent – wieder mit dieser Sache zu beschäftigen, u. zw. auf Grund des Direktorialvortrages vom 16. d. M., die Personalbeiziehung der Juden zum Wehrstand betreffend. Den Anlaß bot ein Antrag des galizischen Generalkommandos, die Juden auch zum Feuergewehrdienst heranzuziehen und das Reluizionsquantum auf 120 fl. zu erhöhen. Auch der Hofkriegsrat sprach sich dafür aus und zugleich für die Heranziehung der Juden auch in den deutschen Erblanden. Das Direktorium beantragte, die Juden unter den gegenwärtigen Verhältnissen (im Koalitionskrieg, Zeit der Kämpfe um Mantua) zum Dienste auszuheben, da die Reluizion das Ärar indirekt beschwere; nach dem Kriege könne man die früheren Verhältnisse wieder herstellen. Dem sehr energischen Eintreten Egers und Vogels für die persönliche Wehrpflicht der Juden schlossen sich die übrigen Staatsräte an.[11] So erfolgte das kaiserliche Placet und die Weisung, von dieser Anordnung auch die ungarische Kanzlei zu verständigen.[12] § 62 der böhmischen Judenordnung ist das Endergebnis all dieser Arbeiten.

Andere Vorfälle wiesen auf die wirtschaftlichen und sonstigen Schwierigkeiten hin, die die Judenfrage in sich barg. Einzelnes sei herausgehoben.

Jener Ingenieur Herbinger, der in den Tagen Leopolds zusammen mit Dr. Klinger im Namen des böhmischen Bürgerstandes gegen die Juden aufgetreten war,[13] brachte schon im Mai 1792 einen Plan zur Emporbringung des in Böhmen durch die Juden in Verfall geratenen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Leinwandhandels ein und bat, in dieser Angelegenheit eine eigene Kommission aufzustellen.[14]

Der Kleinhandel der Juden rief immer wieder Schwierigkeiten hervor. So entschied ein Hofdekret vom 19. Oktober 1793, daß die Verordnung vom Jahre 1776 dem Juden Sobotka und der Jüdin Weile den alla minuta-Handel mit altem Eisen in der Christenstadt erlaubt habe, weil damals der Kleinhandel in der Christenstadt den Juden nicht verboten war. Diese Erlaubnis sei aber durch die Vorschrift vom 13. September 1790 aufgehoben worden, die den Juden den Kleinhandel nur in der Judenstadt und auf dem Trödelmarkte gestattete. Das Gubernium beauftragte daher (am 11. November) den Prager Magistrat, „die jüdischen Individuen Rahel Weile, Marie Kollmann, gebohrene Sobotka, und David Sobotka" zu verständigen, daß sie „zu Betreibung des Kleinhandels mit altem Eisen in der Christenstadt nicht geeignet" seien, „sondern sie werden ihn in der Judenstadt, ohne Entschuldigung wegen Mangels Raumes, leicht ausüben können, wenn nach Vorschrift des Hofdekretes vom 13. September 1790 die Brandstellen in der Judenstadt durch die vermöglicheren Juden wieder aufgebauet werden."[15]

Auch Einzelfälle, wie die Bitte des Ausschusses der Stadt Saaz um Unterdrückung des Wuchers der dortigen Juden und um ihre Entfernung vom Tabaksgefäll[16] oder die Klage der Prager Seidenfabrikanten um „Abschaffung der schädlichen Fabrik der Juden Lederer und Schwabach" gehören in dieselbe Reihe.[17]

Besonders der Hausierhandel der Juden war Gegenstand fortwährender Beschwerden.

Am 7. November 1793 mußte das Gubernium auf die Beschwerde verschiedener Juden, denen der Magistrat die Hausiererlaubnis verweigert hatte, diesem auftragen, ihnen die Hausierpässe nicht vorzuenthalten, da der Handel den Juden noch immer als ein Hauptnahrungszweig gestattet sei; nur wurde dem Magistrate eine gewisse Vorsicht aufgetragen. Zur Betreibung des Handels mit neuen Waren müßten sie sich ebenso wie die Christen beim Magistrate um Hausierpässe melden. Der Prager Magistrat nahm aber diese Entscheidung nicht ruhig hin. Schon am 20. Jänner 1794 gelangte ein vom 10. Dezember 1793 datiertes, vom Prager Magistrat namens der Bürgerschaft eingereichtes Majestätsgesuch nach Wien, das um die Abschaffung des jüdischen Hausierhandels bat, „weil bei Bestimmung der politischen Verfassung der Judenschaft in Böhmen darauf Rücksicht genommen werden könnte."[18]

Es sind schon die sogenannten Hausjuden oder Zuweiser eine große Gefahr für den christlichen Handelsgewerbestand, da sie alles aufbieten, um die Kundschaft gegen eine geringe Entschädigung den jüdischen Handelsleuten zuzuführen. Wenn nun diese Leute Hausierscheine er-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hielten, „so würden sie von den jüdischen Handelsleuten und Kramern ihrer bekannten, unbegränzten Gewinnsucht nach sozusagen in Sold aufgenommen und mit ihren Waaren in alle Häusser und Geschäfte der Stadt ausgesendet, und solcher Gestalt der Waarenverschleiß von selber einzig an sich gezogen würde." Das würde das gänzliche Verderben der christlichen Geschäftsleute herbeiführen. Auf dem Lande, wo es keine Kaufleute gebe, sei der Hausierhandel einigermaßen gerechtfertigt, nicht aber in den Städten, wo in den Geschäftsläden alles zu bekommen sei. Die Ausdehnung des Hausierhandels würde den durch die Verordnung vom 13. September 1790 den christlichen Gewerbsleuten gewährten Schutz (Verweisung des jüdischen Kleinhandels auf Judenstadt und Tandelmarkt) völlig vereiteln.[19]

Kaum ein halbes Jahr später beschäftigte das Direktorium eine ähnliche Angelegenheit. Die Prager Monturkommission hatte angezeigt, daß die beträchtliche Erhöhung der Lederpreise von dem Monopol herrühre, das die Juden mit dieser Ware übten. Ein Hofdekret vom 29. November 1793 ordnete daher eine Untersuchung an. Das Gubernium befahl demgemäß den Kreisämtern und dem Prager Magistrate die Einholung von Auskünften und die Ausfindigmachung und Anzeige typischer Fälle.

Die von den Kreisämtern bei den Gerbern und den Leder verarbeitenden Handwerkern eingeholten Auskünfte lauteten – man möchte sagen selbstverständlich – dahin, daß die Juden an der Teuerung schuld seien. (Einkauf aller Häute und Felle durch Vorschüsse und Kontrakte, Ausfuhr der Rohware usw.)[20] Das Heilmittel wurde nur darin gesehen, daß der Handel mit rohen Häuten den Juden verboten werde. Auch der Prager Magistrat ist dieser Meinung. Das Elbogener und das Königgrätzer Kreisamt jedoch weisen darauf hin, daß infolge des Krieges weniger Vieh geschlachtet und viel rohe Häute und Felle, aber auch Leder ausgeführt würde.

Das Gubernium bemerkt dazu, daß allerdings die Juden den Einkauf der Rohwaren vermöge ihres Geldbesitzes und der Organisation der Sammeltätigkeit besser besorgen könnten; andererseits aber ließen es die christlichen Gerber, Handelsleute, Fleischhauer an der nötigen Tätigkeit fehlen. Viele seien auch genötigt, von den Juden Geld zu borgen und Vorschüsse zu nehmen. Das könne aber nicht die Ursache der plötzlichen Preissteigerung sein, da die Juden diesen Handel schon lange betrieben. Auch seien keine übergroßen Vorräte bei einzelnen nachgewiesen worden. Die Ursache sei vielmehr die Ausfuhr infolge des erhöhten Armeebedarfes. Ein Hofdekret habe die Ausfuhr verboten und das werde eine Preissenkung herbeiführen. Das Verbot habe auch zur Folge, daß Häute aufgehört hätten, ein Handelsartikel zu sein und selbe

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daher nicht mehr von den Händlern, sondern nur mehr von den Juden gekauft werden dürften, die Lederhäuser besäßen oder einzeln die Gerberei betrieben.

Wichtig ist für uns der Schluß des Gutachtens: „daß zu wünschen sey, womit überhaupt in Ansehung des von Juden betreibenden Handels auf den von hier aus gemachten Vorschlag solchen auf gleiche Art wie bei den Christen zu regulieren, die Einleitung getroffen werden möchte, wodurch vielleicht alle sowohl von den christlichen Handelsleuten als Professionisten und Fabrikanten gegen den von Juden betreibenden Handel mit rohen Materialien von Zeit zu Zeit vorkommende Klagen am füglichsten behoben werden könnten."

Das Direktorium erklärt, es habe, um Spekulationskäufe zu hindern, das Ausfuhrverbot für Häute und Sohlenleder auf unbestimmte Zeit verlängert. Auch die andern Ursachen der Lederteuerung (Steigen des Knoppernpreises) werden erörtert. Man lehnt den Erlaß eines Handelsverbotes ab. Da aber ohnehin die ganze Judenschaft in Böhmen eben jetzt anders organisiert werden solle und die diesfällige Ausarbeitung unter der Hand sei, so wird der Bericht des Böhmischen Guberniums und das Referat dem Grafen von Saurau zur weiteren Erledigung abgegeben und die in der Hauptsache ergangene Expedition ihm zur Einsicht mitgeteilt.[21]

In diesen Zusammenhang gehört noch ein Aktenstück, dessen erster Anlaß außer allem Zusammenhang mit der Judenfrage steht und das doch auf sie zurückkommt. Es ist eine Note des Staats- und Polizeiministers Grafen Pergen vom 6. Jänner 1794, Unruhen in Prag betreffend.[22] Studenten, dadurch beleidigt, daß sie von Freudenmädchen waren begossen worden, hatten einen Tumult erregt, bei dem neunzehn Freudenhäuser geplündert wurden. In dem Berichte über diese wenig appetitlichen Vorkommnisse erklärte der Oberstburggraf Graf Lažansky eine Besserung der Polizeiverhältnisse für um so nötiger, als er demnächst einen Auflauf gegen die Judenschaft besorge. Die Prager Bürgerschaft finde sich durch die Begünstigung der Juden im Gewerbebetriebe und durch ihre Übermacht, alle Zweige des Nahrungs- und Handelsstandes an sich zu reißen, täglich mehr veranlaßt, sich über selbe zu beschweren. Handwerksburschen und Gesellen fingen schon an, die Juden durch verschiedene Neckereien zu reizen. Nur durch die „Duldung der letzteren", d. h., infolgedessen, daß die Juden die Beleidigungen sich ruhig gefallen ließen, sei es noch zu keinen Auftritten gekommen. Graf Lažansky bittet daher um schleunige Erledigung seiner zur Abhilfe und Beruhigung der Bürgerschaft gemachten Vorträge, umsomehr, als auch 4. die Studenten gefährlich sind. Zum 3. Punkte schlägt Graf Pergen vor, durch ein höchstes Handbillet beim Direktorium eine eigene Kommission zur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schleunigen Untersuchung der Beschwerden der Prager Bürgerschaft einzusetzen, „wodurch die aufgeregten Gemüter der böhmischen Unterthanen zu sanfterer Empfindung der Hoffnung und des Vertrauens gestimmt würden."

Das Direktorium bemerkt dazu (Note vom 1. Hornung 1794)[23]: 3. seien die Äußerungen über die Verbesserungen des Judensystems eingelangt und werde das Direktorium sich unausgesetzt mit der Bearbeitung derselben beschäftigen.

Zieht man in Betracht, daß ähnliche Klagen und Beschwerden immer wieder auch aus den anderen Ländern einliefen, so wird man die Schwierigkeiten würdigen, die sich der Erfüllung auch wohlberechtigter Wünsche der Judenschaft entgegenstellten, ihre wirkliche Gleichstellung mit der übrigen Bevölkerung unmöglich erscheinen ließen, ganz abgesehen davon, daß die meisten Kommissionsmitglieder, durch ihre Erfahrungen und ihre Vorurteile bestimmt, einer solchen Forderung von vornherein ablehnend gegenüber standen.

Die Verhandlungen im Staatsrate.

Der Direktorial-Vortrag vom 6. April 1793.

a) Allgemeiner Teil.

Im Jänner 1793 hatte sich der Staatsrat mit dem böhmischen Judenpatente zu beschäftigen. Die Grundlage bildete ein Vortrag des Direktoriums,[24] der einen Entwurf der neuen Judenordnung nebst ausführlicher Behandlung einzelner Punkte bietet. Dieser Entwurf beruht auf dem galizischen Judenpatente von 1789 und den Abänderungen, welche das böhmische Gubernium in seinem Berichte vom 31. Dezember 1789 vorgeschlagen hatte.[25]

Vorher aber findet das Direktorium es nötig, sich mit einigen vom Prager Gubernium ausführlich dargelegten Meinungen auseinanderzusetzen.

Die Darlegung trägt einen vermittelnden Charakter. Verfolgung der Juden wegen ihrer religiösen Meinungen wird ebenso abgelehnt, wie man es vermeidet, die Gebrechen des größeren Haufens allen aufzubürden, sie aller Tugenden unfähig zu erklären. Ebenso wird aber auch die Anschauung für unrichtig erklärt, daß die Fehler der Juden nur die Folge ihrer Bedrückung seien und ihre vollständige „Gleichstellung mit den übrigen Religionen goldene Zeiten herbeiführen werde". Der Ausschluß von allen redlichen Erwerbsmöglichkeiten würde ihre Bildung hindern und sie wieder nötigen, zu den kleinen Betrügereien ihre Zuflucht zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

nehmen; aber „die vielfältigen Nahrungszweige, die ihnen izt schon offen stehen, nach bürgerlichen Verhältnissen ordnen, sie an diejenigen Vorschriften binden, welche sich alle Unterthanen des nämlichen Staates gefallen lassen, werde gewiß eher zur nützlichen Umstimmung als zur Abwürdigung der Juden dienen."

Den Juden den Rohstoffhandel zu untersagen, habe selbst das Gubernium nicht beantragt; ein allgemeines Verbot sei aber eine Kommerzsache und gehöre nicht hierher.

Die vom Gubernialrat Graf Kollowrat vorgeschlagene bloße Erweiterung der Nahrungszweige könne auf die Bildung der Juden nicht wirken, weil sie seit 1781 ohnehin so viele Möglichkeiten hätten. Der Vorschlag des Barons Eben, die armen Juden, die keine nützlichen Gewerbe trieben, außer Landes zu schaffen oder in einem Winkel an der türkischen Grenze anzusiedeln, sei unausführbar.

Graf Rottenhan hatte eine genaue Klassifizierung und Abwägung der Gewerbe und Professionisten nach dem Verhältnis der Bevölkerung, so etwas wie eine zwangsweise Berufsgliederung vorgeschlagen. Das Direktorium findet eine solche Maßnahme wirtschaftlich schädlich und sittlich höchst gefährlich, weil sie aller „Ränke und Parteilichkeit" Raum biete.

Wechselheiraten zwischen Juden und Christen – die man an sich für nützlich hält – „dürften bey den Grundsätzen der katholischen Religion nicht wohl angehen". Die gerichtliche Legalisierung aller Schuldscheine an Juden zur Verhinderung der Vor- und Zurückdatierung würde der ganzen jüdischen Nation den Stempel der Betrügerei aufdrücken.

Qualitätenordnungen seien Angelegenheit aller Manufakturisten, gehörten also nicht in die Judenordnung. Die neue Leihbank diene nicht bloß zur Steuerung des Judenwuchers, „sondern auch zu Hindanhaltung der niedrigsten Geldmäklerey, welche zur Schande gebildeter Menschen auch unter den Christen schnelle Fortschritte gemacht habe. Bei dem übeln Charakter der Juden," wie ihn Graf Rottenhan schildert, „sei es dringend notwendig, die von Kaiser Josef begonnene Reform durch eine Gesamtordnung zu bewirken."

b) Der Entwurf der Judenordnung.

Den Entwurf der Judenordnung, wie ihn das Gubernium dem Direktorium vorlegte, und dessen Stellungnahme dazu im einzelnen darzustellen, könnte vielleicht für den Fachgelehrten von Wert sein, der sich mit der Geschichte der Gesetzgebung beschäftigt, dürfte aber die Aufmerksamkeit anderer Leser kaum zu fesseln vermögen. Es genügt daher, einige besonders wichtige Punkte herauszuheben.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Ein solcher war die Frage der weltlich-wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Rabbiner. Man ist sich zwar darüber einig, daß sie gefordert werden müsse, über Art und Ausmaß jedoch gehen die Meinungen auseinander. Die weitere Gestattung von Privatsynagogen gegen Bezahlung einer Taxe erfährt Widerspruch. Baron Mayern fürchtet, daß solche Winkelschulen der Verbreitung abergläubischer Grundsätze dienen könnten. Sie seien auch deshalb unzulässig, weil mit ihnen ein in Religionssachen unzulässiger Unterschied zwischen Armen und Reichen festgelegt werde. Derselbe Mayern fordert die Zensurierung aller jüdischen Religionsbücher durch einen christlichen Zensor, ein Verlangen, das die Mehrheit des Direktoriums dahin mildert, daß zu diesem Geschäfte auch die jüdischen Lehrer herangezogen werden sollen. Bei dem Abschnitte „Lehrerbildung" findet das Direktorium auch die ausdrückliche Aufnahme der Josefinischen und Leopoldinischen Anordnungen über das Mittel- und Hochschulstudium der Juden wünschenswert, um ihre Bildung zu fördern.

Die Schaffung eigentlicher (Kultus-)Gemeinden würde das Direktorium am liebsten ganz vermieden wissen, weil es von ihnen die Stärkung des jüdischen esprit de corps – das Wort hat in jener Zeit die Bedeutung: Zusammenhalten in üblem Sinne – befürchtet, betrachtet sie aber mit Rücksicht auf den engen Zusammenhang der häuslichen und der gemeinsamen Religionsgebräuche als unvermeidlich.

In allem übrigen sollen die Juden als gleichberechtigte Angehörige ihrer Ortsgemeinden betrachtet werden; nur das passive Wahlrecht könne man ihnen mit Rücksicht auf die feindselige Stimmung der christlichen Bevölkerung nicht gewähren.

An der Beschränkung der jüdischen Familienzahl, der Hemmung der Einwanderung hält man unentwegt und mit aller Schärfe fest. Das spricht sich sogar darin aus, daß man die Überschrift der bezüglichen Abschnitte ändert. Nicht „Bevölkerungsstand" soll sie lauten, sondern „Volksmenge", weil es sich nicht darum handle, *das Land mit Juden zu bevölkern*, sondern vielmehr *ihre Zahl zu vermindern*.[27]

Daher gehen auch in der Frage, ob man den Juden, die sich dem Ackerbaue widmen wollten, besondere Begünstigungen gewähren solle, die Meinungen weit auseinander. Der sonst wenig judenfreundliche Hofkanzler Graf Rottenhan[28] u. a. wollte den Juden, welche eine Feldwirtschaft, gleichviel, ob eine rustikale (bäuerliche) oder dominikale (herrschaftliche), an sich brächten und mit eigenen Händen bebaueten, Entlassung aus dem jüdischen Steuerverbande und unbeschränkte Heiratsbefugnis gewährt wissen. Dagegen erhoben sich andere Stimmen: die einen verlangten die Einschränkung dieser Bevorzugung auf die Pächter herrschaftlicher Gründe, weil die Juden vermöge ihres größeren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Geldbesitzes zu gefährliche Mitbewerber um die bäuerlichen Anwesen wären (Ministerialdirektor Graf Kollowrat und Hofrat von Grohmann); die anderen (Hofrat Freiherr von Mayern und der Referent Graf Saurau) lehnten jeden ähnlichen Gedanken völlig ab, weil sie eine zu starke Vermehrung der Juden und die Ausbeutung der bäuerlichen Bevölkerung durch ihre jüdischen Nachbarn befürchteten.

Diese Furcht vor „jüdischen Betrügereien" veranlaßte auch den Antrag, die Josefinische Verordnung über die Namensführung in das Patent aufzunehmen, mit der Verschärfung, daß jede unter anderem als dem gesetzlichen Familiennamen ausgestellte Urkunde ungültig sei. (Mayern).

Hinsichtlich der Nahrungswege stimmen Gubernium und Direktorium überein, daß den Juden die bisher gewährten Rechte erhalten bleiben sollen. Nur von den Pachtungen, die zum Müßiggange führen (Schankhäuser, Zehnten, Gefälle), sollen sie ausgeschlossen sein, doch bestehende Rechte erhalten bleiben: Schankgerechtigkeiten, die auf Judenhäusern haften, Schankrechte in der Prager Judenstadt. Den weiteren Antrag Mayerns, die Juden von der Pachtung obrigkeitlicher Befugnisse auszuschließen, nahm das Direktorium wohl deshalb an, weil der Gedanke unerträglich schien, daß Juden über Christen etwa auch richten sollten.

Wohl wünschte man eine Berufsumschichtung der Juden zu körperlicher Arbeit, aber Mißtrauen und fiskalische Rücksichten standen der Förderung der Ackerbauer im Wege. Den jüdischen Handwerkern jedoch kam man ein wenig entgegen. Man gestattete den Meistern, die das Handwerk ordnungsgemäß erlernt hätten, die Bildung eigener Reihenzünfte, d. h. Vereinigungen von Angehörigen verschiedener Handwerke, wohl in Voraussicht des Widerstandes der christlichen Meister gegen die Aufnahme von Juden in die ordentlichen Zünfte.

In der Frage der Wehrpflicht war das gesamte Direktorium für die persönliche Dienstleistung der Juden, am entschiedensten hier wiederum Mayern, der von keiner „Reluizion" wissen wollte, für die das übrige Direktorium, „so wenig räthlich sie auch sei, falls man sie doch beibehalten wolle", die Summe von 150 fl. vorgeschlagen hatte.

Von all den „Anmerkungen", die einzelne Direktorialmitglieder dem Gesamtberichte anfügten, war am wichtigsten die des Hofrates von Kranzberg. Er meinte, daß man in dieser Angelegenheit auch einen Juden vernehmen solle, und schlug dazu den Oberaufseher der jüdischen Schulen in Galizien, Herz Homberg, vor, welcher „nebst seinen Kenntnissen von den Sitten, Gebräuchen und der Verfassung der Juden viel gesunde Philosophie" besitze. Hombergs Schrift: „Versuch zu einer moralischen und politischen Verbesserung der Juden" wurde dem Vortrage des Direktoriums beigelegt.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Anregung Kranzbergs fiel auf fruchtbaren Boden. Im Staatsrate fand man die Angelegenheit noch nicht spruchreif und Egers Vorschlag, das böhmische Gubernium nochmals zu vernehmen, auch die Hofkommission in Gesetzgebungssachen zu befragen und Herz Homberg nach Wien zu berufen, fand die Zustimmung Zinzendorfs[29] und Reischachs und damit auch die des Kaisers. Homberg sollte nach Wien kommen und ihm „die Skizze der Grundsätze zu dieser Reform, soweit es sich nämlich um Religionsübung, Unterricht, Gemeindeverfassung, politische und Rechtsbehörden und Pflichten gegen den Staat handle, mit allen den schon pro und contra angeführten Gründen um seine aufrichtige und freimüthige Äußerung zugefertigt" werden.

Herz Homberg[30] (1749–1841) war ein geborener Liebener. Als er sieben Jahre alt war, übersiedelten seine Eltern nach Prag. Er genoß dort und später an den Schulen zu Preßburg und Groß-Glogau den üblichen talmudischen Unterricht. Spät erst erlernte er die deutsche und andere Sprachen. Reisen führten ihn nach Breslau, Hamburg, Berlin. Das Studium des Rousseau'schen „Emile" regte ihn dazu an, sich dem Erziehungsfache zu widmen. In Berlin, wo er sich dafür vorbereitete, kam er als Lehrer in das Haus Moses Mendelssohns und das wurde entscheidend für seine weitere Entwicklung. Er wurde Mendelssohns Schüler und Mitarbeiter. Nach dem Erlasse des Toleranzpatentes kehrte er in seine Heimat zurück und wurde 1784 Oberaufseher sämtlicher deutschen Judenschulen in Galizien. Verteidiger des Judentums gegen Angriffe von außen, zugleich bemüht, es im Sinne seines Meisters und gemäß den Absichten Josefs II. zu beeinflussen, erwarb er sich durch seine amtliche Tätigkeit die Wertschätzung der vorgesetzten Behörden.

Dem erhaltenen Auftrage gemäß reiste er nach Wien und arbeitete dort eine sehr umfangreiche Denkschrift aus. Diese befriedigte seine Auftraggeber in hohem Grade. „Selber habe", wie das Direktorium urteilt, „eine Ausarbeitung geliefert, welche der Erwartung völlig zusagte und seinen Talenten und Einsichten in manchen Betracht Ehre machte... Nun bittet selber für diese Arbeit um eine Remunerazion". Das Direktorium beantragte die Verleihung einer goldenen Medaille von der größten gewöhnlichen Art und Franz II. genehmigte den Vorschlag.

Die Denkschrift Hombergs.

Die ersten Blätter der Schrift sind vom Feuer zerstört, das Wesentliche aber ist gut erhalten, so daß wir nicht auf die Auszüge angewiesen sind, die im Vortrage des Direktoriums vom 4. April 1795 gebracht werden.[31]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Nach der positiven Seite hin ist Homberg bemüht, die volle Rechtsgleichheit, wenn nicht *der* Juden, so doch derjenigen Juden zu erwirken, die sich den äußeren Formen, dem Wirtschaftsleben ihrer Umwelt anpassen und einfügen. Er erklärt die Rechtsminderung als nach allen Seiten hin schädlich. „Genießt er (der Jude) nicht der Rechte alle, so sucht er als eine Schadloshaltung jene, die ihm zugestanden wurden, zum Nachteil der übrigen Bürgerklasse so viel als möglich auszudehnen und reizt seine Mitbürger zu lauten Klagen, die freilich die Sache aus Brodneid und vielleicht auch aus einem Rest von Religionshasse um ein Merkliches vergrößern, wie dermals bey dem Handels und Manufakturstand der Fall seyn mag."

Er verweist auf die Abgabe, die der Jude zahlen muß, wenn er nach Wien kommt.[32] „Wenn der jüdische fleißige Beamte, oder Studiosus nach Wien reiset, um sich da, seiner Erholung, oder des Amts wegen einige Zeit aufzuhalten, sind sie auch gehalten, alle 14 Tage 30 kr. zu erlegen. Hier ist es wieder nicht die Abgabe, sondern das Verächtliche, was sie niederschlägt. Welch ein Widerspruch in sich, Juden in den Adelsstand zu erheben, „in welchem Stande sie dem Begriffe Adel gemäß über dem Bürger stehen sollen, indem sie als Juden dem Gesetze nach, weit unter demselben in Ansehung der Rechte sind. Kann wohl jemand Vorrechte genießen, wenn er noch nicht im Besitze der gewöhnlichen Rechte ist? Dem Unterzeichneten blieb sonach der christliche Nachtwächter beneidenswerther, als ein jüdischer Edler oder Ritter – so lang – um unter vielen Beispielen nur einige anzuführen – dieser in Wien kein Haus eigenthümlich besitzen darf, und so lange ein solcher, wenn er aus der Provinz hierher kommt, für den vierzehn tägigen Aufenthalt 30 kr. wie jeder hausierende Jude zu erlegen hat." Er muß gerade durch diese Scheinerhebung seine Eigenliebe eher gekränkt als geschmeichelt fühlen. Muß? Sollte!

Homberg wagt ja nicht die vollständige Abschaffung des Familiensystems zu fordern, aber er findet doch das Wort: „Es ist allerdings unnatürlich und muß jedem Menschenfreund weh tun, wenn er sich in der traurigen Nothwendigkeit findet, dem edeln Begattungstrieb die gesetzliche Befriedigung zu versagen."

„Es ist demüthigend, niederschlagend, es ist kränkend, daß die Juden, so verschieden sie auch unter sich, der inneren und äußeren Beschaffenheit nach seyn mögen, des schwachen Umrisses wegen, der sie bezirkt vor der Gesetzgebung immer gleich erscheinen müssen usw." Der Vater sucht im Sohne durch die Darstellung der wohltätigen Einrichtungen, der guten Gesetze, der Milde seines Oberhauptes usw. das Gefühl der Vaterlandsliebe zu erwecken. „Wenn der Erzieher dieses Gemälde entwirft, um den Zögling zu begeistern, so fallen diesem allent-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

halben Schranken in die Augen, in die er sich zurückzuziehen hat oder er empfindet den Druck jener Abgaben, die er mehr als andere Bürger seinesgleichen entrichten muß; und da er sich keines Verschuldens bewußt ist, das ihn zu jenen Schranken und zu diesem Drucke mit Recht verdammen könnte, so weis er nicht, aus welchem Gesichtspunkte er das entworfene Gemälde betrachten und beurtheilen soll. Die Antwort: diess mein Sohn, mußt du dir gefallen lassen, weil du ein Jude bist, diese Antwort verstehet er nicht, sie hat keinen Sinn für ihn, der sich fühlt, alles das zu seyn, was man nach den Gesetzen und Grundregeln einer wohleingerichteten bürgerlichen Gesellschaft seyn muß. Daß er überdies auch ein Jude sey, das hat nach den ihm beigebrachten Begriffen und der erhaltenen besseren Erziehung nicht den mindesten Einfluß auf Bürgerpflichten, und kann also nach den nämlichen Begriffen keinen Einfluß auf Bürgerrechte haben."

Homberg verkennt durchaus nicht die Schäden und Schwächen der wirtschaftlichen Lage und wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden. Seine von physiokratischen Lehren durchsetzte Vorstellung von der Gesamtwirtschaft eines Volkes ist die einer „Pyramide, wo man zum Gipfel der Prosperität durch die Stuffen von Nothdurft, Sicherheit, Eigenthum, Bequemlichkeit, Reichthum, und Üppigkeit wandelt. So wird man gewahr, daß der Bauernstand die unterste Stuffe, also den größten Umfang, der Handelsstand dagegen eine weit höhere Stuffe, aber eben deswegen einen sehr engen Kreis (!) einnehme, der sich zu jenem des Bauernstandes wie Luxus zum Naturbedürfnisse verhält. Alle, die bloß die Sicherheit oder Bequemlichkeit und Verschönerung der rohen Erzeugnisse zum Zwecke haben, die Handwerker, mechanischen Künstler usw. stehen in der Mitte und nehmen nach dem Maße ihrer Entbehrlichkeit oder Unentbehrlichkeit höhere oder niedere Stuffen auf dieser Pyramide ein. Je richtiger hierin das Verhältnis ist, je glücklicher ist die Nazion."

Der Umstand, daß die jüdische Nation zur Handlung gedrängt wurde, alle Stufen übersprungen hat, hat zu einem Mißverhältnis geführt; es sind zu viele in den engen Raum hineingedrängt worden. Es wurde ein Druck auf die anderen Schichten erzeugt, der einen Gegendruck hervorrief, der seinerseits wieder sehr üble Wirkungen auf den Charakter der Juden ausübte. Er sieht darin eine Folge der Abkehrung von der Natur – man spürt Rousseau'sche Gedanken – die von den schädlichsten Folgen ist. Diese Hinwendung zum Handel hat aber ihre Ursache auch in der unsicheren Rechtslage der Juden, nicht bloß in den Gesetzen, die ihnen nur den Handel gestatten. Die Juden haben nicht etwa eine besondere Neigung „ihren Wohnort zu verändern, in fremde Länder zu ziehen, ihr Geld dorthin zu tragen. Der Betteljude wird seinen Aufenthalt leicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verändern, nie aber der Bemittelte. Aber die geschichtliche Erfahrung, die Vertreibung aus den verschiedensten Reichen haben die Juden unsicher, mißtrauisch gemacht und sie mußten daher immer auf den Fall, aus dem Lande ausgesetzt zu werden, bedacht seyn und wie sie ihr Vermögen am besten retten könnten." Die Nachwirkung dieser Furcht ist die Ursache, daß sich die wohltätigen Reformen noch nicht in der Umschichtung der Tätigkeitsgebiete der Juden auswirken.

Aber er glaubt, auch innere Ursachen der Verzögerung zu erkennen. Die eine ist ihm das Rabbinat. Er ist von einem glühenden Hasse gegen die Rabbiner erfüllt. Es mögen die offenen und geheimen Widerstände, die gerade von dieser Seite seiner Schultätigkeit in Galizien entgegengesetzt wurden, mit dazu beigetragen haben, die Abneigung des Aufklärers gegen die Orthodoxie zu einem solchen Grade zu steigern. Er sieht die Ursache des Widerstandes nicht in – ob auch abzulehnenden – Anschauungen und Überzeugungen, sondern in „Herrschsucht und Selbstsucht. Sollen Juden zum Militärdienst verwendet werden oder soll eine andere nützliche Einrichtung getroffen werden, die ihrer eigensinnigen Herrschsucht nicht behaglich erscheint, alsobald bringen sie die Gemeinen durch heuchlerische Grimassen dahin, daß sie, so belastet mit Nahrungssorgen sie auch sind, Geld zusammenschießen, Deputierte abschicken, um durch künstliches Blendwerk jede heilsame Anstalt zu vereiteln." So verwirft er auch die doch durch das Gefühl gleicher Not und Bedrängnis bewirkte Anrufung und Betätigung der gegenseitigen Hilfsbereitschaft der großen Gemeinden der verschiedenen Länder. „Ja sogar die Talmudischen Müßiggänger Palästinas werden vom Schweiße europäischer Juden gemästet. Alle drei oder vier Jahre werden aus Jerusalem und den dortigen Gegenden Juden nach Europa gesendet, die ihre Mitbrüder bethören, allenthalben Sammlungen veranlassen, und mit ihrer Beute wieder in das gelobte Land ziehen." –!

Nur um der Emolumente willen, die ihnen entgehen könnten, wehren sich die Rabbiner gegen die staatliche Ehegesetzgebung. Er möchte am liebsten das Rabbinat völlig beseitigt sehen. Und wenn dies nicht möglich ist, so sollte es wenigstens keiner Landgemeinde gestattet sein, einen Rabbiner zu halten, sondern es solle nur *einen* Rabbiner geben und den nur zulassungsweise in Prag. Der soll in jeder Weise eingeschränkt und beaufsichtigt werden, u. zw. von dem jüdischen Normallehrpersonal nebst den von diesem gewählten vernünftigen Gesetzeskundigen. Er versteigt sich zu dem abenteuerlichen Vorschlage, daß jede Predigt vorher von der Zensur gebilligt sein müsse und die jüdischen Normallehrer als Kontrolle bei der Predigt gegenwärtig sein sollten, damit der Rabbiner keine schädlichen Sätze mit einfließen lasse. Niemand solle verpflichtet sein, zu seiner Erhaltung beizutragen.[33]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Wie den Rabbinern, so steht er dem Talmud ganz einseitig gegenüber. Er sieht in ihm nur ein „grundloses Meer von spitzfindigen und nutzlosen Künsteleyen, die das Gefühl gegen Schönheit, Ordnung, Regelmäßigkeit und Simplizität vollends abstumpfen." Darum erklärt er es für schädlich, daß alle Juden, so wie sie sich mit Handlung abgeben, mehr oder weniger den Talmud studieren. „Was die politischen Verhältnisse noch nicht verdarben, das vollendeten die religiösen Vorurteile; diese zogen sie ganz aus der Natur heraus, indem sie aus den Juden lauter Priester, Rabbiner, Talmudisten, Kasuisten und Grillenfänger bildeten." Daß diese Beschäftigung des einzelnen mit dem Gesetze gerade darin ihren Grund hat, daß die jüdische Religion keinen Geistlichen im christlichen, speziell katholischen Sinne des Wortes kennt, sondern dem einzelnen die Pflicht der religiösen Selbstverantwortung auferlegt, daß er daher das Gesetz kennen muß, das er halten soll, daß die innerliche Aneignung des Religionsgesetzes, die fortwährende geistige Beschäftigung damit, die Weitergabe der Lehre an die Kinder geradezu religiöse Pflicht ist (V Mos. 11, 18–20), – das übersieht Homberg hiebei vollständig. Er fordert eine Zensur aller hebräischen Bücher „den durch Jahrtausende sich angehäuften Wust von irrigen Begriffen und widersinnigen Zusätzen nach und nach wegzuschaffen und das Judentum, wo nicht ganz zu seinem ersten Ursprung zurückzuführen, wenigstens dahin zu leiten, diese Juden denen in Italien, oder jenen, die man portugiesische Juden nennt, gleich zu bilden, die von den christlichen Völkern, in jeder Staatsverfassung wegen ihrer Sittlichkeit und biederen Denkart geschätzt und geliebt (!) werden." Das jüdische *Gemeindewesen*, wie es in Galizien eingeführt worden, erscheint ihm durchaus schädlich. Die Juden sollen in jeder Hinsicht – auch rücksichtlich der Armen- und Krankenpflege – nur Glieder der Ortsgemeinden sein. Jüdische, mit Zwangsgewalt versehene Gemeinden – auch zu rein religiösen Zwecken – soll es nicht geben, sondern höchstens freiwillige Vereinigungen, bei denen der einzelne für die Befriedigung der Bedürfnisse nach Belieben beitragen mag oder nicht; daher auch keine Gemeindevorsteher – außer in Prag–, sondern nur Synagogenvorsteher. Die jüdische Schule soll nicht von Judenältesten beaufsichtigt und versorgt werden – das hat sich in Galizien nur als schädlich erwiesen –, sondern die Gehalte der Lehrer, alle sonst notwendigen Schulauslagen, sollen Sache des Staates sein; ebenso selbstverständlich die Beaufsichtigung. Die notwendigen Verwaltungsgeschäfte wie Matrikenführung u. dgl. sollen den Lehrern obliegen. Diese Vernichtung oder Schwächung des Gemeindewesens kann durchgeführt werden, denn die früheren Aufgaben entfallen: die Einhebung der Kontribution infolge Aufhebung der Solidarhaftung. Eine Rechtsprechung gibt es nicht mehr seit den Reformen Josefs. Und die Verwaltung der Stiftungen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kann durch die weltlichen Behörden besorgt werden. Sie soll auch beitragen zur Vernichtung des jüdischen esprit de corps. Unter diesem Corpsgeist stellen sich die Gegner des Judentums nicht den wohltätigen, nützlichen, der Erhaltung des Ganzen förderlichen Gemeingeist vor, sondern den Sondergeist, der die wirklichen oder vermeintlichen Interessen einer Einzelgruppe denen der Gesamtheit gegenüberstellt und sie unbekümmert um deren Wohl vertritt; der das einzelne Glied in Schutz nimmt, ohne zu fragen, ob dieser Schutz im gebenen Falle berechtigt sei oder nicht. Nun soll ja nicht geleugnet werden, daß „die Gasse" etwas ähnliches kannte; aber diese Scheu, Streitigkeiten in ihrem Bereiche vor den fremden Richter zu tragen, so unter Umständen sogar eine Übeltat zu verhüllen, den Übeltäter zu decken, hat durchaus nicht etwa in der Billigung der Übeltat ihren Grund, ist durchaus nicht auf die jüdische Gemeinschaft beschränkt. Sie hat ihren Grund darin, daß jede besonders gefährdete kleine Gemeinschaft die Verallgemeinerung der wider den einzelnen erhobenen Anklage fürchtet, besorgt, daß dessen Tat ihr, der Gesamtheit, angelastet werde. Und zu solcher Besorgnis hatte die jüdische Gemeinschaft mehr Grund als jede andere. Das sind Erwägungen, die Homberg ganz ferne liegen. Er sieht nicht, daß diese sittlich verwerfliche, meist auch törichte Art von Gemeingefühl aus menschlich begreiflichen Gründen erst schwindet, wenn ihre Ursache: die gemeinsame Gefahr, beseitigt ist. Wenn also keine Gemeinde, keine Rabbiner – wer sorgt dann für die sittlich-religiöse Erziehung der Jugend, wer für ihre Weiterbildung? Natürlich wieder der Lehrer. Die Lehrer sollen die geistigen Führer der Judenschaft werden; sie sollen auch die Verwaltungsgeschäfte besorgen; der Lehrer soll alle Sabbate aus dem für die Normalschule vorgeschlagenen Lesebuche Vorlesungen halten und die enthaltenen Gegenstände deutlich erklären, solche entwickeln, bereichern und durch treffende Beispiele so anschaulich, eindringlich und fruchtbar machen, als es ihm nur immer möglich wäre. Der Lehrer habe diese Vorlesungen jahraus, jahrein sabbattäglich fortzusetzen; das Buch, wenn er damit zu Ende ist, wieder anzufangen; und jeder Magistrat oder jedes Wirtschaftsamt müßte sorgfältig darauf sehen, daß die erwachsene, noch unverheiratete Jugend beiderlei Geschlechts bei diesen Vorlesungen erscheine, – und um Zucht und die... Stille zu erhalten einen Schuldiener!... entsenden (!) – Zu Prag, „wo die Juden sehr zahlreich... und hingegen auch mehrere Lehr- und Schulzimmer haben", hätte jeder Lehrer in seinem Klassenzimmer die nämlichen Vorlesungen zu halten. Da würden die Lehrer in gutem Vortrage wetteifern, um die meisten Zuhörer zu bekommen. – Homberg scheint gar nicht zu ahnen, welche Fülle von Langeweile, von bis zum Ekel gesteigertem Überdruß ein so geführter Zwangsunterricht erzeugen muß, wenn nicht eine ganz geniale

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Lehrpersönlichkeit die Grundfehler seiner ganzen Anlage zu überwinden vermag. Im Gegenteil, er ist fest überzeugt: Der Sabbatnachmittag, der Jugend meistens lästig, weil sie nichts handeln und verrichten kann, wird durch den Vortrag der Sittenlehre wirklich geheiligt und lehrreich zugebracht werden –!

„Besonders wäre bei dem Heurathen der Juden Rücksicht auf diese Vorlesungen zu nehmen, und die Heurath nur denen zu gestatten, welche den Vorlesungen wenigstens ein ganzes Jahr beigewohnt haben, worüber ein Zeugnis von dem jüdischen Ortsnormallehrer beizubringen ist."

Diese letztere Anregung hat eine lange fühlbare Folge gehabt. Das späterhin von Homberg verfaßte „religiös moralische Lehrbuch für die Jugend ‚Bne Zion' wurde nicht nur in allen jüdischen Schulen der deutschen Erbstaaten als ein gesetzliches Lehrbuch eingeführt, sondern dasselbe Dekret vom 14. Dezember 1810 verordnete zweitens, daß jeder Bräutigam und jede Braut der israelitischen Nation, da sie um die Heirathsbewilligung ansuchen, über den Inhalt dieses Lehrbuches von dem Kreisamt geprüft werden, und nur dann die Bewilligung zur Heirath erhalten, wenn sie die Prüfung wohl bestanden haben." Ein Analogon zur Katechismusprüfung katholischer Brautpaare.

Für die körperliche Ertüchtigung der Juden erscheint ihm der persönliche Kriegsdienst, ihre Heranziehung zu andern körperlichen Dienstleistungen für die Allgemeinheit, die er ja auch aus anderen Gründen verficht, ebenso möglich, wie die Umschichtung ihres Erwerbslebens, ihr Eintritt in Ackerbau und Handwerk. Er fordert nicht die volle Emanzipation aller Juden, und nicht auf einmal, nicht plötzlich, denn er weiß, daß er damit gar keinen Erfolg hätte. Aber: „Wenn es Juden gibt, die schon aufgehört haben, für den Staat Juden zu seyn, sollte nicht der Staat endlich aufhören, sie als Juden zu behandeln? (!)" Hier wird das Wort Jude mit all den schlimmen Nebenvorstellungen verbunden gebraucht, die man auf der Gegenseite damit verknüpft.

Welches sind aber die Kennzeichen eines wirklich moralisch guten und nützlichen Juden, und zweitens: „Ist nicht zu befürchten, daß das nämliche Individuum, so alle Merkmale eines guten und nützlichen Bürgers an sich trägt, gleichwohl nach erhaltenem Bürgerrecht wieder in seine vorige Lebensart zurückfallen und also die Gnade der Staatsverwaltung mißbrauchen und ihre Hoffnung täuschen möchte?" Die Erfordernisse, die der Jude erfüllen müßte, um zum Bürgerrechte zu gelangen, wären:

„Ein solcher Jude müßte.. 1. keinen Bart tragen und sich überhaupt im Äußeren nicht von den Christen abzeichnen." Es ist nicht ganz so lächerlich, wie es scheint, wenn diese Forderung erhoben und sogar an

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die erste Stelle gerückt wird. Welche Bedeutung die Beseitigung der dem Juden aufgezwungenen Abzeichen hatte, braucht nicht erst wiederholt zu werden. Den Irrtum aber, diese äußere Umwandlung so hoch einzuschätzen in ihrer Wirkung, teilte er mit Josef II., der den galizischen Juden die europäische Tracht aufnötigen wollte, allerdings schon nach einem Jahr auf den Versuch verzichten mußte, mit Peter dem Großen, der den Bauern beim Eintritt in die Stadt Bart und Kaftan abschneiden ließ. Das Verbot des Fes in der neuen Türkei gehört in dieselbe Reihe. — Vielleicht hatte Herzberg, zu dessen Lieblingsgedanken diese Angleichung der Tracht gehört, recht mit seiner Behauptung, wenn der Jude sich entschließe, seinen Bart zu scheren, müsse in seinem Denksystem bereits eine geistige Revolution vorgegangen sein. Ob immer zum Guten? Er erwartet sich davon auch „Ablegung aller Vorurteile und völlige Vereinigung mit den Christen" d. h. gesellschaftlichen Umgang — nicht etwa Übertritt!

2. Soll er mittelst Attestats von seinem Magistrat ausweisen, daß er nie ein Kriminalverbrechen begangen habe, und nicht im Rufe des Wucherers stehe.

3. Daß er durch sechs aufeinanderfolgende Jahre entweder eine gehörig erlernte Kunst oder eine nach den Gesetzen gestattete Handlung oder Krame führe oder sonst ein erlaubtes Gewerbe treibe, oder Militärdienst verrichte, oder eine Fabrik in Gang halte, oder das Land anbaue, oder als Lehrer einer Normalschule vorstehe.

4. Mittelst eines Schulzeugnisses darzutun, daß er eine Schule mit Nutzen besucht habe; und, wenn er Vater ist, zu erweisen, daß er seine schulfähigen Kinder ohne Zwangsmittel in die Schule fleißig schicke und endlich

5. durch ein Zeugnis vom Steuereinnehmer zu bewähren, daß er seine Steuer und Gaben jederzeit ohne Zwangsmittel und ohne Rückstand entrichtet habe.

Wer sechs Jahre so als würdiger Bürger gelebt hat, soll nicht sogleich das Bürgerrecht, sondern nur die Benennung Bürger mit dem festen Versprechen erhalten, „daß, wenn er sein bisheriges bürgerliches und tadelloses Leben noch vier Jahre fortsetzt, und sich mittelst solcher Zeugnisse, wie die, welche er itzt beigebracht, darüber auszuweisen im Stande seyn wird, ihm sodann das volle Bürgerrecht ohne Verkürzung und Einschränkung, und Unterschied von jenem, dessen die Christen genießen, zugestanden, eingeräumt und hierüber ein eigener Naturalisationsakt ausgefertigt werden soll." Nur der jüdische Soldat solle das volle Bürgerrecht gleich bei Beginn seiner Dienstzeit erhalten, umso mehr, als er dasselbe nicht mißbrauchen könne.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Betrachtet man die Bedingungen, die Homberg aufstellt, so ist klar, daß sie den allmählichen Eintritt der überwiegenden Zahl der Juden in das volle Bürgerrecht ermöglichen sollen.

Dem allgemeinen Teil läßt Homberg einen paragraphenweise ausgeführten und, wo es ihm nötig erscheint, im einzelnen begründeten Entwurf eines Judenpatentes folgen.

Dieser Entwurf soll, um Wiederholungen nach Möglichkeit zu vermeiden, zunächst nur in der Hauptsache gekennzeichnet werden. Auf einzelnes wird auch im Zusammenhange mit dem Direktorialvortrage vom 4. April 1795 und der mit ihm zusammenhängenden Staatsratsverhandlung vom 17. April 1795 eingegangen werden.

Den in der Einleitung seiner Arbeit entwickelten Grundsätzen gemäß geht die Absicht Hombergs hiebei hinsichtlich der Judenschaft selbst auf eine Änderung ihrer geistigen Art, und ihres Wirtschaftslebens, auch auf ihre körperliche Ertüchtigung (S. o. S. 212). Der Staat seinerseits soll die volle Gleichberechtigung der Juden, wenn er sie schon nicht augenblicklich verwirklichen kann, doch als Ziel anstreben, sie zunächst allmählich einzelnen gewähren. Er soll die Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit, vor allem aber ihres Familienlebens, möglichst weitgehend beseitigen.

Gleich bei der Einleitung des Entwurfes macht er eine Bemerkung, die immerhin von seinem Mannesmute zeugt, beweist, daß er wirklich eine „freymüthige" Äußerung gebe.

Der Entwurf des Direktoriums hatte aus der Einleitung der galizischen Judenordnung den Satz übernommen: „den Unterschied, den die Gesetzesgebung bisher zwischen christlichen und jüdischen Unterthanen beobachtet (!) hat, aufzuheben und den in Böhmen wohnenden Juden alle Begünstigungen und Rechte zu gewähren, deren sich die übrigen Unterthanen zu erfreuen haben."

Da aber das galizische Patent selbst verschiedene Einschränkungen enthält und das böhmische deren noch mehr enthalten soll, sieht er sich gezwungen, eine andere Einleitung zu geben, um die Ankündigung des Gesetzes nicht mit dem Gesetze selbst in Widerspruch zu bringen. „Nachdem man — vom allgemeinen Besten in Verbindung mit den Gesetzen der Duldung geleitet, dahin trachtet, den Unterschied, welchen die Gesetzgebung bisher zwischen christlichen und jüdischen Unterthanen beobachtet hat, nun in dem Maße aufzuheben als dadurch sowohl die öffentliche Wohlfahrt als das Beste der Juden befördert wird, so hat man es als zuträglich und gerecht befunden, einstweilen, den in Böhmen wohnenden Juden solche Begünstigungen zu ertheilen, die nicht zum Nachtheil der Staatsbürger gemißbraucht werden können, nebstdem aber auch den Weg zu zeigen, auf welchem die Juden, wenn sie zur Erkenntnis

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der bürgerlichen Bestimmung gelangen und bemühet sind, derselben vollkommen und in ihrem ganzen Umfange zu entsprechen, einst des uneingeschränkten Bürgerrechtes theilhaft werden können usw."

Dieser etwas weitschweifig ausgeführte Gedanke leuchtete auch den Gesetzgebern ein und so wird er auch in die Einleitung des Augustpatentes – gekürzt und genauer gefaßt – übernommen.[35]

Freilich zeigte die Folgezeit, daß der gute Wille, „den Unterschied, den sie (die Gesetzgebung) bisher zwischen den jüdischen und christlichen Unterthanen zu beobachten genötigt war, endlich ganz aufzuheben", wenn nicht völlig fehlte, so doch mindestens jeglicher Kraft zur Verwirklichung ermangelte.[36]

Die Paragraphen 1 bis 4 handeln von der Religion, 5 bis 14 tragen die Überschrift: Religionsunterricht, beschränken sich aber nicht auf diesen, sondern umfassen auch vieles, was wir besser als „Religionsübung" bezeichnen könnten, – 15 bis 20 Moralunterricht, – behandeln die Bestimmungen über die deutschen Schulen, die Schulaufsicht, die Pflichten der Lehrer – auch als Hilfsorgane der staatlichen Verwaltung, Lehrerbildung und allgemeines Studierrecht. Die Bestimmungen über Gemeindeverfassung (§ 15—22 des Direktorialentwurfes) finden bei Homberg keine Entsprechung, da er ja überhaupt keine jüdischen Gemeinden will.[37] – § 21–27 *Volksmenge*, (§ 23–29 des Direktorialentwurfes – Bevölkerungsstand) bringen die Familienzahl, Eheberechtigung und sonstige eherechtliche Bestimmungen – Wohnrecht und Übersiedlungsrecht der Juden, – § 28–37 (30–37 des Direktorialentwurfes): Nahrungswege. Ihnen fügt Homberg einen nicht mit Ziffern bezeichneten Anhang von vier Paragraphen an, die im Sinne der Einleitung § 4 die Naturalisationsbedingungen aufzeigen. § 38–40 Landstreicher – Armenversorgung – Sammlungen bei Feuerschäden – bleiben. Der Abschnitt: Politische und Rechtsbehörden, umfaßt die §§ 42–45 (44–47 D. E.) den Abschluß bilden: die besonderen Pflichten gegen den Staat.

Die Arbeit Hombergs bildet die Grundlage für den ersten Teil des Direktorialvortrages vom 4. April 1795[38] und der Beratungen des Staatsrates vom 17. April u. ff., während der zweite Teil der Steuerfrage gilt, über die das böhmische Gubernium nochmals einvernommen worden ist.

Der Direktorialbericht faßt zunächst den Inhalt des ersten Teiles der Ausführungen Hombergs klar und sachgemäß zusammen, läßt dabei jedoch die Kritik an den Zuständen des Judentums stärker hervortreten; dagegen wird seiner Klagen über drückende Erniedrigungen und Beschränkungen, wie Aufenthaltsgebühr in Wien, Familiengesetzgebung u. ä. nicht gedacht. Immerhin aber geht der Bericht auf Hombergs Gedanken von den wohltätigen Wirkungen einer Reform ein, die man nur nicht zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ungeduldig erwarten dürfe, schließt sich seiner Anschauung an, daß man die Nation im ganzen durch Vorschriften unschädlich mache, zugleich aber mit Besserung der Individuen anfange. Man sondere die Guten, die Aufgeklärteren durch aufmunternde Unterscheidungen, durch merkbare Vorzüge von dem rohen Haufen ab, und der dieser Nation eigene Religions-Egoismus wird sich mildern, ihr Kleingeist und Hang zum Schachern und Wuchern verschwinden, selbst ihr Physisches (Körperbau) durch Ackerbau und jede stärkere Verwendung ihrer Kräfte besser werden und so diese ganze Reform, dieses Veredlungsgeschäft eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Menschheit glücklich von Statten gehen."

Das Direktorium findet diese von Homberg vorgezeichneten Grundideen zur erwähnten Reform vortrefflich und schreitet dann zur Prüfung seiner Vorschläge. Auf seinen Antrag, die Errichtung von Laubhütten auf der Straße zu verbieten und die Unordnung bei Hochzeiten und Leichenbegängnissen zu verhindern,[39] geht das Direktorium gar nicht ein und wendet sich gleich der Frage des Talmudstudiums zu, das er erschweren will,[40] um „es auf diese Art zu vermindern". Nach seinem Antrage soll jeder öffentliche und private Talmudunterricht verboten werden, nur Religionsschulen sollen gestattet sein. Zu Prag möge eine jüdische hohe Schule (Talmudschule) errichtet werden. Es soll in sie aber nur eintreten dürfen, wer die deutsche Normalschule mit Erfolg besucht hat oder besucht. Diese Schule steht unter der Aufsicht der Normallehrer mit Zuziehung ihnen bekannter vernünftiger Talmudkundigen.

Der Referent wünscht dagegen, daß man die Wahl der Talmudlehrer der Gemeinde überlasse und nur die Bestätigung des Guberniums fordere.

Es ist bei dem, was der sachverständige Jude über den Talmud gesagt hat, wohl begreiflich, daß Graf Rottenhan und die übrigen Direktorialräte die Einsetzung einer Kommission zur Reinigung des Talmuds „von Unsinn und die guten Sitten verderbenden Sätzen" fordern. Den Vorsitz solle ein der hebräischen Sprache kundiger Geistlicher führen, der Kommission einige aufgeklärte Juden und einige Orthodoxe angehören, dies immerhin ein Zeugnis des Gerechtigkeitswillens.

b) Der zweite Punkt betrifft die Rabbiner. Das Direktorium findet ihre völlige Abschaffung, wie sie Homberg beantragt, für jetzt zu hart, doch seien nur jene zu dulden, welche die vorgeschriebenen Studien gemacht hätten und auf die vorgeschriebene Art gewählt worden seien.

Die Gemeinden, Vereinigungen, insoferne sie sich zu diesem Zwecke bildeten, sollten Rabbiner anstellen dürfen, jedem einzelnen aber freistehen, ob und in welchem Ausmaße er zu ihrer Erhaltung beitragen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wolle. Die Führung der Standesverzeichnisse könne den Lehrern übertragen werden, wo kein solcher sei, einem von der Obrigkeit zu bezeichnenden Hausvater. Außerdem müsse ausdrücklich erklärt werden, daß die Zahl der Rabbiner nicht vermehrt werden dürfe.

c) Dem Vorschlage Hombergs, daß es in Zukunft außer in Prag keine Gemeinde und demgemäß auch keine Gemeindevorsteher geben solle, sondern nur freie Vereinigungen zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse (s. o.) mit freiwilligen Beiträgen, – daher auch nur Synagogenvorsteher – stimmt das Direktorium grundsätzlich zu.

In Bezug auf die Armenversorgung und die Spitalspflege müsse man zwischen Prag und dem Lande unterscheiden. Auf dem Lande könne die Besorgung der Armen und Kranken den Juden, welche in derselben Stadt, demselben dominio wohnten, überlassen bleiben, d. h. man lehnt eigentlich den Antrag Hombergs auf Eingliederung der jüdischen Armenpflege in die allgemeine ab und macht sie zur Privatangelegenheit der Juden. In Bezug auf Prag solle es bei den Anträgen vom 6. April verbleiben, d. h. sinngemäß der § 19 des galizischen Patentes (Jb. VI, S. 274 u.) angewendet werden.[42]

Nur müßten die Beiträge *zu religiösen* Zwecken auch in Prag der Willkür der einzelnen überlassen bleiben. Die von dem Direktorium schon in seinem ersten Entwurfe um der Vernichtung des jüdischen esprit de corps willen als wünschenswert bezeichnete Zerstörung – oder doch Schwächung – des jüdischen Gemeindelebens, soll nun auf Grund der *Homberg*'schen Darlegungen Tatsache werden.

e) Von seinen Vorschlägen zur Besserung der körperlichen Beschaffenheit der Juden findet der erste – Vorsichtsmaßregeln bei der Beschneidung, in der Zulassung zu dieser Tätigkeit,[43] die – Billigung des Referenten. Hinsichtlich der Rekrutenstellung erklärt Saurau, den Grundsätzen Hombergs seit jeher beizupflichten.

Die Begünstigungen, welche Homberg denjenigen zugestanden wissen will, welche sich den Gewerben, dem Ackerbau, dem Soldatendienste widmen, findet der Referent billig, aber gegenwärtig nicht wohl ausführbar. Er lehnt sie ab, weil das Contributionale einen beträchtlichen Abfall erleiden würde. Die übrigen Direktorialmitglieder wollen denjenigen Juden, welche sich auf die von Homberg vorgeschriebene Art benehmen, gleiche Rechte und Vorteile wie den christlichen Untertanen gewähren, jedoch bloß für ihre Person, um nicht unwürdige Kinder für die Verdienste der Eltern zu belohnen. Der Kontributionsausfall könne im Anfang nicht beträchtlich sein, später werde sich leicht ein Surrogat dafür ausfindig machen lassen.

C) Die Einwände des böhmischen Guberniums betreffen die Erwerbstätigkeit der Juden, insbesondere ihren Hausierhandel. Es schlägt vor,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ihnen denselben nur auf dem Lande und gegen Legitimationsschein zu gestatten. Dem Direktorium wäre dessen gänzliche Abschaffung, wie sie Gubernialrat Baron Eben fordert, am allerliebsten, es glaubt aber doch, daß man alten Juden das Hausieren gestatten solle.

D) Die Hofkommission in Gesetzessachen, der befehlsgemäß alle Akten zugestellt worden waren, äußerte sich nur über zwei Punkte: Ohne Bewilligung der Landesstelle geschlossene Eheverträge sollten ungültig sein und die Standeslisten durch die zu dem Ende beeideten jüdischen Schullehrer geführt werden. Das Direktorium erklärte sich mit beidem einverstanden.

Der Staatsrat.

Wie sehr die Arbeit Hombergs den Anschauungen der leitenden Persönlichkeiten entsprach, bezeugt das hohe Lob, das ihr Eger zollt, einer der gründlichsten Kenner des Stoffes und einer der eifrigsten Mitarbeiter an den Reformarbeiten.

Zunächst beschäftigt er sich mit der Frage des Talmudstudiums, das nach der Ansicht Hombergs und des Direktoriums in der Art, wie es jetzt betrieben werde, die Hauptquelle sei, woraus die Juden staatsschädliche Begriffe und Gesinnungen schöpften. – „Staatsschädlich" bedeutet hier nicht etwa „politisch gefährlich, umstürzlerisch", sondern „dem Gemeinwohl abträglich". Mit dem Antrage, das Talmudstudium auf Prag zu beschränken, erklärt er sich einverstanden. Wenn die Christen, die doch um so vieles zahlreicher seien, mit einer hohen Schule sich begnügten, würden auch die Juden sich damit bescheiden. Die Organisierung und Leitung dieser Anstalt betrachtet er als Aufgabe des Studienkonsesses, einer Behörde, die etwa dem Landesschulrate entspricht, nur daß ihr *alle* Unterrichtsangelegenheiten zugewiesen sind. Diesem gehöre der Oberaufseher der jüdischen Schulen als Repräsentant an und der würde dafür sorgen, daß auch diese Sache dort behandelt, nötigenfalls an die Landesstelle gebracht werde.

Jede staatliche, amtliche Zensurierung und Bearbeitung des Talmuds lehnt er ab mit der treffenden Begründung: „wo anderer Seits sobald der Talmud plötzlich umgearbeitet werden sollte, solcher für den größeren Haufen der Juden nicht mehr für ein echtes Religionsbuch gehalten werden würde und schon dieses gefaßten Vorurtheils wegen weder Gehör noch Eingang finden könnte, zu geschweigen, daß jeder Mensch in Religionsangelegenheiten mit einer gewissen Sanftmuth behandelt werden soll."

Nach vier bis sechs Jahren solle niemand zu einer Rabbiner- oder Talmudlehrerstelle berufen werden können, der nicht nachweise, die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

philosophischen Wissenschaften und das Naturrecht an einer inländischen Universität studiert zu haben.

In der Wehrfrage betont Eger das Recht des Staates, die persönliche Dienstleistung zu fordern.

Den Mehrheitsantrag, die Juden von der Gefällspachtung auszuschließen, lehnt er ab, „da es eine nur zu bekannte Tatsache ist, daß man mit manchem Gefälle, wenn solches nicht eher den Juden in Pacht hätte gegeben werden können, weder Maßstab noch System zu finden wußte, und daß der Staat, unter verschiedenen Umständen, wenn er zu Lieferungen keine Juden gehabt hätte, in Verlegenheit würde gewesen seyn, deren ein und das andere sich von Zeit zu Zeit wieder ereignen kann". Eger mag dabei u. a. an die Erfahrungen gedacht haben, die man mit der Familie Hönig als Pächtern und Direktoren der Tabakregie und als Armeelieferanten gemacht hatte.

Gegenüber den zahlreichen Beschwerden über den Hausierhandel beleuchtet er dessen wirtschaftliche Bedeutung: den Nutzen, den er dem Erzeuger durch den geschwinderen Verschleiß der erbländischen Kunstprodukte, dem Verbraucher durch die größere Wohlfeilheit der Waren verschaffe. Darum gehört das Hausieren unter die nützlichen Nahrungszweige. Man solle es, weil sich bei ihm wie bei allen menschlichen Handlungen Mißbräuche einschleichen, nicht abstellen, sondern nur die Mißbräuche zu beseitigen suchen. Es solle daher bei den bestehenden Verordnungen bleiben.

Ein Abfahrtsgeld bei Übersiedlung aus einem Kronlande in das andere hält er für ungerechtfertigt, da hiebei das Vermögen dem Staat als einem Ganzen keineswegs entzogen werde.

Die kaiserliche Entschließung wich mehrfach vom Entwurfe Egers ab. Hinsichtlich des Talmuds wurde der Zensurantrag Rottenhans genehmigt, doch wurde das Direktorium beauftragt, einen geeigneten *weltlichen* Vorsitzenden dieser Zensurkommission ausfindig zu machen, weil es „etwa bey dem jüdischen Volke einen widrigen Eindruck erregen" dürfte, wenn dieser Kommission ein katholischer Geistlicher als Praeses vorgesetzt würde.

Den künftigen Rabbinern wird – mit leichter Änderung des Wortlautes des Entwurfes – das Studium der philosophischen Wissenschaften und besonders der Ethik und des Naturrechtes vorgeschrieben, da man die Wichtigkeit der ethischen Studien hervorheben will.

In Egers Sinne wird verfügt, daß „vermögliche Juden, die ihren guten Kredit und Namen bereits bestättiget haben, weder von gefälls Pachtungen noch Lieferungen auszuschließen" seien. Auch hinsichtlich des Hausierens und des Abfahrtsgeldes sollte es bei den Vorschlägen des Staatsrates bleiben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Am 25. Juli überreichte das Direktorium den in der Entschließung vom 17. April geforderten Patententwurf.[44] Hiebei schlug es als Präses der Talmudprüfungskommission Sonnenfels vor, „da hiezu ausgebreitete Gelehrsamkeit und Geschichtskenntnis mit phylosophischem Prüfungsgeiste verbunden erforderlich sey".

In anderen Punkten aber beharrt das Direktorium auf seinem ursprünglichen Standpunkte. So bezüglich des Hausierens. Nicht diesem selbst gälten seine Bedenken als vielmehr dem der Juden. Man suche die Juden vom Wucher und dem ihnen eigenen Trödelgeiste abzuziehen, das Hausieren sei aber eine Nahrungsart, die die Nation in dem unsteten Lebenswandel, in dem Hange, ja sogar in der Notwendigkeit zu unzähligen Betrügereien erhalte. Dazu kämen die wiederholten Beschwerden der Prager Bürgerschaft und die tumultuarischen Auftritte, die das jüdische Hausieren hervorrufe. So habe man natürlich den Wunsch haben müssen, sie (die Juden) vom Hausieren auszuschließen. Andererseits habe man erwogen, daß viele zum großen Teil alte Hausierer im Lande seien, die keinen anderen Beruf mehr lernen und ergreifen könnten, und daher habe man sich zu dem Antrage entschlossen, den Juden, welche sich schon jetzt damit nährten und keine andere Beschäftigung ergreifen sollten, das Hausieren gegen Legitimationsschein wie den Christen zu gestatten. Übrigens wünsche das Direktorium — das geht gegen Eger — das Hausieren möglichst zu beschränken und nach und nach ganz abzuschaffen.

Die Beibehaltung des zehnprozentigen Abfahrtsgeldes für Juden, die aus Böhmen nach einem der deutschen oder ungarischen Erblande übersiedelten, wird damit begründet, daß die Judenschaft der Provinz eine bestimmte Steuersumme aufbringen müsse und daher geschädigt werde, wenn ihre Steuerkraft durch die Auswanderung eines vermöglichen Individuums gemindert werde. Dazu komme, daß der jüdische Domestikalfond in Böhmen mit Schulden überladen und wenig ergiebig sei. Daher habe man das zehnprozentige Abfahrtsgeld im Entwurf beibehalten „und beruhe folglich bey der allerhöchsten Entschließung, ob es stehen bleiben solle".

Eger hielt es für notwendig, verschiedene Punkte mit dem Direktorialreferenten Grafen Saurau persönlich zu besprechen, und so erstattete er sein Gutachten erst am 1. September.

In bezug auf den Befähigungsnachweis der Rabbiner und Schulsinger beantragt er, von den Prüfungen beim Kreisamte abzusehen, wenn „ächte und glaubwürdige Zeugnisse vorlägen, umsomehr als man bei den Kreisbeamten nicht die zur Vornahme einer solchen Prüfung nötigen Kenntnisse voraussetzen könne". Diesen Antrag nahm die kaiserliche Entschließung in wenig veränderter Form an.[45]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wenn Eger trotz der ausführlichen Begründung des Direktoriums darauf beharrt, nur von den ins Ausland wandernden Juden ein zehnprozentiges Abfahrtsgeld zu erheben, so liegt dem ein tieferer Gegensatz der Staatsauffassung zu Grunde: Staatseinheit gegen Sonderleben der Teile!

Andere Punkte der kaiserlichen Entschließung betrafen die Zensur und den Gebrauch der jüdischen Religionsbücher, die Errichtung der jüdischen Schulen, die Erlaubnis für die Juden, obrigkeitliche Gründe zu pachten, „unter der Verbindlichkeit jedoch, solche mit eigenen und jüdischen Händen zu bearbeiten". Sonnenfels wurde zum Präses der „zur Reinigung des Talmud niederzusetzenden Kommission" ernannt.

Man sollte meinen, die Angelegenheit sei damit erledigt gewesen. Aber am 20. Februar 1796 erstattete das Direktorium einen neuen Vortrag und legte einen neuen Entwurf vor. Es waren ihm noch einige zweideutige Stellen aufgefallen, die die Judenschaft zu ihren Gunsten auslegen könnte und derentwegen sogleich verschiedene Erläuterungen erlassen werden müßten.[46]

Zunächst bestehe ein Widerspruch zwischen § 2, der jeder Judengemeinde gestatte, einen Rabbiner zu halten, und § 5, der verfüge, daß „in Böhmen nicht mehr Rabbiner sein sollen, als ihrer dermalen bestehen". Dem Sinne dieser Bestimmungen gemäß solle man § 5 ganz weglassen, dem § 2 aber die Beschränkung hinzufügen: „Jedoch darf die dermalen in dem Königreich bestehende Anzahl der Rabbiner nicht überschritten werden und muß daher jedenfalls, wenn ein Rabbiner aufgenommen und angestellt werden soll, die anzeige dem königlichen Kreisamt und von diesem vorläufig der Landesstelle gemacht, dann von derselben die Bestätigung abgewartet werden".

Den Paragraphen, der auch für die Anstellung von Talmudlehrern die Einholung der behördlichen Genehmigung befehle, solle man lieber weglassen, weil die Juden ihn dahin auslegen könnten, daß es jeder Gemeinde freistehe, einen Talmudlehrer aufzunehmen.

Beide Anregungen sind in der endgültigen Fassung des Systemalpatentes berücksichtigt. Paragraph 2 verbietet zwar die Vermehrung der Rabbinate nicht ausdrücklich, macht aber die Neuerrichtung einer Stelle von der Genehmigung der Landesbehörde abhängig. Paragraph 5 untersagt die Anstellung eigener Talmudlehrer, ordnet jedoch an, daß bei der Wahl des Rabbiners darauf zu sehen sei, daß er talmudischen Unterricht erteilen könne.

Ferner werden über Wahl und Einsetzung der Prager Gemeindevorsteher jene Vorschläge gemacht, die im Patente verwirklicht sind. Damit die Kreisämter auf dem Lande, das Gubernium in Prag Klagen über die Verteilung der Beiträge erledigen könnten, sei es notwendig,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß die Gemeindevorsteher — aber die gibt es ja auf dem Lande gar nicht! — Rechnungsbücher in deutscher Sprache führten. Auch diese Vorschrift wird in das Patent aufgenommen. (§ 34.)[47]

Auch die Bestimmung über die Begünstigung der militärdienstleistenden Juden sei schärfer zu fassen: Sie könne sich nur auf diejenigen beziehen, die freiwillig einträten und tauglich befunden würden. Die Inhaber von Fabriken und Handlungen solle man nicht begünstigen, weil sonst zur „Exemzion von der jüdischen Kontribuzion (!) Thür und Angel geöffnet" würden. Höchstens könne man denjenigen Juden, welche sich „durch Fabriken, in denen keine beträchtliche Waaren verfertigt würden", auszeichneten, also den Inhabern von Kleinbetrieben, die Heiratsfähigkeit und die dem Manufakturstande zugestandene Exemzion gewähren.

Aber auch das schien zuviel, so daß schließlich nur Militärfreiwillige, Ackerbauer und Zunfthandwerker die Gleichberechtigung erlangen konnten.

Die kaiserliche Entschließung genehmigte den von Vogel verfaßten Resolutionsentwurf und so konnte das Patent vom 3. August 1797 veröffentlicht werden.

Betrachtet man den Verlauf der Verhandlungen und insbesondere die Berufung Hombergs und ihre Folgen, und dann das Endergebnis so langer gesetzgeberischer Bemühungen, so kann man sich eines Gefühls der Trauer und der Beschämung nur mit Mühe erwehren. Zwar wurde nichts verloren, der und jener kleine Fortschritt gewährt, aber, was Homberg an Positivem erstrebte, ist nur zu ganz geringem Teile erfüllt: Die drückendste aller Entrechtungen, das Familiensystem, bleibt bestehen; die Möglichkeiten zur Erlangung voller Gleichberechtigung sind auf ein Maß zurückgedrängt, das ihnen nur einen sehr bedingten und sehr geringen tatsächlichen Wert verleiht. Man braucht nur das Hofdekret vom 15. Jänner 1801 zu lesen, um die Anschauungen und Gesinnungen der Regierung in dieser Frage zu würdigen.[48]

Von dem Gedanken, die Juden in Rechten und Pflichten den übrigen Staatsbürgern gleichzustellen, bleibt also nur wenig bestehen: Aus der Not der Kriegszeit geboren, die Heranziehung zum persönlichen Soldatendienste und die schwer verwirklichbare Möglichkeit, daß man als Jude geboren sein und Jude bleiben könne und dennoch Gleichberechtigung zu erlangen vermöge.

Der große Plan Josefs, wie er in dem galizischen Judenpatente ausgesprochen ist, die Juden bürgerlich in die Gemeinden ihres Wohnsitzes einzuordnen, für ihr religiöses Leben rechtlich anerkannte, mit angemessenen Befugnissen versehene (Kultus-)Gemeinden zu schaffen, ist in seinem zweiten Teile aufgegeben, vielleicht nicht einmal zum Mißver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gnügen der Betroffenen. Die Juden auf dem Lande bleiben in Religionssachen in der gleichen Lage wie bisher. Es gibt rechtlich keine Judengemeinden, sondern nur freie Vereinigungen der Juden einer oder mehrerer Ortschaften zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse: Erbauung einer Synagoge, Einsetzung eines Rabbiners, Ankauf eines Friedhofsgrundes u. dgl. Der einzelne kann zu diesen Bedürfnissen beitragen, wenn er will, und wie viel er will, er kann sich aber auch von jedem Beitrage ausschließen. Selbst in Prag kann der Jude zwangsweise nur zur Beisteuer für die Gemeindelasten herangezogen werden, die auf die Religionsbräuche keinen Bezug haben. Darin ist ein „Erfolg" Hombergs zu sehen, der in dieser Frage den Neigungen und Abneigungen der Umwelt gemäß vor allem den jüdischen „esprit de corps" zu bekämpfen suchte, den jüdischen Gemeingeist (im guten Sinne), aber doch nicht zu unterdrücken vermochte. Es ist ein ehrenvolles Zeugnis für die geistige und sittliche Kraft der böhmischen Judengemeinden, daß sie sich auch unter diesen Umständen zu erhalten, ihre Aufgaben zu erfüllen wußten – auch die der Armen- und Krankenpflege, für die sie rechtlich eigentlich an die Ortsgemeinden gewiesen waren. Dabei ist das Gesetz doch eine Halbheit. Der Paragraph 24 spricht davon, daß die Gemeindelasten, welche auf die Religionsgebräuche keinen Bezug haben und wozu jeder Jude, wenn kein anderweitiger Fond vorhanden ist – beizutragen hat, nach einem – auf dem Lande vom Kreisamte zu bestimmenden Maße einzuheben sind. Aber auf dem Lande gibt es ja keine „Judengemeinden"! Ist hier nur einfach die ursprüngliche Bestimmung des galizischen Gesetzes aus sagen wir „Übersehen" stehen geblieben? – Bezeichnend übrigens, daß auch in den Beratungsakten immer wieder das Wort „Gemeinden" auftaucht, wo von den „Versammlungen", „Vereinen" die Rede ist. Die Besoldungen und sonstigen Belohnungen der Schulsinger – der Schamosim und anderer Unterdiener – nicht die der Rabbiner – müssen genau bestimmt werden und unterliegen der Bestätigung durch das Kreisamt. Vergeblich war Hombergs Ansturm gegen die Rabbiner und gegen das Talmudstudium. Den Juden die Rabbiner zu nehmen, wagte man doch nicht – ihre Anstellung ist jeder Versammlung gestattet, die Festsetzung der Bezüge völlig der freien Vereinbarung überlassen – kein Jude kann, wie schon wiederholt gesagt ist, gezwungen werden, dazu beizutragen. Die Führung der Standeslisten ist nicht ihnen, sondern den Schullehrern und, wo keine solchen sind, einzelnen Hausvätern übertragen. Aber es ist doch vorausgesetzt, daß sie die Trauungen vollziehen. Jedes Bann- oder sonstige Disziplinarrecht ist ihnen genommen, wie sie ja auch schon in Josefs Zeit die Rechtsprechung verloren haben. Aber das Steuerpatent von 1798 bedroht doch diejenigen, die falsche Vermögensfassionen einreichen,[49] mit dem Banne. Wer soll ihn aussprechen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und auf welcher Grundlage? Eine jüdische religiöse Gemeinde gibt es nicht; dem Rabbiner ist es ausdrücklich verboten!

Dazu, eine jüdische Hochschule in Prag zu errichten, wie sie Homberg gefordert hatte, in seinem Sinn allen sonstigen Talmudunterricht zu verbieten, hat man sich auch nicht entschließen können, aber man verbietet, wie oben erwähnt, die Anstellung von eigenen Talmudlehrern: Bei der Aufnahme von Rabbinern soll man darauf sehen, daß sie auch den Talmud unterrichten können. Zum Talmudunterricht soll kein Jüngling zugelassen werden, der nicht die schriftliche Erlaubnis des christlichen Schulaufsehers beibringt, wiederum ein halber, für die Judenschaft recht demütigender, praktisch jedoch so gut wie bedeutungsloser „Erfolg" Hombergs.

Den erstrebten Einfluß des Normallehrertums auf das geistige, in Sonderheit das religiöse Leben der Juden hat er doch nicht erzielt; dafür wurden die Lehrer mit Geschäften belastet, die sie eigentlich nichts angingen und angehen.

Man begreift es, daß die böhmische Judenschaft durch dieses Gesetz nicht befriedigt war und jenen Protest erhob, von dem Adler (Jb.V, 199ff.) berichtet.

II. DAS STEUERPATENT.

Der § 63 des Judenpatentes von 1797 erklärt, die böhmische Judenschaft habe die kontraktmäßigen Bedingungen der bisher bestehenden Pachtung nicht erfüllt, sie selbst sei, wie ihre zahlreichen Beschwerden dartäten, mit ihr nicht zufrieden.[50] Daher werde dieser Steuerpachtungskontrakt für aufgehoben erklärt und solle nur bis zur bevorstehenden Einführung des neuen Steuersystems dauern, dann aber sogleich erloschen sein.

Besserungsvorschläge.

Die Judenschaft hatte im Jahre 1789 das neue Steuersystem[51] und den Pachtvertrag nur angenommen, weil sie der Ausbeutung durch die mehr als geschäftstüchtige Dobruška entgehen wollte. Sehr bald aber traten die Mängel und Härten der neuen Einrichtung zutage, die nicht nur den Steuerträgern fühlbar wurden, sondern auch den Amtsstellen, ja völlig außenstehenden Beobachtern sich offenbarten.

Sie führten zu zahllosen Behelligungen der Behörden, zu immer erneuten Gesuchen um Gestattung von Pauschalierungen, Nachsicht von Steuerrückständen u. dgl. mehr. Die Juden fühlten sich bedrückt[52] und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Steuerbehörden waren unzufrieden, denn die Steuerrückstände wuchsen geradezu unheimlich an. Sie betrugen Ende 1797 mehr als eine halbe Million Gulden – bei einem Gesamtvoranschlag von 226.000 fl. jährlich, und der Dezember dieses Jahres weist bei einem Sollbetrage von 19.869 fl. 49 4/48 kr. einen wirklichen Eingang von nur 5805 fl., d. h. einen Ausfall von fast 70% auf.[53]

Die Besteuerung der Juden stellt der damaligen Steuertechnik an sich schon eine recht schwere Aufgabe. Zur Bemessung der Steuer wird in der Hauptsache der Ertrag des unbeweglichen Besitzes herangezogen. „Es ist schwer", sagt der Oberste Kanzler Graf Lažansky in seiner Note vom 26. Oktober 1797,[54] „auf eine billige Art eine Klasse von Staatsbürgern zu besteuern, welche ihr ganzes Hab in Handel und Wandel, in unzähligen Spekulationen, in verborgenen Wuchergeschäften und in einem beständigen Umtriebe verteilt haben, keinen Grund und Boden und nur Häuser haben, die keinen Zins tragen, weil sie von den jüdischen Eigentümern selbst bewohnt werden. – (Darauf, daß man den gemeinen Mietwert der Wohnungen abschätzen und demgemäß die Mietsteuer bestimmen könne, ist man noch nicht gekommen.) So bleiben denn zur Belegung nur die Personen, das bekannte Vermögen und höchstens die Verzehrung. Die böhmische Judensteuer aber ist vor allem auf diese begründet. Es sollen tragen: die Familiensteuer 27.265 fl., die Vermögenssteuer 65.534 fl. 48 kr., die Verzehrungssteuer 133.110 fl. 12 kr. Gerade diese Hauptsteuer zeigt den größten Ausfall und ist dabei am lästigsten, ihre Eintreibung mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Dazu kommt – nach Lažansky, der als ehemaliger Oberstburggraf die böhmischen Verhältnisse kennt, noch eine andere Tatsache, deren Bedeutung für den Steuerertrag er vielleicht überschätzt, die aber kulturgeschichtlich beachtenswert ist. Er behauptet, der Verzehrungssteuerertrag sei auch deshalb so gering, weil die Landjudenschaft sich hauptsächlich von Brot, Gemüse, Früchten u. dgl. nähre, die der Verzehrungssteuer nicht unterlägen, die Prager Judenschaft aber sei nicht mehr so religiös wie einst und decke einen Teil ihres Bedarfes durch Einkauf bei Christen.

Die Übelstände machten sich schon früh fühlbar und riefen schon in den Tagen Leopolds Beschwerdeschriften und Besserungsvorschläge hervor.[55]

a) Die Vorschläge Poppers.

Unmittelbar fast nach des Kaisers Tode verfaßte der Primator der böhmischen Landesjudenschaft, Joachim von Popper, *einen Vorschlag über die Gestaltung des jüdischen Steuerwesens*, datiert vom 25. März 1792.[56] Popper gibt zunächst eine geschichtliche Übersicht der Entwicklung der Judensteuer seit dem Tode Karls VI.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die böhmische Judenschaft steuerte nach dem Verhältnis ihrer Zahl zu der der übrigen Kontribuenten, „wo der Angesessene 30 fl. jährlich entrichtet hat", den fünfundvierzigsten Teil der ganzen Landessteuer, d. i. 72.000 fl. Von dieser Summe hatte die Prager Judenschaft 48.000, die Landjudenschaft mit Rücksicht auf ihre Verpflichtungen gegen die Schutz(Orts)obrigkeit nur 24.000 fl. zu entrichten.

Im Jahre 1748, nach Beendigung des sogenannten österreichischen Erbfolgekrieges, wurde die Steuer der Angesessenen verdoppelt (60 fl. jährlich) und demgemäß auch die der Judenschaft erhöht, aber nicht auf das Doppelte, sondern nahezu auf das Dreifache (216.500 fl.). Von diesem Betrage sollte die eine Hälfte die Prager, die andere die Landjudenschaft zahlen. Deren Steuerleistung wurde dadurch auf fast das Fünffache (108.250 gegen 24.000 fl.), richtig das Viereinhalbfache erhöht, ohne jede Rücksicht auf ihre dominicalen Gebigkeiten".

Die Hoffnung auf Linderung dieses Druckes nach Ablauf von zehn Jahren wurde durch den Ausbruch des Siebenjährigen Krieges vereitelt. Schon damals vermochte die böhmische Judenschaft die Steuer nicht aufzubringen und mußte 16.000 fl. von den Ständen, 45.000 fl. an landesfürstlichem Darlehen und größere Summen von privaten Kapitalisten aufnehmen.

Trotzdem die Landesjudenschaft zur Tilgung ihrer Schulden fünf Jahre hindurch Zuschläge einhob, die 119.710 fl. 46½ kr. betrugen, verblieb ihr ein Schuldenrest von 25.866 fl. 26½ kr. Die Schuld der Prager Judenschaft, die keine Zuschläge eingehoben hatte, wuchs zu 55.000 fl. Steuerresten und 123.263 fl. 27½ kr. Privatschulden, im ganzen also zu 178.263 fl. 27½ kr. an.[57] Popper verlangt nun, daß jeder Teil zur Tilgung *der von ihm gemachten* Schulden verhalten werden solle. Die neue Steuerordnung zeigt durch den jährlichen Abgang von 40.000 fl. klar, daß die Abgaben unerschwinglich sind.

Es ist ja als Stilübung sehr schön, wenn sich Popper nun in unmittelbarer Anrede an den Kaiser wendet: „Monarch: Da nun nach den allseitigen Landesgesetzen jedes Glied des Staates ohne Rücksicht der Religion nach dem Verhältnis seiner Kräften den Beitrag zu denen Staatsbedürfnissen leisten solle, und jede Klasse der Staatsbürger den billigen ... nach seinem Ertrag zu entrichtung der Landesfürstlichen Steuer genüsset, solle denn der Jude dieses gehörigen Verhältnisses beraubt seyn, und er, der auf Rechte der Menschheit gleich den anderen Anspruch machen kann – der dem Staate immer gleich anderen nützlich zu seyn sich bemühet – so allein diese seine Kräfte übersteigende Last der Landesfürstlichen Steuer – die ihn unmittelbar zu seinem Untergang führet – empfinden?" Wie diese Apostrophe wohl aufgenommen wurde??

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Er bittet also, den Steuerbetrag auf 144.000 fl. herabzusetzen. S. o. Damit dieser Betrag auch wirklich eingehe, schlägt er vor:

a) Auf dem Lande sollen die königl. Kreisämter, in Prag eine subdelegierte Gubernialkommission mit den jüdischen Besitzern größerer und mittlerer Vermögen ein Pauschalabkommen treffen.

b) Zur Erreichung eines gewissen Maßstabes können die vorigen Steueranlagen und die bisherigen Fassionen verwendet werden.

c) Die Pauschalierungen sollen wenigstens sechs, längstens zehn Jahre gelten.

d) Wer weniger als 10 fl. jährlich zahlen kann, gehört zur armen Klasse – auch er hat eine Pauschalsteuer zu entrichten.

e) Nach dem Absterben eines Kontribuenten soll keiner den Heiratskonsens oder den Inkolat bekommen, der nicht wenigstens durch drei Jahre 10 fl. jährlich zu steuern imstande ist.

f) Wenn ein Pauschalierter stirbt, sollen seine Erben das Pauschale bis zum Ausgang der bedungenen Jahre gemeinschaftlich entrichten. Diese Steuer soll ein debitum privilegiatum (Vorzugspost) sein. Bei Übersiedlungen soll die bedungene Steuer dem früheren Wohnsitze verbleiben.

g) Befreiung derjenigen, die infolge erwiesener Unglücksfälle zahlungsunfähig werden, nach dem Maße ihres Verlustes durch Kreisamt oder subdelegierte Kommission. Durch das ganze System wird ein Absterben der ärmeren und eine Vermehrung der steuerkräftigeren Familien eintreten. Daher wird der Staat die gewährten Begünstigungen gar nicht verspüren.

Die festgesetzten Steuern sollen vierteljährlich voraus bezahlt werden. Bei Nichtzahlung sollen die gewöhnlichen Zwangsmittel angewendet werden, – infolgedessen kann das bisherige Cautionssolidum aufhören.

i) Die Abführung der Steuern soll an den je ortigen Dominikalsteuereinnehmer erfolgen und durch diesen weitergeleitet werden, für diese Mühe zahlen ihm die Juden 1 kr. vom Steuergulden, das Doppelte der von den Christen entrichteten Taxe.

Die Hauptvorteile sind:

1. Die Herabsetzung der alle Kräfte der Judenschaft übersteigenden Summe wird die Anhäufung der Steuerreste beseitigen, die Judenschaft wird von ihrem Untergange gesichert – (wir kennen diese Superlative auch aus den Schriftsätzen der Judengegner) – und sie wird weiter Steuern zahlen können.

2. Die Anlage und Einhebung der Steuer durch die allgemeinen Beamten beseitigt bei den Juden alles Mißtrauen, alle Furcht vor Parteilichkeit.

3. Er erfährt die Größe seiner Steuerleistung ohne Eid und Banndrohung, kann die Steuern an seinem Wohnorte abführen. Das beruhigt sein Gewissen und ist geschäftlich vorteilhaft.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

4. Die Behörden werden aller Klagen überhoben, da die Steuerlage klar und bestimmt ist und weder Zuschläge noch Nebenabgaben zu befürchten sind.

5. Die Verwaltungskosten werden bedeutend verringert, da die Juden den allgemeinen Obrigkeiten unterstehen. Alle jüdischen Vorsteher, wie immer ihre Namen seien, werden beseitigt. Für die gesamte Landesjudenschaft genügt ein Vorsteher mit Schreiber und Diener zur Besorgung ihrer Angelegenheiten in der Hauptstadt. In Ansehung der Religionsordnung mag sie angewiesen werden, sich selbst ihre Rabbiner und Diener zu bestellen.

6. Die Aufhebung der Cautio in solidum (Gesamthaftung) wird den willigen Steuerzahler ermuntern, da er nicht fürchten muß, für nachlässig Zahlende herangezogen zu werden; auch werden, wenn diese Furcht wegfällt, ausländische vermögliche Familien sich eher im Lande ansiedeln, wodurch der Kommerz verbessert und der ausländische Kredit erhöhet werden dürfte.

Letztens: Die Beschränkung der Eheerlaubnis auf diejenigen, die wenigstens 10 fl. Steuer zahlen können, wird einen erhöhten Fleiß der Eltern bewirken und so die Zahl der armen jüdischen Familien vermindern, die Steuerkraft der Juden erhöhen.

Der Eingabe liegen drei Stücke bei: von der königlichen Kameral- und Provinzialbuchhaltung ausgefertigte Nachweise über die Steuerrückstände und die Schulden der Prager und der Landesjudenschaft. Sie sind interessant auch durch die Gläubiger. Als solche erscheinen: hohe Adelige, Klöster, christliche Wohltätigkeitsstiftungen, die böhmischen Stände.[58]

Eine unmittelbare Wirkung der Popperschen Vorschläge blieb aus. Gleichwohl wirkten manche seiner Gedanken fort: die Trennung von Stadt- und Landjudenschaft, die Einhebung der Steuern durch die Beamten und die Entschädigung dieser Beamten wie bei den Christen, die Beseitigung aller jüdischen Vorsteher, die Forderung eines Vermögensnachweises bei dem Ansuchen um einen Ehekonsens – gehen in das Judenpatent über.

Der Steuerplan Rieggers.

Einen wesentlich anderen Charakter tragen die Vorschläge J. A. von Rieggers.[59] Auch ihm ist es zwar vor allem – ebenso wie Popper – um die Entlastung der böhmischen Judenschaft zu tun. Aber er betrachtet die ganze Judenschaft der Erbländer steuerpolitisch als eine Einheit.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nachdem er das bisherige Steuersystem in Böhmen besprochen, wendet er sich der Gesamtleistung der Judenschaft in den „Österreichischen Staaten" und stellt deren Einzelbeiträge fest. Bisher zahlten:

Böhmen	216.000 fl.
Mähren	84.000 „
Ungarn	80.000 „
Galizien	300.000 „
Zusammen	680.000 fl.

Er schlägt nun vor: 1. eine Familiensteuer von 5 fl. jährlich; 2. Fleischkreuzer – zwei Kreuzer pr. Pfund; 3. einen *Flügelvieh*aufschlag nach dem mährischen Patent, das niedrigere Sätze enthält als das böhmische, und endlich einen Weinaufschlag.

Bei dem Ansatze dieser Verzehrungssteuern, die den Hauptteil des Erträgnisses – 5/8 liefern sollen, bemüht er sich, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lebensgewohnheiten der einzelnen Bevölkerungsteile zu berücksichtigen. So rechnet er bei der *Flügelviehsteuer* in Ungarn 4000 Familien wegen ihrer Armut gänzlich ab und teilt die übrigen in drei Gruppen mit wöchentlich 1, 2 und 4 kr. Steuerbeitrag. Ähnlich in Galizien, wo 16.500 Familien, in Böhmen, wo deren 4600, in Mähren, wo 1800 „abgeschlagen" werden. Den Weinaufschlag setzt er mit 2 kr. pr. Maß, in Ungarn jedoch, wo der Wein statt des Bieres zu allgemeinem Trunke gebraucht wird, mit 1 kr. an.

So ergibt sich für Böhmen ein Steuerbetrag von 131.000 fl. gegenüber 216.000 fl., die es gegenwärtig zahlen muß, also eine Ermäßigung von 84.934 fl., während doch der Gesamtbetrag der Steuer in den Erblanden von 600.000 fl. auf 822.200 fl. gesteigert wird.[60]

Die von Riegger angesetzten Erträgnisse sind trotz all seiner Vorsicht doch ziemlich willkürliche Vermutungen. Seine Meinung, daß die Staatsregie kostenlos sei, ist irrig. Der Hauptübelstand, die Schwierigkeiten der Einhebung, der Kontrolle der indirekten Steuern, bleibt bestehen. Dazu kommt noch, daß die Verhältnisse Galiziens und Ungarns ganz neu hätten geordnet werden müssen, was eine höchst mühsame und langwierige Arbeit erfordert hätte. Zudem war ja auch die Wirtschaftslage und demgemäß auch die Verbrauchskraft der Juden in den einzelnen Ländern recht verschieden. Da ist es denn begreiflich, daß die Bemühungen um eine Steuerreform eher den Weg einschlugen, den die Darlegungen Poppers vorgezeichnet hatten. Freilich, einer der für ihn wichtigsten Gedanken, der an eine Herabsetzung der Gesamtleistung der böhmischen Judenschaft, fand nur bei ganz wenigen der leitenden Persönlichkeiten Anklang, er wurde meist schon mit Rücksicht auf die durch die Revolutionskriege verursachte Bedrängnis der Staatskassen abgelehnt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Beratungen der Zentralstellen.

Der Direktorialvortrag vom 6. April 1793.

Der für die Neuordnung der Verhältnisse der böhmischen Judenschaft grundlegende Direktorialvortrag vom 6. April 1793[61] behandelt in seinem zweiten Teile die Verbesserung des Kontributionssystemes für die Juden. Er geht aus von den Vorschlägen des böhmischen Guberniums, die ihrerseits ziemlich deutlich einen gewissen Einfluß der Popperschen Gedankengänge erkennen lassen – oder vorsichtiger gesagt – sich mit ihnen berühren.

Das Gubernium wirft drei Fragen auf:

1. Ob der Pachtkontrakt mit der böhmischen Judenschaft aufgehoben werden, und demgemäß ein neues Steuersystem eingeführt werden –

2. inwieweit dem Gesuche um Herabsetzung der Steuer gefüget und

3. auf was Art das neue Kontributionssystem mit möglichster Gleichheit eingeführt werden könnte?

Der damalige Staat ist bei allen seinen Mängeln doch ein *Rechtsstaat* und so beantwortet das Gubernium die erste Frage dahin: der Kontrakt könne nur dann „rescindirt" (aufgehoben) werden, wenn seine Bedingungen nicht erfüllt wurden. Dieser Fall sei eingetreten. Die Judenschaft habe die Bedingungen nicht eingehalten und sei bis zum März 1792 162.375 fl. schuldig geblieben.

Zum zweiten Punkte glaubt das Gubernium nur den Verzicht auf 5000 fl., die über das Kontributionsquantum hätten eingehoben werden sollen, und auf jene 16.937 fl., die als Verzehrungssteueraufschlag der Tilgung der alten Reste zu dienen gehabt hätten, vorschlagen zu dürfen.

3. Als die hauptsächlichsten Fehler des bisherigen Steuersystems erscheinen dem Gubernium der Mangel einer „Gradazion" bei der Familiensteuer und daß die Verzehrungssteuer „ganz außer allem Verhältnisse seye".

Die Vorschläge der verschiedenen Proponenten hält das Gubernium für unausführbar, weil sie teils auf „ideirten", d. h. bloß eingebildeten Berechnungen beruhten, teils auf neue Ungleichheiten abzielten, durch die das Verhältnis noch mehr gestört werde.

Das Gubernium legt seinen Berechnungen das im Jahre 1789 einbekannte Vermögen zugrunde; es verwirft die Verzehrungssteuer, weil sie alle Kontribuierten gleich, folglich den armen härter als den reichen Mann treffe. – Das ist eine steuerpolitische oder, richtiger gesagt, sozialpolitische Einsicht und Gesinnung, die den Räten der böhmischen Landesregierung höchste Ehre macht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das Gubernium schlägt daher dreierlei Steuern vor: eine Vermögens-, eine Schutz- und eine Gewerbesteuer.

Die Vermögenssteuer sei mit 2% nicht unbillig zu veranschlagen, nur müßte man einen Unterschied zwischen fruchtbringendem und totliegendem Vermögen machen, dieses mit einem anderen (niedrigeren) Prozentsatz belegen.

Die Schutz- und die Vermögenssteuer wären klassenmäßig heranzuziehen. Die Fassionen müßten durch die Obrigkeiten dem Kreisamte, durch dieses einer Gubernialkommission übergeben werden. Falsche Angaben werden mit dem großen Banne und mit hohen Geldstrafen bedroht, die zu gleichen Teilen dem Angeber, der Armenkasse des Ortes und der jüdischen Steuerkasse zufallen. Ähnliche Bestimmungen werden für den Fall getroffen, daß sich bei Verlassenschaftsabhandlungen eine Vermögensverheimlichung des Erblassers herausstellt.

Die Einhebung sollen — wie nach Popper — die Steuereinnehmer vollziehen, nur sollen die Vorauszahlungen nicht vierteljährlich, sondern monatlich erfolgen, der Regiebeitrag nicht 1, sondern 1½ kr. vom Steuergulden betragen.

Statt der bisherigen Steuerdirektion wäre eine jüdische Hauptkassa in Prag zu errichten, die immerhin billiger käme als die bisherige Einrichtung.

Die Frist für die jeweilige Erneuerung der Fassionen wird mit drei Jahren angesetzt, in Todesfällen soll die Steuer — wieder wie nach Popper — als Debitum privilegiatum angesehen werden.

Das Direktorium.

Diese Anträge des böhmischen Guberniums, die die Grundlage aller weiteren Beratungen bildeten, wurden zunächst im Direktorium erörtert und dessen Vorschläge im Staatsrate überprüft.

Ziemlich deutlich offenbaren sich dabei gewisse Unterschiede und Gegensätze der Gesamteinstellung der einzelnen. Von starken Vorurteilen gegen die Juden eingenommen, neigt Hofrat von Mayern zu den schärfsten Maßnahmen, sucht aber doch Unbilligkeiten zu vermeiden. Nicht gerade freundlich ist die Gesinnung des Grafen Rottenhan, der aus dem böhmischen Gubernium als Hofvizekanzler in das Direktorium übergetreten ist, rein sachlich die Haltung des Referenten Grf. Saurau und des später in dieser Sache stark hervortretenden Obersten Kanzlers Grf. Lažansky.

Im Staatsrate treten neben Eger, der wie in den politischen so auch in den finanziellen Fragen die Überlieferungen der Josefinischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Zeit am treuesten, jedoch ohne Festigkeit, zu wahren sucht, die Grafen Zinzendorf und Leopold Kollowrat hervor, beide gleich Eger alle Vorschläge scharf beurteilend, jener mit größtem Eifer, obgleich vergeblich, bemüht, die Steuerlast der Juden zu erleichtern, die auch dieser für allzu schwer hält.

Die vom böhmischen Gubernium aufgeworfenen, immer und immer wieder erörterten Fragen betreffen erstens die Höhe der Gesamtsumme der einzubringenden Steuer, zweitens Art und Höhe der einzelnen Steuern und deren Verhältnis zu einander, die Formen der Einhebung, persönliche oder Solidarhaftung und endlich die Deckung der Rückstände, u. zw. sowohl derjenigen, die von der Judenschaft dem Staate geschuldet werden, wie der Domestikalschulden, der Verpflichtungen, die sie zur Deckung ihrer Bedürfnisse eingegangen war. Auch die Frage der Heranziehung der Abgewanderten und Abwandernden wird wichtig.

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich bei dem Hin und Wider der Beratungen und Verhandlungen, die mehr als fünf Jahre andauern, Vorschläge und vorgebrachte Gründe vielfach wiederholen, bis endlich jene Übereinstimmung erzielt wird, die den Erlaß des Steuerpatentes von 1798 ermöglicht.

Das Direktorium erklärt es zunächst nicht für rätlich, im voraus die Prozente der Vermögenssteuer zu bestimmen, auf die es bei den Juden zuletzt doch immer hinauslaufen müsse.

Der Vorschlag mehrerer Gubernialräte, die Steuern in Galizien, Mähren, Ungarn und Böhmen einander anzugleichen — es ist das, wie wir wissen, der Gedanke Rieggers, sein Name wird jedoch nicht genannt —, unterliegen vielen Bedenklichkeiten. Der Antrag Hennets, nur eine einheitliche Vermögenssteuer einzuheben, würde alle Juden, die bisher wenigstens Verzehrungssteuer gezahlt hätten, steuerfrei machen. Übereinstimmend mit dem Gubernium erklärt das Direktorium, die Aufhebung des Pachtkontraktes von 1789 sei beiden Teilen genehm. Die Juden hätten seine Bedingungen nicht erfüllt, seien überdies selbst mit ihm unzufrieden.

Die Behauptung, daß die Judenschaft zu hoch besteuert sei, lasse sich nicht erweisen. Die Berechnungen des böhmischen Handelsstandes über das Vermögen der Juden — es sind wohl die Angaben Klinger-Herbingers gemeint — seien zwar übertrieben, aber auch nach Rottenhan steuerten die Juden nicht mehr, eher weniger als die Christen, besonders die Grundbesitzer. Nur jene (obenerwähnten) 5000 fl. und 16.937 fl. könne man, wie ja auch das Gubernium meine, erlassen. Mit der Scheidung von Land- und Stadtjudenschaft, Aufteilung der Rückstände und Schulden zu Lasten desjenigen Teiles, von dem sie herrühren, ist das Direktorium einverstanden, ebenso mit der Beseitigung der Solidarhaftung,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aber nur für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit. Gleicherweise will es alle Privilegien und Pauschalierungen beseitigt wissen.

Der Referent Grf. Saurau hält folgende Steuern für die zweckmäßigsten: Erstens die Vermögenssteuer, dann die Familiensteuer in Gestalt einer „Verzehrungssteuerreluizion." Diese Ablösung, der Ersatz für die Verzehrungssteuer, soll von allen über 16 Jahre alten Juden eingehoben werden und klassenmäßig gesteigert werden. Sie trifft in der 1. Klasse die Ärmsten, die von Taglohn, Liedlohn und dergleichen leben, ein geringeres Einkommen als 100 fl. jährlich haben und keine Vermögenssteuer zahlen, mit 6 fl., die 2. Klasse mit 8 fl., die dritte mit 10 fl. und so fort bis zur 12. Klasse (3000 fl. Einkommen) auf 200 fl. steigend. Die weiteren Klassen zahlen: zwischen 3000 und 10.000 fl. für je 1000 fl. 100 fl. mehr, also 10%. Die Abstufungen für Einkommen von 10.000–30.000 fl. sind für je 5000 fl. mehr mit 150 fl., d. s. 3%, angesetzt. Bei noch höheren Einkommen beträgt für die Abstufung von je 10.000 fl. die Steuer 150 fl., d. i. nur mehr 1½%. Es erscheinen also die Einkommen von 3000 bis 10.000 fl. verhältnismäßig am stärksten belastet.

Die Vermögenssteuer soll wie bisher alle Juden treffen, die mehr als 150 fl. Vermögen besitzen. Nur sollen wegen der Schwierigkeiten, die dem Geschäftsmanne die Aufstellung einer richtigen Bilanz macht, je zwei Klassen der Familiensteuer zusammengezogen werden: also 150 bis 200 fl. erste Klasse, 200 bis 400 fl. zweite Klasse und so fort.

Zur Reluizions- und Vermögenssteuer haben alle böhmischen Familien, auch wenn sie nicht in Böhmen wohnen, beizutragen. Diese Bestimmung erklärt sich daraus, daß ja ein fester Gesamtbetrag eingehen soll und daher die Abwanderung zu einer immer steigenden Belastung der Zurückgebliebenen führen müßte. Daher wird die Steuer auch für den Fall längerer Abwesenheit des Pflichtigen durch Strafdrohungen gesichert. Als Ausmaß der Strafe gilt der doppelte Betrag der Steuerschuld. Die eine Hälfte fällt dem Staate zu, ein Viertteil dem Angeber, das andere dem jüdischen Domestikalfond.

Hinsichtlich der Einhebung schließt sich Saurau in der Hauptsache den Vorschlägen des Guberniums an, nur daß er keine eigene jüdische Steuerkasse in Prag annimmt, sondern die Prager Einzahlungen an das Hauptzahlamt, die auf dem Lande an die Kreiskassen weist. Der Regiebeitrag wird auf 1 kr. vom Steuergulden ($1^2/_3$%) herabgesetzt. Mit den monatlichen Vorauszahlungen (wie bei den Christen) ist das Direktorium einverstanden, ebenso mit den Zwangsmitteln gegen säumige Zahler.

Die Durchführungsmaßnahmen: Einsetzung einer Gubernialkommission, Aufstellung von Tabellen, Art der Kontrolle (Einsicht in die Handlungsbücher), Buchhaltung, sind von geringerem allgemeinen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Interesse. Vorausgesetzt wird noch der Bestand wirklicher Judengemeinden im Sinne der galizischen Judenordnung.

Hinsichtlich der Domestikalschulden soll das Prager Gubernium die nötigen Erhebungen pflegen und einen Vorschlag machen, wieviel die Landesjudenschaft, wie viel die Prager jährlich tilgen können und auf welche Weise.

Die Kontributionsreste müsse das Gubernium teilen in 1. sofort einbringliche; 2. solche, die Fristen verdienen; 3. in uneinbringliche. Bei Gruppe eins seien Zwangsmittel anzuwenden, bei zwei billige Fristen zu gewähren; die der dritten seien – getrennt von der Landjudenschaft und der in Prag – einzutreiben, da die Judenschaft dafür in solidum hafte, und dafür die Vorschläge zu machen. Endlich solle das Gubernium vorschlagen, „wie bey Eintheilung der Judengemeinden auch ein billiger und verhältnismäßiger Maßstab zu Vertheilung der Gemeindelasten einzuführen wäre".

Hofrat von Mayern glaubt, daß der Judenschaft höchstens das, was die jetzige Regie koste, und jene 5000 fl. nachgelassen werden könnten, die zur Abzahlung der Schulden zugeschlagen worden seien. Die Steuersumme sei mit 216.000 fl. festzusetzen. Auch er will lediglich eine Vermögens- und eine Familiensteuer (Verzehrungssteuerreluizion). Doch würde diese, wenn sie nach den angesetzten Klassen angenommen würde, zu einer Doppelbesteuerung führen, indem einmal das Kapital, anderseits auch dessen Ertrag, die Zinsen, versteuert werden müßten. Daher soll die Verzehrungsreluitionssteuer nur derjenige zahlen, der keine Vermögenssteuer entrichtet, sondern von Besoldungen, jährlichen Legaten, Provisionen u. dgl. lebt. Für grundbücherlich, landtäflich, in öffentlichen Fonds angelegte Kapitalien soll eine Ausnahmsbestimmung getroffen werden. Die Strafdrohungen für die Einbringung falscher Fassionen seien zu verschärfen. Sichere Einkünfte, die nicht aus eigenem Vermögen oder eigenen Handlungen stammen (Witwengelder, jährliche Legate), sollen in die Kategorie des Vermögens treten und Beträge bis zu 1000 fl. jährlich mit 5%, über 1000 fl. mit 10% versteuert werden. Solche Einkünfte sollten auch von denjenigen versteuert werden, die nebenbei eigenes Vermögen oder Handlungen besäßen.

In Prag wäre überdies die Verzehrungssteuer vorläufig, wenn auch in gemäßigterem Satze beizubehalten und zur Abzahlung der Domestikalschulden zu verwenden, erst nach deren Tilgung völlig aufzuheben. Die Einhebung solle durch die Prager Judenvorsteher erfolgen. Für die Tilgung der Domestikalschulden der Landesjudenschaft solle das Gubernium Vorschläge machen.

Hofrat von Haan und Hofrat von Grohmann treten Mayern ausdrücklich bei. Grohmann findet es überdies notwendig, sich noch gleich-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

falls ausdrücklich der Meinung des Referenten anzuschließen, daß die Pauschalierungen die ungerechteste Begünstigung der reichen Juden bedeuteten. Hofrat von Kranzberg verweist auf die Schwierigkeiten, die das jetzt für Böhmen in Aussicht genommene System in Galizien verursacht habe, wenn man es aber dennoch auch in Böhmen anwenden wolle, trete er den Bemerkungen Mayerns bei.

Der Staatsrat.

Im Staatsrate warnte zunächst Eger davor, neue Ungleichheiten an Stelle der alten zu schaffen. Man solle also dem Gubernium die Meinungen des Direktoriums mitteilen und ihm auftragen, zunächst data und facta zu sammeln, damit man sich von der Möglichkeit der Ausführung überzeugen könne.

Ausführlichere und schärfere Kritik übt Zinzendorf: Die Ursache der Rückstände sei die zu große Höhe der Judensteuer, wenn auch die Zustände nicht so arg seien wie in Ungarn. Schon Ende 1792 sei die jüdische neue Steuergefällsdirektion mit 245.337 fl. 41¼ kr., mithin mit mehr als einer ganzjährigen Steuerschuldigkeit (238.337 fl. 50¾ kr.) im Rückstande geblieben. Demgegenüber wäre ein Nachlaß von 21.937 fl., wie ihn Mayern beantrage, wirkungslos. Es sei ja möglich, daß die reichen Juden zu wenig steuerten. Aber wie sie zu einer erhöhten Leistung bringen? „Hat man diese quadraturam circuli etwa in Absicht auf die christlichen Kapitalisten aufgefunden?" Er betrachtet es als ein allgemeines Übel, daß die Reichen die Lasten auf die unbemittelten Klassen abwälzen, und führt als Beispiel Frankreich an. Dort seien die Dons gratuits („Freiwillige" Gaben, die von fünf zu fünf Jahren bewilligt wurden, waren die Form der Besteuerung der französischen Geistlichkeit) hauptsächlich von der armen Ruralgeistlichkeit bestritten worden und das sei mit eine der Ursachen der leidigen Revolution gewesen.

Er nimmt das Kapital der Juden mit zehn bis elf Millionen an. Die Einkünfte davon trügen (im Verbrauche) unvermerkt zu den indirekten Auflagen bei — also könne man ihnen nicht eine so hohe Summe als Vermögens- und Kopfsteuer aufbürden. Beweiskräftiger scheint eine Berechnung zu sein, die er aufstellt. Rechne man von dem nachgewiesenen Kapital der Juden die vorgeschriebenen 4% Zinsen, so wären diese mit einer Steuer von 49% belegt, nehme man selbst eine 10%ige Verzinsung dieses Kapitals an, so sei der Ertrag noch immer mit $19^{7}/_{11}$% besteuert. Ein Kapital von 22 Millionen anzunehmen, sei nicht gerechtfertigt.

Der Wucher gewähre seinen Anhängern keinen dauernden Gewinn. Beweis dafür sei die Krida des Grafen Desfours, an den die Prager Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

520.619 fl. 18 kr. zu fordern hätten. Der größte Teil dieser Summe sei verloren.[62]

Berechnungen des Durchschnittes führen ihn – eine zehnprozentige Verzinsung vorausgesetzt – auf ein Familieneinkommen von 127 fl. 45 kr. und die Familie zu vier Personen genommen – auf 31 fl. 52 kr, für den einzelnen.

Die Mängel dieser Berechnung liegen auf der Hand, weil alles so angesehen ist, als ob das ganze Kapital einfach als Leihkapital verwendet würde. Die Nutzbarmachung durch Arbeit (Fabriken, Handel, Gewerbe) ist ganz vernachlässigt.

Stichhältiger erscheint seine Beweisführung von Seite der Steuerbelastung. Die gleichen – allerdings, wie mir scheint, etwas zu niedrig angesetzten – Bevölkerungszahlen vorausgesetzt, ergibt sich für jede Judenfamilie eine Belastung von 25 fl., für jeden einzelnen eine solche von 6 fl. 15 kr. Die ganze Volksmenge von Böhmen – 2,832.000 – in gleicher Weise belegt, hätte 17,600.000 fl. zu zahlen. Tatsächlich aber trage Böhmen an direkten und indirekten Auflagen einschließlich der Post und der Weggefälle sowie der Domänen nur etwas über zwölf Millionen. Ist auch diese Berechnung immer noch etwas willkürlich, so ist sie doch beweiskräftiger als die vorhergehende. Ebenso wirkt der Vergleich mit der Besteuerung der galizischen Juden, die – 35.000 Familien stark – gleich hoch wie die böhmischen Juden besteuert, ungefähr eine Million Gulden zahlen müßten, tatsächlich aber nur 300.000 fl. zahlten. Die Richtigstellung durch einen stichhältigen Vergleich der wirtschaftlichen Lage der böhmischen und der galizischen Judenschaft ist freilich recht schwer, wenn man auch berechtigt sein dürfte, jene für steuerkräftiger zu halten. – Nach Zinzendorfs Meinung würden die meisten böhmischen Juden nicht einmal in die erste, die niedrigste Klasse des Grafen Saurau gehören. Klassifikation und Verzehrungssteuer bewirken den Ruin der armen und die Schonung der reichen Juden. Besser, als eine Kommission durch das Land zu senden, sei es, – und hier nähert er sich den Gedanken Poppers – sich in jedem Kreise von Dominio zu Dominio mit den daselbst wohnhaften Juden über Pauschquanta zu verständigen, deren billige Repartition dann nach dem bekannten Wohlstande der Familien von den Beamten vorgenommen werden könnte. Die Steuersumme – 200.000 fl. nach Rottenhan, 144.000 fl. nach dem Wunsche der Juden – solle zunächst in zwei ungleiche Teile, Landjuden und Prager geschieden und dann auf die oben angegebene Weise repartiert werden.

Auch Reischach glaubt, daß die Steuern der böhmischen Judenschaft zu hoch bemessen seien. Da er aber einen Teil der Schuld an den Übelständen der ungleichmäßigen Verteilung zuschreibt, tritt er dem Vor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schlage Egers bei: Einsendung der Arbeit des Direktoriums zwecks Begutachtung an das böhmische Gubernium, damit der Kaiser causa plene cognita (in voller Kenntnis der Sachlage) entscheiden könne.

In diesem Sinne erfolgte auch die kaiserliche Entschließung.

Die Verhandlungen von 1795.

Es dauerte zwei Jahre, bis die Angelegenheit wieder zur Sprache kam. Am 4. April 1795 legte das Direktorium seinen Vortrag vor. Vom 17. an wurde er im Staatsrate behandelt.[63]

Der Direktorialvortrag.

Das böhmische Gubernium hatte die Trennung von Stadt- und Landjudenschaft in bezug auf die Schulden für billig, hinsichtlich der künftigen Steuer jedoch für unnötig erklärt.

Das Direktorium wies darauf hin, daß dies ja seinem eigenen Antrage entspreche. Hinsichtlich des Superplus von 10.000 fl. bemerkte es, Überschüsse sollten für das nächste Jahr gutgeschrieben, Abgänge (durch Kriden, Unglücksfälle u. dgl.) müßten durch Zuschläge im nächsten Jahr hereingebracht werden; das Gubernium wolle diese nur auf die Reichen legen, das Direktorium verlangt aber eine proportionale Verteilung auf alle Steuerträger. Hinsichtlich des Abfahrtsgeldes bleibt das Direktorium bei seinen Vorschlägen, nur sollen die deutschen Erblande und Ungarn ausdrücklich genannt werden, damit bei einer Übersiedlung nach den Niederlanden und der Lombardei kein Unterschleif geschehe.

d) Das Gubernium meint, landtäflich intabulierte Forderungen u. dgl. dürfe man bei der Vermögenssteuer nicht weglassen. Auch hier liege ein Mißverständnis vor. Das Direktorium habe nicht Steuerfreiheit, sondern nur eine geringere Besteuerung solcher Vermögensteile vorgeschlagen, weil ja ihr Zinsenertrag geringer sei.

e) In der Frage der Vermögens- und Verzehrungssteuer pflichtet das Gubernium dem Antrage Mayern bei, das Direktorium bleibt bei seinem Antrage vom 6. April 1793.

f) Das Gubernium befürchtet viele Schreibereien bei der Klassifikation des Vermögens für die Vermögens- und Verzehrungssteuer. Das Direktorium findet diese Besorgnis übertrieben.

g) Gubernialrat von Eben will die Fassionen wie bisher (alle drei Jahre), das Gubernium jährlich eingereicht haben. Auch hier bleibt das Direktorium bei seinem früheren Vorschlage.

h) Beim Direktorialantrage, daß keiner einen Paß ohne Steuerberichtigung oder Steuersicherstellung erhalten solle, setzt das Guber-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nium bei, der Beamte sei dafür haftbar. Damit ist das Direktorium einverstanden. Dagegen lehnt es die Konfiskation des Vermögens bei falschen (zu geringen) Fassionen ab, weil dann keine Steigerung der Strafen bei höheren Vergehungen möglich sei.

i) Gubernium: Erbschaften dürfen vor Berichtigung der Steuer nicht ausgefolgt werden. Damit ist das Direktorium einverstanden.

k) Von dem Regiekreuzer wäre das Prager städtische Personale, welches damit beschäftigt ist, zu vermehren, doch dürfe den städtischen Renten davon nichts zufließen, weil das Gubernium es für unbillig hält, die christlichen Kassen auf Kosten der Juden zu bereichern.

Das Direktorium stimmt der Vermehrung des Personals zu und macht für die Verwendung des Überschusses einen positiven Vorschlag: Ansammlung eines jüdischen Kontributionsfonds, der den jüdischen Kontribuenten zugute käme.

l) Gubernium: Beim Ende der Pachtung wären alle Steuerreste als einbringlich anzusehen, weil ja Haftung in solidum vorliege. Die Art der Einbringung sei erst nach Ende der Pachtung zu erörtern.

Das Direktorium überweist diese Arbeit dem Gubernium.

m) Der jetzige Präsident des Guberniums schlägt eine Teilung in Vermögens- und Kopfsteuer vor. Die Zahl der männlichen Seelen sei 23.000, die Steuer betrage 240.000 fl., das Vermögen der böhmischen Judenschaft nach der Fassion von 1789 10,700.000 fl., 6% Ertrag davon 642.000 fl., 2% ($^1/_3$) Steuer 214.000 fl.

Der Rest sei durch die Kopfsteuer auf den Rest der jüdischen Population, der nicht fatiert habe, aufzubringen.

Das Direktorium hat diese ohnehin, nur in anderer Form, angenommen. Unbillig wäre es, die zu 4% erliegenden Kapitalien eben so hoch zu besteuern wie die zu 20 und 30 angelegten.

Im *Staatsrate* besteht nur noch Eger auf gänzlicher Freiheit vom Abfahrtsgelde bei Übersiedlungen in die (deutschen und ungarischen) Erblande.

Die kaiserliche Entschließung befiehlt, das Patent auf Grundlage der Direktorialvorschläge zu entwerfen. Dabei denkt man noch immer an die Verlautbarung der allgemeinen und der Steuerbestimmungen in einem Stücke.

Verzögerungen.

Im Direktorium aber hatte man noch gewichtige Bedenken. Im Vortrage vom 25. Juli,[64] der im Staatsrate am 5. August erörtert wurde, beharrt das Direktorium auf der Beibehaltung des Abfahrtsgeldes auch bei Übersiedlung in eines der deutschen oder ungarischen Erblande und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

begründet seine Haltung nochmals ausführlich mit der Tatsache, daß die Steuermenge der böhmischen Judenschaft festgelegt sei und daß diese durch die Abwanderung einen verhältnismäßigen Beitrag zu dem zu zahlenden Konkretualquantum verliere. Überdies sei der Domestikalfonds in Böhmen mit Schulden überladen und wenig einträglich, könne also dieses Zuschusses nicht entbehren. Wenn er dagegen mit der Zeit zu einem ansehnlichen Fonds anwüchse, könne er dazu dienen, unvermeidliche Steuerabgänge zu decken, und so das Ärar ohne beschwerliche Zuschläge für die Steuerpflichtigen sicherstellen.

Im Staatsrate war es wieder Eger, der Bedenken erhob, insbesondere zunächst wegen der Steuerabstufungen nach den einzelnen Klassen, die ungleich und nicht in eine angemessene Stufenreihe gebracht seien. Zweitens lasse sich nicht bestimmen, wie viel jede Klasse bezahlen müsse, bevor man die Fassionen in Händen habe, da ja eine bestimmte Steuersumme hereingebracht werden solle. Und drittens müßte diese individuelle Steuerquote mit dem Vermögen, wenn nicht in geometrischer, so doch in arithmetischer Proportion wachsen, es sei billig, daß der Reiche, der von seinem Überfluß steure, dem Armen die Lasten tragen helfe, die dieser von seiner Notdurft bezahlen müsse. Die §§ 57 und 58 (die Steuerparagraphe) sollen vorläufig aus dem Patent wegbleiben, zur Berichtigung dem Gubernium übergeben und seinerzeit vom Direktorium wieder vorgelegt werden. Zinzendorf wendet sich abermals – ebenso vergeblich wie vorher – dagegen, daß man eine Steuersumme von 226.000 fl. vorschreibe, trotzdem die Erfahrung lehre, daß im Durchschnitte jährlich nur 154.028 fl. 30$^{1}/_{6}$ kr. eingingen.

Der Kaiser entschied im Sinne Egers.

Noch in den ersten Monaten des Jahres 1796 beabsichtigte man, das Steuersystem in der Hauptsache auf die Verzehrungssteuer-Reluition zu gründen und nur die Beträge, die zur vollen Steuerquote fehlten, durch eine auf das fatierte Vermögen billig und verhältnismäßig zu repartierende Vermögenssteuer zu ergänzen. Dabei dachte man daran, die Steuer der Vermöglichen nach einem höheren Perzentsatz zu berechnen und diesen Mehrertrag den minderen Klassen gutzuschreiben.[65]

Das Direktorium legte noch einen beiläufigen Entwurf der Klassenausmessung und Repartition vor mit der Anfrage, ob darüber ein weiterer Vorschlag des Guberniums und der Buchhalterei einzuholen sei.

Zugleich beantragte das Direktorium die schärfsten Maßnahmen gegen diejenigen, die sich „durch listige Ränke" der Steuerpflicht zu entziehen suchten. Wer nicht binnen Jahresfrist die Fassion einbringt, verliert die Familiennummer, seine Familie wird durch eine andere ersetzt. Auch die ohne Abfahrtsgeld außer Landes befindlichen dem Steuernexu Zugehörigen verlieren, wenn sie die Fassion nicht recht-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zeitig einbringen, ihre Familiennummer und müssen das Abfahrtsgeld nachzahlen.

Aber auch diese Vorschläge befriedigten den Staatsrat nicht.

Eger meinte, es solle bei der Auslassung der Steuerparagraphen verbleiben und die Steuer vorläufig nach dem Vertrage von 1789 eingehoben werden.

Wiederum ist es *Zinzendorf*, der an dem Entwurfe und den beiliegenden Tabellen schärfste Kritik übt. Er wiederholt sein Argument gegen die Festsetzung der Judensteuer mit 226.000 fl., daß nämlich diese Summe nie eingegangen sei. Zudem müsse der § 40 des gegenwärtigen Patentes eine Schmälerung der böhmischen Judensteuer bewirken, wenn auch dem Ärar im ganzen nichts entgehe, da diese Juden – es sind diejenigen, die unter gewissen Voraussetzungen volle Gleichberechtigung mit den Christen erhalten (s. o. S. 226) und demgemäß dem jüdischen Steuerverbande entzogen werden – gleich den Christen kontribuieren müßten.

Er tadelt die außerordentliche Ungleichheit in der Verteilung der Verzehrungssteuer (Reluition). Das in den letzten neun Klassen aufgeführte Vermögen von 7,787.000 fl. zahle nur 23.980 fl., das in der zweiten und dritten Rubrik enthaltene Vermögen von 1,584.500 fl., mithin nur der fünfte Teil des vorigen, zahle mehr, nämlich 25.296 fl. – 6042 jüdische Kontribuenten, deren jeder weniger als 150 fl. besitze, zahlten eine Verzehrungssteuer von 36.252 fl.; würde man alle Kontribuenten nach diesem Satze besteuern, so bekäme man eine Gesamteinnahme von 594.000 fl. statt der auf der Tabelle befindlichen 85.438 fl., wende man aber den Satz der oberen neun Klassen an, so erhalte man statt dessen nur 31.000 fl. Das jüdische Steuerwesen müsse also ganz anders bearbeitet werden. In dem § 53 des neuen Patents wäre auszudrücken, daß provisorisch der Steuerfuß wie vor 1789 angewendet werden solle.

Diesem letzten Satze – die §§ 57 und 58 sind auszulassen – stimmt die kaiserliche Entschließung vom 3. April 1796 zu, nur soll – und damit schließt sich die Resolution Zinzendorf an – das Direktorium baldigst Sorge tragen, daß das Verzehrungs- und Vermögenssteuerwesen vollkommen berichtigt der kaiserlichen Entscheidung zugeführt würden, da beide miteinander in so inniger Verbindung seien. Der Entwurf der Klassenausmessung und Repartierung könne dem Gubernium zur Vergutachtung mitgeteilt werden, wobei aber dasselbe zur möglichsten Beförderung dieses Gegenstandes zugleich aufzufordern sei.

Selbstverständlich bedeutete das eine neue Hinausschiebung der Entscheidung.

Im Mai des folgenden Jahres forderte der Kaiser im Anschlusse an einen Bericht des *Prager Direktorialausschusses* Auskunft darüber, warum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die neue Klassifikation und Repartierung der jüdischen Vermögens- und Verzehrungssteuer in Böhmen noch nicht vorgelegt sei und wann das neue Steuersystem zur Ausführung kommen werde.[66]

Am 8. Juni antwortete das Direktorium, der Bericht sei bereits am 14. Juni 1796 (in Prag) eingelangt, aber noch nicht erledigt, weil der Referent Freiherr von Smittmer kurz vorher gestorben, seine Stelle erst im Februar besetzt worden sei. Überdies sei der Entwurf zur Klassenausmessung in Verstoß geraten und das Prager Gubernium habe ihn wieder anfordern müssen. Nach dem Eintreffen der Bearbeitung werde der Vortrag erfolgen. Dies sei auch die Ursache der Verzögerung des Patententwurfes.[67]

Und so wurde (s. o. S. 226) das Judensystemspatent ohne die Steuerparagraphe veröffentlicht.

Im Spätsommer langten die so lange verzögerten Entwürfe in Wien ein.[68] Landesstelle und Provinzialbuchhalterei hatten die Sätze von 6 und 8 fl. in den untersten Klassen der Verzehrungssteuer-Reluition zu hoch gefunden, da nicht einmal die Schutzsteuer von 3 fl. habe eingebracht werden können. Die Steuerhöhe solle nach oben nicht abgegrenzt, die Schutzsteuer von allen, auch von denen mit unbestimmtem Einkommen bezahlt werden. Wer bis Jahresende nicht zahle, solle – es war das alte, wiederholt angewendete Rezept für unbequeme Untertanen – in den Banat oder in die Bukowina verschickt werden. Auch dies eine Form des Strebens nach Minderung des jüdischen Proletariats, wie wir ihm in anderer Form in den Vorschlägen Poppers begegneten.

Das Direktorium ergänzte diese Anträge durch einen neuen. Man solle zur Deckung der Rückstände die in Galizien eingeführte Lichterzündungssteuer, d. h. die Besteuerung der Sabbatlichter, die der rechtgläubige Jude am Freitagabend anzuzünden verpflichtet ist – auch in Böhmen einheben. Der Ertrag wurde auf 46.750 fl. veranschlagt. Dazu käme, da die Verzehrungssteuer-Reluition unsicher sei, ein Schutzgeld der Unvermöglichen mit 2 und 5 fl. jährlich, im ganzen 24.000 fl. Der Rest, einschließlich der 10.000 fl. Zuschlag 153.250 fl., solle, nach den vorgeschlagenen Klassen repartiert, durch die Vermögenssteuer gedeckt werden.

Die Verbannung der Nichtzahlenden nach dem Banat und der Bukowina lehnte das Direktorium als eine Beleidigung dieser Provinzen ab, sie sei auch überflüssig, da ja bei nicht nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit ohnehin Landesverweisung angedroht sei. Das ist aber etwas wesentlich anderes, als die böhmische Landesstelle beabsichtigt: es ist Bestrafung übeln Willens, nicht Beseitigung, Außerlandesschaffung des ärmsten jüdischen Bevölkerungsteiles.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ein zweiter Patententwurf sah von der Lichtersteuer ab und wollte die Deckung der Steuerreste binnen vier Jahren durch Zuschläge auf die Vermögenssteuer erzielen. Die Frage der Deckung der Domestikalschulden und der Befriedigung der Domestikalbedürfnisse überließ man dem Gubernium zur Lösung.

Wichtiger als alle diese Entwürfe wurden die Bemerkungen und Vorschläge des Obersten Direktorialministers Grafen Lažansky, denn sie gaben die Grundlage für alle weiteren Verhandlungen und für die endgültige Fassung des Patents.

Auch Lažansky erkennt an, daß die Steuerordnung von 1789 die Armen zu hart getroffen, von den Reichen zu wenig verlangt habe, daß bedeutende Geschäftserträge zu niedrig, die Verzehrung zu hoch besteuert worden sei, und doch sei das Erträgnis zu gering gewesen.

Er will nur eine Vermögens- und eine Kopfsteuer einheben. Die Vermögenssteuer soll von allen bezahlt werden, die mehr als 150 fl. Vermögen haben, und 2½% jährlich betragen. Das ergäbe nach den Fassionen von 1789 (9,800.000 fl.) einen Gesamtertrag von 245.000 fl. Diese Steuer sei nicht zu hoch, denn die Juden verzinsten ihre Kapitalien mit 10%, sie nehme ihnen also nur den vierten Teil ihres Einkommens, während die Christen ein Drittel hergeben müßten. Die Kopfsteuer sollte alle diejenigen treffen, die das 16. Lebensjahr überschritten hätten, weniger als 150 fl. besäßen und von Gewerbsarbeit, Dienst u. dgl. lebten, und zwar in Klassen von 1 bis 12 fl. Die Zahl dieser Steuerträger wird mit 6042, die Durchschnittsleistung mit 3 fl. angenommen, im ganzen 18.126 fl. Der Gesamtsteuerertrag wäre demgemäß 263.126 fl., also 47.126 fl. mehr, als bisher verlangt worden. Diese Überschüsse hätten zur Deckung der Regiekosten, Gemeindelasten, Passivzinsen und Steuerreste zu dienen. Alle über 16 Jahre alten Juden, auch die, die bei ihren Eltern wohnten, hätten Verdienst oder Vermögen anzugeben. Die Lichterzündsteuer lehnt Lažansky ab, weil sie bei großen Vorbereitungen und Kosten zu geringen Ertrag verspreche. Die Punkte, welche sich auf die Einhebung der Steuern, Tilgung der Rückstände usw. beziehen, sind von geringerer Bedeutung.

Im Staatsrate nahm zunächst Eger Stellung zu diesen Vorschlägen. Ihm erscheint der Plan Lažanskys als die zweckmäßigste Grundlage für die weiteren Beratungen.

Die Kopfsteuer, die auch die Ärmeren trifft, billigt er als Entgelt für den landesherrlichen Schutz, aber auch deshalb, weil es ihm „nicht räthlich vorkömmt, die Vermehrung der ärmsten oder der sogenannten Betteljuden, die ohne sicheren Verdienst im Vertrauen auf die göttliche Vorsehung, die auch die Lilien auf dem Felde wachsen läßt, von einem Tage zum anderen leben, durch eine gänzliche Befreiung von allen direk-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten Abgaben allzu sehr zu begünstigen." Andererseits erscheint ihm die Klassenteilung Lažanskys mit den gegen früher niedrigen Ansätzen auf den untersten Stufen angemessen durch die Rücksicht auf den ärmsten Juden, „der oft kaum so viel des Tages verdient, um sich mit einem Trunke Bier zu laben und den Hunger seiner Familie mit trockenem Brot stillen zu können".

Doch erhebt er auch mancherlei Bedenken. Ist die Besteuerung nicht zu hoch? „Was nützen alle Anstalten, den Charakter der jüdischen Nation zu verbessern, ihre Sittlichkeit zu erheben, wenn man sie unter dem Drucke unerschwinglicher Abgaben schmachten läßt?" Ferner erscheint es ihm unbillig, alle mit dem gleichen Perzentsatz zu belegen. Die individuelle Steuerquote sollte mit dem Vermögen in einem gewissen Perzentsatz wachsen. Dann deutet er selbst die Widerlegungsgründe an, die Graf Lažansky gegen seine Bedenken vorbringen könnte, und schlägt schließlich vor, alle Einwände, die er erhoben und die etwa die folgenden Votanten zu machen hätten, Lažansky *sub anonymo* mit dem Auftrage zuzustellen, sich ehestens darüber zu äußern.

Kollowrat hält wohl auch die böhmische Judenschaft für zu stark belastet, aber die Zeitverhältnisse gestatteten keinen Nachlaß. Möglich sei ja die Einbringung der 216.000 fl. immerhin, weil vormals die Landjuden die auf sie entfallenden 108.000 fl. stets ordentlich entrichtet hätten. Doch hält er Sauraus Entwurf für billiger als die 2½% Lažanskys. Im übrigen stimmt er dem Schlußantrage Egers zu. Nach dem Eintreffen der Antwort solle unter Beiziehung Sauraus – der war mittlerweile Finanzminister geworden – eine „staatsrätliche Zusammentretung", also eine Ministerkonferenz zu mündlicher Besprechung, stattfinden.

Diesen Ratschlägen gemäß erging an den Grafen Lažansky der kaiserliche Auftrag, unter Rücksicht auch auf die Vorträge vom 6. April 1793 und 4. April 1795 seine Meinung über die das jüdische Steuersystem in Böhmen betreffenden anonymischen Bemerken vorzulegen.

Die entscheidenden Beratungen.

Damit traten die Beratungen über die Steuerreform in die entscheidende Phase, wenn auch noch immer zum Teil durch äußere Umstände verursachte Verzögerungen die Vollendung des Werkes hinausschoben.

Am 26. Oktober schon beantwortete Lažansky die Einwendungen des Anonymus und seine Note wurde vom 4. November ab im Staatsrate behandelt. Der Kaiser traf keine Entscheidung, sondern forderte,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einer Anregung Kollowrats folgend, ein Gutachten der Finanzhofstelle über die Antwortnote.[69]

Die Note Lažanskys wurde befehlsgemäß dem Finanzminister übersendet und die Bemerkungen des Anonymus im Auszuge beigelegt. Graf Saurau[70] aber glaubte auf dieser Grundlage kein Urteil gewinnen zu können, und erbat sich (10. Dezember) die vollständigen Bemerkungen. Am 11. Jänner kamen sie in seine Hände und wurden von ihm dem Hofrat von Mayern zur Bearbeitung übergeben. Mayern war jedoch gerade durch eine andere Angelegenheit stark in Anspruch genommen und mußte diese Sache aufschieben.[71] Indessen wurde der Kaiser von der böhm.-österr. Kanzlei um eine Entscheidung über ihre Anträge vom 20. September 1797 gebeten, er forderte daher mittels Handbillets an den Grafen Saurau die sofortige Vorlegung des Gutachtens. Es wurde am 20. Februar erstattet und vom 3. bis 28. März im Staatsrate behandelt. Die kaiserliche Entschließung wurde aber erst mehrere Wochen später gefaßt.[72]

Mittlerweile hatte ein Vortrag der Staatskontrolle vom 20. Februar aufs neue die Dringlichkeit der Beendigung der Arbeiten gezeigt. Welche Vorschläge die Kontrolle gemacht, ist aus dem Akte nicht zu ersehen, sie wurden der Finanzhofstelle zur Begutachtung überwiesen, blieben aber, wie es scheint, ohne Einfluß auf die Entscheidung.[73]

Am 8. April richtete Lažansky eine Denkschrift an den dirigierenden Minister Grafen Kollowrat[74] und am 8. Mai fand die schon im November des Vorjahres von Reischach und Kollowrat angeregte „staatsrätliche Zusammentretung" statt, an der Kollowrat, Lažansky und Hofrat von Geißlern teilnahmen und über die Kollowrat dem Kaiser berichtete.[75] Der Kaiser genehmigte die Vorschläge und erledigte damit auch Nr. 953, St. R., die Beratung über den Bericht der Finanz- und Kommerzstelle. Zugleich trug er dem Grafen Lažansky, der ohnehin für einige Zeit nach Böhmen zu reisen beabsichtigte, auf, dort die Angelegenheit möglichst zu fördern und wenigstens einigen Sitzungen der zu bildenden Gubernialkommission beizuwohnen, „damit das so lange verzögerte Geschäft seinem Ende schleunig zugeführet und mit dem Militärjahr 1799 die neue Steuerbelegung gewiß empfangen werde".[72]

Das böhmische Gubernium ordnete die Einbringung der Fassionen bis längstens 31. Juli 1798 an, die Juden fanden diese Frist zu kurz, wurden aber mit ihrer Beschwerde abgewiesen.[76] Lažansky, dem der Kaiser „die Einleitung dieses Steuergeschäftes" anvertraut hatte, brachte die Arbeit zu Ende und am 24. Oktober konnte das Steuerpatent erlassen, seine Drucklegung verfügt werden.

Aber auch dieser Abschluß der Arbeit erregte mancherlei Verdruß, weil er angeordnet worden war, ohne daß verschiedene – vermutlich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geringfügige – Änderungen am Entwurfe dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt worden wären.[77]

Die einzelnen Aktenstücke zu analysieren, verbietet die Rücksicht auf den Raum und auf die Geduld des Lesers, weil in den umfangreichen Schriftstücken in Rede und Gegenrede dieselben Gedanken, vielfach auch dieselben Worte immer wiederkehren. So scheint mir der Versuch ratsam, ein Gesamtbild der Beratungen und ihrer Ergebnisse nach sachlichen Gesichtspunkten zu entwerfen und dabei kurz die jeweilige Stellung der einzelnen Persönlichkeiten zu kennzeichnen.

Da und dort werden wichtige allgemeine Grundsätze ausgesprochen. So, wenn Eger (3. März 1798) schreibt: „Steuern lassen sich nicht aufs Gerathewohl und nach arbitrarischen Anschlägen bemessen, sondern setzen mühsame und genaue Vorbereitungen voraus." Von verschiedenen Seiten wird Kenntnis des wirklichen Vermögens der Steuerträger, also Einholung und Beurteilung der Vermögensbekenntnisse als Grundlage für die Bestimmung der Steuersätze gefordert. Über die Schwierigkeit gerade der Judenbesteuerung entwickelt Kollowrat ähnliche Gedanken (28. März 1798), wie wir sie oben (S. 229) von Lažansky angeführt haben. Wiederholt wird auch ausgeführt, daß Steuern wertlos seien, die nur auf dem Papier stünden, aber nicht eingebracht werden könnten. (Kollowrat, Zinzendorf.)

Merkwürdig scharf ist der Ton, den Zinzendorf gelegentlich anschlägt. „Die Noth der Finanzen ist kein haltbarer Vorwand, um illusorisch große Steuern vorzuschreiben." Er spricht von einem „unüberlegten" Plan Lažanskys. „So seicht sein (L.'s) Plan ist, ebenso seicht und mit Widersprüchen angefüllt sind die Beantwortungen auf die Einwendungen des Anonymi." Sehr heftig ist auch der Tadel, mit dem er die seiner Ansicht nach zu schlaffe Haltung des böhmischen Guberniums bei der Eintreibung der Steuern bedenkt.

Die Grundfrage ist die der Gesamtsteuerhöhe und damit steht die Erörterung im Zusammenhange, wie sich die Belastung der jüdischen Bevölkerung zu der der Christlichen verhalte.

Lažansky will eine Gesamtleistung von 263.126 fl. erzielen, deren Überschuß über die bisherige Steuersumme zu verschiedenen Tilgungszwecken verwendet werden soll, und dabei bleibt er ungeachtet aller Einwände. Eger hält schon die bisherigen Steuern für zu hoch, noch mehr bei der Armut eines großen Teiles der 8500 jüdischen Familien eine Vermögenssteuer von 245.000 fl. Aber er fügt sofort abschwächend hinzu: Wenn man bei den außerordentlichen Verhältnissen die Summe nicht entbehren könne, müsse die Stimme der Menschlichkeit schweigen. Selbst Rottenhan ist für eine Herabminderung der Steuer auf 200.000 fl. mit einem Zuschlage für Regie u. dgl. von 15.000 fl. ähnlich Kollowrat

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Reischach, Zinzendorf will höchstens 180.000 fl. eingehoben wissen. Die Finanz- und Kommerzhofstelle dagegen sieht in einer Zeit, da die Staatskassen weniger denn je einen Zuschuß entbehren können, keine Ursache, eine Klasse, welche immer nur präkarisch und gegen einen bestimmten Tribut im Staate geduldet wird, (!) zu erleichtern. Hier schlägt noch die alte Auffassung über die Stellung der Juden im Staate durch.

Zur Frage, ob die böhmischen Juden zu hoch besteuert seien, wird nicht nur der Vergleich mit den viel weniger belasteten mährischen und galizischen Juden herangezogen, sondern vor allem der mit der Belastung der christlichen Steuerträger. Dabei werden nun ganz verschiedene Methoden angewendet.

Zinzendorf, der am eifrigsten für eine Ermäßigung eintritt, geht von dem Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Steuerleistung aus. So findet er, daß bei einem Gesamtertrage von zwölf Millionen auf die Juden nur 189.744 fl. entfallen dürften; (2,882.065 Einwohner, davon schätzungsweise 42.500 Juden, der 66. Teil; der Jude zahle durchschnittlich 6 fl. 11 kr., der Christ 4 fl. 27 $^{7}/_{8}$ kr.). Vgl. S. 240. Rechnet man zu den direkten Steuern von 263.126 fl., die Lažansky von den Juden fordert, den verhältnismäßigen Anteil an den indirekten Abgaben (114.000 bis 115.000 fl.), so ergeben sich 377.126 fl. Wäre ganz Böhmen auf gleiche Weise besteuert, so müßte es 25,130.478 fl. bringen. Dementsprechend habe sich auch der wirkliche Ertrag durchschnittlich nur auf etwa 154.000 fl. jährlich belaufen.

Die Gegner lassen sich nicht auf eine Kritik dieser in mancher Beziehung anfechtbaren Berechnungen ein, sondern wenden eine ganz andere Methode an. Sie ziehen die wirtschaftliche Kraft der Juden in Rechnung, sind der Meinung, daß die fatierten 10 bis 11 Millionen nicht dem wahren — höheren (!) — Vermögensstande entsprechen. Die Juden verzinsen ihr Geld nicht mit 5, sondern mit 15 bis 25%. Sie steuern daher nicht 25% (bei 10% Verzinsung, Lažansky), sondern nicht einmal 13% ihres Einkommens. Die Obrigkeiten zahlen 29$^{2}/_{3}$% ihrer Einkünfte, ein ganzer Ansässiger mit 140 fl. Jahresertrag 60 fl., also 40% an den Landesfürsten; dazu kommen Roboten, Zins in natura, Vorspann, Rekruten, Militäreinquartierung, Lieferungen. Die indirekten Auflagen treffen in gleicher Weise Juden und Christen. (Finanz- und Kommerzhofstelle.)

Auch Laženský leugnet, daß die Juden stärker belastet seien als die Christen.

Das Ergebnis ist, daß die Steuersumme in der bisherigen Höhe beibehalten wird: 216.000 fl., denen bei der Repartition 10.000 fl. zuzuschlagen sind.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Neben den von Lažansky vorgeschlagenen Steuern: Vermögenssteuer und Kopfsteuer als Verzehrungssteuerreluition — taucht der Gedanke an andere auf: an eine Lichterzündsteuer, wie sie in Galizien eingehoben wird, an eine Koscherfleischabgabe.

Die Finanz- und Kommerzhofstelle stellt die Kopfsteuer als Ersatz der Verzehrungssteuer in die erste Linie, die Vermögenssteuer dient zur Deckung desjenigen, was noch an der Gesamtsumme fehlt, die Lichtersteuer soll die Rückstände bezahlen.

Rottenhan will die von ihm verlangten 200.000 fl. Jahressteuer durch 50.000 fl. Familiensteuer, eine eben so hohe Koscherfleischabgabe nach galizischem Muster und endlich durch eine bloß auf das *fassionierte Einkommen* gelegte Steuer von 100.000 fl. einbringen, dies vielleicht der steuerpolitisch wertvollste Vorschlag. Die Abzahlung der Rückstände bewirkt auch er durch die Besteuerung der Sabbatlichter.

Die Verzehrungssteuer wurde abgelehnt, denn sie versprach bei der Lebensweise der Landjuden nur geringen Ertrag (s. o.) und auch in Prag nicht viel, wenn auch aus einem anderen Grunde. Kollowrat sagt, die Juden seien nicht mehr so religiös wie vor dreißig Jahren und besuchten die christlichen Traiteurhäuser. Überdies hatte man ja gerade mit dieser Steuer, deren Einhebung eben so lästig wie schwierig war, recht üble Erfahrungen gemacht. Auch bei der „Zusammentretung" wurde sie als uneinbringlich erklärt.[78]

Für die Lichtersteuer trat außer der Finanzstelle und Rottenhan besonders Zinzendorf ein, dem sie nicht wie den anderen bloß zur Begleichung der Rückstände, sondern als Haupteinnahme geeignet erschien.

Gegen sie erklärte sich der Staatsrat Vogel, ferner Kollowrat, weil sie in Böhmen etwas ganz Neues wäre, und Lažansky. Bei der Konferenz vom 8. Mai wurde sie dem kaiserlichen Auftrage gemäß erörtert. Man erkannte, daß sie als Hauptsteuer in Böhmen unmöglich sei, da dann auf jede Familie 28 fl. 29 kr., also auf eine Kerze 14 kr. entfielen; denn auch die Reichen würden dann nur zwei Kerzen anzünden. Auch sei es — wie Lažansky bemerkte — nicht schicksam, auf eine Religionsübung eine so hohe Steuersumme zu legen. Die Beschränkung auf einen Teil der Steuersumme erklärte er gleichfalls für untunlich.

So blieben denn nur Vermögens- und Kopfsteuer oder, wie sie nach Kollowrats Vorschlage benannt wurde, *Schutzsteuer* übrig.

Im Staatsrate hatte Eger darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorschlag Lažanskys sich von dem der Hofstelle dadurch unterscheide, daß jener die Vermögens-, dieser die nach dem Einkommen berechnete Kopfsteuer in erster Linie stelle. Er fürchtet, „die listigen Juden"

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

könnten sich der Kopfsteuer entziehen, wenn diese höher sei als die Vermögenssteuer; sie solle daher von *allen* Erträgen des Gewerbes, nicht aber von den Kapitalsrenten bezahlt werden.

Bei der Vermögenssteuer waren, wie wir wissen, zwei Fragen aufgetaucht (s. S. 235ff.): Sollten alle Arten von Vermögen, wie immer es angelegt war, gleichmäßig besteuert werden? Zweitens: sollte nicht die Steuer nach der Größe des Vermögens perzentuell abgestuft werden?

Bei der Bestimmung der Gesamtsteuersumme war immer wieder darauf verwiesen worden, daß die Juden ihr Geld mit 10% und mehr verwerteten. Aber es gab doch gewisse Vermögensanlagen, bei denen dies offenbar nicht zutraf. Staatspapiere, landtäflich und grundbücherlich eingetragene Darlehen trugen viel geringere Zinsen.

Der Gedanke, solche Kapitalien völlig steuerfrei zu lassen, fand begreiflicherweise keinen Anklang. Aber auch gegen eine bevorzugte Behandlung des Besitzes von Staatspapieren wandte Eger ein, daß der Jude sie nicht müßig liegen lasse, sondern sie wie bares Geld benütze, auch Agiotage mit ihnen treibe. Dieser Anschauung gemäß entschied auch der Kaiser, nach dem Vortrage des Grafen Kollowrat über die Konferenz, daß eine Begünstigung der Staatspapiere nicht stattfinden könne.

Etwas anders stand es mit den Hypothekarkrediten und den Witwengehalten. In seiner Erwiderung auf die Einwendungen des Anonymus erklärte sich Lažansky damit einverstanden, daß die so angelegten Kapitalien nur die Hälfte des allgemeinen Steuerprozentsatzes bezahlten. Die Witwengelder seien wie Gehalte, Liedlohn usw. der Kopfsteuer zu unterwerfen. In dem Steuerpatente ist jedoch von einem solchen Unterschiede keine Rede, nur wird eine Herabsetzung des allgemeinen Prozentsatzes der Vermögenssteuer nach Tilgung der Steuerrückstände („es versteht sich von selbst") versprochen.

Die Klassifikation der Vermögenssteuer, wie sie Zinzendorf energisch fordert und auch Rottenhan verlangt, also eine Progressivsteuer, erscheint Eger in der Theorie erwünscht, sie mache aber praktisch Schwierigkeiten. Auch Lažansky findet sie billig (Antwort a. d. E. d. A.). Aber welchen Maßstab solle man anwenden? Jede Klassifikation sei Willkür und zu deren Vermeidung müsse man die gleiche Belastung beibehalten. Jede Kritik an dieser Beweisführung würde in unseren Tagen offene Türen einrennen, aber damals schien sie ausreichend und so ist im Steuerpatente einfach der Satz von 2½% festgelegt.

Für die Schutzsteuer waren ursprünglich nur diejenigen in Aussicht genommen, die weniger als 150 fl. Vermögen hätten. Sie war in Klassen von 1 bis 12 fl. je nach der Höhe des Arbeitseinkommens geteilt. Die endgültige Fassung (§§ 2 und 6 des Steuerpatentes) kann nicht als

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

glücklich bezeichnet werden. Sie läßt es als zweifelhaft erscheinen, ob nur die Juden, welche weniger als 150 fl. besitzen, zur Entrichtung des Schutzgeldes verpflichtet sind oder alle. Die Fassung des § 6 spricht für die letztere Auffassung.

In der ganzen Beratung spielt die Frage, wie die Steuerrückstände eingebracht werden sollen, und damit auch die nach der Trennung von Stadt- und Landjudenschaft eine wichtige Rolle, da die Judenschaft im Jahre 1789 die Solidarhaftung für den ganzen Steuerbetrag übernommen hatte.

Darüber, daß diese Rückstände eingebracht werden müssen, sind alle einig, über das „Wie" aber gibt es große Meinungsverschiedenheiten.

Während Zinzendorf auf energische Maßnahmen gegen die Steuerpacht-Direktion dringt, hebt Kollowrat hervor, daß diese ja keine Steuerpachtgesellschaft auf Gewinn sei, daß ihr ein Regreß gegen Einzelne unmöglich wäre. So bleibt nichts übrig als die Heranziehung der Gesamtjudenschaft zur Deckung der Abgänge. Da man von der Einführung der Lichtersteuer absah, so ergab sich als einzige Lösung die Formel Lažansky: Abzahlung der Rückstände durch die Überschüsse über den Betrag von 216.000 fl., die die neuen Steuern voraussichtlich ergeben würden.

Aus dem gleichen Grunde, der Unmöglichkeit, festzustellen, woher die Rückstände rührten, will Lažansky auch nichts von einer Trennung der Prager und der Landjudenschaft in der Steuersache wissen, dies um so weniger, als eine solche Trennung überflüssig wäre, weil die neue Steuer ja gleichmäßig und individuell sei. Erst, wenn alle Rückstände getilgt seien, könne die Trennung der beiden Teile mit Rücksicht auf ihre besonderen Bedürfnisse erfolgen. Die kaiserliche Entschließung zu 958/1798 besagt hinsichtlich der Tilgung der Domestikalschulden: „Doch muß der Billigkeit wegen die Prager von der Landjudenschaft abgesondert werden, damit jede nur nach dem Maß, als sie Schulden kontrahierten, zur Tilgung beitragen." Im Patente ist davon keine Rede. Eben so wenig von einer Begünstigung bei der Zahlung der Rückstände, die der Kaiser schon bewilligt hatte.

Die Maikonferenz nahm den von Hofrat von Geißlern gestellten Antrag an, daß die auf die böhmische Judenschaft ausgestellten und noch auszustellenden Obligationen über das von ihr seit dem Jahre 1795 mit 64.950 fl. jährlich entrichtete Kriegsdarlehen[79] als eine Abschlagszahlung auf die Steuerrückstände angenommen, der Rest in billige Fristen einzuteilen und der Betrag mit der jeweiligen Steuersumme zu repartieren sei. Kollowrat und Lažansky hatten sich damit einverstanden erklärt, weil die Obligationen nicht einzelweis, sondern auf die gesamte Judenschaft nach den Gemeinden ausgestellt worden, folglich (bei diesen ?)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vorhanden seien. So werde ein großer Teil des Rückstandes abgetragen und der Staat erspare 5% Zinsen. Eine exekutive Eintreibung der Rückstände wäre ungerecht und nicht möglich.

Der Kaiser genehmigte „aus Gnade" diesen Antrag Geißlers. Aber auch davon ist in dem Patente nichts zu finden.

Über alle übrigen Fragen hatte man sich schon früher geeinigt. So beseitigte das Patent alle Pauschalien und Privilegien einzelner, ersetzte die bisherige Steuereinhebung durch die allgemeine staatliche, traf in der schon erörterten Art die Bestimmungen über Abfahrtsgeld, Steuerpflicht der Ortsabwesenden, bei Todes- und Erbfall, setzte die Strafen für Steuervergehen und den Instanzenzug für Beschwerden fest. Aber wichtige Reformgedanken, die im Verlaufe der Beratungen vorgebracht worden waren, hatten sich nicht durchzusetzen vermocht.[80]

Wie sich das neue Gesetz auswirkte, das wird sich freilich am besten mit Hilfe und auf Grund der in Böhmen befindlichen Aktenstücke darstellen und beurteilen lassen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] *Singer*, Jb. IV, 212ff.

[2] Archiv des Min. d. Innern, Indices und Protokolle der Hofkanzlei, Böhmen. Nur beispielsweise: 1791, Oktober: Horrak Joseph, ein Jud aus Przistopin... 306: Stern Jakob, Schutzjude in Kunawitz... 307: Schmiediesin Judith, eine jüdische Waise... 1794, März, 57: Joachim Janowsky... April, 31: Moses Kopp, Heirat seiner Tochter... 43: Rubin Heil, Jungbunzlau, Ehekonsens, abgewiesen... usf., usf.

[3] A. d. M. d. I., IV T 1, Böhmen.

[4] A. d. M. d. I., Ind. u. Prot. d. H. K., Böhmen, 1794, August, Nr. 94.

[5] A. d. M. d. I., IV T 1, Böhmen: Franz Philipp Sarchi aus Gradisca im Friaul, wohnhaft Wien Bürgerspital... Denkschrift für die Heranziehung der Juden zum persönlichen Militärdienst.

[6] Kabinettskanzlei 1793. Kopie St. A, 522 a. 1793; gedruckt bei Pribram, U. u. A., II, S. 21, 22, Nr. 268.

[7] Staatsarchiv, Staatsrat 1332 a. 1793. Die Voten der Staatsräte gedruckt bei Pribram, U. u. A., II, S. 21/2. Das Hofkanzleidekret ebenda S. 25.

[8] St. A., St. R., 4356 a. 1793.

[9] Die etwas ironische Fassung ist durch eine Bemerkung Zinsendorfs veranlaßt: St. R. 1332 a. 1793: „Die Taktik der Kriege des Alten Testamentes war ganz anders als die gegenwärtige. Selbst der Maure in Afrika schlägt sich gut mit dem Säbel und ist furchtsam vor dem Feuergewehr... Allein der conscribirende Officier findet, daß er den gestellten jüdischen Recruten nicht brauchen kann, was ist da zu thun?" Die Absicht Zinzendorfs – Abwehr oder doch Milderung des gegen die Juden erhobenen Vorwurfs der Feigheit – ist klar.

[10] St. A., St. R.... 857 a. 1794.

[11] St. A., St. R.... 3283/3265 a. 1796.

[12] exp. 8. Oktober 1796.

[13] Vgl. *Singer:* Zur Geschichte der Juden usw., Jb. VI, 249ff.

[14] A. d. M. d. I., IV T 1, Böhmen.

[15] A. d. M. d. I., IV T 1, Böhmen: Alteisenhandel der Juden in der Christenstadt.

[16] St. A., St. R., 4197 a. 1792, Nr. 24.

[17] St. A., St. R., 4197 a. 1792, Nr. 31 und 5866 a. 1792: Über die A. h. bezeichnete Beschwerde der bürgerlichen Seidenfabrikanten usw.:

1. Die Fabrik habe ihre Gerechtsame durch unwahrhaftes Vorgehen erschlichen.
2. Sie nehme Lehrjungen auf und spreche Gesellen frei.
3. und schränke sich nicht auf die Verfertigung bisher nicht erzeugter Seidenwaren ein. Dadurch würden die christlichen Meister ruiniert, das Publikum durch schlechte Zeuge betrogen. Die Juden würden allen Handel an sich ziehen. Die Fabrik solle abgeschafft werden.

Das Gubernium trug die Untersuchung dem Gubernialrat von Skoli und dem Kommerzienrat Schreyer auf. Skoli verfuhr „aus übertriebenem Eifer für die christliche Sache" eigenmächtig und entzweite sich mit Schreyer. So wurden zwei widersprechende Gutachten abgegeben.

Die Juden hatten anfänglich nur glatte und halbseidene Zeuge angefertigt, später aber waren sie um die „Aufnehmung" eines Werkmeisters eingekommen und hatten dazu die Genehmigung der Hofstelle und so auch die Befugnis bekommen, „alle nur möglichen Gattungen von Zeugen wie die übrigen abzusetzen."

Die Untersuchung habe ergeben, daß die Juden keine „betrügerischen" Waren erzeugten, wohl aber solche, die nicht nach dem ehemaligen Reglement gearbeitet seien. Nun sei aber das Reglement durch die Hofverordnung vom 20. März 1782 aufgehoben worden, also falle auch diese Beschwerde hinweg.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Das Gubernium meint daher, daß die Bittsteller, aus welchen bloß Brotneid spreche, obwohl sie selbst Brot, Auskommen und Absatz genug hätten, mit ihrem Gesuche abgewiesen werden sollten.

Im Anschlusse an dieses Gutachten schlug Freiherr von La Moth die Wiedereinführung einer Qualitätenordnung vor. Oberstburggraf Graf von Rottenhan unterstützte diesen Antrag, meinte jedoch, die beste Unterstützung für die Bürgerschaft wären nach Herstellung des Friedens staatliche Geldvorschüsse und Unterstützungen, so daß sie nicht von den Juden borgen müßten. Das Direktorium entscheidet: Den Juden sei zwar keine betrügerische Handlung nachgewiesen worden, aber K. R. Schreyer solle doch öfter unvermutet nachsehen, damit man sie im Betretungsfalle bestrafen könne... Das Mißtrauen bleibt! – Die Bittsteller verdienten um so mehr einen nachdrücklichen Verweis, als alle ihre Beschwerden unbegründet befunden worden seien, der Vorschlag La Moth's sei abzulehnen, weil die Qualitätenordnung 1782 aus wichtigen Gründen abgeschafft worden. Der Beisatz Rottenhans gehöre noch bis jetzt unter die besseren Wünsche.

Im Staatsrat trat Eger den Anschauungen des Direktoriums bei. Es sei den Seidemachern der Ungrund ihrer Beschwerden begreiflich zu machen. Interessant ist das Gutachten Zinzendorfs, der aus dem Prius 796 vom Jahre 1782 den Satz heraushebt, „daß die heilsamste und zweckmäßigste Qualitätenordnung für den Fabrikanten die Bestellung und Vorschrift des Konsumenten und des Verlegers und die Achtsamkeit beyder auf deren Erfüllung" sei. Er spricht sich auch gegen die staatliche Unterstützung aus.

Die kaiserliche Entschließung erfolgte im Sinne der Anträge Egers.

[18] A. d. M. d. I., IV T 1, Böhmen. Der Akt enthält: *a)* die Gubernialverordnung, *b)* die Beschwerdeschrift des Prager Magistrats mit den Unterschriften der Bürgermeister und aller Räte, *c)* ein Begleitschreiben mit unleserlicher Unterschrift.

[19] A. d. M. d. I.... IV T 1, Böhmen.

[20] Vgl. *Singer:* Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Jb. VI, S. 265.

[21] Der Akt (s. Anm. 19) ist durchFeuer beschädigt.

[22] St. A., St. R., 85 a. 1794.

[23] St. A., St. R., 443, a. 1794.

[24] St. A.... St. R.... 2301 a. 1793.

[25] *Singer*, Jb. VI, 204 ff. und Anm. 21, 22, S. 273.

[26] St. A., St. R., 2301 a. 1793, § 14: Damit die Juden, welche dem Lehramt sich widmen wollen, die vorgeschriebene Normalmethode erlernen, und sich zu ihrer Bestimmung tauglich machen, sollen sie die Hauptnormalschule in Prag besuchen, und dort, wenn sie arm sind, die nämliche Aushilfe genießen, welche die christlichen Präparanden (in der Vorbereitung begriffene Schullehrer) genießen.

Den betreffs der Mittel- und Hochschulen gegebenen Zusatz (Patent § 17, zweiter Absatz) findet das Direktorium zur Aufmunterung der Judenschaft notwendig, um nichts zu versäumen, wodurch ihre Bildung befördert werden könnte. Damit sind die Errungenschaften der Josefinischen und Leopoldinischen Zeit gesichert. Von ihrer Verwertung zeugt die Geschichte des geistigen Lebens im 19. Jahrhundert.

[27] Die darauf bezüglichen Vorschläge sind mit geringfügigen stilistischen Umgestaltungen inhaltlich unverändert in die §§ 26–35 des Systemalpatentes übergegangen, nur das von einer fremden einheiratenden Jüdin mitzubringende Heiratsgut wurde von 3000 fl. auf 5000 fl. erhöht.

[28] Rottenhan war mittlerweile als Hofvizekanzler nach Wien gekommen.

[29] Beachtenswert sind seine allgemeinen Bemerkungen über Wesen und Wirksamkeit von Reformen: „Daß Reformen, von welcher Art sie auch sein mögen, schneller als jene, die weiland Kaiser Joseph versuchte, ins Werk gerichtet werden können, ist abermal unmöglich. Soll eine Reforme wirksam seyn, so muß sie lang-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sam und unvermerkt befördert werden, denn das Sprichwort: Natura non agit per saltum ist eine ewige Wahrheit, welche hier ihre Anwendung vollkommen findet."

30 Über ihn außer Wurzbach, Biogr. Lexikon unter Homberg: Balaban, Prof. Dr. Majer, Herz Homberg in Galizien (Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur, Bd. 19, Berlin 1916, S. 189–221.

Zur böhmischen Frage bringt einiges *Wolf, Dr. Gerson:* Die Versuche zur Errichtung einer Rabbinerschule in Österreich. (*Geiger,* Ztschr. f. d. Geschichte der Juden in Deutschland, V. Bd., Braunschweig 1892, S. 27 ff. Verschiedenes bei Pribram, Urkunden und Akten, II. Bd.)

Über die Zeit des Prager Aufenthaltes Hombergs – er wirkte dort als außerordentlicher Lehrer der religiösen Moral und Aufseher der jüdischen Gemeindeschulen mit dem Titel eines k. k. Schulrates – fehlt eine Darstellung; ebenso eine wissenschaftlich brauchbare Gesamtbiographie. *Dubnow:* Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Bd. I, (Berlin 1920, S. 246–249, auch im einzelnen ungenau, sowie die Urteile bei *Graetz,* Geschichte der Juden, Bd. XI, S. 48, 97, 136, 434 bedürfen der Überprüfung.

31 St. A., St. R., 3283 a. 1793... Archiv des Min. d. Innern, Indices und Protokolle, Böhmen, Februar 1794, Nr. 140: Herz Homberg, jüdischer Schulenaufseher in Galizien, um Bestimmung ... Diäten während seines hiesigen Aufenthaltes in Allerhöchsten Diensten. Decretando wird ihm ein Taggeld von ... bestimmt und gestattet, mit der Post zurückzureisen. Indessen habe,... Dazu: St. A., St. R., 2443 a. 1795.

32 Archiv d. Min. d. Inn., IV T 1, Böhmen.

33 Vgl. *Pribram,* U. u. A. I, 649, XX, 658, XXIII, 663 ff.

34 *Homberg,* Denkschrift: „So vielumfassend und einschließend ist das Nazionalband, so die Rabbiner immer fester zu knüpfen, und immer mehr Macht und Gewalt an sich zu reißen suchen. Daher sie nach dem Hintritte des höchstseligen Kaiser Josephs wieder das Rabbinalgericht, eine eigene Jurisdiktion erschleichen wollen, haben alles angewendet, die Juden vom persönlichen Militärdienst zu befreyen, durch ihre Deputirten vorspiegeln lassen, der Staat dürfe sich nicht in die Eheverbindung und Ehescheidung der Juden einmengen, es vertrüge sich nicht mit dem jüdischen Religionsgesetz und dergleichen Possen mehr, da doch gerade bei den Juden die Ehe kein Sakrament, sondern ein bürgerlicher Vertrag ist, und ihre Verbindung und Auflösung als ein politischer Akt betrachtet wird, mit dem die Religion nichts zu thun hat. Der Trauhimmel, der Segen und die brennenden Kerzen sind nur Formalitäten der Trauung, wie es deren bei der Scheidung einige gibt, die dem Akt theils mehr Publizität, theils mehr Feyerlichkeit verleihen sollen. Aber all dies sind nur Formalitäten. Nach der Lehre des Talmuds selbst wird ein Mädchen oder eine Witwe die wirkliche Ehefrau eines Mannes, sobald dieser in Gegenwart zweyer Zeugen zu ihr die Worte spricht: Sey mir geheiligt (angetraut) nach der Sitte Mosis und Israels, und sie von ihm einen Ring oder sonst irgend etwas von Wert empfängt, annimmt und behält (welches ihre ungezwungene Einwilligung ausdrückt und andeutet), und sind Beyde Theile von diesem Augenblick an gesetzliche Eheleute ohne die Zeremonie nachtragen zu dürfen, wenn sie nicht wollen. Usw."

35 Vgl. *Singer,* Jb. VI, S. 202 und Anm. 16, S. 272.

36 *Adler Dr. Simon:* Das Judenpatent usw., Jb. V, S. 205.

37 Ebendort S. 221 ff.

38 Im Sinne seiner früheren Ausführungen sagt Homberg in der Einleitung: „Auch hat man den Punkt *Gemeindeverfassung* hinweggelassen, weil nach dem obigen Vorschlage, worauf auch in der Einleitung absichtlich gezielt wird, die Juden weder eine eigene Gemeinde ausmachen, noch eine eigene Verfassung bekommen sollen, sobald man den Esprit de Corps bei ihnen auflösen wolle. Die Gesetzgebung dürfte zweckmäßiger handeln, wenn sie ihren Gottesdienst und den dazu erforderlichen Aufwand von den Juden durch freywillige Beiträge bestreiten und einrichten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

lasse, und um die Art der Eintheilung dieser Beiträge, welche blos von dem Gutdünken eines Jeden abhangen würde, sich keineswegs bekümmern, als wenn sie die jüdischen Religionsbedürfnisse zum politischen Gemeindebedürfniss zu bilden, die Art ihrer Bestreitung durch den Weg der Reparazion vorzuschreiben, und ihren mächtigen Arm der Exekuzion und also den Judenvorstehern zu leihen beschlossen ist, wodurch ein Mißbrauch der geliehenen Macht veranlaßt, und anstatt das Band der Zusammenhaltung aufzulösen, sie nur desto fester geknüpft würde."

[39] St. A., St. R., 1285 a. 1795.

[40] Indem die Laubhütten, wenn sie in der Gasse aufgestellet werden, solche verstellen und den freyen Gang hindern, so hätten solche lediglich in die Höfe, oder auf andere leere Plätze, wo sie dem ... unsichtbar bleiben, und den Polizeygesetzen gemäß angebracht werden. Dazu die Bemerkung: Außer dem angeführten Grunde scheint es auch darum rathsam, jedes Zeremoniell, das außer der Synagoge ausgeübet wird, so viel als möglich unsichtbar zu machen, damit dem äußeren Unterschiede zwischen Juden und Christen aller Vorschub benommen werde.

§ 4 ... dem Begriffe, den man von der jüdischen Religion hat, kann sie von der Ausübung ihrer Gebräuche den Wohlstand keineswegs ausschließen. Es wird also hiemit die Unordnung und das Durcheinanderlaufen bei Begleitung eines jüdischen Brautpaares am Hochzeittage, und bei einem Leichenbegängnisse als eine ordentlichen Männern ungeziemende Aufführung ernsthaft abgestellt, und anbefohlen werden, bey jeder Feyerlichkeit ihren Zug durch die Gasse paarweise und ruhig zu machen: worauf die Polizey zu sehen haben wird.

Dazu die Rechtfertigung: Wenn die Gesetzgebung das im großen und allgemeinen sey, was die Erziehung im Kleinen ist, so dürfte es nicht unter ihrer Würde seyn, ihre Aufmerksamkeit auch auf das Unschickliche und den Unform im Äußeren zu wenden.

[41] *Homberg*, § 5: Da kein christlicher Staat bestehen könnte, wenn sich dessen Einwohner insgesammt blos mit dem Studium der Theologie abgeben möchten, ebensowenig kann ferner nachgesehen werden, daß alle jüdischen Knaben die kostbare Zeit mit der Erlernung des sogenannten Talmuds zubringen, von dessen Kenntniss doch nur die wenigen Rabbiner Gebrauch machen können. Es wird daher nur bei der Judenschaft in Prag eine Talmudschule nebst den Religionsschulen gestattet; bei den Juden auf dem Lande hingegen, nur die Religionsschulen nach wie vor, zugestanden, der Talmudunterricht mit Kindern aber sowohl öffentlich als privatim untersagt, und sind der übertretende Talmudlehrer und der Vater des Talmudschülers mit einer ansehnlichen Geldstrafe zu ahnden. Dazu vgl. man § 18, der den Vater, der seine Kinder nicht regelmäßig zur Schule schickt, mit strengen Strafen bedroht. Die ausführliche Begründung der §§ 15–18 (Moralunterricht) wiederholt z. gr. T. bereits mehrfach Gesagtes. Punkt *a)* rechtfertigt die Überschrift „um ihn (den Moralunterricht) deutlich vom Religionsunterrichte zu unterscheiden". Punkt *e)* beruft sich zur Rechtfertigung der strengen Strafbestimmungen gegen Verletzung der Schulpflicht auf die übeln Erfahrungen in Galizien. Punkt *g)*: Endlich hat man auch geglaubt, daß die Befreyung jener Jugend vom Schulbesuche, die im Jahre 1786 das 16te Jahr ihres Alters überschritten nicht einzurücken wäre, weil manche Väter das Alter ihrer Kinder wie in Galizien falsch angeben könnten, um sich von dieser Pflicht los zu zählen, und da ohnehin bei dieser allzu früh heurathenden Nazion zu vermuthen ist, daß jene Kinder, die im Jahr 1786 das sechzehnte Jahr überschritten haben, mithin itzt 23 Jahr alt sind, schon verheurathet seyn werden.

[42] Inhalt und Begründung dieser Vorschläge s. o. S. 214.

[43] *Singer*, Jb. VI, S. 274.

[44] Entwurf Homberg's § 2, Patent § 42.

[45] St. A., St. R., 2733 a. 1795.

[46] St. A., St. R., 824 a. 1796.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[47] *Adler*, Judenpatent, Jb. V, S. 218.

[48] Ebendort, S. 221 ff.

[49] Judensteuerpatent vom 24. Oktober 1798, P. 10.

[50] Gleich in den Anfang der Regierung Franz II. fällt ein Vortrag der B. Oe. Kanzlei (St. A., St. R., 2374 a. 1792) vom 20. IV. 1792, betreffend eine Bittschrift der Prager und böhmischen Landesjüdischen Vorsteher:

1. Man möge sie von der Leistung der Steuerkaution und der Antizipation befreien.
2. Wenigstens die dazu erforderlichen Instrumente (Urkunden) und Grundbuchsauszüge taxfrei erklären.
3. Sie von den Strafgeldern von 6 Dukaten und
4. die in der böhmischen Landtafel verkümmerten Kapitalien befreien, d. h. die Beschlagnahme der Guthaben einiger vermöglichen Juden, welche das Gubernium wegen Nichteinzahlung der Kaution vorgenommen hatte, aufheben.

Die ersten drei Bitten wurden abgewiesen, nur hinsichtlich der vierten hatte die Kanzlei schon aus eigenem die Aufhebung der Sequestrierung verfügt, da sie die Maßnahme für eine zu große Härte gegen diejenigen hielt, die die unschuldigerweise betroffen, und überdies beinahe ebenso viel, als diese Kaution betrug, eingegangen war.

[51] *Singer*, Zur Geschichte usw., Jb. VI, S. 241 ff.

[52] Ebendort, S. 243 ff. und Anm. 67–69.

[53] St. A., St. R., 422/417 a. 1798.

[54] St. A., St. R., 953/939 a. 1798.

[55] *Singer*, Jb. VI, 243 ff.

[56] Archiv d. Min. d. Inn., IV T 1, Böhmen.

[57] Beilagen zu Poppers Gesuch.

A. Steuerabgänge der Landesjudenschaft, nach Kreisen 1783–1787.

Die Abgänge steigern sich von Jahr zu Jahr. Sie sind am geringsten 1783 im Berauner Kreise: 147 fl. 4½ kr.; am höchsten 1787 im Pilsner Kreise: 5348 fl. 44 kr. Im ganzen: 1783 3835 fl., 1787 25.348 fl. 22½ kr.

Die Gesamtrückstände betragen 1787 79.719 fl. 46½ kr.

Nebst den am Ende angezeigten ausgefallenen Abgangsbetrag benöthigt die Landesjudenschaftliche Hauptkasse zu berichtigung deren Interessen, Besoldungen, Alimentazionsgeldern und anderen mehr unentbährlichen Auslagen Jährlich circa acht Tausend Gulden, also durch obige 5 Jahre in Einem 40.000 fl. Zusammen 119.719 fl. 46½ kr.

[58] Lit. *A* II. Schulden der Landesjudenschaft 25.866 fl. 38½ kr., darunter an General Graf Nostitz 12.000 fl. zu 4%, Rest der Schuld an die Stände ... 8566 fl. 38 kr. (16.000 fl. auf 28 Jahre – 1801, jährl. 960 fl. Zinsen und Kapital, 1801 ... 243 fl. 27¼ kr.

III. Schulden der Prager Judenschaft Ende Oktober 1789 17.263 fl. 27 kr. Als Gläubiger u. a. Aussiger Dominikaner 1000 fl.; Findlings – und St. Ludovici Armeninstitut 30.000 fl. zu 5%; General Graf Nostitz 8000 fl.; zum jüdischen Waisenhaus ausgewiesenen Fundationskapital zu 5% 8700 fl.; von den Herren Ständen ex fundo Domestico vorgelehnten 30.000 fl. annoch schuldig 16.500 fl. (halbjährlich 1000 fl. abzuzahlen, der jeweilige Rest mit 4% zu verzinsen); von denen Herren Ständen vorgelehnten Kapital von 42.000 fl. auf 28 Jahr noch schuldig 22.300 fl. 6 kr. 3 Pf. (durch 11 Jahre – letzten Oktober 1800 – jährlich 2520 fl., 1801 247 fl. 43¼ kr. zu zahlen); bis zum neuen Steuersystem rückständige Kontribution 55.000 fl.; an die Landesjudenschaft vermög Vergleich 10.100 fl.

Von der Königlichen Kammeral u. Provinzial Buchhalterey Prag, den 17. July 1790. – F. J. Boleslawsky, Cammeral u. Provinzial Buchhalter.

[59] *Riegger*, Archiv für Geschichte und Statistik, insbesondere von Böhmen, II. T., Neues Projekt zu einer Judensteuer. S. a. *Singer*, Jb. VI, S. 284, Anm. 69.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Zahlen jährlich.

	Ungarn		Galizien		Böhmen		Mähren			
	fl.	kr	fl.	kr	fl.	kr	fl.	kr	fl.	kr
Familiensteuer	50.000	—	187.500	—	43.000	—	27.000	—	307.500	—
Fleischkreuzer	86.666	40	195.000	—	74.533	20	46.800	—	403.000	—
Flügelvieh-Schlachtgeld	12.133	20	36.400	—	9.553	20	8.580	—	66.646	40
Weinaufschlag	17.333	20	50.000	—	4.000	—	18.730	—	45.025	20
Zusammen	166.133	20	423.900	—	131.066	40	101.100	—	822.200	—
Zahlten vorhin	88.000	—	300.000	—	216.000	—	84.000	—	680.000	—

Folglich entstehet durch diesen Plan ein Zuwachs von 144.200 fl.

[61] St. A., St. R., 2301 a. 1793.
[62] *Singer*, Jb. VI, S. 253.
[63] St. A., St. R., 1285 a. 1795.
[64] St. A., St. R., 2730 a. 1795.
[65] St. A., St. R., 824 a. 1796.
[66] St. A., St. R., 1435/1424 a. 1797.
[67] St. A., St. R., 1927/1918, 9. Juli 1797.
[68] St. A., St. R., 2919/2870 a. 1797.
[69] St. A., St. R., 3417/3357 a. 1797.
[70] St. A., St. R., 4095/4037 a. 1797. Hofkammerarchiv, Faszikel 26, Judenwesen von 1776–1808 enthält für unseren Gegenstand nur Stücke über den Geschäftsgang, nichts inhaltlich Bedeutendes.
[71] St. A., St. R., 779/767 a. 1798.
[72] St. A., St. R., 953/939 a. 1798.
[73] St. A., St. R., 920/902 a. 1798.
[74] St. A., St. R., Beilage zu 953 a. 1798.
[75] Das Protokoll der Sitzung und der Bericht Kollowrats an den Kaiser gleichfalls Beilagen zu 953.
[76] St. A., St. R., 3552/3501 und 3566/3518 a. 1798.
[77] St. A., St. R., 5623/3743 a. 1798. Vortrag der B. ö. Hofkanzlei vom 20. November 1798. Womit dieselbe ihr Rathsprotokoll vom 11. Oktober laufenden Jahres in 8 Heften vorlegt.
[78] Ähnlich auch die Finanz- und Kommerzhofstelle, s. o.
[79] Über dieses Darlehen konnte ich anfänglich keinen anderen aktenmäßigen Beleg finden, der nähere Aufschlüsse geben konnte. Einer freundlichen Mitteilung des Direktors des Hofkammerarchivs, Herrn Generalarchivar Hofrat Dr. Kallbrunner verdankte ich die Nachricht, daß laut Protokoll der Ministerialkonferenz vom 25. August 1794 über die Ausfindung der Finanzmittel zur Deckung der Kriegsbedürfnisse für das Jahr 1795 der Vorschlag gemacht wurde, der zahlreichen vermöglichen Judenschaft ein gezwungenes Darlehen von etwelchen Millionen aufzulegen. Die Prager Bestände dürften wohl auch in dieser Sache wertvollste Aufklärungen bieten können.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Am 25. August 1794 beriet nämlich eine ministeriale Konferenz (Protokoll: Hofkammerarchiv, Nr. 216) unter dem Vorsitze des obersten Hofmeisters und Konferenzministers Grf. Starhemberg über die Auffindung der Finanzmittel zu Bedeckung der Kriegsbedürfnisse für das Jahr 1795. In dieser tauchte der Vorschlag auf (S. 18 des Prot., Punkt c), der „so zahlreichen vermögenden Judenschaft ein gezwungenes Darlehen von etwelchen Millionen aufzulegen. Der Vorschlag wurde abgelehnt, da die Judenschaft, von den wenigen abgesehen, deren Vermögen bekannt sei, mehr arm als reich sei. Die Reichen hätten aber auch nicht die Barmittel zur Verfügung, da sie diese in ihren Unternehmungen wirken ließen. Sie würden also zur Aufbringung der Forderung unter Versprechung großer Vorteile Geld im Auslande aufnehmen müssen und dadurch nur die Finanzoperationen des Staates durchkreuzen. (Oberster Kanzler Grf. Kollowrat.) Dagegen drang der Vorschlag durch, die 1793 und 1794 als Steuerzuschläge eingehobenen *allgemeinen* Kriegsdarlehen wieder zu fordern, jedoch gegen – unverkäufliche – fünfprozentige Kriegsdarlehensobligationen. Dieser Beschluß fand auch die Zustimmung des Staatsrates (u. a. St. A., St. R., 3671, 25. Oktober 1794 und 4002, 26. November d. gl. J.). Hinsichtlich der Juden forderte der Kaiser besondere Vorschläge. Ihr Ergebnis zeigt sich im kaiserlichen Patente vom 29. Dezember (Wiener Zeitung von Mittwoch, 31. Dezember) 1794.

„Die unter diese Klasse der Darleiher gehörige in manchen Ländern befindliche Judenschaft hat von den auf sie unter verschiedenen Benenunngen ausgemessenen Steuerbeträgen wieder ebenso wie im vorigen Jahre dreißig vom Hundert zu entrichten und dagegen gleichmäßige nach den Gemeinden auszustellende fünfprozentige Obligazionen zu erhalten."

80 *Judensteuersystem*

Franz II.

Judensteuersystem für Böhmen: Gesetze Sr. K. K. M. Franz des Zweyten politische Gesetze und Verordnungen f. d. Österr. Böhm. u. Galizischen Erbländer. Dreyzehnter Band. Wien. Aus der K. K. Hof- u. Staats-Aerarial-Druckerey. 1816. S. 63ff.

Da die böhmische Judenschaft bey der seit dem 1. May 1789 bestehenden Steuerpachtung die kontraktmäßigen Bedingungen nicht erfüllt hat, und sehr beträchtliche Rückstände angewachsen sind, auch die Judenschaft selbst, wie es ihre zahlreichen Beschwerden darthun, mit dieser Pachtung nicht zufrieden ist; so haben wir beschlossen, diese Pachtung, somit auch den darüber geschlossenen Pachtkontrakt mit Ende des Militär-Jahrs 1798 aufzuheben, und von dem 1. November 1799 angefangen ein neues Steuersystem in Böhmen einzuführen.

Erstens. Bey diesem neuen Steuersystem bleibt:

I. Die Steuersumme wie bisher, auf fl. 216.000 festgesetzt, wozu aber in der Repartition fl. 10.000 zuzuschlagen sind, um dadurch die im Verlaufe des Jahres sich ergebenden Abfälle zu bedecken, und die sonst lästigen während des Steuerjahres gewöhnlichen Zuschläge zu vermeiden. Indem aber die Jahressteuer nur auf fl. 216.000 berechnet wird, so geht dasjenige, was mit dem Schlusse des Jahres von den zuzuschlagenden 10.000 fl. erübriget, der Judenschaft für das künftige Steuerjahr zu Guten.

II. Die bisherige Verzehrungssteuer wird aufgehoben und an deren Stelle werden zwey Arten von Steuern zu treten haben:

a) eine Vermögenssteuer,

b) eine Schutzsteuer.

III. Alle auf die neue Steuerbefreyung, oder andern Begünstigungen diesem oder jenem Juden ertheilten Privilegien werden hiemit für aufgehoben erklärt, da bei einer Last die von allen Bürgern gemeinschaftlich und nach Verhältnis ihrer Kräfte getragen werden muß, jede Begünstigung des Einen zum Nachtheil des Anderen gereichet, folglich unbillig ist. Es werden daher alle Juden mit Ausnahme

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

derjenigen die sich durch Entrichtung des gewöhnlichen Abfahrtsgeldes losgekauft haben, der neuen Ordnung und Kontributionsleistung unterworfen.

IV. Die bisherige Haftung in solidum wird bey dem eintretenden neuen System aufgehoben. In Aufhebung der bey der bisherigen Pachtung angewachsenen Steuerreste aber, hat diese Haftung noch ferner, und solange zu dauern, bis diese Reste ganz getilgt sind.

Zweytens. Der Vermögenssteuer unterliegen alle jene Juden, welche ein Vermögen von 150 fl. besitzen. Der Schutzsteuer hingegen werden alle unterzogen, deren Vermögen obigen Betrag nicht erreichet, sondern deren Nahrung in einem Gewerbe, in Handarbeit, Dienstlohn oder in was immer sonst bestehet. Von dieser Schutzsteuer kann kein Jude und keine Jüdin, wenn sie das sechzehnte Jahr erreicht haben, loßgelöset werden.

Drittens: Die Vermögenssteuer wird mit 2 fl. 30 vom Hundert, die Schutzsteuer aber nach Classen dergestalt zu entrichten sein, daß die höchste Classe 12 fl. die geringste Classe 1 fl. die Zwischenclassen aber, nach Verhältnis des mehr oder minder erträglichen Nahrungsweges, hiezu beyzutragen haben werden.

Viertens: Gleichwie jedoch durch die zur Vermögenssteuer bestimmten zweyundeinhalb Percentum, nicht bloß die laufende jährliche Schuldigkeit, sondern mit diesen zugleich jährlich einen Theil der seit dem Jahre 1789 angewachsenen Steuerrückstände hereinzubringen die Absicht ist, so versteht sich von selbst, daß nach vollständig berichtigten Rückständen auch das Percentum zur Vermögenssteuer verhältnismäßig herabgesetzt werden wird.

Fünftens: Zur Erörterung des Vermögensstandes hat die gesammte Judenschaft nach dem ihr zukommenden Formulare, ihr sämtliches Vermögen, dies mag in barem Gelde, in Grundstücken, Waren, Häusern, ausständigen sicheren, oder zweifelhaften Forderungen, oder in was immer sonst bestehen, verläßlich und wahrhaft zu fatieren, und diese Fassionen, wie es bereits früher angeordnet worden ist, bis Ende Julius heurigen Jahres, bey Vermeidung einer Strafe von 12 Dukaten unfehlbar einzubringen.

Sechstens: Zur Bemessung des Schutzgeldes hat jeder Jude beyderley Geschlechtes, gemäß erhaltenem Formulare, sein Handwerk, Gewerbe, seine Dienst-Cathegorien, oder sonstige wie immer beschaffene Nahrung, getreulich anzuzeigen, und dieses Bekenntnis bis Ende Julius d. J. unter gleichmäßiger Strafe von 12 Dukaten, oder nach Umständen, einer Körperlichen Bestrafung ganz sicher gehörigen Orts abzugeben.

Siebentens: Alle drey Jahre sind neue Fassionen einzubringen.

Achtens: Während dieser drey Jahre, bis zur neuen Faßion, soll nur dann ein Abfall der Steuer gestattet werden, wenn ein Verlust von 1000.— und mehreren Gulden des fatierten Vermögens ordentlich erwiesen wird. Hingegen ist die Steuer nur dann zu erhöhen, aber unaufgefordert und bey eben der Strafe im Unterlassungsfalle, welche auf die falschen Fatenten gelegt ist, wenn sich das Vermögen um 1000 und mehr Gulden während der drey Jahre vermehret hat. Dieser Abfall oder Zuwachs soll nie unter dem Jahre, sondern erst mit Ende des Steuerjahres den Anfang nehmen.

Neuntens: Wenn ein steuerbarer Jude stirbt, ist der Steuerbetrag des Verstorbenen bis zur neuen allgemeinen Fassionirung aus der Verlassenschaftsmasse zu entnehmen, wogegen aber auch die Erben in Rücksicht ihres Erbteils, erst bey diesem Zeitpunkte eine höhere Fassion einzubringen, und die voraussichtlich höhere Steuer zu entrichten haben. Keine Erbschaft eines Juden ist daher eher auszufolgen, bis wegen der Steuer erwähnter Maßen die Richtigkeit gepflogen ist.

Zehntens: Wer fälschlich weniger, als er an Vermögen besitzt, oder das Jahr erworben hat, angiebt, verfällt, sobald das entdeckt wird, in die Strafe des großen Bannes, nebstdem haben die Vermögensbesitzer die Confiskation des verschwiegenen Vermögens, die Gewerbs- und Dienstleute aber, eine empfindliche körperliche Strafe zu erhalten. Von dem confiscirten Vermögen hingegen wird der Denunziant den dritten Teil zur Belohnung erhalten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Eilftens: Wenn nach Absterben eines jüdischen Contribuenten bey der Inventur dessen Verlassenschaft ein größeres Vermögen als fatirt worden, vorkommt, so unterliegt das entdeckte größere Vermögen gleichfalls der Confiscation. Es wäre denn, daß von den Erben erwiesen würde, daß dieses große Vermögen dem Fatenten erst nach eingebrachter Fassion zugewachsen sei, und nicht 1000 Gulden oder mehr betrage.

Zwölftens: Bey Vermögensverminderungen, welche 1000 fl. oder mehrere Gulden betragen, wird die Abschreibung, jedoch nur damahls bewilligt werden, wenn die diesfälligen Angaben durch gerichtliche oder obrigkeitliche Bestätigung erprobet wird.

Dreyzehntens: Alle Juden, die in Böhmen steuerbar sind, und bisher, ohne im Lande zu wohnen, zur jüdischen Steuer beygetragen haben, sind auch in Zukunft verpflichtet, die Vermögenssteuer so zu entrichten, als ob sie wirklich in Böhmen wohnten.

Vierzehntens: In Ansehung des Abfahrtsgeldes hat es bey den im § 40 des Judenpatents vom 8. August v. J. enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen zu verbleiben. Es hat aber der ausgewanderte, oder in ein anderes k. k. Erbland übergesiedelte Jude, nachdem im Laufe des Jahres weder eine Vermehrung noch eine Verminderung der Steuer stattfindet, allemahl die ganzjährige Steuer zu entrichten und da die gesammte Böhmische Judenschaft verpflichtet ist, die seit dem Jahre 1789 angewachsenen Steuerrückstände abzutragen, so soll jeder Jude, welcher auswandern, oder in ein anderes k. k. Erbland übersiedeln will, für die noch haftenden Rückstände ein verhältnismäßiges Kapital zurücklassen, oder sich mit einem angemessenen Pauschalbetrage abfinden.

Fünfzehntens: Gleich wie aber die Übersiedlung eines Juden aus dem K. K. Erblande in das andere nur unter den wichtigsten Umständen gestattet sein kann, so setzen Wir zugleich fest, daß dazu die Bewilligung nur dann zu erteilen sey, wenn des abziehenden Juden Familienstelle mit einem Individuum ersetzt wird, welches seine Steuer zu übernehmen imstande ist, oder wenn die Gemeinde ausweisen könnte, daß die anderen Juden welche mit den Weggezogenen gleichen Handel treiben, durch seine Entfernung ihren Handel so erweitern, daß sie dessen Steuer übernehmen können.

Sechzehntens: Dieses gegenwärtige neue Steuersystem hat mit dem ersten Februar des Militärjahres 1799 seinen Anfang zu nehmen, und die Entrichtung der Steuer hat wie bei den Christen in monatlichen Raten im Vorhinein zu geschehen. Gegen die mit der Steuer Zurückbleibenden, sollen nötigenfalls eben die Zwangsmittel angewendet werden, welche bei der Grundsteuer vorgeschrieben sind.

Siebzehntens: Wer ungeachtet dieses Zwangsmittels und ohne seine Zahlungsunfähigkeit glaubwürdig zu erweisen, durch ein volles Jahr mit der Hälfte der Steuer zurückgeblieben ist, ist außer Landes zu schaffen.

Achtzehntens: Die Einhebung der Steuer von der Prager Judenschaft hat durch das Prager städtische Steueramt, auf dem Lande hingegen durch die städtischen oder obrigkeitlichen Steuereinnehmer zu geschehen, wo sonach das Prager städtische Steueramt die von der Prager Judenschaft eingehobene Steuer unmittelbar in das Cameral-Zahlamt, die Steuereinnehmer auf dem Lande hingegen, die von der Landesjudenschaft eingehobenen Steuern an die Kreiskasse zur weiteren Abgabe an das Prager Steueramt abzuführen haben.

Neunzehntens: Alle Klagen in Kontributionssachen sind bei der Obrigkeit anzubringen, und auf dem Lande vor dem Kreisamte, in Prag aber durch den Magistrat zu entscheiden, von woher der Rekurs an die Landesstelle und an die Hofstelle geht. Hiernach nun versehen Wir uns, daß die böhmische Judenschaft aus der Aufmerksamkeit, welche Wir allen auf ihre Verfassung sich beziehenden Gegenstände zuwenden, Unsere Sorgfalt für deren wahres und dauerndes Wohl nicht verkennen, und sich bestreben wird, des Landesfürstlichen Schutzes, den ihr gegenwärtiges Gesetz zusichert, durch genaue Befolgung der dadurch auferlegten Pflichten sich würdig zu machen.

Gegeben Wien, den 24. Oktober C 798.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Zu den Anfängen der Militärpflichtigkeit der Juden in Böhmen.

Von Dr. Wenzel Žáček.

Deutsch von Oberfinanzrat i. R. Dr. jur. et phil. Friedrich Karl Pick.

—

Die Regierungszeit Josefs II. bedeutet eine einschneidende Wendung in der historischen Entwicklung der auf dem Gebiete der ehemaligen habsburgischen Monarchie ansässigen Judenschaft, somit auch der Juden in Böhmen. Die Josefinischen Religionsreformen, deren Begünstigungen sich auch auf die böhmischen Juden bezogen, waren der Auftakt zu einem veränderten religiösen Leben in Böhmen. Bei einem Vergleiche der einzelnen religiösen Neuerungen erkennen wir jedoch, daß die erleuchtete Regierung Josefs II. mit der Bewilligung der Gleichberechtigung an die Juden nicht so bereitwillig vorging wie gegenüber den Evangelischen. Soweit Josefs Reformen die Juden betrafen, waren sie eher von staatswirtschaftlichen Rücksichten als von dem Einfluß moderner Gedanken über den Anspruch eines jeden Menschen auf Gedanken- und Glaubensfreiheit diktiert.

Mehrere Hofdekrete und Patente, die Josef II. in den ersten Jahren seiner Regierung erlassen hatte, hatten die Rechtsstellung der Juden sehr gehoben, sie der aus dem staatlichen Schutze erfließenden Vorteile mehr teilhaftig gemacht und der übrigen Bevölkerung des Landes nähergebracht. Die Juden, die bis dahin mehr Pflichten als Rechte gehabt hatten, konnten sich der Hoffnung auf völlige Gleichstellung mit den Christen hingeben. Es muß betont werden, daß es tatsächlich die Regierung Josefs II. war, die dies gegen das Ende der Lebenszeit des Kaisers in dem bekannten Patente vom 7. Mai 1789 versuchte, welches die Stellung der Juden in Galizien auf Grund ihrer völligen Gleichstellung mit der übrigen Bevölkerung regelte; die Ausdehnung dieser Gleichstellung auf die anderen Länder der Monarchie ließ aber noch lange Jahre auf sich warten. Sollte dieser mutige Anlauf Josefs und seine Bemühung um die Gleichberechtigung der Juden ihnen alle damaligen bürgerlichen Rechte bringen, war es nötig, die Rechtsgleichheit auch auf dem Gebiete der Verbindlichkeiten dem Staate gegenüber herzustellen. Bis dahin bestand die vornehmlichste Verpflichtung der Juden gegenüber dem Staate in der Zahlung der Steuern, was eine sehr drückende Verbindlichkeit darstellte, da sie auf einer nicht sehr vermö-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

genden böhmischen Judenschaft lastete, die sich ständig in Steuerrückstandsnöten befand. An der Neige der Regierungszeit Josefs II. trat zu dieser Verpflichtung dann noch eine andere hinzu, nämlich die gleiche und verbindliche Beteiligung der Juden an der Ergänzung der kaiserlichen Armee, mit anderen Worten die jüdische Wehrpflicht.[1]

Bis zu jener Zeit war von den Juden niemals eine direkte Mitwirkung an der militärischen Landesverteidigung gefordert worden. Von Zeit zu Zeit waren den Juden zwar irgendwelche Zahlungsverbindlichkeiten auferlegt worden, deren Ertrag zu Gunsten der Armee verwendet wurde, aber niemals war verlangt worden, daß der Jude direkt und persönlich Militärdienste leiste. Es waren zwar Versuche unternommen worden, die aber stets durch jüdische Kontribution abgewehrt wurden. Dies wurde insbesondere unter der Regierung Maria Theresias praktiziert. Im Jahre 1764 waren in Böhmen 2502 neue Rekruten angefordert worden. Bei deren Aufteilung auf die einzelnen Kreise wurde zum ersten Male der Juden gedacht. Es wurde entschieden, daß sie verpflichtet seien, der Militärverwaltung nach Zahl der Häuser und Liegenschaften den fünfundvierzigsten Teil der Gesamtzahl der angeforderten Rekruten, d. i. 56 Mann, zu stellen. Die Juden ersuchten, von dieser außergewöhnlichen Verpflichtung, Rekruten „in natura" zu stellen, befreit zu werden, und machten sich erbötig, die verlangte Verbindlichkeit in Geld abzulösen. Die staatliche Militärverwaltung nahm dieses Angebot an und einigte sich mit den Juden auch über die Höhe des Lösegeldes — 65 fl. pro Person. So geschah es denn, daß damals die Juden zum erstenmal für ihre Rekruten einen Ablösungsbetrag in der Gesamthöhe von 3640 fl. an die Staatskasse abführten.[2] Dieses Beispiel blieb nicht ohne Folgen. Im Jahre 1771 wurde den Juden wiederum auferlegt, der Armee 56 Mann und außerdem noch 22 Knechte zum Militär zu stellen; schließlich sollten sie nur 11 beistellen (Hofdekret vom 9. Mai 1771). Der Fall vom Jahre 1764 wiederholte sich. Die Juden boten sich an, ihre Angehörigen abzulösen und bezahlten für die Befreiung der angeforderten 56 Rekruten an die Staatskasse 2800 fl. (man zahlte damals für je einen jüdischen Rekruten 50 fl.) und für die 11 Militärknechte 330 fl. (für jeden 30 fl.). Diese Geldablöse für die jüdischen Rekruten kam sowohl den Juden wie auch der Staatsverwaltung zustatten. Zu einer weiteren, diesmal definitiven Heranziehung der Juden zur Militärpflicht kam es erst im Jahre 1788 durch das Hofdekret vom 7. Juli 1788. Bevor wir uns aber mit dessen Inhalt und Zustandekommen bekannt machen, wollen wir, wenn auch nur in aller Kürze, einen Blick werfen auf die Art und Weise, wie zur Regierungszeit Maria Theresias und Josefs II. die kaiserliche Armee ergänzt wurde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Unterhaltung und Ergänzung des Militärs in der theresianischen und josefinischen Zeit hatte ihren Ursprung und ihre Grundlage in dem Steuerrezeß Maria Theresias aus dem Jahre 1748, wo der Staat zum ersten Male die Sorge um die Rekrutenstellung, die bis dahin den Ständen anvertraut gewesen war, in seine Hand nahm. Im Jahre 1753 begann man mit einer regelmäßigen Heeresergänzung, die durch Anwerbung erfolgte und so durchgeführt wurde, daß das erforderliche Kontingent an neuen Rekruten für das ganze Reich auf die Länder und in diesen auf die einzelnen Kreise, Herrschaften und Städte aufgeteilt wurde. Deren Sache war es, dem Staate die verlangten neuen Soldaten zu liefern. Zur Erleichterung der Evidenz über den Stand der waffenfähigen männlichen Bevölkerung im Lande wurde bereits im Jahre 1753 die erste Konskription – dieser Ausdruck wurde damals allgemein gebraucht – der Bevölkerung vorgenommen, die von da an ständig ergänzt wurde und so der Militärverwaltung eine recht zuverlässige Unterlage für die Assentierungen bot. Die Eintragung in ein solches Verzeichnis bedeutete für den Betroffenen allerdings nur eine Wahrscheinlichkeit, assentiert zu werden. Ursprünglich wurde, wie schon angedeutet worden ist, nach den einzelnen Herrschaften und Stadtverwaltungen angeworben. Eine Änderung trat erst im Jahre 1773 ein, als das Land nach der Zahl der im Lande domizilierenden Regimenter in Werbebezirke eingeteilt wurde, die ihrem Regimente alljährlich die erforderliche, nach dem Bedarf des Regimentes und dem Stande der wehrfähigen Bevölkerung im Werbebezirke festgesetzte Zahl von Rekruten lieferten. Die eigentliche Vornahme der Assentierungen verblieb jedoch weiter in den Händen der Obrigkeit, welcher damit eine wirksame Waffe in die Hand gegeben war, sich unbequemer Leute, der Friedensstörer, unzufriedenen Untertanen und Landstreicher zu entledigen, denen laut zahlreicher kaiserlicher Verordnungen bei den Assentierungen eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Da der Militärdienst ein lebenslänglicher war, ist es zu verstehen, daß fast niemand ihn begrüßte, im Gegenteil jeder bemüht war, sich ihm, sei es auch durch die Flucht aus dem Lande, zu entziehen. Die Folge davon war, daß sich mit der Zeit eine besondere Assentierungspraxis herausbildete; die obrigkeitlichen Aufgreifer und Landjäger bemächtigten sich einzig durch Überraschung der dazu ausersehenen jungen Leute und lieferten sie an die Regimenter ab. Dadurch kam es dazu, daß besonders auf dem Lande, unter dem untertänigen Bauernvolk, das vor allem von dieser schweren Verpflichtung betroffen wurde, sich häufig Unzufriedenheit mit diesem militärischen Aufnahmesystem, Haderei, Murren und Haß gegen diejenigen zeigte, die von der Militärpflicht befreit waren. Solche Befreiungen waren genug häufig und wurden in erheblichem Maße den Angehörigen der übrigen Stände

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

im Lande gewährt. So waren z. B. die Adeligen, Geistlichen, die staatlichen und obrigkeitlichen Beamten, Doktoren, die Bürger der königlichen Städte und aus dem bäuerlichen Stande die selbständigen Landwirte und deren erstgeborene Söhne von der Militärpflicht vollständig befreit. Ein Loskaufen von der Militärpflicht war im Ganzen eine Seltenheit. So können wir es begreifen, daß die Ausdehnung der Militärpflicht auch auf die Juden, die bislang faktisch ebenfalls befreit gewesen waren, in den breiten Schichten der Bevölkerung mit einer gewissen Befriedigung aufgenommen wurde, die sich aber in offenkundige Unzufriedenheit und Empörung verwandelte, als sich Nachrichten verbreiteten, daß die Juden sich von der unmittelbaren Erfüllung der Militärpflicht loskaufen können und daß die Ablösungssumme keineswegs hoch sei. Diese Unzufriedenheit im Volke hatte Einfluß auf die Entwicklung, welche die den Gegenstand unserer Studie bildende Frage der jüdischen Rekrutenstellung nahm.

Die Bestimmung über die Militärpflicht der Juden hängt mit den Bemühungen des Kaisers Josef II. um die rechtliche Gleichstellung der Juden mit der übrigen, christlichen Bevölkerung und mit den Verhandlungen über eine neue Rechtsordnung für die Juden in Galizien zusammen. Die ganze Frage wurde in Wien entschieden, wo der Kaiser selbst oft in die Verhandlungen eingriff. Die Behandlung der neuen Judenordnung zog sich lange hin und wurde erst im Jahre 1789 beendet. Gegenstand der Verhandlung, die hauptsächlich im Staatsrat konzentriert war, war neben einer großen Menge wesentlicher Teile des späteren Judengesetzes (z. B. die Regelung der jüdischen Religion, der Gemeindeverfassung, Wohnsitz, Beschäftigung, Rechtsstellung usw.) auch die Frage der Militärpflicht der Juden, die einen Teil der letzten Gruppe von Verhandlungen über die Verbindlichkeiten der Juden gegenüber dem Staate bildete.[3] Im Laufe der Verhandlung im Jahre 1788, bei welcher der Kaiser mit seiner unerwarteten Entschiedenheit die Wohlmeinung des Staatsrates zu Gunsten der Gleichberechtigung der Juden gänzlich über den Haufen warf (bekannt ist sein Vorschlag vom 20. Juni 1788), wurden einige Verordnungen herausgegeben, die der Erlassung des gesamten Judenpatentes für Galizien vorausgingen. Eine davon war das *Hofdekret vom 7. Juli 1788*, mit welchem dem böhmischen Landesgubernium eröffnet wurde, daß die Juden künftighin an die Militärpflicht gebunden seien, daß sie aber nur zum Train (als Fuhrwesensknechte) und nicht zum Waffendienste verwendet werden sollen. Es wurde dem Gubernium angeordnet, bei der nächsten Aufstellung des Verzeichnisses der waffenfähigen Bevölkerung auf diese letzte Verordnung Bedacht zu nehmen.[4]

Die grundsätzliche Entscheidung war getroffen worden, allein es fehlten die Einzelheiten für ihre Durchführung, was insbesondere das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

böhmische Militärlandeskommando vermißte, das keine passende Art finden konnte, wie es bei der nächsten Konskription der Bevölkerung die Juden behandeln sollte. Es war sich nicht klar darüber, ob die Ankündigung der allgemeinen jüdischen Militärpflicht für alle Juden gelte oder ob es bei der Konskription auf deren Beschäftigung und wirtschaftliche Bedeutung Bedacht zu nehmen und sie je nachdem in die Verzeichnisse aufzunehmen oder nicht aufzunehmen habe.[5] Nur soviel war ihm klar, daß die zum Fuhrwesen assentierten Juden denselben militärischen Verpflichtungen unterworfen sein sollten wie die Christen ohne Rücksicht auf Tag und besondere religiöse Anforderungen hinsichtlich der Verpflegung der Juden. Das Gubernium verstand diese Bedenken des Militärlandeskommandos und holte deshalb von der Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei nähere Informationen[6] ein, ob wirklich alle Juden militärdienstpflichtig seien. Selbst war es der Ansicht – deren Autor war Gubernialrat Johann Marcell Hennet – daß bei der Durchführung des Hofdekretes vom 7. Juli 1788 gewisse Abweichungen zu Gunsten jüdischer Würdenträger und wirtschaftlich starker Individuen zu machen seien, die in die Konskription nicht aufzunehmen und so von der Militärpflicht zu befreien wären. Diese Begünstigung sei nach Ansicht des Guberniums allen Rabbinern, jüdischen Beamten und Ortsvorstehern und deren Söhnen, ferner allen größeren jüdischen Geschäftsleuten, Fabriksbesitzern und überhaupt allen größeren jüdischen Kontribuenten zu gewähren.

Das Gutachten des böhmischen Guberniums stieß jedoch in Wien auf Ablehnung. Mit dem Hofdekrete vom 18. August 1788 wurden jedwede Ausnahmen zugunsten jüdischer Würdenträger abgelehnt; nur der Oberrabbiner und die beiden Primatoren, der Prager und Landesprimator, sowie deren Söhne waren von der Militärdienstpflicht ausgenommen. Bezüglich aller übrigen Juden ordnete das Hofdekret strikte an: „sind ganz nach der Vorschrift des Konskribzionssystems mit dem darinn zwischen Lande und Städten bestehenden Unterschied, ebenso wie es mit den Christen geschiehet, zu beschreiben, zu klassifiziren und zu Miletär-Diensten, wenn sie tauglich sind, zu widmen." Das war klare Sprache, und das Gubernium versäumte nicht, den Inhalt des Hofdekretes allen Kreisämtern, dem Prager Magistrat und dem Militärlandeskommando mit der Weisung bekanntzugeben, daß bei der nächsten Konskription der Bevölkerung auch der Juden zu gedenken sei. Bereits am 5. Mai 1789 kam es zur ersten Assentierung in Prag und es wurden 100 taugliche Juden eingetragen, von denen 50 zum Train einrückten.[7]

Die brüske Entscheidung des Hofdekretes vom 18. August nahm aber nicht allen Juden jede Hoffnung. Die Juden waren schon ganz andere Eingriffe in ihr Leben gewöhnt, sie wußten von dem Verlaufe der

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

hauptsächlichen Wiener Verhandlungen und erwarteten Hilfe von anderer Seite. Gab es doch genug jüdischer Würdenträger, die hofften, daß es ihnen gelingen werde, durch besondere Gesuche an das Gubernium oder direkt an den Kaiser die Befreiung vom Militärdienst zu erlangen. Der erste unter ihnen war der berühmte jüdische Arzt und Physikus der Prager Judenstadt MUDr. Jonas Jeiteles,[8] der in seinem Gesuche an das Prager Gubernium vom 10. Oktober 1788 verlangte, mit den christlichen Doktoren[9] gleichgestellt und somit von der militärischen Konskription der Juden ausgenommen zu werden. Das Gesuch des Jeiteles, das erste seiner Art, wurde zum Gegenstand von Beratungen des böhmischen Guberniums. Der Referent darüber war der Gubernialrat Josef Taulow von Rosenthal, der in seinem Votum vom 16. Oktober 1788 zu dem Schlusse kam, daß man den Jeiteles um seiner Verdienste und seiner hervorragenden gesellschaftlichen Stellung willen ebenso zu den Würdenträgern rechnen könne, wie die beiden bekannten jüdischen Ärzte und Mitglieder der medizinischen Fakultät Abraham Kisch und Beer Josse,[10] so daß bei ihnen eine Ausnahme gemacht und sie von der Militärpflicht befreit werden könnten. Die Sache wanderte nach Wien zu der Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei, von wo aus dem Gubernium mit Hofdekret vom 4. November 1788 die kaiserliche Entschließung bekanntgegeben wurde, „daß Gubernium ganz recht daran seie und sich in allen dergleichen Fällen genau nach der diesfälligen Vorschrift vom 18. August d. J. zu benehmen habe."

In ähnlicher Weise suchten auch die Kreisrabbiner und die Vorsteher der jüdischen Gemeinden um die Befreiung von der Militärpflicht in einem besonderen Gesuche an, das ihr Fürsprecher Joachim Popper in aller Namen am 26. September 1788 direkt an den Kaiser abgehen ließ. Das Hauptargument des Gesuches war, daß es im Interesse der Ordnung, der verläßlichen Gemeindeverwaltung und der Durchführung des Gottesdienstes nicht ratsam sei, die Rabbiner und jüdischen Ältesten zum Militär zu assentieren.[11] Die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei sandte das Gesuch der Rabbiner am 7. Oktober 1788 dem Prager Gubernium mit dem Bedeuten zu, es möge bei dessen Erledigung auf den Wortlaut des Hofdekretes vom 18. August 1788 Bedacht nehmen, somit das Gesuch abweisen, was denn auch wirklich geschah. Ein ähnliches Schicksal traf auch das Gesuch des Elias Baruch, jüdischen Primators aus Hořitz und jüdischen Landesdeputierten für den Bydžover, Königgrätzer und Chrudimer Kreis,[12] sowie das Gesuch des Prager jüdischen Advokaten Wolf Eidlitz und viele andere.[13] Ebenso blieb der Versuch der böhmischen Juden ohne Erfolg, die dem Kaiser als Ersatz für die Befreiung von der Rekrutenstellungspflicht eine besondere Geldabgabe anboten. Der Kaiser wies diese Art der Lösung der jüdischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Militärpflicht zurück, indem er mittels Hofdekretes vom 2. Oktober 1788 neuerlich energisch anordnete, daß in Sachen der jüdischen Militärpflicht die voraufgegangenen Vorschriften und Verordnungen genau einzuhalten seien.

Eine Ergänzung zu diesen Verordnungen bildete die Bestimmung des Hofdekretes vom 9. Mai 1789, wonach die Juden bei der Ausübung der Militärpflicht nicht nur auf das Fuhrwesen beschränkt wurden, sondern nach ihrem Wunsche auch mit den Waffen dienen konnten.

Wie bereits angedeutet wurde, war diese Aktion nur ein nebensächlicher Teil der umfangreichen Beratungen der Wiener Zentralbehörden über eine Neuregelung der Rechtsstellung der Juden in allen österreichischen Ländern.[14] Resultat dieser Beratungen war das denkwürdige Patent vom 7. Mai 1789, das die Gültigkeit der neuen Judenordnung in Galizien einführte. In der neuen Ordnung, deren Wirksamkeit nach und nach auch auf die Juden in den übrigen Ländern der Habsburgischen Dynastie ausgedehnt werden sollte, wurden die allgemeinen Rechte und Pflichten der Juden genau abgesteckt. Im § 49 war in dem Absatze „Pflichten gegen den Staat" eine klare Entscheidung über die Militärpflicht der Juden mit folgenden Worten enthalten:

„§ 49. Militärdienst: Rekrutierung wie bei den Christen. Die Juden dienen beim Militärfuhrwesen; erhalten gemeinschaftliches Essen nach ihren Religionsgebräuchen, haben am Sabath keine andere Arbeit zu leisten als solche, zu der auch die Christen an ihren Sonn- und Feiertagen verpflichtet sind. Wer will, kann unter dem Feuergewehr dienen."

Nach der Erlassung des galizischen Judenpatentes wurden die Landesregierungen um ihre Wohlmeinung ersucht. Die Äußerung des böhmischen Landesguberniums, die einige Abänderungsvorschläge und Bemerkungen enthielt, langte in Wien am 15. Feber 1790, also in den letzten Lebenstagen Josefs, ein; der § 49 des galizischen Judenpatentes blieb von der Kritik des böhmischen Guberniums unberührt. Es ist ersichtlich, daß das Gubernium mit der Militärpflicht der Juden und deren Durchführung übereinstimmte und daß es sich auch nicht einmal der jüdischen Würdenträger annahm.

Der plötzliche Tod Josefs II. und die Thronbesteigung Leopolds II. regten die jüdische Öffentlichkeit noch mehr auf. Die Opposition, die sich gegen die verschiedenen Reformen Josefs erhoben hatte, trat offen zu Tage und zwar auch in der Judenfrage, wobei sich auch unter den Juden zwei Parteien bildeten, die sich durch ihr Verhältnis zu der in Vorbereitung befindlichen Judenreform voneinander unterschieden. Die konservative jüdische Partei konzentrierte ihre Anstrengung auf die Bestätigung der alten jüdischen Freiheiten und Privilegien, die fortschrittliche Partei dagegen unterstützte das weitere Fortschreiten der Regierung auf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Bahn der Josefinischen Judenreform, und der Hauptpunkt ihres Programmes in Böhmen ging dahin, die Ausdehnung der Wirksamkeit des galizischen Judengesetzes auch auf Böhmen durchzusetzen. Dieser unterschiedliche Standpunkt der böhmischen Juden zu den letzten Josefinischen Reformen, darunter auch zur Frage der jüdischen Militärpflicht, ist aus einigen ihrer Gesuche an den Kaiser zu erkennen.[15]

Die Petitionen der konservativen böhmischen Juden enthielten u. a. auch die Bitte um die Befreiung der Juden von der Militärpflicht. Die Argumente hiefür stellten sie in einer Denkschrift zusammen, welche sie am 21. Mai 1790 dem Kaiser direkt überreichten. Der umfangreichste, vierte, Artikel war darin der Militärpflicht gewidmet. Die Juden erklärten sich grundsätzlich bereit, einen Teil der Staatslasten als Entgelt für den staatlichen Schutz zu tragen. Bezüglich der Rekrutenstellung waren sie jedoch der Ansicht, daß die jüdische Religion mit den Interessen des militärischen Standes nicht vereinbar sei, da bei der Beteiligung der Juden am Militär auch das jüdische Religionszeremoniell, die verschiedenen religiösen Vorschriften, die Heiligung des Sabaths und der übrigen jüdischen Feiertage, die Beschränkungen im Essen, Trinken usf. in Betracht kämen. Jeder Jude sei doch, so argumentierten die Konservativen, verpflichtet, sein tägliches Morgen- und Abendgebet zu vorgeschriebener Zeit zu verrichten, er sei verpflichtet, ständig die Zehn Gebote zu beobachten, es sei ihm verordnet, den Samstag zu feiern, sich am Samstag und überhaupt am Feiertage jeglicher Arbeit zu enthalten, er müsse genauestens die Fast- und Bußetage einhalten, könne nur das ordentlich durch die rituell vorgeschriebene Schlachtung gewonnene Fleisch genießen, dürfe kein fremdes Küchengeschirr und Eßbesteck benützen, an den Osterfeiertagen nur ungesäuertes Brot essen usw. Diese strengen kirchlichen Vorschriften und Gesetze, von denen in keiner Weise abgelassen werden könne, sind nach Ansicht der supplizierenden Juden ein ernstliches Hindernis an der Teilnahme der Juden an der ordentlichen Erfüllung der militärischen Pflichten, denn eine musterhafte und genaue Einhaltung der militärischen Anordnungen, bei denen gleichfalls alles auf die Stunde genau festgesetzt ist, könne mit den jüdischen Religionsvorschriften nicht in Einklang gebracht werden. Die Anhaltung des jüdischen Soldaten zur genauen Erfüllung der Militärpflicht wäre nur auf Kosten der Verbindlichkeit gegen die Religion möglich, und das nur unter großen Opfern für jeden Juden, der so seiner Pflicht gegen Gott nicht gerecht werden könnte. Die Befreiung der Juden von der Militärpflicht, so folgerte die Petition, sei eigentlich nur im Interesse der ganzen Armee, denn, wenn jeder jüdische Soldat seine Gebete, Fasten, Bußübungen u. dgl. werde genau durchführen können, würden dadurch die strengen Militärvorschriften in totale Unordnung gebracht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werden. Aus dem Tone des ganzen Gesuches ist das Bestreben der konservativen jüdischen Supplikanten zu erkennen, den Kaiser von der Unmöglichkeit einer direkten Beteiligung der Juden am Militärdienste zu überzeugen. Der Kaiser übermittelte das jüdische Gesuch am 21. Mai der Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei zur Äußerung und Antragstellung.

Allein auch die fortschrittlichen Juden waren nicht müßig und überreichten dem Kaiser am 2. Juni 1790 ein besonderes Gesuch mit der Bitte, daß die Wirksamkeit der galizischen Judenordnung auch auf Böhmen ausgedehnt werde. Zum galizischen Judenpatent hatten sie (mit Ausnahme der §§ 25 und 32) fast gar nichts zu bemerken. Die Bestimmungen des galizischen Patentes über die Militärpflicht übergingen sie ohne Bemerkung, womit sie zu verstehen gaben, daß sie gegen die jüdische Militärpflicht keine grundsätzlichen Einwände hätten.

Die Erhebungen über die sachliche Seite der jüdischen Petition wurden nicht in Wien gepflogen, sondern das ganze Aktenmaterial dem böhmischen Landesgubernium eingesendet, damit es ein Gutachten erstatte. Da für Erhebungen tatsächlich sehr viel Stoff vorhanden war, wurde beim Gubernium eine besondere Kommission eingesetzt, deren Mitglieder außer dem Vorsitzenden Gubernialrat Hennet die Räte Riegger und Grohmann waren. Die Kommission verhörte zuerst alle jüdischen Supplikanten und legte dann erst am 9. Dezember 1790 den Bericht über ihre Tätigkeit schriftlich nieder, indem sie ihr Urteil über alle jüdischen Gesuche abgab und sich auch u. a. über die jüdischen Forderungen und Bitten, soweit sie die Militärpflicht betrafen, äußerte. Es wurden Unstimmigkeiten in den Anschauungen über die jüdische Militärpflicht einerseits in etlichen Petitionen an den Kaiser, andrerseits in den von den supplizierenden Juden bei der persönlichen Einvernahme vor der Kommission gemachten Aussagen konstatiert. Zum Schlusse kam die Gubernialkommission, nachdem sie auf alle diese Umstände aufmerksam gemacht hatte, zu folgender Ansicht: „Man ist nur in Betref dieses Gegenstandes des Erachtens, daß die Judenschaft wie anjetzo der Normalstellung zum Rekruten allerdings unterliegen solle.“ Diese Ansicht begründete die Kommission unter Berufung auf einige von Anhängern der jüdischen Fortschrittspartei beigebrachte Beilagen damit, daß der Militärdienst mit der jüdischen Religion vereinbar sei. Grund für diese Entscheidung war auch das Bestreben, daß es ja nicht bei den breiten Schichten der Bevölkerung den Anschein haben solle, als halte man zu den Juden. Damit begegnete die Gubernialkommisiion den Bemühungen mancher Juden, daß die jüdische Militärpflicht nicht „in natura“ erfüllt werden müsse und daß es möglich sein solle, sich von ihr loszukaufen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Auf die Meinung der außerordentlichen Gubernialkommission über die jüdischen Angelegenheiten und speziell auf ihre Stellungsnahme zur jüdischen Militärpflicht übte einen erheblichen Einfluß der „Nachtrag" der jüdischen Anhänger der fortschrittlichen Richtung aus, der vom 20. November 1790 datiert war und dem Protokoll der jüdischen Kommission als Beilage hinzugefügt worden war. Dieser, die Gründe für die Vereinbarlichkeit des Militärdienstes mit der jüdischen Religion enthaltende „Nachtrag" war das Werk von vier Personen: des Juristen Raphael Joel, des Joachim Lucka, Moses Fischer und Samuel Lewi.[18]

Entsprechend dem Gutachten der Kommission sandte das Gubernium am 23. Dezember 1790 seine zustimmende Äußerung nach Wien ein; besondere Bemerkungen dazu hatte nur der Gubernialrat Riegger, aber auch diese betrafen nicht die jüdische Militärpflicht. Im Rahmen des darauf folgenden ausgedehnten Wiener Amtsverfahrens war häufig genug auch die Rede von der Verpflichtung der Juden zur Rekrutenstellung. Im Staatsrate wurde diese Pflicht im Zusammenhange mit der Bitte der galizischen Juden um Befreiung von der Rekrutierung und mit ihrem Angebot, anstelle der Rekrutenstellung einen Geldbeitrag zu zahlen, behandelt. In der Diskussion der Wiener Zentralbehörden über den jüdischen Militärdienst vertrat die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei den Standpunkt, daß den Juden ihre Verpflichtungen, zu den Staatslasten beizutragen, nicht erlassen werden können, sie empfahl jedoch, daß dies mit besonderer Rücksichtnahme auf die religiösen Erfordernisse der jüdischen Nation geschehen solle. Sie schlug deshalb vor, daß die Juden verpflichtet sein sollten, Rekruten, u. zw. nach der Bevölkerungszahl, nicht nach der Anzahl der waffenfähigen Männer, abzuführen, und daß die auf die Juden entfallende Zahl von Rekruten durch Freiwillige ersetzt oder auf einen Geldbetrag reluiert werden solle, wobei für einen jüdischen Rekruten 30 fl. zu zahlen wären. Die so gewonnenen Gelder sollten zur Anwerbung von Soldaten im Auslande verwendet werden. Endlich machte die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei noch einen Vorschlag, wie diese Begünstigungen auf jene Juden zu applizieren wären, die bereits beim Militär dienen. Auch diesen sollte gestattet werden, wenn sie die Interessen des Militärdienstes und der jüdischen Religion nicht in Einklang bringen könnten, sich vom Militärdienste mit einem Betrage von 30 fl. pro Person loszukaufen oder für sich einen Freiwilligen als Ersatzmann beizustellen. Diese Möglichkeit sollte erst nach Beendigung des schwebenden Türkenkrieges in Geltung treten.

Dieser Vorschlag der Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei stieß im Staatsrate auf den Widerspruch des Staatsrates Egger, der, obgleich den Juden sonst gewogen, doch nicht wollte, daß ihnen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eine außerordentliche Position eingeräumt werde. Staatsrat Izdenczy bestärkte den Egger in seinem Widerstand. Ein weiteres hervorragendes Mitglied des Staatsrats, Graf Hatzfeld, verkündete zwar den Grundsatz, daß der Staat das Recht habe, die Juden zur Erfüllung der Militärpflicht zu zwingen, sah aber die Durchsetzung dieses Rechtes als wenig vorteilhaft für den Staat an. Er führte aus, daß der Staat durch die Militärpflicht der Juden wenig gewinne, die Juden aber bei deren konsequenter Durchführung sich über Gewissens- und Glaubenszwang beschweren könnten und ihre Hinneigung zum Staat und dessen Herrschern verlieren würden, so daß zu befürchten sei, daß sie im Falle eines feindlichen Einfalles ins Land eher dem Feinde Hilfe leisten könnten. Dem Hatzfeld stimmten auch der Kronprinz und spätere Kaiser Franz zu, der die Juden für untauglich zum Militärdienst erklärte.[17] Der Staatsrat war also in der Beurteilung der jüdischen Wünsche geteilter Ansicht, schließlich erhielt aber der den Juden günstige Standpunkt die Mehrheit. Und zwar entschied der Kaiser, und gemäß seinem Standpunkt wurden die Militärverhältnisse der Juden, im ganzen nach den bekannten Anschauungen der Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei, geregelt. Die jüdischen Gemeinden in Galizien konnten nach der kaiserlichen Entschließung ihre Rekruten um 30 fl. pro Person von der Militärpflicht loskaufen oder an deren Stelle im Ausland gedungene Freiwillige beistellen. Diese Erleichterung wurde nachträglich auch jenen galizischen Juden gewährt, die bereits im aktiven Militärdienst standen. Später wurden den galizischen Juden noch größere Begünstigungen gewährt.[18]

So waren denn die Begünstigungen der galizischen Juden erheblich; sie schränkten die ursprüngliche Militärverordnung vom Jahre 1788 und den § 49 des galizischen Judenpatentes vom 7. Mai 1789 ganz wesentlich ein. Daher verstehen wir es auch, daß die Juden der übrigen österreichischen Länder, und unter ihnen auch die Juden aus Böhmen, ähnliche Begünstigungen anstrebten, die das bislang geltende Hofdekret vom 18. August 1788 einschränken sollten. Sie suchten von neuem um eine Novellierung der jüdischen Militärverordnung an, wiederholten ihre Gesuche, einzelne boten an, lieber Geld zu bezahlen, um nur ja nicht zum Militär zu müssen. Leider können wir nach dem uns zugänglichem Archivmaterial nicht verfolgen, was für einen Verlauf das Wiener Amtsverfahren über die Gesuche der böhmischen Juden nahm. Wir können nur vermuten, daß der Verlauf der Verhandlungen ein glatterer war, denn der Weg zur Lösung der Frage der Militärpflicht der Juden in Böhmen war bereits durch die galizische Entscheidung geebnet, die auch für die Regelung der böhmischen Verhältnisse richtunggebend sein sollte.

So erlangten denn die böhmischen Juden nach langem Warten das ersehnte *Hofdekret vom 10. August 1792*, das für einige Zeit die bis-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

herigen Militärvorschriften für die böhmischen Juden in mäßigendem Sinne regelte. In der Einführung zu dem Hofdekrete wurde der gute Wille des Kaisers zum Ausdruck gebracht, den Juden in dem Sinne entgegenzukommen, daß ihre religiösen Pflichten durch die militärischen Verpflichtungen keine Einbuße erleiden, daß dabei die grundlegenden Gesetze eingehalten werden und im ganzen die Erfüllung der jüdischen Pflichten gegen den Staat erzielt werde. Deshalb wurden in den militärischen Angelegenheiten betreffs der Juden folgende Entscheidungen getroffen:

1. Die Bestimmung der jüdischen Rekrutenzahl soll in Hinkunft nach dem Verhältnisse der Zahl der jüdischen zur christlichen Bevölkerung und nicht nach dem Verhältnisse der waffenfähigen Christen und Juden erfolgen;

2. wird die bisherige Art der Aufnahme der jüdischen Soldaten eingestellt und den jüdischen Gemeinden freigestellt, an Stelle der auf die entfallenden jüdischen Rekruten als Ersatzleute Freiwillige zu versorgen oder ihre Mitglieder von der Erfüllung der Militärpflicht durch Erlag eines Geldbetrages von 80 fl. für je eine Person loszukaufen, wofür im Auslande ein Ersatzmann gedungen werden sollte;

3. soll diese Bestimmung (Z. 2) auch auf die jüdischen Soldaten im aktiven Dienste angewendet werden können, die die Militärpflicht mit den Anforderungen der jüdischen Religion nicht in Einklang bringen konnten, dies jedoch erst nach Beendigung des gleichzeitigen Feldzuges und unter der Voraussetzung, daß ihre Kultusgemeinde die im Art. 2 enthaltenen Bedingungen erfüllen werde.

Das Gubernium gab den Inhalt dieses Hofdekretes allen Kreisämtern und dem Prager Magistrate unterm 30. August 1792 bekannt. Allein diese allerhöchste Entschließung, welche die jüdische Militärpflicht regelte, ließ sich nicht so leicht durchführen, u. zw. deshalb nicht, weil sich dagegen die Stimmen der allgemeinen böhmischen Volksmeinung erhoben und auch das böhmische Gubernium dagegen opponierte.

Nahezu ein halbes Jahr nach der Herausgabe des Hofdekretes vom 10. August 1792 war in Böhmen Ruhe; nur unter dem Landvolk gärte eine versteckte Unzufriedenheit mit der Regierung, die nach dessen Meinung ganz offenbar mehr zu den Juden als zu den ordentlichen christlichen Untertanen halte. Das Gubernium war sich dessen bewußt und wartete nur eine Gelegenheit ab, um die Frage der jüdischen Militärpflicht aufs neue zur Erörterung zu bringen. Die Gelegenheit dazu ergab sich bald. Am 1. Jänner 1793 beschwerte sich beim Gubernium im Wege des Parchiner Kreishauptmanns der Wodňaner Jude Simon Kafka, daß der Wodňaner Stadtrat, der die Assentierung in der Stadt vornahm und den jüdischen Landstreicher Moises Suchan assentiert hatte, auch seinen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

fünfzehnjährigen Sohn Abraham assentieren wollte. Das Vorgehen des Wodňaner Stadtrates sei ein eigenmächtiges und gesetzlich begründet nur bezüglich des Moises Suchan, der gemäß der Entscheidung des Hofdekretes vom 7. Dezember 1792 assentiert worden war, welches angeordnet hatte, daß zu allererst die Tagediebe und Strolche, die jüdischen nicht ausgenommen, zum Militär genommen werden sollten. Diese Anordnung konnte der Stadtrat jedoch nicht mit Recht gegen den blutjungen Sohn des Kafka geltend machen, und, wenn er dies versuchte, habe er damit die Verordnung verletzt, denn er habe doch den Sohn eines ordentlichen jüdischen Wodňaner Steuerzahlers nicht als Tagedieb betrachten können, er habe damit vielmehr nur seine Unduldsamkeit gegenüber den Juden zu erkennen gegeben.[19]

Das Gubernium benützte diese Gelegenheit, um neuerlich auf die Frage der jüdischen Militärpflicht aufmerksam zu machen. Der eigentliche Initiator war der Parchiner Kreishauptmann, der in seinem Referate über den Wodňaner Vorfall um Belehrung darüber ersuchte, wer eigentlich die Repartition der Rekruten auf die Juden vorzunehmen habe. Der Parchiner Kreishauptmann war der Meinung, daß die Durchführung dieser Aufgabe einzig und allein dem Landesgubernium obliege, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Quote der jüdischen Rekruten nach dem Verhältnisse der jüdischen zur christlichen Bevölkerung und nicht nach deren Militärdiensttauglichkeit bestimmt werde, in welch letzterem Falle allein das Militärlandeskommando in die Sache hineinzureden hätte. Außerdem ersuchte der Parchiner Kreishauptmann um eine allgemeine Belehrung über die Modalitäten beim Loskauf der jüdischen Rekruten und noch andere, mit der jüdischen Militärpflicht zusammenhängende Umstände.

Das Landesgubernium, das hierüber unterm 31. Jänner 1793 nach Wien referierte, verbreitete sich bei dieser Gelegenheit über die verschiedenen Möglichkeiten, wie gegenüber den Juden in Sachen ihrer Militärpflicht vorgegangen werden könnte. Die Äußerung des Guberniums ist wie von der praktischen so auch von der prinzipiellen Seite interessant und verdient, daß ihr etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Die Repartition der Rekruten auf die christliche Bevölkerung geschah bis dahin nach Werbebezirken, u. zw. nicht nach der Zahl der Bevölkerung, sondern nach dem Stande der waffenfähigen Männer. In vielen volkreichen Werbebezirken fanden sich, wie das Gubernium zu bedenken gab, zuweilen viel weniger waffenfähige Männer als in anderen, weniger volkreichen Bezirken. In manchem Werbebezirke seien im Verhältnis zur christlichen Bevölkerung unverhältnismäßig mehr Juden als in einem anderen. Und da greife die erste Ungleichheit in der bisherigen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Durchführung der jüdischen Militärverfügungen Platz. Wenn nämlich in den einzelnen Werbebezirken den Juden eine bestimmte Rekrutenquote nach ihrem numerischen Verhältnis zur christlichen Bevölkerung des Bezirkes zugewiesen wird, sind die Juden in den Bezirken, wo es viele waffenfähige Christen gibt, verpflichtet, unverhältnismäßig mehr Rekruten zu stellen, bzw. mehr zu zahlen, als die Juden jener Werbebezirke, in denen es eine geringere Zahl tauglicher Christen gibt; das sei aber ungerecht. Diese Diskrepanz könne sich noch vergrößern, wenn die Repartition der Rekruten auf Christen und Juden im Verhältnis der Bevölkerung den einzelnen Herrschaften überlassen wird. Es gibt nämlich manche große Herrschaften, auf denen nur eine oder einige wenige jüdische Familien leben und wo sehr viel waffenfähige Christen sind und die christliche Bevölkerung auch zahlenmäßig stark vertreten ist. In einem solchen Falle könnten die wenigen jüdischen Familien auf der Herrschaft nicht gut zur Rekrutenstellung gezwungen werden. Ein anderer Fall jedoch trete auf kleinen Herrschaften ein, wo verhältnismäßig mehr taugliche Juden als Christen seien. Unter solchen Umständen könne es leicht dazu kommen, daß die Juden fast gänzlich von der Militärpflicht verschont bleiben. So könne es leicht geschehen, daß auf manchen Herrschaften mehr Juden von den Militärlasten betroffen werden, die dort am größten wären, wo es verhältnismäßig wenig christliche Bevölkerung und dabei genug waffenfähige Christen gibt, so daß den Juden zufiele, verhältnismäßig mehr Rekruten zu stellen oder mehr zu zahlen.

Bei diesem Stande und gemäß der Anordnung des Hofdekretes vom 10. August 1792, daß die Festsetzung der jüdischen Rekrutenquote im Verhältnis der jüdischen zur christlichen Bevölkerung erfolgen soll, bleibe, so folgerte das böhmische Gubernium, als einzig gangbarer Weg der, die Anzahl der jüdischen Rekruten nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der jüdischen und christlichen Bevölkerung im ganzen Lande zu bestimmen. Die Grundlage hiefür solle die damalige Gesamtzahl der Juden und Christen in Böhmen, nämlich 46.429 Juden und 2,916.408 Christen bilden; lediglich nach dem Verhältnisse dieser beiden Zahlen solle das militärische Pflichtkontingent der Juden für das ganze Land bestimmt werden. Innerhalb der Kreise solle sodann bei der Repartition der jüdischen Rekruten nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der Kreisjudenschaft zur Zahl der Juden in Böhmen vorgegangen werden. Für Prag empfahl das Gubernium, die Zahl der jüdischen Rekruten nach dem numerischen Verhältnis der Prager Juden zur Gesamtzahl der Juden im Lande zu bestimmen.

Allein auch mit diesem Vorschlag waren nach der Meinung des Guberniums nicht alle Hindernisse beseitigt, die einer gerechten Verteilung der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Militärpflicht zwischen Christen und Juden im Wege standen. Das Gubernium stellte folgende Erwägung an: Den Juden wird angeordnet werden, eine bestimmte Anzahl von Rekruten zu stellen, die jedoch die jüdische Begünstigung benützen und sich durch Erlag eines Betrages von 30 fl. pro Person von der Militärpflicht loskaufen können. Wo wird für diese abgelösten Rekruten Ersatz geschaffen werden? Ist es denn möglich, daß der so entstandene Mangel an der Gesamtzahl der Rekruten auf Kosten der christlichen Bevölkerung der einzelnen Werbebezirke ausgeglichen wird? Oder soll sich etwa die Militärverwaltung um die Beschaffung eines Ersatzes für die losgekauften jüdischen Rekruten im Ausland sorgen? Deshalb empfiehlt das Gubernium als wünschenswert, bei jeder Kundmachung einer Rekrutierung die Prager jüdischen Ältesten oder die jüdischen Landesdeputierten zu befragen, sie mögen binnen acht Tagen antworten, wieviel jüdische Rekruten die Militärpflicht ausüben und wieviele sich vom Militärdienst loskaufen werden.

Eine weitere Frage, die nach dem Gutachten des Guberniums erwogen werden sollte, betraf die Feststellung der einzelnen jüdischen Rekruten. Hier vertrat das Gubernium den Grundsatz, daß diese Funktion den jüdischen Selbstverwaltungsorganen zu überlassen sei: in Prag mögen die jüdischen Ältesten, in den Kreisen die jüdischen Deputierten die Repartition vornehmen. Bei der Verteilung der Ablösungsumme für die jüdischen Rekruten möge auf die Zahl der jüdischen Familien im Kreise Bedacht genommen werden.

Am meisten zieht jedoch die Aufmerksamkeit des Historikers der Schluß des Gubernialgutachtens auf sich, in welchem sich auch die Meinung der breiten Öffentlichkeit des Volkes über die jüdischen Militärbegünstigungen wiederspiegelt. Das Gubernium gibt direkt bekannt, daß das Hofdekret vom 10. August 1792 in den breiten Schichten der untertänigen Bevölkerung eine merkliche Mißstimmung und Unzufriedenheit hervorgerufen habe (hiebei werden Bürger und Bauern als die hauptsächlich Unzufriedenen ausdrücklich genannt). Die Möglichkeit der Reluierung der jüdischen Militärpflicht um 30 fl. für je eine Person wird als offenkundiger Ausdruck der Gunst gegenüber den Juden betrachtet. Hiebei wurde besonders ausgestellt, daß die Ablösungssumme für die Befreiung eines Juden vom Militär allzu niedrig sei. Es ist auch wahr, schrieb das Gubernium, daß so mancher vermögendere Bauer oft gerne für die Befreiung seines Sohnes vom Militär einen weit höheren Betrag, bis zu 300 fl. zahlen würde. Deshalb schlägt das Gubernium vor, wenn es schon aus politischen Gründen und Rücksichten nicht möglich sein sollte, das Hofdekret vom 10. August 1792 gänzlich aufzuheben, wenigstens den Betrag von 30 fl. für die Ablösung eines jüdischen Rekruten merklich zu erhöhen. Den Juden gegenüber könne

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diese Erhöhung damit begründet werden, daß in der damaligen Kriegszeit die mit den Anwerbungen im Ausland verbundenen Auslagen erheblich gestiegen seien. Eine Erhöhung der Loskaufsumme sei auch im Interesse der Gerechtigkeit gegenüber den Christen nötig, bei denen das Lösegeld, das ganz ausnahmsweise (nicht wie bei den Juden zufolge gesetzlicher Regelung) bewilligt wird, viel höher sei.

Dies ist der kurze Inhalt des Gutachtens des böhmischen Guberniums vom 31. Jänner 1793.[20] Zu seiner Stilisierung kam es nach einer Beratung der Mitglieder des Guberniums, an der sich außer Rosenthal insbesondere auch der Gubernialrat Johann Josef Erben aktiv beteiligte. Sein Votum und seine Einwürfe waren eigentlich die Grundlage für das Gubernialgutachten. Aus dem Erbenschen Votum, das in der Mehrzahl nur die uns bereits bekannten Tatsachen enthielt, ist seine Konstatierung zu zitieren, daß in der Zeit seit Erlassung des Hofdekretes vom 10. August 1792 nur Christen und keine Juden zum Militär assentiert worden seien. Die Ursache davon lag nach Erbens Meinung darin, daß bei der Publizierung dieses Hofdekretes nicht festgesetzt wurde, ob die Zuteilung der Rekruten an die ganze Judenschaft vom Gubernium und dem Militärlandeskommando vorgenommen, oder ob sie den Kreisämtern und den zuständigen Werbebezirken in den Grenzen ihrer Amtswirksamkeit abgetreten werden solle. Aus dem Erbenschen Votum gingen auch die Worte von der Unzufriedenheit der Bürger und Bauern mit der Favorisierung der Juden durch die Regierung in das Gubernialgutachten über. Erben schloß sein Votum mit den Worten: „Wenn doch die Juden zum Militär nicht taugen – was noch immer zweifelhaft ist –, so wäre ihre Exemption vom Soldatenstand mit 100 Gulden per Kopf nicht zu hoch angeschlagen; wenigstens würde bei dem Volk der Verdacht entfallen, daß man hiedurch die Juden habe begünstigen wollen."

Das Gutachten des Guberniums vom 31. Jänner 1793 war nicht der Ausdruck eines einhelligen Beschlusses aller Gubernialräte und Beisitzer. Abweichende Ansichten über die jüdische Militärpflicht vertraten zwei hervorragende Mitglieder des böhmischen Guberniums, Graf Philipp Kolowrat-Krakovský und Freiherr Johann Josef Lamoth, deren Separatvoten zusammen mit dem Gutachten der Mehrheit der Mitglieder des böhmischen Guberniums nach Wien wanderten und denen wir nun etwas mehr Aufmerksamkeit widmen wollen.

Kolowrats Separatvotum ist geradezu eine Kritik der Anordnungen des Hofdekretes vom 10. August 1792, dessen Durchführung es, wenn schon nicht als unmöglich, so doch zum mindesten als schwierig erachtet. Den Juden werde die Ablösung der Wehrpflicht in Geld gestattet; wenn sie diese Begünstigung nicht in Anspruch nehmen, müssen sie persönlich dienen. Die bisherige Art, das jüdische Militärkontingent festzusetzen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hält Kolowrat für unrichtig, denn danach sei häufig eine volkreiche jüdische Gemeinde nicht einmal von der Stellung auch nur eines Rekruten betroffen, indes eine andere, minder bevölkerte, mehrere stellen müsse. Wäre es da nicht ein besseres Mittel zur Festsetzung der jüdischen Rekrutenzahl, nach dem Verhältnisse der jüdischen waffenfähigen Männer zu den christlichen vorzugehen? Kolowrat stützt seinen Vorschlag auf folgende Begründung: Man kann nicht behaupten, daß die Juden im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung weniger waffenfähig wären als die Christen. Werde doch deren Kindern die gleiche, ja eine noch bessere Erziehung zuteil als den Bauernkindern, die oft von zarter Jugend an zu schweren Arbeiten verwendet werden, wodurch ein Teil von ihnen eingehe, ein anderer von sonstigen leiblichen Mängeln befallen werde, so daß sie zum Militärdienst untauglich würden. Aus diesem Grunde heraus beantragt Kolowrat ganz klar, daß die Ausschreibung der jüdischen Rekrutierungen stets nach dem Kriterium der Tauglichkeit der Juden zum Militärdienste und nach dem Verhältnisse der waffenfähigen Juden zu den tauglichen Christen erfolgen solle. Auch in der Frage des Loskaufs der Juden stimmt Kolowrat mit dem bisherigen Vorgang nicht überein; er empfiehlt, daß die Ablösung der jüdischen Rekruten um 30 fl. pro Person neu geregelt werde, u. zw. derart, daß jeder assentierte Jude, der sich von der Militärpflicht befreien will, verhalten sein solle, für sich einen Ersatzmann zu stellen. Kolowrat empfiehlt diese rigorosere Maßnahme hauptsächlich deshalb, weil es nötig sei, die Juden umzumodeln und auch den in breiten Schichten der Bevölkerung bisher schwärenden Haß gegen die Juden auszutilgen. Darum sei erforderlich, daß ersichtlich werde, daß mit den Juden nicht ärger, aber auch nicht besser umgegangen werde als mit den übrigen Untertanen. Es müsse damit begonnen werden, sie die öffentlichen Lasten ertragen zu lehren und sie so tauglich zu machen, auch die allgemeinen Vorteile zu genießen. Es sei auch gar nicht gesund, jemandem irgendwelche Privilegien für seine allgemeine Pflicht gegenüber dem Staate einzuräumen und einer Bevölkerungsschichte zu gestatten, daß sie sich von ihren Verpflichtungen freikaufe. Daraus ersehen wir, daß Kolowrat die Reluierung der jüdischen Militärpflicht in Geld überhaupt verwarf und den Juden höchstens konzedierte, daß sie für sich einen Ersatzmann zum Militär entsenden könnten.

Etwas kürzer, aber nicht weniger charakteristisch war das zweite Separatvotum, dessen Autor Gubernialrat Lamoth (zuweilen auch La Moth geschrieben) war. Er beginnt direkt mit dem Vorwurfe, daß alle Bevölkerungsschichten, nicht einmal die von der Militärpflicht freien Leute ausgenommen, das Hofdekret vom 10. August 1792 mit Recht als Ausdruck der Gunst der Regierung gegenüber den Juden beurteilen, denen es gestattet sei, sich um bloße 30 fl. pro Person von der Militär-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

pflicht loszukaufen, während sich der Christ nicht einmal um eine weit höhere Summe freikaufen könne. Derartige Kundgebungen einer Favorisierung der Juden seien für den Staat gefährlich! Lamoth beurteilt die ganze Frage vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, nämlich danach, welche Schicht der Bevölkerung, die Juden oder die Christen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Staates mehr Bedeutung hat. Er kommt zu dem Schlusse, daß die bisherige parteiische Praxis bei der Ausübung der Militärpflicht durch die Juden der wirtschaftlichen Entwicklung der österreichischen Länder gerade jene produktiven Schichten entziehe, die wirtschaftlich viel Bedeutung und Wert haben, und deren das wirtschaftliche Leben des Staates nicht so leicht entraten könne. Damit werde nur der Haß der gesamten betroffenen Bevölkerung gegen die Juden genährt. Da diese judenfeindliche Gärung im gewöhnlichen Volke ständig stärker werde und Lamoth keinen überzeugenden Grund finden könne, warum die Juden nicht ebenso gute Soldaten sein könnten wie die Christen, darum beantrage er, daß das Hofdekret vom 10. August 1792 widerrufen werde. Nur durch gleichmäßige Verteilung der Verbindlichkeiten gegen den Staat auf die ganze untertänige Bevölkerung, die jüdische wie die christliche, werde es möglich sein, die feindliche Gärung gegen die Juden in den breiten Schichten der Bevölkerung abzustellen und so einem Pogrom vorzubeugen. Daß übrigens die letzte Anordnung über die Möglichkeiten eines Loskaufes der Juden von der Militärpflicht bis nun keine günstigen Erfolge aufweisen konnte, habe nach Lamoth seine Ursache darin, daß bisher seit der Erlassung des letzten Hofdekretes keine Repartition der Rekruten vorgenommen wurde.

Das Gutachten des böhmischen Guberniums vom 31. Jänner 1793 und die den Juden ungünstigen Separatvota des Grafen Kolowrat und des Lamoth blieben nicht ohne Folgen für die weitere Entwicklung der jüdischen Militärpflicht. Wenn uns auch nicht bekannt ist, wie sie in Wien aufgenommen wurden, wie diese Aktion des böhmischen Guberniums beurteilt wurde und welchen Verlauf das Wiener Amtsverfahren nahm, können wir doch mit voller Berechtigung erklären, daß die Argumente des Prager Guberniums überzeugend waren und einen Umschwung in der bis dahin sehr milden Praxis der Staatsverwaltung bezüglich der Militärpflicht der Juden herbeiführten. Dieser Umschwung ist am besten aus dem neuen *Hofdekret vom 27. April 1793* zu ersehen, mit welchem einige ältere jüdisch-militärische Anordnungen im eigentlichen Sinne aufgehoben und dem böhmischen Gubernium neue Richtlinien betreffs des Vorgangs bei der Assentierung der Juden zum Militär gegeben wurden. Auf die Erlassung dieses Hofdekretes hatten sicherlich auch die damaligen Kriegsverhältnisse, der Krieg des österreichischen Kaisers mit dem revolutionären Frankreich, erheblichen Einfluß,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

welcher Krieg die bisherigen militärischen Reserven stark erschöpft hatte, was geradezu danach rief, daß diese durch neues Menschenmaterial aufgefüllt würden. Der Anfang des Hofdekretes macht den Eindruck einer Entschuldigung so, als ob der Kaiser erklären wollte, warum er es zugelassen hatte, daß den Juden eine so leichte Gelegenheit zur Befreiung von der Militärpflicht gewährt wurde. Es sei so angeblich zufolge der Erfahrungen mit den jüdischen Soldaten beim Militär geschehen, wo es sich gezeigt habe, daß die Mitglieder der jüdischen Nation zum Militärdienst gänzlich ungeeignet seien, und dann auch unter dem Einflusse der Beendigung des Türkenkrieges und des damaligen Friedens, wodurch der Bedarf an neuen Rekruten gesunken sei. Der Krieg mit Frankreich habe jedoch die Verhältnisse wieder geändert und sei die Veranlassung dafür, daß die kaiserlichen Untertanen aller österreichischen Erbländer wiederum in erheblicher Zahl zum Militärdienste herangezogen würden. In diesen Zeitläufen – so klärte das Hofdekret vom 27. April 1793 auf – kam der Kaiser auf ein Auskunftsmittel, wie es möglich sein würde, die sonst zum tatsächlichen Kriegsdienst vor dem Feinde ungeeigneten Juden dazu zu verhalten, daß sie den übrigen Staatsuntertanen ihre schweren Pflichten erleichtern, indem sie deren Lasten zum Teil auf sich nehmen. Das könne nur so durchgeführt werden, daß die assentierten Juden für ihre Befreiung vom Militärdienste einen solchen Betrag abführen, daß dafür die doppelte Anzahl freiwilliger Rekruten gedungen, infolgedessen die Zahl der unter der christlichen Bevölkerung zu assentierenden Rekruten herabgesetzt und so derselben Erleichterung geboten werden könnte. Auf diese Art werde es am besten möglich sein, die jüdische Untauglichkeit zum Militärdienst im Interesse der übrigen christlichen Untertanen auszunützen. Deshalb traf der Kaiser einige neue Verfügungen zur Regelung der jüdischen Beteiligung an der militärischen Landesverteidigung:

1. Die Juden sollen in Hinkunft nach der Anzahl der waffenfähigen Männer zum Militär assentiert werden.

2. Da die Juden zum tatsächlichen Militärdienst unbrauchbar sind, soll für die Befreiung eines einzelnen jüdischen Rekruten von der Militärpflicht der für die Anwerbung von zwei freiwilligen Rekruten im Auslande erforderliche Betrag von 140 fl. gezahlt werden.

3. Diese angeworbenen ausländischen Rekruten sollen dem Werbebezirke zu Gute kommen, in dem sich die Juden von der Militärpflicht losgekauft haben.

4. Bis die Juden, ähnlich wie die Christen, genau verzeichnet und die tauglichen Juden gemessen sein werden, soll durch das Los nach Kreisen und Herrschaften eine Auswahl der jüdischen Individuen getroffen werden, die verpflichtet sein werden, beim Militär zu dienen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

5. Ein so bestimmter jüdischer Rekrut kann, wenn er sich selbst dafür entscheidet und auch wahrhaft Mut und Geschicklichkeit besitzt, die Militärpflicht persönlich ausüben, er kann sich jedoch, wenn er irgendein Vermögen besitzt, von dieser Verpflichtung loskaufen; ist er selbst nicht vermögend, so muß ihn seine Judengemeinde oder die Kreisjudenschaft loskaufen. Die Anwerbung der doppelten Anzahl freiwilliger oder ausländischer Rekruten anstelle der ursprünglich festgesetzten Zahl jüdischer Soldaten, soll der christlichen Bevölkerung jenes Kreises zugutekommen, in dem die losgekauften Juden leben.

Zugleich wird angeordnet, daß die Juden bei der nächsten Konskription der Bevölkerung ebenso beurteilt werden sollen wie die Christen.

Mit dem Hofdekret vom 27. April 1793 wurde dem Gubernium dessen bekannte Relation vom 31. Jänner zurückgestellt, die unstreitig ein wichtiger Faktor bei dem voraufgegangenen Verfahren über die Neuregelung der jüdischen Militärpflicht gewesen war. Das Gubernium wurde auch eingeladen, in dieser Sache mit dem Militärlandeskommando zusammenzuwirken. Den Kreisämtern und dem Prager Magistrate wurde diese Entschließung mit dem Gubernialrundschreiben vom 18. Juli 1793 bekanntgegeben, die zu einem wichtigen Wegweiser wurde für das Vorgehen der niederen landesfürstlichen und obrigkeitlichen Behörden in Angelegenheit der jüdischen Rekrutierung.

Das böhmische Gubernium nahm das Hofdekret vom 27. April 1793 entgegen und verbreitete dessen Kenntnis bei den untergeordneten Behörden, nahm es aber nicht ohne Weiters hin, im Gegenteil, es hatte dazu seine Bemerkung zu machen, die es dem Direktorium in publico-politicis am 18. Juli 1793 nach Wien übermittelte. Die Bemerkungen des Guberniums betrafen hauptsächlich die Neuregelung der Reluierung der jüdischen Militärpflicht in Geld, namentlich den Artikel Z. 4 des Hofdekretes, der die Auswahl der einzelnen jüdischen Rekruten durch das Los behandelt, ferner die Anordnung, daß die jüdischen Gemeinden verpflichtet seien, aus ihren Mitteln diejenigen ihrer Mitglieder loszukaufen, die nicht das nötige Vermögen haben und nicht dienen wollen. Das Gubernium trat hier eigentlich für den Schutz des jüdischen Gemeindevermögens ein, das durch den Loskauf zahlreicher Juden von der Militärpflicht leicht ruiniert werden konnte. Wenn die assentierten jüdischen Männer zum Antritt des Militärdienstes durch das Los bestimmt würden, könne es leicht geschehen, daß gerade die ärmeren Juden ausgelost werden, die nicht persönlich beim Militär werden dienen wollen, und die Gemeinde werde so gezwungen sein, sie aus eigenen Mitteln loszukaufen. Auf diese Weise könne die Reluierungslast leicht auf die jüdischen Gemeinden fallen. Dem lasse sich nach Ansicht des Guberniums dadurch begegnen, daß die vermögenderen Juden zum Militär assentiert werden,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und so werde die Gemeinde von den großen Ausgaben für deren Loskauf verschont bleiben. Es sei doch bekannt, schrieb das Gubernium, daß die Mehrzahl der jüdischen Landgemeinden sehr arm ist, so daß es am Ende gar möglich wäre, daß manche arme Judengemeinde, auf die die Verpflichtung entfiele, die Rekruten loszukaufen, auch nicht eines ihrer Mitglieder werde von der Militärpflicht loskaufen können, weil sie nicht im Stande sein wird, die erforderlichen 140 fl. aufzutreiben. Das Gubernium schlägt deshalb an der Hand eines konkreten Beispieles vor, wie bei der Auswahl der jüdischen Rekruten vorgegangen werden könnte: Gesetzt, es werden in irgendeinem Kreise 10 militärdiensttaugliche Juden sein und bei der Repartierung der Rekruten im Kreise der Kreisjudenschaft angeordnet werden, 2 Rekruten zu stellen. Hier sollte nicht das Los entscheiden, sondern alle waffenfähigen Juden sollten befragt werden, wer von ihnen zum Militär gehen wolle. Melde sich dann keiner, so werden zwei der Vermögenderen von ihnen ausgewählt, die soviel Vermögen haben, um sich selbst zu 140 fl. für die Person loskaufen zu können. Dadurch werde die jüdische Gemeinde wie auch die Kreisjudenschaft vor erheblichen Ausgaben bewahrt, die sie erst dann zu bezahlen brauchten, wenn niemand von den tauglichen Männern im Kreise würde persönlich dienen wollen und zudem alle arm wären. Diesen seinen Wunsch, die jüdische Gemeinde und die Kreisjudenschaft vor der Last der Militärreluierung zu beschützen, begründete das Gubernium mit dem Bestreben, die Kontributionskraft der Judenschaft zu erhalten. Das Gubernium schrieb direkt zum Schutze der jüdischen Gemeinden: „Es ist offenbar, in was für Steuerresten die hierländige Judenschaft stehe; wann nun den Gemeinden die Reluizion aufgetragen werden wollte, worzu die Individuen konkurrieren müßten, würden selbe noch in einen größeren Verfall und Zahlungsunfähigkeit gerathen; da ohnehin die Individuen den Gemeinden zu allen Auslagen, maßen auf dem Lande die Domesticalfonds nirgends hinreichend sind, zur Konkurrenz beigezogen werden." Das Gubernium schloß seine Bemerkungen mit der Erklärung, daß es, falls die Reluierung der Militärpflicht auf die Juden wirklich überwälzt würde, höherer Entscheidung anheimstellen müsse, ob mit dieser Reluierung die gesamte Judenschaft belastet werden solle.

Diese Gelegenheit benützte wiederum der uns bereits bekannte Rat des böhmischen Guberniums Lamoth, um in einem separaten Gutachten abermals seine abweichenden Ansichten zu dieser Frage kundzugeben. Sein zweites Separatvotum war zwar dem Umfang nach kürzer, aber dafür umso entschiedener und den Juden noch weniger günstig. Lamoth wiederholte darin seine frühere Erklärung, daß die Reluierung der Militärpflicht in Geld weder bei den Juden noch bei den

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Christen vorgenommen werden solle. Er stützte die Verpflichtung der Juden, die Rekruten „in natura" zu stellen, auf seine Überzeugung, daß die Juden als produktive Schicht viel entbehrlicher seien als die Christen, und empfahl, daß es durch Verhütung der Ehen bei den jungen Juden und durch deren gleiche Bewertung mit den Christen leicht möglich sein werde, taugliche Subjekte für den Militärstand zu beschaffen. Lamoth betonte abermals, daß er nicht verstehen könne, warum der Jude es besser haben solle als der Christ, warum der Jude sich für Geld von der Militärpflicht loskaufen könne – viele Bauern würden für die Befreiung ihres Sohnes vom Militär viel mehr als 140 fl. zahlen –, warum man so zu ihm halte. Er warnt vor dieser Favorisierung, und macht auf deren Schädlichkeit aufmerksam, die umso größer sei, als sie in der augenblicklichen Kriegszeit geschehe. – Wir werden sehen, daß diese Äußerung des Lamoth nicht die letzte war und daß deren Urheber noch einmal Gelegenheit hatte, sich über eine noch entscheidendere Sache auszusprechen.

Die Bedenken des böhmischen Guberniums und dessen Einwände gegen einzelne Artikel (hauptsächlich Art. Z. 4) des Hofdekretes vom 27. April 1793 wurden durch ein neues Hofdekret vom 17. August 1793 rasch und durchgreifend entkräftet. Mit ihm wurde definitiv die Frage entschieden, deren Wichtigkeit das Gubernium so betont hatte, nämlich, wer das Lösegeld von der Militärpflicht für die vermögenslosen Juden bezahlen solle. Im Dekret wurde festgesetzt, „wenn das Loos einen unvermöglichen diensttauglichen Juden trifft, der sich zum Militär nicht stellen will, die Kreiser Judenschaft die Reluizion für ihn zu leisten habe." – Wie wir sehen, wurde dem Gesuche des Guberniums nur teilweise stattgegeben, nämlich darin, daß die jüdischen Gemeinden, deren sich das Gubernium angenommen hatte, von der Zahlung der Reluition für die assentierten mittellosen Juden befreit wurden. Die Frage der Auslosung der zum Antritt der Militärpflicht tauglichen Juden blieb trotz der Einwände des Guberniums unberührt. Ebenso wurden die Worte des Separatvotums des Gubernialrats Lamoth unberücksichtigt gelassen, der sich gegen die Möglichkeit des Loskaufs der Juden von der Militärpflicht überhaupt ausgesprochen hatte.

Mittlerweile schritt die Militärverwaltung an die Durchführung der letzten kaiserlichen Anordnungen; ihre erste Aktion bestand darin, daß sie eine Revision der Bevölkerungskonskription im Lande vornahm. Die Revision wurde bereits Ende Mai 1793 beendet. Es erübrigte noch, die Juden in der Konskription in taugliche und untaugliche einzuteilen. Das Militärlandeskommando arbeitete für diese Aktion einen besonderen Amtsvorgang aus, der sodann allen 14 Werbebezirkskommandos in Böhmen vorgeschrieben wurde. Die Judenkonskriptionsaktion sollte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nach Werbebezirken vorgenommen werden. Diese Aufgabe wurde in jedem Bezirke nur einem Offizier und Schreiber übertragen, der sich vorher genaue Berichte über den Stand der Juden im Bezirke zu verschaffen hatte. So ausgerüstet, begab sich die revidierende Konskriptionskommission an die einzelnen Orte, wo sie nach genauen militärischen Richtlinien alle Juden männlichen Geschlechts nach Tauglichkeit und Untauglichkeit klassifizierte. Von diesen trug sie alle Waffenfähigen nach Dominien und Kreisen in die Konskriptionsbogen ein. Vertreter der politischen Verwaltung bei diesen jüdischen Assentierungen war der obrigkeitliche Beamte. Das weitere Vorgehen bei der Durchführung der Klassifikation der Juden ist schon aus den früheren Erörterungen bekannt.

Mit der Revision und Klassifikation war zu allererst der Prager Magistrat fertig, der bereits am 10. Oktober 1793 dem Gubernium sein Elaborat einsendete, welches das Verzeichnis der militärdienstpflichtigen Prager Juden enthielt.[21] Auf verschiedentliche Anfragen des Magistrats antwortete das Gubernium, daß er sich genau an das Gubernialrundschreiben vom 18. Juli 1793 zu halten habe, mit dem ihm eigentlich das Hofdekret vom 27. April 1793 bis in die Details intimiert worden war.

Allein selbst nach diesen Maßnahmen ging die tatsächliche Assentierung der Juden in Prag nicht glatt vor sich. Die Prager Juden beschwerten sich nämlich unterm 9. November 1793 an das Gubernium und klagten den Prager Magistrat unrichtigen Vorgehens bei der Assentierung an. Die Beschwerde der Prager Juden gab den Anlaß zu umfangreichen Erhebungen, bei denen außer den ständig sich beschwerenden Prager Juden der Prager Magistrat, das Militärlandeskommando und das Gubernium mitzureden hatten. Es ist mir hier nicht möglich, mich über die einzelnen Phasen dieses Strittes zu verbreiten; ich will nur seiner Grundlage und der Praxis Erwähnung tun, wie bei den Assentierungen der Prager Juden vorgegangen wurde.

Die Prager Juden beschwerten sich, daß ihnen bei der Repartition der Rekruten nach der neuen Konskription vom Magistrate aufgetragen wurde, der Armee 184 Rekruten zu stellen, eine Zahl, die den Prager Jüdischen Ältesten zu hoch erschien, zumal sie sahen, daß die christliche Bevölkerung bei der Repartition viel besser davongekommen war, da ihr nämlich bloß die Stellung von 44 Rekruten vorgeschrieben worden war. Die Juden ersuchten um Aufklärung, denn sie erachteten die ihnen bestimmte Rekrutenzahl mit Recht als eine der jüdischen Bevölkerungszahl Prags nicht entsprechende. Der Prager Magistrat, vom Gubernium um Aufklärung ersucht, antwortete jedoch, daß er nach den allerhöchsten Anordnungen vorgegangen sei, wenn er die Juden in taugliche und nichttaugliche einteilte (all dies geschah unter dem Vorsitze des Bürger-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

meisters und im Beisein des Werbeoffiziers) und 930 Prager Juden als militärdiensttauglich erkannte. Dagegen seien in der nach der Behauptung des Magistrats durch die neunjährigen Rekrutierungen erschöpften christlichen Bevölkerung nur 223 Mann tauglich befunden worden. Das Militärkommando habe vom Prager Magistrat 229 neue Rekruten angefordert. Als der Magistrat zur Repartierung der verlangten Rekrutenzahl auf Juden und Christen schritt und dabei nach den geltenden Vorschriften vorging, wonach bei der Repartierung der Rekruten auf das Verhältnis der waffenfähigen Christen und Juden Bedacht zu nehmen war, sei er gezwungen gewesen, von den Juden im Hinblick auf ihre bei weitem größere Zahl waffenfähiger Männer 184 Rekruten, dagegen von den Christen bloß 45 Rekruten zu fordern. Dabei vergaß der Magistrat nicht, zu betonen, daß die Zahl der jüdischen Rekruten noch größer wäre, wenn nicht einzelne jüdische Würdenträger (der Oberrabbiner, der Prager und der Landesprimator), manche Doktoren und deren Söhne, von der Militärpflicht enthoben wären. Die einzelnen jüdischen Rekruten wurden durch das Los bestimmt. Der Vorgang bei der Auslosung war folgender: Es wurden soviel Loszettel, als es in Prag waffenfähige Juden gab (d. i. 930) angefertigt und auf 184 ein besonderes Zeichen angebracht. Sodann wurden alle Lose in eine Schachtel gelegt und alle tauglichen Juden aufgerufen, sich an der Auslosung zu beteiligen. Die, welche ein bezeichnetes Los zogen, wurden zur Teilnahme an der Militärpflicht bestimmt.

Indem der Prager Magistrat hievon dem Gubernium Bericht erstattete, enpfahl er, die Beschwerde der Prager Juden abzuweisen. Mit der Ansicht stimmte der Gubernialreferent Rat Hennet im Ganzen überein; in der nach Wien erstatteten Gubernialrelation vom 28. November 1793 sprach er seine Meinung dahin aus, daß die Juden keinen Anlaß zur Beschwerde hätten. Soweit die Stilisierung der Gubernialrelation ein Werk Hennets war, war sie ruhig und objektiv geschrieben. Allein der zweite Teil der Relation, deren Autor der uns bereits bekannte Gubernialrat Lamoth war, hat einen ganz entgegengesetzten Charakter und ist stark judenfeindlich zugespitzt. Lamoth benützte diese Gelegenheit, um neuerlich seine antisemitischen Ansichten zur Geltung zu bringen.[22] Unter dem Einflusse Lamoths brachte das Gubernium den Wiener Zentralbehörden die in den Gubernialrelationen vom 31. Jänner und vom 18. Juli 1793 enthaltenen Einwendungen in Erinnerung und machte wiederum auf die wachsende Unzufriedenheit der breiten Volksschichten mit der Bewilligung der Reluierung der jüdischen Militärpflicht aufmerksam. Eine solche Sache könne nicht mit Stillschweigen übergangen werden. In der gegenwärtigen Zeit zeige sich schon ein Mangel an tauglicher junger Mannschaft, so daß auch Verheiratete assen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tiert werden müßten. Daher wachse umsomehr der Haß der Christen gegen die militärische Vorteile genießenden Juden, zumal diese Vorteile den Christen verschlossen seien. Unter den Juden gebe es ebensoviel taugliche Männer wie unter den Christen. Die Juden seien für den Staat und dessen Wirtschaftsleben keine gar so notwendige Bevölkerungsschicht, antwortet Lamoth auf die Frage, wer für das wirtschaftliche Leben des Staates notwendiger sei, ob die Christen oder die Juden. Nützlicher und vorteilhafter seien die arbeitenden Volksschichten, Handwerker und andere Unternehmer, als die müßiggehenden und wucherischen Juden, die für den Staat gefährlich seien. Warum sei diese Frage der Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit gegenüber dem Staat nicht der Maßstab für die Bestimmung der Militärpflicht der Christen und Juden? Die Reluierung der jüdischen Militärpflicht in Geld sei undurchführbar! Lamoth stützt seine Behauptung auf die aus den Vermögensverhältnissen der böhmischen Juden geschöpften wirtschaftlichen Argumente. Die Reluierung bedeute vor allem eine neue Ausgabe für die Juden, der sie jedoch nicht würden nachkommen können. Wie könnten sich die Juden zu neuen Zahlungsverbindlichkeiten verpflichten, wenn sie zur gleichen Zeit, da das Land alle seine Steuern bezahlt hat, dem Staate viele Tausende an Steuerrückständen schulden? Wo sollen denn die Prager mehr als 25.000 fl. hernehmen, die zum Loskaufe der 184 jüdischen Rekruten nötig sind? Das sind gewichtige Argumente gegen die Reluierung der jüdischen Militärpflicht, und Lamoth bemüht sich, ihr Gewicht noch durch einen weiteren Grund zu erhöhen. Die assentierten Juden würden die Militärpflicht nicht „in natura" ausüben wollen, sie würden eine Geldreluition anbieten, die sie aber nicht würden bezahlen können. Das Resultat davon werde sein, daß dem Staate nicht nur die Rekruten, sondern auch die für deren Ablösung versprochenen Gelder entgehen werden. Darum glaubte das (von den Ansichten Lamoths stark beeinflußte) Gubernium nur seine Pflicht zu erfüllen, wenn es auf diese wichtigen Umstände aufmerksam machte und verlangte, daß die Geltung der Naturalstellung von Rekruten auch auf die Juden ausgedehnt und bei den Bevölkerungskonskriptionen mit den Juden ebenso verfahren werde wie mit den Christen.

Kaum aber hatte das Gubernium seine Äußerung nach Wien abgeschickt, als schon, am 1. Dezember 1793, die Juden mit einer neuen Bitte um Abhilfe gegen Bedrückung bei der Durchführung der Rekrutierung kamen. Dieses ihr zweites Gesuch[23] war sehr geschickt stilisiert und nützte scharfsinnig die Unterschiede zwischen den Bestimmungen der Hofdekrete vom 10. August 1792 und vom 27. April 1793 aus. Das Bestreben der jüdischen Supplikanten ging dahin, für eine möglichst große Zahl assentierter Juden das Recht zu wahren, die Reluition von

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

30 fl. pro Person zu zahlen und so die Auslagen der Gemeinde herabzumindern. Sie widmeten deshalb in ihrem Gesuche ihre Aufmerksamkeit zuerst dem Hofdekret vom 10. August 1792 und seiner Bestimmung, daß das jüdische Rekrutenkontingent nach dem Zahlenverhältnis der gesamten christlichen und jüdischen Bevölkerung und nicht nach dem Verhältnis der Zahl der waffenfähigen Männer festzusetzen sei. Damals war den Juden auch der Loskauf der Rekruten um 30 fl. pro Person gestattet worden. Im Juni des Jahres 1793 bildeten die Juden in Prag $7^5/_6$ Prozent der Prager Gesamtbevölkerung, und die auf die Prager Gesamtbevölkerung entfallende Rekrutenzahl betrug 332 Mann; auf die Juden waren 41 Mann angesetzt und der jüdischen Gemeinde freigestellt worden, an deren Stelle der Militärverwaltung Freiwillige zu besorgen oder unter Benützung der Begünstigung hinsichtlich der Reluirung der Militärpflicht ihre assentierten Glaubensgenossen loszukaufen. Die Prager Judengemeinde brachte damals zu deren Auslösung 1230 fl. zusammen und fragte beim Magistrat an, an wen dieser Betrag abzuführen sei. Inzwischen war aber mit der Gubernialverordnung vom 18. Juli 1793 die Erhöhung des Ablösungsbetrages von 30 fl. auf 140 fl. bekanntgegeben und entschieden worden, daß die Quote der jüdischen Rekruten in Hinkunft nach der Anzahl der waffenfähigen Männer und nicht nach dem Verhältnisse der christlichen und jüdischen Bevölkerung bestimmt werde. Dagegen protestierten die Juden und ersuchten, daß ihre Rekruten, die bereits assentiert waren, bevor der Inhalt des Hofdekretes vom 27. April 1793 zur Kenntnis gebracht worden war, sich noch nach den früheren Bestimmungen über die Höhe der Reluition, d. i. um 30 fl. für die Person, loskaufen dürften. Ein weiterer Teil der Beschwerde der Prager Juden bezog sich auf den bereits bekannten Fall, wo der Prager Magistrat bei der Repartierung der Rekruten den Juden auferlegt hatte, 184, den Christen dagegen nur 45 Rekruten zu stellen. Die Hauptbeschwerde richtete sich jedoch gegen die Art der Konskription der waffenfähigen Prager Juden, von denen in Prag 930 Mann gezählt wurden. Die Juden beschuldigten den Prager Magistrat, daß er bei der Konskription unrichtig vorgegangen sei, die Anordnung, Juden wie Christen mit dem gleichen Maße zu messen, nicht eingehalten, daß er in das Verzeichnis Personen, die öffentliche Ämter bekleiden, jüdische Steuerbeamte, hervorragende Kaufleute und Kontribuenten, ferner ganz untaugliche Männer, Lahme, Greise, verheiratete Männer, Kleine, Stumme, ja sogar jüdische Soldaten, die gerade zu Hause auf Urlaub weilten, aufgenommen habe. Alle diese Leute ohne Unterschied, Taugliche wie Untaugliche, Reiche und Arme, seien in eine Klasse eingetragen worden, u. zw. deshalb, um eine möglichst große Zahl tauglicher Juden zu gewinnen, damit dann bei der Repartition der Rekruten nach

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der militärischen Befähigung der Bevölkerung möglichst viel Juden assentiert würden und so möglichst viel Geld an den Ablösungsbeträgen für sie zusammenkäme. Deswegen erhöben die Prager Juden Beschwerde und bäten das Gubernium um Hilfe, in der Hoffnung, daß das Gubernium eine solche Handlungsweise nicht billige; sie glaubten, daß es die schwergeprüfte Prager Judenschaft nicht unter der Last der sich häufenden Verpflichtungen zusammenbrechen lassen werde. Sie ersuchten, daß bei der nächsten Konskription der Bevölkerung nicht der lahme Mann mit dem gesunden, der ledige mit dem verheirateten, der Müßiggänger und Tagedieb mit einem ehrenhaften jüdischen Insassen, Familienhaupt usf. gleichgewertet werde. Um dem in Zukunft vorzubeugen, bäten sie, daß zu den nächsten Konskriptionen der jüdischen Bevölkerung stets ein Vertreter der jüdischen Ältesten zugezogen und hauptsächlich, daß bei der Konskription und der Durchführung der Rekrutierung mit den Juden in gleicher Weise verfahren werde wie mit den Christen.[24]

Dieses zweite jüdische Ansuchen rief jedoch auf dem Gubernium keine Aufregung hervor. Das Gubernium beschränkte sich in der Erkenntnis, daß es überflüssig wäre, ein neues ausführliches Gutachten über die jüdische Militärpflicht nach Wien zu senden, in seiner Relation vom 12. Dezember 1793 auf ein bloßes Referat über die jüdische Beschwerde und deren Inhalt, indem es so den Wiener Behörden überließ, selbst zu entscheiden. Es schrieb auch an die Prager Judengemeinde, versprach ihr, daß ihre Beschwerde werde untersucht werden, und forderte sie auf, Namen, körperliche und sonstige Gebrechen derjenigen jüdischen Rekruten bekanntzugeben, die, obwohl untauglich, von der Konskriptionskommission dennoch für tauglich befunden wurden.[25]

Die Antworten aus Wien auf die Beschwerden der Juden und auf die Anfragen des Guberniums langten nach und nach in Prag ein. Zuvörderst wurde die Verordnung (Hofdekret vom 14. Dezember 1793) abermals wiederholt, daß bei der Repartierung der Rekruten auf die jüdische Bevölkerung nach der Anzahl der waffenfähigen Mannschaft vorgegangen werden solle. Gleichzeitig wurde mit einem anderen Hofdekret dem Gubernium die kaiserliche Entschließung bekanntgegeben, daß jene Juden, die für ihre Entlassung vom Militär nicht würden je 140 fl. zahlen können, persönlich dienen müßten. Eine definitive Entscheidung brachte jedoch erst das *Hofdekret vom 28. Dezember nach Prag* (es langte am 19. Jänner 1794 ein), mit welchem die Militärpflicht auf eine Zeit fest geregelt wurde. Dieses Hofdekret, das sich als Antwort auf die Gubernialrelation vom 12. Dezember 1793 gab, antwortete auch auf einige ältere Vorschläge des Guberniums. Zunächst wurde darin festgesetzt, daß sich die Ablösung der Juden von der jüdischen Militärpflicht um 30 fl. pro Person nur auf jene Juden beziehe, die vor der Veröffent-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lichung der Anordnung des Hofdekrets vom 27. April 1793 assentiert worden waren. Für die später Assentierten gelte neben den neuen allgemeinen Bestimmungen der erhöhte Loskaufsatz. Hiebei werde aber aufmerksam gemacht, daß der tatsächliche aktive Militärdienst der Juden möglichst eingeschränkt werden müsse, da die Juden zum Militärdienst tatsächlich ungeeignet seien[26] und ihre Einreihung in die Regimenter mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Die Juden könnten, mit Ausnahme von Galizien, nicht einmal zum Fuhrwesen verwendet werden. Trotzdem sei es nötig, die christliche Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Juden von der Militärpflicht nicht verschont werden, daß vielmehr die Reluierung der jüdischen Militärpflicht in Geld den christlichen Untertanen nur Vorteile bringe. Bei der Aufteilung des jüdischen Militärkontingentes müßten alle geltenden Vorschriften beobachtet und es dürfte bei den Konskriptionen mit den Juden um nichts härter und rigoroser verfahren werden als mit der übrigen Bevölkerung. Man müsse doch zugeben, daß die Juden unter der Form der Geldreluition dem allgemeinen Besten auch ein Opfer bringen. Darum werde außer der strengen Anordnung, bei Konskriptionen und Rekrutenrepartierungen die Gleichberechtigung der Juden und Christen einzuhalten, im Interesse der Rechtsgleichheit der gesamten Landesbevölkerung festgesetzt, welche Juden, ähnlich wie dies unter den Christen der Fall sei, von vornherein von der Militärpflicht befreit sind und daher der Konskription nicht unterliegen. Es seien dies: die Juden, die öffentliche Stellen und Würden bekleiden, die ansässigen Familienväter, deren älteste Söhne, die Nachfolger in den Gewerbebetrieben und Geschäften,[27] u. dgl. Es wurde auch verordnet, daß jene, die sich von der Militärpflicht losgekauft haben, in den Konskriptionsbogen nicht weiter verzeichnet werden, und, soferne sie darin aufgezeichnet wären, gelöscht werden sollen. Bei einer jeden Revision der Judenkonskription müsse ein jüdischer Vertreter anwesend sein, um mögliche Übergriffe abzuwehren.

Mit dem Hofdekret vom 28. Dezember 1793 wurde die Frage der jüdischen Militärpflicht, die sich solange hingezogen hatte, endlich grundsätzlich gelöst. Der Grundsatz war nun einmal klar ausgesprochen und mußte bei der Durchführung respektiert werden. Das behördliche Verfahren des Guberniums wurde auf ein rein praktisches Geleise geschoben, auf die Korrespondenz des Guberniums mit den Kreisämtern, denen das Gubernium noch lange Ratschläge zu erteilen hatte, wie sie in einzelnen Fällen vorgehen sollten. Einen solchen ersten Rat erteilte das Gubernium am 2. Juni 1794 dem Parchiner Kreishauptmann. Es wiederholte ihm neuerlich, daß bei der Repartierung der Rekruten auf die Juden stets auf die Zahl der tauglichen Männer Bedacht genommen werden müsse. Wir erkennen die Praxis, die das Gubernium dem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Parchiner Kreishauptmann und nach ihm auch den übrigen Kreishauptleuten empfahl, am besten an einem Schulbeispiel, mit welchem das Gubernium auf die Anfrage jedes Gesuchstellers antwortete und das wir auseinanderzusetzen und zu ergänzen versuchen wollen: Sagen wir, daß in irgendeinem Werbebezirke oder auf einer Herrschaft 100 waffenfähige Männer verzeichnet wurden, von denen 80 Christen und 20 Juden wären. Das Verhältnis der waffenfähigen Männer beider Bekenntnisse ist dann $^4/_5$ zu $^1/_5$. Dieses Verhältnis bildete den Schlüssel für die Aufteilung der Rekruten auf Christen und Juden. Gesetzt, die Militärverwaltung hätte verlangt, daß ein bestimmter Werbebezirk oder eine bestimmte Herrschaft 20 Rekruten zu stellen habe. Nach dem Verhältnisse von vier zu einem Fünftel ergibt sich die Berechnung, daß von 100 tauglichen Männern 16 Christen und 4 Juden den Militärdienst anzutreten haben. Diese genossen aber die Begünstigung, daß ihnen gestattet war, sich vom Militärdienst loszukaufen. So zeigte das Militärlandeskommando am 10. Juni 1794 dem böhmischen Gubernium an, daß bis Ende April 1794 sich in Böhmen 6 jüdische Rekruten von der Militärpflicht losgekauft hätten, für die in Deutschland 12 Freiwillige angeworben worden seien. — Eine weitere Gruppe von Gubernialbelehrungen bildeten die Hinweise darauf, welchen Juden der Ablösungsbetrag von 30 fl. und welchen ein solcher von 140 fl. für je eine Person bewilligt werden könne. Manche Kreishauptleute trugen Bedenken in der Richtung, ob es angemessen sei, die jüdischen Rekruten durch das Los auszuwählen,[28] und sprachen sich dafür aus, daß die eigentliche Auswahl der jüdischen Rekruten den Dominien überlassen werde.

Es war auch nötig, endgültig die Frage zu lösen, wem der Geldbetrag zugute kommen solle, der in einem bestimmten Werbebezirke oder Kreise an jüdischer Reluition eingegangen war. Die Sache war recht wichtig, da daraus für die christliche Bevölkerung erhebliche Vorteile erflossen; es war nämlich festgesetzt worden, daß für einen losgekauften Juden im Auslande zwei Freiwillige gedungen werden sollten. Diese doppelte Anzahl an Stelle der heimischen Judenzahl angeworbener Männer setzte das Kontingent christlicher Rekruten herab. Diese Frage brachte insbesondere der Klattauer Kreishauptmann und das Militärlandeskommando in Fluß, welch letzteres vorschlug, daß die an Reluition für die jüdischen Rekruten eingehobenen Judengelder der Einwohnerschaft jenes Werbebezirkes oder Kreises zugute kommen sollen, in dem die losgekauften Juden lebten. Das Gubernium genehmigte diesen Vorschlag.

Von interessanteren Fällen auf dem böhmischen Lande könnte noch der Vorgang bei der Rekrutierung der Juden im Berauner Kreise[29] angeführt werden, wo 192 waffenfähige Juden eingetragen wurden. In

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

der Zeit vom Jahre 1792 bis zum 18. Juli 1793 wurden 1021 christliche Männer und in der Zeit vom 18. Juli 1793 bis zum 15. Juni 1794 weitere 343 Mann zum Militär assentiert. Im ersteren Falle hätten auf die Juden $204^1/_5$ entfallen sollen, die sich mit je 30 fl. für die Person loskaufen konnten, im zweiten Falle $68^3/_5$ Mann, die zu ihrem Loskauf 140 fl. pro Person bedurften.

Eine viel kompliziertere Situation trat bei den Assentierungen in der Chrudimer Gegend ein. Dort wurden nach einem Berichte des Chrudimer Kreishauptmannes vom 9. Juli 1794 1305 Rekruten angefordert, und den Juden wurde — unbekannt, nach welchem Schlüssel — aufgetragen, 56 Rekruten zu stellen. Im Kreise gab es aber nur 19 taugliche Juden. Es erhob sich nun die Frage, wo und wie die restlichen 37 Rekruten aufzutreiben wären. Die Sache wurde noch dadurch kompliziert, daß die assentierten Juden bereit waren, sich von der Militärpflicht loszukaufen, aber für ihre Freilassung nur 30 fl. für je eine Person anboten.

Im Bunzlauer Kreise wurden zwei Konskriptionen durchgeführt, die erste nach der Gubernialverordnung vom 27. April 1793, die zweite nach der Verordnung vom 10. März 1794. Die Resultate beider waren verschieden. Laut der ersten waren im ganzen Kreise 225 waffenfähige Juden, nach der zweiten nur 125 Mann. Der Kreishauptmann empfahl, daß bei den Assentierungen die zweite Konskription als maßgebend angesehen werden solle. Christliche Rekruten gab es in der Bunzlauer Gegend im Jahre 1794 1218. In der Kreisstadt Jungbunzlau war das Verhältnis der eingetragenen waffenfähigen Männer ein umgekehrtes, als wir es gewöhnt sind: an christlichen waffenfähigen Männern gab es dort nur 7, gegen 19 jüdische.

Mit der Zeit entwickelte sich infolge der verschiedenen Auslegung des Gubernialbeispiels über die Quote der jüdischen Rekruten nach der Anzahl der waffenfähigen Mannschaft der Grundsatz, der auch praktiziert wurde, nämlich, daß die Juden bei der Rekrutierung ein Fünftel der angeforderten Gesamtrekrutenzahl stellen sollen.

Allein auch diese Praxis schützte die Kreisämter nicht vor zahlreichen Zweifeln und Unsicherheiten. So war es z. B. im Bydžower Kreise infolge des absoluten Mißverhältnisses der tauglichen Christen und Juden gar nicht möglich, die Repartierung der Rekruten auf die Juden auf die vorgeschriebene Art durchzuführen. An tauglichen Christen gab es dort 853, an tauglichen Juden 78 Personen. Die Militärverwaltung verlangte 425 Rekruten. Sollten die Juden ein Fünftel der angefordertenRekrutenzahl stellen, so bedeutete das, daß alle konskribierten Juden (78) hätten zum Militär gehen sollen und noch 7 jüdische Rekruten gefehlt hätten, die nirgendwo zu beschaffen waren.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Vom Budweiser Kreis wissen wir, daß dort bis zum Jahre 1794 kein Jude assentiert worden war. Das Kreisamt setzte sich für die dortigen Juden ein, daß im Falle ihrer Assentierung zum Militär für sie der niedrigere Ablösungssatz, nämlich 30 fl. für die Person, gelten solle.

Gegen diesen niedrigen Ablösungsbetrag protestierte das Militärlandeskommando, indem es erklärte, daß um 30 fl. im Auslande kein Söldner gedungen werden könne; ja es behauptete sogar, daß ein Jude, der noch das Recht habe, sich für 30 fl. loszukaufen, unmöglich seinem Werbebezirke gutgeschrieben werden könne.

Diese wenigen Hinweise genügen wohl, damit der Leser erkenne, auf was für praktische Schwierigkeiten die Erfüllung der jüdischen Militärpflicht stieß. Die Unvollkommenheit aller bisherigen Anordnungen, deren unklare Auslegung und zuweilen auch die Voreingenommenheit der Behörden, der Überrest des ehemals mächtigen Antisemitismus bei den Ämtern, waren die Hauptursache, warum die die jüdische Militärpflicht betreffenden Agenden einen so schleppenden Gang nahmen und sich in endlosen Schreibereien ergingen, die aber für den späteren Forscher nichts Bemerkenswertes hinterließen. Ein besonders fühlbarer Mangel liegt darin, daß sich die Konskriptionsbogen der Juden und Christen mit der Anzahl der tauglichen Personen, der Rekruten und deren Namen nicht erhalten haben. Diese Aufzeichnungen bildeten einen Teil der seinerzeitigen Registratur der einzelnen Regimentskommanden und Werbebezirke, vielleicht waren sie auch beim Militärlandeskommando, aber in die Gubernialregistratur, welche das Hauptquellenmaterial für diese Studie bot, gelangten sie nicht. Wir kennen die Namen der einzelnen jüdischen Rekruten aus den Gubernialakten nur ausnahmsweise, wenn eben ein Gesuch irgendeines jüdischen Rekruten an das Gubernium um Änderung der Loskaufsumme u. dgl. vorlag.

Man kann daher mit einer erheblichen Wahrscheinlichkeit die Meinung aussprechen, daß der damalige Zustand und das Vorgehen bei den Verhandlungen über die Beteiligung der Juden am Militärdienste selbst die leitenden Wiener, insbesondere auch die Militärbehörden, die immer mehr neue Rekruten anforderten, keineswegs befriedigen konnte. Alle Länder der habsburgischen Dynastie waren damals gezwungen, der kaiserlichen Armee neue Truppen zu stellen, um die in den Kämpfen gegen das revolutionäre Frankreich gelichteten Reihen des Militärs zu ergänzen. Rekruten waren nötig und Geld, das die Juden zwar abführen konnten, aber der Bedarf an lebendem Soldatenmaterial war dringender, so daß sich die Regierung im Jahre 1796 zu einer Änderung der bisherigen Anordnungen über die Reluierung der Militärpflicht der Juden in Geld entschloß, diese zurücknahm und darauf beharrte, daß die Juden künftighin den Militärdienst „in natura" zu leisten hätten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Die Regierungsentscheidung, die Juden zur persönlichen Erfüllung der Militärpflicht zu verhalten, wurde sodann in dem *Hofdekret vom 5. Oktober 1796* wiederholt, in dem ausdrücklich bestimmt wurde, „daß für Dauer des gegenwärtigen Krieges auch die Juden, sowohl unter das Feuergewehr, als zu dem Fuhrwesen verhältnißmäßig gestellt werden sollen, und zwar dergestallt, daß in keinem Falle eine Geldreluizion für ihre Personalstellung Platz zu greifen habe." Im Hofdekrete wird ausdrücklich erklärt, daß diese Anordnung Ausdruck des kaiserlichen Bestrebens sei, der durch die Rekrutierungen schwer betroffenen christlichen Bevölkerung Erleichterung zu bringen. Diese Anordnung wurde sodann auch noch in dem Hofdekret vom 13. Oktober 1796 wiederholt.

Die Folgen dieser Anordnungen zeigten sich alsbald. Die betroffenen Juden überboten sich Hals über Kopf im Anbieten von Geld für die Befreiung von der Militärpflicht (sie waren bereit, ohne Weigerung je 140 fl. für die Person zu bezahlen). Allein das Gubernium war genötigt, ihre Gesuche abzuweisen und den Kreishauptleuten, die das Geld bereits von den Juden entgegengenommen hatten, zu verordnen, daß sie es ihnen zurückerstatten. Dank dieser Aktion können wir uns wenigstens eine teilweise Vorstellung davon machen, mit welcher Personenzahl die Juden in den einzelnen Kreisen an der Rekrutierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1796 beteiligt waren.[31] Teilweise Belege darüber findet der Leser in der Beilage.

Neben einem erhöhten Bestreben der Juden um die Wahrung des Rechts auf Loskauf von der Militärpflicht können wir unter den böhmischen Juden eine ähnliche Beobachtung wie unter den christlichen Bauern machen, nämlich die Flucht der Juden vor dem Militärdienst. Bei der Revision der Konskription der tauglichen Juden geschah es häufig, daß ein großer Teil der tauglichen Juden nicht anwesend war und niemand wußte, wo sie waren. Dabei war es offenbar ganz leicht, zu unterscheiden, ob sich die Juden von ihrem Wohnsitz wirklich in der Absicht entfernt hatten, um sich dem Antritt des Militärdienstes zu entziehen, oder ob sie dies im Berufs-, Geschäftsinteresse u. dgl. getan hatten. Unter solchen Umständen entstanden für die Behörden sehr peinliche Momente. Sie sollten eine bestimmte Anzahl jüdischer Soldaten stellen, die tauglichen Juden waren ordentlich verzeichnet, aber keiner von ihnen stand zur Verfügung. Ein solcher Fall trat bereits im Jahre 1796 auf der Teplitzer Herrschaft ein, wo von den 18 konskribierten Juden auch nicht einer zum Militär gestellig gemacht werden konnte.[32]

Die Beschränkung der Begünstigung der Juden bei der Erfüllung der Militärpflicht und das Verbot, sich von ihr loszukaufen, wie dies von den letzten Hofdekreten angeordnet worden war, waren nur die Vor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

boten der definitiven Entscheidung über die Beteiligung der Juden an den staatlichen Militärlasten. Bereits seit längerer Zeit wurde in Wien über eine endgültige Regelung der Judenverhältnisse verhandelt, durch welche auch die Verbindlichkeit der Juden gegen den Staat überhaupt genau fixiert werden sollten; unter diesen war allerdings außer der Pflicht, Steuern zu zahlen, für die Juden die allerwichtigste die Militärpflicht, da sie ihnen immer noch neu zu sein schien. Es ist mir hier nicht möglich, mich über den Verlauf der Wiener Vorverhandlungen zu verbreiten, das Endresultat muß genügen. Am *3. August 1797* wurde das sogenannte *Systemal-Judenpatent* erlassen, das die Rechtsverhältnisse der Juden in Böhmen auf lange Zeit hinaus regelte.[33] In seinem VII. Teil befaßte es sich mit den Pflichten der Juden gegen den Staat; der Militärpflicht war § 62 gewidmet. Er lautete:

„Ingleichen sind die jüdischen Unterthanen, wie die christlichen zur Militärstellung geeignet, und daher alle wegen der Rekrutierung bestehenden Vorschriften auch auf die Juden anzuwenden, gleichwie denn auch alle bisher wegen Geldreluierung von der Militärgestellung ergangenen Verordnungen hiermit für Böhmen ausdrücklich aufgehoben werden."

Diese deutlichen Worte bezeichneten das Ende der bisherigen Praxis bei den Judenrekrutierungen. Die Rechtsgleichheit von Christ und Jude war ausdrücklich verordnet. Aber auch jetzt gaben die Juden noch nicht die Hoffnung auf und bei ihrer Agilität versuchten sie wieder und wieder, das ihnen ungünstige Gesetz rückgängig zu machen. Der Erfolg davon war, daß in den nachfolgenden Jahrzehnten noch öfter über die jüdische Militärpflicht und die von den Juden ständig angebotene Reluierung derselben in Geld verhandelt wurde. Es setzten da auch noch Bemühungen um eine Revision des Systemalpatentes ein, über die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch einigemal verhandelt wurde.[34]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Diese Arbeit soll nur ein Beitrag zur Geschichte der Militärpflicht der Juden in Böhmen sein, u. zw. deshalb, weil eine wahrhafte und definitive Darstellung der Entwicklung dieser Frage auch das Durchstudieren einer großen Menge fremden, in Prag nicht zugänglichen Archivmaterials erfordert. Gearbeitet wurde nach dem im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag hinterlegten Aktenmateriale des böhmischen Landesguberniums, Abteilung militare aus den Jahren 1786–1795 und 1796–1805. Beim Zitieren dieser Quellen verwende ich das festgesetzte Zeichen ČG. 1785–95, Mil. 39/1 und ČG. 1796–1805, Mil. 35/2. Es handelt sich hiebei um das Aktenmaterial des Amtes, das die jüdischen Militärverordnungen zum Teil durchführte und über die Sache seine Gutachten und Wohlmeinungen an die Zentralbehörden nach Wien erstattete, wo die Entscheidungen getroffen wurden. Die Wiener Verhandlungen, soweit ich sie in meiner Studie berühre, sind mir aus der Literatur bekannt, die ich am gehörigen Ort zitiere. Das uns erhaltene, benützte Archivmaterial hat für unser Thema einzigartige Bedeutung, da andere Akten darüber auf unserem Staatsgebiet nicht erhalten geblieben sind. Ich meine damit hauptsächlich das Aktenmaterial des ehemaligen Militärkommandos und der Kommanden der einzelnen Werbebezirke, bei denen es mir nicht gelang, auch nur ein unbedeutendes Bruchstück aufzufinden. Über das Verhalten Kaiser Josefs II. zu den Juden vgl. *Paul Mitrofanov*, Josef II., seine politische und kulturrelle Tätigkeit, 2. Teil (Wien-Leipzig, 1910), S. 720f.

[2] Sieh u. a. Ludwig Singer: „Zur Geschichte der Juden in Böhmen in den letzten Jahren Josefs II. und unter Leopold II." im Jahrbuch d. Ges. f. Geschichte d. Juden in d. čechosl. Republik, Jahrg. VI (Prag 1934), S. 218.

[3] Vergleiche außer der bereits bekannten Arbeit L. Singers im VI. Bande des Jahrbuchs, das, was in dem älteren, aber für den Historiker wertvollen Werke Hock-Bidermanns „Der österreichische Staatsrath (1760–1848)", Wien 1879, S. 379 u. ff. über die Sache geschrieben steht.

[4] Das böhmische Gubernium gab dies allen Kreishauptleuten und dem Prager Magistrat mittels besonderen Rundschreibens vom 17. Juli 1788 bekannt. Arch. d. Min. d. Innern: ČG. 1785–95, Mil. 39/1.

[5] Sieh die Zuschrift des böhmischen Militärlandeskommandos an das Gubernium vom 25. Juli 1788 – ČG. 1785–95, Mil. 39/1.

[6] Es geschah so mit der Zuschrift an die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei vom 31. Juli 1788.

[7] *J. V. Prašek:* „Die Regierung des Kaisers Josef II.", Teil I (Prag 1903), S. 491. – Dem Prášek ist bei seiner Schilderung der Begebenheiten höchstwahrscheinlich das Hofdekret vom 18. August 1788 entgangen, denn sonst hätte er nicht den Satz schreiben können: „Befreit von der Militärpflicht waren die Rabbiner, jüdischen Lehrer und die Söhne der Vorsteher in der Judengemeinde."

[8] Sieh über ihn *A. Stein:* „Geschichte der Juden in Böhmen" (Brünn 1904, S. 129).

[9] Jeiteles besaß auch die guberniale Bewilligung, die ärztliche Praxis auch bei Christen auszuüben und war auch an der medizinischen Fakultät der Prager Universität tätig.

[10] Nähere Angaben über sie findet der Leser in der Studie von *Guido Kisch:* „Die Prager Universität und die Juden. (Mit Beiträgen zur Geschichte des Medizinstudiums)" im Jahrbuch d. Ges. f. Gesch. d. Juden in d. čsl. Republik in Band VI,

[11] In ihrem Gesuche vom 26. September 1788 heißt es: „In jedem Kreise befindet sich ein ratificirter Rabiner, und die Vorsteher und Aeltesten der Gemeinden genüssen mit denen Honoratioribus einerlei Rechte, aus diesem Grunde nun, und auch, weil, wenn dergleichen Männer zu Militärdiensten verwendet werden sollten, solches in der Ausübung des Gottesdienstes und in Verwaltung der Angelegenheiten der Gemeinden, große Unordnung verursachen würde, bitten Unter-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zeichnete Euere Maiestät allerunterthänigst, daß Allerhöchst Dieselben gnädigst geruhen mögen, die ratificirten Rabiner, auch Vorsteher und Aeltesten der Gemeinden der Böhmischen Landes-Judenschaft ebenfalls von dem Conscriptions-Sistem allergnädigst zu befreien." – ČG. 1786–1795, Mil. 39/1.

12 Elias Baruch schickte sein Gesuch am 13. Oktober 1788 an die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei in Wien. Wir erfahren aus ihm recht interessante Mitteilungen über das Leben dieses jüdischen Würdenträgers auf dem böhmischen Lande. So wissen wir von ihm, daß er die ganze Dauer des siebenjährigen Krieges hindurch Kontributionseinnehmer im Königgrätzer Kreise war. Die Würde eines jüdischen Landesdeputierten für den Chrudimer Kreis bekleidete er im Jahre 1788 bereits das 18. Jahr, indeß er Landesdeputierter für das Königgrätzer und Bydžower Gebiet erst vom Jahre 1788 an war. Er war auch Tabakhauptverleger im Königgrätzer Kreis. An Kontribution zahlte er jährlich 1200 fl.

13 Die Erledigung des Eidlitz'schen Gesuches dauerte von allen am längsten. In seinem Gesuche an das Gubernium vom 2. November 1788 betonte er, daß er zu den jüdischen Würdenträgern gezählt werden müsse; sei er doch vereidigter Landesadvokat, habe die juridischen Studien absolviert und sei Mitglied der Fakultät. Das Gubernium überlegte nach dem Antrage des Referenten Rosenthal, ob er ebenso wie die jüdischen Ärzte und Professoren Jeiteles, Joss und Kisch unter die Würdenträger gerechnet werden könne und verlangte der juridischen Fakultät der Prager Universität eine Äußerung über seine Studien und sein Verhältnis zur Fakultät ab. Die Äußerung der Fakultät war für Eidlitz ungünstig: Eidlitz sei nie ihr ordentlicher Hörer gewesen (was früher nicht einmal gut möglich gewesen war), habe an ihr keine Prüfung abgelegt und sei nicht Mitglied der Fakultät. Das Gubernium wies deshalb sein Gesuch ab. Eidlitz berief sich jedoch zum Kaiser und ersuchte ihn unterm 28. Dezember 1788 um die Befreiung von der Militärpflicht, allein auch diesmal ohne Erfolg.

14 Näheres über den Hergang bei den Verhandlungen bietet die bereits zitierte Arbeit *L. Singers* „Zur Geschichte der Juden etc.".

15 *Singer*, l. c., Seite 208 u. ff.

16 *Singer*, l. c., Seite 225 u. ff.

17 Bei dieser Gelegenheit gebrauchte der Kronprinz Franz von ihnen folgende Worte: „Ich bin mit dem voto des Grafen von Hatzfeld allerdings verstanden, umso mehr, als die Juden, wie man es häufig beweisen kann, auf keine weise zum militär taugen, vielmehr demselben ihrer zaghaftigkeit wegen schädlich sind."

18 *Singer*, l. c., Seite 237.

19 Arch. d. Min. d. Innern: ČG. 1786–95, Mil. 39/1.

20 Arch. d. Min. d. Innern: ČG. 1786–95, Mil. 39/1, Nr. 2199.

21 Leider hat sich gerade dieses große wertvolle Verzeichnis der Prager tauglichen Juden bei der Zuschrift des Prager Magistrates an das Gubernium nicht erhalten und es ist bei der letzteren auch nicht einmal vermerkt, wohin diese wertvolle Beilage abgeschickt wurde. Alle meine Bemühungen, sie aufzufinden, waren vergeblich.

22 Das Konzept der Gubernialäußerung, die Gubernialrat Hennet in den Grundzügen beantragt und Kanzelist Lederer definitiv konzipiert hatte, wurde von Lamoth einfach gestrichen. Diese Tatsache mag ein Beleg sein für die große amtliche Machtvollkommenheit Lamoths, der sich getraute, sogar Anträge seines dienstälteren Kollegen Hennet abzuändern.

23 Für die Prager Juden unterschrieben es: Markus Salomon Eidlitz, Moyses Voges, Gabriel Schmelkes. Wolf Zappert, Joseph Wiener, Michael Jurist, Dawid M. Taussig, Abraham Wiener, Dawid Lucka, Moses Schlesinger, Jonathan Buntzl und Elias Lewi.

24 Die Juden unterstützten ihr Gesuch mit etlichen amtlichen Belegen: Einer Zuschrift des Prager Magistrates an die Prager Judengemeinde vom 22. September 1793, mit der der Inhalt des Hofdekretes vom 10. August 1792 bekanntgegeben worden war, einer Zuschrift des Magistrats vom 22. Juni 1793, mit welcher den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juden bekanntgegeben wurde, daß sie 41 Rekruten zu stellen haben, ferner mit einer Zuschrift des Magistrats vom 29. August 1793, der den Juden den Inhalt der Gubernialordnung vom 18. Juli 1793 kundgab, und endlich mit einer Abschrift des Intimats des Landesguberniums an den Prager Magistrat vom 18. Juli 1793.

[25] In dem mir zugänglichen Archivmaterial habe ich aber die Antwort der Prager Juden vergebens gesucht. Es gelang mir nicht, in den Akten auch nur eine Erwähnung davon zu finden, daß die Prager Juden dem Gubernium irgendein Verzeichnis ihrer tatsächlich untauglichen, aber in den Konskriptionsbogen unter die Tauglichen eingetragenen Leute eingesendet hätten. Am Wahrscheinlichsten ist, daß die Juden, da sie wenig Belege für ihre Behauptungen hatten, dem Gubernium lieber nicht antworteten.

[26] Der Kaiser wiederholte damit sein früheres Urteil über die Juden, das er noch als Kronprinz vorgebracht hatte.

[27] Bei diesen Letztgenannten wurde die Befreiung von der Militärpflicht, so wie dies bei den Christen praktiziert wurde, bedingt festgesetzt.

[28] Solche Bedenken äußerte z. B. der Rakonitzer Kreishauptmann in seiner Zuschrift an das Gubernium vom 13. Juni 1794.

[29] Sieh die Relation des Berauner Kreishauptmanns an das Gubernium vom 6. Juli 1794.

[30] Relation des Bydžower Kreishauptmanns vom 8. Juli 1794.

[31] Arch. d. Min. d. Innern: ČG. 1796–1805, Mil. 35/2.

[32] Ich bringe hier um des Interesses willen, damit man sehe, wie die Evidenz der tauglichen Juden gehandhabt wurde, das Verzeichnis der abwesenden Stadt-Teplitzer Juden zum Abdruck: (Siehe S. 301).

[33] Mit dem Inhalte dieses Patentes hat den Leser dieses Jahrbuches der Artikel von *Dr. Simon Adler*: „Das Judenpatent von 1797" (Jahrb. d. Ges. f. Gesch. d. Juden i. d. čsl. Republik, V. Jahrg. 1933) bekanntgemacht.

[34] Die späteren Verhandlungen über die jüdische Militärpflicht sind nicht minder interessant; ich hoffe, daß ich Gelegenheit haben werde, später darauf zurückzukommen. Hier kann ich nur auf einen weiteren Versuch der Juden um Bewilligung der Reluierung für die Militärpflicht, auf die Entwicklung der jüdischen Militärlasten zur Zeit der Napoleonischen Kriege und schließlich auf die sehr interessante Verhandlung über die Juden und deren Militärpflichten um d. J. 1818 aufmerksam machen, wo diese Frage u. a. auch vom ärztlichen Gesichtspunkte beurteilt wurde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sammentlicher bei der Revision pro Anno 1797 zum Militär Stand aufgenommenen anwendbaren Juden als:

Name der Herrschaft	Name des Ortes	Haus Nro.	Namen	Jahr alt	Stand	Qualifikation	Maß			Anmerkungen	zum	
							Schuh	Zoll	Strich		Feuergewehr oder Staats-Infanterie	Fuhrwesen
Teplitz	Teplitz	3	Isac Popper	21	ledig	klein	5	1	—	Den Angeben nach unwissend wo	—	—
		5	Lasar Singer	21	„	groß	5	6	—	—	—	—
		6	Aron Goldstein	20	„	klein	5	2	—	Mit Bewilligung des Werbbezirks-Commando bei der Armee in Italien	—	—
		16	Nathan Willner	23	„	„	5	2	—	Sollen sich den Angeben nach in Schönburgischen aufhalten	—	—
		16	Joachim Willner	21	„	„	5	3	—		—	—
		18	Friedman Birnbaum	21	„	„	„	„	—	Seit 1 Jahr unwissend wo	—	—
		20	Samuel Fischer	21	„	groß	5	5	—	Verheirath in Dresden ohne Bewilligung	—	—
		21	Nathan Berner	23	„	„	„	„	—	Unwissend wo	—	—
		21	Lasar Berner	21	„	„	„	„	—		—	—
		23	Isac Walter	19	„	klein	5	2	—	Ist bereits 1 Jahr unwissend wo	—	—
		28	Marcus Blaufuss	27	„	„	„	„	—	Auch unwissend wo	—	—
		31	Adam Spitz	27	„	groß	5	6	—	Angeben nach ins Ausland ausgetretten	—	—
		39	Raphael Freudberg	31	„	„	5	7	—	Seit 8 Monaten unwissend wo	—	—
		133	Marcus Herschel	20	„	klein	4	11	2	Ist von seiner langen Krankheit sehr entkräftet und wegen Mangel der Maas untauglich	—	—

Summa der Präsenten . . . . . 1 Kopf
Summa der Absenten . . . . . 13 Kopf
Summa zusammen . . . . . 14 Kopf

BEILAGE.

—

Im Jahre 1796 wurden die Juden zur direkten Beteiligung am Militärdienst gezwungen; es war zur Zeit, da die früheren Verordnungen über die Zulässigkeit des Loskaufs der Juden von der Militärpflicht aufgehoben wurden. Die Juden trugen diese Beschränkung ihrer früheren Begünstigung schwer und wollten lieber zahlen. Die angefügte Tabelle veranschaulicht – beim Fehlen von Quellen allerdings nur lückenhaft und bloß für die Mehrzahl der Kreise – mit welcher Zahl von Rekruten die Juden sich in den einzelnen Kreisen an der Militärpflicht beteiligten und was für ein großer Geldbetrag der Staatskasse durch die Verordnung entging, daß die Juden den Militärdienst persönlich ausüben mußten.

Z.	Kreis	Zahl der Rekrut.	Herrschaft	Sitz	Namen des jüd. Rekruten	Höhe der Geldablöse
1.	Berauner	3	Tloskau „ Amschelberg	— — —	Mendl J. Pollak Josef Pollak Jonas Ritter	420
2.	Budweiser ...	6	Přehořow Frauenberg „ Kolodĕj „ „	Přehořow Frauenberg „ Kolodĕj „ „	Mich. Kauders Lazar Ziegler Leopold Kral Joachim Lewi Samuel Mautner Eliachim Fried	840
3.	Bydžower	2	Bydžow Hořitz	Bydžow Hořitz	Simon Hlavatsch Jos. Feldscharek	280
4.	Kaurimer	16	Wlaschim Čakowitz Stadt Kolin „ „ Lieben „ „ Wysotschan Popowitz Michle Raudnitz (?) „ Schwarzkosteletz Pakoměřitz „	Stefanau Čakowitz Kolin „ „ — — — — — — — — — — —	Jakob Dub Adam Sommer Elias Schulhof Marcus Müller Samuel Saifir Jos. Kauders Michel Kirsch Alex. Lustig Isac Eckstein Jos. Luchs Samuel Krus Salomon Dolek Wolf Fuchs Simon Stern Aron Stein Alex. Glücklich	2240
5.	Pilsner	2	Weseritz „	— —	Jakob Krauskopf Moises Koner	280
6.	Rakonitzer ...	21	—	—	—	2940

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Z.	Kreis	Zahl der Rekrut.	Herrschaft	Sitz	Namen des jüd. Rekruten	Höhe der Geldablöse
7.	Taborer.....	12	Radenin	—	Alexander Weil	1680
			Kamenitz	—	Josef Lustig	
			Kardasch-Řečitz	—	Samuel Weigl	
			Myškowitz	—	Salomon Dubský	
			„	—	Abraham Feigl	
			Seltsch	—	Israel Frankenstein	
			Tabor	Tabor	Isac Gutmann	
			„	„	Marcus Gutmann	
			„	„	Hirschmann Mendl	
			Chejnow	—	Moises Stern	
			Weselíčko	—	Jacob Wodiczka	
			Patzau	—	Abraham Pick	
8.	Saazer	9	Dobritschau	Liebeschitz	Emanuel Kohn	1260
			Hradek	Eidlitz	Marcus Strasser	
			Dobritschau	Litschkau	Elias Heller	
			„	„	Isac Kohn	
			Hradek	Wilenz	Jacob Pollak	
			—	Ziehrau (?)	Isac Schuster	
			Maschau	Maschau	Hirsch Hirschel	
			Hradek	Eidlitz	Jacob Kohn	
			Winteritz	Rohosetz	Abraham Kohn	

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zur Geschichte der Juden in Böhmen im neunzehnten Jahrhundert.

Von Dr. František Roubík. – Deutsch von Dr. Anton Blaschka.

I.

ZUR ZENSUR JÜDISCHER BÜCHER IN BÖHMEN ZU ANFANG DES NEUNZEHNTEN JAHRHUNDERTS.

Im Juni 1789 wurde anstelle des Jesuiten P. Leopold Tirsch der aufgeklärte, gründliche, dabei aber auch unparteiische Kenner der jüdischen Religionslehre und der hebräischen Literatur Karl Fischer aus Lichtenstadt zum Prager Zensor, Revisor und Translator in hebraicis bestellt.[1] So hatte die böhmische Judenschaft den ersten weltlichen Zensor erhalten, einen Mann, dessen Weltanschauung und Gesinnung die Gewähr bot, daß mit seiner Ernennung eine günstigere Epoche in der Überwachung der einheimischen und fremden hebräischen Literatur im Lande beginnen werde. Die Tätigkeit Fischers als Zensors bis zu dessen Tode im Jahre 1844 soll uns hier nicht eingehender beschäftigen, wiewohl dies sehr verlockend wäre, – wir wollen nur an zwei markanten Beispielen zeigen, wie Fischer Inhalt und Form der damaligen hebräischen Literatur überhaupt auffaßte und wie er sich zu einigen alten Lebensfragen der jüdischen Minderheit nicht bloß in Böhmen, sondern auch in anderen Staaten Europas stellte. Es wird dadurch nur der Wahrheitsbeweis erbracht werden für die Tatsache, die wir Gelegenheit hatten auch in anderen Zweigen der öffentlichen Verwaltung jener Zeit aufzuzeigen,[2] daß nämlich die Prager staatlichen Behörden und ihre Organe die Judenfragen viel wohlwollender und liberaler behandelten, als dies in anderen österreichischen Ländern der Fall war. Dies hing freilich zu einem Großteil auch damit zusammen, daß die böhmische und namentlich die Prager Judenschaft unter allen Juden der österreichischen Länder in kultureller und teilweise auch in wirtschaftlicher Hinsicht die höchste Stufe einnahm.[3]

Zu Anfang des Jahres 1813 unterbreitete der hebräische Zensor in Budapest, Johann Nep. Alber, der ungarischen Statthalterei seine Wahrnehmungen aus seiner Praxis als Zensor hebräischer Religionsbücher und machte dabei die Behörden auf zahlreiche Verstöße gegen die geltende Moral aufmerksam, die er in dieser Literatur festgestellt hatte.[4]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Pester Zensor erhob namentlich Beschwerde dagegen, daß unter verschiedenen Schandnamen, z. B. „akum", „gojim", „nochrim" u. ä. in den jüdischen Büchern die Christen gemeint seien, ferner dagegen, daß in Österreich hebräische Bücher gedruckt werden, die absurde Stellen über die Zulässigkeit von Diebstahl, Betrug, Mord, Meineid u. dgl. enthalten; schließlich führte Alber an, die Quelle aller dieser moralisch anstößigen Anschauungen sei im hebräischen Talmud zu suchen.

Die Information des Pester Zensors mußte schlechterdings behördlich behandelt werden, schon deshalb, weil die Wiener Zentralstellen stets geneigt waren, die Tätigkeit und die Gesinnung der Juden im Reiche verdächtig zu beurteilen. Der Polizeiminister Hager legte Albers Memorandum zwar dem Wiener hebräischen Zensor Herzfeld zur Begutachtung vor, er tat dies aber mit vorgefaßtem Mißtrauen, denn er glaubte nicht an seine Unparteilichkeit, da gegen Herzfeld, der selbst Jude war, überdies soeben eine Untersuchung schwebte. Hager sandte daher das Pester Aviso auch dem Prager Zensor Fischer zur Äußerung, im Hinblick auf seine gründliche Sachkenntnis und rückhaltlose Unvoreingenommenheit, wie schmeichelhaft hinzugefügt war.

Fischer begrüßte diese Aufforderung mit Freuden als willkommene Gelegenheit, um seine grundsätzliche Meinung in dieser alten, aber stets aktuellen Streitfrage kundzutun. Schon nach sechs Wochen unterbreitete er dem Statthaltereipräsidium ein ausführliches Gutachten, das scharf und ironisch gegen den Pester Zensor zugespitzt war und dessen Mangel an Weitblick in dem Fache, das ihm am vertrautesten sein sollte, an den Pranger stellte. Fischers Analyse der Alberschen Anschuldigungen wurde zu einer entschiedenen Zurückweisung derselben und zu einer Apologie der böhmischen Judenschaft gegen die stets von neuem erhobenen Beschuldigungen. Fischer hatte sich bei der Ausarbeitung größtenteils der Argumente bedienen können, die er bereits in seiner handschriftlichen Talmudstudie vom Jahre 1802 zusammengetragen hatte; er wies die Beschwerden Albers entschieden zurück und nahm sich der böhmischen Judenschaft warm an gegen die stets von neuem vorgebrachten Anschuldigungen.[5]

In der Antwort auf die Behauptung des Pester Zensors betreffs der angeblichen Schandausdrücke für die Christen in den hebräischen Religionsbüchern bemerkte Fischer gleich von vornherein, Alber bringe da nichts Neues vor, sondern wärme schon vielmals widerlegte Dinge auf, und schloß zum Beweise eine knappe historische Übersicht dieser Frage an. Schon die alten Judenbücherzensoren aus dem Jesuitenorden, als Preisler, Haselbauer, Zelený, Lau und Tirsch, hatten die Juden stark im Verdacht, die genannten Bezeichnungen seien auf die Christen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gemünzt, sie bemühten sich daher mit Unterstützung des erzbischöflichen Konsistoriums, welches auch für die hebräischen Bücher die ordentliche Zensurbehörde darstellte, mit allen Mitteln der jüdischen Bücher habhaft zu werden, indem sie die Juden in Prag und auf dem Lande in ihren Häusern mit Haussuchungen überrumpelten, um dann die Bücher zu verbrennen und zu verstümmeln. So war es lange Jahre gegangen und die Juden hatten auf diese Weise viele tausende ihrer hebräischen Bücher eingebüßt. Die Angst der Juden vor dieser Zensurpraxis war so groß, daß sich der neue Prager Oberrabbiner David Oppenheim gar nicht getraute, seine große Bibliothek aus Deutschland nach Prag zu schaffen.[6] Die Juden setzten sich wohl zur Wehr, indem sie sich an den Hof und an die landesfürstlichen Behörden um Schutz wandten, doch die Jesuiten als Zensoren erlahmten nicht in ihrem Kampfe gegen die hebräischen Bücher. Die Beschwerden verfehlten ihr Ziel — die Juden vermochten nur selten mit ihrem Einspruch durchzudringen. Die heftigen Kämpfe fanden erst im Jahre 1767 ein Ende, als die geistlichen und weltlichen Vorsteher der Prager Judenschaft beim Konsistorium schriftlichen Protest einlegten, den Fischer seinem Gutachten in deutscher Übersetzung beischloß. Der erste Teil der Protestschrift bestand eigentlich aus der Predigt des hervorragenden Prager Rabbiners Scholem Jeiteles, der schon vorher in seinen Büchern versucht hatte, ähnliche Anschuldigungen gegen die Juden zu widerlegen. Jeiteles erklärte in der erwähnten Predigt die tatsächliche Bedeutung der verdächtigten Wörter, die angeblich zur Bezeichnung der Christen dienen sollten. So bedeutet „akum" Sternendiener, also Götzendiener, „gojim" sind die Heiden, Barbaren, „nochrim" die Fremden, „cusim" Samariter, „mumor" ist ein gebürtiger Jude, der nicht nach seinem Glauben lebt, „karaer" sind die Saduzäer, „mossur" ist ein in seinem Herzen schwankender, lügenhafter, falscher Mensch, „apikoros" ist ein Gottesleugner, „min" ein Ketzer usw. Jeiteles wies nach, daß mit allen diesen Ausdrücken alte Völker, Abtrünnige, Epikureer und keinesfalls die Christen gemeint seien, denen nach seinem Wort die Juden nur alles Gute wünschten, da sie von ihnen gut behandelt würden. Bezüglich der angeblich anstößigen Stellen des Talmuds machte Jeiteles aufmerksam, daß es nicht angehe, den Talmud wörtlich zu nehmen, da dessen unklare Fassung mit ihren zahlreichen Vergleichen zunächst für die Gelehrten berechnet sei, so daß zum Verständnis des Buches unbedingt ein ausführlicher Kommentar erforderlich sei. Diese Auslegung und Verteidigung von Jeiteles bildete die Unterlage des Memorandums der jüdischen Gemeinde vom Jahre 1767, das von hervorragenden Mitgliedern der Prager Judengemeinde unterzeichnet war: Ezechiel Landau, Majer Sohn des Rabbiners Fischel Bunzlau, Judas Löw Kassowitz, Salamon

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Salman, Sohn des Rabbiners Gumpel Emerich, Moises Günzburg Spira, Josef Lieberles, Israel Sohn des Rabbiners Simon Spira Fränkel, Jakob Isaak Austerlitz, Natan Epstein, Isaak Katz Poppers, Hirsch Elbogen, Bezallel, Sohn des Rabbiners Hirsch Sobotka und Salomon Jeiteles, damals Vorzensor der jüdischen Bücher und eigentlicher Autor dieser Erklärung. Das Memorandum belegte durch Zitate verschiedener jüdischer Autoren, daß mit den erwähnten Ausdrücken nicht die Christen gemeint sind, und betonte, daß die Juden nur den Frieden wünschen und daß ihnen ihre Religion gebiete, nur Gutes zu tun. Die Prager Judengemeinde ließ den Inhalt dieses Memorandums auch in allen Prager Synagogen mit der Erklärung kundmachen, sie wollten hier leben, bis sie glorreich zu Sion aufsteigen, wohin der Erlöser kommen werde. Das Prager Konsistorium genehmigte den Wortlaut dieser jüdischen Erklärung und der Zensor P. Leopold Tirsch S. J. schloß ihr noch die schriftliche Bewilligung bei, daß diese Auslegung zur Information in alle jüdischen Bücher in Böhmen eingelegt werden dürfe. Zu diesem Zwecke wurde von besagter Auslegung ein noch knapperer Auszug hergestellt, des Inhaltes, daß unter den angeführten Bezeichnungen nicht die Christen zu verstehen sind, für die die Juden im Gegenteil beten. Diese gedruckte Erklärung wurde dann auf die Titelblätter sämtlicher von der Jesuitenzensur bewilligten jüdischen Bücher eingeklebt; bis zum Jahre 1795 wurden damit nicht bloß über 39.484 jüdische Bücher in Böhmen versehen, sondern auch die Manuskripte hebräischer Bücher noch vor ihrer Vorlage zur Zensur. In gleichem Sinne widerlegten die erwähnte Anschuldigung in ihren Arbeiten auch zahlreiche andere Prager jüdische Autoren, so z. B. der Rabbiner Eleazar Flekeles in seinen Büchern „Olas chodesch" vom Jahre 1785, „Olas Zibbur" vom Jahre 1787, „Schailos vetschuvos" vom Jahre 1808, der Rabbiner Baruch Jeiteles im Buche „Taam hammelech" (Brünn, 1802) u. v. a. m. Flekeles Erklärung aus dem Buche „Schailos vetschuvos" wurde von dem Prager Juden Markus Fischer übersetzt und im Jahre 1813 gedruckt herausgegeben unter dem Titel „Geist des Judenthums".[7] Sollte sich der Pester Zensor durch alldas nicht von der Unrichtigkeit seiner Meinung überzeugen lassen — schließt Fischer ironisch diesen ersten Teil seines Gutachtens —, so müßte er ein neuer Polyan sein, der hartnäckig an der Meinung festhielt, daß die Sonne in Wirklichkeit nicht größer sei als ein Teller, wie sie uns am Himmel erscheint, oder ein neuer Anaxagoras, der den Schnee für schwarz hielt.

Nach diesem Versuch, den ersten Punkt der Alberschen Anschuldigung zu widerlegen, unterzog Fischer auch die weitere Behauptung des Pester Zensors einer ablehnenden Kritik, daß nämlich die hebräischen Bücher anstößige Stellen enthielten, wo Diebstahl, Betrug, Mord,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Meineid u. dgl. gutgeheißen würde. Das ist ein irriger Gemeinplatz – behauptet Fischer –, nirgends hat er es ausdrücklich gelesen. Im Gegenteil, viele Rabbiner der alten und neuen Zeit schreiben ausdrücklich in ihren Büchern, daß es dem Juden unter keinen Umständen erlaubt sei, so zu sündigen. So der Prager Oberrabbiner Ezechiel Landau, gest. 1793, der gleichzeitig das Oberhaupt der Judenschaft und Rabban, d. h. der größte Lehrer seines Volkes war; er verbietet in seiner Schrift „Noda bihudo" seinen Glaubensgenossen alle diese Sünden ohne Ausnahme. Landau widerlegte hier neuerdings die vermeintliche Bedeutung der oberwähnten Ausdrücke für Fremde und erklärte ausdrücklich, Mord und Diebstahl sei den Juden verboten wegen des „Mammons" der Juden und Christen.[8] Fischer stand in guten, freundschaftlichen Beziehungen zu Landau, der ihm noch vor Zusendung der Fortsetzung seiner Schrift „Zijim lenephesch" in einem Privatbrief mitteilte, er schärfe seinen Glaubensgenossen auf das nachdrücklichste ein, die Völker zu ehren, in deren Schatten die Juden Schutz finden. Auch unter den Juden gibt es natürlich Diebe und Betrüger wie in jedem andern Volke – fährt Fischer in seiner Apologie fort –, doch daran sind nicht die Religionsbücher schuld. Übrigens hat sich unter den Verbrechern in Böhmen schon lange kein Jude befunden, der wegen Mordes, Geldfälschung u. dgl. angeklagt worden wäre. Gäben die jüdischen Bücher die Anleitung dazu, müßten sich die Folgen davon zeigen, – Fischer kennt jedoch aus der Zeit seines fünfunddreißigjährigen Prager Aufenthaltes keinen einzigen ähnlichen Fall. Ähnlich verhält es sich mit der angeblichen Gutheißung des Meineides. Der Pester Zensor solle wenigstens die Schrift „Noda bihudo", erschienen in Prag im Jahre 1776, und das Buch „Schailos vetschuvos" vom Jahre 1808 durchlesen, dort werde er finden, daß der Rabbiner Ezechiel Landau, vom Prager erzbischöflichen Konsistorium ausdrücklich befragt, ob den Juden der Meineid erlaubt sei, um die Ehre des jüdischen Gesetzbuches zu retten, dies entschieden verneint habe, und auf Fischers Anfrage bestritt dies auch der Rabbiner Eleazar Flekeles. Fischer stützte seine Verteidigung auch auf das Buch des Moises Philipson „Über die Verbesserung des Judeneids", das im Jahre 1797 zu Neustrelitz im Auftrage der kurfürstlichen Justizkanzlei zu Hannover erschienen war. Übrigens komme der Meineid bei allen Völkern vor, – so schließt Fischer den zweiten Teil seiner Kritik.

Es war also noch auf Albers Behauptung zu antworten, daß alle diese moralisch bedenklichen Grundsätze auf den Talmud zurückgehen. Eingangs dieses Abschnittes seiner Replik hielt es Fischer für nötig, einen kurzen Bericht über die zwei Hauptteile des Talmud zu geben. Die Mischna enthält das eigentliche mündliche Gesetz, das Moses vom Berge Sinai gebracht und das stets nur mündlich den siebzig ältesten Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

überliefert wurde, bis zur Zeit des Rabbiners Juda des Heiligen (Judas Hakkodosch), der es endlich aufschrieb. Der zweite Teil des Talmud, Gemoro, schließlich ist die Kodifizierung der Auslegungen, Nachträge, Sentenzen und Disputationen der ältesten Rabbiner. Fischer bestritt keineswegs, daß der Talmud tatsächlich einige Stellen enthalte, die dem modernen Moralempfinden fremd und anstößig erscheinen, aber er wies gleichzeitig darauf hin, daß sich auch in der Bibel viel Unrichtigkeiten, Zweckloses und offenkundig anstößige Stellen, Obszönitäten, Fabeln u. dgl. fänden, so daß sie Luther das Buch aller Ketzer genannt hätte, ja sogar der Plan aufgekommen sei, aus der Bibel einen einwandfreien Auszug herzustellen. Der Talmud fand also trotz seiner bekannten Mängel in Fischer einen Anwalt; er berief sich dabei namentlich auf Johann Buxtorf, Professor des Hebräischen in Basel, der sich über den Wert des Talmud in der Vorrede seines chaldäisch-talmudisch-rabbinischen Lexikons lobend ausgesprochen hatte. Fischer konnte sich in dieser seiner Apologie auch auf das Urteil seines Vorgängers P. Leopold Tirsch über das Buch des Prager Oberjuristen Lazar Flekeles „Olas Zibbur" vom Jahre 1787 berufen, in welchem der Zensor nichts gegen die Toleranz vorgefunden und ihm im Gegenteil das Zeugnis rückhaltloser Loyalität zur Regierung hatte ausstellen und es gegen eine eingelangte Anzeige hatte in Schutz nehmen müssen. Im Schlußteile seiner Äußerung machte Fischer aufmerksam, seine Absicht sei nicht, den Talmud ohne Ausnahme zu verteidigen, sondern er glaube im Gegenteil, daß aus dem Gemoro viel Anstößiges auszuscheiden sei, überhaupt viele jüdische Bücher ihres Inhaltes wegen die größte Aufmerksamkeit der Zensur verdienten.

So hatte Fischer die drei Hauptanschuldigungen Albers einer sachlichen Kritik unterzogen. Zum Schluß kam er noch polemisch auf einige Bemerkungen des Pester Zensors zurück, durch welche er sich in seiner amtlichen Funktion eines hebräischen Zensors gekränkt fühlte. Alber hatte nämlich gleich eingangs seiner Beschwerde einige vermeintlich anstößige Stellen aus dem Buche „Schailos vetschuvos" angeführt, das in Prag im Jahre 1810 mit Genehmigung der Prager Zensur erschienen war. Fischer konnte sich in dieser Sache auf die Präsidialentscheidung über sein Gutachten vom Jahre 1810 berufen und nur darauf hinweisen, daß derartige Bücher nur für Gelehrte geschrieben seien, nicht für Halbgebildete und für das einfache Volk, das sie nicht verstehen könne. Fischer nahm sich bei dieser Gelegenheit auch des Wiener Zensors an und erklärte sich mit ihm solidarisch hinsichtlich der Alberschen Einwände bezüglich einiger in Wien und in Lemberg erschienenen hebräischen Bücher: „Jadchasaka", „Sanhedrin", „Schulchan aruch", „Choschon hammischpat" und „Hilchoth gedoloth". Und wieder kam er mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einigen Bemerkungen auf die Erklärung vermeintlich auf die Christen gemünzter Ausdrücke zurück; am Beispiel der Bezeichnung „akum" zeigt er, daß der Pester Zensor eigentlich das Hebräische nicht gründlich beherrsche. Zuguterletzt berührte Fischer Albers Andeutung bezüglich des verbotenen Buches „En Jacob", in dem angeblich Christus vorkomme, ferner die Behauptung, daß noch gegenwärtig die Christen von den Juden zu Ostern verflucht würden, und schließlich, daß Alber diese Angaben von getauften Juden habe. Fischer stellt nicht in Abrede, daß die Juden früher, namentlich im Buche „Machsor", absurde Bezeichnungen für die Christen anwendeten, aber er betonte, daß sich in den zu Prag gedruckten Büchern solche Ausfälle, die die Juden aus der jahrhundertelangen Unterdrückung ihres Volkes erklären, nicht vorfinden. Den getauften Juden sollte der Pester Zensor nicht alles glauben – er müßte dann auch die Fabeln vom Christenblute glauben oder davon, daß sie auf das für die Christen bestimmte Fleisch pissen und daß sie die Christen mit den Worten „Sched wilkumen" (der Teufel sei willkommen) begrüßen, und ähnlichen Unsinn. Es ist bekannt, daß viele getaufte Juden im geheimen auch weiterhin Juden bleiben und daher keinen Glauben verdienen. P. Tirsch, der sehr viele Juden getauft hatte, wollte mit ihnen – bis auf zwei Ausnahmen – nichts mehr zu tun haben. Falls der Pester Zensor erfahren wolle, wie weit der Haß der getauften Juden gegen ihre ehemaligen Glaubensgenossen führe, so solle er das Buch von Johann Wülfer lesen: „Theriaca judaica ad examen revocata", erschienen zu Nürnberg 1681. Albers Anzeige lasse keine andere Erklärung zu – schließt Fischer sein Gutachten –, als daß P. Joh. Nep. Alber, der Priester, Professor des Hebräischen und der Hermeneutik des Alten Testamentes und Revisor der hebräischen Bücher in Ungarn, nur geringe oder gar keine Kenntnisse auf dem Gebiete der rabbinischen und Talmudsprache besitze und sich wohl von einem getauften Juden beraten lasse, der stets neue und längst widerlegte Verleumdungen erdenken werde.[9]

Fischers Gutachten klang also entschieden gegen die Anschuldigungen des Pester geistlichen Zensors aus und der Laiengeist des Josefinismus von ehedem war unverkennbar. Doch das alte Mißtrauen der landesfürstlichen Behörden in der Judenfrage und in der Auffassung ihrer Stellung zum christlichen Staate vermochte es nicht zu beseitigen. Der Präsidialreferent Twrdy, der den Bericht des Präsidiums an die oberste Polizeistelle abfaßte und der manchmal in Judenfragen einen sehr objektiven Standpunkt einzunehmen verstand, unterließ nicht darauf hinzuweisen, dem Fischerschen Gutachten zum Trotz und ungeachtet aller Beteuerungen der Juden sei das kunstvolle Gespinst und die verfänglichen Wendungen in den jüdischen Büchern nicht zu verkennen und es sei nötig, auf die Juden stetig ein wachsames Auge zu haben, da

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sie von allen Völkern in ihren religiösen Grundsätzen abweichen. Betreffs konkreter Fragen bemerkte das Präsidium, man solle den Wiener Zensor zur Verantwortung ziehen, daß er anstößige Stellen über Kruzifixe und Wandbilder durchgelassen habe.

Fischer war freilich nicht gewillt, die gesamte hebräische religiöse Literatur und etwaige Entgleisungen von hebräischem Religionsfanatismus kritiklos in Schutz zu nehmen, aber er verfolgte während seiner langjährigen Zensurpraxis aufmerksam und kritisch die gesamte Entwicklung des jüdischen Kulturniveaus in Böhmen. Bereits ein Jahr nach dem erwähnten Gutachten, Ende Feber 1814, unterbreitete er dem Statthaltereipräsidium ein umfangreiches Elaborat, in welchem er es für angezeigt hielt, übersichtlich die Erfahrungen seiner fünfundzwanzigjährigen Zensurpraxis darzustellen.[10] Gleich eingangs wies er darauf hin, die erschienenen Bibliographien hebräischer Bücher[11] ließen die interessante Tatsache erkennen, die Anzahl der jüdischen Talmudkommentatoren überwiege bei weitem die Zahl der Arbeiten über die fünf Bücher Mosis, über die Bücher der Propheten und Hagiographen, über Liturgie, Dogmatik, Homiletik, Asketik und Polemik, und nur eine verschwindend kleine Zahl jüdischer Schriftsteller und Gelehrten widme sich dem Studium der Philosophie, Mathematik, Medizin, Geschichte, Geographie und anderer Wissenschaften. Dasselbe Verhältnis lasse sich an der Hand von Fischers Zensurprotokoll, das er bereits fünfundzwanzig Jahre führt, wie auch an der Hand der Liste seines Vorgängers P. Leopold Tirsch feststellen und nach dem Inhalte jüdischer Privatbibliotheken. Fischer hat den Juden schon wiederholt vorgehalten, weshalb sie überflüssigerweise immer neue Kommentare zum Talmud herausgeben, da er doch schon hinreichend erklärt sei, und weshalb sie ihn immer wieder von neuem exzerpieren, bald von zivil-, kriminal-, bald vom finanzrechtlichen oder einem andern Gesichtspunkt, da sie sich doch nach ihrer Vertreibung und Zerstreuung nach den Gesetzen jener Staaten richten müßten, in denen sie aus Gnaden geduldet würden. Er hat ihnen geraten und zugeredet, ihre Talente nützlicher anzuwenden, wie dies ihre Glaubensgenossen zu Berlin, Dessau, Rödelheim und anderswo tun, die ihre alten Vorurteile abgelegt haben und deren Studien auf verschiedenen Wissensgebieten auch von Christen mit Beifall aufgenommen und quittiert werden.

Doch alle diese Ermahnungen und Aufmunterungen verfehlten bei den Anhängern der rabbinistischen Partei ihre Wirkung. Einzelne junge Juden ließen allerdings teils aus eigener Initiative, teils auf Fischers Veranlassung nützliche Werke erscheinen in der Absicht, der Ungeschliffenheit ihres Volkes einen besseren Anstrich zu geben. So gab im Jahre 1794 Josef Kohn Piwara ein Lehrbuch der Geometrie mit Tabellen heraus, im Jahre 1796 veröffentlichte Peter Beer, Normalschullehrer in Neu-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bidschow und später in Prag,[12] ein Buch über die Geschichte der Juden von der Erschaffung der Welt bis zur Rückkehr aus der babylonischen Gefangenschaft, im Jahre 1802 gab die „Gesellschaft junger Hebräer" sieben Hefte einer jüdischen Zeitschrift in deutscher Sprache zur Bildung der jüdischen Jugend heraus, im gleichen Jahre Simson Hamburger und Isaak Mahler ein hebräisch-deutsches Wörterbuch, Joel Brill publizierte ein Buch über die Grundzüge der hebräischen Sprache, Isaak Hirsch übersetzte im Jahre 1805 Rambams Logik, Jakob Simon Wehle ließ im Jahre 1806 eine zweibändige deutsche Übersetzung der zwölf kleineren Propheten erscheinen und im gleichen Jahre gab Isaak Mahler das Buch der Psalmen mit der deutschen Übersetzung des Moses Mendelssohn heraus.

Alle diese erfreulichen Erscheinungen waren jedoch leider nur vorübergehend und Fischer kam bald den Ursachen dieser auffallenden Untätigkeit auf die Spur. Er sprach mit einem angesehenen Prager Juden über Beers Jüdische Geschichte, die damals in einer Berliner jüdischen Monatsschrift eine günstige Besprechung erfahren hatte, und da erklärte jener Jude, er habe allen seinen Familienmitgliedern untersagt, dieses „ketzerische" Buch zu lesen. Beers schriftstellerische Tätigkeit stieß überhaupt auf viele Hindernisse. Als Fischer einige junge Leute fragte, weshalb sie die jüdisch-deutsche Monatsschrift nicht fortsetzen, entgegneten sie, sie würden von den Rabbaniten und Talmudisten bedroht, müßten die Herausgabe einstellen, falls sie sich nicht der unaufhörlichen Verfolgung von ihrer Seite aussetzen wollten. Auch Wehle hatte mit den Rabbaniten und Talmudisten unerquickliche Auseinandersetzungen wegen der Herausgabe der zwölf kleinen Propheten und er gab dann in der Folge lieber den Talmud und rabbinische Schriften heraus, um sie nicht zu reizen. Im Juni 1807 erhielt Fischer von einem bekannten hebräischen Schriftsteller, dem jüngst (i. J. 1813) verstorbenen Rabbi Baruch (Benedikt) Jaiteles,[12a] die vertrauliche Mitteilung, er werde sich an der Prager Universität im Sinne des § 3 des jüdischen Systemalpatentes vom 3. August 1797 der Prüfung aus Weltweisheit unterziehen; er tat es aber nicht, wohl deshalb, um nicht ein Beispiel zu geben und die Regierung darauf bei Anstellung von Rabbinern aufmerksam zu machen. Im Feber 1808 beklagte sich Fischer gegenüber ein junger fähiger Jude, er müsse die von Christen entlehnten deutschen Klassiker im geheimen außerhalb der Stadt lesen, da sie von den Rabbinern und Talmudisten für ketzerisch angesehen würden (siphre minim), und er wage daher auch nicht, seine Artikel in Druck herauszugeben, um nicht gleichfalls der Ketzerei geziehen zu werden. Als weiteren Beweis solcher Zustände führte Fischer einen charakteristischen Fall aus seiner eigenen Praxis an. Vor vielen Jahren war er mit einem alten Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bekannt, der stocktaub war, so daß ihm Fischer seine Mitteilungen mit Kreide oder noch lieber mit dem Finger auf den Tisch schreiben mußte, worauf der Alte in gleicher Weise oder auch mündlich antwortete. Als ihn einst Fischer allein daheim fand, zog der Alte einen deutschen Druck des Neuen Testamentes heraus und andere deutsche Bücher, die er hinter dem Bett verborgen hatte, und vertraute ihm an, daß er sie abends beim Lampenscheine lese, wenn Weib und Kinder schliefen. Da sah jedoch der Alte durch das Fenster seine Frau zurückkehren und er warf rasch alle Bücher wieder in das Versteck. Ende Oktober 1809 fragte Fischer einen informierten Juden, warum viele talentierte Juden so wenig wissenschaftlich arbeiteten, und die Antwort ging wieder dahin, daß die Rabbiner daran schuld seien, denn sie haßten jegliche Bildung und allen Fortschritt der Juden, da sie darin für die Religion und ihr Einkommen eine Schmälerung erblickten. Es herrscht bei uns leider noch viel Finsternis – sprach damals Fischers Gewährsmann –, aber es zeigen sich schon Strahlen des Lichtes, wiewohl die Rabbiner und ihre Helfer mit aller Macht bestrebt sind, die alten Vorurteile, Pedanterien und Torheiten zu erhalten; dabei kommen sie aber untereinander aus ihren gegenseitigen Streitigkeiten nicht heraus, die unersättlichem und überspanntem Ehrgeiz, Neid, Geldgier und dem daraus folgenden Streben, die Zahl ihrer Anhänger möglichst zu mehren, entspringen. Ihre Schriften sind daher nur dürres, leeres Stroh, überspannte Spitzfindigkeiten, die dem Geiste wenig Nahrung geben, und auch ihre Predigten sind recht lebensfern. Wandernde Rabbiner kommen nach Prag unter dem Vorwand von Besuchen, in Wirklichkeit aber nur, um Geld zu schneiden, produzieren hier ihre zusammengestoppelten Manuskripte, halten Honorarpredigten und unterschiedliche Besuche und werden dafür reichlich belohnt. Die einheimischen Rabbiner beratschlagen dann mit ihnen den Kampf gegen die Bildung und den Fortschritt der Juden. Mit dem gewonnenen Gelde kehren sie heim, kommen aber nach einigen Jahren in gleicher Absicht wieder. Sie sind unverträglich, benehmen sich unanständig gegen den gelehrten Moses Mendelssohn und seine ehrwürdigen Nachahmer, intrigieren gegen die deutsche Übersetzung der fünf Bücher Mosis, der Propheten und der Hagiographen, und das Zirkular des David Friedländer gegen die deutschen Juden zeigt ihre Unverträglichkeit im rechten Lichte. Als vor mehreren Jahren in Karlsbad der hervorragende jüdische Naturforscher Markus Bloch gestorben war, Mitglied unterschiedlicher gelehrter Gesellschaften, wollte ihm keiner von den anwesenden Rabbinern selbst nicht um Geld eine Grabrede halten, da sie ihn für einen Ketzer hielten. Die Rabbiner tun, was ihnen beliebt – fuhr Fischers jüdischer Gewährsmann fort –, die Regierung erfährt selten etwas von ihrem Treiben. So zum Beispiel, als jüngst

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mittels Hofdekret angeordnet wurde, daß unter der Strafe von 100 Dukaten in Prag künftig keine Talmuduniversität zu dulden sei, kehrten sich die Rabbiner nicht daran und die jüdischen Studierenden (bocherim) werden dem Verbote zum Trotz weiter im Talmud von unbestallten Rabbinern und anderen Personen ohne Rabbinertitel unterrichtet.[13] Die aufgeklärteren Rabbiner, die dünn gesät sind, sind gegen sie machtlos. Der geistliche Konseß der Juden zu Prag (besdin) besteht nun aus drei Oberjuristen. Der erste unter ihnen, Rabbi Eleazar Flekeles, ist ein bekannter hervorragender und besonnener Gelehrter, aber sein Kollege, der zweite Oberjurist, Rabbi Samuel Landau, ist grundsätzlich in Opposition und hat die jüdische Gasse auf seiner Seite, während hinter Flekeles nur die jüdischen Gelehrten und die Honoratioren stehen. Eher ist ein Einvernehmen zwischen Feuer und Wasser zu erzielen als zwischen diesen beiden obersten Repräsentanten der Prager Judengemeinde. Der dritte Oberjurist, ein Ignorant, ist das fünfte Rad am Wagen. Wie kann also unter solchen Umständen von jüdischer Aufklärung die Rede sein? Wäre jedoch Flekeles Landesrabbiner, wie dies in Mähren der Fall ist, und hätte er zu Kollegen würdige und fähige Männer, wie die Rabbiner Daniel Joel Rosenbaum, Samuel Kauder und andere, und gäbe es auch in der Provinz bessere Rabbiner, wie zum Beispiel der Kreisrabbiner Isaak Spitz, David Levit und der Jenikauer Rabbiner Samuel Brod, so ginge es sicher besser und das kulturelle Niveau der Judenschaft würde sich heben. Noch jüngst beklagten sich bei Fischer die Herausgeber der Publikationen „Gallerie der Lecture" und „Historisches Taschenbuch für das Jahr 1814", die beide ganz deutsch geschrieben und nur mit hebräischen Lettern gedruckt sind, sie hätten nur wenige Exemplare verkauft, da es eben keine Talmudbücher sind.

Am Schlusse seines Elaborates, das neben ungeschminkter freundschaftlicher Sympathie für den Rabbiner Flekeles[14] auch im ganzen eine liberale Einstellung seines Autors zeigt, stellte Fischer dem Ermessen des Statthaltereipräsidiums anheim, wie diese Verhältnisse zum bessern gewendet werden könnten.

Das Präsidium konnte allerdings inzwischen den Inhalt des Fischerschen Memorandums lediglich einfach zur Kenntnis nehmen und es dem Präsidenten der obersten Polizeistelle Hager vorlegen. Alle diese Beschwerden waren dem Präsidium schon lange bekannt, wie dies übrigens der Referent Rat Twrdy in dem Bericht des Präsidiums hervorhob. Gerade deshalb, da alle diese Mängel ihren Ursprung in der jüdischen Religion, in der ursprünglichen Verfassung des jüdischen Volkes haben und in dessen scharfer Absonderung von allen Völkern, unter denen die Juden leben, hielt der Referent die Anwendung von strengen Maßnahmen gegen sie nicht für angezeigt, da sie leicht in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bedrückung umschlagen und Fanatismus wecken könnten. Der Referent war überzeugt, auch die indirekten, damals angewandten Mittel, wie z. B. erweiterte Schulbildung, philosophisches Pflichtstudium für die Rabbiner u. dgl., würden dieses Übel nicht völlig beseitigen, namentlich deshalb, weil die Juden zwar äußerlich diesen amtlichen Vorschriften nachkommen, innerlich jedoch bei ihrer separatistischen Gesinnung verharren. Trotz dieser skeptischen Anschauung von der Möglichkeit, die jüdischen Verhältnisse zu bessern, machte jedoch der Referent den Polizeiminister aufmerksam, daß die von Fischer vorgelegten Daten bedeutenden Wert für die Kenntnis jüdischen Wesens hätten. Fischers Elaborat erlangte zwar nicht unmittelbar praktische Bedeutung, es trug jedoch sicherlich zur besseren Orientierung der Staatsbehörden bei, die sich in der Folgezeit noch sehr oft mit Kulturfragen der Juden, ihrer Rechtslage und mit ihrem Verhältnis zum Staate befassen mußten.

II.

DIE VERSUCHE ZUR ERRICHTUNG EINES JÜDISCHEN SEMINARS IN PRAG IN DER ERSTEN HÄLFTE DES NEUNZEHNTEN JAHRHUNDERTS.

Das jüdische Systemalpatent vom 8. August 1797 machte den ersten Versuch, die Vorbildung der jüdischen Rabbiner in Böhmen zu regeln. Es schrieb für sie neben der erbländischen Zuständigkeit, der Kenntnis des deutschen Schulunterrichtes und bürgerlicher Unbescholtenheit auch die Zurücklegung der philosophischen Studien an einer inländischen Universität vor. Die Erfahrungen der Folgezeit zeigten jedoch, daß es nicht so leicht sein werde, die Juden zur Erfüllung dieser neuen Vorschriften anzuhalten, die den bisherigen Einfluß der Prager Rabbiner erheblich bedrohten. Und da die Prager landesfürstlichen Behörden schärferen Eingriffen in die religiösen Angelegenheiten der Prager Judenschaft aus dem Wege gingen, wurde auf die Erfüllung der Patentvorschriften keineswegs gedrungen und so gab es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Böhmen noch wenig Rabbiner, deren philosophische Bildung den Regierungsabsichten entsprochen hätte. Die Hauptquelle der rabbinischen Weisheit blieb daher stets nur der Talmud und dessen Kommentare und die Vorbildung der künftigen Rabbiner entzog sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einer unmittelbaren Aufsicht der landesfürstlichen Behörden. Die starke Prager Judengemeinde wies so ziemlich das höchste Kulturniveau von allen Juden der österreichischen Länder auf und war schon seit dem 16. Jahrhundert durch ihre Talmudschule weithin bekannt, die manchmal auch als Universität bezeichnet wurde und deren guter Ruf der Prager Stadt zahlreiche jüdische Studierende zuführte, nicht bloß aus den österreichischen Ländern, sondern auch aus dem Reiche. Zu Anfang des 19. Jahrhundertes wurde zwar dieser Schule die Führung des Universitätstitels als unberechtigt behördlich untersagt, aber ihr Bestand war dadurch keineswegs bedroht – unter den damaligen Verhältnissen bildete das Studium an dieser Schule die einzige Möglichkeit, sich auf die Erlangung des Rabbinertitels vorzubereiten.[1]

Die Einseitigkeit dieser fachlichen Vorbildung, die sich im Wesen nur auf das eingehende Studium und die Erklärung des Talmud und dessen Kommentare beschränkte, mußte sich allerdings in einem verhältnismäßigen Bildungstiefstande der Rabbiner äußern, gegen die sich bald in den Kreisen der intelligenteren jüdischen Laienwelt eine Opposition bemerkbar machte, denn man erblickte in ihrer konservativen Orthodoxie die Hauptursache der kulturellen Rückständigkeit der breiten Massen der ärmeren Judenschaft, namentlich auf dem flachen Lande. Schon seit dem Anfange des 19. Jahrhundertes zeigen sich daher in der Prager Judengemeinde zwei Strömungen, die eine, die schwächere, mehr liberal und auch von einigen aufgeklärteren und gebildeteren Rabbinern unterstützt, und eine zweite streng orthodoxe und konservative, der die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung, namentlich aus den mittleren und niedersten Schichten anhing. Die Frage der notwendigen Reform der Rabbinervorbildung verschwand jedoch nicht mehr vom Programm, auch die landesfürstlichen Behörden versprachen sich hievon eine Hebung des Gesamtniveaus der jüdischen Bevölkerung und eine Steigerung der Loyalität zum Staate und es bedurfte nur eines unmittelbaren Anstoßes, um über die Sache kronketere Verhandlungen einzuleiten.[2]

Die Veranlassung hiezu war Ende 1837 aus Deutschland gekommen. Der jüdische Prediger Dr. Ludwig Philippson, Redakteur der Leipziger „Allgemeinen Zeitung des Judenthums", hatte der Nr. 88 dieser Zeitung vom 24. Oktober 1837 ein gedrucktes Flugblatt beigeschlossen, in welchem er sich an alle Juden in Deutschland mit der Aufforderung wandte, Beiträge zur Errichtung einer geplanten jüdisch-theologischen Fakultät und eines solchen Seminars in Deutschland zu zeichnen. Das Flugblatt machte alle Juden darauf aufmerksam, sie stünden am Anfange des Weges zu weiteren hohen Zielen, zu einer neuen Existenz, die allerdings sorgsam vorbereitet werden müsse. An der neuen jüdischen Fakultät sollte Hebräisch, Talmud, Rabbinismus, jüdische Religionsgeschichte,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Exegese, Homiletik u. dgl. vorgetragen werden und dem Voranschlage nach mußten zu ihrer Errichtung mindestens 100.000 Taler zusammengebracht werden. Erst auf Grund des Erfolges der Subskription sollte das Statut ausgearbeitet, das Lehrerkollegium zusammengestellt und die Schritte zwecks Erlangung der behördlichen Bewilligung zur Errichtung der Lehranstalt eingeleitet werden.

Das Flugblatt wurde an alle Judengemeinden in Deutschland versandt und Anfangs November 1837 wandte sich Philippson brieflich auch an den Vorsteher der Prager Judengemeinde M. J. Landau mit dem Ersuchen, die Aktion auch in Prag zu propagieren. Landau kam dadurch einigermaßen in Verlegenheit und konnte Philippson nur antworten, die österreichischen Juden dürften zu ausländischen Sammlungen nicht beitragen; sie würden ihnen übrigens keinen Vorteil bringen, da die Absolvierung einer fremden jüdischen Fakultät nach den hier geltenden Bestimmungen zu einer Verwendung in den österreichischen Ländern nicht berechtigen würde.

Die jüdische Solidarität war es vermutlich, die Landau davon zurückhielt, diese Aktion dem Gubernium anzuzeigen, wie er als Vorsteher der Prager Judengemeinde nach den Vorschriften verpflichtet gewesen wäre. Philippsons Aufruf war jedoch dem Oberstburggrafen Grafen Chotek nicht entgangen und dieser machte am 21. März 1838 den Polizeiminister Sedlnicky darauf aufmerksam, welcher davon übrigens schon Kenntnis hatte. Sedlnicky billigte die vorläufigen Verfügungen Choteks in dieser Sache und trug ihm auf, der Aktion ein scharfes Augenmerk zu schenken. Die Postämter und das Prager Zensuramt sollten alle diese Aufrufe zurückhalten und konfiszieren und die Prager Judengemeinde sollte auf die Zwecklosigkeit dieser Aktion hingewiesen und vor der Teilnahme an der Subskription gewarnt werden. Der Prager Bürgermeister führte diesen Auftrag recht formal aus. Er ließ die Oberjuristen und Vorsteher der Judengemeinde persönlich kommen und diese versicherten ihm nach Entgegennahme der amtlichen Warnung, sie würden alles daransetzen, um die Absendung von Beiträgen ins Ausland zu verhindern. Der Vorsteher der Judengemeinde Landau sah sich erst jetzt gezwungen einzugestehen, ihm sei der Philippsonsche Aufruf auch zugegangen, und er versuchte den unangenehmen Eindruck dieser Verabsäumung seiner Amtspflicht durch den Antrag auf Errichtung einer eigenen theologischen Fakultät in Prag abzuschwächen, wodurch der Einfluß des Aufrufes aus dem Reiche paralysiert werden sollte. In seinem Schreiben vom 26. März 1838 an das Präsidium des Prager Magistrates erwähnte er eingangs die Anregung des Schulrats Homberg vom Jahre 1811 zur Errichtung einer ähnlichen jüdisch-theologischen Lehranstalt, die jedoch am Widerstand der damaligen Judenältesten und Oberjuristen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gescheitert war; er versprach sobald als möglich den Antrag auf Errichtung einer jüdisch-theologischen Fakultät in Prag für die Juden aus Böhmen, Mähren, Galizien und Ungarn vorzubereiten und vorzulegen, um von der Unterstützung des Philippsonschen Planes abzulenken; er machte sich schließlich erbötig, den betreffenden Aufruf abzufassen und auf eigene Kosten drucken zu lassen. Die Verzögerung entschuldigte Landau durch die Vorbereitungen zur Errichtung einer jüdischen Gewerbeschule, die dann aus Mangel an Geldmitteln nicht zustandekam.

Über Hombergs Antrag vom Jahre 1811 vermochten wir nichts Näheres in Erfahrung zu bringen. Es scheint, als hätte da Landau die Vorschläge der jüdischen Religionslehrer Peter Beer und Herz Homberg vom Jahre 1820 im Sinne gehabt. Beide verwiesen damals nachdrücklich auf das tiefe Bildungsniveau und den schädlichen Einfluß des Großteils der damaligen Rabbiner und empfahlen in Prag eine eigene mosaisch-theologische Lehranstalt zur Heranbildung der zukünftigen Rabbiner und Religionslehrer einzurichten. Diese beiden Anträge waren jedoch damals einerseits an dem Widerstande der Prager Judenältesten und Juristen Flekeles und Landau gescheitert, anderseits an der ablehnenden Haltung des erzbischöflichen Konsistoriums, dessen Referent, der Schuloberaufseher Caroli, die Juden für die Realisierung dieses Gedankens noch nicht für reif genug hielt.[3]

Das Philippsonsche Flugblatt war indessen auch an zahlreiche jüdische Privatadressen in Prag gelangt. Sobald Chotek auf dasselbe aufmerksam geworden war, trug er sofort dem Prager Bürgermeister auf, die Prager Judengemeinde auf die Zwecklosigkeit dieser Aktion aufmerksam zu machen, zumal da angeblich schon seit dem Jahre 1837 Verhandlungen schwebten, eine jüdisch-theologische Fakultät für die österreichischen Länder an der Hochschule zu Wien zu errichten. Diese Information beruhte jedoch auf irgendeinem Irrtum, denn auf eine Anfrage vom Mai 1838, wie weit die angeblichen Verhandlungen über die jüdische Fakultät schon gediehen seien, erhielt das Prager Gubernium Ende August den Bescheid der Niederösterreichischen Regierung, von solchen Verhandlungen sei in Wien weder der Universität noch der Judengemeinde irgend etwas bekannt.

Bürgermeister Müller begrüßte den Gedanken Landaus auf Errichtung einer jüdischen Fakultät. Er sah darin das einzige Mittel, die Judenschaft nach und nach von den alten talmudischen Überlebseln abzuwenden, ihre religiöse Bildung zu heben, und einen geeigneten Ausweg, Zeichnungen böhmischer Juden für die Lehranstalt im Reiche zu vereiteln. In der Errichtung einer theologischen Fakultät in Prag sah Müller auch den Vorteil, daß die Regierung auf diese Weise die Möglichkeit gewänne, die Vorbildung der künftigen Rabbiner zu kontrollieren,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

während eine Fakultät in Deutschland sich jeder Kontrolle entzöge. Müller empfahl daher die Annahme des Landauerschen Antrags und versprach sich von dessen Realisierung einen günstigen Einfluß auf die gesamte Judenschaft des Landes.

Erst jetzt kam Chotek auf Landaus Antrag zurück, für den er sich anfangs höchstwahrscheinlich nicht erwärmen konnte, und erbat sich Anfangs Oktober von Müller dringenden Bescheid, was für eine Aufnahme Landaus Antrag auf Errichtung einer jüdischen Fakultät in Böhmen unter der Prager Judenschaft gefunden habe. Der Bescheid klang günstig. Landaus Antrag hätte in Prag ein lebhaftes, sympathisches Echo gefunden, ja selbst die orthodoxen Oberjuristen hätten sich ihm angeschlossen. Müller hoffte, die rechte Stimmung würde sich erst nach Veröffentlichung des öffentlichen Aufrufes zeigen, und empfahl, das Anerbieten Landaus anzunehmen, zumal er den Ruf eines guten Schriftstellers genieße. Der gedruckte Aufruf zur Subskription sollte nach dem Vorschlage Müllers an die Juden in Österreich und im Auslande versandt werden, allerdings mit dem Bemerken, an eine Verwirklichung der Lehranstalt könne erst bei günstigem Ergebnis der Subskription geschritten werden. Der Antrag Landaus war noch nicht offiziell bekannt und trug schon Früchte. Der Prager jüdische Inkolatswerber Adam Günzburg widmete für die künftige jüdische Fakultät 250 fl.; der Magistrat nahm die Spende jedoch nicht an und so wurde der Betrag zur Unterstützung blinder Kinder verwendet.

Der Plan auf Errichtung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt trat jedoch damals auch in das Stadium amtlicher Behandlung, und da war es vor allem das erzbischöfliche Konsistorium, dem ein erstes Wort in dieser Frage zukam.

Wie üblich, holte das Konsistorium ein Fachgutachten ein, u. zw. von dem Direktor der Prager jüdischen Hauptschule Johann Vaníček, der seinerseits den unvoreingenommenen Kenner jüdischer Theologie Ernst Wehli zu Rate zog. Ihr gemeinsames Gutachten vom Dezember 1838 konnte sich jedoch nur auf die grundsätzlichen Fragen vom rein pädagogischen Standpunkt einlassen. Zunächst wurde auf die beiden Hauptströmungen in der Judenschaft seit Mendelssohn hingewiesen: die eine ist bestrebt, den Kern der Religion, die reine Glaubenslehre zu erhalten, und erblickt ihre Daseinsberechtigung nur in einem frommen Leben und in der tätigen Nächstenliebe, wozu die Dogmatik nur ein Mittel zum Zweck ist (in diesem fortschrittlichen Geiste wurde damals auch die Prager Hauptschule geleitet); die andere Strömung, konservativ und dogmatisch, sieht nur in der genauen Erfüllung der religiösen Vorschriften den obersten Daseinszweck und das höchste Gut. Die jüdisch-theologische Fakultät, berufen, die Rabbiner auszubilden, sollte aller-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dings nach der Anschauung der beiden Referenten vor allem Dogmatik pflegen und konnte darum nicht als Ziel und Höhepunkt des bisherigen Religionsunterrichtes gelten. Über das Programm der Fakultät konnten sich die Referenten nicht äußern, da sie ihren Unterrichtsplan nicht kannten; dieser sollte nach ihrer Meinung noch vor Veröffentlichung eines bezüglichen Aufrufes vorgelegt werden. Indem nun das erzbischöfliche Konsistorium dieses Gutachten dem Gubernium vorlegte, erklärte es sich für inkompetent, über dieses jüdische Unterrichtssystem zu urteilen, schon deshalb, da es sich um eine einfache Lehranstalt, nicht um ein Aggregat der Universität handle. In gleichem Sinne war auch die Antwort der theologischen Studiendirektion gehalten; auch hierin wurde zuerst die Vorlage des Unterrichtsplanes, bzw. der Lehrbücher des zukünftigen jüdischen Seminars gefordert. Der Magistrat erhielt daher Ende Jänner 1839 vom Gubernium den Auftrag, den Lehrplan samt einem Vorschlag der geeigneten Lehrbücher von Landau einzuholen.[4]

Dieser hoffnungsvolle Auftakt der Verhandlungen enttäuschte jedoch in der Folge die Erwartungen, welche die günstigen Relationen des Prager Magistrats geweckt hatten. Neben Schwierigkeiten finanzieller Natur, über die noch zu sprechen sein wird, war es wahrscheinlich die alte Abneigung der Prager orthodoxen Rabbiner gegen die ihre Stellung und ihren Einfluß bedrohenden Neuerungen, was die Verwirklichung des Planes Landaus gleich in den Anfängen vereitelte. Die Aufforderung des Magistrats an Landau, den Entwurf eines Statuts für die jüdische Religionslehranstalt vorzulegen, verlief erfolglos und geriet überhaupt in Vergessenheit, als von seiten der Prager Judenschaft nicht einmal der Initiator der ganzen Aktion, Landau, genug Interesse am Fortgange der amtlichen Behandlung dieser Sache an den Tag legte, wahrscheinlich weil er innere Schwierigkeiten in der Judengemeinde befürchtete. Nach seiner Aussage vom Jahre 1850, auf die wir noch zurückkommen, hätte er zwar noch im Jahre 1835 einen ausführlichen Lehrplan für die projektierte Anstalt ausgearbeitet, auf den wir noch des näheren eingehen werden, hätte ihn aber aus unbekannten Gründen nicht zur amtlichen Behandlung vorgelegt.

Es vergingen fast zwei Jahre, bevor der Plan eines jüdischen Seminars neuerdings in Verhandlung gezogen wurde. Gleich anfangs zeigte sich jedoch, daß vor allen Dingen die Frage der finanziellen Deckung das Projekt in seinen Grundlagen bedrohe. Außerdem erfuhr die Angelegenheit auch dadurch eine Komplikation, daß anfangs Juli 1841 der Status einer ähnlichen jüdischen Lehranstalt zu Padua von Wien nach Prag gelangte, mit der Empfehlung, sich dessen womöglich auch für den Plan des Prager Seminars zu bedienen. Erst jetzt entschloß sich Landau, sein Projekt zu fördern und vor allem eine hinreichende finan-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zielle Basis für dessen Realisierung zu schaffen. Dies sollte auf einer Vertreterversammlung der Prager und der Landjudenschaft geschehen. Diese kam am 3. August 1841 auf dem jüdischen Rathaus zustande. Ihr Programm bildete vornehmlich die Schlußfassung über die Verwendung des Überschusses der im vorhinein erhobenen jüdischen Steuer, der sog. Steuerrestenabschnittsgelder im Betrage von 33.326 fl. Die Summe erlag in der jüdischen Domestikalkasse zu Handen der Prager und der Landjudenschaft und sollte nach einem bestimmten Schlüssel einem von den jüdischen Vertretern zu bestimmenden Zwecke zugeführt werden.[5] Gleich nach Eröffnung der Versammlung stellte Landau den Antrag, man möge dieses Geld zur Errichtung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt verwenden, und gewann für diesen Gedanken die anwesenden Vertreter der Landjudenschaft, die sich protokollarisch verpflichteten, für den genannten Zweck die Landjudentangente, d. h. ein Drittel der erwähnten Steuergelder zu widmen, jedoch nur unter der Bedingung, wenn die Prager Judenschaft die restlichen zwei Drittel dem gleichen Zwecke zuwende.[6] Die weiteren Beratungen zeigten jedoch, daß die Teilnehmer in der Frage des jüdischen Seminars nicht einig waren. Nach Landau bat sofort der zweite Vertreter der Judengemeinde Wolf Fleckeles ums Wort; er zollte zwar der vereinbarten Lösung seinen Beifall, schwächte aber diese Erklärung durch den unmittelbaren Beisatz ab, eine zweckmäßigere Verwendung würden jene Gelder wohl für Bedürfnisse der Judengemeinde finden, für das Spital, die Normalschule, das Armenhaus u. dgl. Gegen Landaus Antrag erhob auch der anwesende Regierungskommissär seine Stimme, indem er zwei Drittel der erwähnten Summe zur Besoldung der Kreisrabbiner zu verwenden empfahl. Den Todesstoß aber erlitt das Projekt eines jüdischen Seminars durch die Erklärung der anwesenden Beamten der jüdischen Domestikalkasse, von den Steuerüberschüssen seien bereits über 30.000 fl. vergeben zur Deckung anderer Auslagen, auf Vorschüsse, auf Personalerfordernisse der jüdischen Gemeindeverwaltung und der Domestikalkasse, auf die Instandhaltung der Brunnen, der Kanalisation u. dgl., während auch andere Ausgaben der jüdischen Gemeinde immer größer würden. Die Repräsentanten der Landjudenschaft suchten zwar Landaus Antrag zu retten mit dem Hinweis, die jüdisch-theologische Fakultät zur Heranbildung guter Religionslehrer sei viel wichtiger als alle eben genannten materiellen Erfordernisse, sie blieben aber mit ihrem Antrage in der Minderheit und die Beratung wurde geschlossen, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre. Praktisch war somit Landaus Antrag begraben.

Als man demnach Ende 1841 in Prag die Anpassung des Paduaner Statuts an die böhmischen Verhältnisse erwog, hatte diese Erörterung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt keine Aussicht auf Erfolg. Der Prager Rabbiner Salomon L. Rappaport entwarf damals einen Lehrplan für das geplante jüdische Seminar,[7] berechnet auf ein acht- bis zehnjähriges Studium in drei Klassen, deren beide ersten zwei bis drei Jahre, die dritte aber drei bis vier Jahre lang besucht werden sollten. Rappaport entwickelte eingehend den Lehrgang des Seminars, der vor allem das Studium des Talmud und seiner wichtigsten Kommentare, natürlich neben dem Studium der hebräischen Grammatik und praktischen Predigtübungen umfassen sollte. Die dunkeln Stellen im Talmud und im „Schulchan aruch" sollten vom humanen Gesichtspunkt aus erklärt und die Schüler namentlich auf jene Stellen hingewiesen werden, wo die Nächstenliebe ohne Ansehen der Religion und Ergebenheit der Regierung und dem Staate gegenüber gelehrt wird. Nach Absolvierung sämtlicher Klassen des Seminars sollte den Kandidaten eine zweijährige Praxis bei einem Rabbiner vorgeschrieben sein und erst mit dem Zeugnis dieses Rabbiners sollte der Kandidat zu der Hauptschlußprüfung zugelassen werden. Dabei sollte er mehrere Fragen aus den biblischen, grammatischen, talmudischen, theologischen und historischen Fächern beantworten, in klassischem Hebräisch eine Dissertation über ein selbstgewähltes Talmudthema ausarbeiten und eine deutschgeschriebene Dissertation aus Theologie. Zum Abschluß der Prüfung sollte er eine deutsche Ansprache an die Professoren richten, zum Beweise seiner Befähigung im Predigen, und erst dann sollte der Absolvent das Diplom erhalten, das ihn zum Amte eines Rabbiners berechtigte.

Zu gleicher Zeit oder vielleicht schon früher, Ende des Jahres 1839, arbeitete auch Landau einen ausführlichen Statutsentwurf für die projektierte theologische Lehranstalt zur Ausbildung von Rabbinern und Religionslehrern aus. Er unterbreitete jedoch sein Elaborat – wie wir gesehen haben – nicht den Behörden, sondern tat dies erst anfangs März 1850, also unter bereits völlig geänderten Verhältnissen.[8] In die neue Anstalt sollten nach Landaus Antrag nur besonders fähige Schüler Aufnahme finden, nach einer humanistischen und realistischen Vorbildung, die sie sich an den öffentlichen Schulen und Gymnasien aneignen sollten. An der philosophischen Fakultät, deren Absolvierung bereits damals den angehenden Rabbinern vorgeschrieben war, sollte eine vierjährige Vorbereitungsschule errichtet werden, an der auch die hebräische Grammatik und die Bibel gelehrt würde. Damit wäre der sonst sechsjährige Gymnasialkursus mit Rücksicht auf den Umfang des jüdisch-theologischen Studiums auf vier Jahre verkürzt worden und hätte so eine speziellere Vorbildung für das beabsichtigte Studium ermöglicht, als dies bisher am Gymnasium der Fall war. Die projektierte jüdisch-theologische Lehranstalt sollte nach Landaus Entwurf zwei

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Abteilungen haben, eine Vorbereitungsanstalt und die eigentliche Schule. An der vierjährigen Vorbereitungsanstalt sollte Deutsch, Latein, Griechisch, hebräische und aramäische Grammatik, die Bibel mit den hebräischen Kommentatoren, Geographie und Geschichte, Arithmetik, Algebra und Stil nach den Gymnasiallehrbüchern oder nach den Behelfen gelehrt werden, deren Verzeichnis Landau seinem Entwurf beischloß. Besondere Aufmerksamkeit sollte der fleißigen Lesung deutscher, lateinischer und griechischer Klassiker geschenkt werden. Aufnahmsbedingungen: ein Mindestalter von 10 Jahren, guter Fortgang in der Hauptschule, durch strenge Prüfung erwiesene Kenntnis des Pentateuch, der ersten prophetischen Bücher und der hebräischen Formenlehre. Nach vier Jahren sollte sich der Kandidat einer Reifeprüfung unterziehen und so das Maturitätszeugnis erwerben, das ihn zum Eintritt in den zweijährigen Philosophiekurs an der Prager Universität berechtigte. Hier sollte obligat Mathematik, Philosophie, lateinische Philologie, Naturwissenschaft, Physik, Weltgeschichte und unobligat griechische Philosophie, Ästhetik und Pädagogik vorgetragen werden. Außerdem sollten die Kandidaten Talmudvorträge hören und auch privat biblische Bücher und lateinische sowie griechische Autoren lesen. Nach erfolgreicher Schlußprüfung sollte der Kandidat aus dem Philosophiekurs an die eigentliche theologische Lehranstalt übertreten. Auf den Lehrplan dieser Anstalt hatte Landau folgende Gegenstände gesetzt: a) Bibelstudium und -exegese mit hebräischen Stilübungen, b) Talmud und dessen Ausleger in einer für das religiöse Leben verwendbaren Auswahl, c) die dogmatischen und Ritualbücher des Maimonides, die Bücher Orach, Chaim, Magen, Abraham, Joredea und für das religiöse Leben verwendbare Lehrstücke aus Choschen-Hamischpat und Eben-Haeser, d) Mosaische Dogmatik und Moraltheologie, e) Religionsgeschichte, f) Homiletik mit besonderer Berücksichtigung von Hagada und Midraschim, g) Vorträge über Katechetik und Methodik des Religionsunterrichts, h) Studium des natürlichen Rechts und der Rechtsphilosophie, deren Kenntnis laut Gesetz von jedem Rabbinatskandidaten verlangt werden muß. Unobligat sollten sein Arabisch und Syrisch, Geschichte der Juden und der rabbinischen Literatur. Da es bisher systematische Lehrbücher für alle diese Gegenstände nicht gab, waren solche nach und nach zu verfassen, um so festen Boden im Chaos des umfangreichen Materials zu gewinnen. Landau empfahl daher inzwischen die Heranziehung der Arbeiten älterer jüdischer Theologen, aus denen sich der erfahrene Lehrer schon selbst ein System schaffe. Die detaillierte Verteilung des Stoffes, zu dessen Bewältigung Landau sechs bis sieben Jahre bemaß, sollte von der Zahl der Lehrer und anderen Umständen bedingt sein. Nach der strengen Prüfung vor einer eigenen Kommission beantragte auch Landau für die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kandidaten eine zweijährige Praxis bei einem Rabbiner oder wenigstens eine einjährige Probezeit bei einem Religionslehrer. Erst danach sollte der Absolvent die Wählbarkeit zum Rabbiner oder Religionslehrer erlangen. Die Fragen technischer, personaler und wirtschaftlicher Natur überließ Landau weiterer, eingehenderer Erörterung.

Auf die Aufforderung des Repräsentanten der Landjudenschaft Markus Mendl aus Böhmisch-Brod wurde auch von dem Koliner Rabbiner Daniel Frank ein Lehrplan für das zukünftige jüdische Seminar entworfen.[9] Frank empfahl in Böhmen acht bis zehn Vorbereitungsschulen für jüdische Knaben im Alter von sechs bis vierzehn Jahren, an welchen der Pentateuch mit Mendelssohns Übersetzung und Kommentar, das erste Buch der Propheten, die hebräische Grammatik, der Talmud in den Traktaten Berachoth, Sabbath mit den Kommentaren Raschi, Tosepheth und Marscha durchgenommen werden sollten. Nach der Prüfung an dieser Vorbereitungsschule sollte der Hörer acht Jahre lang das Gymnasial- und Philosophiestudium betreiben, wo gleichzeitig Talmud zu lehren wäre, und erst dann sollte er die eigentliche theologische Lehranstalt beziehen, für deren zehn Jahrgänge (Semester) Frank in seinem Elaborat einen genauen Lehrplan vorsah. Auch Frank empfahl, nur an den genehmigten Zeremonien und Gebräuchen festzuhalten und die Hörer zur Nächstenliebe ohne Ansehen der Nation und der Religion zu führen. Ende jeden Semesters sollte der Kandidat nach einer öffentlichen Schlußprüfung ein Semestralzeugnis erhalten; zum äußeren Beweise erfolgreichen Studiums sollten Titel dienen, und zwar der eines Talmudmagisters für kleinere Gemeinden, auf Grund der Prüfung nach bloß sechs Semestern, oder für die Absolventen aller zehn Semester der Titel eines Talmuddoktors, der die Wahlberechtigung auf Rabbinerposten in größeren Gemeinden oder für ganze Kreise vermittelte. Die Erlangung des Doktorates sollte an eine Dissertation und Disputation gebunden sein und das in klassischem Hebräisch abzufassende Curriculum vitae sollte im Archive der jüdischen Fakultät hinterlegt werden. Die Diplome wären von allen Professoren und dem ersten Prager Oberjuristen zu fertigen. Auch Frank empfahl eine einjährige Praxis bei einem Rabbiner und beantragte, in das Seminar nur jene Studierenden aufzunehmen, deren Eltern sich schriftlich verpflichten, sie bis zur Beendigung der Studien zu erhalten. Der Franksche Entwurf wurde von der Prager Judengemeinde als der beste anerkannt.

Der Rabbiner Frank sollte ursprünglich über Aufforderung des jüdischen Repräsentanten Markus Mendl in Böhmisch-Brod den Entwurf gemeinsam mit A. Kornfeld und J. Altar in Jenikau, W. Wertheimer in Dobruschka und S. Ochs in Pottenstein ausarbeiten, aber diese konnten sich mit ihm nicht einigen und arbeiteten daher einen Separat-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

entwurf aus, der in den Akten nicht vorliegt. Die hebräisch abgefaßten Entwürfe des R. Ephreim Löw Teweles und des zweiten Oberjuristen Samuel Freund wurden von der Prager Judengemeinde dem Gubernium überhaupt nicht vorgelegt.[10] Die Prager Judengemeinde sandte am 31. Dezember 1841 diese Entwürfe den Vertretern der Landjudenschaft zur Begutachtung mit dem Ersuchen um Äußerung über das „Regolamento" der Paduaner jüdisch-theologischen Lehranstalt und forderte sie gleichzeitig auf, unter der Landjudenschaft eine vorläufige Subskription zugunsten der Errichtung des jüdischen Seminars einzuleiten.[11]

Die Zustimmung der Landjudenschaft zum Plane einer jüdisch-theologischen Lehranstalt war die unerläßliche Voraussetzung ihrer Realisierung. Wir haben bereits auf die protokollarische Zustimmung vom 3. August 1841 verwiesen, die sich jedoch von selbst aufhob, da die Bedingung, für diese Anstalt die jüdischen Steuergelder zu verwenden, ausblieb und sich die Notwendigkeit ergab, eine allgemeine freiwillige Sammlung unter der gesamten Landesjudenschaft zu veranstalten. Die Landjuden entzogen sich sonst in der Regel keineswegs freiwilligen Beitragsleistungen für Erfordernisse der Religionsverwaltung ihrer Heimatgemeinden, allgemeinen Sammlungen mit teilweise obligatorischem Charakter gegenüber aber waren sie doch sehr empfindlich. Die Hauptursache dieser Zurückhaltung war die unverhohlene und starke Abneigung der Landjuden gegen die Gesellschaft jener Juden, welche die äußerst drückende Judensteuer in Pacht hatten, die unausgesetzt den Gegenstand begründeter Beschwerden und Gesuche um ihre Beseitigung bildete. Als daher am 4. Juli 1841 mit Allerhöchster Entscheidung den böhmischen Juden für ihr geplantes Seminar die Paduaner jüdisch-theologische Lehranstalt als Muster empfohlen wurde, trat bei den Juden Böhmens ein völliger Meinungsumschwung ein, vor allem bei der Landjudenschaft. Die böhmischen Juden argumentierten so: habe man es darauf abgesehen, die Juden in Böhmen hinsichtlich der Rabbinerschule den Juden in der Lombardei und in Venezien gleichzustellen, so solle man diese Gleichheit auch auf dem Gebiete der drückenden, demoralisierenden Judensteuer zum Ausdruck bringen und diese bedeutsame Scheidewand beseitigen, dieses Schandmal eines finsteren, unchristlichen Jahrhunderts, von dem es in der Lombardei und in Venezien nicht die Spur gebe. Die böhmischen Juden forderten daher mit Nachdruck die Aufhebung dieser Steuer mit der Versicherung, erst dann ihre finanziellen Mittel der Errichtung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt dienstbar machen zu können.[12]

Damit war das alte Projekt wiederum begraben, da für dessen Verwirklichung jetzt überhaupt keine finanziellen Mittel zur Verfügung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

standen. Als es aber kurz darauf wirklich zur ersehnten Aufhebung der drückenden Judensteuer kam, da war die Lage für eine Verwirklichung des Planes Landaus keineswegs günstiger: wiederum war es der damals mit aller Schärfe hervorbrechende Haß namentlich der Landjudenschaft gegen die jüdischen Steuerpächter, der dieses Projekt neuerdings vereitelte; die weiteren Verhandlungen darüber wurden denn mit Hofdekret vom 26. Oktober 1842 eingestellt.[13]

In den folgenden Jahren hören wir daher nichts von dem Plane eines jüdischen Seminars und neuerliche Verhandlungen darüber wurden erst Ende 1849 eingeleitet, also unter wesentlich veränderten Verhältnissen hinsichtlich der Rechtslage der Judenschaft in den österreichischen Ländern. Die verhaßte Judensteuer war gefallen, die oktroyierte Verfassung hatte die grundsätzliche Gleichberechtigung der Juden mit der übrigen Bevölkerung des Reiches ausgesprochen und Verhandlungen über die Regulierung der jüdischen Religionsgemeinden und über die Reform der jüdischen Schul- und Religionsverfassung in allen österreichischen Ländern waren im Zuge.[14] Und in dieser Stimmung brachte der jüdische Rabbiner Simon Hainsfurth aus Amonsgrün im Elbogner Kreise wohl im August 1849 beim Ministerium des Innern seinen Vorschlag auf Errichtung einer jüdischen Fakultät und eines jüdischen Seminars in Prag ein. Der Entwurf selbst ist in den Akten nicht erhalten; die Prager Judengemeinde aber sorgte dafür, daß dieses „Machwerk" Hainsfurths, das nach Landaus Urteil weder nach Form noch Inhalt zur Veröffentlichung geeignet war, ohne scharfe Kritik hervorzurufen, nicht einmal in der Tagespresse erschien.[15]

Trotz dieser vermutlich mindern Qualität, zu deren Beurteilung uns heute objektive Anhaltspunkte fehlen, gab jedoch Hainsfurths Entwurf den Anstoß zur Wiederaufnahme der Amtshandlung über den in Vergessenheit geratenen Plan, in Prag eine jüdische Rabbinerschule zu errichten. Das Gubernium schickte im September 1849 diesen Entwurf dem Prager Bürgermeister mit dem Ersuchen, darüber das Gutachten der Prager Oberjuristen als auch der Repräsentanten der Landjudenschaft einzuholen; gleichzeitig wurde der Bürgermeister aufgefordert, Bericht zu erstatten und einen ausführlichen Plan zur Errichtung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt vorzulegen, mit besonderer Rücksicht auf die finanzielle Sicherstellung der neuen Anstalt.[16] Aber schon die bloße Rückfrage bei der Landjudenschaft zeigte deutlich, daß die finanzielle Seite des Projektes wieder gleich von Anfang an zum Stein des Anstoßes werden würde. Der Repräsentant der Landjuden Markus Mendl aus Böhmisch-Brod antwortete auf die amtliche Anfrage mit der Gegenfrage, welcher Anteil von den oberwähnten, bei der jüdischen Domestikalkasse erliegenden „Steuerabschnittsresten" auf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Landjuden entfalle, wie dieser Anteil bisher verwaltet worden, ob es auf Wahrheit beruhe, daß aus diesen Geldern bereits ein bestimmter Betrag ohne Vorwissen der Landjudenschaft an die Prager Judengemeinde ausgezahlt worden sei, und er forderte, die Kammerkasse möge diese ganze Barschaft in Staatspapieren neuer Emission anlegen. Eine Antwort hat Mendl auf seine Anfrage vermutlich nicht erhalten – in den Akten vermochten wir sie wenigstens nicht aufzufinden.[17]

Obwohl Hainsfurths Entwurf nicht öffentlich kundgemacht worden war, so blieb doch die Tatsache, daß er einen solchen eingereicht, der jüdischen Öffentlichkeit nicht verborgen und erregte namentlich unter der Landjudenschaft Aufsehen, besonders als sich das unverbürgte Gerücht verbreitete, in Prag hätten geheime Beratungen der ehemaligen jüdischen Pächter der Judensteuer stattgefunden und man habe beschlossen, mit einem eigenen Plane zur Errichtung eines jüdischen Seminars aus den Überschüssen der Judensteuer hervorzutreten. Dieses Gerücht verbreitete sich unter den Landjudengemeinden wie ein Lauffeuer und man war dadurch sichtlich beunruhigt, da es sich um die jüdischen Steuereinnehmer handelte, denen vor allem die Landjudenschaft kein Vertrauen schenkte und auch in dieser Frage eigennützige und egoistische Motive beimaß. Und so langten von Ende Dezember 1849 bis Mitte Feber 1850 beim Innenministerium in Wien vier ähnliche und durchwegs sehr scharf stilisierte Beschwerden der Gemeinden zu Jungbunzlau, Brandeis a. E., Kolin und Neubidschow ein, die gegen die vermeintlichen Beratungen jüdischer Vertreter, die weder ihre Stimme noch ihr Vertrauen besäßen, Einspruch erhoben und die Einberufung neuer Konferenzen forderten, an denen ihre freigewählten Delegierten teilnehmen könnten.[18] Alle Beschwerden nahmen scharf gegen die Pächter der Judensteuer Stellung und reklamierten für alle Juden das Recht der freien Wahl von Vertrauensmännern, schon deshalb, da das Wesen der Religionsverfassung schlechterdings das Vertrauen zu deren Führung voraussetze; sie sprachen auch den bisherigen Repräsentanten der Landjudenschaft ihr Mißtrauen aus, da diese ebenfalls aus dem Kreise der verhaßten jüdischen Steuerpächter hervorgegangen seien. Die Gemeinden protestierten namentlich dagegen, daß sie hinsichtlich der Lasten nicht gehört wurden, die notwendigerweise mit der Errichtung des jüdischen Seminars verbunden sein werden, und sprachen sich mehr oder weniger offen dagegen aus mit dem Bemerken, es gebe noch viel dringendere Bedürfnisse als die jüdisch-theologische Lehranstalt. Sie waren nicht geneigt, zu diesem Zwecke die Überschüsse der Judensteuer zur Verfügung zu stellen; nur die gewählten Vertreter der gesamten Judenschaft des Landes, also auch der Landjudenschaft, hätten das Recht, darüber zu entscheiden. Sie forderten daher, über alle diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fragen nach Prag eine Konferenz der jüdischen Vertrauensmänner aus ganz Böhmen einzuberufen, doch sollte neben den Rabbinern auch das Laienelement hinreichend vertreten sein. Die jüdischen Steuerpächter sollten endlich die Liquidationsbilanz der Steuergelder vorlegen, den überflüssigen, immer noch fortlaufenden Regieauslagen ein Ende machen, da sie nach Aufhebung der Judensteuer jeder Berechtigung entbehren, die Verwalter der ehemaligen Steuer sollten pensionslos ausgehen und über die Verwendung der Steuerüberschüsse sollten ausschließlich die freigewählten jüdischen Vertrauensmänner entscheiden.

In den Beschwerden dieser vier Judengemeinden kam freilich nur die Stimme der offen konservativen, orthodoxen Schicht der böhmischen Judenschaft zur Geltung, die sich vor allen Dingen in der Ablehnung des jüdischen Seminars äußerte; nichtsdestoweniger war es eine Kundgebung, an der die Behörden nicht achtlos vorübergehen konnten, da ja allgemeine Beratungen über die Regulierung des jüdischen Kultus- und Schulwesens im ganzen Reiche bevorstanden. In der Angelegenheit mußte daher vor allem die Prager Judengemeinde gehört werden. Ihr Vorsteher Landau unterbreitete erst jetzt dem Gubernium alle obenerwähnten Pläne auf Errichtung eines jüdischen Seminars seit dem Jahre 1839 unter ausführlicher Darlegung aller vorhergehenden fruchtlosen Verhandlungen in der Sache; hinsichtlich der angeblichen Prager Beratungen der jüdischen Steuerpächter und Repräsentanten erklärte er, nichts davon zu wissen und keinen Einfluß darauf zu haben.[19] Ähnlich lautete auch die Antwort des Prager Rabbiners Salomon L. Rappaport, der ebenfalls erklärte, er wisse nichts von den angeblichen Beratungen, da er weder eingeladen worden sei noch teilgenommen habe, er reklamierte aber für seine Person die Beiziehung zu eventuellen künftigen Beratungen in der Frage der künftigen jüdischen Kultusgemeinden im Lande.[20]

Die Ablehnung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt, von der wir aus vier konservativen Judengemeinden gehört haben, gab freilich nicht die Stimme der gesamten öffentlichen Meinung der damaligen Judenschaft im Lande wieder. Die folgenden Verhandlungen über die Reform der jüdischen Kultusverfassung in Böhmen, zu denen es noch im Jahre 1850 kam,[21] zeigten im Gegenteil, daß es viele Judengemeinden gab, welche die Dringlichkeit der Errichtung eines jüdischen Seminars und somit auch der Hebung des Bildungsniveaus der Religionslehrer und vorweg der Rabbiner voll erkannten, ja manche jüdische Stimmen sprachen sich über sie, namentlich über die Kreisrabbiner, sehr abfällig aus.[22] Der Plan der Errichtung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt wurde so zu einem Bestandteil des Komplexes von Kultusfragen, der im Jahre 1850 im großen ganzen vergeblich beraten wurde, und er teilte

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

auch das gleiche Schicksal wie das ganze Elaborat der Judenkommission vom Jahre 1850. Im Protokoll der Kommission vom Feber 1850 war zwar stimmeneinhellig festgestellt worden, das jüdische Seminar bilde einen Eckstein der gesamten jüdischen Kultusverfassung, doch könne man vorläufig nicht an seine Verwirklichung schreiten, solange nicht von vornherein die materiellen Bedingungen und Mittel sicherstehen und solange nicht die Verhandlungen über die eventuelle Errichtung eines Reichsseminars abgeschlossen seien, das in diesem Falle in Wien und nicht in Prag untergebracht werden würde. Die Kommission hält es daher noch nicht für angezeigt, offiziell über diesen unsicheren Plan zu verhandeln, und der Vorsteher der Prager Judengemeinde Landau wurde ermächtigt, die nötigen vorläufigen Informationen einzuholen, das Material zu beschaffen und sich über den Plan vorerst mit Fachleuten in anderen österreichischen Ländern ins Einvernehmen zu setzen.[23] Das hieß freilich die Frage ad acta legen – bei den folgenden Verhandlungen hören wir kein Sterbenswörtchen mehr über Vorbereitungen zur Verwirklichung dieses Planes. Zwar widmete im Jahre 1850 der Raudnitzer Rabbiner Adalbert Kohn eine eigene Broschüre dem Plane, ein jüdisches Seminar für das ganze Reich zu errichten,[24] doch hatte dies keinen Einfluß auf einen erfolgreichen Verlauf der weiteren Verhandlungen. Kohn empfahl in seiner Broschüre die Errichtung eines einzigen Jüdischen Seminars für die ganze Monarchie, und zwar in Prag, wo dafür die günstigsten Bedingungen vorhanden seien: eine weltberühmte Universität, großartige Bibliotheken, historische Denkmäler, Lebensunterhalt für die jüdischen Studenten, 24 Synagogen; Prag, das bereits jetzt das Zentrum für die jüdische Studentenschaft aus Mähren, Galizien, Ungarn und anderswoher bilde und wo es auch Räume für das neue Seminar im sogen. jüdischen „Landhause" gebe, in dem bisher die jüdische Steuerdirektion untergebracht war. Das Seminar sollte durch Beiträge aus dem ganzen Reiche erhalten werden. Kohn erwartete zwar, aus verschiedenen Ländern werde man gegen die Unterbringung der Anstalt gerade in Prag protestieren, aber er begegnete den Einwänden mit dem Hinweis, solche Proteste seien unvermeidlich, falls man das Seminar nicht etwa auf dem Monde unterbringe. Im weiteren Teile seiner Arbeit skizzierte dann der Autor die Grundlinien eines Organisationsplanes für ein Seminar zur Erziehung von Rabbinern und Religionslehrern. Die Broschüre wurde in Wien erst i. J. 1856 verhandelt, doch mit negativem Ergebnis. Das Unterrichtsministerium holte zwar damals bei der Prager Statthalterei Bericht ein über die Rechtslage und den Bauzustand des Prager jüdischen „Landhauses", aber als die Antwort von einem sehr schlechten Bauzustand des Hauses sprach, wurde die Sache ad acta gelegt und damit auch der Gedanke, ein Jüdisches

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Seminar zu errichten. Die Rabbiner hatten kein Interesse an der Realisierung dieses Gedankens, denn er war ihnen grundsätzlich unsympathisch, namentlich deshalb, da sie in ihm die Gefahr einer staatlichen Beaufsichtigung ihrer Vorbildung erblickten und somit natürlich auch eine Schmälerung ihres bisherigen Einflusses. Übrigens verstieß ein Zentralorgan wie das projektierte Seminar gegen den Geist der jüdischen Religionsverfassung und man kann sich daher nicht wundern, daß der Widerstand dagegen stärker war als die theoretische Anpreisung desselben. Wie geschlossen in jener Zeit der Widerstand der jüdischen Kreise gegen den Ausschluß der Talmuderklärung aus den Privatschulen der Rabbiner und gegen ihre Veröffentlichung an einer hohen Schule war, hatte sich schon einige Jahre früher gezeigt, als der Antrag Dr. Wesselys auf Errichtung eines Instituts für jüdische Wissenschaft und rabbinische Literatur an der Prager Universität verhandelt wurde; ein solches wurde im Jahre 1846 nur gegen den entschiedenen Widerstand der Prager Rabbiner zur Tat.[35] Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß der Plan eines jüdischen Seminars nicht verwirklicht wurde und erst im Jahre 1894 eine ähnliche theologische Lehranstalt in Wien zustande kam.

III.

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE REGELUNG DER JÜDISCHEN KULTUS- UND SCHULVERHÄLTNISSE IN BÖHMEN IM JAHRE 1850.

Anfangs März 1849 brachte die oktroyierte österreichische Verfassung die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden mit der christlichen Bevölkerung des Reiches sowie den Grundsatz der religiösen Gleichheit. Damals gab es in Böhmen nur eine einzige Judengemeinde in politischem Sinne, nämlich die überaus starke Judengemeinde im Prager Ghetto, die von einem Vorstand geleitet und namentlich hinsichtlich Schulen und Sozialeinrichtungen sehr gut ausgestattet war.[1] Die drei Prager Oberjuristen bildeten die oberste religiöse Instanz nicht bloß für die Prager, sondern auch für die Landjudenschaft.

Die Landjudenschaft war nach Maßgabe des für die einzelnen Herrschaften vorgeschriebenen Numerus clausus über Städte und Dörfer verstreut und nur zwecks Ausübung ihrer religiösen Pflichten zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

größeren oder kleineren Religionsgemeinden zusammengeschlossen (Kultusgemeinden, Synagogengemeinden, kehila),[2] allerdings nur dort, wo dies die Zahl der ansässigen Familien bedingte. An der Spitze dieser Gemeinden stand ein Vorstand, dem die Verwaltung der religiösen Einrichtungen (Synagoge, Bethaus, Friedhof, Ritualbad für die Frauen) und der Sozialanstalten (Armenhaus, Siechenhaus, Krankenhaus, Wohltätigkeitsfonds u. dgl.) oblag und der die Repartierung und Einhebung der freiwilligen Beiträge zur Aufrechterhaltung von Kultus und Schule vornahm. Zahlreiche wohltätige Vereine und Armenfonds gestatteten die unentgeltliche Krankenpflege, die Unterstützung der Studierenden, der Bräute, der Sechswöchnerinnen, der armen Reisenden, die Beherbergung fahrender jüdischer Bettler, die Verteilung von Holz an die Armen, ihre kostenlose Bestattung u. dgl. Unter den zahlreichen wohltätigen und religiösen Vereinigungen der Juden verfügten über den größten Einfluß und das größte Vermögen die Beerdigungsbruderschaften (chewra kadischa), die in der Regel die Friedhöfe in eigener Regie führten und die Begräbnisgebühren einhoben; diese waren häufig recht hoch, besonders bei jenen Juden, die nicht Mitglieder der Bruderschaft waren. Die Kultus- und Schuleinrichtungen wurden einerseits aus den freiwilligen Beiträgen erhalten, die von dem Vorstand auf die Gemeindeangehörigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit aufgeteilt (repartiert) wurden, andererseits aus dem Ertrage unterschiedlicher Gebühren, welche die Gemeinde einhob (Zins für die verpachteten Synagogensitze, Taxen für Ritualfunktionen in der Synagoge, die Versteigerungssumme für das Anhören der Thora, der Ertrag der Sammelbüchsen in den Synagogen, Inkorporationsgebühren für das jüdische Inkolat, Zinsen von Gemeindegeldern, Fonds, Gebäuden, der Pachtzins vom Ritualbad, Schenkenzinse, Fleisch- und Geflügelaufschlag, Ertrag des Schulgeldes, Grabmiete, Begräbnistaxen u. dgl.). Einen obligaten Kultusbeitrag der Judengemeinden bildete bis zum Jahre 1848 lediglich der Beitrag zur Erhaltung der Kreisrabbiner; er wurde nach der Judensteuer repartiert und war vor allem Ursache der Animosität namentlich der Landjudenschaft gegen die Kreisrabbiner, wie wir noch hören werden. Mit der Aufhebung der verhaßten Judensteuer fielen im Jahre 1848 auch die Beiträge für die Kreisrabbiner, die so um ihre festen Bezüge kamen. Die von den Gemeinden repartierten freiwilligen Beiträge wurden im großen ganzen bereitwillig gezahlt. Die Repartierung derselben geschah mancherorts nach dem Schlüssel der Verzehrungssteuer, der Vermögenssteuer oder nach dem Fleischkreuzer, häufig jedoch nach freiem Ermessen des Gemeindevorstandes, der sich freilich auf die Kenntnis der wirklichen Vermögensverhältnisse der einzelnen Judenfamilien berufen konnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Im Charakter der jüdischen Religion, die eigentlich keinen Unterschied zwischen Laien und Geistlichen kennt, lag es begründet, daß zum Vollzug der Kulthandlungen nicht unbedingt Rabbiner benötigt wurden, die übrigens nicht im wahren Sinne des Wortes Priester waren, sondern nur Lehrer, Repräsentanten der jüdischen Religionswissenschaft, Förderer und Kenner des Talmudstudiums und dementsprechend auch Berater der Gemeinde in Fragen des Kultus und namentlich des Ritus. Nach einer amtlichen Aufnahme vom Jahre 1850 gab es damals in Böhmen insgesamt über 40 Rabbiner, die von den größeren Judengemeinden gewählt waren und ihren Unterhalt erhielten, jedoch jederzeit gekündigt werden konnten. Ihre allgemeine Bildung war damals in der Regel nicht übermäßig hoch und auch ihre materielle Lage war keineswegs glänzend. Sie waren einesteils auf die vereinbarte Besoldung (150 bis 400 fl. CM. jährlich) angewiesen, andernteils auf den Ertrag der Taxen für unterschiedliche Kultverrichtungen und somit der Willkür der Judengemeinden preisgegeben, die diese ihre Kompetenz sehr eifersüchtig wahrten und deren Vorstände sich mitunter sehr scharf gegen einen übermäßigen Einfluß der Rabbiner wehrten, indem sie bei den Beratungen eine entsprechend starke Vertretung des Laienelementes forderten, um den Einfluß der Rabbiner zu paralysieren. Die Animosität der Judengemeinden wandte sich vorweg gegen die Kreisrabbiner, da die Juden in ihnen eine unerwünschte, ihnen von der Regierung aufgezwungene Hierarchie erblickten, Exponenten der landesfürstlichen Behörden; dazu kam noch, daß die Kreisrabbiner seit dem Jahre 1843 aus den Beiträgen der Gemeinden erhalten werden mußten, die als Zuschlag zur verhaßten Judensteuer eingehoben wurden. Die Entfernung des Sitzes der Kreisrabbiner von der Mehrzahl der Judengemeinden war die Ursache, daß ihre Tätigkeit keineswegs intensiver durchgriff – sie begnügten sich meistenteils nur mit dem Prüfen der Ritualschlächter, der Autorisierung von Rabbinatskandidaten, der Ausstellung von Zeugnissen an jüdische Brautleute, der Ausfertigung von Diplomen über die Erteilung der Ehrentitel „chower" und „morenu", kurz mit Funktionen, die ihnen zu ihrem Jahresfixum von 400 fl. CM. Nebeneinkünfte brachten. Ihre übrigen Pflichten, als regelmäßige Revisionen der Judengemeinden im Kreise und Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes, vernachlässigten die Kreisrabbiner vielfach sehr und zogen sich so die Unzufriedenheit der Gemeinden zu, was sich namentlich im Jahre 1850 zeigte, als man an die Verhandlung über eine Reform der jüdischen Kultusverfassung schritt. Die Mehrzahl der Judengemeinden warf ihnen damals Gewinnsucht und Eigennutz vor, was sie hindere, der Volksbildung und dem Zustand des jüdischen Schulwesens ihr Augenmerk zuzuwenden. Unter diesen zahlreichen Beschwerden ist

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

am bezeichnendsten die Äußerung der Judengemeinde zu Wolin dd. 1. Mai 1850 an die Bezirkshauptmannschaft zu Winterberg.[3] Es heißt darin: die Kreisrabbiner kümmerten sich nur um Kleinlichkeiten, ob z. B. das Ritualbad die durch den Talmud vorgeschriebene Länge und Tiefe habe, nicht aber um dessen hygienische Beschaffenheit, die Ehrentitel erteilten sie nicht etwa jenen, die solche um ihrer Frömmigkeit willen verdient hätten, sondern solchen, die sich ihnen dafür materiell dankbar erweisen konnten; für die Unvollkommenheit des Religionsunterrichtes hatten sie höchstens ein Achselzucken; sie studieren lieber Hufelands Makrobiotik, um ihre Sinekuren länger genießen zu können; das sitzende Talmudstudium verursacht Hämorrhoiden, der laute Religionsunterricht schädigt die Lungen und Stimmbänder — und die armen Familienväter müssen sich auf dieses Dolce-far-niente der Kreisrabbiner schinden!

Unter den Funktionären der Judengemeinde war neben dem Rabbiner am wichtigsten der Religionslehrer (Religionsweiser), der in kleineren Gemeinden die Funktion eines Rabbiners vertrat und den Kindern Religionsunterricht erteilte. In ganz kleinen Gemeinden war diese Funktion sehr häufig mit der Tätigkeit eines Kantors (Vorbeter, Vorsinger), des Thoravorlesers, des Ritualschlächters (Schochet, Schächter, Koscherer), des Beschneiders und mancherorts auch eines Synagogendieners verbunden. In größeren Gemeinden gab es auch einen Gemeindediener, einen Nachtwächter, einen Organisten, einen Bassisten, einen Balgentreter (Kalkanten) und andere Gemeindeangestellte, die sämtlich aus dem oberwähnten Ertrag der Gemeindeeinkünfte besoldet wurden.

Eigentliche jüdische Trivialschulen, in denen die Kinder neben den landläufigen Schulkenntnissen auch Unterricht in den Grundbegriffen der Religion erhalten hätten, gab es damals in Böhmen nur sehr wenige. Außer der jüdischen Hauptschule in Prag gab es jüdisch-deutsche Trivialschulen nur in den größeren Judengemeinden: Hořitz, Goltsch-Jenikau, Kolin, Münchengrätz, Humpoletz, Neubidschow, Lieben, Eidlitz, Jungbunzlau, Kuttenplan, Lichtenstadt, Teplitz, Königswart, Habern, Radnitz und Schüttüber. Eines besonders guten Rufes erfreute sich damals die bekannte jüdische Schule in Schwarz-Kosteletz, die auch von Judenkindern aus anderen österreichischen Ländern besucht wurde.[4] Sonst besuchten mancherorts die Judenkinder die christlichen Trivialschulen, wo sie jedoch mitunter Beleidigungen und Demütigungen erdulden mußten, so daß sie dem Schulbesuche möglichst auswichen. Aber auch so mußte man ihnen besonderen Unterricht in den Grundsätzen der mosaischen Religion bieten. Die größeren Judengemeinden sorgten daher für die Errichtung privater Religionsschulen, an denen Religionslehrer unterrichteten (more zedek), diese waren von der Gemeinde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

besoldet (100–300 fl. CM. und das Schulgeld), taugten jedoch sehr häufig wenig, besonders dort, wo ihre Schulfunktion noch mit der Ritualschlächterei und den Pflichten eines Kantors verbunden war, da diese Nebenämter vielfach notwendigerweise zur Vernachlässigung der Schulpflichten führten. Besonders die armen Kinder waren auf diese Weise stark benachteiligt, denn die bemittelteren Judenfamilien hielten sich in der Regel ihre Privatlehrer (bocherim), bei denen die Kinder neben der Religion auch Hebräisch, Deutsch und andere Fächer lernten. Bei dieser Sachlage kann man sich nicht wundern, wenn der Gesamtstand der Bildung namentlich bei der Landjudenschaft verhältnismäßig ziemlich niedrig war. Von einem tieferen Verständnis für religiöse, dogmatische und Moralfragen konnte keine Rede sein, das Hauptinteresse war nur dem – wie es in den Akten heißt – veralteten Zeremoniell polnischen Musters zugewandt, das damals, seit dem Jahre 1837, nur langsam von dem reformierten Ritus des Wiener Tempels verdrängt wurde; dieser bediente sich der deutschen Sprache und des Chorgesanges, eventuell mit Orgelbegleitung und legte größeres Gewicht auf regelmäßige Predigten. In Prag wurde dieses regulierte Zeremoniell durch das Verdienst des Vereines zur Hebung des jüdischen Ritus eingeführt, dem es gelungen war, die Altschulsynagoge in seine Verwaltung zu bringen und dort seinen Prediger zu bestellen. In der Provinz befand sich diese fortschrittliche Richtung damals noch in ziemlicher Minderheit, unter dem Einfluß der konservativen Rabbiner, die nach der Ausdrucksweise der Akten den veralteten polnischen Ritus mit ausschließlichem Hebräisch und mit dem Geschrei in den Synagogen möglichst lange festzuhalten bestrebt waren.[5] Die Allgemeinbildung der Landjudenschaft in Böhmen war damals auf sehr tiefer Stufe und den fortschrittlicheren und intelligenteren Juden war klar, daß zeitgemäße Reformen in der Kultus- und Schulverfassung eine Notwendigkeit geworden seien.

Als daher das Jahr 1849 die rechtliche Lage der Juden im Staate auf eine neue Grundlage gestellt hatte, wurden bald Stimmen für eine Änderung der veralteten jüdischen Gemeindeverfassung und vorweg nach Besserung der Schulverhältnisse laut. Der erste Anstoß ging vom Amonsgrüner Rabbiner Hainsfurt aus, der zwar vor allem auf die Notwendigkeit hinwies, ein jüdisches Seminar zu errichten, der aber auch andere Fragen anschnitt, die mit der Organisation der Judengemeinden zusammenhingen. Verschiedene Umstände brachten es jedoch mit sich, daß Hainsfurts Entwurf ohne greifbares Ergebnis in Vergessenheit geriet.[6] Unter den Judengemeinden wurden jedoch schon damals die notwendigen Reformen erwogen, und es war Samuel Pražák, Ortsrabbiner in Neuern, der den unmittelbaren Anstoß zu amtlichen Verhandlungen über diese Fragen gab. In seiner schriftlichen Eingabe an das Innenministerium

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dd. 25. Jänner 1850 knüpfte Pražák an seine mündlichen Verhandlungen mit dem Ministerium vom August 1849 an. Er wies auf das Mißtrauen hin, dem namentlich bei den Landjuden Hainsfurts Entwurf begegnet war, und machte sich erbötig, ein Programm für das künftige Statut der jüdischen Kultusgemeinden in Böhmen auszuarbeiten. Vorweg jedoch protestierte Pražák gegen die Bestrebungen der Judengemeinden, die Regelung der Kultusangelegenheiten an sich zu reißen – er erblickte darin den Zündstoff der Spaltung unter der Judenschaft und den Anfang von Schismen, da in einigen Gemeinden unberufene Neologen das Bad mit dem Kinde ausgießen und anderwärts wieder orthodoxe Juden die veralteten mittelalterlichen Zeremonien aus den finsteren Zeitläuften der jüdischen Knechtschaft erneuern würden. Pražák empfahl daher, sofort bevollmächtigte Juden zu einer Beratung einzuberufen, und zwar so, daß auf je zweitausend Juden zwei Vertreter entfallen sollten, ein Rabbiner und ein Laie, also insgesamt 35 bis 37 Rabbiner und ebensoviele Laien, und aus diesen sollte das Ministerium 20 (10 + 10) auswählen, die dann in Prag rasch den Entwurf eines neuen Statuts für die Judengemeinden ausarbeiten sollten.[7]

Fast gleichzeitig wurde das Ministerium für Kultus und Unterricht auf die Notwendigkeit von Reformen der jüdischen Kultusverfassung auch von dem Pilsner und Klattauer Kreisrabbiner Angelus Kafka aufmerksam gemacht.[8] Mit dem Danke an den Kaiser, daß er nach tausendjähriger Knechtschaft den Juden die Freiheit geschenkt, verband Kafka die Mahnung, man müsse die religiöse Freiheit von oben her leiten, damit sie nicht in schädliche Ungebundenheit ausarte. Nach seiner Anschauung zeigten sich auf dem Lande unter der Judenschaft überall Anzeichen von Anarchie in Religionssachen, so daß die jüdische Religion von der Auflösung bedroht erscheine, was doch dem Staate nicht gleichgültig sein könne, zumal nicht zu erwarten sei, daß die abgefallenen Juden katholisch würden. Auch Kafka empfahl daher, das Ministerium möge für ein neues Statut der jüdischen Kultusgemeinden Sorge tragen und zu diesem Ziele die jüdischen Rabbiner und eventuell auch Laien nach Prag zu einer Beratung und Ausarbeitung eines entsprechenden Entwurfes einberufen.

Kafkas Eingabe bot dem Minister Thun den Anlaß, von Amts wegen einzuschreiten. Noch Mitte Feber forderte er den Prager Statthalter Mecséry auf, die von den Gemeinden zu wählenden Judenvertreter nach Prag zu einer Beratung einzuberufen, und erbat von Mecséry ein Gutachten darüber, ob es angezeigt sei, den Juden Beitragsleistungen für die Kreisrabbiner vorzuschreiben, wie sie solche bis zum Jahre 1848 entrichtet hatten.[9] Inzwischen versuchte Thun direkte Informationen über den tatsächlichen Stand der Judengemeinden in Böhmen zu gewin-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nen, indem er den Raudnitzer Rabbiner Kohn aufforderte, ein entsprechendes Gutachten zu erstatten. Kohn empfahl in seinem Gutachten, zunächst die nötigen Daten über die Zahl und die Organisation der Juden im Lande einzuholen, danach eine statistische Übersicht zusammenzustellen und daraufhin nach Prag eine Konferenz über den Entwurf eines Statuts für die Judengemeinden einzuberufen. Hinsichtlich des Meritums der Sache beantragte Kohn die Einführung von obligatorischen Beiträgen zur fixen Besoldung der Rabbiner, die Stärkung der fortschrittlichen und gebildeten Rabbiner durch die Emanzipierung derselben vom bisherigen Terrorismus und der bisherigen Beschränkung durch den Zelotismus der Judengemeinden, damit sie nicht beständig vor dem Damoklesschwert der Volksgunst zittern, was natürlich einen modernen Rabbiner hindern muß, im Dienste des Fortschritts tätig zu sein. Nach Kohns Antrag sollte zunächst den Gemeinden unmöglich gemacht werden, wie bisher ihnen mißliebige Rabbiner zu entlassen; die Regierung sollte sich daher die Oberaufsicht über die Judengemeinden vorbehalten; die Judengemeinden sollten im Rahmen der Bezirkshauptmannschaften zu Bezirks-Kultusgemeinden mit Bezirksrabbinern zusammengefaßt werden. Die Einrichtung der Kreisrabbiner beantragte Kohn aufzuheben, entsprechend dem einmütigen Wunsche der gesamten böhmischen Judenschaft, und sie zu Bezirksrabbinern zu ernennen.

Die Prager Statthalterei leitete inzwischen nach dem Wunsche des Ministeriums auf breiter Grundlage eine amtliche Aktion zur Reform der jüdischen Verfassung ein. Mit Runderlaß vom 5. März 1850 forderte sie alle Kreisregierungen auf, im Wege der Bezirkshauptmannschaften und mit Hilfe der jüdischen Kultusgemeinden alle jüdischen Kultus- und Schuleinrichtungen im Lande festzustellen, den Zeitpunkt ihrer Gründung, die Höhe der Gelddotation und überhaupt alle nötigen statistischen Daten zu erheben und mit möglichster Beschleunigung nach Prag einzusenden, zugleich mit dem Entwurfe eines neuen Statuts, den sie im Einvernehmen mit den Rabbinern und den intelligenteren Juden ihres Sprengels auszuarbeiten hatten. Die Kultusbeiträge sollten in der bis 1848 geltenden Höhe beibehalten werden.[10]

Diese amtliche Aktion förderte mehr oder weniger genaue Berichte von allen Bezirkshauptmannschaften Böhmens zutage, in welchen einerseits der Stand der jüdischen Kultusgemeinden des Landes festgehalten, anderseits im Einvernehmen mit der einheimischen Judenschaft Entwürfe ihres künftigen Statuts vorgelegt wurden. Hier ist nicht der Ort, eingehend den Inhalt dieser oft sehr ausführlichen Gutachten und Entwürfe zu schildern, — es genügt, ihre Grundgedanken kurz zu kennzeichnen; die Anschauungen und Wünsche der Orts- und Kreisrabbiner

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

standen hier vielfach in wesentlichem Gegensatz zu den Absichten der Judengemeinden und ihrer Vorstände.[11]

Fast alle Gutachten kamen darin überein, daß die jüdischen Kultusgemeinden und namentlich das jüdische Schulwesen notwendig einer Reform bedürfe und daß es zu diesem Zwecke nicht genüge, sich an die eingelangten Gutachten der Gemeinden, Rabbiner und Bezirkshauptmannschaften zu halten, sondern daß es erforderlich sei, nach Prag eine Konferenz der jüdischen Vertrauensmänner einzuberufen, unter denen die Rabbiner und die von den Judengemeinden gewählten Laienvertreter einander die Wage halten sollten. Zahlreiche Judengemeinden erhoben gleich von vornherein Einspruch dagegen, daß den Beratungen ehemalige Judensteuerpächter zugezogen würden, da sie namentlich bei der Landjudenschaft äußerst verhaßt waren.

Die Regulierung der Judengemeinden sollte von dem Grundsatze ausgehen, jeder Jude, auch wenn er etwa vereinzelt irgendwo auf dem Dorfe wohnte, sollte sich zu einer der nächsten Judengemeinden melden und in eine besondere Mitgliedermatrik eingetragen werden. Die Rabbiner gingen darauf aus, sich von der drückenden Willkür der Judengemeinden, von deren Vorständen sie jederzeit nach vorausgegangener Kündigung entlassen werden konnten, freizumachen; das Bestreben der Judengemeinden aber war darauf gerichtet, ihre Kompetenz möglichst zu erweitern und den Rabbinern nur unverbindliche Beratung zu gestatten. Dieser Meinungskonflikt äußerte sich dann später auch bei der Prager Beratung, wie wir noch sehen werden. Über die künftige Kultusverfassung herrschten verschiedene Anschauungen. Das größte Hindernis bildete da natürlich die bedeutende Zersplitterung der Judenschaft über das ganze Land hin und die daraus sich ergebende Schwierigkeit, alle Juden in das Organisationsnetz der Judengemeinden einzubeziehen, bedenkt man das geltende Verbot, sich an jüdischen Feiertagen von seinem Wohnsitze zu entfernen. Auch hinsichtlich der Größe der grundlegenden Einheit, der Religionsgemeinde (Kultusgemeinde, Synagogengemeinde) herrschte keine Einmütigkeit — die Entwürfe schwankten zwischen einem Minimum von zehn Mitgliedern bis dreißig Familien. Nach der Zahl der Familien sollte sich auch die Ausstattung der Gemeinde mit Kultus- und Schuleinrichtungen richten: bis zu fünfundzwanzig Familien sollte nach einem Vorschlage lediglich ein Religionslehrer genügen, Gemeinden mit fünfzig bis hundert Familien sollten eine höhere Religionsschule mit einer Talmud-Vorbereitungsklasse erhalten, und in Gemeinden mit mehr als hundert Familien sollten zwei Lehrer sein. Die Instanzenfrage bildete ebenfalls ein wichtiges Problem und eine Übereinstimmung darüber bestand weder in den Gutachten noch auf der Prager Beratung. Die Tradition der jüdischen Religion wehrte sich gegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Entstehung einer Hierarchie, gegen die sich denn sehr nachdrückliche Stimmen geltend machten. Bezirks-Kultusgemeinden mit Bezirksrabbinern, Kreisgemeinden mit Kreisrabbinern, die Landeskultusgemeinde in Prag mit dem obersten jüdischen Kirchenrat, bestehend aus drei Laien und drei Rabbinern — das waren die Haupttypen der beantragten Lösungen. Für die Bezirksgemeinden nahmen die Projektanten 3000 bis 4000 Mitglieder in Aussicht, doch war es im Hinblick auf die unregelmäßige Diaspora der Judensiedlungen aus technischen Gründen nicht gut möglich, diese Kultusbezirke in das Schema der damaligen politischen Landeseinteilung zu zwängen. Die Mehrzahl der Entwürfe sprach sich für die Aufhebung der Kreisrabbinate aus und empfahl, sie zu einer Art höherer Bezirksrabbinate umzuwandeln, diesen Bezirksrabbinern sollten auf Lebenszeit zwei bis drei Bezirks-Kultusgemeinden zugewiesen werden. Die Prager Gemeinde sollte freilich eine Sonderstellung genießen und ihre drei Oberjuristen sollten den obersten Kirchenrat oder das jüdische Konsistorium als höchstes Organ der böhmischen Judenschaft in Religionssachen bilden. Gegen diese hierarchische Lösung machte sich jedoch ein fühlbarer Widerstand geltend. Die Grundbedingungen einer anerkannten ordentlichen Judengemeinde waren: Synagoge, Friedhof, Ritualbad für die Frauen, Rabbiner oder Religionslehrer, Kantor, Ritualschlächter und Synagogendiener. Die Beschneider sollten von dem Bezirksfeldscher geprüft werden. Die Kompetenz der Gemeinden sollte möglichst erweitert und in allen Kultusinstitutionen sollte neben dem geistlichen Element auch das Laienelement eine gleichmäßige Vertretung finden. Viele Judengemeinden sprachen sich vielfach sehr scharf gegen den übermäßigen, nachteiligen Einfluß der Rabbiner aus, denen sie Gewinnsucht und Mangel an Obsorge für die Volksbildung vorwarfen. Zahlreiche Stimmen sprachen sich für eine Vorbildung der Rabbiner aus und forderten zu diesem Zwecke die Errichtung eines Seminars in Prag, eines lyceum rabbinicum zu ihrer Heranbildung.[12] Die infolge der geänderten Verhältnisse schon veraltete Instruktion für die Orts- und die Kreisrabbiner vom 4. Juli 1847 sollte revidiert und verbessert und allen Rabbinern sollten fixe Bezüge bemessen werden, um ihre bisherige materielle Abhängigkeit von den Gemeinden zu lockern und ihre moralische Autorität zu stärken. Die Obliegenheiten der Ortsrabbiner sollten in der Instruktion genau umschrieben werden: sie sollten die Eheschließungen vollziehen, die Katechese besorgen, die Kranken besuchen, die Talmudehrentitel „chower" und „morenu" verleihen, die jüdischen Geburts-, Trauungs- und Sterbematriken (ohne die bisherige Kontrolle vonseiten der katholischen Pfarrer) führen, die Synagogen und jüdischen Religionsschulen visitieren, die Ritualschlächter prüfen, Rat in Zeremonialfragen erteilen und Streitigkeiten in der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gemeinde schlichten. Die Bezirksrabbiner, die in ihrer Gemeinde die Funktionen von Ortsrabbinern ausüben sollten, sollten außerdem verpflichtet sein, die Erfüllung der Kultus- und Schulfunktionen in allen Ortsgemeinden ihres Bezirkes zu beaufsichtigen, und zugleich Regierungsorgane darstellen, an die sich die landesfürstlichen Behörden in unterschiedlichen Kultusfragen wenden könnten; die höchste Autorität in diesen Fragen sollte der beantragte Landesrabbiner oder das Prager jüdische Konsistorium sein.

Einer gründlichen Reform bedurfte, wie bereits erwähnt, auch das jüdische Schulwesen, – darin stimmten fast alle Anträge überein, ausgenommen nur einige wenige ganz konservative Gemeinden, die alles beim alten belassen wollten. Jede Religionsgemeinde sollte einen Religionslehrer haben, der fix besoldet wäre und in kleineren Gemeinden Rabbinerfunktionen verrichten würde. Die jüdischen Kinder sollten zwar nach Möglichkeit die christlichen Trivialschulen besuchen, doch sollten diese möglichst neutralisiert, entkirchlicht werden. Die Bildung der Religionslehrer sollte gehoben, sie selbst soviel als möglich der Nebenfunktion von Ritualschlächtern enthoben werden, um sich intensiver ihren Schulpflichten widmen zu können. Die bisherige Beaufsichtigung der jüdischen Schulen durch katholische Geistliche sollte aufhören und den Orts- und Bezirksrabbinern übertragen werden. Das Hauptübel bildeten damals die privaten jüdischen Religionslehrer, die häufig nur geringe Bildung besaßen und wenig Gewähr für eine gute moralische Erziehung der jüdischen Kinder boten. Nach der Äußerung zahlreicher Rabbiner war diese Tätigkeit ein Rettungsanker für ruinierte jüdische Viehhändler und sonstige fahrende Gesellen, und Hauptaufgabe der Reform sollte es sein, sie unter strengere Kontrolle zu stellen und alle Unfähigen auszuschließen. Es waren zwar schon früher verschiedene Vorschriften über die Vorbildung dieser Privatlehrer erschienen, sie wurden aber nicht immer eingehalten, zumal die landesfürstlichen Behörden wenig Interesse zeigten, ihre Einhaltung zu überwachen.

Die vorgeschlagene feste Besoldung für die Rabbiner, Lehrer und sonstigen Angestellten der jüdischen Kultusgemeinden hätte freilich einen bedeutenden finanziellen Aufwand erfordert, es galt also auch auf die Regelung dieser Frage Bedacht zu nehmen. Fast alle jüdischen Gutachten stellten sich jedoch entschieden gegen die Einführung obligatorischer Beiträge auf Grund irgendwelcher Steuerzuschläge, indem sie an dem Grundsatze festhielten, der ganze Charakter der jüdischen Religion verlange, den Gemeinden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die Entscheidung über die Höhe der freiwilligen Beiträge für Kultus und Schule nach Maßgabe der Vermögensverhältnisse der einzelnen Judenfamilien zu überlassen und natürlich auch die Einhebung derselben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Den landesfürstlichen Behörden sollte nur vorbehalten bleiben, gegebenenfalls bei hartnäckiger Verweigerung der Zahlung der Beiträge einzuschreiten, wiewohl auch da den Gemeinden noch vorher das wirksame Mittel zustehen sollte, nichtzahlenden Mitgliedern die religiösen Rechte zu verweigern, was besonders bei Begräbnissen schmerzlich werden konnte. Übrigens äußerte die Mehrzahl der Gutachten keinerlei Befürchtung, daß die Entrichtung der Religionsbeiträge auf Schwierigkeiten stoßen könnte, wofern sie nur formal freiwillig blieben und nicht von Amts wegen diktiert würden. Die Erinnerung an die verhaßte Judensteuer und die oktroyierten Beiträge für die Kreisrabbiner war die Hauptursache dieses Festhaltens an dem freiwilligen Charakter der Beiträge und des Widerstandes gegen behördlichen Zwang jeglicher Art, namentlich gegen eine Religionssteuer welcher Art immer. Die jüdischen Gemeinden, sehr empfindlich in Fragen ihrer Autonomie, bestanden auch darauf, daß auch alle Armen-, Schul- und Religionsfonds, die mancherorts aus freiwilligen Privatbeiträgen und Spenden sehr gut dotiert waren, in der Verwaltung der Gemeinde verblieben. Die Bezirkshauptmannschaften und Kreisregierungen beantragten zwar damals die Zentralisierung aller dieser Fonds und die Errichtung einer Kreisfürsorge für jüdische Arme, doch die jüdischen Gemeinden wandten sich scharf dagegen und äußerten die – sicherlich begründete – Befürchtung, dies müßte zum völligen Verfall der privaten Wohltätigkeit und somit nur zu einer Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes führen. Dieses Problem war besonders für die Prager Kultusgemeinde sehr schwierig, da sie über sehr reiche Fonds verfügte, deren Spezialzweck größtenteils irgendeine Zentralisierung im Sinne der landesfürstlichen Behörden überhaupt nicht zuließ.

Sowohl die Kultusgemeinden und landesfürstlichen Behörden als auch einige fortschrittlichere Rabbiner kamen in ihren Gutachten in der Anschauung überein, die Allgemeinbildung und das sittliche Niveau der Judenschaft in Böhmen müsse notwendigerweise gehoben werden, namentlich bei der Landjudenschaft, die alten Überlebsel und Aberglauben – wie es in den Gutachten heißt – müßten beseitigt, überall der neue Ritus nach dem Vorbilde des Wiener Tempels mit deutschen Predigten und Chorgesang mit Orgelbegleitung eingeführt und so einer wirklichen Emanzipation der Juden und ihrer bürgerlichen und gesellschaftlichen Verschmelzung mit der christlichen Bevölkerung im Lande vorgearbeitet werden. Freilich fehlte es auch nicht an Stimmen, die Befürchtungen wegen Sabotage dieser Bestrebungen vonseiten der konservativen Rabbiner äußerten, ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, die Hebung des allgemeinen Kulturniveaus der gesamten Judenschaft werde gleichzeitig den Einfluß dieser konservativen Elemente abschwä-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

chen und den Endsieg der fortschrittlichen Richtung im Geiste Mendelssohns herbeiführen.

Die Zustände in der Prager jüdischen Gemeinde erforderten freilich eine Lösung für sich. Diese größte jüdische Gemeinde, die auch in politischem Sinne eine selbständige Verwaltungseinheit bildete und in politisch-ökonomischer Beziehung der Aufsicht des Prager Magistrates unterstand, war in vieler Hinsicht besser ausgestattet als die Prager Christengemeinde.[13] Neun große Synagogen, vierzehn kleinere Bethäuser und außerdem eine Menge privater Beträume in der Judenstadt waren mehr als genug für die religiösen Bedürfnisse der Prager jüdischen Bevölkerung; für die ärmeren Schichten war auch durch zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen und Vereine sehr gut vorgesorgt. Das jüdische Krankenhaus, Armenhaus, Siechenhaus, Waisenhaus, zahlreiche Vereine zur Pflege und Unterstützung von Kranken und zur Ausstattung von Bräuten waren sowohl aus freiwilligen Beiträgen und Spenden als auch aus dem Ertrage zahlreicher Stiftungen dotiert, um die der Prager Magistrat die Judengemeinde mit Recht beneiden konnte. In religiöser Beziehung stand ehedem an der Spitze der Prager Judengemeinde ein Oberrabbiner mit drei Assessoren. Nach dem Tode des letzten Oberrabbiners Ezechiel Landau im Jahre 1793 wurde kein Oberrabbiner mehr ernannt und das Prager Rabbinat führten dann die drei Assessoren mit dem Titel Oberjuristen, die ursprünglich auch die gerichtliche Jurisdiktion besaßen und später nur Eheschließungen und -scheidungen sowie die Chaliza vollzogen, die Matriken führten, Begräbnisreden hielten, in den Synagogen unobligate rabbinisch-exegetische Vorträge und Vorträge über Moral und Religion veranstalteten und das Zeremoniell beaufsichtigten, indem sie darüber entschieden, was erlaubt sei (koscher) oder unerlaubt (trephach). Im Jahre 1850 nach dem Tode des Juristen E. Teweles gab es in Prag nur noch zwei Oberjuristen. Der erste Rabbiner erteilte Talmudunterricht an die Jugend, die sich dem Rabbinat widmen wollte, und führte unter der Aufsicht des Gemeindevorstandes die Matriken, – sein Jahresgehalt betrug 600 fl. aus der Prager jüdischen Domestikalkasse und er hatte auch Anspruch auf freie Wohnung. Der zweite Jurist bezog zwar nur ein Jahresgehalt von 120 fl., aber beide genossen noch ein anständiges Einkommen aus dem Erträgnis unterschiedlicher Stiftungen und Taxen für Kulthandlungen, namentlich von Trauungen und Begräbnissen. In der Altsynagoge hatte der jüdische Verein zur Einführung des neuen Ritus einen eigenen Prediger in der Person des Dr. Kämpf[14] bestellt.

In wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wurde die Prager Judengemeinde von einem dreigliedrigen Vorstand verwaltet, dem eine Kanzlei zu Gebote stand, bestehend aus einem Aktuar, einem Protokollisten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einem Kanzellisten, einem Gemeindediener, einem Konskriptionsdiener, einem Aufseher über die Straßenreinigung, vier Nachtwächtern, einem Rathausturmwächter und einem Gefangenenaufseher. In der Gemeindekassa waren vier Personen beschäftigt, in der Kultusverwaltung waren außer den beiden Oberjuristen und ihrem Diener noch zwei Religionslehrer tätig, zwei Ritualschlächter, ein Sabbatwächter und ein Klepper. Die sanitäre Verwaltung führten ein Physikus und ein Spitalsarzt, ein Spitals- und ein Physikatsfeldscher. Der Gesamtaufwand dieses Gemeinwesens samt der Lehrerschaft der jüdischen Schulen betrug – ohne die Polizei- und öffentlichen Verbindlichkeiten – 15.251 fl. 29 kr.[15]

Bis zum Jahre 1812 bestritt die Prager Judengemeinde alle diese Verwaltungsauslagen aus unterschiedlichen Gemeindeeinnahmen, als: Taxen für unterschiedliche Rechtshandlungen, Tandelmarktzins, Trauungs- und Inkolatstaxen, Taxen für das Thoraanhören, Einkünfte von den Gemeindegebäuden, Miete des Ritualbades für Frauen, Taxen von jüdischen Bällen u. dgl. Als diese Einkünfte zur Deckung der Gemeindeausgaben nicht hinreichten, wurde im Jahre 1812 hiefür ein abgestuftes Fiktitium (eine Art Gewerbesteuer) eingeführt und später wurde zur Instandhaltung der Judenstadt ein Gemeindebeitrag nach dem Steuergulden ausgeschrieben. Selbst als mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Oktober 1848 die verhaßte Judensteuer aufgehoben worden war, diente ihre vormalige Höhe auch in der Folge als Maßstab für die Bemessung der Gemeindeumlagen.[16]

Als nun im Jahre 1850 die Prager Judengemeinde in politischer Hinsicht mit der Prager Christengemeinde verschmolz, begann man auch die Regelung der Finanzquellen der Judengemeinde zu erwägen. Aber alle Vorschläge auf eine Zentralisierung der verschiedenen jüdischen Fonds beim Magistrat stießen auf bedeutende Schwierigkeiten. Besonders schwierig erwies sich eine Vereinigung mit den Einrichtungen der Christenstadt hinsichtlich des jüdischen Armenhauses, des Siechenhauses, des Spitals und des Waisenhauses – die Bedingung der Ritualkost bildete hier ein großes Hindernis, man hätte denn bei den entsprechenden städtischen Einrichtungen besondere jüdische Abteilungen mit jüdischer Kost errichtet. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Prager Magistrat in seinem Entwurfe der alten Frage des Judenfriedhofs, der Eigentum der jüdischen Beerdigungsbruderschaft war. Die ausgedehnte Area dieses damals verödeten und unbenützten Friedhofs hatte schon lange vorher die Aufmerksamkeit des Magistrats auf sich gezogen und er trachtete ihn für seine Zwecke an sich zu bringen. Deshalb wiederholte er auch im Jahre 1850 neuerdings sein Ersuchen mit dem Hinweis, der Friedhof sei nur mit bedeutungslosen alten Grabsteinen und Unkraut erfüllt und es wäre angezeigt, ihn zu anderen Zwecken zu benützen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dem Einwande der Juden gegenüber, die Aufhebung des Friedhofes würde gegen die jüdischen Religionsgrundsätze verstoßen, machte der Magistrat geltend, auch alle anderen älteren Prager Judenfriedhöfe (am Augezd, im Judengarten) seien anstandslos aufgehoben worden. Doch auch diesmal kam der Magistrat nicht zu seinem Ziele.

Die Gutachten und Entwürfe der Judengemeinden, der Rabbiner und der Bezirkshauptmannschaften unterschieden sich also in ihren Anschauungen betreffs der Grundfrage der künftigen Organisation des Judentums bedeutend und ließen ahnen, daß diese Unstimmigkeiten auch bei der Konferenz zutage treten würden, die der Statthalter Mecséry auf Thuns Urgenz hin auf den 25. November 1850 nach Prag einberufen und hiezu insgesamt siebzehn Repräsentanten der Prager und Landjudenschaft aus Laien und Rabbinerkreisen eingeladen hatte. Die Vorschläge zur Wahl dieser Vertreter waren von den Kreisregierungen ausgegangen, aber die Statthalterei hatte sie durch einige Personen ihres Vertrauens ergänzt. Von bekannteren Persönlichkeiten waren geladen: aus der Prager Judengemeinde Landau, Rappaport, Wessely, Kämpf und Wehli, von den Provinzrabbinern der Koliner Frank, der Kaladeier Mahler, der Raudnitzer Kohn, der Böhm.-Leipaer Hamburger, der Teplitzer Pick und der Pilsner Kafka, neben denen entsprechend dem einmütigen Wunsche zahlreicher Judengemeinden an den Beratungen etwa die gleiche Anzahl Laien namentlich aus den Kreisen der Landjudenschaft teilnehmen sollten, um ein Gegengewicht gegen den Einfluß der Rabbiner zu bilden.[17] Übrigens befriedigte auch diese Zusammensetzung die Provinzgemeinden keineswegs – die Böhm-Leipaer Gemeinde brachte Anfangs Dezember bei der Statthalterei schriftliche Beschwerde ein, daß die größten Judengemeinden in der Kommission keine Laienvertreter hätten, daß manche der zahlreichen Rabbiner nicht das Vertrauen ihrer Gemeinden besäßen und daher von ihnen zu befürchten stünde, sie würden allzusehr auf ihren persönlichen Vorteil bedacht sein, daß in der Kommission auch Mitglieder der Gesellschaft vormaliger jüdischer Steuerpächter säßen, denen die gesamte Judenschaft ihres früheren rücksichtslosen Verhaltens wegen entschiedenes Mißtrauen entgegenbringe. Geradezu panischen Schrecken hatte nach dem Berichte des Böhm.-Leipaer Kreishauptmannes Kotz die Bestimmung des Entwurfes über die mit der Neuorganisierung verbundenen Kosten hervorgerufen; auch die Beschwerde der Böhm.-Leipaer Judengemeinde klagte darüber, die Neuordnung werde die erschöpften Judengemeinden neuerdings zugunsten der Rabbiner belasten und empfahl, die Errichtung des projektierten jüdischen Seminars bis zur Liquidierung der Judensteuerdirektion aufzuschieben, denn dann könnten die erzielten Personalersparnisse zur Erhaltung des Seminars angewandt werden. Der Kreis-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

präsident Kotz beantragte daher, zur Beruhigung der Judengemeinden bald eine statistische Übersicht der jüdischen Religionsschulen, der Wohlfahrtsanstalten und des Verwaltungspersonals in Böhmen zu veröffentlichen, da sich daraus ergeben werde, daß sich manches verwenden lasse, was schon besteht, so daß der finanzielle Aufwand keineswegs so hoch sein werde. Die Statthalterei konnte freilich der Böhm.-Leipaer Judengemeinde die beruhigende Versicherung geben, die Prager Kommission habe einerseits nur beratenden Charakter, anderseits setze sie sich der Mehrheit nach aus Laien zusammen und enthalte auch nicht einen der verhaßten Pächter der ehemaligen Judensteuer.[18]

Bei der ersten Beratung der am 25. November zusammengetretenen Kommission unterbreitete der Gubernialsekretär Fr. Goth, der die Beratung leitete, den Entwurf einer Ordnung für die jüdischen Kultusgemeinden, der nach den oberwähnten Gutachten der landesfürstlichen Behörden, Judengemeinden und Einzelpersonen gearbeitet war. Der Entwurf wurde allen Beratungsmitgliedern lithographiert eingehändigt und bei der Zusammenkunft nach vierzehn Tagen wurde dann ein siebengliedriger Ausschuß zur Ausarbeitung des eigentlichen Vorschlags gewählt. Dieser Vorschlag wurde dann dem Plenum vorgelegt, das am 14. Jänner 1851 im Statthaltereigebäude zusammentrat, um diesen verbesserten Entwurf einer eingehenden Debatte zu unterziehen, aus der dann schon der endgültige Antrag an die Regierung hervorgehen sollte.[19]

Gleich zu Beginn dieser Beratung erhob sich eine Stimme, welche die allerwichtigste Forderung der religiösen Selbstverwaltung der Juden verdolmetschte: der Kreisrabbiner Elbogen legte mündlich und schriftlich vorweg Protest ein gegen jederart unmittelbaren Zwang der Regierung auf die Art der Regelung der jüdischen Kultusgemeinden und er ersuchte, man möge die Bestimmung der freiwilligen Beiträge gleichfalls ausschließlich den Gemeinden überlassen. Aus den Reihen der Laien wurde ebenfalls gleich eingangs der Verhandlungen die Forderung ausgesprochen, der unmittelbare Einfluß der Rabbiner auf die Kultusgemeinden müsse eingeschränkt werden. Diese beiden Fragen waren es auch, denen im Laufe der Beratungen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Im Rahmen dieser Studie ist es schlechterdings unmöglich, den ganzen Verlauf der langen, oft sehr lebhaften Debatte zu verfolgen, an der sich namentlich Dr. Wolfgang Wessely beteiligte. Er vertrat die Anschauung, man müsse soviel als möglich den Einfluß der Vorstände der jüdischen Kultusgemeinden stärken und den Einfluß der Rabbiner auf Dinge rein religiöser Art beschränken, und auch hier dürften sie nur im Einvernehmen mit den Gemeindevorständen entscheiden. Hier können wir nur die wichtigeren Momente grundsätzlicher Natur hervorheben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der aus der Vorberatung hervorgegangene Entwurf entsprach der Mehrzahl der Beratungsteilnehmer keineswegs und erfuhr daher mannigfache Änderungen. Namentlich Dr. Wessely bemängelte das Fehlen von System, unpassende Stilisierung und vermißte in der Einleitung die Kennzeichnung der Richtlinien, die für die Abfassung maßgebend gewesen waren. In den Hauptbestimmungen spürte Wessely die Angst vor dem Gespenst der jüdischen Hierarchie, von welcher die Subkommission bei ihrer Arbeit beherrscht war, so daß sie ängstlich allem auswich, was nur im entferntesten als ein Keim angesehen werden konnte, aus dem eine Bedrohung der Selbstverwaltung für die jüdischen Kultusgemeinden erwachsen könnte, denn in der Frage dieser ihrer alten Rechte kannten sie keine Nachgiebigkeit. Der Wunsch der Gemeinden aber war für die Kommission eine verbindliche Richtschnur, so daß sie die Kritik der Anhänger einer fortschrittlicheren Richtung in der Judenschaft gewärtigen mußte. Die Judengemeinden waren mit dem Plane, ein Jüdisches Seminar zu errichten, einverstanden, wandten sich aber entschieden gegen jedwelche zentrale jüdische Kultuseinrichtung, die das Recht besäße, den Gemeinden in Religionsfragen und anderen Belangen zu diktieren. Damit hing auch der heftige Widerstand gegen die den Juden aufgezwungene Institution der Kreisrabbiner zusammen, um deren Sein oder Nichtsein bei der Beratung ein heftiger Kampf entbrannte. Dieser wurde in der Weise entschieden, daß man Bezirks-Kultusgemeinden und Bezirksrabbiner annahm, zu denen die bisherigen Kreisrabbiner ernannt werden sollten, indem ihnen zwei bis drei Bezirke auf Lebenszeit zugewiesen würden, während nach ihrem Ableben jeder Bezirk von einem eigenen Rabbiner verwaltet werden sollte. Das Recht der Judengemeinden auf die freie Rabbinerwahl sollte natürlich streng aufrechterhalten bleiben. Für das ganze Land sah der Antrag Dr. Wesselys 21 Bezirksrabbiner, darunter neun größere vor, welche den bisherigen Kreisrabbinern mit dem Titel von Oberrabbinern zufallen sollten, während die übrigen zwölf Bezirke II. Klasse durch Bezirksrabbiner verwaltet werden sollten. Gegen diesen Plan äußerte man aber die Befürchtung, aus den Oberrabbinern könnten „Diktatoren" werden, von denen ein jeder seine eigene Richtung verfolgen könnte, so daß eine Einigung unter ihnen ausgeschlossen wäre und Sekten unter der Judenschaft entstehen würden. Man beantragte daher, lieber in Prag eine Landessynagoge zu errichten, deren sieben Mitglieder neben dem Vorsitzenden aus zwei Rabbinern, zwei Laien und zwei Religionslehrern bestehen sollten. Freilich fand auch dieser Antrag keine Billigung – es war der Prager Wehli, der die ernstliche Befürchtung äußerte, ein solches Zentralorgan könnte zum Ruin der Judenschaft führen. Der Vertreter der Kreisrabbiner versuchte zwar den Grund des Hasses gegen die Kreisrabbiner mit dem Hinweis

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu erklären, sie seien vor dem Jahre 1848 als Organe der Regierung gezwungen gewesen, unpopuläre Maßnahmen durchzuführen, aber diese Entschuldigung vermochte den elementaren Widerwillen gegen diese den Juden aufoktroyierte Institution nicht abzuschwächen. Die Debatte über diese Frage zeigte sehr deutlich die Meinungsverschiedenheit unter den Beratungsmitgliedern – unter anderm wurde auch beantragt, neben den Bezirksrabbinern in Prag als Regierungsorgan eine Art jüdisches Konsistorium zu errichten, worin außer einem Oberjuristen auch die Prager und die Landrabbiner, hervorragende Laien und Religionslehrer vertreten sein sollten. Dagegen erhob sich jedoch der alte Einwand, ein solches Zentralorgan müßte sich notwendigerweise einer bestimmten Richtung anschließen, der Orthodoxie oder dem Fortschritt, beides aber sei für die religiöse Entwicklung der ganzen Judenschaft gefährlich, ihre Freiheit würde dadurch ernstlich bedroht und in die Judengemeinden würde so die Brandfackel des Zankes geschleudert. Dr. Wessely verteidigte entschieden die Forderung, die Kreisrabbinate aufzuheben, denn ihre Belassung würde für die Juden sieben Päpste statt eines einzigen bedeuten. Dem Argumente, die Kreisrabbiner hätten ihre Geschichte, begegnete Wessely mit der witzigen Bemerkung, die Hexenprozesse hätten auch ihre Geschichte und doch sei dies kein Grund, sie aufrechtzuerhalten. Wesselys Antrag auf Aufhebung der Kreisrabbiner wurde schließlich mit einem Stimmenverhältnis von 13 : 1 angenommen, bei Stimmenenthaltung der Kreisrabbiner Mahler, Elbogen, Kafka und Pick.

Über das Verhältnis der Rabbiner zu den Vorständen der Judengemeinden entspann sich ebenfalls eine lebhafte Debatte, bei der die Rabbiner ihre Unabhängigkeit gegenüber den Gemeinden in rein religiösen Dingen verteidigten, während die Laien mit Wessely an der Spitze verlangten, daß der Rabbiner auch in religiösen Fragen im Einvernehmen mit den Vorständen vorgehe, um so dem Mißbrauch der Amtsgewalt durch den Rabbiner vorzubeugen. Es handelte sich vor allem um die Frage, ob dem Rabbiner selbst das Recht zustehe, die Gemeinde einzuberufen, wenn es sich um eine religiöse Frage handelt – doch auch hier fand man ein Kompromiß in der Bestimmung, die Gemeinde werde nur vom Vorstande einberufen, doch sei der Vorsteher verpflichtet, auf Antrag des Rabbiners die Gemeinde einzuberufen. Gegen den Einfluß der Rabbiner wandten sich die Laien auch in der Frage der Schulaufsicht – es war wiederum Wessely, der für die Unabhängigkeit der jüdischen Religionslehrer den Rabbinern gegenüber eintrat, während ihnen die Rabbiner unbedingt übergeordnet sein wollten. Auch hier wurde zugunsten der Unabhängigkeit der Lehrer entschieden, sie sollten nur der Aufsicht des Schulausschusses unterstehen, dem freilich auch der Rab-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

biner angehören mußte. Betreffs der Frage des obligaten Hebräisch an den jüdischen Schulen wurde beschlossen, daß nur für die Knaben das Bibellesen in hebräischer Sprache und die Grundsätze der hebräischen Grammatik verbindlich sein sollten, die Erklärung liturgischer Gebräuche jedoch unverbindlich.

Auch im weiteren Verlaufe der Debatte wurde der Stellung der Rabbiner innerhalb der Gemeinden und ihren Obliegenheiten viel Aufmerksamkeit geschenkt. Wessely behauptete, der Rabbiner sei eigentlich kein Organ der Gemeinde, da sie seiner nicht notwendig bedürfe, und seine Hauptobliegenheit seien Ritualfunktionen. Seinem Antrage, der Rabbiner solle verpflichtet sein, jeden Samstag in der Synagoge zu predigen, widersprachen jedoch die Rabbiner selbst, indem sie geltend machten, die Hauptobliegenheit der Rabbiner sei das Talmudstudium. Die Debatte ergab die Annahme der Formulierung, daß der Rabbiner verpflichtet sei, für Frömmigkeit und Moral zu sorgen, die religiösen und frommen Institutionen zu revidieren, die Gemeindemitglieder in Religionsfragen zu beraten, die Schule zu leiten und zu beaufsichtigen, Religionsunterricht zu erteilen, Eheschließungen und -scheidungen sowie die Chaliza zu vollziehen, die Ritualschlächter, das Ritualbad und andere religiöse Institutionen zu beaufsichtigen, für den Kaiser in der Landessprache zu beten, die Gesetze zu erklären, Talmud und Kasuistik zu lehren, die talmudischen Ehrentitel „chower" und „morenu" zu verleihen, die Religionslehrer zu prüfen, Predigten abzuhalten, die Konfirmation der dreizehnjährigen Judenknaben vorzunehmen, den Kultus hinsichtlich Ritus und Lehre zu überwachen, mit Hilfe des Gemeindevorstandes die Disziplin aufrechtzuerhalten, die Synagogenordnungen vorzuschlagen und die Sechswöchnerinnen zu segnen. Er sollte von der Gemeinde möglichst unabhängig sein und ein festes Jahresgehalt sollte seine Unabhängigkeit besiegeln. Bezüglich seines Einflusses in der Gemeinde betonten die Laien in der Kommission auf das nachdrücklichste die Autonomie der Judengemeinden, behaupteten, der Rabbiner sei kein Gemeindeorgan, überhaupt kein Geistlicher, und das Schicksal der Juden solle nicht von den Rabbinern abhängen, die angeblich nicht immer Engel seien. Als Gemeindeorgan wollten sie höchstens den Gemeindevorstand in Verbindung mit dem Rabbiner anerkennen, damit der Rabbiner innerhalb der Gemeinde stehe und nicht über derselben. Diese Anschauung stieß freilich auf den entschiedenen Widerstand der Rabbiner in der Kommission. Der Gemeindevorsteher ist kein Moses — wendeten sie ein — und sollte der Gemeindeausschuß auch in Religionssachen entscheiden, gäbe es alle drei Jahre, nach den neuen Gemeindewahlen, eine neue Judenschaft. Es ist für die Juden eine Frage auf Leben und Tod — nur die religiösen Gesetze müssen ausschlaggebend sein, in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Kommission soll die Kultusgemeindeordnung verhandelt werden, nicht aber ein Patent auf ein Privilegium der Gemeindevorstände! Der Rabbiner darf nicht eine bloße Sprechmaschine sein – braucht ja auch die Regierung religiöse Autorität, und die haben nur die Rabbiner. Der Prager Oberjurist Rappaport kehrte sich sehr scharf gegen die Auffassung Wesselys, er behauptete geradezu, solange es eine Judenschaft gebe, sei kein so zersetzendes Prinzip ausgesprochen worden als die Behauptung Wesselys, der Rabbiner sei kein Organ der Gemeinde und es solle ihm die selbständige Entscheidung in religiösen Fragen verwehrt sein. Wessely konnte auf diese Einwände allerdings erklären, man spreche zwar in der Theorie von Parität, aber man mache einen Papst aus dem Rabbiner, der auch kein Moses sei! Einen Ausweg aus dem Zwiespalt brachte die Annahme des Kompromißantrages Dr. Kämpfs, der Rabbiner solle verpflichtet sein, mit dem Gemeindevorstande auch Religionssachen zu verhandeln, falls sie in ihren Auswirkungen auf die Administrative übergreifen. Auch über die Frage der Besoldung der Rabbiner entspann sich eine Debatte. Die Rabbiner (namentlich der Rabbiner Pick) forderten eine feste Jahresbesoldung, damit so unter den Rabbinern der „Bettlerorden" aufhöre, wenn man ihnen gleichwohl den Priestercharakter abspreche. Die Gemeindenvertreter dagegen beantragten die Beibehaltung der alten Art der Rabbinerbesoldung je nach den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden, und verwiesen darauf, es habe noch kein Rabbiner betteln gehen müssen, und wenn er sich beliebt mache, werde er von der Gemeinde alles Nötige erlangen. Die Mehrzahl der Beratungsmitglieder neigte sich aber der Anschauung zu, gerade diese Abhängigkeit der Rabbiner von ihrer Beliebtheit in der Gemeinde verursache die Untergrabung ihres Einflusses und ihres Ansehens, und es wurde der Antrag angenommen, den Rabbinern sei ein festes Jahresgehalt von mindestens 300 fl. auszuzahlen.

Die heftigste Debatte rief die Verhandlung über die Frage eines Zentralorgans der böhmischen Judenschaft hervor, dessen angeblich die Regierung bedürfe, um sich in jüdischen Religionsfragen an eine autoritative Institution wenden zu können. Die entschiedene Mehrheit der Anwesenden erhob sich heftig gegen diesen Antrag, mit dem Hinweis, die Judenschaft habe sich jahrtausendelang die Dezentralisierung gewahrt, daher seien sie entschieden gegen ein Zentralorgan, ein Ungeheuer, aus dessen Haut sich ein Wolf entpuppen und die Krallen zeigen könne, den religiösen Zwang, die schädliche Hierarchie. Wer garantiere dafür – so argumentierten die Gegner der religiösen Zentralisierung –, daß dieses Zentralorgan stets in jüdischem Geiste wirken werde? Wer könne dann das Rad in seinem Laufe aufhalten? Zunächst werde das Organ auf drei Jahre gewählt, bald werde es sich für lebenslänglich erklären, dann

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werde es eine fixe Besoldung fordern und so werde die verhaßte jüdische Landeskasse wieder aufleben und mit ihr die drückende Judensteuer von ehedem, diesmal für Religionszwecke. Der Judenschaft ist jede religiöse Vorschrift Gesetz, jeder Jude ist sein eigener Priester, alle haben gleiche Rechte. Wird jedoch in einem Zentralorgan ein jüdischer Hohepriester geschaffen, so hören die Juden auf, Priester zu sein, und werden Opfer; für die Entstehung von jüdischen Sekten, deren es dank der bisherigen Verfassung so wenig gibt, werden so Tür und Tor offen stehen. Kein System jüdischer Suprematie habe sich in Böhmen bewährt, weder die ägyptische Plage der Finsternis, das System der Führer und Vertreter der Judenschaft, noch die ägyptische Plage der Heuschrecken: die jüdische Steuerdirektion. Und nun, da die Juden von diesen beiden Plagen befreit worden, wollten sie neuerdings nach Mizraim wandern, in die geistige Knechtschaft, und sich so der Sonne der Religionsfreiheit berauben! Falls die Regierung ein autoritatives religiöses Organ brauche, so habe sie es in den projektierten Bezirksgemeinden I. Klasse, oder sie könne sich wie bisher an das Prager Rabbinerkollegium wenden. Die Errichtung eines Zentralorgans in Böhmen würde nur zur Errichtung eines Zentralorganes für die gesamte Judenschaft im Reiche führen und eine österreichische Judenschaft entstehen lassen, was die Juden aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnten. Vor diesen Argumenten, die von der absoluten Mehrheit der Anwesenden gebilligt wurden, mußte schließlich selbst der Anwalt der gegenteiligen Anschauung, Dr. Wessely, kapitulieren, und auf seinen Antrag wurde dann der Beschluß angenommen, den Rabbinern solle kein Zentralorgan übergeordnet sein.

Bei diesen Diskussionen über die Organisierung der jüdischen Kultusgemeinden bedeutete es sicherlich einen großen Mangel, daß keinem der Beteiligten genau bekannt war, wieviel Kultusgemeinden eigentlich in Böhmen schon bestanden. Man behauptete zwar, es gebe etwa 300 Gemeinden, die über alle erforderlichen religiösen Einrichtungen, nämlich einen Rabbiner oder Religionslehrer, eine Synagoge, einen Friedhof und ein Ritualbad verfügten, aber alle diese Angaben beruhten lediglich auf unbelegten Vermutungen. Nach den eingelaufenen amtlichen Berichten erscheint es als sicher, daß es damals in Böhmen soviel Gemeinden gar nicht gab — die amtlichen Listen, die von den landesfürstlichen Behörden im Einvernehmen mit den Judengemeinden selbst angelegt worden waren, führten nur 213 an. Bei dieser Unsicherheit war es daher auch schwierig, vorweg genau die erforderliche Anzahl der Bezirks-Kultusgemeinden und den mit der Organisierung verbundenen Finanzvoranschlag festzustellen. Hinsichtlich der Kompetenz der Bezirksrabbiner war kein bestimmter Antrag gestellt worden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sie sollten von allen Mitgliedern der zugehörigen Gemeinden gewählt werden, die sich mit ihnen über ihre Kompetenz und Obliegenheiten einigen sollten. Die Bezirksrabbiner sollten auch der Regierung gegenüber die offiziellen Vertreter der Judengemeinden in Religionssachen darstellen. Hinsichtlich der Rabbinerqualifikation wurde beschlossen, bis zur Errichtung des Jüdischen Seminars die bisherige Praxis aufrechtzuerhalten, derzufolge von den Rabbinatskandidaten ein Zeugnis von drei Rabbinern über die Absolvierung der vorgeschriebenen Studien verlangt wurde, und der Gemeinde blieb das Recht gewahrt, vor der Bestellung zum Rabbiner den Kandidaten noch von einem anderen Rabbiner überprüfen zu lassen. Schließlich gab es noch einige Fragen von untergeordneter Bedeutung zu regeln. Aus Furcht vor der Gefahr einer Sektenbildung unter den Juden sollte in jeder Judengemeinde nur eine einzige Synagoge gestattet sein, und im dringenden Bedarfsfalle sollte eine zweite Synagoge nur mit Zustimmung der Gemeinde errichtet werden dürfen. Reformbedürftig war auch die Einrichtung der jüdischen Bruderschaften, an denen sieben Achtel der Gemeindeangehörigen beteiligt waren. Um verschiedenen Übergriffen vorzubeugen, zu denen es unter den damaligen Verhältnissen kam, da die einflußreichen Begräbnisbruderschaften meistens Eigentümer der Judenfriedhöfe waren, stellte man den Antrag, alle Friedhöfe ins Eigentum der jüdischen Gemeinden zu übergeben. Als sich aber unterschiedliche ernste Bedenken gegen diese Lösung ergaben, wurde auf Antrag Dr. Wesselys beschlossen, zwar die Friedhöfe und Begräbnisse wie bisher den Begräbnisbruderschaften zu belassen, jedoch feste Begräbnistaxen einzuführen; jedes Gemeindemitglied sollte übrigens das Recht haben, im Falle irgendwelcher Übergriffe vonseiten dieser Bruderschaften bei der Gemeinde Berufung einzulegen.

Die Frage der Errichtung eines jüdischen Seminars wurde bei der Beratung nicht entschieden, wenn sich die Teilnehmer auch dahin einigten, daß es den Eckstein der ganzen Kultusorganisation bilden müsse. Die Kommission wollte sich jedoch nicht in das Meritorische dieser Frage einlassen und betraute Landau damit, zunächst die nötigen Informationen einzuholen, namentlich bezüglich des Planes, ein solches Seminar in Wien für die gesamte Judenschaft des Reiches zu errichten; erst dann sollte diese Frage eingehender erörtert werden. Durch diesen Vorgang wurde dieses alte Projekt für lange Jahre aufgeschoben und zur Errichtung eines jüdischen Seminars in Prag ist es dann überhaupt nicht gekommen.

Die Debatte über die jüdische Kultusordnung nahm insgesamt 17 Sitzungen in der Zeit vom 14. Jänner bis 7. Feber 1851 in Anspruch und das Protokoll hierüber wurde erst am 10. Feber abgeschlossen. Auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einige Separatvota von Teilnehmern wurden ihm beigeschlossen. Die Vertreter der Landgemeinden protestierten gegen den Beschluß, zwei bis drei Bezirke unter die Leitung ehemaliger Kreisrabbiner zu stellen, der Rabbiner Elbogen legte in aller Rechtsform schriftlich Protest ein gegen jedwelchen Zwang in Religionssachen und gegen die obligatorischen Kultusbeiträge, der Judenschulinspektor Ernst Wehli führte in seinem Separatvotum aus, die Regierung könne nicht mit 30 bis 40 Bezirksrabbinern korrespondieren, und beantragte daher, die ehemaligen Kreisrabbiner sollten in die sieben größeren Bezirke eingesetzt werden mit dem Titel „Bezirksrabbiner der I. Kategorie" („Kollegium der Sieben") und sie sollten so ein ständiges Organ der Regierung werden. Das Votum des Raudnitzer Rabbiners Kohn bekundete pessimistische Befürchtung vor Willkür und Renitenz, die jetzt angeblich unter der Judenschaft zur Regel zu werden drohe, und rief nach der Staatsaufsicht (ius supremae inspectionis) über die Kultusgemeinden. Kohn vermißte im Kommissionsentwurf nähere Bestimmungen über die Gemeindeinstitute und über die Finanzmittel. Der erste Prager Rabbiner Salom. L. Rappaport im Verein mit dem Prediger und Prager Tempelrabbiner Dr. S. J. Kämpf, Dozenten der semitischen Sprachwissenschaft und Literatur an der Prager Universität, legten in einem gemeinsamen schriftlichen Memorandum dar, in Religionssachen solle stets allein der Rabbiner entscheiden und nicht der Vorsteher oder der Ausschuß der Gemeinde, der nichts davon verstehe –, andernfalls würde das den Ruin des religiösen Lebens bedeuten, was wohl kaum im Interesse des Staates sein könne. In der Errichtung eines Zentralorgans erblickten sie namentlich deshalb eine ernstliche Gefahr, da die Judengemeinden in Böhmen nicht in allen Religionsfragen übereinstimmen, während das Zentralorgan eine einheitliche Anschauung haben würde, die es den Gemeinden gegenüber verteidigen müßte, was zu Streit und Sektenbildung führen würde; übrigens müßte es auch zu Streit zwischen den Laien- und den geistlichen Mitgliedern des Zentralorgans kommen. Zum Schlusse ihres Memorandums suchten sie die Notwendigkeit der Kenntnis des Hebräischen beim Religionsunterrichte darzutun.

Dr. Wolfgang Wessely, der an allen Kommissionsverhandlungen lebhaftesten Anteil nahm, gab sich mit dem Beratungsergebnis nicht zufrieden, da er in einzelnen Fragen der Anschauung der Mehrheit nachgeben mußte. Er entschloß sich daher, dem Protokoll eine schriftliche Erklärung grundsätzlicher Art anzuschließen. Er hielt den Entwurf überhaupt nicht für geeignet, dem Ministerium als Grundlage des künftigen Statuts der jüdischen Kultusgemeinden vorgelegt zu werden. Quoad formalia sollten in der Einleitung die allgemeinen Grundsätze gekennzeichnet sein, nach denen er ausgearbeitet sei, als: Hebung des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

religiös-moralischen Lebens in den Gemeinden, Gewissensfreiheit des Individuums, gleichmäßige Verteilung der Gemeindelasten, Exequierbarkeit der Beiträge, Sicherstellung einer würdigen Existenz der Gemeindeangestellten und besonders der Rabbiner und die Art der Durchführung dieser Bestimmungen. In der von der Konferenz angenommenen Form sei der Entwurf ohne System, ohne inneren Zusammenhang, seine Paragraphen hätten keine Motivierung, über den Charakter der jüdischen Würdenträger herrsche keine Einheitlichkeit. In den Rabbinern erblicke man nach dem Muster der christlichen Kirchen Priester, einen Klerus, in der Gemeinde dagegen Laien, die Zeremonien in den Synagogen würden als Gottesdienst beurteilt, während doch die jüdische Religion weder Geistliche noch eine Seelsorge kenne; die Rabbiner seien nur Lehrer des Volkes, ihr Einfluß in der Gemeinde beruhe lediglich auf Vertrauen, auf ihren Kenntnissen und ihrem Charakter. Quoad materialia tadelte Wessely an dem Entwurfe den Mangel an Vollständigkeit, daß sich darin nämlich nichts finde über das Verhältnis der Judengemeinden zum Staate, der das Aufsichtsrecht über sie besitze, daß nicht einmal das gegenseitige Verhältnis der Judengemeinden untereinander geregelt erscheine, ja nicht einmal ihr Verhältnis zur Landeskultusgemeinde. Einen Mangel des Entwurfes erblickte Wessely auch darin, daß er keinen Bedacht nehme auf eine einheitliche Armen- und Krankenfürsorge, auch der Lehrerbildung sowie dem jüdischen Vereinsleben, namentlich aber der Regulierung der Begräbnisbruderschaften zu wenig Aufmerksamkeit schenke. Auch in diesem seinem Memorandum vertrat Wessely die Anschauung, der Rabbiner solle in Religionsfragen nicht eigenmächtig entscheiden, er solle die Gemeinde nur zu belehren und zu überzeugen trachten, die Entscheidung aber solle er nur im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstande treffen. Zum Schlusse bemängelte er an dem Entwurf, daß er die Frage der zur Verwirklichung der Neuordnung erforderlichen Finanzmittel überhaupt ungelöst lasse.

Das Prager Statthaltereipräsidium beurteilte freilich den Entwurf der Judenkommission von einem etwas anderen Gesichtspunkt als die jüdischen Kultusgemeinden. Der Statthalter Mecséry[20] übersandte den Kommissionsentwurf am 11. März 1851 dem Kultusministerium zur Bestätigung und betonte in seinem einleitenden Gutachten, eine Regelung der jüdischen Verhältnisse sei besonders hinsichtlich Kultus und Schulwesen, um das es bisher sehr schlecht bestellt war, unerläßlich. Es gab keine zweckentsprechenden Anstalten zur Ausbildung der Religionslehrer und Rabbiner, es gab keine Oberleitung, es gab keine festen Normen über das gegenseitige Verhältnis der Kultusangestellten und der jüdischen Kultusgemeinden, ebensowenig über die Beschaffung der zu ihrer Besoldung erforderlichen Geldmittel, so daß sich jedermann der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zahlung der freiwilligen Beiträge entziehen konnte. Die Rabbiner und Lehrer waren allzustark abhängig, die Kreisrabbiner standen unter keiner Kontrolle von oben und übten auch selbst keine nach unten aus; Reformen führten sie auf eigene Faust durch, so daß der eine das einriß, was sein Vorgänger aufgebaut. Es gab keine Religionslehranstalt, die Rabbinatsberechtigung erteilten die Kreisrabbiner und die Judenschaft litt unter dem Mangel fähiger Rabbinatskandidaten. Religion und Moral mußte daher in der Judenschaft notwendigerweise dem Materialismus weichen und in religiöser Hinsicht herrschte unter den Juden Anarchie. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der jüdischen Verhältnisse ergebe sich namentlich auch daraus, daß viele Juden zerstreut auf dem Lande wohnen und oft gar keiner Kultusgemeinde zugeteilt sind. Mecséry war sich freilich keinen Augenblick im unklaren, welche Schwierigkeiten diese Aktion im Gefolge habe: die Judenschaft kennt keine geistlichen Funktionäre, macht keinen Unterschied zwischen Rabbiner und Laien, kennt keine Priester, jede Judengemeinde ist an sich das, was in den christlichen Religionen die Kirche. Das Interesse der Regierung an der Regulierung der jüdischen Verhältnisse begründete Mecséry neben moralischen Beweggründen namentlich damit, die jüdischen Kultusorgane seien gleichzeitig Regierungsorgane, da ihnen die Führung der Matriken, die Volkszählung, die Vollziehung der Eheschließungen u. dgl. obliegt.

Mecséry schilderte die oberwähnte amtliche Aktion zur Beschaffung von Informationen über die bisherige jüdische Verfassung und über die Anschauung der Judenschaft bezüglich der künftigen Regelung, er machte jedoch das Ministerium aufmerksam, die eingelangten Berichte konnten ihrer Art nach und der grellen Meinungsverschiedenheiten halber nicht zur Grundlage eines amtlichen Entwurfes dienen, da sich darin die scharfen Konflikte zwischen Orthodoxen und Reformisten spiegelten. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, nach Prag eine Konferenz der jüdischen Rabbiner und Laien und Judengemeindenvertreter einzuberufen; das Ergebnis sei der beiliegende Entwurf. Die Statthalterei griff absichtlich nicht in den Verlauf der Beratungen ein, um den stark entwickelten Sinn der Juden für Selbstverwaltung und Selbständigkeit in Religionssachen nicht zu verletzen. Mecséry war ebensowenig wie Wessely mit dem endgültigen Entwurf der Judenkommission zufrieden und bemängelte daran das Fehlen einer definitiven Redaktion; er hielt ihn ebensowenig für geeignet, die Grundlage für das künftige Statut der jüdischen Kultusgemeinden abzugeben. Es handelt sich im Wesen darum – so argumentierte Mecséry – die §§ 1 und 2 der Staatsgrundgesetze anzuwenden, und zwar unter dem Gesichtswinkel, daß Staat und Judenschaft voneinander gegenseitig abhängen, so daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

man bei den Erörterungen das äußere und innere Moment, das religiöse und staatliche scheiden müsse. Die Kultusgemeinde soll demnach eine religiöse Gemeinschaft im Staate bilden, nicht einen Staat im Staate; dem Staate müsse stets die Oberaufsicht zustehen, er solle somit die äußere Grenze der jüdischen Autonomie bilden, wie ja auch die Freiheit des Individuums beschränkt ist. Es handelt sich also darum, die Grenze zwischen dem kirchlichen und staatlichen Bereiche zu finden und festzustellen, wobei die staatliche Aufsicht vielmehr nur indirekt sein und in der Regulierung der Kirchenverfassung beruhen soll. Die Judenschaft hat zwar Jahrtausende dem Glück und noch mehr dem Unglück getrotzt, nichtsdestoweniger haben sich die Bande des gemeinsamen jüdischen Kultus doch auffällig gelockert, Willkür und Renitenz, früher unerhörte Erscheinungen, sind zur Regel geworden, wachsende Neuerungssucht droht die Seele des Judentums zu verschlingen und Verfall und Zersetzung wird in allen Einrichtungen sichtbar. Bei dem wachsenden Reformismus steht zu befürchten, daß aus diesen unerquicklichen Verhältnissen nur Indifferentismus und religiöse Anarchie erwächst und bedrohlich die Grundpfeiler der jüdischen Gemeinschaft erschüttert, was wohl nicht im Interesse der Regierung läge.

Den Einfluß des Staates auf die jüdischen Kultusangelegenheiten teilte Mecséry in zwei Sphären: Kontrolle und Schutz, wobei die staatliche Aufsicht sich sowohl auf die Einrichtungen als auch auf die Organe beziehen sollte. Das Maß der staatlichen Beaufsichtigung der jüdischen Einrichtungen hängt von ihrem Charakter ab, so daß die politische Verfassung mehr Aufsicht erfordert, während bei andern Einrichtungen, z. B. bei dem Ritualbad, die reine Polizeiaufsicht genügt. Strengere staatliche Aufsicht erfordert das Armenwesen, als Armenhäuser, Spitäler, Wohlfahrtsanstalten und selbstverständlich auch die Judenschule. Die Errichtung der Kultusgemeinden muß daher unter Mitwirkung der politischen Behörden vor sich gehen. Die Überwachung der untergeordneten Kultusorgane, z. B. Kantor, Schächter, Synagogendiener, war Mecséry geneigt, den Judengemeinden zu überlassen, indem er den staatlichen Einfluß nur auf die Bestätigung der Rabbiner und Religionslehrer beschränkte.

Bei der Organisierung der Kultusgemeinden empfahl Mecséry Rücksichtnahme auf die örtlichen und geographischen Verhältnisse, die materiellen Verhältnisse, den Bildungsgrad und die politische Gesinnung der Judenschaft. Die böhmischen Juden sind an Intelligenz den galizischen und ungarischen Juden überlegen – führte er aus –, doch bedeute ihre territoriale Diaspora entgegen der günstigeren Lage der mährischen Juden einen Nachteil; denn dort gebe es 52 Judengemeinden, deren kleinste größer sei als die größte jüdische Landgemeinde Böhmens,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wo auf einer Fläche von 950 Quadratmeilen 70.000 Juden leben, also 70 Juden auf einer Quadratmeile. Auch Mecséry nahm nach den unverbürgten Nachrichten die Zahl der Judengemeinden in Böhmen mit 348 zu hoch an, deren jede angeblich ihr eigenes Bethaus besitze. Er hielt es daher für notwendig, das Interesse der Juden an der Errichtung von Kultusgemeinden zu wecken, und zwar nach dem Grundsatze, daß jeder einzelne Jude zu irgendeiner Kultusgemeinde gehören müsse und daß sich jede Synagogengemeinde an eine Rabbinatsgemeinde angliedern solle; die letzteren sollten die höhere Einheit in der Gesamtorganisation der Kultusgemeinden des Landes darstellen. Die obligatorische Zugehörigkeit zu einer Gemeinde erschien zur Evidenz der jüdischen Eheschließungen und Matriken notwendig; von der pflichtgemäßen Zugehörigkeit zur Rabbinatsgemeinde versprach sich Mecséry eine Vermehrung der Zahl der Rabbiner und dadurch eine Hebung des religiösen und moralischen Sinnes unter der böhmischen Judenschaft. Die Grundlage der Gemeindeorganisation sollte der bisherige Zustand bilden und den Mittelpunkt der Gemeinde sollte grundsätzlich die Synagoge bilden; eine selbständige Kultusgemeinde könne von wenigstens zehn selbständigen Juden männlichen Geschlechtes gebildet werden, die im Umkreis von einer halben bis einer ganzen Quadratmeile oder so weit entfernt wohnen, um an dem Gottesdienst noch teilnehmen zu können. Bedingung für die Anerkennung einer Gemeinde sollte lediglich die Synagoge, das Bethaus sein und keineswegs die Religionsschule, während alle anderen Kultuseinrichtungen der Gemeinde sich nach dem Vermögensstande der Gemeinde richten sollten. Alle Juden des Landes sollten bei dieser Gelegenheit in die Judenmatrik eingetragen werden.

Bezüglich der Gliederung der jüdischen Kultusgemeinden mußte Mecséry auf die Meinungsverschiedenheiten verweisen, die sich bei der Beratung in der Frage der Bezirks- oder Kreisrabbinate ergeben hatten, und auf den grundsätzlichen Widerstand gegen die jüdische Hierarchie. Mecséry stimmte dem Vorschlage von Bezirksrabbinaten keineswegs zu, sondern wollte lieber das System der Kreisrabbinate aufrechterhalten wissen, die eigentlich schon seit Jahrhunderten bestünden, wiewohl sie von der Regierung erst mit dem Gesetz vom 6. August 1797 sanktioniert worden. Er gab zu, daß ihre Tätigkeit wegen der Größe der ihnen zugeteilten Sprengel im großen ganzen enttäuscht habe, aber er hoffte, eine entsprechende Reform werde diese Mängel beheben. Seine Ablehnung der Bezirksrabbinate begründete Mecséry damit, daß es in Böhmen keine zehn Judengemeinden mit allen nötigen Einrichtungen gebe, auch seien sie territorial nicht günstig verteilt. Er war überzeugt, 30 Bezirksrabbiner würden nicht soviel leisten wie 7 Kreisrabbiner. Nach Mecsérys Meinung war zwar das Rabbinat das wichtigste Organ der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jüdischen Kultusgemeinde, aber er empfahl dem Ministerium nicht, den Gemeinden Rabbiner aufzudrängen, sondern es sollte auf die Gemeinden nur indirekt eingewirkt werden, namentlich durch die Bestimmung der pflichtgemäßen Angliederung an eine Rabbinatsgemeinde.

Mecséry ging dann zur Erörterung der Frage eines Zentralorgans der jüdischen Kultusverfassung über. Eingangs deutete er kurz an, wie diese Frage bisher in Preußen gelöst sei, wo bis zum Jahre 1847 nach den vier damaligen Bestandteilen des preußischen Staates auch verschiedene Verhältnisse herrschten. In dem ehemals französischen Teil, dem Rheinlande, blieb die französische Einrichtung von drei Konsistorialsprengeln (Trier, Bonn, Crefeld), jeder mit einem Oberrabbiner und einem Konsistorium. Die Beziehung zwischen dem Konsistorium und den Gemeinden war hier jedoch ganz locker und der Oberrabbiner hatte nicht die entsprechende Autorität. In den vormals westfälischen Provinzen, Westfalen und Sachsen, hatte die Regierung die Voranschläge der Judengemeinden zu bestätigen, die Wahl der Gemeindevorstände zu überwachen und besaß auch das Recht, die jüdischen Gemeindebeiträge exekutiv einzutreiben. In der Provinz Posen, wo seit 1833 die Judengemeinden gesetzlich unter Regierungsaufsicht gestellt waren, stand das öffentliche jüdische Schulwesen unter der Aufsicht der Regierung, der es auch zukam, die Lehrer zu bestellen, ohne daß sie jedoch in religiöse Fragen eingriff. In den altpreußischen Provinzen endlich waren die Juden ganz selbständig mit eigener Selbstverwaltung, aber die Religionslehrer mußten sich einer Staatsprüfung unterziehen. Mit Gesetz vom 23. Juli 1847 wurde jedoch in ganz Preußen eine einheitliche Reform durchgeführt, derzufolge die Führung der Zivilregister an die Gerichte überging, für die Juden wurde die Zivilehe eingeführt und obligate jüdische Kultusgemeinden unter Staatsaufsicht errichtet. Doch dieses Gesetz trat überhaupt nicht in Kraft, denn die Bewegung des Jahres 1848 beseitigte es noch vor seiner Verwirklichung. Nun verbürgte die Verfassung den Judengemeinden Autonomie ohne Staatsaufsicht, während die Zivilregister und Ehen vor die Gerichte gehörten, – ein Zustand, den man zwar für unhaltbar ansah, ohne daß jedoch die preußische Regierung eine Reform desselben beabsichtigte.

Das preußische Muster kam daher für eine Nachahmung in den österreichischen Ländern nicht in Betracht. Mecséry reproduzierte zwar in seinem Gutachten alle obangeführten Haupteinwände, welche die Juden bei den Prager Beratungen gegen ein Zentralorgan geltend gemacht hatten, er selbst sprach sich aber trotzdem für die Schaffung eines Zentralorganes für die böhmische Judenschaft aus, mit dem Hinweis, daß es ein solches Organ bereits in Palästina gab, daß in Prag stets ein berühmter Rabbiner lebte, der als Haupt der Judenschaft im ganzen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Lande galt, daß es in Mähren gleichfalls immer noch einen Oberrabiner gab, daß Amsterdam und London ihre jüdischen Zentralorgane haben, daß Frankreich eine jüdische Konsistorialverfassung besitzt u. dgl. Nach Mecsérys Ansicht war der Widerstand der Juden gegen ein Zentralorgan namentlich in der Befürchtung zu suchen, es würde einen beträchtlichen finanziellen Aufwand fordern und einen Steuerdruck herbeiführen. Das Zentralorgan sollte aber nach Mecsérys Meinung nicht imperativ eingreifen, sondern nur als Mittler, als Herz, als Mittelpunkt aller Judengemeinden, und in seine Kompetenz sollte es gehören, den Gottesdienst in den Synagogen und den Religionsunterricht zu regeln, Übertretungen einzelner Rabbiner und Lehrer zu untersuchen, Vorschläge zur Besserung des religiösen und moralischen Zustandes der Judenschaft zu erstatten, Gutachten für Regierungsorgane auszuarbeiten, Streitfragen zu entscheiden, Zwistigkeiten zwischen einzelnen Gemeinden beizulegen, Gebet- und Schulbücher zu empfehlen und für den Unterricht von armen Schulkindern zu sorgen. Dieses Zentralorgan sollte sich aus einem landesfürstlichen Kommissär, zwei Rabbinern, zwei Lehrern und zwei Laien zusammensetzen und vom Kultusministerium bestätigt werden, es sollte aber von den Gemeinden gewählt werden, die zu diesem Behufe nach der Höhe der Beiträge in verschiedene Wahlklassen mit einer entsprechenden Anzahl von Stimmen eingeteilt werden sollten. Mecséry war sich jedoch bewußt, daß die augenblickliche Stimmung innerhalb der Judenschaft der Ausführung des Planes nicht günstig sei, und empfahl daher, damit nicht zu eilen, sondern vorläufig von den bestehenden Verhältnissen auszugehen und mit den sieben Kreisrabbinern vorlieb zu nehmen, die die Regierung als Kontrollorgan nicht entbehren könne.

Nach dieser Darlegung seiner grundsätzlichen Auffassung des Planes einer Reform der jüdischen Kultusordnung ging Mecséry in seinem Gutachten auf die einzelnen Paragraphen des Prager Beratungsentwurfes über und schloß daran seine kritischen Bemerkungen und Zusätze vom amtlichen Standpunkte. Soweit sie nicht bloß eine Wiederholung der oben gekennzeichneten Anschauungen Mecsérys waren, vermerken wir sie hier in knapper Übersicht. Die Einteilung der jüdischen Kultusgemeinden in die übergeordneten Rabbinatsgemeinden sollte binnen einer bestimmten Frist nach Vereinbarung der betreffenden Gemeinden erfolgen, das Ergebnis des Übereinkommens sollte in einer statistischen Übersicht zusammengestellt, der Regierung zur Bestätigung vorgelegt und erst dann veröffentlicht werden. Jede Synagogal- oder Rabbinatsgemeinde sollte in inneren Angelegenheiten völlige Autonomie haben und Korporationsrechte genießen. Über die Beitragsleistungen sollten die politischen Behörden erst dann entscheiden, wenn in der Gemeinde keine Einigung zu erzielen war. Der Rabbiner sollte in seiner Kompetenz

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Stellung möglichst selbständig und von der Willkür der Gemeinden unabhängig sein. Sollte er sich einer beantragten und von der Gemeinde angenommenen Reform nicht fügen wollen — bei der Beratung sollte er beratende Stimme haben —, so sollte die Streitfrage dem Zentralorgane oder vorläufig dem Kreisrabbiner zur Begutachtung vorgelegt werden, und erkennt dieser, daß sich die Reform innerhalb der von der jüdischen Religion gezogenen Grenzen bewegt, so soll sie auch trotz des Widerstandes seitens des Rabbiners in Kraft erwachsen. Sollte sich der Rabbiner auch dann nicht fügen wollen, wird er gezwungen sein zurückzutreten und die Gemeinde wird sich einen anderen Rabbiner wählen. Am jüdischen Schulwesen hat der Staat nur insofern ein Interesse, daß die Lehrerschaft entsprechend befähigt sei, daß der Unterricht darauf bedacht sei, die Judenschaft in ihrer Reinheit zu erhalten, und daß keine staatsgefährliche Lehre vorgetragen werde, — alles andere sei Sache der Selbstverwaltung der Gemeinde. Die Lehrmethode bleibt der freien Wahl des Lehrers überlassen, die Lehrbücher dagegen werden vom Schulausschuß im Einvernehmen mit der Lehrerschaft bestimmt. Die Judenkinder sollen gezwungen werden, die Christenschulen zu besuchen, um so die Kluft zwischen der christlichen und der jüdischen Bevölkerung des Landes zu überbrücken. Ebenso wie an den höheren Schulen, muß auch an den Volksschulen der Unterschied des Bekenntnisses verschwinden. Die jüdischen Religionsschulen bleiben aber daneben bestehen, da der Staat ein Interesse daran hat, den positiven Glauben zu erhalten, ohne jedoch in dieser Hinsicht imperativ eingreifen zu wollen. Die Überwachung der jüdischen Religionsschulen sowie des privaten Religionsunterrichtes obliegt der Gemeinde, welche sie durch die Rabbiner ausübt, wie dies an den evangelischen Schulen ähnlich eingerichtet ist. Die Wohlfahrtsanstalten, die sich für den Augenblick nicht mit den christlichen vereinigen lassen, sollen den Judengemeinden unterstehen. Später freilich, sobald die Entwicklung die Unterschiede zwischen Juden und Christen verwischt, muß darauf Bedacht genommen werden, auch diese jüdischen Wohlfahrts- und Armenanstalten in ein gleichmäßiges System mit den christlichen Organisationen zu bringen. Organ der jüdischen Kultusgemeinde in Verwaltungsangelegenheiten ist der Ausschuß mit dem Vorstand an der Spitze, in religiösen Angelegenheiten der Rabbiner, — beide stehen da nebeneinander und jeder hat seinen bestimmt umgrenzten Wirkungskreis. Der Rabbiner ist ein Gemeindebeamter und seine Stellung bedeutet keine Bedrohung der jüdischen Selbstverwaltung, schon deshalb nicht, da er bei seiner Abhängigkeit stets im Kampfe gegen die Vorurteile, die Unkenntnis und Gewinnsucht der Verwaltungsorgane der Gemeinde unterliegen müßte. Bei dem Leichtsinn, mit dem sich die Judenschaft über positiv-dogmatische Fragen hinwegsetzt, gilt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

es die Integrität des Rabbiners zu schützen und seine Stellung in der Gemeinde zu stärken, und man muß ihm das Recht lassen, an die Gemeinde zu berufen, damit sie mit Stimmenmehrheit über die Einführung neuer oder die Abänderung bestehender Ritualordnungen und -einrichtungen entscheide. Die Trennung des Religionsunterrichtes vom Rabbinat erklärte Mecséry als unnatürlich mit dem Hinweis, der Religionsunterricht sei im Gegenteil gerade Sache des Rabbiners und schlinge um ihn und die Gemeinde ein unauflösliches Band. Hinsichtlich der Vorbildung der Rabbiner empfahl Mecséry einen Unterschied in den Anforderungen an die Bildung der Rabbiner je nach der Größe der Judengemeinden zu machen, – alle sollten jedoch eine feste Besoldung von mindestens 300 fl. CM. haben, um so in der Gemeinde eine etwas unabhängigere Stellung einzunehmen.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte Mecséry in seinem Gutachten der Reform der jüdischen Matrikenführung. Schon im April 1850 hatte Minister Thun Mecséry aufmerksam gemacht, in Mähren habe sich eine Änderung in der jüdischen Matrikenführung notwendig erwiesen, und den Wunsch geäußert, die jüdische Kommission in Prag möge auch diese Frage erwägen.[21] Die Berichte, welche Mecséry von den Kreisregierungen eingeholt hatte, stimmten darin überein, daß die Judenmatriken, deren Führung damals der Kontrolle der katholischen Geistlichen unterstand, nicht sorgfältig geführt seien und einer Reform bedürften. In Prag wurden früher jüdische Geburts-, Trauungs- und Todesmatriken getrennt, jede Gruppe von einem eigenen Matrikenführer geführt; im Jahre 1850 führten die Oberrabbiner die Geburts- und Trauungsmatriken, während die Todesmatriken von der Begräbnisbruderschaft geführt wurden. Auf dem Lande wurde die Evidenz der Judenmatriken nach dem Hofdekrete vom 22. Dezember 1837 im Rahmen der Matrikensprengel durchgeführt; jedoch die neue politische Landeseinteilung vom Jahre 1850 nahm keine Rücksicht auf sie, so daß sie in mehrere Bezirke zerschlagen wurden, wodurch die Kontrolle bedeutend erschwert war. Die Bezirkshauptmannschaften beantragten daher, diese Matrikenbezirke den neuen Administrativverhältnissen anzupassen und die den geänderten Verhältnissen nicht mehr entsprechende Kontrolle durch die katholischen Pfarrer zu beseitigen, – das war übrigens auch der einmütige Wunsch der Judengemeinden. Die Matrikenführung sollte lediglich der Aufsicht der politischen Behörden unterstehen, doch sollte an diese Reform erst nach Feststellung eines Statuts für die jüdischen Kultusgemeinden geschritten werden. Auch in den Rubriken der Judenmatriken sollten einige den neuen Rechtsverhältnissen entsprechende Änderungen platzgreifen und auch die Instruktion für jüdische Matrikenführer vom 27. April 1838 sollte abgeändert werden. Die meisten Beschwerden wur-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den gegen jene Gemeinden erhoben, in welchen die Matrikenführung nicht dem Rabbiner oder dem Lehrer oblag, sondern einem herumziehenden Händler, der oft nur geringe Schreibkenntnisse hatte oder geschäftehalber nicht selten tagelang der Gemeinde fernbleiben mußte. Einige Bezirkshauptmannschaften beantragten zwar, die Matrikenführung den Staatsbehörden anzuvertrauen, die Mehrzahl jedoch empfahl, sie den erfahrenen Matrikenführern zu überlassen, aber unter einer besseren Beaufsichtigung durch die Judengemeinden und die politischen Behörden.

Mecséry konnte sich also in seinem Gutachten über die jüdische Matrikenführung auf diese in der Hauptsache übereinstimmenden Gutachten stützen. Er beantragte daher in Übereinstimmung mit dem einmütigen Wunsche der gesamten Judenschaft, die katholische Kontrolle der Judenmatriken aufzuheben und die fähigen jüdischen Matrikenführer nur einer Prüfung und Beeidigung bei der Bezirkshauptmannschaft zu unterziehen. Die Matriken sollten in einer der beiden Landessprachen in zwei Gleichschriften geführt werden, deren eine mit Jahresende dem Gemeindevorstande zur Aufbewahrung übergeben werden sollte. Die bisherige vierteljährliche Vorlage der Matrikenauszüge an den Bezirkshauptmann sollte in Hinkunft entfallen. Die Geburt eines jüdischen Kindes sollte unter der Strafe von 5 bis 10 fl. binnen acht Tagen dem Matrikenführer angezeigt und sofort in die Matrik eingetragen werden. Die Beschneidung durfte erst nach der Immatrikulierung vollzogen werden, ebenso das Begräbnis erst nach Vorlage des Matrikelauszuges, und auch die Eheschließungen sollten stets sofort eingeschrieben werden. In größeren Gemeinden sollten auch mehrere Matrikenführer zulässig sein. Eine Kontrolle seitens der Bezirksgerichte hielt Mecséry schon aus dem Grunde nicht für angezeigt, da diese sonst auch für die christlichen Matriken eingeführt werden müßte. Diese Anträge Mecsérys bezüglich der Judenmatrikenführung wurden später größtenteils Gesetz.

Die Verhandlungen über die Regulierung der jüdischen Kultusgemeinden in Böhmen, die wir in den Hauptzügen geschildert haben, haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Anschauungen der Judengemeinden von denen der Orts- und Kreisrabbiner stark abwichen, ferner daß auch zwischen den Wünschen der Judenschaft überhaupt und zwischen der Forderung einer Regierungsaufsicht und einer geistlichen Zentralleitung aller Judengemeinden bedeutende Gegensätze bestanden. Die Regierung hätte nun wohl die vorgelegten Entwürfe nach ihren Richtlinien umarbeiten und ihren neuen Antrag dann vermutlich erst wieder zu neuerlicher Begutachtung den Judengemeinden vorlegen müssen, wenn sie den Vorwurf eines Oktroi vermeiden wollte. Doch dazu kam es damals überhaupt nicht. Die vorgelegten Entwürfe verschwanden sang- und klanglos in der Registratur des Wiener Kultusministeriums,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

einmal wohl darum, weil unter den gegebenen Verhältnissen die Regierung keine Lust hatte, imperativ in die jüdischen Verhältnisse einzugreifen, namentlich aber wohl deshalb, weil die bald darauf im Gefolge des Absolutismus durchgeführten Verfassungsänderungen die Notwendigkeit einer solchen Reform vermindert hatten.[22] Als daher im Mai 1852 Philipp Herschmann Kirchenberger aus Eidlitz den Kaiser darauf aufmerksam machte, das jüdische Religionsleben verfalle seit einer Reihe von Jahren namentlich aus Mangel an einer strafferen Verwaltungsorganisation und auch die jüdischen Kinder würden sehr nachlässig unterrichtet, da wurde sein Anerbieten, die Einrichtung der größeren Judengemeinden, der Religionsschulen und die Reform des Rabbinatswesens zu organisieren, wenn er darauf ein kaiserliches Dekret für ganz Böhmen erhalte, überhaupt nicht in Erwägung gezogen, so kurios erschien sein Ansinnen.[23] Und als im Jänner 1855 bei der Prager Statthalterei von der galizischen Statthalterei angefragt wurde, ob in Böhmen der Entwurf einer Judenordnung vom Jahre 1850 und das jüdische Seminar ins Leben getreten sei, da konnte die Statthalterei nur antworten, über den Entwurf sei in Wien noch nichts entschieden worden und so seien für die rechtlichen und bürgerlichen Verhältnisse der Juden das Allerhöchste Patent vom 31. Dezember 1851 und die kaiserliche Verordnung vom 2. Oktober 1853 maßgebend, wobei der Verkehr mit der Regierung auf dem Lande durch die Kreis- und Ortsrabbiner und in Prag durch die Judengemeinde erfolge.[24]

Erst als sich durch den Fall des Absolutismus die politische Lage geändert hatte, trat die Frage der Organisierung jüdischer Kultusgemeinden in Böhmen in ein neues Stadium der Beratung. Die Besprechungen zunächst des zwölfgliedrigen, später des zweiunddreißiggliedrigen Ausschusses und schließlich die gemeinsame Beratung des jüdischen Generallandtages, in den von den Judengemeinden 240 Mitglieder gewählt worden waren, zeigten im Jahre 1862,[25] daß noch dieselben Schwierigkeiten bestanden wie im Jahre 1850. Der heftige Streit zwischen den Provinzjudengemeinden und der Prager Judengemeinde um die Vertretung, der Streit um die Kompetenz der Rabbiner und um die Hierarchie überhaupt, die Bestrebungen der Gemeinden, zum Vorteil ihrer Autonomie die Befugnis der Rabbiner möglichst zu schmälern, der Widerstand gegen das Gespenst des Bezirksrabbinates und die Stimmen gegen die Institution der Kreisrabbiner, das alles waren Fragen, die im Jahre 1862 neuerdings und in ganz gleichem Sinne die Teilnehmer der Prager Judenkonferenz beschäftigten, deren gedruckter Antrag auch damals nicht zur Tat wurde. Das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 sprach zwar den Grundsatz der vollen politischen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung mit der christlichen aus,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aber auch nach seiner Kundmachung kam es nicht zur Bestätigung der so lange vorbereiteten Ordnung für die jüdischen Gemeinden in Böhmen. Den Juden wurde damals die Staatsbürgerschaft zuerkannt, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Bewegungsfreiheit, das Recht freien Erwerbs von Liegenschaften, die Glaubensfreiheit, die Gewissensfreiheit und die freie Berufswahl sowie die Verwaltung von Kultusanstalten, aber die jüdischen Kultusgemeinden hatten noch immer keine straffere Rechtsorganisation.[26] Erst im Feber 1889 wurde dem Wiener Herrenhause die Gesetzesvorlage über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der jüdischen Religionsgesellschaft unterbreitet; die Vorlage kannte wiederum keine höheren jüdischen Kirchenämter und begnügte sich lediglich mit der unzureichenden niedrigsten Rechtseinheit, den örtlichen jüdischen Kultusgemeinden. Diese Gesetzesvorlage erfuhr daher mit Recht auch von jüdischer Seite gleich nach ihrem Bekanntwerden eine ablehnende Kritik,[27] und als es endlich zu ihrer Durchführung kam (mit Gesetz vom 21. März 1890, Nr. 57 RGBl.), wurde sie keineswegs mit Befriedigung aufgenommen. Man erhob gerade damals von jüdischer Seite den Vorwurf dagegen, daß sie auf halbem Wege stehengeblieben sei, daß die ganze Organisation allein in der Existenz örtlicher jüdischer Kultusgemeinden besteht, die völlig selbständig sind und keine gegenseitige Verbindung besitzen. Als Hauptfehler wurde an dem Gesetze gerade der Umstand getadelt, daß es keine Bezirks- und Landes-Kultuskorporationen kennt, so daß auch nach Erscheinen des Gesetzes die jüdische Gesellschaft kein Zentralorgan besitzt.[28] Das gehört jedoch nicht mehr in den Rahmen dieser Studie.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

I.

ZUR ZENSUR JÜDISCHER BÜCHER IN BÖHMEN ZU ANFANG DES NEUNZEHNTEN JAHRHUNDERTS.

[1] Karl Fischer wurde am 5. Juli 1755 zu Lichtenstadt geboren. Er war höchstwahrscheinlich jüdischer Herkunft, wiewohl in den amtlichen Schriften nichts darüber gesagt wird. Es zeugt dafür seine spätere ungewöhnliche Kenntnis der hebräischen Sprache und des Talmud und auch der Umstand, daß in Lichtenstadt damals tatsächlich zwei jüdische Familien dieses Namens ansässig waren. Seit dem Jahre 1781, dem Jahre, da der hebräische Bücherzensor in Böhmen dem Gubernium unterstellt wurde, war Fischer amtlich approbierter, wenngleich unbesoldeter Gehilfe des damaligen Prager Zensors, Revisors und Translators in hebraicis, des Jesuiten P. Leopold Tirsch, als dessen bester und Lieblingsschüler er von Tirsch selbst in den für Fischer ausgestellten, warmgehaltenen Zeugnissen bezeichnet wird. In Privatpraxis stand Fischer jedoch bereits seit Dezember 1788 bei Tirsch. Da Fischer nicht genug Existenzmittel besaß, versuchte er wiederholt eine Remuneration zu erlangen, wurde aber trotz der lobenden Empfehlungen Tirschens stets abgewiesen. Erst kurz vor Tirschens Tod, also zu einer Zeit, da die Zensurarbeit eigentlich ganz in seinen Händen ruhte, erhielt er eine Jahresunterstützung von 50 fl. Als am 30. November 1788 Tirsch gestorben war, gab es unter den Laien keinen zweiten qualifizierten Kandidaten für diese Funktion, so daß nicht einmal ein öffentlicher Konkurs ausgeschrieben wurde, und mittels Hofdekret vom 26. Juni 1789 wurde Fischer, der damals diese Funktion tatsächlich ausübte (er war bereits am 16. Jänner 1789 vereidigt worden), zum Revisor der hebräischen Bücher mit einem Jahresgehalt von 200 fl. aus dem Studienfonds ernannt. Für seine Tätigkeit als Übersetzer wurde ihm kein festes Jahresgehalt bemessen, sondern seine Übersetzungen aus dem Hebräischen sollten nach der Bogenzahl honoriert werden. Außerdem bezog er freilich noch 200 fl. jährlich als Skriptor der Universitätsbibliothek und das Honorar für die Übersetzungen belief sich auf etwa 100 fl. jährlich. Im Jahre 1792 wurde ihm ein Jahresbeitrag von 50 fl. auf Kanzleierfordernisse zugebilligt. Bereits im Jahre 1792 verfaßte Fischer eine kurze Besprechung des hebräischen Talmud und aus dem Jahre 1802 stammt seine ausführliche „Gutmeinung über den Talmud der Hebräer", die allerdings erst 1883 von E. Baumgarten in Wien in Druck erschien. Es ist eine Apologie des Talmud gegen zahlreiche Einwände, die gegen dessen Inhalt erhoben wurden, namentlich was die Auslegung der Namen betraf, mit denen darin Nichtjuden belegt werden, und hinsichtlich der angeblichen Gutheißung von Verbrechen. Fischer starb am 22. Jänner 1844 im Alter von 89 Jahren nach 59jähriger Amtstätigkeit (vgl. ČG. Publ. 1786–1795, Fasz. 115/117). Vgl. auch *Baumgarten* in der Vorrede und in dem Anhang zur erwähnten „Gutmeinung" Fischers. – Die Literatur zur Geschichte der jüdischen Bücherzensur verzeichnet *Guido Kisch* in seiner Studie „Die Zensur jüdischer Bücher in Böhmen. Beiträge zu ihrer Geschichte." (Jahrbuch d. Ges. f. G. d. Juden in der ČSR., Jg. II, 1930, S. 444–478.) Eine beglaubigte Kopie des Manuskriptes von Fischers „Gutmeinung" v. J. 1802 findet sich in der Handschriftenabteilung der Bibliothek des Nationalmuseums in Prag, Sign. XIII B 16.

[2] Über die verschiedenen amtlichen Verhandlungen in dieser Zeit vgl. u. a. meine Studien im V. und VI. Jg. des Jahrbuches d. Ges. f. G. d. Juden in der ČSR.,

[3] Die Studie beruht auf den Amtsakten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, PG. 1811–1815, Fasz. 16/119, 186.

[4] Die Amtsakten zu diesen Verhandlungen siehe PG. 1811–1815, Fasz. 16/119. Hier ist auch das ausführliche Gutachten *Fischers* dd. 26. April 1813 samt allen Beilagen.

[5] Vgl. *Fischers* „Gutmeinung", die in Anm. 1 erwähnt wurde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[6] Über Oppenheims Bibliothek vgl. *Guido Kisch* l. c. 452 und Anm. 35.

[7] *Markus Fischer* gab im Jahre 1823 die Broschüre „Allerlei über Juden und Judenthum" heraus (Prag 1823, Scholls Buchdruckerei, 1. Band der Sammlung „Archiv für Gegenstände den Mosaismus und seine Bekenner betreffend", SS. 108). Ein gut und witzig geschriebenes Buch, das von einem liberal denkenden, gebildeten und belesenen Autor zeugt, der auch die ausländische Judenliteratur kannte; es enthielt mehrere feuilletonistische Artikel über aktuelle Judenfragen und war vom Prager Zensor Zimmermann approbiert. Als es jedoch im Buchhandel auftauchte, wurde die Wiener Zensur darauf aufmerksam gemacht und sie fand darin mehrere anstößige Stellen (auf S. 21, 26, 43, 77, 96, 97, 103); im Auftrage Sedlnickys erteilte daher das Gubernium Zimmermann eine Rüge. Zimmermann unternahm zwar einen überzeugenden Versuch, den Inhalt der beanständeten Buchstellen zu verteidigen, zumal er bereits vor der Drucklegung zahlreiche verfängliche Partien gestrichen hatte, aber seine Verteidigung fand in Wien kein Gehör. Seldnicky ließ dem Zensor eine neuerliche Rüge für seine Unachtsamkeit aussprechen und das Buch erhielt die Zensur „transeat" (vgl. PG. 1821–1825, 16/87).

[8] *Fischer* macht hier aufmerksam, daß das rabbinische Wort „mammon" nicht allein Geld, sondern auch Reichtum, Vermögen u. dgl. bedeutet.

[9] Daß Alber einen getauften Juden zum Berater hatte, wird auch in *Fischers* Korrespondenz mit Eleazar Flekeles erwähnt (vgl. *S. H. Lieben:* Rabbi Eleazar Flekeles. Jahrb. d. Jüdisch-liter. Ges. Frankfurt a. M. X 1913, S. 9).

[10] *Fischers* Elaborat v. 28. Feber 1814 mit den dazugehörigen Akten in PG. 1811–1815, Fasz. 16/186.

[11] *Fischer* führt folgende bibliographische Hilfsmittel an: des Hamburger Pastors Christ Wolf: Bibliotheca hebraica (4 Bände), Bartolocius und sein Fortsetzer Imbonati: Bibliotheca rabbinica (5 Bände), den Katalog der Oppenheimschen Bibliothek, Buxtorf: Bibliotheca rabbinica.

[12] Über die Tätigkeit und die Reformbestrebungen Peter Beers vgl. *Roubik*: Die Verhandlungen über die Revision des jüdischen Systemalpatentes vom Jahre 1797 (Jahrb. d. Ges. f. Gesch. d. Juden in der ČSR., Jg. V, 1933, S. 316ff.), ferner *Roubik*: Der Kampf um die „Jüdische Universität" und die fremden Bocherim in Prag (ebendort Jg. VI, 1934, S. 307ff.). Hiezu noch einige ausführliche Nachrichten PG. 1816–20, 16/112, 162, PG. 1821–25, 16/38, 87, ebenda 7/23, PG. 1836–40, 16/37. – Peter Beer, geb. 1762 in Neubidschow, widmete sich zuerst als „bocher" dem Privatunterricht von Kindern in Prager Judenfamilien, ab 1802 war er kürzere Zeit Lehrer in Ungarn, dann wirkte er als Lehrer in Neubidschow, im Jahre 1811 wurde er zum Lehrer der Moral und jüdischen Geschichte an der Prager jüdischen Hauptschule ernannt und im Jahre 1813 wurde er als Lehrer derselben Fächer für die Prager Gymnasien bestellt. Seine Reformtätigkeit, die im Geiste Mendelssohns die mittelalterlichen talmudistischen Überlebsel beseitigen, den Einfluß der konservativen Rabbiner schwächen und das Gesamtniveau der böhmischen Judenschaft heben wollte, zog Beer seitens seiner Glaubensverwandten die Beschuldigung der Immoralität und Irreligiosität zu, doch die Untersuchung brachte die Grundlosigkeit dieser Anschuldigung zutage. Ende Jänner 1818 richtete Beer ein Gesuch an den Kaiser um die Erlaubnis, ihm sein vorbereitetes „Handbuch der mosaischen Religion" widmen zu dürfen, aber trotz einer Empfehlung des erzbischöflichen Konsistoriums wurde die Bitte abgeschlagen und Beer dafür nach Erscheinen des angekündigten Buches eine andere Belohnung versprochen. – Im Oktober 1820 unterbreitete Beer der Wiener Zensur das Manuskript seiner neuen Arbeit „Höre Israel!", das die religiöse und moralische Verfassung der Juden in den österreichischen Staaten schilderte und den Unterschied zwischen den Talmudisten und Rabbinern klarmachte. Da sich die Studie an vielen Stellen mit Prager Verhältnissen befaßte, wurde sie von Minister Sedlnicky dem Oberstburggrafen Kolowrat zugesandt, um sie auch von der Prager Zensur beurteilen zu lassen. Das Gubernium holte Gutachten darüber ein beim Kanonikus und Kirchengeschichtsprofessor Zensor Jos. Dittrich und beim Vorstande der Zensurbehörde Gubernialrat Eichler.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Beide lauteten ablehnend. Beide Zensoren wiesen auf die leidenschaftliche Tendenz des Buches hin, das sich in heftigen und scharfen Worten gegen die Rabbiner wandte. Dittrich strich daher auf dem Titelblatt den Namen des Autors und ersetzte ihn durch die anonyme Bezeichnung „Vorkommende", angeblich um Beer vor noch größerem Hasse der Prager jüdischen Unterschicht und weniger gebildeter Rabbiner zu schützen, mit dem Bemerken, sie würden kaum geneigt sein, ein Rezept von einem so verhaßten Arzte entgegenzunehmen. Noch entschiedener klang das völlig ablehnende Gutachten Eichlers, demzufolge ein Zensor, der diese Schrift Beers passieren ließe, den Vorwurf der Unhumanität und Parteilichkeit verdienen müßte, da das Buch erfüllt sei von unhumanen Ausfällen, groben Ausdrücken, verletzenden Vergleichen, beißenden Anekdoten und erbitterten Anzüglichkeiten, die durchwegs auf die Rabbiner gemünzt seien. So könne man nach Eichlers Meinung den Irrenden nicht den rechten Weg weisen, die Animosität führe hier nicht zum Ziel, ein friedlicherer Ton würde besser wirken. Beer wollte in dieser Schrift zeigen, die Juden müßten sich eine andere Bildung aneignen, falls sie eine bessere Stellung im Staat erlangen wollten, sie müßten sich von den Talmudisten und rabbinischen Lehrern, Gesetzen und Gebräuchen freimachen und dürften sich nur nach der Moral des mosaischen Gesetzes richten. Er zeigte die Falschheit, die Torheit, den Aberglauben, die Überspanntheit, die Lächerlichkeit und Schädlichkeit des talmudischen und rabbinischen Systems auf und schilderte das mosaische Gesetz in seiner Reinheit. Er revoltierte gegen die schädliche Autorität der Talmudisten und Rabbiner, die er als die unwissendsten, böswilligsten und schlechtesten Menschen von der Welt hinstellte. Eichler verwies auf die tatsächliche Autorität, der sich bei der Prager Judenschaft die Rabbiner erfreuten, wie eben damals das feierliche Leichenbegängnis eines angesehenen Rabbiners in Prag gezeigt hatte, hinter dessen Sarge über tausend Juden jeden Alters und Standes schritten, und er war überzeugt, Beer werde an dieser Tatsache mit seiner Schrift nichts ändern, sondern im Gegenteil Unruhen, Spaltungen, Erbitterung und Unzufriedenheit hervorrufen. Er machte geltend, bisher lasse sich der Talmudismus und der Rabbinismus durch nichts anderes ersetzen, das Niveau der Juden in Böhmen liege noch nicht so hoch wie z. B. in Deutschland, für ein Buch à la Beer sei daher noch nicht die Zeit gekommen, denn diese Schrift wolle mit einem Schlage das alte Gebäude früher niederreißen, bevor ein neues aufgebaut sei. Nach des Zensors Überzeugung würde dies auch für die Regierung unangenehme Folgen haben, wenn diese Beersche Fackel anstatt eines wohltätigen Lichtes einen verheerenden Brand verbreiten sollte. Eichler gedachte hier der Prager Judenunruhen v. J. 1800, die von der Prager Stadthauptmannschaft nur mit Mühe gedämpft worden waren. Ohne die lobenswerte Absicht des Autors und die Notwendigkeit der Beseitigung des jüdischen Separatismus zu verkennen, schloß Eichler sein Gutachten mit der Überzeugung, für dieses Endziel sei vonseiten der Regierung schon mancherlei Vernünftiges geschehen und geschehe auch weiterhin, Beers Schrift aber sei für die Drucklegung ganz und gar ungeeignet. In Erfüllung seiner Zensorpflicht brachte auch Eichler im Manuskript zahlreiche Streichungen an und versuchte namentlich die starken Ausdrücke des Autors zu mildern. Ablehnend fiel zuguterletzt auch das Votum der Wiener Zensur aus: sie war nur dann geneigt, Beers Schrift passieren zu lassen, wenn der Autor sie umarbeite und vor allen Dingen ihren haßerfüllten Ton dämpfe. Beer trug jedoch dieser Forderung nur zum Teile Rechnung. Er ließ in der Handschrift einige Stellen entsprechend den Zensurstrichen weg, milderte aber den leidenschaftlichen Ton seiner Studie keineswegs und legte im Juni 1822 das verbesserte Manuskript wiederum nicht in Prag, wie es die Zensurvorschriften verlangten, sondern unmittelbar in Wien unter dem neuen Titel: „Hilfsquellen zur religiösen und moralischen Organisation der Israeliten in den k. k. österreichischen Staaten" zur Zensur vor. Doch auch diesmal erlangte er die Approbation keineswegs. Sedlnicky sandte wiederum die Handschrift an Kolowrat mit der Entscheidung, in dieser Form könne sie nicht gedruckt werden. Und so legte anfangs April 1823 Beer dem Prager Gubernium schon die dritte Redaktion seiner Schrift

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

vor, diesmal unter dem vereinigten Titel „Höre Israel oder Hilfsquellen zur Beförderung der religiösen und moralischen Organisation der Israeliten". Über die Schicksale dieses dritten Versuches sind wir aus den Akten nicht unterrichtet; – Ende 1823 drängte Beer beim Gubernium auf eine Entscheidung, mußte sich aber mit dem Bescheide begnügen, das Manuskript sei schon im April der Wiener Zensur zur Beurteilung zugesandt worden und noch nicht zurückgelangt. – Kurz nach der ersten Redaktion seiner erwähnten Schrift unterbreitete Beer der Wiener Zensur den ersten Teil der Handschrift eines weiteren Werkes „Geschichte, Lehren und Meinungen aller bestandenen und noch bestehenden religiösen Secten der Juden und der Geheimlehre oder Cabbalah"; auch hier wurden von der Zensur zahlreiche verfängliche Stellen gestrichen, die gegen die Rabbiner und gegen die Staatspolitik gerichtet waren. – Diesmal gab auch Eichler zu, nach Korrektur der beanständeten Stellen könnte dem Buche das Imprimatur erteilt werden. – Beer, ein entschiedener Anhänger der „neophilen" Richtung unter der damaligen Judenschaft und Gegner der „palaeophilen" Rabbiner und Talmudisten, wollte seine Sympathie für die Lehre des zu Berlin im Jahre 1789 verstorbenen Moses Mendelssohn auch äußerlich zum Ausdruck bringen. Im Dezember 1824 wandte er sich an das Gubernialpräsidium mit der Bitte um die Erlaubnis, im Prüfungssaale der Prager jüdischen Hauptschule das Bildnis Mendelssohns anbringen zu dürfen; er wollte es aus dem Erlös seines neuen, von der Zensur bereits bewilligten Werkes anschaffen, welches wiederum auf die Hebung des moralischen und religiösen Niveaus und auf die Beseitigung des veralteten und zwecklosen religiösen Zeremoniells berechnet war. Das erzbischöfliche Konsistorium gab in seinem Gutachten über dieses Ansuchen Beers die Verdienste zu, die sich Mendelssohn um die religiöse, moralische und intellektuelle Bildung der Judenschaft erworben, emphahl jedoch das Gesuch abzulehnen, mit dem Bemerken, es wäre nicht passend, das Porträt in einem Schulsaale anzubringen, dessen Wände bereits die Bilder Kaiser Josefs II. und Franz I. tragen, zumal da sich Mendelssohn keine Verdienste um das deutsche Schulwesen erworben habe. Das Gubernium beschied hierauf Beers Ansuchen nach dem Antrage des Konsistoriums ablehnend. – Beer stand sonst um seiner Reformtätigkeit willen sowohl beim Prager Gubernium als auch beim erzbischöflichen Konsistorium in Gunst. Diese Gunst der Behörden, motiviert durch die Staatsräson, die alte Kluft zwischen Juden und Christen möglichst zu überbrücken, äußerte sich auch im Jahre 1837, als Beer ein neues Büchlein „Reminiscenzen. Bezüglich auf Organisation des öffentlichen Gottesdienstes bei den Israeliten" (Prag 1837, SS. 73) herausgegeben hatte, dessen Reinertrag dem Prager jüdischen Spitale für arme kranke Schüler der Prager jüdischen Hauptschule zufließen sollte. Die Broschüre schilderte die Entwicklung der Bestrebungen nach Reform des jüdischen Religionsritus und nach Einführung des Chorgesanges und des Orgelspieles in den Synagogen anstatt der früheren unverständlichen Melodien polnischen Ursprungs; eine solche Reform war schon im Jahre 1810 durch Isr. Jakobsohn in Westfalen, im Jahre 1817 durch den Bankier Jak. Beer in Berlin und 1819 in Hamburg eingeführt worden und in Prag bemühte sich darum der „Verein zur Regulirung des relig. Cultus bei den Israeliten in Prag", der im Jahre 1837 die Altschulsynagoge für die Ausübung dieses reformierten Ritus gewann. In Böhmen datierten diese Versuche von dem 1. Jänner 1832, da in der Prager Zeitung ein pseudonymer Aufruf abgedruckt war, demzufolge dann etwa 70 gebildete Juden zu einer Beratung über die Reform des Gottesdienstes nach dem Vorbilde des Wiener Tempels zusammentraten. Auch sonst in Böhmen kam es damals zur Gründung ähnlicher Vereine – so z. B. in Teplitz, wo im Jahre 1834 der verbesserte Ritus in der dortigen Synagoge eingeführt wurde und am 19. April 1837 zum erstenmal auch die Orgel erklang. Auch in Prag wurde nach Erwerb und Umbau der Altschulsynagoge ein Männer- und Knabenchor eingeführt, ein Prediger in der Person des Dr. Sachs bestellt und am 19. April 1837, am Geburtstage des Kaisers, wurde die Synagoge in Gegenwart des Oberstburggrafen Chotek und anderer hoher Beamter eingeweiht. Nach der Schil-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

derung dieser Reformbewegung widmete Beer ein weiteres Kapitel seiner Broschüre der Empfehlung der deutschen Sprache für den jüdischen Religionsritus mir der Begründung, der Großteil der Juden könne schon sehr wenig Hebräisch, verstehe daher den hebräischen Ritus nicht und langweile sich beim Gottesdienste, schließlich plädierte er für Einführung der Orgelbegleitung, gegen die sich damals die Mehrzahl der jüdischen Rabbiner wandte. Das Gubernialpräsidium willfahrte damals bereitwillig Beers Ansuchen und sandte an sämtliche Kreisämter insgesamt 250 Exemplare der erwähnten Broschüre mit dem Auftrag, auf das Buch hinzuweisen und es womöglich zu verkaufen. Die Aktion hatte einen bemerkenswerten Erfolg – den Kreisämtern war es gelungen, fast alle erhaltenen Stücke an den Mann zu bringen, und der Erlös wurde dann dem Gubernium abgeliefert. – Von Beers Schriften sei hier nur noch seine „Geschichte der Erziehung" genannt, Prag 1832, und „Probe einer Übersetzung des More nebuchim", Prag 1833. Die bis zum Jahre 1808 erschienenen Schriften Beers finden sich zusammengestellt bei *J. Fr. Herrmann:* Gesch. der Israeliten in Böhmen (Wien und Prag 1819, S. 106f.).

[12a] Über Baruch Jeiteles vgl. die Lebensdaten bei T. Jakobovits, Geschichte der Entstehung der Bibliothek der isr. Kultusgemeinde Prag (Prag 1927), S. 9.

[13] Über die „jüdische Universität" in Prag vgl. meine oberwähnte Studie im VI. Jg. des Jahrbuches.

[14] Für enge freundschaftliche Beziehungen Fischers zu dem Oberjuristen Rabbi Eleazar Flekeles zeugt die Sammlung von mehr denn 30 Briefen Flekeles' an Fischer in der Prager Universitätsbibliothek. Vgl. *Guido Kisch*, S. 457 und Anm. 61, sowie die oberwähnte Studie von *Lieben* (Anm. 9).

II.

DIE VERSUCHE ZUR ERRICHTUNG EINES JÜDISCHEN SEMINARS IN PRAG IN DER ERSTEN HÄLFTE DES NEUNZEHNTEN JAHRHUNDERTS.

[1] Über das Studium der Juden an der Prager Universität und über die Prager „jüdische Universität" vgl. *Guido Kisch:* Die Prager Universität und die Juden. (Jahrbuch d. Ges. f. Gesch. d. Juden i. d. ČSR., Jg. VI., 1934, namentlich S. 7ff., wo auch die Literatur verzeichnet ist). Über die Prager jüdische „Universität" vgl. auch *Roubik:* Der Kampf um die jüdische „Universität" und die fremden Bocherim in Prag (ebenda, S. 295ff.).

[2] Gegen die Rabbiner und ihren Einfluß ist auch die Kundgebung des jüdischen Zensors Fischer v. J. 1814 zugespitzt (vgl. *Roubik:* Zur Zensur jüdischer Bücher in Böhmen zu Anfang d. 19. Jahrh. in diesem Bande des Jahrb. d. Ges. f. Gesch. d. Juden i. d. ČSR.) Über die rabbinerfeindlichen Kundgebungen vgl. auch meine Studien im V. und VI. Jg. d. Jahrbuches, besonders Jg. V, S. 317ff.

[3] Näheres darüber in meiner zitierten Studie im V. Jg. des Jahrbuches, S. 317ff.

[4] Zu den Verhandlungen aus dem Jahre 1837–1839 vgl. die Amtsakten des Böhm. Guberniums im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG. 1836–40, Sign. 62/10/1 und PG. 1836–1840, Sign. 7/5.

[5] Die weiteren Verhandlungen siehe im Archiv des Ministeriums des Innern, 1841–1855, Sign. 22/11/1. Hier auch das Beratungsprotokoll vom 3. August 1841. Über die jüdischen Steuerüberschüsse vgl. 1841–55, Sign. 18/3/118.

[6] Das Protokoll ist von folgenden Repräsentanten der Landjudenschaft unterzeichnet: Markus Mendl aus Böhm.-Brod, A. Morawetz, Hermann Martinowes, dem Stifter der bekannten jüdischen Schule zu Schwarz-Kosteletz, Moses Pick, Aron Kornfeld, Abraham Bandörfer, Isaak Heller und Alex. Oscher.

[7] Rappaports Entwurf in 1841–1855, Sign. 18/1/5/II.

[8] Landaus Plan ebenda.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[9] Der Entwurf des Rabbiner Dan. Frank ebenda.

[10] Vgl. die Akten in 1841–1855, Sign. 22/11/1. Vgl. auch Landau an den Magistrat dd. 4. März 1850, 1841–1855, Sign. 18/1/5/II.

[11] 1841–1855, Sign. 22/11/1.

[12] Landau an den Magistrat dd. 21. III. 1842 in der Sign. 22/11/1.

[13] Moses J. Landau an den Magistrat dd. 4. III. 1850, 1841–1855, Sign. 18/1/5/II.

[14] Vgl. darüber eingehender meine Studie: Die Verhandlungen über die Regelung der jüd. Kultus- u. Schulverhältnisse in Böhmen im Jahre 1850, in diesem Jahrbuch.

[15] Landau an den Magistrat dd. 4. III. 1850 in der Sign. 18/5/1/II.

[16] Gubernium an den Bürgermeister dd. 11. IX. 1849, 1841–1855, Sign. 22/11/1.

[17] Mendl an das Gubernium 27. XI. 1849 ebenda.

[18] Die Judengemeinde Jungbunzlau an das Innenministerium 24. XII. 1849 (unterschrieben der Vorsteher Jos. Winterberg und zehn Ausschußmitglieder), die Judengemeinde Brandeis a. E. 4. I. 1850 (unterschrieben der Vorsteher David Deutsch und zehn Ausschußmitglieder), Judengemeinde Kolin 8. I. 1850 (Synagogenvorsteher Josef Mendelik und 59 Unterschriften), Judengemeinde Neubidschow 15. II. 1850 (31 Unterschriften), sämtlich in 1841–1855, Sign. 18/1/5/II.

[19] Landau an den Magistrat 4. III. 1850, 1841–1855, Sign. 18/1/5/II.

[20] Rappaport an den Magistrat 10. III. 1850 ebenda.

[21] Vgl. darüber meine Studie: Die Verhandlungen über die Regelung der jüdischen Kultus- und Schulverhältnisse in Böhmen im Jahre 1850, in diesem Jahrbuch.

[22] Für die Errichtung des jüdischen Seminars sprachen sich damals namentlich die Judengemeinden in Tachau, Amonsgrün, Chiesch u. a. aus. Unter den damaligen Rabbinern empfahl den Plan der Kreisrabbiner Pick in Teplitz, Kohn in Raudnitz und Pražák in Neuern.

[23] Vgl. das Beratungsprotokoll der Judenkommission dd. 14. I. bis 10. II. 1851 in Sign. 18/1/5. Landau vermachte vor seinem Tode seine jüdische Bibliothek der jüdischen Kinderschule, bis ein Rabbinerseminar bestehen werde. Nunmehr befindet sich diese Bücherei in der Bibliothek der jüdischen Gemeinde zu Prag (vgl. *T. Jakobovits*, l. c. S. 12).

[24] *Kohn Adalb.:* Gründung eines Seminars für die Israeliten in Österreich. Ein Wort zur Zeit. (Wien 1850, 58 SS. Deutscher Druck mit den dazugehörigen Schriften in der Präsidialregistratur des österr. Bundesamtes für Unterricht in Wien, Zl. 7191/75, Dep. XV.). Vgl. auch *Kohns* Separatvotum in dem erwähnten Protokoll der Judenkommission.

[25] Ph. et JUDr. Wolfg. Wessely beantragte im Feber 1845 die Errichtung dieser Anstalt unter der Aufsicht des philosophischen Studiendirektorates und machte sich erbötig, an der Anstalt unentgeltlich Vorträge zu halten. Das Gutachten der Prager Judengemeinde und der Rabbiner (Landau, Rappaport, Freund, der Prager Judenhauptschuldirektor Winternitz) lief auf eine entschiedene Ablehnung der Qualifikation Wesselys für diese Funktion hinaus, während die katholischen Gutachten (Prof. Dr. Joh. Mařan, das philosophische und theologische Studiendirektorat, das erzbischöfliche Konsistorium) den Plan warm befürworteten. Mit kaiserlicher Entschließung vom 27. Juni 1846 wurde dem Wessely auf die Dauer von zwei Jahren bewilligt, an der Prager Universität außerordentliche Vorträge über hebräische Sprache und rabbinische Literatur für christliche und jüdische Hörer zu halten. Im ersten Jahre hatte Wessely 86 Hörer (vgl. *Guido Kisch:* Die Prager Universität und die Juden. Jahrbuch d. Ges. f. Gesch. d. Juden in der ČSR., Band VI, S. 61–67).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

III.

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE REGELUNG DER JÜDISCHEN KULTUS- UND SCHULVERHÄLTNISSE IN BÖHMEN IM JAHRE 1809.

[1] Die Übersicht der Institutionen der Prager Judengemeinde siehe in der Beilage unter Prag.

[2] Das Verzeichnis der jüdischen Kultusgemeinden in Böhmen, zusammengestellt nach den amtlichen Berichten der Kreisregierungen, Bezirkshauptmannschaften und Judengemeindevorstände, siehe in der Beilage.

[3] Vgl. die Statthalterei-Registratur im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, 1841–1855, Sign. 18/1/5.

[4] Die jüdische Schule zu Schwarz-Kosteletz nimmt in der Entwicklung des jüdischen Schulwesens in Böhmen eine derartige Ausnahmestellung ein, daß sie eine ausführliche Erwähnung verdient. Der Vorsteher der dortigen Judengemeinde Hermann Martinowes unternahm es im Jahre 1845, entsprechend einem langjährigen Plane eine Judenschule zu errichten, deren Lehrplan vorwiegend der ärmeren jüdischen Jugend eine bessere Ausbildung gewährleisten würde. Ihr Ziel sollte die harmonische Entwicklung der körperlichen und geistigen Kräfte der Jugend bilden, die Weckung und Belebung ihrer religiösen und moralischen Gefühle und die frühzeitige Gewöhnung an Tätigkeit, Fleiß, Selbstbeherrschung und andere für den angehenden Staatsbürger unerläßliche Tugenden. Einfache, gesunde Kost, Turnen und Bewegung an der freien Luft, Bekämpfung der von Hause mitgebrachten Verzärtelung – das waren die Mittel, welche den Lehrplan dieser Schule vorteilhaft über das damalige Allgemeinniveau hinaushoben. Der Lehrplan (Religion, Deutsch, Rechtschreiben, Rechnen, Lesen, Schönschreiben, Aufsätze, Vaterlandskunde, vaterländische Geschichte, Geographie, Briefstil, Weltgeschichte, Geometrie, Baukunst) war für vier Klassen berechnet und sollte mit einer Prüfung für die Hauptschule schließen. Die tschechische Sprache war in der 3. und 4. Klasse obligat und die fähigeren Schüler sollten auch Gesang, Musik, Zeichnen und Französisch lernen. In den Nachmittagsstunden wurde Hebräisch unterrichtet und die Mädchen lernten außerdem auch Handarbeiten. In jedem Kurse wurde für einige Wochen ein Tanzlehrer aus Prag berufen. Überall sollte Ordnung und Reinlichkeit herrschen, der ganze Tag hatte seine genaue Zeiteinteilung, damit sich die Zöglinge Ordnung und regelmäßige Lebensführung angewöhnen. Die Schule sollte öffentlich sein, mit drei Lehrern arbeiten und über ein Internat verfügen. Da sie den geltenden Bestimmungen entsprach, so wurde das Ersuchen der Judengemeinde zu Schwarz-Kosteletz um ihre Bewilligung von allen zuständigen Behörden empfohlen und mit Gubernialdekret vom 16. Oktober 1845, Z. 63.954, endgültig bewilligt. Die Schulerhaltung fiel dem jüdischen Gemeindeausschuß zu, der Voranschlag war mit 91 fl. 36 kr. aktiv (Ausgaben: 596 fl. CM., Bedeckung 687 fl. 36 kr.). Ausgabenposten: 1 Lehrer, gleichzeitig Religionslehrer: 200 fl., 2 Schulgehilfen je 100 fl., Mietzins auf 6 Jahre 100 fl., Reinigung 36 fl., Holz 60 fl. Einnahmen: 58 Personen je 2 fl., Schulgeld von 63 Kindern à 15–6 kr. durch 48 Wochen: 561 fl. 36 kr., Zinsen der Widmung von Sim. und Leop. v. Laemmel 10 fl., insgesamt 687 fl. 36 kr.

Die Schule wurde sofort eröffnet und erfreute sich bald eines sehr guten Rufes. Im Jahre 1846 gab es hier schon 103 jüdische Kinder, die armen darunter bekamen auch die Kost umsonst. Für auswärtige Kinder war ein Pensionat eingerichtet. Selbst das Kaufimer Kreisamt, dessen Aufsicht die Schule unterstand, und der Böhmischbroder Schulaufseher Morawetz kargten in ihren Amtsberichten nicht mit aufrichtiger Bewunderung über die raschen Fortschritte dieser Schule, die schon im Jahre 1846 zu den besten inländischen Schulen gehörte. Der größte Nachteil der Schule bestand darin, daß sie kein eigenes Gebäude hatte und sich mit gemieteten Räumen in 4 Häusern begnügen mußte, was freilich Schwierigkeiten machte. Die Schulkinder, deren viele auch aus weit entfernten Orten stammten, ja auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus anderen österreichischen Erbländern, wurden gemeinsam verköstigt, Knaben und Mädchen getrennt. Der Stifter der Schule Martinowes erhielt bald vom Gubernium und auch vom Konsistorium eine amtliche Belobung. Die Schlußprüfungen der Kinder zeigten stets einen sehr schönen Erfolg, besonders wurde die gute tschechische Aussprache der Kinder gelobt, ihre Reinlichkeit und das musterhafte Benehmen. Trotz dieser amtlichen Belobung und ungeachtet des Umstandes, daß selbst Erzherzog Stephan am 19. Feber 1847 das Protektorat dieser Schule übernahm, wartete Martinowes vergeblich auf eine behördliche Unterstützung. Noch im Jahre 1850 hatte die Schule kein eigenes Gebäude, und als im Jahre 1850 einige gemietete Schulräume ausbrannten, bedeutete das praktisch das Ende der Musterschule, die so vielversprechend begonnen hatte. Martinowes war damals von Schwarz-Kosteletz nach Bubentsch übersiedelt und versuchte nun, auch die Schule dorthin zu verlegen, doch ohne Erfolg. Es zeigte sich, daß die behördliche Bewilligung auf Errichtung der Schule nicht auf die Person ihres Stifters und Erhalters lautete, sondern auf den Ausschuß der Judengemeinde in Schwarz-Kosteletz, der, ohne tatsächlich finanziell beteiligt zu sein, der Schule den bloßen Namen gab. Die Schule in Bubentsch mit 40 Schülern wurde daher bereits nach zwei Tagen behördlich verboten und im Oktober 1850 wurde auch das Ansuchen der Lehrer E. Bondi, Jos. Gruß und Jos. Kohn abgewiesen. Martinowes versuchte dann noch eine Schule zu Kuchynka bei Prag vor dem Korntor (Žitná brána) zu errichten; im Jahre 1851 war diese jüdische Privatschule in der Gerstengasse (Ječná ulice) untergebracht und die Bewilligung war dem Lehrer Isaak Goldschmied erteilt worden. In Schwarz-Kosteletz verblieb nur eine bescheidene Judenschule für die Schulkinder des Ortes, etwa 16 an der Zahl; sie hatte im fürstlichen Gebäude Unterkunft gefunden. Mitte 1853 wurde diese Schule von der Statthalterei bis zur definitiven Regelung des jüdischen Kultus und Unterrichts bestätigt, falls sich die Judengemeinde protokollarisch verpflichtet, sie zu erhalten (nach den Akten im Archiv des Ministeriums des Innern, 1841–55, Sign. 18/1/5 und 28/196/3d und PG. 1846–49, Sign. 7/4).

[5] Vgl. meinen Artikel „Zur Zensur jüdischer Bücher in Böhmen zu Anfang des 19. Jahrhundertes" in diesem Bande des Jahrbuches, Anm. 12.

[6] Über Hainsfurts Entwurf vgl. eingehender meine Studie: „Die Versuche zur Errichtung eines Jüdischen Seminars in Prag in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundertes" in diesem Bande des Jahrbuches.

[7] Samuel Pražák an das Innenministerium 25. I. 1850, Orig. in 18/1/5.

[8] Kafka an das Kultusministerium 4. II. 1850 ebenda.

[9] Thun an Mecséry 19. II. 1850, ebenda.

[10] Präsidialzirkular der Statthalterei an alle Kreispräsidenten v. 5. III.. 1850, Z. 10.695 in 18/1/5.

[11] Vgl. das Verzeichnis der jüdischen Kultusgemeinden in der Beilage. Die Liste kann freilich nicht für unbedingt vollständig gelten, mag sie auch auf Grund von amtlichen Berichten gearbeitet sein; sie enthält jedoch höchstwahrscheinlich die überwiegende Mehrheit der jüdischen Kultusgemeinden, soweit sie formal konstituiert waren. – Unter den eingelangten Relationen der Bezirkshauptmannschaften, Judengemeinden und Einzelpersonen lagen eingehendere Entwürfe für die künftige Organisation der jüdischen Kultusgemeinden vor von den Judengemeindevorständen in Raudnitz, Tachau, Neugedein, Petschau, Böhmisch-Leipa, Wolin, Smichow, Kuttenplan, Karolinenthal, Neuern, Münchengrätz, Kreuzkirchen, Lieben und Chiesch, ferner von folgenden Rabbinern: dem Pilsner und Klattauer Kreisrabbiner Angelus Kafka, dem Prachiner Kreisrabbiner Markus Pollak in Březnitz, dem Bunzlauer Kreisrabbiner Dr. J. Elbogen, dem Substitut des Königgrätzer Kreisrabbiners Jonas Wiesner, dem Rabbiner in Amonsgrün Sim. Hainsfurt, dem Rabbiner in Tachau Sal. Lengsfelder, dem Leitmeritzer Kreisrabbiner Dav. Pick, dem Substitut des Bidschower Kreisrabbiners und Jitschiner Rabbiner Abraham Grünfeld, dem Kreisrabbiner Sal. Winter und dessen Substitut Dav. Platschek, dem Drosauer Rabbiner A. Bloch, dem Koste-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

letzer Rabbiner Leop. Kohn, dem Bidschower Rabbiner Abr. Moises Freund und dem Bunzlauer Kreisrabbiner Dr. Sal. Sachs (sämtliche Entwürfe s. in 18/1/5).

12 Die Bemühungen um die Errichtung eines jüdischen Seminars in Prag habe ich eingehender in einer eigenen Studie in diesem Bande des Jahrbuches geschildert.

13 Vgl. das Verzeichnis der bei der Prager Judengemeinde bestehenden Einrichtungen in der Beilage unter Prag.

14 Über diesen im Jahre 1834 entstandenen Verein will ich ausführlicher an anderer Stelle handeln. Vgl. darüber auch in diesem Bande des Jahrbuches meine Studie: „Zur Zensur jüdischer Bücher", Anm. 12.

15 Bericht der Domestikalkasse an den Magistrat dd. 30. IV. 1850, 18/1/5.

16 Ebenda.

17 Zur Prager Beratung über die Errichtung jüdischer Kultusgemeinden waren vom Statthaltereipräsidium folgende Persönlichkeiten geladen: aus Prag: Moises J. Landau, Vorsteher der Prager Judengemeinde (gestorben 4. V. 1862, an seiner Statt wurde dann Ernst Wehli gewählt), der Oberjurist Rappaport, Prof. Dr. Wolfgang Wessely, der Prediger Dr. Kämpf, der Prager jüdische Schulinspektor Ernst Wehli; aus der Provinz: der Raudnitzer Ortsrabbiner Kohn, der Koliner Rabbiner Dan. Frank, der Vorsteher der Landesjudenschaft Markus Mändel in Böhmisch-Brod (entschuldigte sich), Katz aus Borohradek, der Vorsteher der Judengemeinde zu Schwarz-Kosteletz Martinowes, der Humpoletzer Ökonom Polak, der Kreisrabbiner Mahler, Mich. Goldnagel in Altstadt, der Fabrikant Bobele aus Neuhaus, der Böhm.-Leipaer Ortsrabbiner Hamburger, der Böhm.-Leipaer Handelsmann Altschul, der Teplitzer Rabbiner Pick, der Kreisrabbiner Elbogen, Ign. Langstein aus Neubidschow, der Hořitzer Lehrer Felix (statt seiner wurde dann der Hořitzer Handelsmann Isaak Mautner berufen), der Pilsner Kreisrabbiner Kafka, der Pilsner Steuereinnehmer Moritz Tanzer und der Neuerner Handelsmann J. M. Janowitzer (statt seiner wurde dann der Pilsner Handelsmann Lederer Sohn berufen). Ursprünglich, im Mai 1850, wurden von der Statthalterei folgende jüdische Vertrauensleute bestätigt: Ign. Bobelle-Neuhaus, Simon Löwi-Jungbunzlau, Sal. Kern-Semin, Em. Polak-Humpoletz, Moritz Janowitzer-Neuern, Herm. Martinowes-Schwarz-Kosteletz, J. J. Katz-Borohradek, Aron Kornfeld-Goltsch-Jenikau, A. Stern-Teplitz, Wolf Fürth-Strakonitz, Jak. Stroß-Holeschowitz, Jos. Richter-Postelberg, Bern. Gutman-Tabor, Jak. Gerson-Auwal, Jos. Dub-Kolín, Dr. Hirsch-Hořitz, Isak Langstein-Neubidschow, R. Dan. Frank-Kolín, Leop. Pick-Nachod, R. Dr. Sal. Sachs-Lichtenstadt, R. J. Bloch, Wotitz, R. A. Althan-Goltsch-Jenikau, R. J. Kafka-Pilsen, Landesjudenschaftsrepräsentant M. Pick-Habern, Landesjudenschaftsrepräsentant A. Morawetz-Raudnitz, Landesjudenschaftsrepräsentant Mändl-Böhm.-Brod. Viele darunter, namentlich die Laien-Handelsleute, entschuldigten sich wegen Zeitmangel und nahmen dann an den Beratungen nicht teil (vgl. den Bericht M. Mändls in Böhm.-Brod dd. 15. V. 1850 in 18/1/5). Den Rabbinern, die den Beratungen beiwohnten, wurden anfangs des Jahres 1851 Reisediäten ausgezahlt, die laut Reiserechnungen 159 bis 357 fl. betrugen (vgl. die Liste derselben v. 17. II. 1851 in 18/1/5).

18 Vgl. die Beschwerde der Judengemeinde in Böhm.-Leipa vom 4. XII. 1850 in 18/1/5.

19 Vgl. das ausführliche Beratungsprotokoll v. 14. I. bis 7. II. 1851 in 18/1/5. Der ersten Beratung am 14. I. wohnten bei: Landau, Dr. Kämpf, Dr. Wessely, Ern. Wehli, R. Lengsfelder, R. Kohn, R. Hamburger, Hiller, Bondi, Bischitzky, Pollak, Eichler, Leop. Pick, Danzer, R. Mahler, R. Elbogen, R. Kafka, R. Pick, R. Frank, R. Rappaport, Perutz, insgesamt 21 Personen. Ein eingehendes (Privat-)Protokoll über alle Beratungen vom 25. XI. 1850 bis 7. II. 1851 samt den entsprechenden Anträgen wurde von einem Konferenzteilnehmer, dem Raudnitzer Rabbiner Albert Kohn, im Druck herausgegeben unter dem Titel: Die Notablenversammlung der Israeliten Böhmens in Prag, ihre Beratungen und Beschlüsse. Mit statistischen Tabellen über die israelitischen Gemeinden, Synagogen, Schulen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Rabbinate in Böhmen (Wien 1852, 416 SS.). Auf dieses Buch wurde ich dankenswerter Weise von dem Bibliothekar der Prager israel. Kultusgemeinde Dr. Tob. Jakobovits hingewiesen. Meine Schilderung stützt sich natürlich in erster Linie auf die amtlichen Akten und Protokolle. – Guths offiziellen Antrag einer Ordnung v. 4. XI. 1850 siehe bei Kohn S. 14–40. Zu Mitgliedern des siebengliedrigen Ausschusses wurden in der Sitzung vom 16. XII. 1850 gewählt: Landau, Kämpf, Pick, Bondi, Elbogen, Bischitzky und Rappaport. Den Beschluß dieses Ausschusses siehe bei Kohn S. 56–69. Das ausführliche Beratungsprotokoll ab 14. I. 1851 vgl. bei *Kohn* S. 75ff. Den Schlußantrag der Konferenz s. bei *Kohn* S. 367–382.

[20] Ausführliches Gutachten Mecsérys an das Kultusministerium vom 11. III. 1851 in 18/1/5.

[21] Thun an Mecséry 23. IV. 1850 ebenda; hier erliegen auch die Relationen der Prager und Egerer Kreisregierung.

[22] Genauer ließe sich wohl das Schicksal der Prager Entwürfe in Wien aus den Amtsakten des ehem. Kultusministeriums in Wien beleuchten, wo sich wohl auch das Gutachten Mecsérys im Original samt sämtlichen Beilagen befand. Es ist mir jedoch nicht gelungen, diese Akten aus Wien zu erlangen – laut Mitteilung des Bundesamtes für Unterricht v. 21. V. 1935, Zl. 1169/Pr.–34 waren sie nicht aufzufinden und dürften teilweise skartiert worden sein.

[23] Kirchenberger an den Kaiser 16. V. 1852 in 18/1/5.

[24] Ebenda.

[25] Vgl. das gedruckte Beratungsprotokoll vom Jahre 1862: Verhandlungen der am 24. bis 27. November 1862 in Prag versammelten Vertreter der israelitischen Kultusgemeinden Böhmens über den Entwurf einer Kultusordnung (Prag 1863, S. 218).

[26] Vgl. *Stein Aug., Dr.:* „O židovské obci v Čechách" (= „Die Judengemeinde in Böhmen", Českožid. Kalendář VII. 1887/88, S. 131–165). *Dr. Jos. Žalud:* „Zákonná ustanovení ohledně Židů v Rakousku od r. 1867" (= „Gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich der Juden in Österreich seit d. J. 1867", ebenda II, 1882/83, S. 96–104). Bezüglich der Judenschulen in Böhmen vgl. *Kraus J. B.:* „Německo-židovské školy v Čechách" = „Deutsch-jüdische Schulen in Böhmen", ebenda, II, 1882/83, S. 117–125). Die Daten über die jüdischen Kultusgemeinden in Böhmen im „Schematismus der israel. Cultus-Gemeinden in der oesterr. Monarchie" (Herausgeber: Schriftleitung der „Neuzeit", Wien 1869) sind unvollständig und unverläßlich.

[27] *Stein A., Dr.:* „O židovské náboženské obci dle osnovy nového zákona" (= „Die jüdische Kultusgemeinde nach dem neuen Gesetzentwurf", l. c. XXV, 1905/6, S. 76–85). Es ist dies eine Analyse des Gesetzes vom 21. III. 1890, Nr. 57 RGBl., demzufolge damals 197 jüdische Kultusgemeinden für 94.479 Juden des Landes errichtet wurden, zu denen im Jahre 1897 weitere 10 hinzukamen, so daß es damals insgesamt in Böhmen 207 Kultusgemeinden gab. Der Autor beklagt die unwürdige Kumulierung der Funktionen eines Rabbiners, Kantors, Thoravorlesers, Schochets und Synagogendieners, beklagt die geringe Besoldung und unwürdige Stellung der Rabbiner, ihre Abhängigkeit von den Gemeindemitgliedern, ihre mindere Qualifikation, den Mangel an Achtung und Selbstbewußtsein – also lauter Klagen, die bereits im Jahre 1850 laut geworden sind.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE.

—

Alphabetisches Verzeichnis der Judengemeinden in Böhmen im Jahre 1850.

Abkürzungen:

B. = Bethaus, Betschule
BB. = Beerdigungsbruderschaft
F. = Friedhof
GB. = Gerichtsbezirk
GV. = Vorsteher der Judengemeinde
K. = Koscherer, Ritualschlächter, Schächter, Schochet
KrR. = Kreisrabbiner
Kt. = Kantor, Vorbeter, Schulsinger
PB. = Privatbethaus
Rb. = Rabbiner
Rl. = Religionslehrer, Religionsweiser
Sch. = Schule
Sd. = Synagogendiener
Sg. = Synagoge, Tempel
SV. = Synagogenvorsteher.

(Aus dem Gebiete der Budweiser Kreisregierung sind nur allgemeine Daten angegeben.)

Vorbemerkung des Bearbeiters. In der Liste wurden auch die deutschen Namensformen angeführt, wenn sie zwar amtlich heute nicht anerkannt sind, aber von der Phonetik der amtlichen Bezeichnung derart stark abweichen, daß die Orientierung des deutschen Forschers gefährdet erscheint; in solchen Fällen steht die deutsche Namensform in Klammern. Da bei reintschechischen Namen von einer Transkription abgesehen wurde, sei vorweg bemerkt, daß č deutschem tsch, ř deutschem rsch (rz), š deutschem sch, v deutschem w entspricht. Für die Einreihung war der Anfangsbuchstabe des Grundwortes maßgebend, z. B. Böhmisch-Leipa unter L.

Altstadt (Staré Město), GB. Neu-Bistritz: Judengemeinde.
Amonsgrün (GB. Königswart), 189 Personen, GV. Aron Reichl, Sg., Rb. Simon Hainsfurth (170 fl. jährl.), Gemeindehaus.
Arnitzgrün (GB. Falkenau a. E.): 127 Personen, GV. Moises Bloch, Sg., F., geprüfter Rl., Kt., K.
Praschno-Augezd (Prašný Újezd), GB. Zbiroh: Sg.
Auscha (Úštěk): 10 Familien, nur K.
Unter-Bautzen (Dolní Bousov), GB. Sobotka: B.
Běhařov s. Wihorschau.
Benešov: Judengemeinde.
Ober-Beřkowic (Horní Beřkovice), GB. (Raudnitz a. E.) Roudnice n. L.: B.
Běštín, GB. Hořovice: SV. Lazar Fischel, Sg.
(Neubidschow) Nový Bydžov: GV. Jos. Herrmann, Sg. von altersher, seit 1838 regulierter Gottesdienst mit Chorgesang, BB., jüd. Trivial-Sch. mit geprüftem Lehrer seit 1782, Rb. Abraham Moises Freund (140 fl.), K., Sd., Schicksche Stiftung zur Verteilung von 6 Klaftern Holz, Verein zur Unterstützung von Kranken, Gemeindehaus zur Beherbergung von fahrenden Bettlern, Gemeindeausgaben jährl. 608 fl.
Bielenz (Bílence), GB. Komotau: GV. Jos. Kohn.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wällisch-Birken (Vlachovo Březí), GB. Prachatitz: SV. Jakob Popper, Sg., F., Kt. gleichzeitig K.
(Bischitz) Byšice, GB. Mělník: Sg., F., BB.
Blovice: 7 Gemeinden, 46–47 Judenfamilien, GV. Markus Opper, Sg., Sch., Rl. Joachim Spira (200 fl. CM. jährl. und Schulgeld).
Bohdaneč, GB. Pardubitz: B.
Groß-Bok (Großbock, Velká Bukovina), GB. Königinhof a. E.: GV. Markus Kohn, Sg., Sch.
Bohostice, GB. Příbram: Sg. bewilligt mit Gubernialerlaß v. 3. II. 1847 in NC. 46, erbaut i. J. 1829 (?) Kt.
Bošín, GB. Nymburk: B.
(Brandeis an der Adler) Brandýs n. Orl.; vgl. Senftenberg.
(Brandeis a. d. Elbe) Brandýs n. L.: GV. David Deutsch, Sg. seit 1515, F., BB., Rb., Kt., privater Rl., Sg. nach dem Brande i. J. 1830 neu aufgebaut nach dem Muster des Wiener Tempels. Seit 1835 deutscher Ritus mit Gesang und deutscher Predigt nach Wiener Vorbild. Rb. Haller.
(Braunbusch) Prapořiště, GB. Kdyně (Neugedein): 60 Personen, GV. Isaak Augstein, B. schon 30–40 Jahre, Rb. Davib Loksch, Sch., geprüfter Rl.
Brennporitschen s. Spálené Poříčí.
Březnice: Sg., Rb. gleichzeitig KrR. des Prachiner Kreises Markus Pollak, Rl., (gleichzeitig auch Kt. und K., 60 fl. CM. jährl.).
Brozany, GB. Pardubice: Sg. erbaut nach 1801 (vorher nur B.), Kt.
Budyně n. O., GB. Libochovice: SV. und gleichzeitig Rl. Em. Taussig, Sg.
(Jung-Bunzlau) Mladá Boleslav: GV. Jos. Winterberg, Sg., KrR. Dr. J. Elbogen, deutsche hebr. Sch. (bewilligt mit Gub. Dekr. v. 3. III. 1842, Zl. 10.678, 3 Kl., 3 Lehrer, 2 Industriallehrerinnen, 1 Rl., 1 Tschechischlehrer, 1 Gesanglehrer). Verein zur Unterstützung armer Kranker mit einem Vermögen von 5000 fl. CM. Zwei Stiftungen für arme jüdische Gelehrte (4000 und 2000 fl. CM.), Stiftung für eine verwaiste arme jüd. Braut mit zehnjährigem Genuß von 200 fl. CM., Armenkasse, BB.
Čáslav: SV. Herm. Hostowský, etwa seit den 40er Jahren PB.
Čelina, GB. Dobříš, vgl. Neu-Knin.
(Neu-Cerekve) N. Cerekev, GB. (Pilgram) Pelhřimov: Judengemeinde, Sg., F.
Chiesch (Chyše), GB. Luditz: Sg., Rl. (auch K. und Sd.).
Chvojenec, GB. Holice: B.
Čichtice GB. Netolice: GV. Aron Bloch, Sg., F., Sch., Rl. (20 fl.), Nachtwächter (8 fl.), Sd. (5 fl.), Armenfonds 20 fl., Gemeindehaus, Jahresausgaben 255 fl. 52 kr. Die Judengemeinde hat ihr Siegel.
Čím, GB. Dobříš: vgl. (Neu-Knin).
Činěves, GB. (Königstadtl) Městec Králové: PB.
Čkyně, GB. Winterberg: GV. Math. Zucker, Sg., Rl. (80 fl.), Kt. und K. (50 fl.).
Dašice, GB. Holice: Sg. schon vor 1781, Rl.
Divišov, GB. Vlašim: Judengemeinde.
Dlažov s. Glosau.
Dnešice, GB. Přeštice: GV. Joachim Löwy, Sg.
(Groß-Dobra) Dobrá Velká. GB. Unhošť: Sch.
Dobříš: Sg., F., BB., geprüfter Rl. seit 1777.
Dobruška: vgl. Skalka.
Domousnice, GB. Sobotka: Sg.
Doudleby n. Orlicí, GB. Kostelec n. Orl.: Sg., Kt., K., Jahresausgaben 261 fl. CM.
Drahenice, GB. Březnice: B.
Drahomyšl, GB. Saaz: vgl. Libeschitz.
Drosau (Strážov), GB. Klattau: Sg., Rb. A. Bloch, seit 13. I. 1848.
Dürmaul (Trmová), GB. Duppau: GV. Herm. Hoffmann, B., Rl., Kt., Prediger ist der Rb. aus Kuttenplan.
Dürmaul (Türmaul, Drmaly) vgl. Görkau.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Trhové Dušniky, GB. Příbram: B. in NC. 60, errichtet mit Gubernialerlaß v. 19. III. 1841, Zl. 12.925, Rl.

Eidlitz (Údlice), GB. Komotau: GV. Seligman Wiener, Sg., vor etwa 120 Jahren erbaut, Trivial- und jüd. Religionsschule in eigenem Gemeindehause, Rb. Markus Fürth (182 fl. CM.), seit Okt. 1844 Rl. (320 fl. CM.), seit 1822 Lehrer der deutschen Trivialsch. (160 fl.), Kt. (100 fl.), Thoravorleser (20 fl.), Sd. (30 fl.), Gemeindediener (10 fl.), Nachtwächter (36 fl.).

Ertischowitz (Rtišovice), GB. Příbram: B. in einem Privathause seit 1840, privater Rl.

(Glosau) Dlažov, GB. Kdyně: 70 Personen, etwa seit 30 Jahren B., Sch., Rl., K.

Geiersberg (Kyšperk); vgl. Senftenberg.

Gießhübel (Kysibl), GB. Buchau: GV. Herschl Schwarzkopf, Sg., Rl. (100 fl.), Sd. (8 fl.).

Görkau und Dürmaul: jüngsterbautes B.

Grulich (Králíky): vgl. Senftnberg.

(Habern) Habry: Sg., seit 1844 Rb. Dr. M. Duschak (300 fl. CM.), seit 1810 Privat-Sch., seit 24. VIII. 1824 ständiger Lehrer (130 fl. CM.), Kt. auch K. (60 fl.).

Hareth (Hořany), GB. Brüx: Sg., Rl., Kt. auch K.

Horaždovice: Sg.

Hořelice, GB. Unhošť: Sch.

Hořenz (Hořenec), GB. Bilin: GV. Sim. Heller.

Hořovice: vgl. Praskolesy.

Hořice: GV. H. Hirsch, Sg. mit Chorgesang, BB., Rb. gleichzeitig KrR. für die ehem. Kreise Königgrätz und Bidschow, Rl., Kt., K., Sd., Spital, 4kl. jüd. Trivialsch., an der der Lehrer S. Felix auch Hebräisch und Italienisch unterrichtete.

Hostouň, GB. Unhošť: Sg., Rb., Kt., Sch.

Hoštice (Šumavské): Sg., Kt.

Hrádek, GB. Schüttenhofen: 5 Familien, B.

Hradiště Mnichovo s. Münchengrätz.

Hřešihlavy s. Reschohlau.

Hřiměždice, GB. Dobříš: Privat B.

Hříškov, GB. (Laun) Louny: etwa 30 Familien, Privat Rl. Dr. Melis.

Hroubovice s. Roubovic.

Humpolec: 61 Familien, 280 Personen, Sg., Rb. seit Okt. 1846, Sch. mit 2 Lehrern seit 1847.

(Kohl-Janowitz) Janovice Uhlířské und die umliegenden Dörfer: 50 Familien, Sg., Rl., Kt., Sd.

(Goltsch-Jenikau) Jeníkov Golčův, GB. Habry: Sg., 3-kl. Sch., bewilligt mit Gubernialerlaß vom 12. XI. 1847, Zl. 64.528, Rb. A. Althan.

Ješín, GB. Velvary: SV. und zugleich Rl. David Grünbaum, Sg.

Jičín: Sg., BB., seit 1845 autorisierter Rl. und seit 14. I. 1850 Verweser des Kreisrabbinates im Bidschower Kreise Adam Grünfeld (218 fl.), Sd.

Kamenná, GB. Příbram: i. J. 1822 umgebaute Sg., F., Privat Rl.

Kanice, GB. Kdyně: 60 Personen, B. seit vielen Jahren, Sch., Rl., K.

Kdyně s. (Neugedein).

(Kaladei), Kolodějе n. Lužnicí, GB. Týn n. Vltavou (Moldauthein): Sg., Rb. und gleichzeitig KrR. Jakob Mahler.

Kasejovice, GB. Blatná: Sg., vordem nur Rl., nun seit 3 Jahren Rb. Dav. Kohn mit einem Gehilfen (8 fl. wöchentlich).

Katzengrün (Kaceřov), GB. Falkenau a. E.: vgl. Königsberg a. E.

(Kauth) Kout na Šumavě, GB. Kdyně: GV. Elias Augstein.

Kirchenbirk, GB. Falkenau a. E.: 30 Personen, Sg., Rl. (80 fl.).

(Neu-Knin) Nový Knín, Čelina, Čím, GB. Dobříš: Privat B., Rl. zugleich K.

Kolín: starke Judengemeinde, GV. Israel Eisler, SV. Jos. Mandelik seit 1839, Rb. Daniel Frank (520 fl. CM.), Sg. und 2 Filial B., deutsche Trivial-Sch., seit 1841 verbunden mit der hebräischen Lehranstalt, Krankenhaus, Armeninstitut zur Unterstützung fremder jüdischer Reisender.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kolinec, GB. Plánice: B., Rl.
Koloděje s. (Kaladei).
Kopidlno, GB. Libáň: B., doch existiert keine Judengemeinde.
Koßlau (Kozlov), GB. Buchau: GV. Jak. Neubauer, Sg. vor drei Jahren erneuert, Rl. Aron Becher aus Petschau (100 fl.), Sd. (8 fl.).
Kostelec u Křížků s. (Kreuzkirchen).
(Schwarz-Kostelec), Kostelec nad Černými lesy: seit 9 Jahren Sg. mit Chorgesang. Bekannte 3kl. Judenschule, begründet von Herm. Martinowes (vgl. über ihn eingehender Anm. 4).
Kosterschan (Kostrčany), GB. Luditz: vgl. Libin.
(Kreuzkirchen) Kostelec u Křížků, GB. Jílové und umliegende Dörfer: etwa 30 Familien, Sg. seit 1714, seit 1846 neu erbaut, F., Sch. seit 1827, BB., seit 13 Jahren Rb. Leop. Kohn, GV. Jos. Pick.
Kout na Šumavě s. Kauth.
Křinec, GB. Nymburk: GV. Albert Raudnitzky, B.
Königsberg (Kynšperk n. O.), Pochlowitz (Pochlovice), Katzengrün (Kaceřov), GB. Falkenau a. E.: 400 Personen, Sg., Privat Rl. auch K. (150 fl. CM.), zwei Gemeindehäuser.
Königswart (Kynžvart): 64 erwachsene Personen über 24 Jahre, GV. Jos. Hofmann, Sg., Rb. Moses Sachs (200 fl. WW. und 200 fl. für den Religionsunterricht), Lehrer (500 fl. WW.), K. (250 fl.). Fonds: 1. Orts-Armen = 3078 fl. WW., 2. Schulfonds d. Joel u. Löbl Baruch 5950 fl., 3. Allgem. Schulfonds, gestiftet 1843: 2995 fl., 4. Schulstiftung der Fanni Sandner 945 fl., 5. zum Ewigen Licht 891 fl., 6. zu ewigem Andenken 596 fl., 7. für Krankenpflege 1027 fl., 8. Synagogenkasse erschöpft. Summe der Fonds: 18.502 fl.
Kundratitz (Kundratice), GB. Hartmanitz: 20 Familien, B. seit 20. II. 1794.
Kuttenplan (Planá Chodová), GB. Plan: GV. Isaak Klein, Sg., jüd. Trivialschule, bewilligt mit Gubernialerlaß v. 16. II. 1832, Zl. 2129, Rb. Adam Wunder, Kt., Sd., obrigkeitliche Cajetansche Stiftung.
Langendorf (Ves Dlouhá), GB. Schüttenhofen: 37 Familien, B.
Lažany, GB. Blatná: B., seit zwei Jahren Rl. und zugleich Kt. und K.
Böhmisch-Leipa (Lípa Česká): GV. Jos. Altschul, Sg., deut-jüd. Trivialschule mit 2 geprüften Lehrern, hebr. Schule mit 2 deutschen Lehrern und einem Gehilfen, Religionsschule für die jüd. Schüler des Gymnasiums und der Hauptschule (lehrt der Rabbiner), Rb. Dr. Herm. Hamburger, Kt. (zugleich K.), Sd. und Gemeindediener, 3 Chorsänger.
Leschkau (Ležky), GB. Podersam: vgl. Libin.
Libáň: B., aber eine Judengemeinde besteht nicht.
Libeschitz (Liběšice), Tuchořitz (Tuchořice), Drahomischl (Drahomyšl), Steknitz (Stekník), Sterkowitz (Strkovice), Ribnian (Rybňany), GB. Saaz: etwa 60 Personen, SV. Dav. Kohn, Sg., Kt. und gleichzeitig K.
Libin (Libyně), Lubentz (Lubenec), Leschkau (Lešky), Kosterschan (Kostrčany), Libkowitz (Libkovice), Waltsch (Valeč), Lust (Lužec), GB. Luditz: GV. Salomon Hermann, Privat Sg., Prediger B. Mandl.
Libkowitz (Libkovice), GB. Luditz: vgl. Libin.
Liblice, GB. Mělník: B.
Libochovice: SV. und gleichzeitig Rl. Elias Menzl, Sg. Der KrR. i. J. 1848 nach Amerika ausgewandert.
Libodřice (Lobodřic), GB. Kouřim, und umliegende Dörfer: 10 Familien, B.
Lichtenstadt (Hroznětín), GB. Karlsbad: GV. L. Löwenfeld, Sg. von altersher, Rb. und zugleich KrR. Dr. Salomon Sachs (gest. 1850), Kt. K., Sch. seit 1834.
Lieben bei Prag (Libeň): Sg. seit undenklichen Zeiten, eine neue im Bau, F., BB., Sch. seit 1782, Armeninstitut, Rb. und zugleich KrR. Salomon Winter, nun sein Vertreter Dav. Platschek, GV. Dav. Schwartz.
Lischnitz (Lišnice), GB. Brüx: 12 Familien, Sg., Rl. zugleich auch Kt. und K.
Lnáře s. Schlüsselburg.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

*Lobodřic s. Libodřice.
Lobositz (Lovosice): Sg., Sch., Rl. zugleich auch Kt. und K. (208 fl. WW.).
Libotschan (Libočany), GB. Saaz, und Neusattel (Nové Sedlo): 25–30 Personen, GV. Joach. Kohn, Sg., F.
Lochkov, GB. Zbraslav: Judengemeinde.
Loučim, GB. Kdyně: 50 Personen, B. seit 20 Jahren, Sch., K.
Lubentz (Lubenec), GB. Luditz: vgl. Libin.
Luck (Luka) Thönischen (Týniště), Roschowitz (Radošov), Werscheditz (Verušice), Sichlau (Čichalov), GB. Buchau: GV. Sam. Zentner, Sg. vor 8 Jahren erneuert, Rl. zugleich auch Kt. und K., Sd., Privatlehrer.
Unter-Lukawitz (Dolní Lukavice), GB. Přeštice: GV. Markus Trauer, Sg.
Lust (Lužec), GB. Podersam: vgl. Libin.
Lužany, GB. Přeštice: B., Rl. Dan. Gottlieb.
Luže, GB. Vysoké Mýto: 60 Familien, Sg. errichtet vor etwa 70 Jahren, Rb. Max Haller.
Malešov, GB. Kutná Hora (Kuttenberg): Sg., Kt. zugleich K.
Malinec, GB. Přeštice: Sg., Rl. Jos. Neumann.
Maschau (Mašťov), GB. Podersam: GV. Flor. Heller.
Heřman-Městec, (Heřmanův Městec): Sg., Sch. mit 3 Lehrern, Rb. und zugleich KrR. Sam. Brod.
Metzling (Meclov), GB. Ronsperg: GV. Moises Weißhut, Sg. seit 1849, Privat-Religionsschule, Rl. (60 fl.).
Merklin, GB. Přeštice: GV. Tob. Fischel, Sg.
Milleschau (Milešov), GB. Lobositz: B.
Milín, GB. Příbram: B. seit 1786 in NC. 42, seit 1843 in NC. 30.
(Mirőschau) Mirošov, GB. Rokycany: PB.
Miltigau (Milíkov), GB. Königswart a. E.: 65 Personen, GV. Jos. Steiner, Sg. über 100 Jahre, Gemeindehaus, Rl. zugleich Kt. und K.
Mirotice, GB. Mirovice: Sg., Rl. zugleich Kt. und K. (2 fl. wöchentlich).
Mirovice: Sg., vorher Rl., jetzt unterrichtet unentgeltlich ein Gemeindemitglied.
Mořina, GB. Beroun: Judengemeinde.
(Münchengrätz) Mnichovo Hradiště: GV. Salomon Hahn, Sa. seit etwa 50 Jahren, Sch. seit 30 Jahren im eigenen Gebäude, BB., Verein zur Unterstützung von Kranken, Rl. Ph. Dr. Melis, jetzt 2 Lehrer.
Muttersdorf (Mutěnín), GB. Hostau: GV. David Grünhut, Sg. seit Menschengedenken, Rl. (100 fl. und Schulgeld).
Myslkovice (Miskovic), GB. Soběslav: Judengemeinde, Sg., Sch., Rb. Schiffmann.
Náchod: GV. Isaak S. Pick, Sg., F., Rb. zugleich Vertreter des KrR. für den ehem. Königgrätzer Kreis Jonas Wiesner (300 fl. CM.), Rl., Kt.
Němčice, GB. Volyně, Čestice, Dobronice, Hostovice, Krasilov: B. seit 1822, Kt. zugleich K.
Neuern (Nýrsko): Sg., Kt., K., Rb. Sam. Pražák (340 fl. und Wohnung).
(Neugedein) Kdyně: 32 Personen, GV. Rud. Hann, Sg. etwa seit hundert Jahren, Sch.
Neumark (Všeruby), GB. Kdyně: 50 Personen, GV. Heinr. Kohner, Sg. seit 35 Jahren, Sch., Rb., geprüfter Rl., K.
Neveklov: Judengemeinde.
Neznašov, GB. Týn n. Vlt.- Judengemeinde, Sg., Rb. Ig. Stern.
Obříství, GB. Mělník: B.
Osek s. Wossek, Wsek.
Pacov: Judengemeinde.
Petschau (Bečov): 290 Personen, GV. Samuel Epstein, Sg., Rb. Simon Popper (128 fl. CM. Wohnung), Rl.
Písek: PB.
Pilsen (Plzeň): KrR. für den ehem. Klattauer und Pilsner Kreis Angelus Kavka.
Planá Chodová s. Kuttenplan.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Plaňany und umliegende Dörfer, GB. Kouřim: 30 Familien, B., Kt., Sd.
(Platz) Stráž, GB. (Neuhaus) Jindřichův Hradec: Judengemeinde.
Poběžovice s. (Ronsperg).
Pocinovice s. (Putzeried).
Poděbrady: Privat B. Die Matriken führt seit 1839 Wil. Kantor.
Podhůří, GB. Nepomuk: GV. Jos. Friedl (?), Sg.
Podmokly, GB. Schüttenhofen (Sušice): 36 Familien, B.
Pochlovice, vgl. Königsberg a. E.
(Pollerskirchen) Úsobí, GB. (Deutsch-Brod) Německý Brod: Sg.
Polná: Sg., seit 7 Jahren Rb. Dr. Philipp Pollatschek (160 fl.), Kt., gleichzeitig auch K., Sd.
(Brenn-Poritschen) Poříčí Spálené, GB. Blovice: 7 Gemeinden, ca. 37 Judenfamilien, GV. Kar. Heiman, Sg. angeblich schon seit 350 Jahren, Sch., Rl. (90 fl. CM.). Die Akten der Judengemeinde angeblich vor 160 Jahren verbrannt.
Postelberg (Postoloprty): etwa 200 Personen, GV. Simon Glaser, Sg., Rb., Rl., Kt., Sd.
Prag: größte Judengemeinde des Landes.

9 Synagogen: 1. Altneuschule in NC. 242, 2. Altschule in NC. 141–142, 3. Meislschule in NC. 84, 4. Hohe Schule in NC. 101, 5. Klaus-Schule in NC. 243, 6. Zigeunerschule in NC. 166, 178, 181, 273, 7. Pinkasschule in NC. 24 und 34, 8. Großhofschule in NC. 200–201, 9. Neuschule in NC. 113.

14 kleinere Bethäuser: 1. Joach. Edler von Popper in NC. 922/I, seit 1795; 2. Moscheles' in NC. 167 seit 1782; 3. Eva Porges in NC. 69 seit 1815; 4. Elias Buniat Eger in NC. 117 seit 1703; 5. Israel Frankl in NC. 195 u. 196 seit 1783; 6. in der Schule für arme Kinder in NC. 255 seit 1601; 7. Bethaus Derach-Jeschara in NC. 118 seit 1821; 8. Königsbergs in NC. 15; 9. Sem Simon Neustadt in NC. 11 seit 1802; 10. Musket Taussig in NC. 218 einige 300 Jahre; 11. im Karzer NC 248 seit 1601; 12. Meier Fischl in NC. 156; 13. Bethaus des Suppenvereins Mechalke tarnegolim in NC. 250; 14. Synagoge in der Wohnung des Oberrabbiners in NC. 218.

Außerdem eine große Zahl Betschulen in jüdischen Privatgebäuden, z. B. Rosenbergs Stiftung in NC. 184 usw. Die Altschule in NC. 141–142 wurde mit Gubernialerlaß vom 14. III. 1836, Zl. 18.170 dem Verein zur Verbesserung des israelitischen Kultus überlassen, der i. J. 1834 entstanden war und hier eine etwas abweichende Kultusform pflegte, auch einen eigenen Prediger hielt. Alle Synagogen wurden aus den Beiträgen der Besucher erhalten.

Gemeindeanstalten: 1. Waisenhaus, Beth Hamidrasch, für Knaben, im eigenen Hause NC. 230, für 16–18 Zöglinge, von denen ein Drittel von der Landjudenschaft erhalten wurde. Im Jahre 1601 von Mardochei Meisl zur Erziehung und physischen Ausbildung armer Judenknaben errichtet. Im Jahre 1833 hatte es ein Jahreseinkommen 1080 fl. 45 kr. Hier bestand gleichzeitig eine 3kl. Schule auch für andere Judenkinder, in der Hebräisch, Bibel und Talmud unterrichtet wurde. Im Jahre 1850 waren hier zwei Lehrer (je 30 fl. WW. monatlich). Hausverwalter (100 fl. jährlich, Wohnung, Beheizung, Licht, Kost), Köchin, Diener. Aus Stiftungen und Sammlungen erhalten. Bei der jüdischen Emigration i. J. 1740 und beim Ghettobrand v. J. 1754 wurde die Anstalt vernichtet, aber in der Folge mit Unterstützung der Landjudenschaft wieder erneuert.

2. Krankenhaus in NC. 248 mit Abteilungen für Arme und Sieche. Im Jahre 1564 von Elias Askenazi eingerichtet, i. J. 1601 durch eine Stiftung Mardochei Meisls (10.000 fl.) gestärkt und später reich bestiftet. Im Jahre 1833 hatte es ein Jahreseinkommen von 2250 fl. 30 kr.

3. Jüdische Haupt-, Trivial- und Mädchenschule in NC. 208, verbunden mit Kindergarten. Errichtet durch Protokoll der Judengemeindeältesten vom 19. XI. 1781 und beständig von der Judengemeinde erhalten, außer eines Beitrages von 3000 fl., den Kaiser Josef II. zu diesem Zwecke bewilligt hatte. Die Mädchenschule, ebenfalls von der Judengemeinde erhalten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wurde mit Gubernialdekret vom 22. V. 1819, Zl. 7879 (Mag. Dekr. vom 4. VI. 1819, Zl. 12.029) errichtet. Im Jahre 1819 wurde auch eine außerordentliche religiös-moralische Lehranstalt für erwachsene Israeliten errichtet, vor allem zur Prüfung von Brautleuten aus „Bnezion" und Erteilung von Moralunterricht an Lehramtskandidaten, doch erwies sich die Anstalt als zwecklos und ihre Tätigkeit wurde der Hauptschule übertragen. Mit Gubernialdekret v. 1. X. 1835, Zl. 41.215 wurde der 2. Jahrgang der 4. Hauptschulklasse errichtet, mit Gubernialdekret vom 12. XII. 1845, Zl. 67.429 die 3. Klasse der Mädchenschule. Jetzt zählt die Hauptschule samt der Vorbereitungsklasse 6 Klassen. Direktor M. Winternitz, 3 Lehrer, 1 Zeichenlehrer, 2 Lehrer-Gehilfen. Mädchenschule: 2 Lehrer, 2 Lehrer-Gehilfen, 2 Industriallehrerinnen, 1 Gehilfin, Hausmeister, 2 Sonntagsschullehrer. Aus dem Ertrag der Judensteuergelder erhalten. Aufwand für beide Schulen: Personal 5731 fl. 44 kr., Sachen 1050 fl., zusammen 6781 fl. 44 kr. Der Vorsteher der Judengemeinde Landau errichtete außerdem auf Anregung des Oberstburggrafen Gr. Chotek auch einen Kindergarten in NC. 208.

Jüdische Vereine in Prag: 1. Beschneidungsgremium; 2. Zirkel von 9 Personen zur Verrichtung von Gebeten, Chuke Chajem, seit 1786; 3. Verein Derach hachajem zur Unterstützung von Bedürftigen mit Nahrungsmitteln, seit 1786; 4. Verein Derach jeschara für Hauskrankenpflege, seit 1788, genehmigt mit Gubernialdekret v. 6. VII. 1821, Zl. 21.993 und v. 2. IV. 1833, Zl. 7516, i. J. 1850 Fondshöhe 17.400 fl.; 5. 40gliedrige Gesellschaft Kerchesarwe (?) oder Hebron, seit 1790; 6. Bekleidungsverein Marbuchaumin; 7. Suppenverein Mechalke tarnegolim seit 1786; 8. Verein Mellasim oder Hachnosses zur Begleitung von Verstorbenen seit 1790; 9. Verein Menachem awelim zur Tröstung Trauernder seit 1724; 10. Verein Mewake cholim zur Unterstützung der Kranken seit 1724; 11. Gesellschaft zur Verrichtung von Gebeten fast in jeder Synagoge: Nessives hachajem seit 1790, vormals Schomrim laboker oder Chehos hajem (?), auch Nesives nefesch; 12. Gebetsverein für das Seelenheil, Weg zur Seligkeit, Orah lachajim, seit 1786; 13. Verein Bikor cholim zur Beschaffung von Arzneien, seit 1786; 14. Verein Sandikos für Gevatterschaft seit 1786; 15. Verein Tikon nefesch zur Verrichtung von Gebeten für Sechswöchnerinnen, seit 1784; 16. Verein Zorche mezim zur Unterstützung der Armen, seit 1786; 17. Verein Zorche schabes zur Unterstützung der Armen, seit 1790; 18. Verein Sekenim zur Unterstützung der Kranken; 19. Verein zur Unterstützung der Frauen; 20. Religiöser Verein in der Altschule, begründet i. J. 1835 von Landau; 21. Kindergarten an der Hauptschule, begründet i. J. 1835 von Landau auf Anregung des Oberstburggrafen Gr. Chotek; 22. Verein zur Unterstützung von Brautleuten, seit 1837, 53 Mitglieder; 23. Kabronim oder Beerdigungsbruderschaft, seit 1564, der auch ein ausgedehnter, 2833 Quadratklafter messender und unbenützter jüdischer Friedhof gehörte und die auch die Totenmatriken führte. Die nach dem Jahre 1837 entstandenen Vereine wurden vom Magistrat in seinem Berichte nicht angeführt.

Stiftungen: Über 300 Stifter, über 1,000.000 fl. WW. Stiftungsvermögen, von dessen Ertrag das Spital, das Waisenhaus, die Synagogen, die Armen, die Brautleute, die Studenten, die Schüler, die Stiftungsverwaltung, das Mehl zu Ostern, der Baufonds u. dgl. bezahlt wurde.

Verwaltung der Judengemeinde: I. Politische und Wirtschaftsverwaltung: erster Vorsteher (M. I. Landau, 1000 fl., gest. 4. V. 1852, dann Ernst Wehli), zweiter Vorsteher (500 fl.), dritter Vorsteher (unbesoldet), Aktuar, Protokollist, Kanzellist, Diener, Aufseher über die Gassenreinigung, Konskriptionsdiener, 4 Nachtwächter, Wächter auf dem Rathausturm, Gefangenenaufseher. Beim Gemeindevorstand auch ein Depositenamt zur Aufbewahrung der Stiftungsurkunden, wichtiger Rechtsdokumente u. dgl. Die Totenmatriken führte die Beerdigungsbruderschaft. Die Jahresausgaben der Prager Judengemeinde betrugen damals 21.096 fl. 29 kr. CM.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

II. Religionsverwaltung: Früher 3, jetzt 2 Rabbiner mit dem alten Titel Oberjuristen. Sie entscheiden darüber, was erlaubt ist (koscher) oder unerlaubt (trephach), sie halten unverbindliche rabbinisch-exegetische und moralreligiöse Vorträge in den Synagogen, der 1. Rabbiner (Salomon L. Rappaport, 600 fl. und Wohnung) unterrichtet die Jugend, die sich dem Rabbinerberuf widmen will, in Talmud, führt unter der Kontrolle des Gemeindevorstandes die Matriken, im Verein mit dem 2. Rabbiner (120 fl.) und dem Rabbiner des Tempelvereines der Altschule (Dr. Kaempf) vollzieht er die Trauungen. Die zwei von den Rabbinern geprüften Ritualschlächter (Schächter, je 293 fl. 30 kr.) unterstehen ihrer Überwachung ebenso wie die jüdischen Fleischhauer.

Jüdische Domestikalkasse, nach Aufhebung der Judensteuer mit Allerhöchster Entschließung vom 20. X. 1848 nur noch bis zur Liquidierung fortgeführt.

Realitäten der Judengemeinde: Rathaus NC. 250, Normalschule NC. 208, Spital NC. 248, Totenkammer NC. 274, Häuschen NC. 277, demoliertes Haus NC. 218, Ritualschlachthof für Geflügel NC. 278.

(Angaben nach amtlichen Berichten: Vorsteher der Prager Judengemeinde Landau an den Magistrat 24. IV. 1850, 1841–1855, Sign. 18/1/5/I, Zl. 20.570, Domestikalkasse an den Magistrat 30. IV. 1850, ebenda, Zl. 21.888, erster Prager Rabbiner Rappaport an den Magistrat 7. V. 1850, ebenda, Zl. 22.548, M. Winternitz, Direktor der jüdischen Hauptschule, an den Magistrat, 7. V. 1850, ebenda, Zl. 22.597, der Magistrat (Referent Georg Ott) an die Prager Kreisregierung 10. V. 1850 ebenda.)

Prapořiště s. Braunbusch.

Praskolesy, GB. Hořovice, Stašov, Točník, Hořovice: 30 Familien, Sg. seit 1838, Sch., Kt. zugleich auch K.

Přelouč: Privat Sg. im Hause Altschuls.

Přestavlky, GB. Chrudim: Privat B., Kt.

Přeštice: GV. M. Braun, B.

Přistoupim, GB. (Böhm.-Brod) Český Brod: Sg., vor 8 Jahren von Mandl aus Böhm.-Brod nach dem Vorbild des Wiener Tempels erbaut, F., BB., Privat Rl., Sch. im eigenen Gemeindehause.

Puclice, GB. Bischofteinitz (Horš. Týn): GV. Salom. Lederer, Sg. etwa seit 27 Jahren, Rl. (60 fl. und Schulgeld 48 kr. für jedes Kind).

Pürles (Brložec), GB. Luditz: GV. Simon Kohen, PB., Kt., K.

(Putzeried) Pocinovice, GB. Kdyně: 20 Personen, vormals Sg., jetzt nicht mehr; Sch., Rl., K.

Pyšely, GB. Jílové (Eule): 7 Familien, B., private Religionslehrer.

Radaun (Radouň), GB. Wegstädtel: 44 Familien, Judengemeinde.

Radonice, GB. Kdyně: 60 Personen, B. seit vielen Jahren, Sch., K.

Radnice, GB. Rokycany: 7 Gemeinden, etwa 35 Familien, GV. Mich. Lederer, SV. J. Treulich, Sg., Sch. im eigenen Hause, Rl. (80 fl. CM. und Schulgeld), Kt., Sd.

(Rakonitz), Rakovník: etwa 30 Familien, Judengemeinde, KrR. Isaak Pereles.

Rakovice, GB. Mirovice: B. seit 8 Jahren, Rl. zugleich auch Kt. und K.

(Raudnitz) Roudnice n. L.: GV. M. Morawetz, Sg. (350 Sitzplätze), Sch., BB., Rb. Albert Kohn (350 fl. CM.).

Reichenau a. d. Kněžna (Rychnov n. Kn.): Sg. Rb. Israel Goldschmidt (370 fl. WW.), geprüfter Privat-Rl., Kt., K., Jahresausgaben 644 fl. CM.

(Reschohlau) Hřešihlavy, GB. Zbiroh: GV. Hermann Kohn, Sg.

Ribnian (Rybňany), GB. Saaz: vgl. Liběšice.

Říčany: Sg.

Rokitnitz im Adlergebirge (Rokytnice v Orl. h.) und umliegende Dörfer: 13 Familien, Privat-B.

(Ronsperg) Pobžovice): GV. Seligmann Langschnur, Sg. seit Menschengedenken, Rl. (135 fl. 12 kr. CM.).

Roschwitz (Radošov), GB. Buchau, vgl. Luck.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Rosenberg (Rožmberk), GB. Hohenfurth: Judengemeinde.
(Roubovic) Hroubovice, GB. Chrudim: Privat-B., Kt.
Roudnice n. L. s. (Raudnitz).
Rožďalovice, GB. Libáň: Sg.
Rtišovice s. Ertischowitz.
Saar (Žďár), GB. Falkenau a. E.: B. neu erbaut, Privat-Rl.
Neu-Sattel (Sedlo Nové), GB. Saaz: vgl. Libotschan.
(Schlüsselburg) Lnáře, GB. Blatná: B.
Schönlinde (Krásná Lípa), GB. Falkenau a. E.: 170 Personen, SV. Nephthali Kohn, GV. Emil Kohn, Sg. bereits 100–120 Jahre, F., Rl. (zugleich Kt. und K.), Gemeindehaus.
Schüttenhofen (Sušice): 33 Familien, B., Rb.
Schüttüber (Šitboř), GB. Eger: 200 Personen, GV. Isaak Löbl Glaser, Sg. seit 1811, F., Sch. im eigenen Hause, Rb. mit Gehilfen, 2 Schulaufseher, Gemeindehaus.
Senftenberg (Žamberk), Grulich (Králíky), Geiersberg (Kyšperk), Brandeis a. A. (Brandýs n. O.) und die Nachbardörfer: etwa 30 Familien, Sg., seit 1836 Rb. Wolf Kohn (120 fl. und Wohnung).
Sichlau (Čichalov), GB. Luditz: vgl. Luck.
Skalka, GB. Opočno und einige Judenfamilien aus Dobruška: GV. Raf. Grünwald, Sg., geprüfter Rl. zugleich auch Kt. und K., Sch., Sd.
Slatina, GB. Strakonice: Sg.
Smichov: 250 Seelen, GV. W. Strasser, Sg., F., Rb. (unbesetzt), Kt., K., Sd., Totengräber, BB., Krankenunterstützungsverein, Frauenverein zur Unterstützung von Sechswöchnerinnen, Jahresausgaben 450 fl. Neuer Ritus.
Soborten (Sobědruhy), GB. Teplitz-Schönau: Sg., hieher gehören etwa 14 Familien aus der Bezirkshauptmannschaft Aussig a. E.
Stašov: vgl. Praskolesy.
Steinbach (Štampach), GB. Falkenau a. E.: Sg. wird gebaut, privater Rl. zugleich auch Kt. und K.
Steingrub, GB. Wildstein, und umliegende Dörfer: 40 Familien, Sg. Sch., Rl. zugleich auch Kt. und K. (200 fl.).
Sterkowitz (Strkovice), GB. Postelberg: vgl. Liběšice.
Stiedra (Štědrá), GB. Luditz: Privat-Sg., etwa vor 125 Jahren errichtet, GV. Abraham Löw, Kt., K.
Steknitz (Stekník), GB. Saaz: vgl. Libeschitz.
Stěpánov im Budweiser Kreis: Judengemeinde.
Strakonice: Sg.
Strančice, GB. Říčany: B., Kt., Privatlehrer.
(Neu-Straschitz), Nové Strašecí: etwa 20 Familien, privater Rl., Sg.
Stráž s. (Platz).
Švihov, GB. Klattau: Sg., Kt.
Tábor: Judengemeinde, Rb. Gutmann Klemperer.
Tachau (Tachov): etwa 50 Familien, GV. Jos. Nadler, Sg., F., Privat-Sch., Rl. seit 1837 Salom. Längsfelder, seit 1. VIII. 1847 ist er Ortsrabbiner (160 fl. CM. und Wohnung), Kt., K., Sd.
Teplitz (Teplice): GV. J. Oesterreicher, Sg. mit Chorgesang, neuem Ritus und Orgelbegleitung, eingeführt 1837 von Rb. David Pick, öffentl. deutsche Judenschule schon seit langem, Rb. und zugleich KrR. David Pick, Ortsarmeninstitut, begründet von Pick am 19. IV. 1843 zur Feier des 50. Geburtstages des Kaisers (in d. J. 1843–1849 wurden aus den freiwilligen Beiträgen 12.278 fl. WW. verteilt). BB., Anstalt für unentgeltl. Pflege armer Kranker, Verein für unentgeltlichen Unterricht armer Judenkinder im Handwerk, 2 Gemeindewohnhäuser, Organist, Bassist, Kalkant, Thoravorleser, Sd. Jahresausgaben 1446 fl.
Tetín, GB. Beroun: Judengemeinde.
Thönischen (Týniště), GB. Buchau: vgl. Luck.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Točník, vgl. Praskolesy.
Weiten-Trebetitsch (Široké Třebčice), GB. Podersam: etwa 400 Personen, SV. Isaak Bloch, Sg. i. J. 1848 neu aufgebaut, Gemeindehaus, Schlachthof, Sch., BB., Rb. (100 fl.), Kt. zugleich auch K. (100 fl.), Sd. (40 fl.). Religionsunterricht erteilt der Rabbiner.
Tuchořitz (Tuchořice), GB. Saaz: vgl. Libeschitz.
(Turnau) Turnov: GV. Abraham Hiller, seit Sept. 1849 Rl. und Prediger mit einem Gehilfen.
Uhříněves, GB. Říčany: B. seit 1849, Kt., Privat-Rl.
Úsobí s. Pollerskirchen.
Waltsch (Valeč), GB. Buchau: vgl. Libin.
Varvažov: B.
Velhartice, GB. Schüttenhofen: 14 Familien, B. seit 20. VIII. 1799.
Verměřice: vgl. Hřiměždice.
Groß-Werscheditz (Verušice), GB. Luditz; vgl. Luck.
Wescritz (Bezdružice): GV. Jos. Gutwillig, Sg., Rb. (60 fl. CM. jährl.)
(Wihorschau), Běhařov, GB. Kdyně: 30 Personen, seit kurzem B. (vordem in Putzeried [Pocínovice]), Sch., K.
Vlašim: Judengemeinde.
Vlčí, GB. Přeštice: GV. Sam. Frankl, Sg.
Vodňany: B., Kt. zugleich K.
Volyně: GV. MUDr. Joachim Singer, Sg. von altersher, 1840 neu aufgebaut, Rb. seit etwa 16 Jahren, Rl. zugleich auch Kt., K. und Sd., Stiftung des Lewi Amsterdamer.
Vonoklasy, GB. Zbraslav: Judengemeinde.
(Wossek), Osek, GB. Strakonice: Sg.
(Wotitz), Votice: Rb. J. Bloch.
(Wsek), Osek, GB. Rokycany: 4 Gemeinden, etwa 13 Familien, GV. Jos. Mandl, Privat-B. mit altem Ritus, Sch. seit 1817, Kt. zugleich auch Lehrer des Hebräischen (40 fl. CM.).
Všeradice, GB. Hořovice: Sg.
Záduší, GB. Mělník: B.
Zájezdec, GB. Chrudim: PB., Kt.
Zalužany, GB. Mirovice: B. seit undenklichen Zeiten, Rl. zugleich auch Kt. und K.
Zbraslavice, GB. Kutná Hora: Sg., Kt. zugleich auch K.
Zdechovice, GB. ?: PB. im Hause des Moses Pick.
Neu-Zetlisch (Nové Sedliště), GB. Tachau: 34 Familien, Sg., Rl. Spitz, Kt., Sd.

Bei *Kohn* (Notablenversammlung, S. 383–412) finden sich bezirkshauptmannschaftsweise alle Gemeinden in Böhmen angeführt, in denen damals Juden ansässig waren, zugleich mit der Angabe der Anzahl der Judenfamilien und Seelen. Nach diesen statistischen Tabellen gab es damals außer den in obigem Verzeichnis enthaltenen Gemeinden, das nach amtlichen Quellen zusammengestellt wurde, noch in folgenden Gemeinden Synagogen (es handelte sich wohl größtenteils nur um kleine, vielfach private Bethäuser):

(Amschelberg), Kosova Hora (Rb. Dav. Levi)
Babčice (GB. Ml. Vožice)
Barchůvek
Bdeněves
Bechyně
Božejov (GB. Pelhřimov)
Brnky
Březí (GB. Písek)
(Bubna) Bubny
Buda (GB. Dol. Kralovice)
Horní Cerekev
Dolní Cetno
Čachrov
Čeraditz (GB. Saaz)
Černovice (GB. Kamenice nad Lipou)
Dereisen (GB. Jechnitz)
Deschenitz
Deslawen (GB. Jechnitz)
Deštná (GB. Kamenice
Dölitschen [n. L.)
Dražkov (GB. Sedlčany)
Dřevíkov
Dub (GB. Volyně)
Dvorce (GB. Soběslav)
Nový Etynk
Heralec
Hořepník
Dolní Hrachovice

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Chlístov (GB. Klattau)
Chlum u Třeboně
Vysoký Chlumec
Chmelná (GB. Dol. Kralovice)
Chotiměř (GB. Bischofteinitz)
Choustník
Chrančowitz (GB. Tuschkau)
Janovice n. Úhlavou
Jirny
Jistebnice
(Josefstadt) Josefov
Kaliště (GB. Humpolec)
Kamberk
Kamenice nad Lipou
Karlsbad
(Karolinenthal) Karlín (Rb. Eisner)
(Königsaal) Zbraslav
Koleč
Kolinec
Koloděje (GB. Říčany)
Kurschin (GB. Weseritz)
Košetice (GB. Dol. Kralovice)
Košíře (Rb. Dr. Ascher)
Kounice
Kovanice
Kozolupy
Kralovice
Dol. Kralovice
Krašovice (GB. Sedlčany)
Böhm. Krumau
Křivsoudov
Kučeř
Kunratice u Prahy
Kůzová
Květuš
Labant (GB. Pfraumberg)
Langendörflas
(Laun) Louny
Letau
Ledeč nad Sázavou
Libice nad Doubravou
Libkov (GB. Kdyně)
Liblín
Liboritz
Lipnice (GB. Něm. Brod)
Liteň
Lochovice
Lounín
Lukavec (GB. Pacov)
Luštěnice
Lužice (GB. Netolice)
Malesice
Mačice
Miecholup (GB. Saaz)
(Minkowitz) Míkovice (GB. Kralupy n. Vlt.)
(Mühlhausen) Milevsko
Miřetice (GB. Dol. Kralovice)
Mníšek
Načeradec
Nahošice
Nedražice
Nemyšl
(Neuhaus) Jindřichův Hradec
Neumětely
Neustadtl (GB. Pfraumberg)
Neustupov
Orlík (GB. Mirovice)
Osvračín
Oschelin
Pauten (GB. Tepl)
Pavlov (GB. Humpolec)
Pernartitz (GB. Pfraumberg)
Petrovice (GB. Schüttenhofen)
Petrovice (bei Votice)
Piwana
Planá (GB. Milevsko)
Dolní Počernice
Purschau
Postřižín
Pravonín
Prčice
Protivín
Přehořov (GB. Soběslav)
Rábí
Radenín
Rataje nad Sázavou
Něm. Rohozec
Kardašova Řečice
Schönbrunn (GB. Tachau)
Schönwald (GB. Tachau)
Schopka
Schossenreuth
Schweißing
Sedlec (GB. Netolice)
Seltsch (GB. Saaz)
Sensomitz (GB. Teplitz-Schönau)
Skupsch
Slavětín
Smolotely
Soborten
Stádlec
Střeziměř
Sudoměřice (GB. Bechyně)
Světlá nad Sázavou
Svinařov (GB. Rakovník)
Škvorec
Štěnovice
Český Šternberk
Tažovice
Těňovice
Terešov
Tissa (GB. Tachau)
Třebnice (GB. Sedlčany)
Tučapy (Rb. Schick)
Tuschkau
Úherce (GB. Louny)
Vysoký Újezd
Újezdec (GB. Klattau)
Úlice
Úvaly
Veselíčko (GB. Milevsko)
Věž (GB. Něm. Brod)
Vojkovice (GB. Kralupy n. Vlt.)
Mladá Vožice
Vrané
Všechromy
Všenory
Všestary (GB. Říčany)
(Wittingau) Třeboň
Zahořany (GB. Milevsko)
Zámostí (GB. Jung-Bunzlau)
Zásmuky
Zběšice
(Zirnau) Dříteň
Zlonice
Zvíkovec
Žehušice

Insgesamt: nach amtlichen Quellen: 213 jüdische Kultusgemeinden;
bei Kohn außerdem: 167 jüdische Kultusgemeinden.

Zusammen in Böhmen: 380 Kultusgemeinden (Synagogen bzw. Bethäuser).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nach Kohns Übersichtszahlen (S. 412), deren Quelle wir nicht kennen und deren Zuverlässigkeit wir nicht überschätzen dürfen, bot damals der Gesamtstand der Juden in Böhmen folgendes Bild:

Kreis	Jüdische Familien	Gemeinden, in welchen Juden wohnen	Synagogen	Schulen	Rabbiner
Prag	1879	363	65	3	9
B. Budweis	1575	372	61	6	6
Pardubitz	1906	481	44	5	6
Jitschin	1292	219	25	5	5
Böhm. Leipa	283	40	8	3	—
Eger	1683	163	67	12	9
Pilsen	1600	283	90	2	6
Summe	10.218	1921	360	36	41

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Manasse von Hotzenplotz.

Der erste jüdische Münzlieferant in Schlesien (1622–1624).

Von Bernhard Brilling, Breslau.

—

Erst am Ende der unter dem Namen „Kipper- und Wipperzeit" in die deutsche Geschichte eingegangenen Epoche der Münzverschlechterung und -fälschung – im Jahr 1622 – werden jüdische Münzlieferanten in Schlesien genannt.[1]

Der erste größere jüdische Münzlieferant in Schlesien, dessen Auftreten in diese Zeit fällt, ist der bisher überhaupt unbekannte mährische Jude Manasse[2] von Hotzenplotz. Wie sein Name besagt, stammte er aus der dem Städtchen Zülz gegenüberliegenden Gemeinde von Hotzenplotz, die ebenso wie die Zülzer Gemeinde bis in das 14. Jahrhundert zurückreicht, und wie diese gerade im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts aufzublühen begann.[3]

Im Jahre 1622 erscheint Manasse in Schlesien, ohne daß über seine bisherigen Verhältnisse etwas bekannt wäre. Er muß aber schon vorher mit dem Münzwesen vertraut gewesen sein, da er sonst wohl kaum als Münzlieferant von den verschiedenen schlesischen Münzstätten, denen er in den zwei Jahren 1622–1624 seine Dienste leistete, angenommen worden wäre. Man kann nur vermuten, daß er durch Balthasar Zwirner, der 1620 Münzmeister der mährischen Stände war, 1622 die fürstlichen Münzstätten zu Oels, Oppeln, Ratibor und Neisse verwaltete und 1628 von Erzherzog Karl die gesamte schlesische Münze pachtweise übernommen hatte,[4] der also mit ihm schon von Mähren her bekannt gewesen sein kann, nach Schlesien empfohlen worden ist.[5]

Er verdient die ausführliche Würdigung, die ihm hier zuteil wird, sowohl wegen der Tatsache, daß er der erste jüdische Münzlieferant in Schlesien war, als auch wegen seines ungewöhnlichen Schicksals.

Er belieferte, soweit uns das hier gebrachte, bisher bekannte Urkundenmaterial zeigt, die Münzämter von Breslau, Neisse, Oels und Skotschau.

1620 hatten die Fürsten und Stände Schlesiens nach der kurzen Regierung des Winterkönigs Friedrich den Beschluß zur Errichtung einer eigenen schlesischen Landesmünze in Breslau gefaßt. 1621 wurde diese Münze eingerichtet;[6] in diesem Jahre beteiligten sich nur drei Juden an den Münzlieferungen und zwar mit ganz geringen Mengen.[7]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Erst im Jahre 1622 begann Manasse von Hotzenplotz als erster Jude mit größeren Lieferungen für die Münze. Wegen seiner ansehnlichen Münzeinlieferungen setzte er beim Breslauer Rat seine persönliche Duldung in Breslau durch –, als einer unter sehr wenigen Juden seit dem Mittelalter, und als der erste im 17. Jahrhundert. Aber es ging ihm fast genau so wie seinem unmittelbaren jüdischen Vorgänger an der Münze, dem jüdischen Leiter der Breslauer Münze im Jahre 1546, Isaac Meyer aus Prag.[8] Ebenso wie dieser wurde er insultiert, und zwar von jungen Leuten vom Adel und der Bürgerschaft. Er beschwerte sich über diese Belästigungen beim Herzog Heinrich Wenzel zu Münsterberg, Oels und Bernstadt, für dessen damals von Balthasar Zwirner geleitete Münze[9] er wahrscheinlich das benötigte Silber geliefert hatte.

Der Herzog kam sicherlich aus diesem Grunde seinem Ansuchen nach und verwendete sich in einem persönlichen Schreiben (vom 22. März 1622) beim Rat der Stadt Breslau für Manasse von Hotzenplotz.[10]

Kaum war er diesen Belästigungen entgangen, so bot sich dem Breslauer Rat ein neuer und willkommener Anlaß, gegen den Juden, der entgegen den Privilegien der Stadt in Breslau weilte, vorzugehen.

Wie bereits gesagt, war Manasse von Hotzenplotz ein vielseitiger Mann. Sein Abnehmerkreis erstreckte sich über ganz Schlesien. Nicht nur an den Münzstätten von Breslau und Oels war er als Lieferant bekannt, auch andere Münzen, so die zu Neisse und die zu Skotschau (im Fürstentum Teschen) gehörten zu seinen Kunden. Die beiden letzteren sollten ihn in unangenehme Lagen bringen.

Bereits die Skotschauer Münzlieferung war für Manasse mit unangenehmen Folgen verbunden. Am 3. Februar 1622 hatten die Teschener Regierungsräte, nachdem sie schon 1621 die Teschener Münze an christliche Kipper verpachtet hatten, auch die Skotschauer Münze an Daniel Raschke von Ratibor und seine Kompagnons Matthias Thurso und Johann Wagner auf zwei Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 38.000 Taler verpachtet.[11] Der Breslauer Bischof Karl erklärte als Vormund des abwesenden Teschener Herzogs Friedrich Wilhelm von Teschen (1617–1625), des letzten Teschener Herzogs aus dem Piastenhause,[12] in zwei Schreiben (vom 27. Februar und 15. März 1622) diese Verpachtung der Skotschauer Münze für ungültig und übergab sie den Pächtern der Teschener Münze. In der kurzen Zeit ihrer Pacht aber hatten Raschke und seine Kompagnons doch Münzen geprägt, die außer mit seinem Buchstaben mit dem Skotschauer S gezeichnet waren.[13] Das Prägesilber hatte ihnen Manasse geliefert und die Bezahlung in den dort geprägten Münzen erhalten: in den 24igern, der beliebtesten Münze der Kipperzeit, die in der schlechtesten Qualität und massenhaft hergestellt wurde.[14]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Allgemein war der innere Gehalt der in Schlesien geprägten 24iger so schlecht, daß man im Juli des Jahres 1622 auf einem scheinbar zu diesem Zweck besonders einberufenen Tage der münzberechtigten Stände beschloß, die Prägung der 24iger am 15. Juli des Jahres 1622 einzustellen.[15]

Besonders geringwertig scheinen aber die in Skotschau geprägten 24iger gewesen zu sein, die Manasse von Hotzenplotz an Zahlungs Statt empfangen hatte. Als Manasse wieder einmal in geschäftlichen Angelegenheiten nach Breslau kam und dabei dort seine Skotschauer 24iger ausgab, wurde er verhaftet. Man beschuldigte ihn nämlich, diese geringwertigen 24iger selbst oder in Gemeinschaft mit den dortigen Kippern hergestellt zu haben. Man bestrafte ihn dafür und entließ ihn nur gegen eine Kaution aus der Haft. Sofort nach der Haftentlassung beschwerte sich Manasse bei den Teschener Regierungsräten. Diese protestierten daraufhin beim Erzherzog Karl und verlangten die Anerkennung ihrer in Skotschau geprägten 24iger, da diese denen der anderen Münzstände an Schrot und Korn gleich wären. Manasse, der von dieser für ihn erfolgten Interzession erfahren hatte, beschwerte sich nun auch selbst beim Erzherzog Karl, dessen Münzen in Breslau und Neisse er belieferte, über die ihm in Breslau widerfahrenen Unbilden. Selbstverständlich schritt Erzherzog Karl, da er die Versorgung der ihm unterstehenden Münzen Breslau und Neisse hierdurch gefährdet sah, sofort für seinen jüdischen Münzlieferanten ein, allerdings ohne sich um die Beschwerde der Teschener Regierungsräte betreffs der nicht anerkannten Gleichwertigkeit der Skotschauer 24iger zu bekümmern; am 27. Juli 1622 bat er den Breslauer Rat, dem Juden Manasse die Kaution zurückzuerstatten und ihn nicht weiter zu belästigen.

So lief die Münzlieferung für Skotschau verhältnismäßig glimpflich für Manasse ab.[16]

Viel unangenehmer sollten ihm seine Beziehungen zur Neisser Münze werden. Auch diese Münze zählte ihn zu ihrem Lieferanten. Sie war 1621 vom Erzherzog Bischof Karl verpachtet worden. Ihre Pächter gerieten mit der Gesellschaft, die – aus christlichen Fürsten, Adeligen, sowie Prager jüdischen und christlichen Finanziers bestehend – 1622 das ganze kaiserliche Münzwesen in Österreich, Böhmen und Mähren gepachtet hatte,[17] in Konflikte. Die Prager Gesellschaft, vertreten durch den Prager Juden Jacob Bassevi Schmieles von Treuenberg, den ersten geadelten österreichischen Juden,[18] einigte sich aber mit den Pächtern der Neisser Münze dahin, daß die Gesellschaft für die Dauer ihres Vertrages mit dem Kaiser auch die Münze zu Neisse übernahm, deren Pächtern sie ein Drittel des dort erzielten Gewinnes konzedierte. Bischof Karl genehmigte diesen Einigungsvertrag am 18. August 1622.[19]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Von dieser Gesellschaft aus war wahrscheinlich Abraham Morpurgo, der 1620 zum kaiserlichen Hofjuden ernannt worden war, zum Münzverwalter für Neisse ausersehen worden, wie seine Bestallung vom 4. Juni 1622 ausweist.[20]

Für diese jetzt gemeinsam gepachtete Neisser Münze lieferten nun jüdische Münzlieferanten, unter denen sich auch neben dem in Glatz weilenden Joachim Buchdrucker[21] und dem Neisser Hofjuden Elias[22] der erwähnte Manasse von Hotzenplotz befand, das benötigte Prägemetall. Daher kam dem Bischof ein kaiserlicher Erlaß recht ungelegen, gemäß dem die jüdischen Silber- und Goldaufkäufer wegen Ausfuhrverdachts besonderer Überwachung anempfohlen wurden. Die Stadt Breslau ergriff selbstverständlich wieder die Gelegenheit, um gegen die ihr verhaßten jüdischen Münzaufkäufer vorzugehen. Da dies aber nur die betreffenden Münzstätten schädigte, entschloß sich Bischof Karl am 29. August 1622 dazu, dem Breslauer Rat mitzuteilen, daß er zwar auch von dem kaiserlichen Mandat gehört hätte, trotzdem aber bitte, seine jüdischen Münzlieferanten ungehindert in Breslau handeln und passieren zu lassen.[23]

Vorläufig bedurfte also die Neisser Münze noch der jüdischen Münzlieferanten. Daher trat Bischof Karl jedesmal für Manasse ein, wenn ihm die Breslauer, wahrscheinlich unter Berufung auf das kaiserliche Mandat, bei seinem Breslauer Aufenthalt Schwierigkeiten machten. So schrieb er am 8. November 1622 ein spezielles Empfehlungsschreiben für Manasse an den Breslauer Rat, in dem er unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß Manasse „auch by unserm allhiesigen Münczwesen guete nüczliche Servitia prestieret" hat, für den ungestörten Handel Manasses eintrat.[24]

Auch zu Beginn des nächsten Jahres – 1623 – sah sich Erzherzog Karl, wahrscheinlich wieder auf Beschwerde des Manasse, dazu veranlaßt, bei dem Breslauer Rat für ihn zu intervenieren, um ihm die ungehinderte Abführung des aufgekauften Pagaments zu ermöglichen.[25]

Während so Manasse von fürstlicher Seite geschützt wurde, wurden andere Juden im selben Jahre in Neisse wegen „unerlaubter Pagament-(d. h. Bruchsilber-)einschmelzerei" verhaftet und ihnen ihr Vermögen beschlagnahmt.

Wie bereits erwähnt, lieferten außer Manasse noch andere Juden Prägemetall für die Neisser Münze. Daher kam es, daß sich in Neisse eine Menge Juden zusammenfanden, die sich unter dem Schutz der Münzlieferanten dort aufhielten und für sie lieferten. Zu diesen gehörten auch Moises Kiefer (Moses ben Akiba) aus Hotzenplotz und Isaac Michael aus Nikolsburg, die anscheinend Unterlieferanten unseres Ma-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nasse waren.[26] Man wollte sie vierzehn Tage vor Weihnachten 1622 beim Einschmelzen von Pagament (Bruchsilber) ertappt haben und hatte ihnen daraufhin ihr sämtliches Vermögen beschlagnahmt, weil die Münze bei Strafe das Einschmelzen von Pagament verboten hatte. Die beiden Juden beschwerten sich beim Erzherzog Karl darüber; sie entschuldigten sich damit, daß sie von dem Verbot keine Ahnung gehabt hätten; der einheimische Goldschmied Hans Eikner,[27] dem sie den Auftrag zum Einschmelzen gegeben hätten, hätte sie darüber aufklären müssen. Manasse, der wahrscheinlich von den Juden um Hilfe angerufen wurde, versuchte bei dem erzherzoglichen Münzregaldirektor Cornelius Paul zu intervenieren und bot ihm 50 Dukaten in Gold für den Fall der Freigabe des Geldes an. Auf Anweisung des anscheinend sehr geldbedürftigen Erzherzogs nahm Paul die Summe an und ließ auch sie dann der Beschlagnahme verfallen. Damit entsprach er der Resolution des Erzherzogs.[28]

Wie man sieht, war Manasses Einfluß schon im Schwinden begriffen. Er näherte sich seinem Abstieg.

Manasses Aufstieg und Glück sollten nicht allzu lange dauern. 1622 geschützt und geschätzt von allen, mit denen er im Münzwesen geschäftlich zu tun hatte, 1623 eifrig seinen Geld-[29] und Münzgeschäften nachgehend, ereilte ihn 1624 sein Schicksal.

Die erste Klage gegen Manasse kam von Seiten eines Schweidnitzer Bürgers Pantaleon Hertel, der sich von ihm wohl bei irgend einem Geschäft benachteiligt glaubte und gegen ihn Klage angestrengt hatte. Als sich Manasse nicht zum Verhör stellte, übertrug Hertel dem Neisser Bürger Hans Peter seine Klage, damit er den Antrag auf Arrestierung des Juden in Neisse stellen könnte.[30]

Noch schwerer als diese im Februar 1624 erhobene Klage wog aber die etwas später erhobene Beschuldigung der Münz- und Siegelfälschung, worauf die Todesstrafe stand. Er wurde verhaftet und (wir wissen nicht, ob zu Recht oder zu Unrecht) zum Tode verurteilt, und zwar sollte er nach jüdischer Art, d. h. mit den Füßen nach oben, mit dem Kopf nach unten an den Galgen gehängt werden.

Am 15. Juni 1624 fand seine Hinrichtung, von der er sich angeblich mit 13.000 Dukaten loskaufen wollte, zu Neisse statt. Er ertrug die Tortur, zwischen zwei lebenden Hunden hängend, bis zur vierten Stunde; dann ergriff er die einzige ihm verbliebene Rettungsmöglichkeit und erklärte sich zur Taufe bereit. Die Jesuiten erhielten von der fürstlichen Regierung daraufhin die Erlaubnis, den von Schmerzen gepeinigten und fast aufgegebenen Manasse vom Galgen herunterholen zu dürfen. Er wurde dann erquickt und in Anwesenheit einer großen Menge vom Pater Andreas Metsch aus Neisse auf den Namen Vitus getauft. Als Taufpaten fungierten der Sohn des zülzer Grundherrn Freiherr Proskowsky von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Proskau, der Pater Präfektus Nennichen und die Frau des Henkers, die ihn auch später verband. Erst nach der Nottaufe wurde Manasse-Vitus in die neue Lehre eingeführt.[31]

Wider alles Erwarten überstand Manasse, der eine widerstandsfähige Natur besessen haben muß, die Exekution und floh unter Zurücklassung seines Vermögens nach Polen, wo er den aufgezwungenen Glauben wieder von sich warf, und von wo aus er sich wieder in den Besitz seiner Güter zu setzen suchte.

Dem Beispiel der polnischen Juden folgend, die sich in Breslau zu Recht oder zu Unrecht mißhandelt glaubten, begab sich nun auch Manasse von Hotzenplotz in den Schutz eines polnischen Adeligen. Es war dies Adam Sandivog, Generalis majoris Poloniae (General von Groß-Polen), bei dem auch der Breslauer Rat zuweilen für Breslauer Bürger intervenierte.[32] Manasses Hauptbestreben mußte es jetzt sein, sein in Breslau und im übrigen Schlesien zurückgelassenes Vermögen wieder zu erhalten. Sein Besitz war nicht unbeträchtlich. Allein in Breslau befand sich ein größerer Teil. Er bestand teils in Schuldforderungen (an Christen, wie an Balthasar Zwirner und an Juden), teils in barem Geld (wie er es z. B. für das abgelieferte Silber erhalten hatte), teils in Wertgegenständen (Silber, Gold, Bücher), teils in Geschäftsutensilien (Pferden etc.).[33]

Zwecks Rettung dieses Vermögens hatte er wahrscheinlich seinen Sohn, Manasse den Jüngeren, nach Breslau geschickt. Aber es gelang auch diesem nicht, die Einziehung und Hinüberschaffung des Vermögens zu bewerkstelligen. Infolge eines Streites mit einem gewissen Johann Arnolt, einem Breslauer Bürger und Berater (Consiliaris) des Fürstentums Teschen, dessen Ursachen nicht weiter bekannt sind, wurde er sogar verhaftet und im bischöflichen Gefängnis gefangen gehalten. Erst die Intervention des Generals von Groß-Polen Adam Sandivog[34] führte die Befreiung des Sohnes aus dem Gefängnis in Breslau herbei. Er mußte aber die Stadt unter Zurücklassung seines und seines Vaters Vermögen verlassen.[35]

Daraufhin begab sich auch Manasse der Jüngere mit Familie und Vermögen in den Schutz des Adam Sandivog, den er für seine Angelegenheiten zu interessieren verstand. Dieser richtete deshalb sofort an den Breslauer Rat das Ersuchen, das Vermögen seines Untertanen Manasse des Jüngeren sicherstellen und ihm ausfolgen zu lassen.[36] Die Sicherstellung des Vermögens wird wohl der Breslauer Magistrat vorgenommen haben, gegen die Auslieferung des Vermögens an seinen Besitzer scheint aber der kaiserl. Fiskal Jer. Reinwald — der auch sonst gegen die Glogauer Juden, die Münzlieferanten des Balthasar Zwirner, scharf vorging[37] – Einspruch erhoben zu haben.[38]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dann versuchte Manasse an sein in Neisse liegendes Vermögen heranzukommen. Zu diesem Zweck veranlaßte er wiederum Adam Sandivog zu einem Interventionsschreiben an die bischöfliche Kammer in Neisse, in dem er um die Freigabe der Güter des „Juden Manasse" und um Einschreiten gegen den kaiserl. Fiskal Reinwald bat. Ferner verlangte er, daß die Geldstreitigkeiten zwischen Manasse und den Neisser Untertanen, die vielleicht die Auslieferung der Gelder verzögern könnten, vor seinem Gerichtsstuhl in Polen ausgetragen und entschieden würden. Diese letzte Forderung ist wahrscheinlich auf die gewiß berechtigte Furcht des Juden Manasse zurückzuführen, als Renegat und Apostat in Neisse – falls dort die Prozesse stattfinden sollten – noch einmal hingerichtet zu werden und dabei sein Leben endgültig zu verlieren. Wie berechtigt seine Furcht war, beweist deutlich die Antwort der bischöflichen Kammer. In schneidendem Hohn antwortete sie dem Adam Sandivog, daß sie einen „Juden Manasse" seit dem 15. Juni 1624, seit dem Tage seiner Hinrichtung und Taufe, nicht mehr kenne. Sandivog werde wohl wissen, welche Strafen das göttliche und menschliche Recht für einen solchen Renegaten und Heiligtumsschänder bestimme, und diese Bestimmungen wohl ausführen. Nach diesem sehr deutlichen Hinweis geht die bischöfliche Kammer auf die Forderungen des Manasse ein. Was die Forderung dieses Renegaten um Auslieferung seines Vermögens anbelange, so ständen dem einige Forderungen ihrer Untertanen gegenüber, die zuvor befriedigt werden müßten.[39] Der Renegat solle zu diesem Zweck vor dem Gericht in Neisse erscheinen, denn es vertrage sich nicht mit der Würde des Bischofs, daß seine Untertanen einen Prozess gegen einen Renegaten vor einem fremden Gerichtshof, wie es Adam Sandivog verlangt hatte, führten. Der Fiskal Jer. Reinwald unterstände nicht ihrer Jurisdiktion; falls Adam Sandivog gegen ihn vorgehen und die Freigabe des Mannasseschen Vermögens erzwingen wollte, so stände ihm die Berufung an die Breslauer Kammer frei.

Um das Vermögen des Manasse von Hotzenplotz war es – so weit es sich in Neisse befand – jedenfalls geschehen. Denn selbstverständlich war es für den Renegaten Manasse unmöglich, vor dem Neisser Gerichtshof zu erscheinen. Die Gläubiger des Manasse scheint man jedenfalls aus seinem in Neisse verbliebenen Vermögen befriedigt zu haben. Aus einer zufälligen Notiz erfahren wir, daß ein gewisser G. Saulig, Bürger und Handelsmann zu Freudenthal, Obligationen des Juden (Moses) Manasse des Älteren als Ausgleich für seine Forderungen erhalten habe.[40]

So endete die kurze Episode des ersten größeren jüdischen Münzlieferanten in Schlesien, des Manasse von Hotzenplotz.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Originalbericht über die Hinrichtung und Taufe des Manasse von Hotzenplotz.

1624 Juni 15, Neisse. Neisser Stadtarchiv Dep. Kastner Nr. 53 („aus dem Neisser Stadtbuche im Neisser Kreisgericht.")

„Daß den 15. Tag des Monats Junii 1624, als Manasses, ein Jude von der Hoczenplocz wegen allerlei begangenen Betrugs und falschen jüdischen Praktiken zum Tode verurtheilt, daß er nach jüdischer Art mit den Füßen oben und dem Haupt unter sich gehenkt werden solle, zur Execution ausgeführt, auch allbereit an einer Schwenkgalgen, welcher neben dem andern Gerichte (= Galgen?) vor ihn (für ihn) verwichenen Jahres allbereit erbaut und aufgerichtet worden, davon er sich aber durch seinen Vater und andere Juden mit 8000 Dukaten aberkauft, aufgehenkt worden, daran er auch bis nahe an die vierte Stunde gehenket, weil er aber von zwei Hunden, welche auch auf jede Seite einer, auch mit den Füßen über sich ihm zugehenkt worden, hart und übel zerbissen und geplagt worden, hat er endlich begehrt, ein Christ und getauft zu werden, dessen sich die Herren Patres Societatis Jesu angenommen und bei der fürstl. Regierung erbeten, daß er durch den Scharfrichter wieder losgemacht und abgenommen und danach beim Gerichte alsbald bei dem Herrn Patrem Andraeam Metsch Nissenum Societ. Jesu zu einem Christen getauft, sein Name aber, welcher ihm derselbe Tag gegeben, *Vitus* genannt worden.

Seine Gevatter seind gewesen der junge Herr Prosskowskhy, Freiherr von Prosskau, Pater Praefectus Nennichen genannt und die Frau Henkerin in praesentia einer aus der Stadt zugelaufenen überaus großen Menge Volkes. Nach vollbrachtem Actu ist er wieder in die Stadt auf des Scharfrichters Lolassen (??) in die Bittelei (Büttelei)? geführt, allda er von den Herren Patribus in fide Christiana informirt und von der Henkerin seiner Partie an den Hundebissen curirt wird. Was mit ihm weiter vorgenommen werden wird, giebt die Zeit."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Verzeichnis der Urkunden,

auf die in den Anmerkungen Bezug genommen wird.

1. Bernstadt 1622 März 22
Schreiben des Herzogs Heinrich Wenzel in Münsterberg, Öls und Bernstadt an den Breslauer Rat.
Stadtarchiv Breslau Rep. Scheinig Fasc. 8a, 1
(früher Nr. 3786).

2. Teschen 1622 Juli 21.
Schreiben der Regierungsräte von Teschen an Erzherzog Bischof Karl.
Stadtarchiv Br. Rep. Scheinig Fasc. 10
(früher Nr. 2814).

3. Breslau 1622 Juli.
Schreiben des Manasse von Hotzenplotz an Erzherzog Karl.
Stadtarchiv a. a. O.

4. Neisse 1622 Juli 27 (präs. Juli 29).
Schreiben des Erzherzogs Karl an den Breslauer Rat.
Stadtarchiv a. a. O.

5. Neisse 1622 August 29 (präs. August 31).
Schreiben des Erzherzogs Karl an den Breslauer Rat.
Stadtarchiv Rep. Scheinig Fasc. 10
(früher Nr. 2808).

6. Neisse 1622 November 8 (präs. Nov. 25).
Schreiben des Erzherzogs Karl an den Breslauer Rat.
Stadtarchiv Rep. Scheinig Fasc. 10
(früher Nr. 2802).

7. Neisse 1623 Januar 2.
Schreiben des Erzherzogs Karl an den Breslauer Rat.
Stadtarchiv FFF 1441
(Von dieser Urkunde ist nur das Regest erhalten.)

8. Neisse 1624 Februar 27.
Schreiben des Magistrats Neiße an den Erzbischof von Neisse.
Staatsarchiv Breslau Rep. 26 II 5a fol. 1a/b.

9. Neisse 1624 Juni 15.
Originalbericht über die Hinrichtung und Taufe des Manasse von Hotzenplotz.
Kopie „aus dem Neisser Stadtbuch im Neisser Kreisgericht" im Stadtarchiv Neisse Dep. Kastner Nr. 53; im Anhang abgedruckt.

9a. Bericht (wie 9).
Aus: Martin Koblitzens Frankensteiner Chronik", gedruckt in: „Monatsschrift von und für Schlesien", ed. von Dr. Heinrich Hoffmann I (Breslau 1829), S. 412.

9b. Bericht (wie 9).
„Chronik der Grafschaft Glatz v. 1427 bis 1699", Abschrift im Staatsarchiv Breslau, Vereinshs. Nr. 55 (Dep.), S. 4; bereits gedruckt in der „Zeitschrift für Geschichte und Altertum Schlesiens (ZGAS)", 41, 1907, S. 408.

10. Breslau 1625 Oktober 8.
Brief des Breslauer Rates an Adam Sandivogius, General in Groß-Polen.
Kopie im Stadtarchiv Breslau Hs. F 12, 1 f. 143b–144a.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

11. Polen, ohne Datum (1625/26).
Brief des Christian Huhler, Kammerdiener des Adam Sandivogius, an den Breslauer Rat.
Staatsarchiv Breslau Rep. 31 II 9a.

12. Neisse 1626 April 29.
Schreiben der bischöflichen Regierung in Neisse an Adam Sandivog.
Kopie im Staatsarchiv Rep. 31 II 9a.

13. Neisse 1626 (?) Juli 30.
Bescheinigung des Georg Saulig, Schuldscheine des Moses Manasse empfangen zu haben.
Kopie Staatsarchiv a. a. O.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Unter den des Kippens und Wippens 1622 in Breslau Beschuldigten befand sich nur ein Jude, „der Fischjude" (Samuel Fischel aus Krotoschin), s. *F. Friedensburg*, Schlesiens neuere Münzgeschichte (Cod. Dipl. Sil. Bd. 19). Breslau 1899, S. 49/50. Anm. – Über die Münzlieferung dieses und noch anderer Juden werde ich an einer anderen Stelle berichten. – Über das „Kippen und Wippen" s. *Friedensburg* a. a. O. S. 46.ff.

[2] So unterschreibt er sich selbst (Urk. Nr. 3). Moyses Manasse heißt er – wohl durch Versehen des Schreibers aus Manasse ben Moses entstanden – in Urk. 2, 13, sowie im Regest der Urk. 7.

[3] s. *F. Richter*, Die Hotzenplotzer Judengemeinde 1334–1848 in: Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde, 14 (Wien 1911), Heft 37, S. 29 ff. (Zuerst abgedruckt in: Notizenblatt der hist. Statistischen Sektion der k. k. mähr. Gesellschaft zur Förderung des Ackerbaus, der Natur- und Landeskunde, 1888, Nr. 11/12, 1889, Nr. 1/2.)

[4] *F. Friedensburg* a. a. O., S. 86.

[5] Daß Manasse mit ihm bekannt war, bezeugen auch die Schuldverschreibungen Zwirners, die sich 1625 in Manasses Besitz befanden. S. Urk. 11.

[6] *Friedensburg*, S. 82–84.

[7] S. o., Anm. 1.

[8] Über Isaac Meyer aus Prag, s. *F. Friedensburg* in: Zeitschrift für Geschichte und Altertum Schlesiens (Z. G. A. S.), 24 (1890), S. 103 ff.

[9] *Friedensburg*, Münzgeschichte, S. 86 und 155/156.

[10] Stadtarchiv Breslau Rep. Scheinig Fasc. 8a, 1 (früher Nr. 3786), s. Urk. 1.

[11] *Friedensburg* a. a. O., S. 199–200.

[12] *Gottlieb Biermann*, Geschichte des Herzogtums Teschen (Teschen 1863), S. 220–225.

[13] *Friedensburg* a. a. O.; über diese neugeprägten Skotschauer 24iger s. ferner Stadtarchiv Breslau Rep. Scheinig Fasc. 10 vom 27. Juli 1622 (früher Nr. 2787).

[14] *Friedensburg* a. a. O., S. 48/49.

[15] *Friedensburg* S. 52.

[16] Über diese Vorgänge s. Stadtarchiv Breslau Rep. Scheinig Fasc. 10 (früher Nr. 2814); s. Urk. 2–4.

[17] *Friedensburg* S. 85 und 179.

[18] Über ihn s. *Grätz:* Geschichte der Juden X (3. A.), S. 38 und 43; *Dubnow*, Weltgeschichte der Juden VI, 253; s. ferner über ihn in den: Mitteilungen der Ges. für jüdische Familienforschung (Berlin) I, 1, S. 12 ff.; I, 15 (1928), S. 58 ff.

[19] *Friedensburg* S. 91.

[20] Stadtarchiv Breslau FFF. 1416*g*. Über A. Morpurgo s. *David Kaufmann:* Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien (Budapest 1889), S. 6.

[21] Am 11. Februar 1622 befahl der Glatzer Landeshauptmann der Stadt Glatz, alle Juden abzuschaffen außer Joachim Buchdrucker aus Prag (?) & Co., der Pagamente für die Neisser Münze aufkaufe. Staatsarchiv Breslau Rep. 23, II 7a, vgl. dazu ferner *F. Albert* in: Glatzer Heimatblätter XIX (1933), S. 7, Nr. 170; und (wenn auch mit falschem Datum) bei: *M. Brann*, Geschichte des Landrabbinats in Schlesien, in der: Grätz-Jubelschrift (Breslau 1887), S. 219.

[22] Der Neisser Hofjude Elias wird erwähnt, Stadtarchiv Breslau, Signaturbücher 1624 (2. Nov.), S. 104a bis 105b. Er war wahrscheinlich der Nachfolger unseres Manasse.

[23] Stadtarchiv Breslau Rep. Scheinig Fasc. 10 (früher Nr. 2808), Urk. 5.

[24] A. a. O. früher Nr. 2802, Urk. 6.

[25] Von diesem Schreiben ist nur das Regest erhalten (Stadtarchiv Breslau FFF 1441), s. Urk. 7.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[26] Über diesen Fall s. Staatsarchiv Breslau Rep. Fürstentum Jägerndorf II 5a, Fol. 7 ff. Aus den dortigen Schreiben des Moses Kiefer aus Hotzenplotz (vom 28. Januar 1623), des Isaac Michel von Nikolsburg (vom 28. Januar 1623) und des Münzdirektors Cornelius Paul (vom 8. Februar 1623) ergibt sich, daß das Geld dem Moses Kiefer gehörte, während Isaac Michel behauptete, daß er ihm sein Geld nur zur Aufbewahrung übergeben hätte, weil es ihm bei diesen Kriegszeiten unsicher schien, sein Geld nach Nikolsburg zurückzunehmen, von wo er sich beim Aufstand des Winterkönigs nach Hotzenplotz geflüchtet hatte. Die Resolution des Erzherzogs ging dahin, nicht nur das Geld zu konfiszieren, sondern auch die von M. angebotenen 50 Gulden zu beschlagnahmen.

[27] Dieser Goldschmied wird nicht im Verzeichnis der Neisser Goldschmiede von F. Hintze (Schles. Vorzeit, N. F. VII, 1916, S. 143), aufgeführt.

[28] S. Anm. 26. Die Resolution wird im Schreiben des Cornelius Paul erwähnt.

[29] Seine Geldgeschäfte waren wohl ziemlich umfangreich. S. Urk. 8, 11 und 13.

[30] Staatsarchiv a. a. O., Fol. 1a und b. (Urk. 8.)

[31] Über Manasses Hinrichtung und Taufe, die anscheinend großes Aufsehen erregte, besitzen wir mehrere Berichte. Der ausführlichste befindet sich im Neisser Stadtbuche. Ich gebe ihn im Anhang nach der im Neisser Stadtarchiv befindlichen Kopie (Dep. Kastner Nr. 53) wieder. Weitere Berichte sind in *Martin Koblitzens* Frankensteiner Chronik z. J. 1624 (gedruckt in: Monatsschrift von und für Schlesien, Ed. Dr. Heinrich Hoffmann I, 1829, Breslau, S. 412, Urk. 9a) enthalten, sowie in der Handschriftl. Chronik der Grafschaft Glatz von 1427 bis 1697 (abgedruckt in Z. G. A. S. 41, 1907, S. 408, Urk. 9b) enthalten. Ein ähnlicher Bericht findet sich übrigens auch in dem Brief der Neisser bischöflichen Regierung an A. Sandivog, Urk. 12.

[32] S. z. B. Stadtarchiv Breslau Hs. F. 12, 1, S. 110b.

[33] S. die Aufzählung des in Breslau zurückgelassenen Vermögens in Urk. 11.

[34] S. die Antwort des Breslauer Rats an A. Sandivog, Stadtarchiv Breslau Hs. F. 12, 1, S. 143b bis 144a (Urk. 10).

[35] Ergibt sich aus dem Brief, den Sandivogs Kammerdiener Chr. Huhler an den Breslauer Rat schrieb (Urk. 11); in diesem heißt es von Manasse d. J. „für seine Ausfürung", was wohl bedeutet: „vor seiner Hinausführung aus der Stadt."

[36] Undatierter Brief des Chr.Huhler, Staatsarchiv Breslau, Rep. 31, II 9a (Urk. 11).

[37] *Friedensburg* a. a. O. S. 86.

[38] Dies geht aus dem Brief der bischöflichen Kammer hervor, der am Schluß auf diese Angelegenheit hindeutet (Urk. 12).

[39] Dazu gehört wohl auch die Forderung des Schweidnitzer Bürgers Hertel (Urk. 8).

[40] S. Quittung des Georg Saulig vom 30. Juli 1625 (?), Staatsarchiv, a. a. O. – G. Saulig hatte auch zu anderen Juden geschäftliche Beziehungen; so zu Salomon von Aussee: Interzession der Neisser Regierung vom 5. April 1622 beim Hauptmann der Herrschaft Aussee wegen Wechselschulden des Salomon (Staatsarchiv Breslau, Rep. 13 I, 97 t).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Historische Baudokumente jüdischer Wanderung in Böhmen und Mähren.

Von Alfred Grotte.

—

Geschichte und Kunstgeschichte sind Wissenschaften, die einander ergänzen sollen und dort ergänzen müssen, wo das übliche historische Rüstzeug, die Urkunden, versagen. Dies ist aber gerade bei Forschungen über jüdische Zeitepochen leider nur zu oft der Fall. Und so haben denn die uns überkommenen Denkmäler altjüdischer Kultur: Grabsteine, Kultgeräte usw. ernste Beachtung seitens der Forscher zu finden; sie sind archäologisches Material von größtem Werte und können uns Aufschluß geben über die Geschichte von Judengemeinden, deren sonstige Urkunden, wie leider nur zu oft, durch Brand oder Unverstand vernichtet worden sind.

Aber auch alte Synagogen können zu Urkunden werden und das alte Wort saxa loquuntur bestätigen. Aus ihrer Bauart können, sofern man den Schlüssel kennt, auch wertvolle historische Rückschlüsse gezogen werden und Erkenntnisse entstehen, die imstande sind, Epochen einer Gemeindegeschichte zu rekonstruieren, die uns durch keine andere Urkunde überliefert wurden.

Im VI. Jahrbuch hat der Verfasser versucht, die Übertragung kultureller Einflüsse Prags nach einigen jüdischen Gemeinden des Ostens nachzuweisen.[1] Es waren Prager Exulanten, die im Osten Synagogen nach dem Muster der Altneu-Synagoge errichteten und mit diesen Bauten steinerne Zeugen für eine jüdische Wanderung von Westen nach Osten aufrichteten, eine Wanderung, die auch durch Urkunden beglaubigt erscheint. Weniger erforscht aber ist die nach dem Dreißigjährigen Krieg, etwa 300 Jahre später einsetzende Rückwanderung zahlloser Judenfamilien in Richtung Osten/Westen, die sich teils in geschlossenen Massen, teils auf Einzelfamilien beschränkt, vollzogen hatte.

Ein solcher Strom bewegte sich im 17. Jahrhundert nach dem bayrischen Frankenlande und hat dort äußerst wertvolle Baudenkmäler hinterlassen. In Bechhoven (nächst Ansbach), Horb (unweit Lichtenfels), Kirchheim (bei Würzburg), Unterlimpurg und mehreren anderen kleineren Orten des Frankenlandes entstehen im 17. Jahrhundert Holzsynagogen,[2] die äußerlich höchst unscheinbar, im Innern eine ungemein originelle und farbenprächtige Ausmalung erhalten haben, deren eigenartige Verflechtung von Arabesken mit tierfiguraler Ornamentik ebenso Erstaunen erregen muß, wie die bedeutsame künstlerische Konzeption des Maler-Architekten.[3] Diese hochbeachtlichen Werke

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

einer episodenhaften jüdischen Baukultur und Kunst haben ihre Vorbilder in Polen, wo der Wiener (nichtjüdische) Oberbaurat Alois Breier kurz vor dem Weltkriege nicht weniger als 25 derartiger Synagogen erforscht, z. T. vermessen und im Lichtbilde festgehalten hat.[4] Als Vorbild und ältester Typ dieser Holzsynagogen ist jene von Chodorow[5] (bei Lemberg) anzusehen, die 1652 von Israel ben Mardochai *Lissnitzki* ausgemalt wurde, dem auch die ungemein reizvolle Synagoge in Gwozdiecz[6] (nächst Kolomäa) zuzuschreiben ist. Die meisten dieser Holzsynagogen sind im Jahrhundert 1650 bis 1750 entstanden; die bayrischen Typen, nach deren Vorbild erstellt, wohl in das zweite Viertel des 18. Jahrhunderts zu verlegen und damit auch die Zeit der Wanderung jener Exulantengruppe, die sich nach dieser Gegend gewandt hatte. Wir erfahren aus Inschriften in der Malerei, daß diese in Horb im Jahre 1735 und in Bechhoven 1732 entstanden war und auch deren Urheber, der sich selbst als Elieser ben Schelomoh *Sußmann* benennt. Der Künstler stammt aus Brody[7] in Galizien und scheint dem großen fränkischen Emigrantentrupp angehört zu haben.

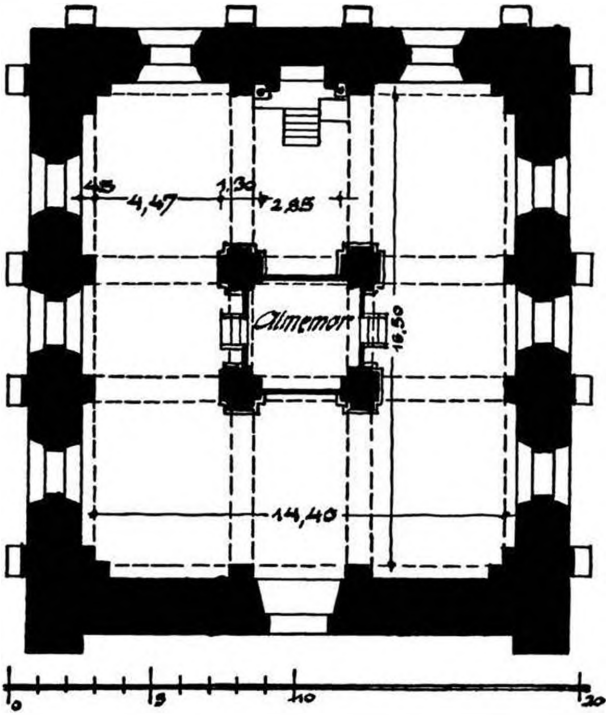
Diese starke Rückwanderung Ost/West ist zwar historisch nachgewiesen, erfährt aber durch diese fränkischen Holzsynagogen gleichsam eine sinnfällige Illustration.

In den nachstehenden Ausführungen soll nun dargelegt werden, wie diese Wanderbewegung Ost/West auch in Böhmen und Mähren sichtbare Zeugen auf baulichem Gebiet hinterlassen hat, die z. T. im Schrifttum bereits bekannt, aber hinsichtlich ihrer Herkunft und Urform bisher nicht gewürdigt worden sind.

Die baukulturell hochstehenden Juden des Ostens beschränkten sich nämlich keineswegs auf die Erstellung hölzerner Gotteshäuser, wenngleich diese, der heimischen Bauweise angepaßt, in der Mehrzahl sind. Denn wo es die Verhältnisse größerer Gemeinden gestatteten, ließ man massive Bauten errichten, die vielfach auch fortifikatorischen[8] Zwecken dienen sollten und in ihren Attiken, die das flache Dach überragten, Schießscharten aufweisen. Diese weniger kunst- als entwicklungsgeschichtlich sehr beachtenswerten Bauten zeigen in ihrer Grundrißanlage ein durchweg neues, durch kein früheres synagogales oder kirchliches Vorbild beeinflußtes Gepräge. Man ist versucht, gleichwohl in diesen massiven Synagogen eine Weiterentwicklung der bekannten mittelalterlichen Typen (Worms-Prag-Regensburg usw.) zu erblicken, veranlaßt durch deren größere Abmessungen, die die große Zahl der Gemeindemitglieder erforderlich machte. Aber diese originellen Grundrisse sind grundlegend durch die Programmforderung entstanden, dem *Almemor*, als Mittelpunkt des Gottesdienstes, eine beherrschende Stellung im Raum zu verleihen. Nicht der *Aron hakodesch*, der nach kirchlichem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Muster in den Synagogen des 19. Jahrhunderts gleichsam zum „Hochaltar" wird, ist der *point de vue*, sondern der *Almemor*, der schon in den antiken Synagogen Galiläas als Mittelpunkt des Rituals angesehen und formal betont wurde.



Rzeszów, Neustädter Synagoge
(Aufnahme vor dem Umbau i. J. 1905)
Vorbild für Nikolsburg.

Die Steinsynagogen Polens bringen diese zentrale Forderung dadurch charakteristisch zum Ausdruck, daß sie vier massive Säulen anwenden, die, im Geviert stehend, die großen Spannweiten des Raumes unterteilen und gleichzeitig die Möglichkeit bieten, innerhalb ihres Geheges den *Almemor* unterzubringen. Diese vom Verfasser mit „Viersäulentypus" bezeichnete Bauform mit quadratischem Grundriß und neun Gewölbejochen finden wir in der großen Vorstadtsynagoge in Lemberg,[5] in Zołkiew, Rzeczów, Lubomel (Wolhynien), Szarygrod (Podolien) usw.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sowie aber jede wurzelechte Baukunst ihre Früh-, Hoch- und Verfallsperiode aufweist, so auch hier. Die älteren Beispiele zeigen vier den Raum symetrisch in neun gleich große Felder teilende Säulen. Später wird das Mittelschiff schmäler als die Seitenschiffe und der bisher lose zwischen den vier Säulen untergebrachte Almemor zwischen diese organisch eingebaut. Die letzte Periode endlich, von der Erkenntnis ausgehend, daß der Almemor noch sinnfälliger betont werden müsse, rückt die vier Säulen noch enger aneinander und läßt sie zu einem mächtigen, das Raumbild beherrschenden und baldachinartigen Mittelpfeiler, zusammenwachsen. Dieser trägt nun die Gewölbedecke, eine Anordnung, die übrigens nur durch den seitherigen Fortschritt in der Gewölbetechnik, die das bisher übliche Kreuzgewölbe verdrängt hatte, ermöglicht wurde. Beispiele dieser Art entstanden in Przeworsk und Rzeszów (Neustädter Synagoge)[5], Wilna usw.

Im Nachstehenden soll nachgewiesen werden, wie die vorgenannten Typen bei der Ost/West-Wanderung der Juden in Böhmen und Mähren beim Bau der Synagogen angewendet worden waren, als Zeugen dieser historischen Wanderbewegung.

a) Kostel in Mähren.

Die noch bestehende Synagoge ist nach dem Viersäulensystem in Lemberg errichtet. Die einstmals bedeutende Gemeinde weist nach dem Dreißigjährigen Krieg nur noch vier Familien auf (1647). Aber bereits zwanzig Jahre später wird von 18 Judenhäusern berichtet und 1768 vernehmen wir von 42 und 1787 von 81 Familien. Da das Bausystem dieser Synagoge in den Ländern der böhmischen Krone als Fremdkörper erscheint und das plötzliche und rapide Anwachsen der Gemeinde in das letzte Viertel des 17. Jahrhunderts, also in die Zeit der polnischen Wanderung fällt, liegt die Vermutung nahe, daß die Emigranten dieses Gotteshaus nach dem Muster ihrer bisherigen östlichen Heimat errichtet hatten.

b) Kremsier.

Die 1908 abgebrochene ehemalige Synagoge zeigte deutlich gleichfalls den Typ Lemberg, bzw. Kostel. Die Gemeinde selbst muß aber schon vor der Errichtung des polnisch beeinflußten Gotteshauses bedeutend gewesen sein, wie ein *Parochet* vom Jahre 1425 erweist, daß einer noch älteren Synagoge zuzuweisen ist. Wenn berichtet wird, daß deren Wände mit hebräischen Gebeten ausgemalt gewesen waren, so könnte dieser typisch polnische Brauch schon hier Rückschlüsse auf die Erbauer zulassen, wie dies bei der Erstellung der zuerst genannten Synagoge angenommen werden kann.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main



Synagoge in Soborten

Außenansicht. Phot. A. Grotte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

c) Soborten.

Die einzige zur Verfügung stehende Quelle ist die um 1800 entstandene John'sche Handschrift im städtischen Museum zu Teplitz, der Nachbargemeinde Sobortens. Sie berichtet vom ersten urkundlichen Nachweis der Stadt vom Jahre 1334; ferner von einem Brande einer Synagoge um 1500. Der älteste entzifferbare Grabstein eines R. Jeruchim *Katz* stammt vom Jahre 1669.[9] Der noch bestehende Friedhof, auf dem auch Juden aus Bodenbach, Böhm.-Leipa, Eidlitz und Dresden[10] bestattet wurden, könnte für den Nachweis der hier in Rede stehenden Wanderung vielleicht Aufschluß geben. Die Forschungen hierüber stehen noch aus; indessen dürfte mehr Licht in die Geschichte der Gemeinde fallen, wenn das im Archiv des Fürsten Clary noch ruhende ungeordnete Material gesichtet werden wird.

Zweifellos bestand schon Ende des 16. Jahrhunderts eine größere Gemeinde in Soborten. Im III. Bande seines Jahrbuches berichtet John:

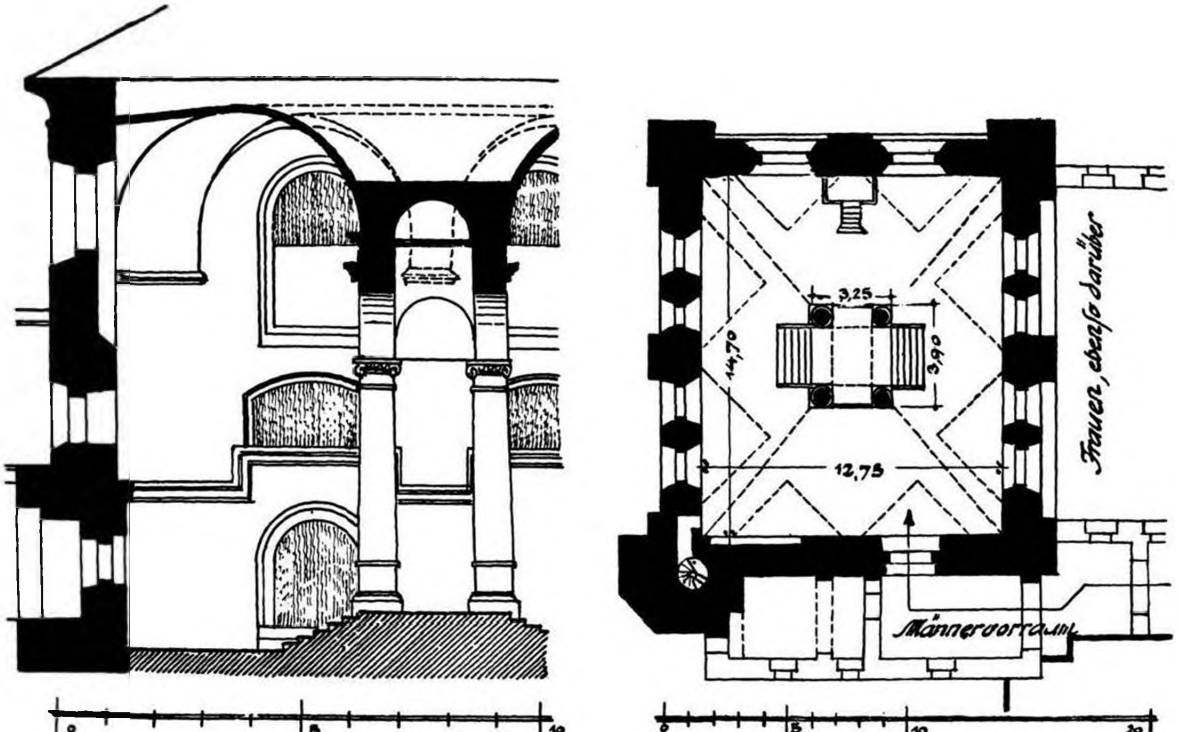
> „Zu Soborten bestanden sich jüdische Familien 67, worunter keine einzige, die vor dem Normaljahr 1618 bestanden wäre, und auch keine einzige, von diesen erst nach dem Normaljahr 1618 angekommenen einen kayserlichen Consens hatte."

Aus dieser Tatsache könnte man schließen, daß eine Einwanderung aus dem Osten wie stets nach 1648 erfolgte und daß, da keine einzige Familie den „Consens" besaß, hier, wie zumeist, eine ungesetzliche und nur stillschweigend geduldete Niederlassung erfolgte. Auch die blutigen Krawalle, von denen aus dem Jahre 1677 berichtet wird und die eine vorübergehende Vertreibung dieser Siedler zur Folge hatte, lassen auf die Gegensätze zwischen West und Ost schließen, wie dies 300 Jahre früher auch aus Krakau nachgewiesen wird, wo die böhmischen Einwanderer in Gegensatz zu den eingesessenen Ostjuden geraten waren.

Aus einem Bericht an das Kreisamt vom „22. Hornung 1733" erfahren wir von „73 Paar Juden in Soborten", gegenüber nur 66 Paar in Teplitz. Die Grabsteine berichten von Rabbinern, die 1712, bzw. 1731 hier begraben wurden, sowie von einem Vorsteher, der *Chewrah*, der 1750 starb. Da ferner vom Bau eines Turmes[11] (besser Dachreiters) berichtet wird, der 1750 der Synagoge angefügt wurde, dürfte diese zu Beginn des 18. Jahrhunderts errichtet worden sein. Hierfür spricht auch das älteste *Parochet* vom Jahre 1730. Da nun die Rückwanderung der Ostjuden in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eingesetzt hatte, ist die Möglichkeit gegeben, auch hier auf einen östlichen Einfluß beim Bau des Gotteshauses zu denken.

Als Muster für den Bau wählte man den bereits fortgeschrittenen Typ des Viersäulensystems, wie er uns in der „alten" Synagoge in Rzeszów[5]

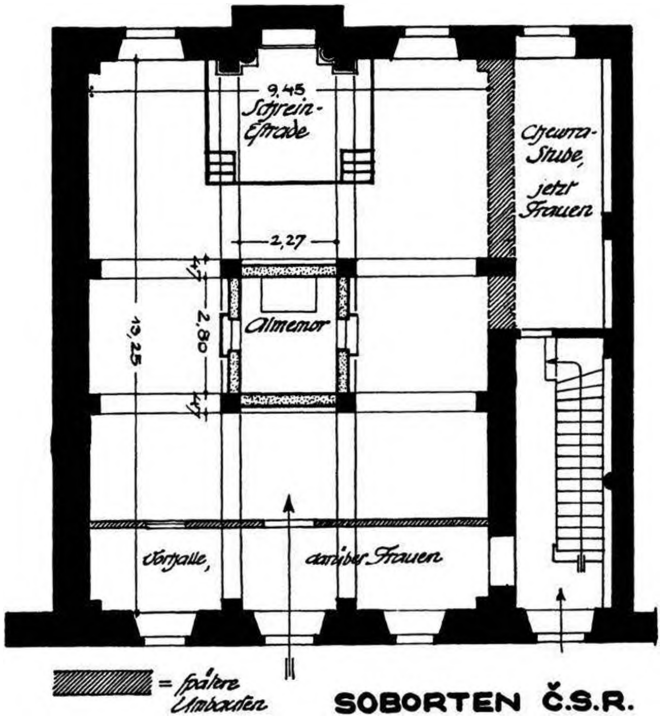
Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main



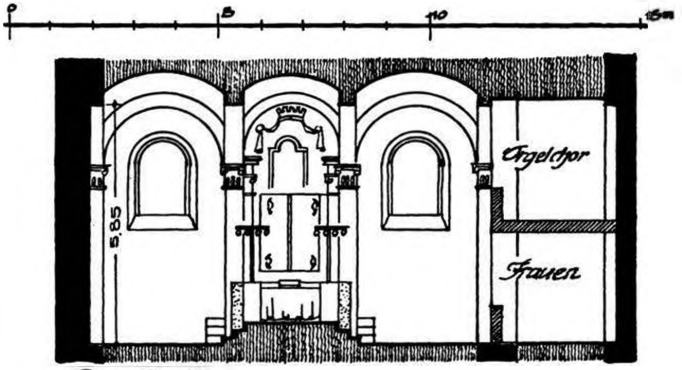
Rzeszów, „alte Synagoge“

direktes Vorbild zu Soborten.

DFG
UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main



SOBORTEN Č.S.R.



Querschnitt





Synagoge in Soborten

oben: Mittelstück der Fahne der jüdischen Nationalgarde. 1841
unten: Opferstock mit der Jahreszahl 5580 = 1820.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erhalten ist, in der das Mittelschiff geringere Breite hat als die seitlichen und bei der (im Gegensatz zu den Kreuzgewölben des älteren Lemberger Typs) bereits „böhmische" Kappengewölbe verwendet wurden. Der *Almemor* sitzt nicht mehr wie in Lemberg lose innerhalb der vier Säulen; diese sind vielmehr als dessen Eckpfeiler anzusehen. Man kann also die „alte Synagoge" in Rzeszów als direktes und mutmaßlich bewußt kopiertes Vorbild für Soborten ansehen.

Ursprünglich und zugleich mit dem Hauptraum errichtet, bestand an der Südseite ein Anbau, der der *Chewrah* vorbehalten war; hier wurden auch die Särge gezimmert. Wie überall, sind auch hier die Frauenemporen später eingerichtet worden: im Raum der *Chewrah*, sowie oberhalb des langgestreckten, später eingebauten westlichen Windfanges. Oberhalb des ersteren ist (vermutlich mit Einführung des liberal-reformierten Gottesdienstes) ein Raum für Orgel und Chor geschaffen worden.

Eine Seidenfahne, die auf der Vorderseite das Clary'sche Wappen aufweist, wurde von Edmund Fürst Clary-Aldringen 1841 für die Sobortner jüdische Nationalgarde gestiftet, die sich auf dessen Wunsch zum Schutz des grundherrlichen Besitzes gebildet hatte. Die gleichfalls bemalte Rückseite der Fahne zeigt die Steintafeln des Dekalogs, gekrönt von der Fürstenkrone und (eigenartigerweise) die jüdische Jahreszahl 5601 (1841) in römischen Buchstabenziffern. Die Gesetzestafeln schweben in einem Wolkengebilde mit der Inschrift: *Be-schem Elohenu nidgal* (Ps. 20, Vers 6) – „Im Namen unseres Gottes wollen wir das Panier erheben."

Ein Opferstock mit der hebräischen Jahreszahl 5580 (1820), sowie eine Bronzekrone mit der eigenartigen Inschrift: „Lubbusische Ambt Skirche, Anno 1654" ergänzen das Inventar des in seiner Bauart so landfremden Gotteshauses.

d) Nikolsburg.

Die große Bedeutung Nikolsburgs für die Geschichte der Juden liegt nicht nur in dem Umstande, daß im 16. Jahrhundert der Sitz des mährischen Landesrabbinats hierher verlegt worden war und sich hier durch 300 Jahre erhielt, sondern auch in den führenden Persönlichkeiten jüdischer Wissenschaft, die in der Gemeinde als Rabbiner wirkten. Der Hohe Rabbi Löw, R. Lipmann Heller, R. David Oppenheim und viele sonstige Größen jüdischer Gelehrsamkeit hatten in Nikolsburg ihre Wirkungsstätte. Die Entstehung der Gemeinde wird in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts verlegt.[12]

Über die Bauzeit der alten, noch bestehenden Synagoge geben uns zwei Inschriften Aufschluß. Willmann hat aus der Punktierung des hebräisch abgefaßten Verses: „Ich habe geheiligt dieses Haus, auf daß mein Name dort sei bis in Ewigkeit", die Jahreszahl 5310 (1550) herausgelesen und nimmt an, dies sei die Zeit der Renovation, da der Bau viel älter sein müsse. Und das ist glaubhaft, da urkundlich berichtet wird, die Synagoge sei 1450 unter dem Schloßberg errichtet worden. An dieses Gotteshaus wurde sodann 1689 ein für die Frauen bestimmter Zubau angefügt. Für die vorstehende Forschung dürfte aber die zweite, von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Willmann mitgeteilte Inschrift von größerer Bedeutung sein; sie lautet: „Ein Feuer entstand am 28. *Ab* 5479 (1719), und man hat wieder erbaut und vollendet am Rüsttage zum Monat *Tammus* 5483 (1723)". Willmann vertritt die Ansicht, daß dies demnach der Zeitpunkt sei, in dem die Synagoge „den barocken Einschlag" erhalten habe. Diese an sich richtige Behauptung bedarf indessen meines Erachtens einer Ergänzung, die nachstehend begründet werden soll:

Der Bau des Gotteshauses fällt in die Zeit von 1719 bis 1723, also in eine Epoche, die auffallenderweise durch das rapide Anwachsen der Gemeinde charakterisiert ist; dies gilt besonders für die Jahrzehnte nach dem Dreißigjährigen Krieg. Wenn von 1657 mit 146 Familien die Gemeinde 1789 auf 600 Familien anwächst, so müßte man auf eine Zuwanderung schließen können, umsomehr, als diese in die historisch festliegende Zeit der Wanderbewegung fällt. Als nun 1719 das Ghetto und mit ihm die Synagoge abbrannte, dürften die Zugewanderten bewirkt haben, daß letztere nach dem Muster ihrer bisherigen Heimat wieder erbaut werde. Diese Annahme findet auch darin einen Beweis, daß die näherliegenden Synagogen im Bereich der heutigen Republik im Gegensatz zu den polnischen für eine so große Gemeinde kein Vorbild liefern konnten. Außerdem spricht der hebräische Text von: „wieder erbaut" und nicht von „wieder hergestellt". Offenbar bediente man sich beim Bau nur der vom Brande verschont gebliebenen Umfassungswände und gestaltete das Innere nunmehr nach dem Muster der „letzten Mode", also der vorerwähnten Spätzeit des Viersäulentypus. Denn wollte man annehmen, daß das beim Bau angewandte System der oben zu einem Mittelpfeiler vereinigten vier Säulen schon vor 1719 hier bestanden hätte, so ergäbe sich ein unerklärlicher Anachronismus, da dieses System im Ursprungslande Polen erst im 17. Jahrhundert entsteht, als Ausklang einer geradlinig verlaufenden Entwicklungsgeschichte.

Auch der Name „Altneuschul" läßt — dem Prager Wortgebrauch angepaßt — darauf schließen, daß hier ein Neubau vorliegt, der nur Teile des Altbaues verwendet hat, in seiner architektonischen Gestaltung aber durchaus neue Wege einschlug.

So erscheint auch die Nikolsburger Synagoge als ein steinernes Dokument für die große historische Wanderbewegung Ost/West.

Daß diese Synagogenneubauten nach polnischen Vorbildern, aber direkt als Folge ostjüdischer Zuwanderung angesehen werden müssen, dafür spricht auch die nachstehende negative Beweisführung.

In Nordwestböhmen entsteht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts plötzlich, und fast gleichzeitig eine größere Zahl neuer Judengemeinden, die auch alsbald zum Bau ihrer Synagogen schreiten. Auch hier scheint eine Wanderung vorangegangen zu sein. Aber der Charakter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main



Inneres der Alt-Neusynagoge in Nikolsburg

(veröffentlicht in „Menorah“ 1926).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dieser Gotteshäuser schließt jede polnische Beeinflussung aus. Offenbar handelt es sich um Prager Juden, die in Theresianischer Zeit vertrieben wurden. Die adeligen Grundherren Nordwestböhmens begünstigten diese Niederlassungen vermutlich aus den gleichen Gründen, die dreihundert Jahre vorher für den König und den Adel Polens maßgebend waren, als die Juden der deutschen Lande nach dem Osten zogen. – Das erste Gotteshaus dieser Epoche entsteht 1756 in Kuttenplan unter gönnerhafter Förderung des Grundherrn, Siegismund Grafen von Haimhausen, und seines Nachfolgers, des Grafen Cajetan von Berchem. Auch die kleine Synagoge in Dürrmaul verdankt ihre Entstehung diesen Gönnern. Im Hauch Josephinischer Zeit, und schon vorher, entstehen weitere Synagogen in diesem Bezirk: Königswart (1764), Neuzedlisch (1786) usw. Aus dieser Periode stammen endlich die in kleinen Dörfern des Tachauer Bezirks errichteten jüdischen Gotteshäuser, rührend anmutende Kopien vorgenannter Beispiele (Purschau, Schönwald usw.).

Aber alle diese Synagogen haben mit denjenigen polnischer Provenienz nicht das geringste gemein. Sie sind durchweg nach dem vom Verfasser[5] erforschten und mit „Klostergewölbe-Typus" bezeichneten System erbaut, das den Raum mit einem kuppelartigen Gewölbe überspannt, unter dessen Scheitel, genau zentral, der Almemor errichtet ist, dessen Bedeutung als Mittelpunkt der gottesdienstlichen Handlung hierdurch besonders betont erscheint. Die Baumeister sind zumeist die gleichen, die auch die Kirchenbauten der Grundherrschaft errichteten. Aus den noch erhaltenen Baurechnungen von Neuzedlisch entnehmen wir den Namen Gallus (Galli?) als „*bal hamelocho*" (Baumeister).[13]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] *Grotte*, Die Beeinflussung jüd. östl. Sakralkunst durch Prager Vorbilder, S. 457 ff.

[2] *Grotte*, Ostjüd. Sakralkunst und ihre Rückstrahlung auf deutsches Gebiet (Monatsh. f. Kunstwiss. Nr. 5/1918).

[3] Während die Synagoge von Bechhoven noch heute benutzt wird, sind jene von Horb und Kirchheim abgebrochen; letztere wurde im Luitpold-Museum zu Würzburg, erstere im Bamberger Museum untergebracht.

[4] *Breier-Eisler-Grunewald*, Holzsynagogen in Polen, 1934, „Abdruck aus Menorah" 1932, Wien.

[5] Genaue Aufnahmen in *Grotte*, Synagogentypen vom 11. bis 19. Jahrh., Berlin 1915.

[6] Das stimmungsvolle Innere wurde von dem Wiener Maler Isidor *Kauffmann* im Bilde wiedergegeben.

[7] Brody, nicht wie im Schrifttum auch angegeben, Brod, da eine Abstammung aus einem böhmischen Ort ganz abwegig erscheint.

[8] *Grotte*, Kirchliche Verteidigungsbauten („Denkmalpflege", preuß. Minist.-Zeitschr. 1921/7, 8). Hier sei auch auf die Synagoge in Łuck verwiesen, deren turmartiger Aufbau als eine Art „Belfried" anzusehen ist.

[9] Diese, sowie mehrere der sonstigen Angaben verdankt der Verfasser Herrn Rabbiner *Hillel Herzl*, Soborten.

[10] In Dresden bestand bis 1751 das Verbot jüdischer Beerdigungen.

[11] Der Turm soll der Tradition nach dadurch nötig geworden sein, daß *Maria Theresia* angeblich bestimmt hatte, das erste Gotteshaus, das sie auf der Jagd in dieser Gegend fände und das keine Uhr besaß, mit einer solchen zu beschenken. So unwahrscheinlich diese Legende auch erscheint, vom technischen Standpunkt aus betrachtet ist der unorganisch dem Bauwerk angefügte Dachreiter zweifellos erst nachträglich errichtet worden.

[12] Rabb. *Dr. Alfred Willmann* in „Menorah" 1926, S. 703. Mit Genehmigung des Verlegers dieser Zeitschrift ist die Abbildung des Synagogeninnern hier abgedruckt.

[13] *Grotte*, siehe bei 5, sowie den Aufsatz „Vergessene Sakralbauten in Westböhmen", Techn. Blätter, Prag, 50. Jahrg. 1918, Heft 1/2.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ein Maimonides-Streit in Prag im sechzehnten Jahrhundert.[1]

Von Dr. B. Suler.

—

Während Maimonides, der Verfasser der „Zweiten Lehre", der Kodifikator des Gesetzes, einstimmige Anerkennung als eine der größten nachtalmudischen Autoritäten im Judentum gefunden hat, ist der Philosoph Maimonides, namentlich der Autor des „More Nebuchim", das sich an die arabisch-aristotelische Philosophie anlehnt, heftig umstritten worden. Große Kreise der einseitig auf das Talmudstudium eingestellten Orthodoxie widersetzten sich überhaupt jedem Studium der Philosophie, insbesondere der des „Heiden Aristoteles" und fanden zudem im „More" vieles, was nach ihrer Meinung im Gegensatz zur Tradition und zum schlichten Sinne von Tora und Talmud stünde. Wenn auch bei Lebzeiten des großen Meisters niemand es wagte, gegen ihn aufzutreten, so begannen doch kurz nach seinem Tode[2] leidenschaftliche Kämpfe im Judentum um seine philosophischen Schriften, die das Judentum fast der ganzen Diaspora aufwühlten und in zwei Lager, in Maimonisten und Antimaimonisten, teilten. Diese Kämpfe, die zuweilen sehr häßliche Formen annahmen, dauerten ein Jahrhundert. Schließlich obsiegte doch die Autorität Maimonides und der Glaube an seine aufrichtige, strenge Frömmigkeit, die Orthodoxie söhnte sich mit der Philosophie des Mannes, der die talmudische Wissenschaft so außerordentlich befruchtet und die Gesetzeslehre systematisiert hat, aus, so daß wir in den folgenden Jahrhunderten sogar Rabbiner finden, die sich eingehend mit den philosophischen Schriften Maimonides beschäftigen, und zwar nicht nur in Spanien und Italien, wo von jeher die Wissenschaften auch in rabbinischen Kreisen gepflegt wurden, sondern auch in Frankreich, Deutschland und Polen. Mit dem 17. Jahrhundert tritt allerdings wieder eine starke Reaktion in dieser Hinsicht ein, eine vollständige Abkehr von der Philosophie Maimonides wie überhaupt eine Verpönung jeder profanen Wissenschaft, was bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, dem Beginn der sogenannten „Aufklärungsepoche" andauerte.

Aus der bezeichneten lichteren Periode des herrschenden Friedens und Ruhe um den Philosophen Maimonides ragen in Böhmen – ja, vielleicht im ganzen damaligen Deutschen Reiche – besonders zwei Rabbiner hervor, die in der zweiten Hälfte des 14. und der ersten Hälfte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des 15. Jahrhunderts lebten und deren Kenntnisse der Philosophie, namentlich der jüdischen so tiefgehend waren, daß sie diese in Schriften niederlegten. Diese beiden Rabbiner lebten und wirkten in *Prag*. Es sind das die Rabbiner: *Menachem ben Jakob Kara(?)*, ein jüngerer Stiefbruder oder Vetter des bekannten Prager Kabbalisten und synagogalen Dichters Abigedor ben Isaak Kara, und *Lipmann ben Salomo Mühlhausen* (wahrscheinlich aus Mühlhausen bei Erfurt stammend), der berühmte Verfasser der polemischen Schrift „Nizzachon" gegen das Christentum.[3] Sie bekleideten beide zur selben Zeit – und zusammen mit Abigedor Kara – Stellungen als Dajanim (Oberjuristen) in Prag. Menachem b. Jakob schrieb: 1. einen Kommentar zu den „Kawwanot Hapilisufim" (כוונות הפלוסופים), einer hebräischen Version des Werkes „Meinungen der Philosophen" des arabischen Philosophen Algazzali.[4] 2. Kommentare zu Teilen des „More Nebuchim" in drei Abschnitten, wovon der dritte Abschnitt u. a. einen Kommentar zu den 25 Prämissen des Maimonides, die am Anfang des zweiten Teiles des „More" sich befinden, enthält. 3. Einen Kommentar zu den „Marot Elohim" (מראות אלהים) des Chanoch Alconstantini über die Visionen der Propheten Jesaja, Ezekiel und Zecharja.[5] Diese Schriften befinden sich handschriftlich in der Bodleiana in Oxford.[6] Lipmann Mühlhausen zeigt sich als guter Kenner der jüdischen Philosophie bereits in seinem „Nizzachon", wo er verschiedene jüdische Philosophen des Mittelalters, insbesondere Maimonides zitiert, noch mehr aber beweist er seine Vertrautheit mit dieser Wissenschaft in seiner kabbalistisch-philosophischen Schrift „Sefer ha-Eschkol".[7] [8]

Diese beiden Männer haben den Geist der Aufklärung und der Verehrung auch des Philosophen Maimonides in die Reihen der Talmudgelehrten Prags getragen und so eine Tradition geschaffen, die noch im 16. Jahrhundert lebendig war. Denn nach Jahrhunderten des Friedens, der zwischen den Parteien im Judentum in bezug auf die Philosophie Maimonides bestand, war es um die Mitte des 16. Jahrhunderts (genauer vor 1557) gerade in Prag, als zwei Talmudgelehrte, ein Maimonist und ein Antimaimonist, wieder die Waffen kreuzten, und zwar in einer förmlichen Gerichtsverhandlung vor der gesamten Jeschiba (Talmudhochschule). Da zeigte es sich, daß die Saat, die die genannten beiden Männer gesät hatten, gut aufgegangen war, so daß sämtliche „Jeschiba-Leute" die Partei Maimonides ergriffen und den Gegner zum Schweigen gebracht haben.

Der beklagte Angreifer war ein Talmudgelehrter und Kabbalist, ein Mann äußerster Frömmigkeit namens *R. Josef*, Schwiegersohn des Oberrabbiners *R. Ahron*, von welch letzterem David Gans[9] berichtet, daß er eine große talmudische Kapazität war und 1557 von Prag nach Posen ging, wo er das Oberrabbinat über die ganze Provinz Posen über-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

nahm. Der Verteidiger Maimonides war ein Posener Gelehrter, der später eine Flugschrift gegen R. Ahron und seinen Schwiegersohn, der mit ihm nach Posen übersiedelt war, verfaßte.[10]

Anlaß zu dieser Flugschrift gab eine Predigt, die der Obberrabbiner R. Ahron am großen Sabbat vor dem Pessachfest des jüd. Weltjahres 5319 (1559) in der Posener Hauptsynagoge hielt, die in den fortgeschrittenen Kreisen des Ghetto große Erregung hervorrief. In dieser Predigt ist der Oberrabbiner gegen jede Beschäftigung mit profanen Wissenschaften aufgetreten. Kein Jude, deklarierte er, dürfe was lernen außer dem Talmud, alle anderen Bücher seien ketzerische Werke und den heidnischen gleichzusetzen. Sogar mit dem Studium der Bibel dürfe man sich nicht allzuviel abgeben. Die Spitze war gegen die philosophischen Schriften Maimonides gekehrt. Als Beweis für die Verwerflichkeit des „More Nebuchim" führte er an, daß nach der ersten Drucklegung des „More" in Venedig (1551) der Talmud bald darauf (1553) im größten Teile Italiens den Flammen übergeben wurde, was nicht anders als die Strafe Gottes für die Veröffentlichung des ketzerischen Werkes Maimonides im Druck gewesen sei. Die frommen Lehrer Österreichs hätten ihre Verachtung gegen derartige Schriften ostentativ bekundet, indem sie dieselben als Fußteppiche oder als Sitzkissen benutzt hätten, auch hätten sie diese zum Teil öffentlich verbrannt. Der gelehrte Maimonist, von dem wir bloß wissen, daß er *Israel* geheißen und einen Kommentar zur Einleitung geschrieben hat, die Samuel Ibn Tibbon seiner hebräischen Übersetzung der „Acht Kapitel" (שמונה פרקים) des Maimonides (dessen Ethik enthaltend) vorausschickt, sah sich durch diese Predigt veranlaßt, einen scharfen Kampf gegen den Oberrabbiner und einen noch schärferen gegen seinen Schwiegersohn zu eröffnen, den er für den intellektuellen Urheber der ganzen Kampagne gegen Maimonides und die Wissenschaft hielt. In seiner Streitschrift zeigt sich uns der Verfasser als ein Mann von außerordentlichem Scharfsinn, tiefem philosophischen Verständnis und großer Belesenheit in der jüdischen Philosophie, zugleich als gründlichen Kenner der Bibel und des rabbinischen Schrifttums, als gewandter Stilist und vorzüglicher Hebraist. Störend wirkt nur die allzugroße Leidenschaftlichkeit des Tones, die zügellosen Schmähungen, in denen er sich gegen seine Gegner ergeht,[11] eine Sprache, die eines Gelehrten unwürdig ist, und nur durch seinen großen Eifer für den von ihm vergötterten Maimonides teilweise zu entschuldigen ist. Von der Flugschrift selbst sagt Bloch, sie sei „ein enthusiastischer Hymnus auf Maimonides und müsse für eine der besten und verständigsten Apologien des ‚More' erklärt werden."

Aus dieser Flugschrift erfahren wir vom Maimonides-Streite des Autors mit dem Schwiegersohn des Oberrabbiners in Prag, der in der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Jeschiba ausgetragen wurde. Da heißt es in einer Replik an R. Josef: „...*bereits hatte ich dich in Prag eindringlich verwarnt, daß du dieses Treiben einstellen sollst und* (als das nicht fruchtete) *habe ich dich vor das Gericht vorgefordert* (hier fehlen Worte)... *vor sämtliche ‚Jeschiba-Leute', und diese*[12] *haben dir mit aller Strenge befohlen, das* (die Agitation gegen Maimonides) *zu unterlassen, und du hattest dich auch dem Urteil gefügt, hast aber dein Versprechen nicht gehalten, sondern dem zuwidergehandelt. Und sobald du hierher nach Posen gekommen warst, hast du deine Schmähungen und Lästerungen mit noch größerem Eifer fortgesetzt, hast die Engel Gottes beleidigt und über seine Weisen ungereimtes Zeug verbreitet... über Maimonides, Nachmunides...*" Hier zählt der Verfasser fünfzehn jüdische Philosophen auf, darunter auch solche konservative wie Saadja und Isaak Abrabanel, die ebenfalls von Josef angegriffen wurden. Ob der Posener Gelehrte zur Zeit dieses Streites in Prag wohnte oder wegen dieser Sache eigens aus Posen nach Prag gekommen ist, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, was der beklagte Angreifer und was der Verteidiger Maimonides zur Begründung ihres Standpunktes vor dem Jeschiba-Gericht vorgebracht haben. Da aber die Angriffe R. Josefs sich mit denjenigen decken dürften, die er später in Posen zu machen pflegte, ebenfalls die Erwiderungen des Verteidigers in seiner Streitschrift wenigstens dem Sinne nach mit den vor dem Jeschiba-Gericht in Prag vorgetragenen Repliken höchstwahrscheinlich übereinstimmen, so können wir einen Begriff von dem Sachverhalt des Streites in Prag bekommen, wenn wir das Hauptsächlichste davon nehmen, was in der Schrift als Erwiderung auf die Angriffe R. Josefs niedergelegt ist.

Um seinen Gegner vernichtend zu schlagen, behauptet der Autor der Flugschrift zunächst, daß es überhaupt eine große Vermessenheit von ihm sei, an Maimonides Kritik zu üben, da er seine philosophischen Schriften gar nicht verstehe. Um das zu demonstrieren, stellt er an ihn Fragen bezüglich einiger „leichter" Stellen im „More" und sagt, daß der „Kritiker" so wenig Verständnis besitze, daß er nicht mal diese Stellen erklären könne, geschweige denn die „tiefen Weisheiten", die im „More" verborgen seien. Die sachliche Erwiderung bezieht sich hauptsächlich auf eine allgemeine Beschuldigung und zwei spezielle Einwände gegen Maimonides, die vom Angreifer vorgebracht wurden.

1. Die allgemeine Beschuldigung geht dahin, daß es „kein einziges Kapitel im ‚More Nebuchim' gebe, das frei wäre von ketzerischen Gedanken". Darauf repliziert der Autor, daß viele Kapitel in diesem Buche Beweise für die Existenz Gottes und seine Einzigkeit anführen, sowie dafür, daß Er frei von jeder Materie und Körperlichkeit ist, andere Kapitel erläutern die Zeitlichkeit der Welt, wofür ebenfalls feste Beweise erbracht werden, wiederum andere Kapitel erklären die Wahrheit der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Prophetie und ihre Grade, sowie den Grad der Prophetie des Gesetzgebers Mose und seine Sonderstellung über allen Propheten, ferner sind es noch viele ähnliche erhabene Glaubenssachen, die dieser „göttliche fromme Mann" erörtert. „Wenn du, Dummkopf, also behauptest, daß es kein Kapitel in diesem Buche gebe, das nicht ketzerisch wäre, so zeigst du damit, daß du selbst nicht den rechten Glauben hast."

2. Die hauptsächlichen speziellen Einwände des Angreifers betreffen: a) Die Auslegung einiger Wunder der Bibel durch Maimonides, die er als subjektive Escheinungen erklärt. So sagt er z. B. von den drei Engeln, die den Erzvater Abraham in Mamre aufgesucht haben,[13] um ihm die Geburt Isaaks zu verkünden, sie hätten nicht leibhaftig existiert, sondern seien nur eine prophetische Vision Abrahams gewesen, ebenso sei die sprechende Eselin Bileams[14] nur ein Vorstellungsbild des heidnischen Propheten gewesen, u. dgl. b) Die Freiheit, die sich Maimonides nimmt, um manche Erzählungen des Talmud ihres schlichten Sinnes zu berauben und diese in allegorischer Weise zu deuten. Dazu meint der Verteidiger Maimonides: diese Erklärungen seien durchaus keine Ketzerei, da es viele Ausdrücke in der Bibel gibt, die nur bildlich genommen werden können, insbesondere manche auf Gott bezüglichen Bezeichnungen, die die Körperlichkeit Gottes bezeugen würden, wenn sie nach ihrem einfachen Sinne genommen würden (z. B. der Arm Gottes, der Mund und die Nüstern Gottes etc.). Dabei macht der Verfasser allerdings den Vorbehalt, daß solche Auslegungen von Bibelstellen, wie die oben angeführten, nur solchen Männern zu machen erlaubt ist, die sich wie Maimonides durch vollkommene Weisheit, ungewöhnlichen Tiefsinn und wahre Gottesfurcht auszeichnen; ein anderer darf es nicht tun und den von Maimonides bezeichneten Stellen keine weiteren hinzufügen, die nicht nach ihrem einfachen Sinne gedeutet werden sollen. Was die Erzählungen im Talmud betrifft, so sind ebenfalls manche von ihnen da, die unmöglich wörtlich genommen werden können. Es wäre geradezu Gottesleugnung, wenn man das täte. Denn wenn es an einer Stelle im Talmud heißt, daß Gott Tephillin (Gebetriemen) anlege[15], kann das etwa nach dem einfachen Sinne des Gesagten genommen werden? Das würde ja zur Anthropomorphisierung Gottes führen, da alles, was mit einem Körper in Berührung kommt, selber Körper sein muß.

Besonders heftig wendet sich unser Autor gegen die von R. Josef aus irgendeiner Quelle geschöpfte und verbreitete Behauptung, daß Maimonides in seinen letzten Jahren tiefe Reue darüber empfunden habe, daß er „diese Werke" (d. h. die philosophischen) verfaßt hat. Das sei möglich, ironisiert darüber der Autor, aber nicht aus dem Grunde, daß er, wie der Gegner behauptet, zu der Überzeugung gekommen sei, daß diese Werke ketzerische Ideen enthielten, sondern weil es schon

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu seinen Tagen solche „kleine Füchse, die die Weingärten verderben" aufgetreten sind, die die Worte Maimonides außer acht ließen, in denen er die Leute beschwor, daß niemand seine Werke lesen soll, der nicht die nötige Vorbereitung und gewisse sittliche und Geistesqualitäten besitzt.

Der Maimonides-Streit in Prag gewinnt noch an Interesse durch die Person seines Urhebers, der später als R. Josef Aschkenasi zu großer Berühmtheit im Judentum gelangte.[16] R. Josef ging aus Posen – vielleicht nach dem Tode seines Schwiegervaters – nach Verona in Italien, wo er sich eine Zeitlang aufhielt und von wo er nach Palästina auswanderte. 1570 finden wir ihn dort in der heiligen Stadt Safet, die zu jener Zeit Sammelpunkt derjenigen Kabbalisten war, die sich um *Isaak Luria*, den Schöpfer der neueren, sogenannten „lurianischen" Kabbala scharten. Wegen seiner talmudischen Gelehrsamkeit und großer Frömmigkeit genoß R. Josef in Palästina einen großen Ruf, namentlich aber hat er sich einen Ruhm als einzigartiger Kenner und Textkritiker der Mischna erworben, die er zu seinem Hauptstudium machte und auf eigentümliche Weise in einer Kantilene vortrug, um so den Inhalt besser dem Gedächtnis einzuprägen. Das vollzog er nach einer alten Mischna-Handschrift, die wohl aus dem Jahre 702 stammte. Diese Handschrift, die er besaß, war mit Vokabeln und Akzenten, die die Kantilene bezeichneten, versehen. Nach ihr nahm er auch seine meisten Berichtigungen des Mischnatextes vor. Wegen seiner ständigen Beschäftigung mit der Mischna und seiner tiefgründigen Kenntnis derselben wurde ihm das Epithet „Tana" (Mischnalehrer) beigelegt. Volkstümlich machte ihn wohl am meisten sein Vortrag der Mischna im eigentümlichen Singsang. Kaufmann sagt: „Nichts ist so sehr im Andenken der Nachwelt von ihm haften geblieben, als daß er den Vortrag der Mischna zu akzentuieren, melodisch zu beleben so trefflich verstanden hat." In Safet pflegte er auch innige Beziehungen mit Isaak Luria, der vielleicht sein Verwandter war.[17] Nach dem Berichte des Schlimel aus Straßnitz (in Mähren), der 1602 aus Lundenburg nach Safet gelangte, war noch damals die Erinnerung daran lebendig, daß Isaak Luria unseren R. Josef jeden Freitagabend zu besuchen pflegte, um mit ihm gemeinsam den Text der Mischna zu wiederholen. Man darf wohl annehmen, daß sie dabei auch kabbalistische Studien getrieben haben, um so mehr, als zu jener Zeit auch die Mischna ein Objekt kabbalistischer Deutungen war. Der Kabbalist Simson Bak aus Safet nennt in seinem Berichte von 1582 unseren R. Josef den „göttlichen Tana" und schreibt von ihm, daß es seinesgleichen an Frömmigkeit in Israel nicht mehr gibt, daß er in den babylonischen und jerusalemischen Talmud tief eingedrungen ist und *alle sechs Ordnungen der Mischna wörtlich auswendig gewußt hat*. 1582 war er also nicht mehr am Leben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

In seiner Textkritik der Mischna ist R. Josef nach streng wissenschaftlicher Methode verfahren, indem er nicht nur sein altes Mischnamanuskript, sondern sämtliche von ihm erreichbaren Quellen benutzte und alle ihm verdächtig erscheinenden Bestandteile der Mischna entfernte oder berichtigte. Salomo Adeni, ein Schüler Chaim Vital Calabreses, veröffentlichte die wichtigsten Emendationen R. Josefs in seinem großen text-kritischen Mischna-Kommentar „Melechet Schelomo". Wie groß die Kompetenz R. Josefs auf diesem Gebiete war, zeigt die Tatsache, daß der berühmte Mischna-Kommentator, der gew. Prager Oberrabbiner Jom-Tow Lipmann Heller, genannt „der Tosfat-Jomtow", eine Erklärung von ihm in seinem Kommentar anführt (Pea I, 3). So hat dieser einseitige Talmudist und fanatische Kabbalist, ein erbitterter Maimonides-Gegner und abgesagter Feind jeder profanen Wissenschaft, durch seine Korrektur des Mischnatextes eine wissenschaftliche Tat ersten Ranges vollzogen, die ihn mit den Herstellern des traditionellen Bibeltextes, den Massoreten, sowie dem fleißigen Verbesserer alter Texte, dem Tossafisten R. Josef Tow-Elem (Bonfis; 11. Jahrhundert) in eine Reihe stellt. Wie populär sein Name wurde und wie hoch das Volk seine Gelehrsamkeit schätzte, zeigt ein Vers in einem jüdischen Volksliede, der so lautet:

> Ich mucht so wol lernen als Rabbi Josef Aschkenas,
> Oder möcht also reich sein als Meislen was.[18]

Nach Kaufmann ist hier unter „Rabbi Josef Aschkenas" unser R. Josef gemeint. Demnach werden in diesem Verse der große palästinensische Talmudgelehrte, der früher in Prag wohnte, und *Mordechai Meisel*, der Prager Rothschild des 16. Jahrhunderts, als Symbole der Gelehrsamkeit resp. des Reichtums gegenübergestellt. Wir werden also nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß dieses Volkslied eine Schöpfung der Prager Judengasse ist, und zwar von der Zeit nach 1601, dem Todesjahr Meisels. Die Erinnerung an den talmudgelehrten Schwiegersohn des Oberrabbiners R. Ahron hat sich noch lange im Prager Ghetto erhalten und die nach Prag eingedrungenen Nachrichten aus Palästina, namentlich aber die Briefe, die Schlimel aus Straßnitz über R. Josef nach Böhmen und Mähren sandte, dürfen seinen Ruhm noch erhöht haben, so daß das Volk von ihm die Vorstellung als von einem Fürsten der Tora bekam, wie Meisel in seinen Augen der Fürst der Geldmacht war.

Vergegenwärtigen wir uns, daß R. Josef Aschkenasi bereits während seiner Prager Jahre als Mann von großer Gelehrsamkeit und Frömmigkeit galt, ferner daß er der Schwiegersohn des Oberrabbiners war, der als solcher höchstwahrscheinlich an der Spitze der Jeschiba stand, so gewinnt das Urteil des Jeschiba-Gerichts, das die Agitation R. Josefs

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen Maimonides zum Schweigen brachte, noch höhere Bedeutung und zeigt uns in ganz besonderem Maße, wie zu jener Zeit die gesamte Jeschiba – mit Ausnahme des Oberrabbiners natürlich – fest und einmütig auch zum Philosophen Maimonides hielt und daß sie dabei auf keine Autorität Rücksicht nahm. Aus der Flugschrift des Posener Gelehrten geht ferner hervor, daß der Oberrabbiner R. Ahron in Prag gegen Maimonides nicht aufgetreten ist. Wahrscheinlich sah er, daß die Atmosphäre in Prag für einen solchen Vorstoß ungünstig war, und war klug genug, um seine von seinem Schwiegersohn geschürten Gefühle der Verachtung und Feindseligkeit gegen die „ketzerischen" philosophischen Schriften Maimonides zurückzudämmen, so daß er erst in Posen, wo die Verteidigungsfront um den Philosophen lockerer war, es wagte, seinen Ausfall gegen Maimonides zu machen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] In diesem Jubiläumsjahr Maimonides, in dem sein 800. Geburtstag vom gesamten Judentum der Welt gefeiert wurde, sei es besonders angebracht, über einen Streit um den Philosophen Maimonides zu berichten, der in Prag vor ca. 400 Jahren stattgefunden hat.

[2] Erfolgt 1204 in Fostat (Alt-Kairo).

[3] S. unseren Artikel über ihn in der „Encyclopaedia Judaica", Bd. X, Sp. 988ff.

[4] Eigentlich Anti-Philosophen. In der jüdischen Philosophie hat er besonders Jehuda Halevi stark beeinflußt.

[5] In diesem Kommentar erwähnt er seinen „älteren Bruder" R. Abigedor. Letzterer kann aber auch bloß ein Vetter von ihm gewesen sein, denn im Hebräischen wird auch ein Vetter häufig Bruder genannt.

[6] S. A. Neubauer, Hebr. Mss. in the Bodleian Library Nr. 1649, 1 u. 2. Vgl. Steinschneider, Die hebräischen Kommentare zum „Fuhrer" des Maimonides, in Festschrift zum 70. Geburtstag A. Berliners, Frankf. a. M. 1903, S. 356. (Auf diese Abhandlung hat mich Herr Dr. T. Jakobovits aufmerksam gemacht.) Nach Steinschneider führte Menachem nicht den Zunamen Kara. Auf fol. 23 d. Hs. erzählt Menachem, daß er achtzehn Wochen im „Turm" eingesperrt war und dort nur trocknes Brod aß, so daß er schier wahnsinnig wurde.

[7] Unvollständig abgedruckt bei J. Kaufmann in seiner hebr. Schrift „Rabbi Jom-Tow Lipmann Mühlhausen", New York 1927.

[8] Grätz (Bd. VIII, S. 71 d. 4. Aufl.) bezeichnet Lipmann Mühlhausen als den „ersten und vielleicht einzig gebildeten deutschen Juden im Mittelalter"; Güdemann schreibt über ihn (Geschichte d. Erziehungswesens u. d. Kultur d. abendländischen Juden etc., Bd. III, S. 224/5): „Der einzige deutsche Rabbiner, welcher damals der Bibel eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwendete, welcher Latein verstand und eine ziemliche Belesenheit in den Kirchenschriftstellern besaß, welcher auch in der jüdisch-philosophischen Literatur zu Hause war und gut hebräisch zu schreiben verstand, ist Lipmann Mühlhausen." Diese Charakteristiken sind dahin zu berichtigen, daß Lipmann in Menachem Kara(?) einen ebenbürtigen rabbinischen Zeitgenossen hatte, der vielleicht Latein nicht konnte und in der Kirchenliteratur gewiß nicht bewandert war, der aber ebenfalls die Bibel fleißig studierte und sogar Stellen derselben kommentierte (s. Neubauer a. a. O. 7), ein gutes Hebräisch schrieb und in der Kenntnis der jüdischen Philosophie den Lipmann noch übertraf. Letzterer war also nicht der einzige gebildete deutsche Rabbiner im Mittelalter, sondern er muß sich in diesem Ruhme mit Menachem b. Jakob teilen.

[9] Zemach David, I, zum Weltjahre 5317 (1557).

[10] Diese Flugschrift befindet sich in der Hss.-Sammlung des Oberrabbiners der portugiesischen Gemeinde in London, Dr. Gaster. Anfang und Ende fehlen. Sie wurde von Ph. Bloch i. d. Monatsschr. f. Gesch. u. Wissensch. d. Judentums, 1903, veröffentlicht.

[11] Von den despektierlichen Epitheta, mit denen er seine Gegner bedenkt, sind „Esel" (für den Oberrabbiner) „Ochse" und „Dummkopf" (für den Schwiegersohn) die mildesten.

[12] Gemeint ist wahrscheinlich ein von den „Jeschiba-Leuten" gewähltes Richterkollegium.

[13] Gen. Kap. 18.

[14] Num. 22, 28–30.

[15] Berachot 6a.

[16] S. David Kaufmann, R. Joseph Aschkenas, der Mischna-Kritiker von Safet, in der obengenannten Monatsschrift, 1898, S. 38–46. Vgl. a. „Aschkenasi, Josef" in „Enc. Judaica", III, Sp. 475 f.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[17] Denn Isaak Luria hat auch den Beinamen „Aschkenasi" getragen.

[18] In dem von Rosenberg in L. Geigers Zeitschrift f. Gesch. d. Juden in Deutschland (Bd. II, S. 272) veröffentlichten Text des Liedes endet es mit „was" (mhd. = war) und nicht mit „war", wie bei Kaufmann, wo es vielleicht ein Druckfehler ist. Wahrscheinlich ist es des Reimes wegen, daß Josef Aschkenas genannt wird und nicht eine andere, ihn noch übertreffende Talmudgröße wie der „hohe R. Löw", der ebenfalls ein Zeitgenosse Meisels war. Jedenfalls geht aus dem Liede hervor, daß unser R. Josef in der Erinnerung des Volkes als Talmudist von ganz besonderer Gelehrsamkeit fortlebte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Erlebnisse des R. Berl Jeiteles als Primator der Prager Judenschaft.

Von Dr. Tobias Jakobovits.

—

R. Isachar Beer (Berl, Bernat) Jeiteles (Jeitels, Geidels) gehörte einer vornehmen Prager Familie an. Sein Großvater *Moses* Sohn des Simon J. und dessen Gattin Eliška waren schon 1615 Hausbesitzer in der Prager Judenstadt.[1] Sein Vater *Löb*[2] war 30 Jahre lang Vorsteher der Beerdigungsbrüderschaft und der *Altschul*, weswegen sich die Familie auch Jeiteles-Altschul nannte. Von seinen vier Brüdern[3] ragte besonders *R. Simon*[4] hervor, der Oberjurist und Ältester der Prager Judengemeinde und Rabbiner in Raudnitz war. Seine Schwester Serl war die Gattin des R. Meir Sobotka, eines Nachkommens des Hohen Rabbi Löw. Auch die jüngere Generation dieser Familie zeichnete sich als Vorsteher, Gelehrte und Wohltäter aus, deren spätere Nachkommen wieder sind uns als Apotheker, Ärzte und Buchdrucker bekannt. *Dwerl*, seine Gattin, war die Tochter des Hirsch Katz, aus der berühmten Druckherrnfamilie der Gersoniden.[5] Er selbst wird als einer der bedeutendsten jüdischen Gelehrten bezeichnet und mit den großen Gelehrten des talmudischen Zeitalters verglichen. Durch sein hohes Wissen in der Berechnung der Mondphasen, in der Grammatik und in der Philosophie ragte er weit über die Männer seiner Zeit hervor. Ein handschriftliches Rechtsgutachten von ihm befindet sich noch heute in der Oxforder Bibliothek.[6]

Die Prager Judenschaft schätzte ihn nicht nur wegen seiner Gelehrsamkeit, sondern auch wegen seines ruhigen, friedliebenden und rechtschaffenen Wesens und wählte ihn 1645 zum Juristen, 1655 zu ihrem Ältesten. Damals waren in Prag unerquickliche Gemeindestreitigkeiten[7] zwischen zwei Parteien ausgebrochen: der Bunzlischen (Süßkind-Bunzel) und der Lichtenstätter (Abraham Lichtenstadt) oder der Marlischen (Elias Marle) Faktion, diese bezichtigte jene der Bestechlichkeit. Über ausdrücklichen Wunsch der böhmischen Kammer wurde gegen 1660 unser Berl Jeiteles, der eigentlich keiner Partei angehörte, zum Primator der Prager Judenschaft gewählt. Das Amt eines Primators oder jüdischen Bürgermeisters war zu seiner Zeit zwar sehr ehrenvoll, größer waren jedoch die Unannehmlichkeiten, die damit verbunden waren. Bei noch so gerechter Kontributionsaufteilung gab es immer Unzufriedene, die ihren Groll gegen den Primator ausließen, auch wurde er vielfach wegen seines Amtes, mit dem ein Einkommen[8] verbunden war, beneidet. Selbst die Behörden fügten dem Primator und den Ältesten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

öfter Leid zu. Bei jeder auch nur scheinbaren Unregelmäßigkeit, die sich im Kontributionswesen oder in der Judenstadt überhaupt ereignete, wurde der Vorstand zur Verantwortung gezogen und bis zur Aufklärung der Angelegenheit im Gefängnis[9] behalten. Auch Primator Berl Jeiteles mußte wiederholt solche Gefängnisstrafen für die Gemeinschaft erleiden, worüber auch weiter nicht zu berichten wäre. Anders ist es mit folgenden zwei Prozessen, die ihn schwer trafen und schließlich seine Lebenskraft lähmten.

I. Die Denunziation des Israel Markus Altschul.

Der ungeheure Kriminalprozeß gegen den Prager *Oberrabbiner Aron Simon Spira-Wedeles*,[10] der am 28. August 1664 seinen Anfang nahm, stellte auch an den Primator Berl Jeiteles große Anforderungen. Von der Unschuld des Rabbi überzeugt, war er und der größte Teil der Prager Juden bemüht, die Verleumdungen als solche zu entlarven und den Rabbi aus dem Kerker zu befreien. Er konnte zwar in den Lauf des Prozesses nicht direkt eingreifen, bald jedoch nahm er den Kampf gegen die Auswüchse aller Art in der Prager Judenschaft auf, wodurch er sich jedoch erbitterte Feindschaften zuzog. Der getaufte Jude Wenzel Winbersky,[11] der als Denunziant zur Verurteilung des Oberrabbiners alles daran setzte, merkte bald, daß er vorerst auch den klugen Primator unschädlich machen müßte. Nach der Haftentlassung des Rabbi am 24. Dezember 1664 entwarf der Denunziant einen Plan, der den Primator um seine Stellung bringen, den Oberrabbiner schwer schaden und einige hochgestellte Amtspersonen bloßstellen sollte. Zu diesem Zwecke verband er sich mit Israel Markus Altschul, einem Feinde des Primators Jeiteles.

Anfang Jänner 1665 erstattete nun Israel Markus Altschul bei der kaiserlichen Hofkammer in Wien folgende Anzeige: 1. Der gegenwärtige Primator Berl Jeiteles habe im Jahre 1663 nach vorhergehender Erlaubnis des Oberrabbiners mit 14 Privat-Juden ein schriftliches Abkommen getroffen, das sich noch in Händen des gewesenen Juden Wenzel Winbersky befinde, wonach er dem Kaiser 12.000 fl. und dem Präsidenten der böhmischen Kammer durch dessen Hausjuden Abraham Tabor eine bestimmte Summe versprochen hätte, um die Amtsstellen in der Judengemeinde in seine Hände zu bekommen. 2. Die Anleger hätten bei der Quotaerneuerung gegen ihr geleistetes Jurament ihren Verwandten, zum Schaden der armen Juden, bedeutende Summen nachgelassen. 3. Die gegenwärtigen Ältesten hätten in einer für zwei Juden gefällten Sentenz (Urteilsspruch) das Datum gefälscht, was bei dem Appellations-Tribunal erwiesen worden sein solle.

Zum Verständnis dieser Denunziation sei folgender Tatbestand hervorgehoben. Über Auftrag des Obersteuer-Amtes wurden am 9. Feber 1663

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Primator Berl Jeiteles und zwei Älteste: Elias Marle und Salomon Porges, am 18. März wieder fünf Gemeindeälteste: Isak Duschenes, Markus Cantor, Alexander Klaber, Isak Karpeles und Löbl Brandeis auf dem Hradschin ins Gefängnis gesetzt. Alle wurden wieder am 19. April 1663 freigelassen. Während der Abwesenheit des Primators trafen 14 Juden,[12] die hauptsächlich der Bunzlischen Faktion angehörten, ein schriftliches Übereinkommen mit folgenden Bestimmungen: Sie wollen der kais. Hofkammer in Wien für die Bestätigung der Privilegien durch Kaiser Leopold I., wie vor drei Jahren,[13] wieder 12.000 fl. anbieten. Der Kaiser solle den Statthaltern in Prag anbefehlen, die Judenältesten vor Verfolgungen und Bedrängnissen zu schützen und ihnen gegen diejenigen an die Hand gehen, die sie eines verbotenen Handels insimulieren (grundlos beschuldigen). Zur Neuwahl des Gemeindevorstandes solle keiner der Lichtenstätter oder Marlischen Faktion zugelassen werden. Sie sollten die Inspektion über die Gemeinde-Gefälle und die Schlüssel zu den Kassen haben, damit nichts veruntreut werde. Auch sollten die von ihnen vorgeschlagenen Kassiere bestellt werden.

Als Sollizitator in dieser Angelegenheit wurde damals Simon Wineberg, der nachmalige Wenzel Winbersky, bestimmt. Dieser erhielt am 27. Juni 1663 eine vom Königl. Notar beglaubigte Vollmacht, um in Wien „zum besten der armen jüdischen Gemeinde zu sollizitieren". Daß diese Intervention bei den Wiener Hofämtern von keinem Erfolge begleitet war, kann uns bei der Beschaffenheit *dieses* jüdischen Fürsprechers nicht weiter wundern.

Im März 1664 fand die Neuwahl des jüdischen Rates in Gegenwart des Präsidenten und von zwei Räten der böhm. Kammer statt. Abermals wurde Berl Jeiteles zum Primator, ebenso wurden zumeist die früheren Ältesten wiedergewählt. Der ehrgeizige Simon Wineberg erstrebte ein Amt, ging jedoch leer aus. Er fühlte sich zurückgestoßen, nahm daher die Taufe an und schwor seinen ehemaligen Glaubensgenossen Rache.

Bald darauf hatte sich der Primator in dem jüdischen Rentmeister Israel Markus Altschul einen neuen Feind verschafft. Bei der obligaten Kontrolle fand er vielfache Unstimmigkeiten in Altschuls Rechnungen, die er pflichtgemäß der böhm. Kammer anzeigte. Diese verurteilte Altschul zur Bezahlung eines großen Betrages und enthob ihn seines Amtes.

Berl Jeiteles war auf dem geheim abgeschlossenen Kontrakt der 14 Juden nicht unterschrieben, hatte auch den ehemaligen Wineberg nicht als Fürsprecher nach Wien geschickt, man hätte ihn daher der Beeinflussung und Bestechung der Behörden nicht bezichtigen können. Um aber ihm und dem Oberrabbiner eine führende Rolle in der ganzen Angelegenheit zuschreiben zu können, verfaßten Israel Markus Altschul und Wenzel Winbersky ein hebräisches Schriftstück und fälschten darauf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Unterschrift des Primators. Nach diesem Dokumente habe sich Jeiteles mit Consens des Oberrabbiners gegenüber von Leuten, deren Namen auf einem bei Abraham Neustadtl sich befindlichen Zettel aufgeschrieben sei, verpflichtet, die Ratswahl in Händen zu bekommen und zu diesem Zwecke dem Kaiser 12.000 fl. anzubieten. Er sei zwar auf dem Kontrakte der 14 Übrigen aus bestimmten Gründen nicht unterschrieben, doch habe er auf die erwähnten 12.000 fl. bereits von anderen Privatpersonen Pfänder im Werte von 3000 fl. in Händen. Sollte aber der Abgesandte in Wien nichts ausrichten, so verbleiben die Pfänder bei ihm bis zur Bezahlung der Summe, die Abraham Tabor dem Präsidenten der böhm. Kammer für die mit ihm abgeschlossenen „Artikeln" versprochen habe. Diese lauten: 1. Läßt ihm der Präsident die Ämter nach Belieben verteilen. 2. Dürfen seine Anhänger die Kassiere ernennen. 3. Dürfen sie auch ihren Verwandten die Steuer vorschreiben. 4. Dürfen sie entgegen der kais. Resolution (vom Jahre 1635), daß keiner länger als drei Jahre im Amte bleibe, auch weiterhin die Ämter innehaben. Auch verpflichte sich der Primator, dem Abraham Tabor für seine Dienste nebst eines Amtes noch eine Summe zu geben. Diese Verpflichtung erhalte durch seine Unterschrift volle Gültigkeit. Als Datum dieses Reverses ist der 11. Nissan 423 angegeben.

Eine Übersetzung dieses Reverses hat Altschul seiner Anzeige beigelegt. Die kais. Hofkammer übersandte die vorgebrachten Anklagen an die böhm. Kammer, um die Untersuchung einzuleiten. Diese beauftragte am 15. Jänner 1665 den Altstädter Richter, Wenzel Winbersky über den Sachverhalt zu vernehmen und von ihm den in seinen Händen befindlichen Revers des Jeiteles abzuverlangen. Mit der Voruntersuchung verging mehr als ein Jahr, bis über Ansuchen Altschuls der Kaiser laut Dekret vom 7. April 1666 die Statthalter beauftragte, allen Angaben des Denunzianten nachzugehen und den Prozeß zu beschleunigen. Die von der böhm. Kammer für diese Angelegenheit eingesetzte Kommission beschloß, am 2. Juni 1666 alle beteiligten Personen zu vernehmen und setzte gleich die an die einzelnen Personen zu stellenden Fragen fest.

Das Kommissionsprotokoll über die Zeugenaussagen besagt: Alle vierzehn, im Kontrakt unterschriebenen Personen stimmen darin überein, daß sie diesen, bei Abwesenheit des Primators, zum Wohle des Kaisers abgeschlossen hätten. Von Pfändern und dem hebräischen Revers des Primators sei keinem was bekannt. Nach den Aussagen des Schullem Bondi wären einige Judenältesten damals gegen den Judenprimas gewesen, weil er mit der Lichtenstätter Faktion gehalten habe. Abraham Neustadtl behaupte, keinen Zettel bei sich gehabt zu haben, noch von Pfändern was zu wissen; die ganze Prager Judenschaft könnte kaum Pfänder von so hohem Werte hergeben. Abraham Tabor erkläre,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß die Quota gerecht verteilt worden sei, sobald ein Verwandter eines Anlegers an die Reihe kam, mußte dieser abtreten.

Wenzel Winbersky sagte aus, er hätte den Revers des Jeiteles von Joachim Zallels im Beisein des Süßkind Bunzel und des Samuel Neustadtl erhalten. Er wollte nicht eher nach Wien reisen, bis er nicht nebst dem Kontrakte der 14 Juden auch den Revers des Jeiteles erhalten hätte. *Süßkind Bunzel* erklärte, gesehen zu haben, wie Joachim Zallels dem Winbersky Schriften gegeben habe, doch hätte er diese nicht gelesen und weiß auch nicht, in welcher Sprache sie abgefaßt gewesen seien. Jeiteles habe er nicht dabei gesehen. *Joachim Koises*, deutscher Judenschreiber, erklärte, den Revers vor anderthalb Jahren in der Kammer des *Bunzel* übersetzt zu haben, doch lag ihm nur eine Abschrift desselben ohne Datum und Unterschrift vor. Keiner der vorgeladenen geschworenen Schreiber und Schulklopfer der Prager Judenschaft konnte den Schreiber des Reverses identifizieren, die darauf befindliche Unterschrift sehe der des Jeiteles sehr ähnlich, doch wollte sie keiner von ihnen für echt erklären.

Bei der Einvernahme des angeklagten Primators wurde diesem die Anklageschrift verlesen und die Dokumente gezeigt. Seine Gegenäußerung legte er in einer schriftlichen Eingabe vom 13. Juli 1666 an die Kommission dar. Aus diesem Schriftstück ist zu ersehen, wie leicht es ihm war, die Lügenhaftigkeit aller Angaben nachzuweisen. Mit dem Kontrakte der 14 Personen, heißt es darin, konnte er gar nicht übereinstimmen, da er von der Lichtenstätter Faktion zum Ältesten und Primas gewählt worden sei, somit gegen seine eigenen Interessen gehandelt hätte. Es gehöre auch nicht zu den Rechtsbefugnissen des Oberrabbiners für solche Angelegenheiten einen Konsens zu erteilen und diesbezüglich von ihnen ein Juramont abzunehmen. Es müsse doch jeder für unglaublich finden, daß man ihm Pfänder von solch hohem Werte ohne jede Bestätigung und Beschreibung der Pfänder ein Jahr vor der eigentlichen Ratswahl übergeben hätte. Ebenso merkwürdig sei es, daß Winbersky diesen Revers so lange bei sich behalten habe, ohne hievon die Anzeige zu erstatten. Die Erklärung hiefür sei: Winbersky habe den Revers nicht früher gehabt, weil er erst im Jänner 1665 gefälscht worden sei. Hierzu führt Jeiteles folgende Beweise an: Der 11. Nissan 423 entspricht den 18. April 1663, an diesem Tage könne er aber den Revers nicht unterschrieben haben, da er erst am 19. April abends aus der Haft entlassen worden sei, was er durch eine Bestätigung des Adjunkten Břehovec belege. Auch stimme die Unterschrift nicht, da sie nur seinen eigenen Namen, ohne Hinzufügung seines Vaters Namen, aufweise, wie es bei einer solchen Obligation nötig gewesen wäre. In den Schriftstücken, die Altschul von ihm besitze und dem Fälscher zur Vorlage dienten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

befinde sich eben nur seine einfache Unterschrift. Altschul hätte das ganze nur aus Rache ausgeführt.

Unter den vielen Belegen zu dieser Eingabe befindet sich eine Bestätigung des Jakob Isak Sohn des Israel Chajes, geschworener Schreiber, und Moses Sohn des R. Enoch, geschworener Schulklopfer der Prager Judenschaft, über die Aussage des Prager Oberrabbiners, „dem es altershalber auf die Judengasse zu gehen schwer fällt". Der Oberrabbiner habe bei seinem Gewissen, eventuell durch Bekräftigung eines Eides erklärt, daß er mit R. Berl Jeiteles wegen einer Zusammenkunft zum Zwecke der Ämterverteilung im Jahre 1663 niemals gesprochen, dieser auch von ihm niemals hierüber einen Konsens zu erlangen versuchte. Wegen Pfänder und dergleichen sei bei ihm niemals ein Bündnis gemacht worden, noch viel weniger hätte ihm jemand deswegen ein Jurament geleistet.

Am 19. August erstattete die von der böhm. Kammer verordnete Kommission der Statthalterei ihren Bericht. Nach einem Überblick über die Anklage und die Zeugenaussagen, fällt die Kommission folgende Sentenz: 1. Wenzel Winbersky konnte nicht beweisen, von wem er den Revers erhalten habe; er berufe sich auf Joachim Bezallels, der bereits tot sei. Süßkind Bunzel konnte nur bestätigen, daß er nicht wisse, welche Schriften dem Wineberg übergeben wurden. Samuel Neustadtl sei außer Landes, daher konnte ihn Winbersky leicht als Zeugen angeben. 2. Wisse niemand, auch der Denunziant nicht, wer den Revers geschrieben habe. 3. War Berl Jeiteles zu jener Zeit im Arrest. 4. Konnte der Denunziant nicht beweisen, daß alles so geschehen sei, wie er angegeben habe, daß die Ämter dem Revers gemäß verteilt wurden. 5. Ist bekannt, daß sich Juden und Christen finden, die die Unterschrift nachmalen können.

Was die übrigen zwei Punkte der Anklage betreffe, sei festgestellt worden, daß die Quota in Ordnung verteilt worden sei. Laut dem Berichte des Appellations-Tribunal sei das verfälschte Datum nicht von den Judenältesten, sondern von zwei geschworenen Schreibern geschrieben worden. Daher sei die Denunziation *abzuweisen*, der Denunziant aber zu *bestrafen*.

Diese Sentenz der Kommission bewirkte, daß Altschul bald in Arrest genommen wurde. Vergeblich bezahlte am 31. Jänner 1667 Jonas Goldschmidt für seinen Schwiegersohn Altschul die rückständige Schuld von 782 fl. 32 kr., damit er aus dem Arrest entlassen werde. Die Hofkammer und selbst der Kaiser traten zwar wiederholt für den Denunzianten ein, doch legen die Statthalter am 5. März 1668 die Gründe dar, warum Altschul, der dauernd gegen die Judenältesten unerwiesene Anklagen erhebe, im Gefängnis belassen werden müsse. Laut kais. Dekrete vom 11. April 1668 sollte der Prozeß beschleunigt zu Ende geführt werden. Das Ende des Prozesses ist allenfalls zu Gunsten des Primators und der Ältesten ausgefallen, da sie in ihren Ämtern weiter belassen wurden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Israel Markus Altschul setzte seine Denunziantentätigkeit gegen Juden noch lange fort. Im Jahre 1686 erscheint er sogar als jüdischer Prokurator, 1693 verlangt er von der Statthalterei ein Honorar für das von ihm verfaßte Buch über die Beschreibung des Prager Ghettos.[14] Vom Fiskus zu einer Geldstrafe von 300 Rth. verurteilt, versuchte er sich am Ende des Jahrhunderts von der Zahlung dadurch zu befreien, daß er auf die dem Staate geleisteten nützlichen Dienste hinwies. Er habe den neuen Leder-Aufschlag (Steuer) eingeführt, die „Münz Verschwärzung" ausgeforscht, sich zu dem „aus dem Land verschleißen wollendes Silber gebrauchen lassen", was ihm auch vom Fiskalamt bestätigt wurde. Er führt auch die Summen an, die der Staat durch seine namentlich angeführten Denunziationen der Juden eingenommen habe. Die kais. Hofkammer verurteilte ihn im Jahre 1700 „bei diesen geldbeklommen Zeiten" dennoch zur sukzessiven Bezahlung seiner Strafe. Er starb im Jahre 1705.

II. Der Prozeß wegen Beihilfe zur Ermordung Wenzel Winberskys.

Wenzel Winbersky wurde, wie wir jetzt feststellen konnten, am 14. Dezember 1666 frühmorgens durch eine Gewehrkugel erschossen. Da er der Denunziant im Prozesse gegen Oberrabbiner Simon Wedeles war und auch sonst seit seiner Taufe gegenüber den Juden feindlich auftrat, suchten die Behörden seinen Mörder ausschließlich in jüdischen Kreisen, obwohl Winbersky wegen seiner maßlosen Schuldforderungen auch in christlichen Kreisen sehr verhaßt war. Die Behörden gingen in diesem Mordfalle besonders scharf vor, weil es sich, wie wiederholt betont wurde, um einen zum Christentum übergetretenen Juden handelte. Als Anklägerin trat ununterbrochen *Ludmilla*, die Frau Winberskys, auf, die sich bald mit einem Link verheiratete. Rücksichtslos denunzierte sie viele Juden, die lange in den Kerkern schmachten und teilweise sogar die Tortur erleiden mußten, bis sich ihre Unschuld herausstellte. Hierbei traten zumeist dieselben Leute, die gegen den Prager Oberrabbiner ausgesagt hatten, wieder als Zeugen auf.

Hauptsächlich hatte es Ludmilla auf den Judenprimas Berl Jeiteles abgesehen, den sie der Anstiftung zum Morde beschuldigte. Der Primator wurde deswegen am 27. Jänner 1667 ins Gefängnis geworfen, nachdem jedoch der gesamte Rat der Prager Judenschaft und vier hohe Kontribuenten[15] für ihn eine vom Altstädter Richter als genügend anerkannte Kaution de judicio sisti geleistet hatten, wurde er am 18. Feber 1667 aus dem Arreste entlassen. Ludmilla richtete ihre Anklagen auch weiterhin gegen Jeiteles, von dem sie in einer Eingabe an den Kaiser behauptete,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

er hätte zur Bestechung der Behörden zweimal die Kassa der Judengemeinde beraubt. Wegen dieser unerwiesenen Beschuldigung erhielt sie jedoch von den Statthaltern eine Arreststrafe.[16]

Mit der Niederschlagung des Prozesses gegen den Oberrabbiner durch das kais. Dekret vom 19. Dezember 1668 sollten auch die vielen grundlosen Denunziationen ein Ende nehmen. Die böhm. Kammer wollte, daß in der Prager Judenstadt Ruhe und Ordnung herrsche, was nicht möglich war, wenn unverantwortliche Elemente weiterhin ihr Unwesen treiben und jeden Juden aus Rache oder wegen des Denunziantenlohnes denunzieren konnten. Sie gab daher im Jahre 1669 den Prager Judenältesten den Auftrag, die Unruhestifter aus der Prager Judenstadt, ja sogar aus dem Lande zu verweisen.[17] In Ausführung dieser Verordnung haben die Judenältesten viele von den übelbeleumdeten Personen aus Prag ausgewiesen, wodurch sie sich jedoch noch größere Feindschaften verschafften. Einige von diesen Ausgewiesenen verstanden es, wieder in Prag Fuß zu fassen, woselbst sie bei den Behörden angaben, die Judenältesten hätten sie mit der bestimmten Absicht abgeschafft, um sie aus dem Wege zu räumen. Zu diesen gehörten die Brüder Lasar und Salomon Töplitz, die sich rühmten, stets gegen den Prager Oberrabbiner und den Primator Jeiteles Zeugenschaft abgelegt zu haben, was ihnen auch der Prokurator der Neustadt Christoph Norbert Knauth von Fahnenschwung amtlich bestätigte.

Nach dem erwähnten kais. Dekret vom 19. Dezember 1668 durfte zwar gegen den Oberrabbiner, seine Kinder, sowie gegen den wiederholt beschuldigten Michl Wiener, einen Neffen des Oberrabbiners, wegen der Entleibung des Wenzel Winbersky keine wie immer geartete Anklage erhoben werden, dadurch war jedoch eine solche gegen die übrigen Juden nicht ausgeschlossen. Die Brüder Töplitz, Ludmilla Linkin im Vereine mit den uns bereits aus dem Prozesse gegen den Oberrabbiner bekannten Zeugen bewirkten nun, daß der Primator *Berl Jeiteles*, der Älteste *Hirsch Backofen* und der Ältestendiener *Isak Guttmann* Anfang November 1674 wegen Beihilfe zur Ermordung Wenzel Winberskys in den Arrest des Neustädter Rathauses geworfen wurden. Vergeblich war die Beteuerung ihrer Unschuld, vergeblich das wiederholte Ansuchen ihrer Frauen Dwerl, Güttel und Vögele, um ihre Freilassung, sie blieben in Einzelhaft; gegen jeden wurde ein gesondertes Verfahren eingeleitet.

Gegen Berl Jeiteles wurde ein Summarprozeß angestrengt; ohne ihn über den Inhalt der Anklageschrift und über die Zeugenaussagen zu informieren, fällte das Neustädter Gericht am 25. Juni 1675 gegen ihn ein Urteil. Nach diesem Urteil sei festgestellt worden, daß Samuel *Oczenašek*, über dessen Verbleib nichts weiter gesagt wird, den tötlichen Schuß auf Winbersky abgegeben habe. Daß die Anstiftung zum Morde von Berl Jeiteles ausgegangen sei, will das Gericht aus folgenden Zeugen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aussagen ersehen. Israel Altschul bezeuge, es heiße in der Judenstadt allgemein, Jeiteles sei der Anstifter gewesen, er hätte auch vor dem Morde im Hause Dr. Schauers gesagt, Winbersky werde in Kürze ein böses Ende nehmen. Altschul, Joachim Tilles, Nathan Schneider jetzt getaufter Johann Frantz Nonatius und Jeremias Woplatka bezeugen, Jeiteles hätte sich schon vorher zu ähnlichen Zwecken gebrauchen lassen. Jakob Schulhof und Jakob Alexi (Beck) seien von ihm außer Land geschickt worden, damit sie ihre abgelegte Zeugenschaft in der Grobgrünischen Strafsache wider den Oberrabbiner widerrufen könnten.

Simon Peter Kreuthler (Neophit) und seine Frau Mündele sagen aus, Isak Guttmann habe an jenem Morgen zu Jeiteles gesagt: „Es ist schon geschehen." Dieser hätte auch Guttmann mit Musketieren überall herumgeschickt, um ausdrücklich zur Bezahlung des Oczenašek Geld zu sammeln. Jeiteles habe dem Hirsch Backofen von Wien aus geschrieben, er solle dem Oczenašek den Geldrest auszahlen. Nach der Aussage Altschuls und Löbl Strašitz habe Backofen dem Weibe Oczenašeks 100 fl. auszahlen lassen, was diese jedoch bestreite. Löbl Strašitz erklärt, Jeiteles habe zu ihm gesagt, „ich habe gesehen, daß Oczenašek von mir zu euch gegangen, ich merke, wohin Oczenašek zielet, wollte Gott, es wäre nicht geschehen und wenn ein Ding zweimal geschehen sollte, würden viele Dinge hinterwegs bleiben." Auch hätte Jeiteles auf dem Altstädter Ring die Hände zusammengeschlagen, lamentiert und geschrieen: „Guttmann, was hast du getan, was wir ganzes Jahr geheim gehalten, das wird jetzunder offenbar werden."

Da nun wider Berl Jeiteles, lautet das Urteil, „ein Argwohn, Verdacht und Vermutung und redliche Zeugenaussagen" seien, „wird zu Recht erkannt, daß Berl Jeiteles Prager Juden Primas vor Abschöpfung eines Endurteils, mit Tortur beleget und sooft von Nöten, zu scharfen Fragen vorgestellt werden solle."

Diese Zeugenaussagen tragen den Stempel der Lügenhaftigkeit, da der kluge Jeiteles, wäre er wirklich schuldig gewesen, seine Schuld nicht in die Öffentlichkeit geschrieen hätte. Dieser Ansicht scheint auch das Appellations-Tribunal ob dem Prager Schlosse gewesen zu sein. Dieses ließ sich laut Zuschrift vom 9. Juli 1675 das Urteil mit den Belegen vorlegen und hob am 19. Juli 1675 das Urteil auf. Aus der Deduktionsschrift des Neustädter Richters sei zu ersehen, schreibt das Appellationsgericht, „daß der Inquisiti über die indicis dictis testium nicht gehört, noch vernommen worden; gleichwohl aber exnatura inquisitionis et summary Prozeß nicht dergestalt, die natürliche Rettungsmittel abzustricken, daß jemand um sein Leib und Leben verkürzt würde." Das Appellationsgericht ordnet an, daß dem Jeiteles die Anklageschrift vorzulegen und ihm Dr. Friedmann als Rechtsfreund beizustellen sei.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Über den weiteren Verlauf des Prozesses sind wir nicht genau unterrichtet, da die Gerichtsakten vernichtet wurden. Aus den vielfachen Zuschriften des Jeiteles an die Statthalter geht aber hervor, daß er die Aussagen dieser Zeugen zu widerlegen vermochte und seine Unschuld ununterbrochen beteuerte.

Am 26. Feber 1677 entschloß sich Jeiteles, an den Kaiser ein Bittgesuch zu richten. Durch die heftigen Feindseligkeiten der Faktionen, schreibt er darin, sei die Prager Judengemeinde in große Schulden gebracht und fast ruiniert worden. Wegen seiner stillen Zurückgezogenheit und Friedfertigkeit sei er seinerzeit über ausdrücklichen Wunsch der böhm. Kammer zum Ältesten und Primator gewählt und wegen seiner ehrlichen Amtsführung, wo keine einzige stichhältige Klage gegen ihn vorgebracht, sei er immer wieder, zuletzt am 12. September 1674, von den Behörden in seinem Amte bestätigt worden, was bisher bei keinem einzigen Primator der Fall gewesen sei. Um den Frieden in der Gemeinde zu erhalten, habe er über Auftrag der böhm. Kammer die Unruhestifter aus Prag verwiesen. Diese seine gewordenen Todfeinde rotteten sich in Prag wieder zusammen und bewirkten durch allerlei lügenhafte Angaben seine Verarrestierung im Neustädter Rathaus. Seit zweieinhalb Jahren sei er nun da, ohne seine Frau und Kinder gesehen zu haben. Das unrechtmäßig gegen ihn gefällte Urteil sei zwar vom Appellationskollegium aufgehoben worden, weil sich jedoch seine Hauptfeinde durch ihre erdichteten Aussagen gegen ihn rächen wollen, müsse er im harten Gefängnis verbleiben und da zu Grunde gehen. Er sei in der Mordangelegenheit unschuldig, habe nichts Übles getan und sei auch in nichts überwiesen worden. Er bitte daher, gegen genugsame *Kaution* aus dem Arreste entlassen zu werden.

Seinen wiederholten Bittgesuchen willfahrte Kaiser Leopold I. am 26. Mai 1677 in einem Dekret an die Statthalter (vergleiche Beilage I). Darin verfügt der Kaiser: Da der schon drei Jahre andauernde Prozeß sobald kein Ende nehmen werde, dem Staate aber nicht gedient sei, wenn der Angeklagte, der „ein wohlverhaltener Mann sein solle", wegen seines hohen Alters im Arreste sterben würde, könnte er den Prager Stadtrechten gemäß gegen eine entsprechende Kaution de judicio sisti aus dem Arreste entlassen werden, wie dies auch im Kriminalfalle des Judenrabbiners Simon Wedeles am 11. Juni 1667 geschehen sei. Sobald geeignete Bürgschaft geleistet, sollten die Statthalter der böhm. Hofkanzlei mit ihrem Gutachten Bericht erstatten.

Infolge dieses kais. Dekretes erklärten sich am 11. Juni 1677 vierundzwanzig hochbesteuerte Prager Juden bereit, für den dem Gerichte jederzeit zur Verfügung stehenden Berl Jeiteles mit ihrem ganzen Vermögen Bürgschaft zu leisten. In dieser Bürgschaftserklärung sagen sie, Jeiteles hätte sie darum ersucht; aus menschlichem Mitgefühl und wegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

seines steten ehrlichen Charakters mochten sie ihm dies nicht abschlagen (vergleiche Beilage II). Am 12. Juni 1677 bestätigte der Altstädter Richter Mathias Wilhelm Wirth von Wehrenfels die Richtigkeit der Unterschriften und Petschaften der 24 Juden, die „in der höchsten Quota begriffen, auch bei guten Mitteln und wohlvermögliche Leute seien."[18]

Diese beiden Erklärungen wurden dem Fiskalamt zur Begutachtung eingeschickt, das am 25. Juni 1677 schrieb, sich nicht sobald äußern zu können. Am gleichen Tage beschwerte sich Jeiteles gegen eine Begutachtung seitens der Herren des Fiskalamtes; da diese gemeinsam mit dem Neustädter Richter Georg Anton Witašek von Günstenfels stets auf seine Verurteilung hingearbeitet hätten, würden sie auch hier ihre Einwände vorbringen. Über abermalige Aufforderung übersandten die Herren des Fiskalamtes am 27. Juli 1677 an den Statthalter ihre Antwort mit folgendem bezeichnendem Inhalte:

1. Die Bürgen hätten nicht einen Ziegelstein oder Schindel, viel weniger etwas Unbewegliches in den Stadt- und Grundbüchern eingetragen, daher seien sie zur Kaution ungeeignet. 2. Die Bürgschaftsurkunde sei schlecht abgefaßt. Es sei zu verwundern, daß der Altstädter Richter so ein Attestatum voreilig ausgestellt habe. 3. Was sich in den Stadtbüchern befinde, seien Stuben und Winkel, was bei den Juden gleich als Haus bezeichnet werde. Die Kaution würde auch für causa civile nicht reichen. 4. Wollte man auf den Handel der Juden reflektieren, so ist dies nicht möglich, da unter einen Namen 10 bis 20 Juden stecken, dazu handeln sie noch auf Kredit. Wenn sie merken, daß einer angegriffen werde, werden die Waren gleich verschleppt, so daß alle Kaution, sie möge wie immer lauten, in Rauch aufgehen müsse. 5. Könnte von der gesamten Judenschaft die ordentliche Kontribution und andere Schuldigkeiten nicht erpreßt werden, wie sollten die 24 armseligen Juden dem Publico in so einer wichtigen Sache Satisfaktion geben können. 6. Die meisten Bürgen seien, als die damaligen Ältesten, als Komplizen an der Bluttat Winberskys anzusehen. 7. Die Kaution stehe in keinem Verhältnis zur Bluttat und wären es Millionen. Hier sei nicht wie beim Kriminalprozeß des Oberrabbiners ein ungewisses, sondern ein augenscheinliches corpus delicti durch das vergossene Christenblut des getauften Winbersky vorhanden. Das Urteil sei schon gefällt worden, der Jude müsse durch die Tortur befragt werden. Unterschrieben ist dieses Gutachten von Christoph Norbert Knauth von Fahnenschwung, Christoph Kyblein von Waffenburg, Johann Georg von Funkh und T. A. Budin.

Unter den Akten befindet sich jedoch ein „Extrakt aus den jüdischen Stadtbüchern der königlichen Altstadt Prag", wonach einzelne Bürgen unverschuldete Teilhäuser besitzen, die sie gekauft hatten für 950, 4600, 450, 650 fl. u. a. m.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Statthalter sandten noch am gleichen Tage das Gutachten der Prokuratoren der böhm. Hofkanzlei ein. Diese schreibt am 13. August 1677 an die kais. Hofkammer, da nach den Prager Stadtrechten eine Entlassung aus dem Gefängnis gegen Kaution möglich sei, eine Fluchtgefahr nicht bestehe, Jeiteles ein sonst wohlverhaltener Mann sei und die Anklage gegen ihn nur auf Aussagen von Judenzeugen beruhe, sollte man die Kaution annehmen. Die Hofkammer beauftragt aber am 20. August 1677 die böhm. Kammer, die Fiskalen zu veranlassen, ein richtiges Urteil abzugeben.

Währenddessen versucht Ludmilla Linkin die Annahme der Kaution durch die Verleumdung der Prager Juden beim Kaiser zu hintertreiben: die Juden bedrohen ständig ihr Leben. Der Kaiser schrieb am 25. September 1677 an den Altst. Magistrat, die Ludmilla Linkin, „die angeblich von der Prager Judenschaft bedroht worden", zu schützen. Die Kaution wurde aber zum Schlusse doch angenommen. Das Appellations-Tribunal beauftragte über Anordnung des Kaisers am 31. Jänner 1678 den Altst. Magistrat, die angebotene Kaution und Bürgschaft anzunehmen, vorher aber die Bürgen auf ihre Verantwortung und Pflicht aufmerksam zu machen. Nachdem sich alle Bürgen persönlich in der Altst. Ratsversammlung und in der oberen Kanzlei eingefunden und die mit der Kaution verbundenen Pflichten anerkannt hatten, erlangte am 4. Feber 1678 die Bürgschaft ihre Rechtsgültigkeit.[19] Berl Jeiteles wurde daraufhin aus dem Gefängnis entlassen.

Die Zeugenführung[20] ging zwar noch jahrelang weiter, für Jeiteles scheint aber der Prozeß 1682 ein Ende genommen zu haben. Ärger ist es jedoch seinen Mitgefangenen gegangen. *Hirsch Bloch-Backofen*[21] ist am 9. Juni 1679 an Körperschwäche im Kerker gestorben. Noch am selben Tage ordnete das Appellationskollegium die Herausgabe seines Leichnames zur Beerdigung an. *Isak Guttmann* wurde am 29. November 1685 zur Tortur und bei nicht erfolgendem richtigem Eingeständnis sogar mit Anwendung von Feuer verurteilt.[22] Ebenso wurde *Markus Scheberles*, der über Veranlassung der Ludmilla Linkin[23] am 3. August 1685 ins Gefängnis kam, zur Tortur verurteilt. Trotz der erfolglos angewendeten Tortur sollten beide, nach dem Urteil des Appellationstribunals vom 10. Jänner 1687, eine Stunde mit Ruten am Pranger stehen und ewig des Landes verwiesen werden. Nach einer Zuschrift des Appellationskollegiums vom 22. April 1687 wurden jedoch beide aus dem Arreste entlassen, ohne aus dem Lande gewiesen zu werden.

R. Berl Jeiteles ist im Juli 1685 gestorben. Seine Grabinschrift[24] erzählt uns nichts von seinen traurigen Erlebnissen, sie besagt uns nur, daß er ein großer Führer seiner Gemeinde und ein großer Gelehrter in Israel gewesen ist.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

—

Als Quellen zur vorliegenden Darstellung wurde folgendes Aktenmaterial benützt: nov. man. P 1–7/45, Protokollbücher der Statthalterei Nr. 542, 594, 606, im *Archiv des čsl. Innenministeriums*. Liber Judaeorum albus (LJA), Dekretenbücher Nr. 754, 756, 757, Liber Appellationum Nr. 1004, 1005, 1031 *im Prager Stadtarchiv*.

[1] LJA II.. fol. 190. Moses Sohn des Simon J. starb 1629, seine Frau Ela (Eliška), Tochter des Josua, starb 1635 (Archiv der Beerdigungsbrüderschaft).

[2] Er starb 1666. Die Sterbedaten sind zumeist Hock-Kaufmann, Seite 165 ff., entnommen.

[3] Simon (starb 1663), Moses (st. 1684), Hirsch (st. 1690) und Josef (st. 1694).

[4] Simons Söhne Jonas (st. 1752) und David (er starb 1680 an der Pest in der Nähe Kolins und ist im Chewra-Buch der Koliner Gemeinde eingetragen, sein Grabstein befindet sich daselbst III. Reihe, Nr. 379; seine Frau Edl [st. 1728] heiratete nachher Jakob Slatkes) leisteten Bürgschaft für ihren Onkel B. J. am 11. Juni 1677 (Vgl. Beilage II). Ein 3. Sohn Hirsch starb 1694.

R. Simon ist ein Ahnherr in direkter Linie von den in Prag lebenden bekannten Gelehrten Dr. *Isidor* und Dr. *Berthold Jeiteles*, sowie ihrer Schwester Frau *Ernestine Lieben*.

[5] Dwerl starb 1678. Deren Urenkel Israel Sohn des Isachar Beer Jeiteles übernahm 1762 die Katzische Druckerei und führte sie bis 1778. Vgl. B. Friedberg, Geschichte der hebräischen Typographie der mitteleuropäischen Städte, Antwerpen 1935, S. 18.

Als Kinder unseres J. sind uns bekannt: Israel (st. 1693), Hirsch und Mordechai, sowie Chaie (st. 1692), Frau des Salomon Fanta und Rikele (st. 1696), Frau des Isak Schnürdreher.

[6] Vgl. Adolf Neubauer, Cataloque of the Hebrew Manuscripts in the Bodleian Library. Oxford 1886, Nr. 2445.

[7] Siehe auch: Gerson Wolf, Gemeindestreitigkeiten in Prag 1567–1678, in der Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, herausgegeben von Ludwig Geiger; 1. Jahrg., Braunschweig 1886. S. 309 ff.

[8] Nach einer Rechnung, die J. am 1. April 1678 der böhm. Kammer vorlegte, hat der Primator 20 fl. monatlich bekommen.

[9] Auf der vorerwähnten Rechnung verlangt J. für 7 Tage, die er wegen der Maislischen Erbsache im Arrest verbringen mußte (Sept. 1774), 3 fl. 30 kr. Demnach erhielt der Primator 30 kr. für einen Tag Gefängnis von der Gemeinde ersetzt.

[10] Vergleiche: *Tobias Jakobovits*, Die Erlebnisse des Oberrabbiners Simon Spira-Wedeles in Prag (1640–1679) im JGČ. IV. 1932, S. 253 ff. Da die vorliegende Arbeit eine Ergänzung zu der eben zitierten ist, wird diese als bekannt vorausgesetzt.

[11] Auch Wimbersky, Winborsky, Wimpersky.

[12] Samuel Neustadtl, Jakob Raudnitz, Moyses Koynes-Ulmo, Abraham Neustadtl, Schullem Bondi, Samuel Sacerdot, Israel Bondi, Juda Raudnitz, Mendel Dewidels, Israel Wechsler, Hirsch Backofen, Wolf Stumb, Süßkind Bunzel, Joachim Zallels. Darunter ist ein großer Teil des damaligen Vorstandes.

[13] Sieh: *Tobias Jakobovits*, Die Judenabzeichen in Böhmen im JGČ., III. S. 154. Leopold I. bestätigte erst 1703 die Judenprivilegien. In der Regel wurden für die Bestätigung 12.000 fl. angeboten.

[14] Vgl. *Josef Bergl*, Judaica v archivu ministerstva vnitra v Praze v Sborníku archivu ministerstva vnitra RČS., svazek VI. Praha 1933, S. 54.

[15] Der Rat bestand aus den Ältesten: Abraham Neustadtl, Jakob Raudnitz, Salomon Porges, Elias Marle, Isak Schnürdreher. Gemeindeälteste: Moyses Koynes, Bonus Bonatus, Löbl Porges, Samuel Wahle, Abraham Porges-Schick. Beisitzer: Moyses Liberles, Israel Bondi, Moyses Neugröschl, Löbl Sekeles.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Außer diesem gesamten Vorstand bürgten noch: Michael Wiener, Isak Thein, Jakob Samuel Weisels, Moyses Bunzel Abeles.

16 Ludmilla gab den Behörden durch ihre dauernden Geldprozesse viel zu schaffen. Selbst gegen ihren ehemaligen Bruder Mendl Koberl tritt sie wiederholt auf.

17 Über solche Ausweisungen sieh: *Jaroslav Prokeš*, Der Antisemitismus der Behörden im JGČ. I. S. 99f.

18 Alle auf die Bürgschaft bezughabende Schriften wurden ins LJA. IV., fol. 257b eingetragen.

19 Die Kaution wurde erst am 20. August 1689 freigegeben. (Vgl. Beilage III.)

20 Es traten später auch sieben christliche Belastungszeugen auf, gegen die J. christliche Entlastungszeugen brachte. Mehrere Amtspersonen sollten zu Gunsten J. Zeugenschaft ablegen, was diese mit der Begründung ablehnten, sie wären hiezu nicht verpflichtet. Laut Dekret vom 11. August 1679 trägt der Kaiser gegen einen „Revisionsprozeß" in der Anklage gegen Jeiteles und Genossen Bedenken, es sollte vielmehr der „Inquisitionsprozeß" gefördert und die christlichen Zeugen ordentlich abgehört werden.

21 Er war der Großvater des berühmten Rabbi Jakob Rescher-Backofen, des Verfassers von Chok Jakob u. a., Schwiegersohn des R. Wolf Spira-Wedeles.

22 Guttmann ersucht am 7. Jänner 1686 nach ausgestandener Tortur, seinen Bruder „zu Heil und Wartung" (Heilung und Bewirtung) zuzulassen.

23 Im Jahre 1689 reichte Ludmilla um eine Beihilfe als Entschädigung für die bei Ermordung ihres früheren Mannes erlittenen „Schäden" bei der Statthalterei ein, die ihr auch von 1691 bis 1698 von der böhm. Kammer gegeben wurde.

24 Das Grabmal befindet sich in der Nähe des Joseph Salomo Delmedigo aus Candia. Als Todesjahr ist bei Hock-Kaufmann 1693, im Archiv der Beerdigungsbrüderschaft 1686 angegeben; ein genaues Studium des Grabsteines, gemeinsam mit Herrn Dr. B. Jeiteles, ergab die Jahreszahl 1685 (ein Teil vom Monatsdatum *Tamus*, sowie der Monatstag ist ganz abgefallen).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE I. (Zu Seite 430.)

Dekret Leopold I. wegen der Kaution de judicio sisti.

Leopold von Gottes Gnaden erwählter Römischer Kaiser, auch zu Hungarn und Böheimb König.

Hoch und Wohlgeborene, Wohlgeborene und Gestrenge, Liebe Getreue. Aus dem Beischluß werdet Ihr Euch gehorsambst informieren können, wie praecipitander et nulliter des in causa criminali wider auf dem Neustätter Rathaus verhaften Berl Jeitels Prager Juden, delegirte Neustätter Gericht verfahren, den inquisitum, ehe selbiger über des Klägers Deduktionsschrift und dicti testium vernomben, auch seine deductionem innocentia und gegen Beweis verführt, ad Torturam condemnirt; Unser Königliches Appellations Collegium aber solche nullitet bereits redressirt und den Inquisitum zu seiner Defension zuzulassen verordnet hat.

Demnach nun dieser Inquisitions Processus in die drei Jahre extendirt worden, und zu vermuten, daß selbigem sobald kein End gemacht werden möchte; inmittelst wir aber von dem Inquisito, allermassen aus dem Inschluß zu sehen, ihm ad cautionem idoneam des Arrests zu entlassen unaufhörlich angegangen werden, sonsten aber selbiger, wie vorkombt, ein wohlverhaltener Mann sein solle, dem Publico bevorab wenig gedient wäre, wenn er ohne dem hohen Alters squalore carceris aufgehen sollte, zumalen auch hiebevorn in simile casu criminali nach rechtlichen Aussatz der Stadtrechten Simon Aaron Wedel Judenrabbiner sub dato elften Juni sechzehnhundert siebenundsechzig von Uns gegen genugsamber Caution processu pendente des Arrests entlassen worden.

Diesemnach ist hiemit Unser gnädigster Befehl, daß Ihr über die in beiliegenden gehorsambsten memoriali benannte Caution, nachdem der Inquisit dieselbe, so sich diesfalls in Bürgschaft de Judicio sisti einlassen wollen, benennet haben wird, höret, es erwäget und zu Händen Unserer Königlichen Böheimbischen Hofkanzlei mit Gutachten gehorsambst berichtet. Gestalten Ihr dann schon wie zutun und hieran unsern gnädigsten Willen und Meinung gehorsambst zu erstatten wissen werdet. Geben zu Laxenburg, den sechsundzwanzigsten Monatstag Mai im sechszehenhundert siebenundsiebzigsten, Unserer Reiche, des Römischen im neunzehnten, der Hungarischen im zweiundzwanzigsten und des Böheimbischen im einundzwanzigsten Jahr.

Leopold

Hartwigius C. de Nostiz
Reg. Boh. Sup. Cansellarius.

Ad Mandatum Sac. Caes. Reg. Mattis. proprium: G. von Gollen.

—

BEILAGE II. (Zu Seite 431.)

Bürgschaftserklärung der 24 Prager Juden.

Demnach Berl Jeiteles, Präger Judt, so itzt in dem Rathaus der Königlichen Neuen Stadt deswegen im Arrest verbleibet, weilen er angegeben worden, gleichsamb derselbe an des Weil. Wenzel Wimberskys Entleibung nebst anderen schuldig sein solle, uns Endesbenannte erbeten lassen, für ihn Cautionem de Judicio sisti, oder auf Wiedergestellung zu leisten. Und wir nun in Betrachtung, daß ein Mensch seinem Nebenmenschen zu helfen schuldig, auch in Ansehung sein des Berl Jeiteles jederzeit ehrlichen Wohlverhaltens, ihm dieses nicht abschlagen wollen. Als tun wir Endesbenannte uns hiemit offerieren, anerbieten und einwilligen, für gedachten Berl Jeiteles, wie gedacht, auf Wiedergestellung, auf das allerbeste und kräftigste,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wie es rechtlichem Aussatz nach geschehen soll, kann und mag, wo es begehrt wird, zu cavieren und Bürgschaft zu leisten. Zu Urkund dessen haben wir zu besserer Beglaubigung uns eigenhändig unterschrieben und unser Petschaft beigedruckt. So geschehen Prag, 11. Juni 1677.

1. Moyses Koynis (-Ulmo)
2. Israel Bondi
3. Isak Stumes
4. Löbl Edels
5. Jakob Brandeis
6. Jakob Raudnitz
7. Jonas Simon Jeiteles
8. Salkind Sable
9. Michael Wien(er)
10. Joseph Marle
11. David Jeiteles
12. Löbl Fanta
13. Simche Wahle
14. Juda Wiener
15. Löbl Raudnitz
16. Sekl Aron Grotte
17. Josel Liberles
18. Aron Schlackenwerth
19. Löbl Bieschenk
20. Jakob Samuel Itschin
21. David Schnürdreher
22. Jekl Taussek
23. Lazarus Wien(er)
24. Salomon Fanta

—

BEILAGE III. (Zu Seite 434.)

Dekret des Appellations-Tribunals über die Freigabe der Kaution.

Ehrenwertste, Achtbare und wohlweisliche gute Gönner.

Wessen bei uns die Berl Jeitelische Söhne, Prager Juden, um Relaxierung der nach ihren verstorbenen Vater begehener Sperr, wie auch Cassierung einer gewissen väterlichen Caution aus den Stadtbüchern supplicando einkommen und zu verordnen gebeten, das ersehet Ihr aus dem Inschluß mit mehreren. Wenn wir nun ihrem petito zu deferieren erachtet. Als werdet Ihr dann sowohl die Eröffnung der Sperr, als die Cassierung der Caution aus den Stadtbüchern wirklich ehest erfolgen möchte; wie nachzukommen wissen. Geben ob dem Köngl. Prager Schloß, den 20. Juni 1689.

Weingarten.

Vermög obenstehendem Köngl. Appellations-Dekrets ist auf weiteren Befehl und Verordnung eines löbl. Magistrates der königl. Altstadt Prag sowohl diese hiegegen einverleibte Caution, aus den Stadtbüchern cassieret, als auch die Sperr hinwiederumb eröffnet worden.

20. August 1689.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Oppenheimiana.

Von S. H. Lieben, Prag.

—

Einleitung.

Als ich die Biographie David Oppenheims im Jahrbuche der Jüd. Liter. Gesellschaft XIX veröffentlichte, bedauerte ich, daß die 1695 geschriebene Sammlung von Protokollauszügen und Kopien von Diplomen, die sich auf Oppenheim beziehen und die von der Bibliothek der israel. Gemeinde in Hannover aufbewahrt worden war, nicht auffindbar war.[1] Wenige Jahre später ist es mir gelungen mit Unterstützung der Prager B. Brithlogen und des jüdischen Volksvereines Zion und vor allem dank der Munificenz der Herren Walter Petschek, Rat Leopold Sachs, Edmund Traub und Jindřich Waldes für das jüdische Museum in Prag eine einzigartige Sammlung von Dokumenten David Oppenheims und seiner Familie zu erwerben. Einzigartig schon darum, weil sich darunter Pergamenturkunden in kostbarster Ausführung befinden, ganz besonders eigenartig und wertvoll aber, weil diese Urkunden, die die Wahl Oppenheims zum Landesrabbiner von Mähren, zum Rabbiner von Jerusalem, zum Rabbiner von Prag, zum Landesrabbiner von Böhmen, zum Resch Methibtha – Leiter der talmudischen Hochschule, Jeschibah, – in Prag, zum Gegenstande haben, die Unterschriften all derer tragen die an den betreffenden Versammlungen teilgenommen haben. Es hatten sich zu diesem Behufe in Ungar. Brod die mährischen Notabeln, in Jerusalem die Führer der dortigen Judenheit, in Prag, was in der jüdischen Gemeinde Geltung hatte, in Brandeis an der Elbe die bedeutendsten Männer der böhmischen Judenschaft versammelt; die Unterschriften repräsentieren also die Elite der Juden Prags, Böhmens, Mährens, Jerusalems in den Jahren 1700–1713.

Die Urkunden behandeln:

I. Oppenheims Wahl zum Landesrabbiner von Mähren;
II. seine Wahl zum Rabbiner von Prag;
III. seine Wiederwahl zum Rabbiner von Jerusalem;
IV. seine Wahl zum Resch Methibtha von Prag;
V. eine beglaubigte Abschrift von IV.
VI. seine Wahl zum Landesrabbiner von Böhmen;
VII. während diese Urkunden sich sämtlich auf David Oppenheim beziehen, gilt eine seinem Verwandten Hirsch Oppenheim und enthält seine Bestellung zum Rabbiner von Hildesheim.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Außerdem befinden sich in der Sammlung noch fünf Ehedokumente aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts.

Als tatsächlichen Gewinn für die Biographie Oppenheims möchte ich buchen, daß daraus hervorgeht, daß Oppenheim nicht nur den Ehrentitel eines „Nassi Erez Israel" eines Fürsten von Erez Israel führte, wie ihn vorher auch schon der Wiener Oberhoffaktor Samson Wertheimer geführt, sondern, daß er ganz regulär zum Rabbiner von Jerusalem gewählt und dann 1707 als solcher wiedergewählt wurde, wenn es auch nur ein Ehrenrabbinat war, gewissermaßen ein Rabbinat in partibus.[2] Weiters scheint mir bedeutend und aufschlußreich für die Wertschätzung Oppenheims, daß ihm die mährischen Gemeinden freistellten einen anderen Ort als Nikolsburg, ja sogar Wien zu seinem Sitze als mährischer Landesrabbiner zu wählen.[3]

Im Folgenden gebe ich eine kurze Beschreibung der sieben Urkunden und den wenigen sachlichen Inhalt; die letzte Urkunde ermöglicht eine Wiedergabe die auch darum lohnt, weil sie typisch ist für die Anstellungsverhältnisse der Rabbiner im 17. und 18. Jahrhundert, während alle anderen, auf David Oppenheim sich beziehenden, mehr Prunkstücke sind, eine Art Ergebenheitsadresse und Bezug nehmen auf Rabbinatsbriefe sachlichen Inhalts, die schon in Händen Oppenheims sind.[4] Das Äußere der Urkunden soll veranschaulicht werden durch zwei Abbildungen; den Inhalt und die schwungvolle Sprache vermittelt der im Anhange beigefügte Text und Übersetzung der abgebildeten Urkunden. Welche Schwierigkeiten diese Übersetzung bietet, ersieht man aus der treffenden Charakteristik des Musivstils durch D. Kaufmann;[5] ich danke diese Übersetzung der Freundlichkeit Herrn Dr. Otto Muneles.

Die Wiedergabe der Unterschriften beschränkt sich auf die Namen, während die Titulaturen nur im allgemeinen sinngemäß übersetzt wurden, so daß ich trotz der vielen Nuancen in den Titeln mit den Worten vornehm, gelehrt, fromm auszukommen suchte. Desgleichen habe ich die Eulogien, die an die Namen anschließen, nur mit den Worten „seligen Andenkens" und, „er lebe" je nachdem es sich um Verstorbene oder Lebende handelt wiedergegeben.[6] Ein wichtiger Unterscheidungspunkt wären die Würden und Titel innerhalb der jüdischen Gemeinde, die die einzelnen Unterschriebenen inne hatten; denn dadurch, daß ich die Unterschriften ausnahmslos in der Reihenfolge der einzelnen Kolumnen der Unterschriften wiedergebe, ist die Ordnung nach dem Range gestört, weil zum Beispiel an der Spitze einer Kolumne die führenden Vorsteher, an der Spitze einer anderen die führenden Rabbiner stehen. In einem Falle tragen die Unterschriften sogar gruppenweise Überschriften wie, „die gelehrten Dajanim", „die gelehrten Gabaim dematha", aber da die Unterschriften immer wieder ineinandergreifen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Gefertigten aber ihrem Namen fast nie ihren Titel und Würde beifügen, ist mir die rein räumliche Aufeinanderfolge der Unterschriften auch für die Wiedergabe als die geeigneteste erschienen.

Die Rangordnung, die Würde jedes Einzelnen geht dann aus den Identifikationen hervor, die ich allerdings nur für die Prager in den Anmerkungen durchgeführt habe, weil bis jetzt nur für diese ein reichliches, halbwegs vollständiges Material in den Grabsteininschriften des alten Friedhofes (zitiert nach Kaufmann Hock „die Familien Prags"[7]) vorliegt. Und um diese Stufenleiter der Ehrenbeamten, Rabbiner und Beamten innerhalb der Prager Judengemeinde zu klären, seien hier einige Bemerkungen eingefügt.

Die geistige Führung der Gemeinde hatte der Rabbiner, auch Oberrabbiner genannt, der zumeist die Würde des Ab beth din, des Vorsitzenden des Gerichtshofes und des Resch Methibtha,[8] des Leiters der offiziellen[9] talmudischen Hochschule Jeschiba in sich vereinigte. Ihm zur Seite standen, resp. waren unterstellt die Bote Dinin, die Rabbinatskollegien. Für das 17. Jahrhundert ist die Existenz von vier Bote Dinin,[10] vier Rabbinatskollegien sicher; es wird nämlich das Bethdin more schowe, oder wie es sonst genannt wird, das Appellantenkollegium, als das oberste unter den vier Rabbinatskollegien bezeichnet. Der Titel more schowe ist vielfach auch in jüngster Zeit gedeutet worden; richtig aber scheint mir doch nur die alte Deutung zu sein, das Rabbinat, das nach Recht und Billigkeit entscheidet. Dieser Titel wurde dem obersten Gerichte zuerkannt, weil es als letzte Instanz endgültig zu entscheiden hatte. An dieses Gericht wurde appelliert, daher auch die Bezeichnung seiner Mitglieder als Appellanten. Diesem obersten Gerichte folgte als zweithöchstes das Beth din rabo, der große oder hohe Gerichtshof, dessen Mitglieder Oberjuristen hießen und in bedeutenderen Zivilsachen entschieden, in religiösen Angelegenheiten wohl gemeinsam mit den Appellanten. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts scheint der oberste Gerichtshof Beth din more schawa mit dem Beth din raba vereinigt worden zu sein, Appellant und Oberjurist sind Titel derselben Person. Die untere Stufe der Gerichtsbarkeit war das Beth din suta, das kleine Gericht, oder wie es zu Ende des 18. Jahrhunderts auch genannt wurde „das Gröschelbethdin", weil es sich mit Bagatellsachen abgab, seine Mitglieder führten den Titel Unterjuristen. Ein eigenes Gericht scheint für die verwickelten Grundbesitzverhältnisse in der Judenstadt notwendig gewesen zu sein, deren Häuser oft eine ganze Zahl von Teileigentümern hatten, was bei Erbschaften und ganz besonders bei Reparaturen die rechtlich schwierigsten Verhältnisse schuf.[11]

Geleitet wurde die jüdische Gemeinde Prags von einem Vorstande, an dessen Spitze der Primas, auch Primus oder Primator genannt,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

stand. Der eigentliche Vorstand „die Rosche hakahal" bestand aus fünf Mitgliedern,[12] in denen wir wohl die „Ältesten" des Amtsstiles sehen dürfen; dazu kommen noch die „Tube hakahal" wohl nach alter talmudischer Sitte sieben an Zahl, wahrscheinlich die „Gemeindeältesten" der behördlichen Erlässe. An der Leitung der Gemeinde waren auch die Ikare hakahal oder Ikure kahal beteiligt, am besten wohl als Ausschußmitglieder zu bezeichnen[13] und die Bale Teba,[14] die man gemeiniglich als Kassiere also wohl die Kontrolleure des Kassawesens bezeichnete. Eine wichtige Rolle im Gemeindeleben spielen die Gabaim dematha „die Vorsteher der Stadt" oder wie sie im alten Sprachgebrauch hießen, die „Stodtgaboim", die das ganze Wohltätigkeitswesen ‚Spital, Asyl, Durchwandererfürsorge u. dgl. unter sich hatten. Im Außendienst der Gemeinde standen die „Memunim"[14a] die „Vorgesetzten", von denen es in Prag zwei Kategorien gab, die Memunim birechob, die Vorgesetzten für die Gasse – Rechob, Gasse bedeutet die ganze Judenstadt – und Memunim baschuk, die Vorgesetzten für den Markt – d. h. den Tandelmarkt,[15] wo sich das Geschäftsleben der Juden zum größten Teile abspielte, die ersteren wurden Gasseninspektoren, die Letzteren Marktinspektoren genannt. Eine besondere Rolle spielte der Stadlan, wie ihn jede größere jüdische Gemeinde, jede Judenschaft einer Provinz oder eines Landes hatte. Prag hatte deren mehrere.[16] Was war nun ein Stadlan ein Fürsprech? Ich möchte Auerbachs Erklärung geben.[17] „Unter Stadlan versteht man einen Syndikus, der im Besitze der erforderlichen zeitgenössischen Bildung war, insbesondere Rednertalent, diplomatische Kenntnis und ganz vorzüglich den erforderlichen Mut und Eifer besaß, um die Interessen der Juden bei Behörden, Fürsten und Königen zu wahren. Diese Eigenschaften allein sicherten zuweilen den Erfolg des Auftretens eines solchen Stadlan. Mancher imponierte so sehr durch Kenntnisse und Gewandtheit, daß er große Erfolge errang, während Anderen ihr Talent nichts half, dann mußten sie zu den bekannten Rettungs- oder Verstärkungsmitteln ihre Zuflucht nehmen, zu dem gespickten Geldbeutel, zu Geschenken verschiedener Art, die entweder dem höchsten Machthaber des Landes oder den nächsten Ratgebern desselben auf kluge, anständige Weise übermittelt wurden. Ein Stadlan, der mit seiner Zunge und seinem Geldbeutel günstige Saiten aufzuziehen vermochte, war zu einer Zeit, in welcher die Idee von allgemeinen Menschenrechten weder in der öffentlichen Meinung noch in den Kabinetten sich geltend gemacht hatte, für die Judenschaft eines jeden Landes ein wahres Bedürfnis. Dabei dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß bei Fürsten, bei denen der Judenhaß bedeutende Dimensionen gewannen, das Auftreten des Stadlan ein sehr gewagtes Unternehmen war, das nicht selten ihm das Leben kostete, daher in den Memorbüchern

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bei Erwähnung mancher Stadlanim das Epithton mosar nefesch, d. h. er setzte sein Leben ein bei seinem Wirken für die Glaubensgenossen." Ein besonderer Ehrentitel ist es, wenn einem hervorragenden Vorstandsmitgliede noch auf seiner Grabschrift nachgerühmt werden kann, daß er Mitglied oder gar Vorstandsmitglied der Chewra Kadischa war; das hängt zusammen mit der überragenden Stellung, die die Chewra Kadischa seit jeher im jüdischen Gemeindeleben einnahm. Von bezahlten Beamten werden mehrfach erwähnt der Sofer dematha der Stadtschreiber, auch sofer neeman, der beglaubigte Schreiber genannt, etwa dem Notar der Jetztzeit entsprechend, der Schamasch dematha, der Stadtschreiber auch schamasch neeman, der beglaubigte schamasch genannt, dessen Tätigkeit die juristische Exekutive, auch gerichtliche Vorladungen amtliche Verlautbarungen u. dgl. bildete; im behördlichen Stile ist es der geschworene Schulklopper. Es gab auch einen Chasan dematha, einen Stadtvorbeter, oder wie er genannt wurde Stodtchasen, der in den Gemeindesynagogen — Kohlsschul — abwechselnd vorzubeten hatte. Alle diese Beamten nahmen eine hohe geachtete Stellung ein, besonders auch darum, weil sie zumeist hervorragende Gelehrte waren.[18]

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gehe ich in die Besprechung der einzelnen Urkunden ein.

I.

(Vgl. Text, Übersetzung und Abbildung im Anhange.)

Pergamentblatt 30×40 cm, einseitig beschrieben. Oben Mittelstück zwei Engel mit Trompeten, die ein bekröntes Schild halten, das in ganz kleine Schrift Huldigungssätze für David Oppenheim enthalten. Zu beiden Seiten in großen Buchstaben die Worte Masal tob in Blumenornamenten, darüber und darunter Bibelverse, die den Namen „David" enthalten. Daran schließt sich in etwas größerer Schrift die überschwengliche Zueignung an David Oppenheim, rechts davon eine Zeichnung König Davids, die Harfe spielend, links davon sechs Bücher, die Titel der Werke David Oppenheims tragend. Darauf folgt in Raschischrift, die letzten Zeilen in der sogenannten Teutschchumeschschrift die eigentliche Urkunde. Das untere Viertel des Blattes ist ausgefüllt mit 28 Unterschriften; zu beiden Seiten des Blattes sind Zierleisten mit Blumenornamenten. Sämtliche Zeichnungen sind Federzeichnungen in schwarzer Farbe. Inhalt: Die Vorsteher und Führer des Landes (Mähren) erwählen Rabbi David Oppenheim einstimmig zum Landesrabbiner laut Inhalt des schon in seinen Händen befindlichen Rabbinatsdiplomes; er soll dieselben Einkünfte haben wie seine Vorgänger, ja noch mehr Macht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und Gewalt. Die Vorsteher des ganzes Landes und die zur Wahl zugezogenen 15 Männer verpflichten sich jeden, der ihm zuwiderhandelt oder ihn in seiner Ehre oder seinem Vermögen kränkt, unnachsichtlich zu verfolgen oder zu bestrafen durch das jüdische Gericht und auch durch die Landesbehörden. Auch wenn er von Nikolsburg nach einem anderen Orte Mährens übersiedeln wolle, ja selbst wenn er nach Wien ziehe, bleibt ihm das Landesrabbinat ungeteilt.

(Ungarisch) Brod, den 23. Schewat 461 der kleinen Zählung.
(1. Februar 1701).

Der vielbeschäftigte Pesach, Sohn des gelehrten R. Abraham Elieser, sel. And.
Isak, Sohn des gelehrten R. Mose, sel. And.
Simon, Sohn des vornehmen Gerson Teomim, sel. And. aus Wien.
Sanwil, Sohn des R. Kalonymos, sel. And. aus Brod.
Jakob, Sohn des gelehrten Juda Löb, sel. And. aus Dresnitz.
David, Sohn des gelehrten R. Mose aus Krumenau.
Der geringe Efraim, Sohn des gelehrten Mose Alexander Kaz aus Brod.
Simon, Sohn des R. Ascher Lämel, sel. And., von den Wiener Exulanten derzeit in der heil. Gemeinde Kremsier.
Der geringe Salomo, Sohn des gelehrten Abraham Mordches, sel. And., Epstein aus Brod.
Abraham, Sohn des gelehrten Salomo, sel. And., aus...
Jehuda Leb, Sohn des R. Isak s. g. l., sel. And.
Kalonymos, Sohn des R. Mose Alexander Kaz, sel. And.
David, Sohn des R. Ascher Selig, sel. And., aus Triesch.
Mose, Sohn des R. Israel Isserl s. l., sel. And., Horwitz.
Menachem Mendel, Sohn des gelehrten R. Juda Leb, sel. And., Brunschwik.
Abraham Naftali Rebiz Spitz.
Abraham, Sohn des R. Mordechai, sel. And., aus Göding.
Isak, Sohn des frommen R. Salomo, sel. And.
Mordechai, Sohn des ..... Kremsier.
Mose, Sohn des R. David Bachrach, sel. And.
Benjamin Wolf, Sohn des gelehrten Mosche, sel. And., Eibuschitz.
Schneur Feiwesch, Sohn des R. Simon Wiener, sel. And., aus Proßnitz.
..... Sanwil, Sohn des verstorbenen R. Aron, sel. And., aus Leipnik.
Arje Jehuda Zewi, Sohn des R. Jecheskel s. g. l., sel. And., aus Brod.
Pinchas, Sohn des R. Zewi Hirsch, sel. And.
Mordechai, Sohn des R. Simon, sel. And., Horadne.
Abraham, Sohn des R. Jehuda Löb, sel. And., aus der heil. Gemeinde Bar.....

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

II.

(vgl. Text, Übersetzung und Abbildung im Anhange.)

Pergamentblatt 56 × 47 cm, oben und auf beiden Seiten umrahmt mit 6 cm breiten Goldornamenten, geschrieben in Raschischrift; das Wort „David" mehrfach groß in Goldschrift hervorgehoben. Das untere Drittel des Blattes ist mit Unterschriften bedeckt; am Schlusse des Textes das Prager Gemeindesiegel (Davidschild mit Hut in der Mitte) in Gold gemalt.

Inhalt: Zueignung an David Oppenheim, den Landesrabbiner von Mähren, dessen Netz ausgebreitet ist[19] über die heilige Gemeinde Brisk in Litauen. Unter Vorsitz des Führers des Primas Samuel Tausk kamen alle Vorsteher und Beisitzer und Ausschüsse[20] der Gemeinde und ihre Schreiber, desgleichen die Vorsteher der Talmudthora und Zedaka, die Vorgesetzten in der Gasse und auf dem Markte, die Mitglieder des Beth din more schawa[21] und des hohen und des niederen Rabbinatsgerichtes, die Richter in Grundstücksangelegenheiten und 15 der höchstbesteuerten Gemeindemitglieder zusammen und wählten einstimmig R. David Oppenheim zum Rabbiner (ab beth din – Vater des Gerichtshofes) auf 6 Jahre. Er soll dieselben Ehren, das gleiche Einkommen genießen wie alle seine Vorgänger; auch das Nebeneinkommen soll wie bisher geteilt werden, die Hälfte davon soll dem Rabbiner gehören, die Hälfte dem Leiter der Methibta. Er darf auch Geldgeschäfte treiben, andere Geschäfte aber sowenig wie sein Vorgänger.

Prag, Stadt und Mutter in Israel, den 26. Ijar 462. (24. April 1702).

Samuel, Sohn des R. Isak Tausk sel. And.[22]
Mose Chajim, Sohn des gelehrten Elieser, sel. And. mesia.[23]
Selig, Sohn des R. Josel Lipochowitz, er lebe.[24]
Jakob Jeruschalmi, Sohn des R. Mori, sel. And.[25]
Meir, Sohn des gelehrten Hirsch Kadisch, sel. And.[26]
Juda Leb, Sohn des R. Gerson Karpels, sel. And.[27]
Abraham, Sohn des vornehmen gelehrten Liebermann Lasch.[28]
Aberl, Sohn des R. Simon Schnirdrer.[29]
Pinchas, Sohn des R. Simcha, sel. And., aus Wien.[30]
Abraham Juda Leb, Sohn des gelehrten R. Mendel Weltsch.
Ascher, Sohn des R. Chajim Fauwers.[31]
Salkind, Sohn des R. Sanwil Schabla.[32]
Der geringe Jakob Grünhut, Sohn des frommen gelehrten R. Nathan sel. And., aus der heil Gemeinde Frankfurt a. Main.[33]
Der geringe Mordechai, Sohn des gelehrten Löb Basch Edels.[34]
Schmelke, Sohn des R. Ber Schmelkes, sel. And.[35]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Gadil, Sohn des frommen gelehrten hochangesehenen R. Esriel Schamasch, sel. And.[36]
Josef, Sohn des hochangesehenen gelehrten Rabbiners Jakob Izchak Chajoth, sel. And.[37]
Menachem, Sohn des heiligen[38] R. Abraham Kaz, sel. And.
Elia, Sohn des gelehrten R. Todros Brod.[39]
Chajim, Sohn des gelehrten hochangesehenen Vorstehers R. Elia Raudnitz, sel. And.[40]
Abiesri genannt Selig, Sohn des Samuel Singers, er lebe.[41]
Baruch Mendel Luka.[42]
Jeidel, Sohn des gelehrten Abraham Mislap, sel. And.[43]
Baruch, Sohn des gelehrten Aron Ascher Anschel Osers, sel. And.[44]
Zebi Hirschel Jona Libna.[45]
Jakob Lasi, Sohn des hochangesehenen gelehrten Süßkind Bumsla, sel. And.[46]
Die vornehmen Herren Baale Teba.[47]
Zebi Hirsch, Sohn des gelehrten Vorstehers R. Elia Raudnitz, sel. And.[48]
Chajim, Sohn des gelehrten R. Nathan, Friedland.[49]
Isachar, Sohn des gelehrten R. Mose Meir Bumsla.[50]
Mose, Sohn des R. Fauwer Tausk N (eu) G (röschel), sel. And.[51]
Chajim, Sohn Eleasars, genannt Fauwer Tausk, sel. And.[52]
Chajim Auerbach.[53]
Benjamin, Sohn des gelehrten R. Hillel Utitz.[54]
Nachum, Sohn des gelehrten R. Abraham Sekels, sel. And., ...
Isachar Ber Tomerls.[55]
Joel, Sohn des R. Isak Tausk, sel. And.[56]
Ascher Anschel, Sohn des vornehmen R. Michel Wiener, sel. And.[57]
Mathitja Liebermann, Sohn des gelehrten Ascher Lemel, sel. And.[58]
Der geringe Jomtob, Sohn des gelehrten vornehmen Salman Jomtob, er lebe, hier in Prag, dessen Netz sich erstrecket auf die heil. Gemeinde Proßnitz.[59]
Die vornehmen Herren Gabaim dematha.
Meir, Sohn des vornehmen R. Leberl Lasch, sel. And.[60]
Jechiskia, Sohn des R. Isak Karpeles, sel. And.[61]
Isachar Ber, Sohn des R. Israel Zoref, sel. And.[62]
Aron, Sohn des R. Jakob Kaz Reiterls.[63]
Israel, Sohn des Gaon Nechemja Feiwel s. l., sel. And.[64]
Anschel, Sohn des hochangesehenen gelehrten Josef G (inz) B (urg).[65]
Leser, Sohn des R. Michel Wiener, sel. And.[66]
Salman, Sohn des vornehmen R. Meschulam Jomtob.[67]
Mose, Sohn des R. Feiwesch Jitschin, sel. And.[68]
Zebi Hirsch, Sohn des vornehmen R. Wolf Klabers, sel. And.[69]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juda Leb, Sohn des R. Chajim, sel. And.
... Liebermann, Sohn des R. Abraham Kazenelpogen, sel. And.[70]
Noa Juda Leb, Sohn des vornehmen R. Chaim Tausk.[71]
Simon Wolf Chefez.[72]
Moses, Sohn des R. Samuel Nachod s. g. l.[73]

Die vornehmen Herren Gemeindebeglaubigten:

Izik, Sohn des vornehmen R. Jakob Straschitz, sofer dematha.[74]
Der geringe Isachar Mose, Sohn des gelehrten Rabbiners Abraham Pories sofer dematha.[75]
Simon, Sohn des R. Leb Kinsburg, sofer dematha.[76]
Der geringe Jakob, Sohn des gelehrten Rabbiners Josef sein Licht leuchte, Schwiegersohn[77] des Rabbiners MhRW., sein Licht leuchte.
Simcha, Sohn des gelehrten R. Mosche, sel. And.
Nechemja, Sohn des gelehrten R. Sinai Raudnitz, Dajan, sel. And.[78]
Der geringe Isak Sekel aus Prag.
Der geringe Baruch, Sohn des vornehmen R. Salman s. g. l., Austerlitz.[79]
Simon, Sohn des gelehrten Zebi Hirsch Jeitels, sel. And.[80]
Josef, Sohn des Rabbiners Jakob Rescher, sel. And., genannt Backofen.[81]
Zebi Hirsch, Sohn des hochangesehenen gelehrten Kalman Tausk, sel. And.[82]
Salomo, Sohn des Isak Tausk, sel. And.
Der geringe Aron s. g. l., Austerlitz.[83]
Meir, Sohn des gelehrten Kalonymos Kalman Bresnitz, sel. And.[84]
Abraham, Sohn des R. David Kaunes Ulmo.[85]
Die vornehmen Herren Dajanim.[86]
Simon, genannt Wolf, Sohn des gelehrten Meir N(eu) Sch(tätel), sel. And., Dajan.[87]
Nechemja, Sohn des gelehrten Samuel Raudnitz, sel. And., Dajan.[88]
Gadels, Sohn des gelehrten R. Jakob aus Krakau, Dajan hier zu Prag.[88a]
Ber Perlhefter, Sohn des Rabbiners R. Juda Leb Eibschitz, sel. And.[89]
Der geringe Jechiskia Feiwel, Sohn des gelehrten Meir, sel. And., aus Bumsla, Dajan des hohen Gerichts, hier zu Prag.[90]
Juda Leb, Sohn des vornehmen Aron Kaz Reiterls.[91]
Der kleine unter den Schülern Kaleb Feiwel, Sohn des verstorbenen gelehrten Jonathan s. g. l., sel. And.
Kalman, Sohn des R. Jakob s. g. l., Austerlitz.[92]
Sceb Wolf, Sohn des gelehrten Rabbiners Liberman, Dajan more schowo.[93]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

III.

Papierurkunde, zwei Blatt Folio, die erste Seite in Kursivschrift beschrieben. Einzelne Worte – so auch der Name David Oppenheim – in Quadratschrift in großen Lettern.

Inhalt: Unter Bezugnahme auf eine frühere Bestellungsurkunde wird David Oppenheim in schmeichelhaften Wendungen aufs neue auf drei Jahre zum Rabbiner von Jerusalem ernannt. Die drei Jahre beginnen mit dem Tage, wo diese Urkunde in die Hand Oppenheims gelangt, darum fehlt wohl auch bei der Datierung Tag und Monat.

Jerusalem[94] 467 (1707).

Obadja, Sohn des Rabbiners, der großen Leuchte Isachar Ber, sel. And., von den Einwohnern der heil. Stadt Jerusalem.

Aron Selig, Sohn des gelehrten Isachar Ber, Sendbote[95] der heil. Stadt Jerusalem.

Mardochai, Sohn des gelehrten Josef sel. And., Holitsch (?) aus Großglogau.

Der geringe ..... Mannheim, gewesener Rabbiner der heil. Gemeinde Hagenau und der Provinz.

Juda, Sohn des Samuel Aschkenasi.

Der geringe Josef, Sohn des gelehrten ....., der gewohnt hat im Lande Polen, in den Städten Wolhyniens.

Der geringe Eleasar, Sohn des R. Isak halevi, sel. And....

Isak Eisik, Sohn des großen Rabbiners Zebi Hirsch, sel. And., aus Krakau.

Abraham, Sohn des R. Gad (?) aus Janow, ehemals Sendbote aus Jerusalem.

Mose, Sohn des gelehrten Elchanan, sel. And., N. Sch.

Samuel Levi Aschkenasi aus der heil. Gemeinde Metz.

Menachem Mendl, Sohn des R. Josel Kaz aus Lukov, Vorbeter in der heil. Stadt Jerusalem.

David Tebel, Sohn des Simon Ginzburg, sel. And.[96]

Levi, Sohn des Isak Gerson, sel. And., aus Ungarn, der geringste unter den Genossen im großen Bethhamidrasch in der heil. Stadt.

Benzion, Sohn des Rabbiners Abraham Samuel, sel. And., aus L....

Eleasar, Sohn des gelehrten Elchanan ...

Jakob, Sohn des gelehrten Benjamin Wolf aus Wilna.

Isak, Sohn des gelehrten Zadok aus Wilna.

Josef, Sohn des R. Pesach aus ...

Samuel Sanwil, Sohn des R. Nata Bloch.

Jehuda Leb, Sohn des gelehrten Elia, sel. And., Lipschiz.

Arje Leb, Sohn des gelehrten R. Samuel, er lebe, aus dem Lande Samut.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Abraham, Sohn des R. Jehuda.
Nathan, Sohn des heiligen Zebi Josel aus ...
Elchanan Kahana, beglaubigter Schamasch der heil. Stadt Jerusalem.
Israel, Sohn des gelehrten Mose hakohen aus Lublin, Schwiegersohn des Verfassers des Werkes „wajiktob mose".
Isak, Sohn des gelehrten Aron ..., sel. And., Klimentover aus der heil. Gemeinde Lisk.
Samuel, Sohn des R. Salomo, er lebe.
Josef Mose Menachem Mendel, Sohn des R. Salomo Zoref[97] sel. And., aus Prag.
Der geringe Mose, Sohn des R. Mordechai, sel. And.
Mose, Sohn des gelehrten Josua, sel. And., Schreiber und Beglaubigter der heil. Gemeinde Jerusalem.
Der geringe Hillel, Sohn des gelehrten Mardochai, sel. And.

IV.

Zwei Pergamentblatt 66 × 39 cm; das zweite Blatt leer Das erste Wort auf dem ersten Blatte in großen bunten Zierbuchstaben — es ist das Anfangswort der ersten Ordnung der Mischna; die weiteren Abschnitte werden eingeleitet durch die Anfangsworte der übrigen fünf Ordnungen der Mischna, ausgeführt in Goldschrift auf ornamentiertem Grunde. Zwischen den einzelnen Abschnitten erscheinen künstlich in den Text verwoben, die Titel der Werke Oppenheims in großen Goldbuchstaben wirkungsvoll eingefügt. Die zweite Seite ist fast ganz besäet mit Unterschriften; sie zeigt auch noch Reste eines roten Siegelabdruckes.

Inhalt: Unter Vorsitz des Gemeindevorstehers und Primas R. Samuel Tausk wurde in der Versammlung zu Prag am Dienstag, den 28. Kislew 473 (27. Dezember 1712) folgendes beschlossen: Nachdem R. David Oppenheim, der Nassi von Erez Israel, schon seit Jahren Prager Rabbiner ist und wir ihn immer mehr schätzen lernen und es notwendig ist einen Resch Methibtha (Leiter der Jeschibah) zu ernennen, so haben wir ihn neuerlich zum Rabbiner gewählt mit allen ihm — nach dem in seinem Besitze befindlichen Rabbinatsbriefe, der auch ausführlich in unseren Büchern eingetragen ist — zustehenden Rechten und ihn gleichzeitig zum Resch Methibtha ernannt, so daß alle Rabbinatsangelegenheiten durch ihn allein zu erledigen sind, wie es früher unter dem Gaon R. Aron Simon Spira[98] gewesen ist, sowohl in Bezug auf die ihm zustehenden Ehren als auf die Einkünfte. Er und seine Hausleute sind auch von allen Steuern, Abgaben, Kopfgeld, Perdon, Kapital und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

allen etwa in unserer Gemeindes aufkommenden Abgaben befreit, wie es seine Vorgänger, die Gaonim seit jeher waren. All dies gilt auf fünf Jahre und wurde von uns beschlossen unter der Voraussetzung ratificandi und confirmation der Behörde und des königlichen Hofes.

Samuel, Sohn des R. Isak Tausk, sel. And.[22]
Selig, Sohn des R. Josel Lipochovitz, sel. And.[24]
Jakob Jeruschalmi, Sohn des R. Mori, sel. And.[25]
Meir, Sohn des gelehrten R. Hirsch Kadisch, sel. And.[26]
Feiwel Kaz Fanta.[99]
Salman Jomtob.[67]
Leser Wiener.[66]
Aron, Sohn des R. Jakob Kaz Reiterls.[63]
Juda Löb, Sohn des vornehmen Gerson Karpels,[27] für den die Feder führt Elia Strakonitz,[100] der Stadtschreiber, weil er blind ist.
Mose Abraham, Sohn des vornehmen Liebermann Lasch, sel. And.[28]
Aberl, Sohn des R. Simon Schnirdrer, sel. And.[29]
Pinchas, Sohn des R. Simcha, sel. And., aus Wien.[30]
Abraham Juda Leb, Sohn des gelehrten R. Mendel.
Salkind, Sohn des R. Sanwil Schabla.[32]
Mendel Izels Kaz.[101]
Jakob Grünhut, Sohn des frommen gelehrten Nathan aus Frankfurt a. Main.[33]
Zebi Hirsch, Sohn des Rabbiner Kalonymos Kalman Tausk, sel. And.[82]
Benjamin, Sohn des gelehrten Elieser Lipman Aschkenasi Weil.
Baruch, Sohn Ascher Osers.[44]
Herschel, Sohn des Scheftel Mose Eßroger, sel. And.[102]
Elia, Sohn des gelehrten Todros Brod, sel. And.[39]
Abi esri genannt Selig, Sohn des R. Samuel Singers.[41]
Baruch, Sohn des Mendel Luka.[42]
Jeidel, Sohn des gelehrten Abraham Mislap, sel. And.[43]
Abraham, Sohn des R. David Kinspurg, sel. And.[103]
Mordechai Gumprecht Leitmeritz, Schreiber und Prokurator der Gemeindevorsteher, sie leben.[104]
Seeb, Sohn des R. Israel Karpels, beglaubigter Schreiber der heil. Gemeinde Prag.[105]
Meir, Sohn des gelehrten Eleasar Perls, sel. And., beglaubigter Schreiber der heil. Gemeinde Prag.[106]
Izik, Sohn des vornehmen R. Isachar Straschitz, beglaubigter Schreiber der heil. Gemeinde Prag.[74]
Simon, Sohn des R. Leb Kinspurg, beglaubigter Schreiber der heil. Gemeinde Prag.[76]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mordechai, Sohn des Gaon, des großen Rabbiners Mendl Fanta, sel. And., beglaubigter Schreiber der heil. Gemeinde Prag.[107]

Zebi Hirsch, Sohn des R. Aron Wale, sel. And., beglaubigter Schreiber der heil. Gemeinde Prag.[108]

Ich habe heute am 18. Tebet 473 (16. Januar 1713) unterschrieben:[108a]

Mose s. g. l., Sohn des Kalonymos, sel. And., Prokurator der heil. Gemeinde Prag.[109]

Isak s. g. l., Sohn des vornehmen, gelehrten Jakob, s. g. l., Brandes.[110]

Mendl, Sohn des Mose s. g. l. Freschls.[111]

Jakob, Sohn des gelehrten Chiskia Tausk, sel. And.[112]

Meschulam Kaufman s. g. l. Epstein.[113]

Mose, Sohn des R. Leb Kinsburg.[114]

Isak, Sohn des R. Samuel Tchorsch halevi Horwitz.[115]

Samuel, Sohn R. Mendl Dewedls.[116]

Baruch, Sohn des vornehmen Salman s. g. l. Austerlitz, Prediger hier in der heil. Gemeinde Prag, baal horaa[117] der Chewra Kadischa, dessen Netz sich erstreckt auf die heil. Gemeinde Kollin.[79]

Isak, Sohn des gelehrten Salomo Salman s. g. l. Sch(ul) H(of), s. A., Dajan more[118] schowo, der gerettet wurde aus dem Feuer Ofens.

Jakob, Sohn des angesehenen gelehrten Josef, sein Licht leuchte.[77]

Jomtob, Sohn des vornehmen, gelehrten Salman Jomtob, er lebe.[59]

Josua Selig ... Bischitz, Sohn des gelehrten Aba Mari, sel. And.[119]

Israel, Sohn des gelehrten Rabbiners Feiwel Duschenes s. l. Horwitz, sel. And.[64]

Jakob, Sohn des gelehrten Gerson s. l. Brandes, sel. And.[120]

Salomo Salman, Sohn des verstorbenen, vornehmen, gelehrten Chanoch R. L., N. Ch., sel. And.[121]

David, Sohn des verstorbenen Elieser Jomtob, sel. And.

Simon, Sohn des vornehmen R. Abir Schnirdrer, Tub hakahal, er lebe.[122]

Leser, Sohn des gelehrten R. Josef Chajoth.[123]

Josef, Sohn des berühmten Rabbiners Jacob Isac Chajoth, sel. And.[87]

Mose, Sohn des Meir Karpels, sel. And.[124]

Jokew Jeruschalmi.

Chajim, Sohn R. Leser Pschibrum, sel. And.[125]

Simon genannt Wolf, Sohn des gelehrten Meir N. Sch., sel. And.[87]

Josef Juspa, Sohn des gelehrten Samuel Helman, Dajan more schowo, sel. And.[126]

Josef, Sohn des großen Rabbiners Jakob Rescher, sel. And., vom Stamme Aschkenasi genannt R. Josef Bakofen.[81]

Gadels, Sohn des gelehrten R. Jakob, sel. And.[88]

Jecheskia Feiwel, Sohn des gelehrten Meir, sel. And., aus Bumsla.[90]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sinai, Sohn des gelehrten vornehmen Juda Leb Neustetels, sel. And.[127]
Juda Leb Kaz Raudnitz.[128]
Benjamin, Sohn des gelehrten R. Josef, dajan more schowo, sel. And.[129]
Noa, Sohn des R. Josef Karpels, sel. And.[130]
Ber Perlhefter, Sohn des Rabbiners Leb Eibschitz, sel. And.[89]
Isak Eisik, Sohn des Juda Leb halevi Epstein.[131]
Mose, Sohn des gelehrten R. Meir Perls, sofer dematha.[132]
Simon, Sohn des gelehrten Zebi Hirsch Jeitels, sel. And.[90]
Kalman, Sohn des R. Jakob s. g. l., Austerlitz.[92]
Jakob, Sohn des gelehrten Israel s. g. l. Duschenes, er lebe.[133]
... Zebi Hirsch, Sohn des R. Abraham Pisk.
Benjamin Wolf, Sohn des gelehrten Rabbiners Liberman, dajan more schowo, sel. And., Verfassers des Buches Mathithjah.[93]
Samuel, Sohn des verstorbenen, gelehrten Aron Schlackewert, sel. And.[134]
Wolf, Sohn des R. Selig Garschels, ikar hakahal.[135]
Juda Leb aus Kalisch (?)
Jona, Sohn des ausgezeichneten gelehrten Rabbiners Simon Jeitels, sel. And.[136]
Zebi Hirsch, Sohn des vornehmen Wolf Klabers.[69]
Mose, Sohn des vornehmen R. Feiwesch, sel. And.
Jakob, Sohn des R. Leb Pschibrums, sel. And.[137]
Mose Isak, Sohn des vornehmen Samuel Knina, sel. And.[138]
Zebi Hirsch, Sohn des vornehmen, gelehrten Vorstehers R. Elia Raudnitz, sel. And.[48]
Meir, Sohn des vornehmen Leberl Bumsla, sel. And., genannt Meir Lasch.[60]
Jechiskia, Sohn R. Isak Karpels, sel. And.[61]
Isachar Ber, Sohn des R. Israel Zoref, sel. And.[62]
Juda Leb, Sohn des vornehmen, gelehrten R. Nathan Freund, sel. And.[139]
Hirsch Liberls, Schreiber der gabaim dematha, sie leben.[140]
Salomo s. l. Freschel.[141]
Juda Leb, Sohn des R. Chajim, sel. And.
Uri Schraga Feischel, Sohn des R. Mose Jeitels, sel. And.[142]
Eisik, Sohn des R. Wolf Klabers, sel. And.[143]
Wolf s. g. l. Brandes.[144]
Chajim Auerbach.[53]
Isak, Sohn des R. Josua Edels.[145]
Gerson, Sohn des gelehrten Mose P. H. (Perlhefter?), sel. And.
Mose, Sohn des R. Nathan Nata, sel. And. aus Utitz (Wotitz).[146]
Israel Isserl Chasan, Sohn des gelehrten Wolf Kaz.[147]
..., Sohn des angesehenen Vorstehers R. Feiwel Kaz Fanta, er lebe.[148]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Josua, Sohn des Simon Kuh, sel. Arnd.[149]
Mose, Sohn des vornehmen R. Hirsch Spitz.
Jakob, Sohn des Israel Isachar Tomers.[150]
Salomo, Sohn des gelehrten Hilel Kaz, sel. And., genannt R. Salomo Kaz Chalisch.[151]
Abraham Mose, Sohn des gelehrten Hirsch..., Apotheker.
Israel, Sohn R. Elieser Straschitz, sel. And.
Abram, Sohn des vornehmen gelehrten Isak Knina, gabai dematha.[152]
Jona, Sohn des gelehrten Jakob Theomim.[153]
Meir, Sohn des verstorbenen vornehmen R. Anschel Sch. H.[154]
Abraham, Sohn des R. Wolf Elpogen.
Zebi, Sohn des Salman Mischels, sel. And.[155]
Simson, Sohn des gelehrten Naftali Bunfirt (?), sel. And.
Sekel, Sohn des gelehrten Samuel Sofer sel. And.[156]
Meir, Sohn des gelehrten Kalonymos Kalman Bresnitz sel. And.[84])
..., Sohn des gelehrten Juda Leb, R. Abners von den Exulanten Wiens.[157]
Naftali genannt Hirsch, Sohn des gelehrten Juda Spira, sel. And.
Mardochai, Sohn des R. Jecheskia Karpels, er lebe.[158]
Elieser, Sohn des ausgezeichneten Rabbiners Chaim sel. And. mesia.[23])
Simson, Sohn des gelehrten David, sel. And., Sohnes des Gaon sel. And.[159]
Moses, Sohn des gelehrten Samuel Krotoschin sel. And., genannt Mose R. Abigdors.[160]
Sabla, Sohn des gelehrten Simon Lowotitz, sel. And.[161]
Ascher Ensel, Sohn des gelehrten Jakob Dajan, sel. And.[162]
Simon, Sohn des gelehrten Mose .... Tausk.
...., Sohn des heiligen[38] R. Abraham Taus, Gott räche sein Blut.[163]
David, Sohn des angesehenen Mose Protivin sel. And.[164]
Nachum, Sohn des gelehrten Abraham Sekels, sel. And., Vorbeter in der Synagoge „Klausen".
Juda Leb, Sohn des angesehenen Chajim Fauwer Tausk, er lebe.[71]
Isachar Ber, Sohn des angesehenen Mose ....
Abraham Josel, Sohn des angesehenen Meier Petsche.[165]
Meir, Sohn des R. Hirsch Jeitels, sel. And.[166]

V.

Doppelpergamentblatt 31×40 cm; nur die erste Seite ist beschrieben mit dem kalligraphisch ausgeführten Text ohne besondere Verzierungen.

Unten: Unterschrift der beiden beglaubigenden Schreiber.

Inhalt: Abschrift des Teiles der Urkunde IV, der das Sachliche über die Ernennung David Oppenheims zum Resch Methibtha enthält,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nach dem Buche der Gemeindevorsteher Blatt 311b; dabei wird erwähnt, daß die Namen sämtlicher auf dieser Urkunde Unterschriebenen im Makularbuch der Gemeinde Blatt 106a verzeichnet sind.

Die Richtigkeit der Abschrift wird bestätigt von:

Meir, Sohn des gelehrten R. Eleasar Perls sel. And.,[106] beglaubigtem Schreiber der heiligen Gemeinde Prag und

Izik, Sohn des vornehmen Isachar Straschitz sel. And.,[74] beglaubigtem Schreiber der heiligen Gemeinde Prag.

VI.

Doppelpergamentblatt 55×39 cm. Text in 2 Columnen; jede Columne enthält 6 Abschnitte, deren erstes Wort in großen Goldbuchstaben auf ornamentiertem Grunde geschrieben oder mit buntem Rande versehen ist. Der Übergang von einem Abschnitte zum andern wird stets durch ein groß geschriebenes Wort hergestellt — den kunstvoll in den Text eingefügten Namen eines Talmudtraktats resp. einer Mischnaordnung, so daß diese groß geschriebenen Worte — auf der ersten Seite sind sie rot, auf der zweiten gelb, auf der dritten grün geschrieben — die vollständige Aufeinanderfolge der Namen der Talmudtraktate ergibt. Anlage und Ausführung dieser Urkunde lassen darauf schließen, daß sie vom Künstler, der Urkunde IV entworfen und geschrieben, herrührt; desgleichen weisen Stil und kunstvolle Einfügung einzelner Worte, die dann ein Ganzes ergeben (in IV die Anfänge die 6 Mischnahordnungen, hier die Titel der talmudischen Traktate) auf einen gemeinsamen Verfasser hin. Die zweite Hälfte der vierten Seite ist mit Unterschriften übersät, von denen manchmal je drei durch eine seitliche Klammer mit zugehöriger Inschrift als einem Kreise entstammend bezeichnet werden.

Inhalt: Die Vertreter der Judenschaft Böhmens haben sich unter dem Vorsitze des Monatvorstehers, des Landesvorstehers[167] R. Bunem aus Přestic[168] versammelt; anwesend sind die Landesvorsteher, Beisitzer die Steuereinheber[167] der Kreise und 45 Delegierte — je drei aus jedem Kreise. Es wird beschlossen, um den Jugendunterricht besser zu organisieren und zu beaufsichtigen und auch damit die Judenschaft nicht sei, wie ein Schiff ohne Steuermann, den bewährten Rabbiner und Resch Methibtha von Prag, R. David Oppenheim zum Landesrabbiner für die 15 Kreise zu wählen und zwar auf die Dauer von 4 Jahren. Er soll das Amt gemeinsam mit dem bisherigen Landesrabbiner dem Gaon R. Wolf Spira versehen gegen ein jährliches Gehalt von 125 fl. rhein;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

es sollen ihm vierteljährlich jedesmal bei der Steuererhebung 31 fl. 15 kr. gezahlt werden, unbeschadet der üblichen Taxen wie für Bewilligung von Trauungen. Beschlossen auf der Versammlung zu Brandeis (a. E.) den 18. Schewat 473 (9. Februar 1713) unter Voraussetzung certificandi und confirmation der Behörden und des königlichen Hofes.

Elia, Sohn des vornehmen Vorstehers R. Hirsch Bloch, sel. And.
Abraham, Sohn des R. Mose Präger, sel. And.
Sanwil, Sohn des R. Sinai Kaz aus ....
Abraham Joel, Sohn des Josef Isak, sel. And., aus ....
Pinchas, Sohn des vornehmen Samuel Glatte aus Prag,[169] zur Zeit in Schwiehau.
Nechemja Feiwel, Sohn des gelehrten Juda Leb, sel. And.
Elieser, genannt Lipman, Sohn des .... R. Nathan ....
Leb, Sohn des R. Isak, sel. And., Wlaschin.
Salman, Sohn des R. Mose, sel. And., Svojtic im Kauřimer Kreise.
Aron Isak, Sohn des vornehmen, gelehrten Chajim aus Knin, er lebe.
Abraham, Sohn des R. Meir Tabeker(?).
Israel Isserl, Sohn des gelehrten R. Isai, er lebe.
Jakob, Sohn des R. Sanwil s. g. l. aus Lissa.
Isak, Sohn des R. Feiwesch aus Dub.
Mose, Sohn des Menachem aus Brodisch.
Leb, Sohn des R. Aron aus Neustädtl.
Salomo, Sohn des vornehmen Selig Lipochowitz.
Anschel, Sohn des R. Isserl, sel. And.
Ruben, Sohn des verstorbenen Levi Laun, sel. And.
Gutman, Sohn des Mose Redisch, sel. And.
Salomo, Sohn des gelehrten Jakob s. g. l. aus Uhříněves.
Abraham, Sohn des Tobias, genannt Gutman Kaz aus Třebichovic.
Zebi Hirsch, Sohn des gelehrten Isak sel. And.
Abraham, Sohn des R. Natan, sel. And. Dobruška.
Mose, Sohn des gelehrten R. Josef Simon Wal, sel. And.
Israel, Sohn des R. Elia, sel. And.
Leb ... R. Falk aus .... miwik.
Izik, Sohn des Selig Kuniz sel. And.
Benjamin, Sohn des Ascher s. g. l.
Isak, Sohn des Ber s. g. l. sel. And.
Menachem Mendel, Sohn des gelehrten R. Jona Chasan, sel. And.
Schalom, Sohn des R. Elieser, sel. And., aus Hamerstadt.
Simon, Sohn des Nathan, sel. And., Träger Aschkenasi aus Teplitz.
Mahram, Sohn des R. Josua aus Letsch (Ledeč), sel. And.
Jakob, Sohn des R. Mose halevi aus Betschvarki im Kauřimer Kreise.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Samuel, Sohn des großen Rabbiners Jakob Brandes s. l., sel. And., aus Wanderschchov.
Jechiel Michel, Sohn des R. Ruben Plaut aus Skuč.
Moses Leb, Sohn des gelehrten R. Aron aus Lissa von Raschsteinitz, der derzeit lagert in der heil. Gemeinde Nachod.
Mose Moschil, Sohn des heiligen[38] R. Isak, sel. And., Gott räche sein Blut, aus Strakonic.
Isak, Sohn des R. Josel, sel. And., aus Knin.

Menachem, genannt Man, Sohn des gelehrten Abraham, sel. And., halevi Horschovitz
Eleasar, Sohn des gelehrten R. Isak, sel. And., aus Sch(ütten) H(ofen)
Chaim, Sohn des R. David Wodian aus der heil. Gemeinde Čkyn
} Prachatic.

Isak Chaim, Sohn des Leberl Mahram Schamasch, sel. And., Rotenberg
Gutman, Sohn des Ber Tabor, sel. And.
Abraham, Sohn des David aus Řečic.
} Bechyně.

Chaim, Sohn des R. Leb Winternitz.
Mose Perls aus Prag derzeit Bürglitz.
Aron, Sohn des R. David, sel. And.

Jakob Isak, Sohn des gelehrten R. Ch. Mestec
Israel, Sohn des R. Jona, sel. And.
Efraim, Sohn des R. Samuel s. g. l.
} Chrudim.

Isachar Ber aus Nachod.
Jakob, Sohn des R. Mordechai.
Juda Leb, Sohn des R. Benjamin, sel. And., aus .....nowiz.
Mose, Sohn des R. Chajim Abele aus Scheretic (Všeradic).
Elia, Sohn des gelehrten Jakob s. g. l. aus....
Isak, Sohn des Meir Straß aus Soborten.
Fauwer, Sohn des R. Mose, sel. And., aus Zavíš.
Mose, Sohn des R. Baruch ...., sel. And.
Juda Leb, Sohn des R. Aron Menachem aus ....
Chajim, Sohn des R. Josef Falk, sel. And.
Jechiskia, Sohn des vornehmen R. Jekel Tausk aus Prag.[170]
Isachar Ber, Sohn des R. Aron, sel. And., aus Kralovic.
Aron, Sohn des R. Mose Abraham Polin (Polna).
Josef, Sohn des Abraham Israel aus der heil. Gemeinde Mlischavi.
Jakob, Sohn des gelehrten Süßkind, sel. And., aus der heil. Gemeinde Bumsla.
Mose Benjamin, Sohn des R. Mose Aron, sel. And., Levi Heller, Saaz.
Aron, Sohn des vornehmen R. Chanoch Schitz aus Grätz.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bunem, Sohn des vornehmen R. Meir Mies, sel. And.
Anschel, Sohn des vornehmen Samuel, s. g. l. Kauders aus Lub....
Salomo Salman, Sohn des Jakob, sel. And., aus der heil. Gemeinde Hořepnik.
Salomo, Sohn des gelehrten Juda Leb, sel. And., aus der heil. Gemeinde Brandeis.
Meir, Sohn des R. Zebi, sel. And., aus Wessely.
Abraham, Sohn des R. Israel, derzeit in Lochovic.
Naftali Hirsch, Sohn des vornehmen R. Mose aus N(eu)Sch(tadtel).
Josua, Sohn des R. Nachum, sel. And., aus Raudnitz.
Meir, Sohn des gelehrten Benjamin, sel. And., Schreiber des Landes.
Hirsch, Sohn des verstorbenen, vornehmen R. Levi, sel. And. aus Bumsla.
Isachar Noach Bumsla, Delegierter des Kreises Bumsla.
Isak, Sohn des R. Aron Wolf Redisch aus Podol.
Abraham Zebi Hirsch, Sohn des gelehrten Leb Chalumnik
Mose Isserl, Sohn des R. Juda Leb s. g. l.
Noach, Sohn des R. Eleasar, sel. And., aus Kaurim
} Kreis Kaurim.
Esriel, Sohn des R. W. aus Raudnitz
Kafman, Sohn des R. Selig Kaz, sel. And., aus Raudnitz
Ascher Selig, Sohn des R. Mordechai, sel. And.
} Kreis Schlan.
Israel Isserl, Sohn des gelehrten R. Josef Salomo Levi Heller, sel. And., Liechtenstadt
Chajim, Sohn des Benjamin Ausch, sel. And., aus Liechtenstadt
Juda Leb, Sohn des gelehrten Elia Eger, sel. And.
} Elpogen.
Joel, Sohn des Josef Nathan, sel. And.
Aron, Sohn des R. Simon.
Salomo Salman, Sohn des gelehrten R. Abraham Josua Josef, sel. And. aus Haid.
Josef, Sohn des vornehmen R. Samuel, er lebe, aus Neuern.
Benjamin Wolf, Sohn des R. Jakob, sel. And., aus Tausk.
Samuel, Sohn des R. Aron aus Škvorec.
Gerson, Sohn des R. Samuel Kaz Popers.
Abraham Kaz Bumsla.
Elieser Lase, Sohn des R. Eisik aus Velim, Kreis Saaz.
Aron, Sohn des R. Simson aus Lipochovitz.
Elieser, Sohn des R. Hilel, sel. And. .....
Isak, genannt Eisik, Sohn des R. Samuel aus ....
Zebi, Sohn des R. Jakob Kopel, sel. And. aus Tuschkau.
Moses, Sohn des R. Jakob aus Jistebnic.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Salomo, Sohn des R. Chajim Klaber aus Auscha.
Benjamin Wolf ..., Raudnitz, Vorsteher des Kreises Schlan.
David, Sohn des R. Isak Eisik, sel. And., Vorsteher des Kreises Prachatitz.
Salomo Salman, Sohn des R. Jerucham, sel. And., aus Leipa.
Israel ..., Sohn des gelehrten R. Isak..., sel. And., aus Liechtenstadt.
Moses, Sohn des R. Abraham Sales, sel. And., aus Raudnitz.
Isak, Sohn des gelehrten R. Jesaia Redisch, sel. And.
Josef Simon Mose, Sohn des R. Jakob Polin (Polna).
Abraham, Sohn des gelehrten R. Mose Politschka, er lebe.
Abraham, Sohn des verstorbenen R. Nathan, sel. And., aus Nachod.
Mose Simcha, genannt Bastiř, der lagert in der heil. Gemeinde Mestic (Heřman. Městec).
Juda Leb, schamasch aus Kolin, Sohn des verstorbenen R. Secharja Mendel, sel. And. aus der Familie Mrsgls (?).
Abraham Zoref, Sohn des R. Salomo Salman aus Jitschin.
Leb, Sohn des vornehmen Vorstehers R. Selig Lipochowitz aus Jitschin.
Elieser, Sohn des R. David aus....
Juda, Sohn des gelehrten ....
Abraham, Sohn des gelehrten R. Ascher Selig Gans, sel. And.
Benjamin Wolf Schick aus Grätz.
Isachar Bär, Sohn des R. Wolf ... aus Prag.
Abraham, Sohn des R. David Horiš.
Mose, Sohn des frommen gelehrten Elia Biah (Bydžov), sel. And.
Jona, Sohn des R. Feisch, sel. And. aus Nachod.
Zebi Hirsch Meisel aus Straschitz.
Mose, Sohn des R. L. sel. And. aus Eidlitz
Israel, Sohn des R. L., sel. And. aus Chiesch.
Gumperl aus Weiten Treibetitsch (Weitentrebetitsch).
} Saaz
Chajim, Sohn des R. Nathan Nata sel. And. aus Utiz (Votic).
Isak s. g. l., Kosive hore (Kosove hory).
Mose, Sohn des R. Perez Kaz, sel. And. aus Chalumnic.
Chanoch, Sohn des R. Josef, sel. And., aus Kuttenplan.
David, Sohn des Salkind Bumsla, sel. And., aus Brandes (Brandeis).
Meschullam Salman Munk aus Wien.
Eisik Neustädtel aus Rachnewi (Reichenau).
Chajim, Sohn des gelehrten R. Meir Abels aus Herrndorf.
Samuel, Sohn des Maharam Weil, Delegierter der heil. Gemeinde Schüttenhofen.
Aron Jeruchem, Sohn des R. Nachum, er lebe, aus Lowositz, Delegierter.
Meir, Sohn des gelehrten R. Jakob Bachrach, sel. And., Mestiz (Heřman. Městec).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mose, Sohn des Menachem, sel. And., Delegierter der heil. Gemeinde ....
Chaim, Sohn des R. Jakob sel. And. aus Rokycan.
Abraham, Sohn des R. Jakob, sel. And., aus Auwal.
Mose Juda halevi.
Leeb, Sohn des R. Leeb aus Richnawi (Reichenau).
Gerson, Sohn des R. Mose Juda s. g. l. aus ....
Hirsch, Sohn des Ur Schraga sel. And.

VII.

Pergamentblatt 38 × 52 cm. Bunte Kopfleiste in Wasserfarben. Ein Engel, der in einer Hand eine Waage hält, hält mit der anderen eine Krone, die von der anderen Seite von einem Hirsch mit seinen Vorderläufen gehalten wird, unter der Krone in großen Buchstaben Masal tob.

Vier Zeilen in großer Raschischrift die Anschrift an Rabbiner Hirsch Oppenheim, den Sohn des vornehmen R. Izik Oppenheim aus Wien. Darunter in gewöhnlicher Kursivschrift der Rabbinatsbrief; die Sprache dieses ganz sachlich gehaltenen Schriftstückes ist die gewöhnliche rabbinische Verkehrssprache der Zeit ohne besondere Künsteleien. Zum Schlusse 17 Unterschriften, datiert Hildesheim 5 Tischri 493 (24. September 1732).

Bei der Versammlung der Vorsteher gemeinsam mit den hervorragenden Einzelpersonen am Mittwoch, dem 5. Tischri 493 wird R. Hirsch Oppenheim von heute an auf drei Jahre zum Rabbiner aufgenommen. Sollte man ihm nach Ablauf von zwei Jahren im Beisein des Chasan und Schamasch mitteilen, daß er das Rabbinat nicht weiter behalten solle, dann darf er noch ein Jahr bei uns sein und nicht länger, ohne irgendwelche weitere Forderung an die Gemeinde zu haben; während dieses Jahres stehen ihm alle Rechte zu wie zuvor. Sagen wir ihm das Rabbinat nicht vor Chasan und Schamasch auf, dann bleibt er Rabbiner wie zuvor. Wann immer wir ihm das Rabbinat in dieser Weise aufkündigen, ist er von diesem Zeitpunkt noch ein volles Jahr Rabbiner mit allen ihm zustehenden Rechten. Als Entlohnung soll der Rabbiner jährlich 60 Reichsth. von der Gemeinde beziehen, dagegen hat er keinen Anspruch auf Psakgeld[171] seitens der Gemeinde in Gemeindeangelegenheiten, ebensowenig auf Strafgelder, denn das ist alles in der obigen Summe enthalten. Die Vorsteher haben ihm sein Gehalt auf ehrenvolle Weise ins Haus zu schicken, und zwar die Hälfte am Neumonde Nissan, die andere Hälfte am Neumonde Tischri ohne jegliche Verzögerung: sein Gehalt beginnt mit obigem Tage. Dafür, daß der Rabbiner von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jedem Pfund Fleisch 2 Heller Perdon zahlen muß und auch vom Geflügel wie jeder aus unserer Gemeinde, verpflichtet sich die Gemeinde ihm als Ersatz jährlich 18 Reichsth. zu geben, die wie sein Gehalt auszuzahlen sind. Auch die heilige Gemeinde Pan[172] wird wie früher zu seinem Rabbinat gehören, und ist verpflichtet, ihm zumindest wie bisher außer den übrigen Gebühren 20 Reichsth. Jahresgehalt zu geben; da jedoch diese Gemeinde sich vergrößert hat – sie möge sich weiter vermehren und ausbreiten – so wäre es gebürlich, dieses Gehalt zu erhöhen, doch darüber muß sich der Rabbiner selbst mit der Gemeinde verständigen. Das Netz des Rabbiners erstreckt sich auf alle Bewohner unserer Provinz, dafür soll sein Gehalt jährlich 25 Reichsth. betragen und die Gebühren wie in unserer Gemeinde. Den Gehalt von Pan und der Provinz muß der Rabbiner selbst einheben, daraus darf keinerlei Forderung an unsere Gemeinde entstehen, weder wegen des Inkassos des Gehalts, noch daraus, daß die Gemeinde Pan und die Provinz seinem Rabbinate unterstehen sollen, dies muß der Rabbiner auf eigene Kosten durchführen, unsere Gemeinde ist nur verpflichtet, ihm dabei nach Möglichkeit zu helfen.

Die Gemeinde verpflichtet sich den Rabbiner von allen erdenklichen Steuern und Abgaben, ordentlichen und außerordentlichen zu befreien und ihm in der Männersynagoge einen Sitz und der Rabbinerin in der Frauensynagoge einen Sitz, wie er ihnen zusteht, zu geben. Wenn, Gott behüte, eine Verleumdung oder derartiges gegen den Rabbiner aufkommen sollte, sei es wegen einer Entscheidung oder durch jemand aus unserer Gemeinde, bei der Behörde, so ist die Gemeinde verpflichtet, ihn von dem Schaden zu befreien, und zwar muß sich die Gemeinde bemühen, daß dem Rabbiner kein Schaden an Körper oder Vermögen erwachse, muß vielmehr aus ihrer Kassa alle Schäden und etwaige Strafen, die ihm auferlegt wurden, ersetzen.

Vom Schreiben der ersten Ehepakte[173] soll der Rabbiner von jeder Partei ¼ Reichsth. bekommen; übersteigt die Mitgift 200 Reichsth., so muß ihm jede Partei ½ Reichsth. geben, über 400 Reichsth., soll er von jeder Partei von der Mitgift, die sie mitbringt, von jedem Hundert über 400 Reichsth. ⅛ Reichsth. geben. Für die Vollziehung der Trauung soll der Rabbiner – auch wenn die Mitgift nur 10 Reichsth. beträgt – mindestens 1 Reichsth. bekommen; übersteigt die Mitgift 100 Reichsth. – als Mitgift wird betrachtet, was Braut und Bräutigam zusammen mitbekommen – hat der Bräutigam für jedes weitere Hundert ¼ Reichsth. zu geben, auch wenn ein Witwer eine Jungfrau oder eine Witwe heiratet, so haben sie zu zahlen, von dem, was sie zubringt und dem, was er besitzt. Wenn einer aus unserer Gemeinde oder aus unserer Provinz anderswo heiraten, dann aber in unserer Gemeinde oder Provinz wohnen will, so hat er dem Rabbiner die Trauungsgebühr wie oben zu entrichten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Psakgeld soll jede Partei dem Rabbiner, wenn es sich um einen Wert bis 20 Reichsth. handelt, einschließlich der Schreibgebühr ⅛ Reichsth. geben, bei einem Werte von über 20 Reichsth. 4 Heller von jedem Thaler. Handelt es sich um einen Wert von mehr als 20 Reichsth. darf der Rabbiner nicht allein entscheiden, sondern muß die Dajanim der Gemeinde zuziehen, das Psakgeld gehört dann zur Hälfte dem Rabbiner, zur Hälfte den Dajanim; will der Rabbiner noch Andere zuziehen, so kann er zuziehen, wen er will, aus unserer Gemeinde oder von anderswo. Ist eine Verhandlung mit gewählten Schiedsrichtern, so müssen die Parteien den Rabbiner als Dritten zuziehen. Für eine Chaliza[174] sind sechs Reichsth. zu entrichten, abgesehen davon, was die Chaluza den Dajanim zu geben hat, für eine Ehescheidung 4 Reichsth.; von der Eidesleistung bezüglich der Kethuba[175] hat der Rabbiner 4 Reichsth. zu bekommen, falls die Erben darauf verzichten 2 Reichsth.

Am Simchasthora abends und bei Tag muß der, der das Ausheben kauft, den Rabbiner mit der 2. Thorarolle zu den Umzügen um den Almemor beehren.

Für die Kabala[176] zum Schlachten muß jeder dem Rabbiner zwölf Groschen und einen Hahn geben, zum Schlachten und Badkenen[177] einen Reichsth.; der Rabbiner ist verpflichtet, alle zwei Jahre die Schochtim ubodkim vorzurufen und zu hören, ob ihnen die Regeln des Mahari Weil[178] sel. And. noch geläufig sind, diejenigen, die den Titel „Morenu"[179] führen, sind von dieser Verfügung ausgenommen. Von jeder Vorladung hat der Rabbiner 3 Groschen zu erhalten, doch bezieht sich dies nicht auf unsere Gemeindemitglieder; falls aber ein Gemeindemitglied jemand aus der Provinz vorladen läßt, muß es auch 3 Groschen zahlen. Hat jemand in Geld oder sonstigen Angelegenheiten einen Streit mit den Vorstehern, so müssen die Vorsteher entweder selbst vor dem Rabbiner erscheinen oder einen Bevollmächtigten senden und das Recht soll seinen Lauf nehmen. Wenn aber jemand widersetzlich gegen die Vorsteher ist und sich nicht gebührlich gegen sie benimmt, wenn sie am Beratungstische sitzen, dann sollen die Vorsteher den Betreffenden nach eigenem Gutdünken bestrafen und der Rabbiner hat dabei nicht zu entscheiden. Der Rabbiner darf den Chabertitel[179] verleihen wem er will, dafür ist eine Gebühr von 4 Reichsth. zu entrichten, für die Verleihung des Morenutitel[179] 10 Reichsth.; wenn jemand Chaber- oder Morenutitel von einem anderen Rabbiner erhält, so darf er ohne Erlaubnis unseres Rabbiners weder in unserer Gemeinde noch in unserer Provinz mit diesem Titel aufgerufen werden, doch soll der Rabbiner den Morenutitel nicht ohne Zustimmung der Vorsteher verleihen. Bringt ein Bräutigam einen Titel aus einer anderen Gemeinde mit, soll nach obiger Bestimmung verfahren werden. Wenn in unserer Gemeinde Vorstandswahlen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

stattfinden, soll der Rabbiner bei der vorschriftsmäßigen Wahl der fünf Wahlmänner anwesend sein, ebenso soll er zugegen sein, wenn die Funktionen[180] des Vorbetens und des Schofarblasens am Roschhaschana und Jomkipur verteilt werden. Der Rabbiner selbst soll Neila[180] vorbeten, er darf aber damit beehren, wen er will. Von einer Zeugenschaftseinvernahme soll der Rabbiner ½ Reichsth. bekommen und seine beiden Beisitzer zusammen ½ Reichsth.

Wenn ein Gelehrter kommt und in der Synagoge in unserer Gemeinde eine Derascha halten will, so kann der Rabbiner und die Vorsteher gemeinsam ihm hierzu die Erlaubnis geben, nicht aber der Rabbiner ohne Vorsteher oder die Vorsteher ohne Rabbiner.

Bezüglich der Hechscherbriefe[181] für Wein, Käse, Weizen für Pessach soll es bei den Bestimmungen bleiben, wie sie im Rabbinatsbriefe im Gemeindebuche enthalten sind.

In Prozessen in Geldangelegenheiten hat die Gemeinde kein Recht, einzugreifen, der Monatsvorsteher ist nur verpflichtet, alle Zwangsmittel auszuüben, daß der Rechtsspruch des Rabbiners und der Dajanim sofort ausgeführt werde und nicht länger als drei Tage unausgeführt bleibe; jedoch muß — um einen Riegel vorzuschieben — der Rabbiner, wenn er jemand nicht mit Geld, sondern mit einer beschämenden, diffamierenden Strafe belegen will, den Vorstand dazu beiziehen. Auf Geldforderungen bis 3 Reichsth. verfüge der Rabbiner die Bannübernahme,[182] über 3 Reichsth. trage er der Vorschrift gemäß einen Eid auf.

Die im Stift wohnenden müssen, wenn sie der Rabbiner vorlädt, erscheinen; wer sich weigert, den darf er bestrafen. Bei den „ersten Ehepakten" soll es so sein, wie in unserer Gemeinde; soll dort eine Trauung stattfinden, so darf der Rabbiner jemand hinschicken, die Trauung zu vollziehen, vor der Trauung sollen dem Betreffenden seine Spesen ersetzt werden. Von den Ehepakten soll die Gebühr nach den Bestimmungen unserer Gemeinde vor der Trauung erlegt werden. Will aber jemand, daß der Rabbiner selbst hinkomme, muß er ihm die Auslagen ersetzen, wie sie seiner Würde entsprechen. Gibt es einen Nachlaß, bei dem die Erben sich nicht einigen können, müssen sie dem Rabbiner zur Regelung heranziehen. Sollte jemand einen Andern dazu heranziehen, so ist er verpflichtet, dem Rabbiner zu zahlen, was er bekommen hätte, wenn er die Sache geordnet hätte und soll gestraft werden.

Am Sabbath, am ersten Tage Roschhaschana, am Jomkipur, am ersten Tage Pessach und Sukoth und an jedem Mathnath Jad[183] ist der Rabbiner als dritter[184] zur Thora aufzurufen. Geschäfte mit Waren oder Geldgeschäfte auf Pfand oder ohne Pfand bis 100 Reichsth. an einen Schuldner auf einmal darf der Rabbiner nicht machen; von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

100 Reichsth. aufwärts darf er leihen. Wenn aber ein Gemeindemitglied mit ihm beteiligt ist, darf er Geschäfte machen, wie er will. Andere Geschäfte wie Juwelen und dergleichen darf er betreiben ohne Steuern und Abgaben an die Gemeinde zu zahlen. Sollte, Gott behüte, jemand auch nur von seinen Hausleuten sterben, so braucht der Rabbiner für das Grab nicht das Mindeste zu zahlen.

Jeden Monat hat der Rabbiner die Kinder zu beaufsichtigen, die Gemara lernen, und sie durch den Schamasch berufen zu lassen, um zu sehen, ob die Lehrer ordentlich unterrichten; die Gemeindemitglieder sind verpflichtet, die Jünglinge zum Rabbiner zu senden.

Dies alles geschah im Einverständnisse der ganzen heil. Gemeinde, die von den Vorstehern und Führern liebevoll einberufen wurde, um die Krone wieder zu ihrem alten Glanze zu bringen; zur Ehre der Thora haben wir eigenhändig unterschrieben, hier in der heil. Gemeinde Hildesheim.

Ein Nachtrag! Wir sind verpflichtet, nachdem wir zwei Ethrogim für die Gemeinde ausgewählt haben, die anderen zur Wahl dem Rabbiner vorzulegen, und ihm den, den er wählt, unentgeltlich zu überlassen.

Mose Meisels halevi.
Elieser Sekel, Sohn des R. Nathan, sel. And.
Salomo Salman, Sohn des R. Jakob Chaim, sel. And.
Mose David, Sohn des R. Juda Leb, sel. And. aus Meseritz.
Samuel, Sohn ....
Juda Leb.
Efraim Fischel, Sohn des gelehrten Israel, sel. And.
David Werzburg.
David, Sohn des gelehrten R. Leb, sel. And. von Hameln.
David Schochet.
Israel, Sohn des R. Chajim Sofer, sel. And.
Baruch, Sohn des Mose Meisels halevi.
Herz b. d.
Mardochai, Sohn Menachem Mendel, sel. And.
Wolf, Sohn des R. Abraham Juda Leb, sel. And.
Simon, Sohn des R. Samuel.
Juda Leb, Sohn des Mose.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Drei Rabbinatsdiplome Oppenheims aus dieser Sammlung hat *Lewinsky* in Blätter für jüdische Geschichte und Literatur II, 29, veröffentlicht.

[2] Solche Ehrenrabbinate alter palästinensischer Gemeinden hatte auch Samson Wertheimer inne. Vgl. *Kaufmann*, Samson Wertheimer, 9.

[3] Oppenheims Nachfolger im mährischen Landesrabbinat, B. Berusch Eschkeles, verwaltete das Landesrabbinat tatsächlich von Wien aus.

[4] Ein Beispiel derartiger Rabbinatsbriefe bietet der von *Grunwald* veröffentlichte Rabonusbrief des R. Jonatan Eibeschütz seitens der Gemeinde Altona. Blätter f. jüd. Gesch. u. Liter. IV, 102.

[5] Die treffendste Charakteristik des Musivstiles bietet *David Kaufmann* a. a. O. S. 58: „witzig und anspielungsreich, vorzüglich durch R. David Oppenheim zu Blüte und Überreife gebracht, kaleidoskopartig unruhig, talmudischer Musivstil, der wie mit einem Ringelreigen geflügelter und flügellahmer Zitate den Leser betäubt; die Sätze sind fertige bekannte und entlegene Stellen aus dem Talmud, die sich verschränken und verketten, weil das Prädikat des einen im nächsten als Subjekt auftritt, Ringe gleichsam, an denen der Gedanke sich fortgreifend weiterschwingt."

[6] Die Abkürzungen für die Zugehörigkeit zur Priesterfamilie habe ich mit Kaz, zum Stamme Levi mit s. g. l. oder s. l. wiedergegeben.

[7] Speziell die Unterschriften auf Urkunde VII lassen sich teilweise leicht identifizieren durch Vergleich mit *Lewinskys* „Zur Statistik der jüdischen Bevölkerung in Stadt und Hochstift Hildesheim im 18. Jahrhundert", Blätter f. jüd. Gesch. u. Liter. III, 113, 150, 169.

[8] Vgl. Urkunde VI bez. Wiedervereinigung dieser beiden Funktionen in der Person Oppenheims.

[9] In großen Gemeinden, speziell in Prag gab es gleichzeitig eine Reihe von Jeschiwoth, die aber privaten Charakter hatten.

[10] Urkunde II unterscheidet auch ausdrücklich zwischen Beth din more schawa und Beth din raba.

[11] Auf diese Spezialisierung eines der vier Rabbinatskollegien deutet der Passus in Urkunde II.

[12] In den meisten anderen Gemeinden gab es nur einen Rosch hakahal, der also dem Primas in Prag entspricht. Daß in Prag fünf Rosche hakahal waren, ist auch ersichtlich aus *Megillat Samuel*, S. 6. Der Primas war einer der 5 Rosche hakahal.

[13] Wie verschieden die Titel der Gemeindefunktionäre übersetzt werden, sieht man an dem Beispiele zweier hervorragender Kenner der Materie, wie *Löwenstein* in Blätter f. jüd. Gesch. u. Liter. V, 91, Der Tub hakahal mit Gemeinderat, und *Hock* in Galed N 105, N 159, mit Gemeinderepräsentant wiedergeben.

[14] Die Abkürzung „B. T." ist hier durchgehends „Baal Tebah" aufzulösen, obwohl sie sonst auch für „Baal Tekana" gebräuchlich ist, das heißt für diejenigen Mitglieder, die ihres Alters und der Gelehrsamkeit wegen von einer Korporation dazu ausersehen waren, neue Tekanoth, neue Verordnungen zum Zwecke der Förderung der Ziele der Korporation zu verfassen. Diesen Grad gab es auch bei der Prager Chewra Kadischa, allerdings hatte ihn der Inhaber nur ein Jahr und war verpflichtet während dieses Jahres eine Tekana einzubringen.

[14a] Bei den sefardischen Juden war der Titel memunim auch memune haseman, wie aus den Responsen der in sefardischen Gemeinden lebenden Autoren hervorgeht der Titel der eigentlichen Vorsteher; bei ihnen gab es auch zumindest bei der Gemeinde Smyrna 12 Tube hakahal. (Vgl. z. B. Responsen Schaar Efraim 68, 72; dann letoldoth meuraot Sabatai Zebi S. 8f.). Neben Jkure hakahal findet man bei den Sefardim auch ‚Die 4 mejuchadim bair".

[15] Der Tandelmarkt lag außerhalb der Judenstadt, vor dem Gallikloster, ungefähr wo heute die städtische Sparkasse steht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[16] Es gab sogar einen speziellen Stadlan detefussim, einen Stadlan, der sich der Gefangenen anzunehmen hatte.

[17] *Auerbach*, Geschichte der Juden in Halberstadt, S. 21; ich bringe die etwas gekürzte Fassung bei Brisch, Geschichte der Juden in Köln II, 113.

[18] Das hohe Ansehen das mit dieser Stellung verbunden war geht z. B. daraus hervor, daß der 1674 verstorbene Sofer neeman Abraham Pories vorher Rabbiner in Kolin gewesen, daß der schamasch neeman Henoch Altschul der 1633 starb, ein bedeutender Gelehrter war und den „Brandspiegel" verfaßt hat.

[19] „Das Netz ist ausgebreitet" bedeutet soviel wie „das Rabbinat erstreckt sich". Es wird gebraucht wenn ein Rabbiner wohl gewählt war, aber seine neue Stelle noch nicht angetreten hatte, oder wenn es sich um ein Ehren- oder Titularrabbinat handelte, oder aber, wenn ein Rabbiner zwei Stellen vereinigte, wie es häufiger vorkam, daß ein Mitglied des obersten Rabbinatskollegiums in Prag gleichzeitig das Rabbinat in einer Provinzgemeinde (Kolin, Raudnitz) verwaltete.

[20] und [21] vgl. Einleitung.

[22] Samuel Tausk, vgl. *Hock*, Familien Prags, S. 145a, starb 484 (1724), war Primas der Prager Gemeinde gewesen, wie schon sein Vater Isak Sachsel Tausk. (Vgl. *Hock* in Jüd. Centralbl. III, S. 97f.) Samuel Tausk wurde auf Verleumdungen hin verhaftet, darauf aber vollständig rehabilitiert. Zur Erinnerung daran schrieb (wohl sein Verwandter) Chajim Tausk die Megilath Samuel, die sehr viel Biographisches enthält, vor allem die Verdienste Samuel Tausk's um die Wiedereröffnung der nach dem Brande 1689 durch zwölf Jahre geschlossenen Altschul, um die Steuerveranlagung der Prager Gemeinde, um die Herausgabe gewisser Meisel'scher Vermögensbestandteile.

[23] Mose Chajim mesia Rosch hakahal starb 1709; der Name mesia wird gedeutet als Abkürzung von misera juhudim anusim, vom Stamme der Marannen. *Hock*, a. a. O. 137b; Galed N 83, nach Megillat Juchassin, S. 13, ein Urenkel des hohen Rabbi Löw, überaus fleißig und groß in der Thora, Rabbiner der Pinkasschul und Vorsteher der Gemeinde, auch erwähnt bei *Grunwald*, Samuel Oppenheimer, S. 332.

[24] Selig Lipochowitz, Rosch hakahal und Primas der Chewra Kadischa. *Hock* a. a. O. 195a; starb 477 (1717).

[25] Jakob Jeruschalmi nach Megilat Juchasin S. 11 (ich zitiere meine deutsche Ausgabe) ein Urenkel des hohen Rabbi Löw, 24 Jahre lang Rosch hakahal starb 472 (1712), *Hock* a. a. O. 173a, erwähnt in Megillat Samuel, S. 17.

[26] Meir Kadisch, Gelehrter, Rosch hakahal, Schwiegersohn des Gaon Feiwel Teomim, Rabbiners in Przemysl, erwähnt in Megilat Samuel, S. 21, starb 480 (1720), *Hock* a. a. O. 304a.

[27] Der gelehrte, angesehene Führer Leb Karpeles „Tob hakahal", zur Zeit der Unterschrift blind, starb 485 (1725), *Hock* a. a. O. 332a.

[28] Wahrscheinlich Sohn des 452 (1692) gestorbenen Lieberman, Sohnes des gelehrten Abraham Lasch. *Hock* a. a. O. 193b; er wird auch erwähnt in Megilat Samuel, S. 17.

[29] Der vornehme Führer Aber Schnirdrer starb als „Tob hakahal" 481 (1721), *Hock* a. a. O. 377b.

[30] Der greise, vornehme Pinchas Wien, Sohn des Simcha Zoref aus Wien, starb als Tob hakahal 478 (1718), *Hock* a. a. O. 111a.

[31] Ascher Fauwers, Ikar hakahal, starb 482 (1722). *Hock* a. a. O. 261a.

[32] Der hochbetagte, vornehme Salkind Schabla, Ikar hakahal, starb 487 (1727); er war mehr als 40 Jahre Vorsteher der Hochschul. *Hock* a. a. O. 361b.

[33] Der greise Altmann der Chewra Kadischa, der gelehrte Jakob Grünhut, der durch 40 Jahre Führer war, war Ikar hakahal; er starb 487 (1726), *Hock* a. a. O. 74b. — [34] Mardochai Basch Edels starb 462 (1702), *Hock* a. a. O. 59b.

[35] Schmelke Schmelkes, Ikar hakahal, Vorsteher in der Neuschul, starb 471 (1710), *Hock* a. a. O. 368IIb.

[36] Der vornehme, wohltätige Gadel Schamasch, Mitglied der Chewra Kadischa, Ikar hakahal, starb 468 (1707), Galed Nr. 156.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[37] Der greise, gelehrte, ausgezeichnete Josef Chajoth, Ikar hakahal, Sohn des Vorstehers und Rabbiners, des Gaon R. Isak Chajoth, Enkel des Verfassers des Ape rabrebe und Ape sute, starb 495 (1735), *Hock* a. a. O. 130a.

[38] „heilig" ist der Hinweis auf einen Märtyrertod oder doch mindestens gewaltsamen Tod.

[39] Der Vater, der gelehrte R. Todros, der 459 (1699) im Alter von 78 Jahren starb, war Gabai dematha, *Hock* a. a. O. 49a.

[40] Der gelehrte Chajim Raudnitz, Ikar hakahal, starb 472 (1712), *Hock* a. a. O. 339a.

[41] Abi Eser Selig Singer, Ikar hakahal, starb 481 (1721), *Hock* a. a. O. 121b; er wird erwähnt in Megilat Samuel S. 21, er unterzeichnet die Tekanot der Chewra Kadischa 477 (1727).

[42] Bei dem Tode seiner Frau Esterl 479 (1719), *Hock* a. a. O. 184, wird der sie überlebende Baruch „Ikar hakahal" genannt.

[43] Auf dem Grabsteine seines Sohnes Jechiel Michel 498 (1738) wird Jeidel Mislap als Ikar hakahal sel. And. bezeichnet.

[44] Der gelehrte Baruch Osers, „Ikar hakahal", starb 473 (1713), *Hock* a. a. O. 242a.

[45] Hirsch Libna, Ikar hakahal, starb 465 (1705); er war auch Synagogenvorsteher. *Hock* a. a. O. 186b.

[46] Der vornehme Jakob Elieser, genannt Lase Bumsla, starb 496 (1736) im Alter von 90 Jahren, *Hock* a. a. O. 32b.

[47] Diese Überschrift kann sich auf die folgenden zehn Unterschriften beziehen.

[48] Hirsch Raudnitz, Vorsteher der Chewra Kadischa, starb 473 (1713), *Hock* a. a. O. 331a; er fertigt die Tekanot der Chewra Kadischa 457 (1697).

[49] Chajim Friedland, Bal Teba, starb 466 (1706); er war der Sohn des Landesvorstehers von Böhmen, R. Nathan Friedland, und wird auch bei *Grunwald*, Samuel Oppenheimer S. 309 als Joachim Friedland erwähnt.

[50] Isachar Bumsla, Tob hakahal, Mitglied der Chewra Kadischa, Vorsteher der Zigainerschul, großer Stadlan, starb 468 (1708), *Hock* a. a. O. 31a. Über seine außerordentlichen Verdienste, besonders um den Wiederaufbau der Zigainerschul nach dem Brande 1689, vgl. *Deutsch*, Die Zigeiner, Großenhof und Neusynagoge, S. 13f. — [51] Der vornehme Mose Tausk starb 470 (1710), *Hock* a. a. O. 144b.

[52] Der vornehme Chajim Tausk, Bal Teba, starb 476 (1716), *Hock* a. a. O. 145a.

[53] Der vornehme Chajim Auerbach, Bal Teba, starb 482 (1722), *Hock* a. a. O. 7a; Vorsteher der Zigeinerschul, vgl. *Deutsch* a. a. O. 15.

[54] Der vornehme Benjamin Utitz, Bal Teba, Vorsteher der Altschul, starb 466 (1706), *Hock* a. a. O. 4a.

[55] Der gelehrte Isachar Tomerls, Vorbeter und Vorleser der Altneuschul, starb 493 (1733), *Hock* a. a. O. 387b.

[56] Joel Tausk starb 474 (1713), *Hock* a. a. O. 144b.

[57] Ascher Anschel Wiener, gehörte zu den Wiener Exulanten, war Vorsitzender des obersten Rabbinatskollegiums und Rabbiner der Zigainerschul; er starb 474 (1714); vgl. *Deutsch* a. a. O. 15f.

[58] Mathithjahu Liebermann wird auf seinem Grabsteine 10. Schebat 469 (1709) als ausgezeichnet durch Thora und Frömmigkeit, als heiliger Mann bezeichnet; er war Mitglied des obersten Rabbinatskollegiums und verfaßte das Buch Mathithja.

[59] Der Gaon Jomtob Bondi war Mitglied des obersten Rabbinatskollegiums und gewählt als Rabbiner in Proßnitz und Umgebung; er verfaßte talmudische Novellen und Responsen und hielt in der Hochschul Deraschoth. Er starb 489 (1729), *Hock* a. a. O. 26b.

[60] Meir Lasch, gabai dematha, Mitglied der Chewra Kadischa, starb 476 (1716), *Hock* a. a. O. 193b.

[61] Jechiskia Karpeles, über 45 Jahre gabai dematha, starb 491 (1730); es wird ihm großer Reichtum nachgerühmt, *Hock* a. a. O. 332b.

[62] Ber Zoref, gabai dematha, starb 487 (1727), *Hock* a. a. O. 298a.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[63] Der vornehme Aron Kaz Reiterls starb 473 (1713) als Rosch hakahal; er wird auch erwähnt in Megillat Samuel S. 19. Letztwillig verfügte er die Widmung eines Perocheth für die Altneuschul, die sein Sohn Leb 487 ausführte, *Hock* a. a. O.

[64] Der greise, vornehme, gelehrte Israel, Sohn des Gaon Nechemja Feiwel Duschenes aus dem Hause Levi-Horwitz, starb 489 (1729), *Hock* a. a. O. 78a. Der Vater, Verfasser talmudischer Werke, starb 1648; vgl. Galed Nr. 102.

[65] Des gelehrten Anschel Ginzburg's Frau, die ihren Mann überlebte, starb 504 (1744), *Hock* a. a. O. 67b.

[66] Der vornehme Leser Wien, Rosch hakahal, der als „rosch limedabrim" als erster Wortführer bezeichnet wird, starb 479 (1719), *Hock* a. a. O. 111a; er wird auch erwähnt in Megilat Samuel S. 17.

[67] Der vornehme, gelehrte Führer und Vorsteher Salman Jomtob (Bondi) starb hochbetagt 493 (1732); er war der Vater des Gaon Jomtob Bondi (Anm. 51); ihm wird großes talmudisches Wissen nachgerühmt. Er spendete eine Thorarolle und Paramente.

[68] Mose Jitschin ist wohl, wie *Kaufmann* meint, der Tuchhändler Mose Gitschin, dem 1712 hebräische Bücher konfisziert wurden (Hamaskir VI, 37); er unterschreibt die Tekanot der Chewra Kadischa 486 (1726). Beim Tode seiner Tochter Serche 478 (1718), *Hock* a. a. O. 170a, wird er als der „Vornehme" bezeichnet.

[69] Der Führer Hirsch Klaber, Bal Teba und Gabai dematha, starb 497 (1737), *Hock* a. a. O. 317a. Vgl. auch *Grunwald* a. a. O. 335.

[70] Der 505 (1745) verstorbene Hirsch Kazenelpogen, *Hock* a. a. O. 324b, scheint ein Bruder Liebermanns zu sein.

[71] Noa Juda Leb Tausk, Sohn des vornehmen Chajim Fauwer, stirbt 496 (1736), *Hock* a. a. O. 146a.

[72] Simon Wolf Chefez, wohl der Sohn des 471 (1710) verstorbenen vornehmen und gelehrten Wolf Chefez, Mitglied des hohen Rabbinatskollegiums, *Hock* a. a. O. 133a. – [73] Samuel Nachod starb vor 468 (1708), *Hock* a. a. O. 236b.

[74] Der beglaubigte Schreiber Straschitz begenet uns in sonstigen Eintragungen 466 bis 474 (1706 bis 1714).

[75] Mose Pories, Sofer dematha, starb 472 (1712). Der Name Jsachar wurde ihm vielleicht altem Brauche gemäß, während einer Krankheit beigelegt. Sein Vater Abraham war Rabbiner in Mähren, in Kolin und zuletzt Mitglied des Rabbinatskollegiums und Sofer dematha in Prag. *Hock* a. a. O. 266b; vgl. Anm. 18.

[76] Der greise Simon Ginzburg starb 480 (1720), *Hock* 67a; er führte wohl im Aufzuge 1716 die Gruppe der Schreiber, da Mose wohl ein Fehler ist, da Mose nicht Schreiber war; s. Anm. 114.

[77] Jakob, Sohn des gelehrten Rabbiners Josef Rescher, der sich auch nach seinem Schwiegervater, dem berühmten Prager Gemeindevorsteher Hirsch Backofen, Josef Backofen nannte. Jakob Rescher war ein Schüler des Prager Oberrabbiners Simon Spira, dessen Enkelin die Tochter des böhmischen Landesrabbiners Wolf Spira er heiratete. Er war Mitglied des hohen Rabbinats in Prag, wurde 1713 Rabbiner in Worms, 1719 in Metz, wo er 1733 starb. Unter seinen zahlreichen gedruckten Werken ist vor allem sein Responsenwerk Schebuth Jakob, dann Minchath Jakob und Chok Jakob hervorzuheben. Seine Frau war die Schwester der zweiten Frau David Oppenheims; sein Sohn war Rabbiner in der Pfalz, in Raudnitz und Dajan in Prag; Galed 98. Der Name Bakofen dürfte wohl ein Herkunftsname sein und die Abstammung aus Bakov bei Turnau andeuten.

[78] Der Vater Sinai, Mitglied des Rabbinats in Prag, bei *Hock* 340b s. a. vgl. dazu auch ibid. 336b i. a. 397, 339a i. a. 472.

[79] Baruch Austerlitz, Darschan (Prediger) und Vorsteher in Prag, Rabbiner der Chewra Kadischa in Prag, gleichzeitig Rabbiner in Kolin, Schwiegersohn des Primators Samuel Sachsel Taussig (vgl. Anm. 22). Rabbiner in Eisenstadt, wo er 510 (Ende 1749) starb.

[80] Simon Jeiteles, Tob hakahal, starb 498 (1738), *Hock* a. a. O. 167a.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[81] Josef Backofen, Vater Jakob Rescher Backofens, Anm. 77.

[82] Bei dem Tode seiner Tochter Rechele 474 (1714), *Hock* a. a. O. 144b, wird der gelehrte Hirsch Tausk als schon verstorben bezeichnet; sein Vater Kalman, der bereits 440 (1680) verstorben war, *Hock* a. a. O. 141b, wird als „der große Rabbiner" bezeichnet.

[83] Der gelehrte Aron Austerlitz starb 501 (1741), *Hock* a. a. O. 6a; vgl. auch *Grunwald* a. a. O. 334.

[84] Meir Bresnitz starb 474 (1713), *Hock* a. a. O. 59a; der Vater Kalonymos führt den Namen Pisk Bresnitz.

[85] Der Vater David Kaunes Ulmo wird auf dem Grabsteine Primas genannt; er starb hochbetagt 473 (1713).

[86] Die Überschrift bezieht sich wohl auf die fünf folgenden Unterschriften.

[87] Der gelehrte Simon Wolf Neustädtel, Mitglied des hohen Rabbinatskollegiums, starb 474 (1714), *Hock* a. a. O. 228a.

[88] Der gelehrte Nechemja Raudnitz, Mitglied des hohen Rabbinatskollegiums, starb 472 (1712); dem Rabbinatskollegium gehörte er bereits 443 (1683) an (Approbation zu Sichron Aron Prag 1683).

[88a] Vielleicht identisch mit dem gelehrten Gedalja Dajan, der beim Tode seiner Frau 467 (1707) noch lebte. Hock a. a. O. 78a.

[89] *Hock* a. a. O. 279a bringt zum Jahre 449 (1689) eine Notiz, die aber, wie schon *Kaufmann* ibidem bemerkt, nicht als Grabinschrift aufzufassen ist, sondern als Unterschrift Ber Perlhefters als Korrektor eines in diesem Jahre erschienenen Werkes. Wie aus den Angaben Perlhefters als Korrektor des Schulchan Aruch Jore Dea (Prag 1694) hervorgeht, war er um diese Zeit Dajan in Prag, sein damals schon verstorbener Vater Leb, Rabbiner in Teplitz gewesen, sein Großvater hatte sein Leben als Rabbiner in Eibenschütz in Mähren beschlossen. Ber Perlhefter begegnen wir noch 470 (1710) als Dajan in Prag *(Hock* 279b).

[90] Der gelehrte Uri Lipman Schüttenhofen, Schreiber des Rabbinatskollegiums *(Hock* a. a. O. 82a i. a. 487), war der Schwiegersohn Jecheskia Feiwel Dajans.

[91] Leb Reiterls, Rosch hakahal, starb 502 (1742), *Hock* a. a. O. 353b, vgl. Anm. 63.

[92] Der gelehrte Kalman s. g. l. Austerlitz war Gabai der Talmud Thora; er starb 478 (1718), *Hock* a. a. O. 5b.

[93] Wolf ist der Sohn des Rabbiners Libermann; vgl. Anm. 58.

[94] Die stereotype Eulogie, die dem Namen Jerusalem beigefügt wird „erbaut und begründet werde es bald in unsern Tagen" lasse ich durchwegs weg.

[95] Meschulach „Sendbote" ist die offizielle Bezeichnung für die Gelehrten, die sich der großen Mühe unterzogen, von Zeit zu Zeit nach Europa zu reisen um die gesammelten Gelder für das Heilige Land zu übernehmen oder in besonders kritischen Zeiten besondere Sammlungen zu veranlassen. Wahrscheinlich hat auch ein solcher Sendbote Oppenheim das Rabbinatsdiplom überbracht; vgl. hiezu *Kaufmann* a. a. O. 10, Anm. 1.

[96] Der Name Simon Ginzburg ist in Prag sehr häufig; es findet sich auch ein David, ein Tewel; übrigens ist allerdings später ein Rabbiner Mose Ginzburg von Prag nach Jerusalem ausgewandert, hat aber sein Ziel nicht erreicht. Es ist also wahrscheinlich, daß David Tebel Ginzburg zu den Prager Ginzburgs gehört.

[97] Salomo Sohn Josef Zorefs, der 447 (1687) in Prag stirbt, *Hock* a. a. O. 296a, ist wahrscheinlich sein Vater.

[98] Der bekannte Prager Oberrabbiner, der 1679 starb; vgl. Galed Nr. 31.

[99] Der gelehrte Nechemja Feiwel Kaz Fanta, Stadlan, berühmter Führer, Rosch hakahal, Mitglied der Chewra Kadischa, starb 483 (1723), *Hock* a. a. O. 277a.

[100] Elia Strakonitz, sofer neeman, starb 480 (1720), *Hock* a. a. O. 239a.

[101] Beim Tode seiner Tochter Patschele 465 (1705) war Mendl Izels Ikar hakahal, *Hock* a. a. O. 14b.

[102] Herschl Ethroger, Ikar hakahal, Mitglied der Chewra Kadischa, starb 473 (1713), *Hock* a. a. O. 26a.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

103 Abraham Kinspurg, Ikar hakahal und Vorsteher der Synagoge „Klausen", starb 478 (1718), *Hock* a. a. O. 66b; seine Unterschrift in den Tekanoth der Chewra Kadischa 457 (1697).

104 Mordechai Gumprecht Leitmeritz, Stadlan, Prokurator und Wortführer, war Sekretär der Vorsteher; er starb 480 (1720), *Hock* a. a. O. 191a; er wird auch erwähnt in Megilat Samuel S. 21.

105 Wolf Karpels, der beglaubigte Schreiber der Prager Gemeinde, starb 477 (1717), *Hock* a. a. O. 331b.

106 Moses Meir Perls, sofer neeman – beglaubigter Schreiber –, war eines der angesehensten Mitglieder der Prager Gemeinde, sogar erster Vorsteher der Chewra Kadischa. Aus einer vornehmen Gelehrtenfamilie stammend, war er mit bedeutenden, zeitgenössischen Rabbinern verwandt. Er war lange Jahre Sekretär und Vertrauensmann Samson Wertheimers gewesen *(Kaufmann* a. a. O. S. 56) und wird von zeitgenössischen Autoren mit den Ausdrücken höchster Wertschätzung zitiert (z. B. Teudath Salomo 10b); er verfaßte eine Reihe von Werken, von denen besonders sein Kommentar zur Thora gerühmt wird; im Drucke erschien nur Megilat Sefer. Er starb 499 (1739), *Hock* a. a. O. 280b.

107 Mordechai Fanta ist der Sohn des mährischen Landesrabbiners, des Gaon Elieser Mendl Fanta, der in Prag auch Gemeindevorsteher war; er starb hochbetagt 494 (1734), *Hock* a. a. O. 277b.

108 Beim Tode seiner Tochter Vögele war der gelehrte sofer dematha Hirsch Wahle bereits gestorben, 482 (1722), *Hock* a. a. O. 104a.

109 Mose Prokurator, oder wie der Name hebräisch lautet: Meliz, war 472 (1712) noch am Leben, 481 (1721) aber schon gestorben; *Hock* a. a. O. 214a.

110 Isak s. g. l. Brandes überlebte seinen 483 (1722) gestorbenen Sohn Mose Leb, *Hock* a. a. O. 56a.

111 Mendl s. g. l. Freschls starb betagt 485 (1724), *Hock* a. a. O. 290b.

112 Der vornehme Jekel, Sohn des gelehrten Jecheskia Taussig, Gabai dematha, starb 474 (1714), *Hock* a. a. O. 144b.

113 Meschulam, genannt Kaufman Jitschin, Sohn des Meir halevi Epstein, mehrere Jahre Ikar hakahal, starb 478 (1718), *Hock* a. a. O. 248a.

114 Mose Kinsburg starb 476 (1716), *Hock* a. a. O. 66b, vgl. Anm. 76.

115 Der greise Isak Tchorsch (Torsch) s. g. l. Horwitz, Ikar hakahal, starb 490 (1729), *Hock* a. a. O. 155a.

116 Samuel Dewedls, memune birechob, Gasseninspektor, starb 477 (1717), *Hock* a. a. O. 83a. – 117 baal horaah = der die Entscheidungen trifft, Rabbiner.

118 Isak s. g. l. Moschels Schulhof, Mitglied des obersten Rabbinats, starb im hohen Alter 493 (1733), *Hock* a. a. O. 201a. Er machte die Erstürmung Ofens 1686 mit, seine Frau, die Tochter des berühmten damaligen Rabbiners von Ofen Rabbi Efraim, des Verfassers der Responsen Schaar Efraim, wurde hiebei getötet, er selbst gefangengenommen und dann von Samson Wertheimer ausgelöst. Seit dieser Zeit fügte er seiner Unterschrift den Zusatz zu „ein Scheit, das gerettet wurde aus dem Brande Ofens". Später, nach dem Tode seines Vaters Salman Moschels, der mit seiner Mutter gemeinsam, dem Brande von 1689 zum Opfer fiel (vgl. *Lieben*, Die Brandkatastrophen der Prager Judenstadt), trat er an die Stelle seines Vaters ins oberste Rabbinatskollegium ein. Von dieser Zeit ab pflegte er seine Unterschrift zu erweitern „ein Scheit das gerettet wurde aus dem Brande Ofens und dem Brande Prags". Isak Moschels war mit den vornehmsten Familien der Judenheit verschwägert (vgl. Megilat Juchasin, S. 17).

119 Wohl der 495 (1735) gestorbene vornehme, gelehrte Selig, Sohn des Aba Mari Gans aus Bischitz, der mehr als 40 Jahre Vorsteher der Hochschul war; *Hock* a. a. O. 69a. – 120 Der gelehrte, vornehme Jakob s. g. l. Brandes starb 478 (1718), *Hock* a. a. O. 56a.

121 Salomos Vater Chanoch N. Ch. ist wohl der Sohn des bereits 423 (1663) verstorbenen Leser N. Ch., der seinen Sohn nach seinem Schwiegervater Chanoch aus Bresnitz benannt haben mag; *Hock* a. a. O. 226a.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[123] Simon Schnirdrer überlebt seinen Schwiegersohn, den 486 (1726) gestorbenen Juspa Zoref; *Hock* a. a. O. 377b.

[124] Der vornehme, gelehrte Leser Chajoth ist beim Tode seines Sohnes Simon 492 (1731) Bal Teba, *Hock* a. a. O. 130a.

[125] Moses Karpels, Ikar hakahal und Primas der Chewra Kadischa, der an den hohen Feiertagen auch ehrenhalber vorbetete, starb 497 (1737), *Hock* a. a. O. 333a. Seine Unterschrift befindet sich auf den Tekanoth der Chewra Kadischa 457 (1697).

[126] Chajim Pschibrum ist seiner 493 (1733) verstorbenen Frau im Tode vorangegangen, *Hock* a. a. O. 340a.

[127] Samuel Helman, der fromme Rabbiner, der ausgezeichnete unter den Mitgliedern des obersten Rabbinatskollegiums, von dem eine Reihe von Approbationen zu zeitgenössischen Werken stammen, starb 456 (1696), *Hock* a. a. O. 95b.

[128] Sinai, Mitglied des hohen Rabbinatskollegiums, starb 473 (1713), *Hock* a. a. O. 228a.

[129] Der gelehrte Juda Leb Kaz Raudnitz starb 474 (1713), *Hock* a. a. O. 339a.

[130] Benjamin dürfte der bei *Hock* 365b erwähnte, 480 (1720) bereits verstorbene Benjamin Dajan sein, dessen Vater Josef, der dort 458/479 (1698/1719) verstorbene Josef, Mitglied des obersten Gerichtshofes.

[131] Der ausgezeichnete Gelehrte Noa Karpeles starb 474 (1713), *Hock* a. a. O. 331a.

[132] Eine Schwester (?) Mirjam, bei *Hock* 247a, 458 (1648); der Hinweis auf Krakower, wo ein Isak, Sohn des Juda Leb Krakower aus Wien, gestorben 460 (1700) verzeichnet ist, gründet sich darauf, daß Mirjam Epstein und Isak Krakower einen gemeinsamen Grabstein haben (wie die gleiche Nummer 8165 anzeigt); sie dürften also verwandt sein. Gegen eine Identifikation Isak Epsteins mit Isak Krakower spricht das Todesjahr. Auch die Verwandtschaft unseres Isak mit Mirjam scheint nicht sicher, da der Vater Mirjams als „gelehrt und fromm" bezeichnet wird.

[133] Der hochgelehrte Mose Perels, Sohn des Meir (Anm. 106), war Vorsteher der Chewra Kadischa, hat durch fast 50 Jahre Deraschoth (religiöse Vorträge) abgehalten, ist wohl der Verfasser des 1739 in Prag erschienenen Mischmereth habajith; er starb 517 (1757), *Hock* a. a. O. 281b.

[134] Jakob Duschenes Levi Horwitz war Ikar hakahal, starb 494 (1734), *Hock* a. a. O. 78a; bei *Grunwald* a. a. O. 337 wird er als Beisitzer zitiert.

[135] Samuel Schlackewerth, der Sohn des 1694 verstorbenen Aron Schlackewerth, des Schwiegersohnes des Rabbiners Simon Spira; Galed Nr. 159.

[136] Vielleicht Sohn Selig Singers (Anm. 41).

[137] Der Vater Simon Jeitels, gestorben 423 (1663), wird als Rabbiner von umfassendem Wissen, Mitglied des obersten Rabbinatskollegiums in Prag und Rabbiner in Raudnitz bezeichnet; *Hock* a. a. O. 165a. Eine Tochter des vornehmen Jona stirbt bei seinen Lebzeiten 442 (1682), ein Enkel 493 (1733), *Hock* a. a. O. 167a. Beim Tode des Enkels wird der bereits verstorbene Jona Jeitels als der vornehme und gelehrte Vorsteher bezeichnet.

[138] Der gelehrte Jakob – Jokew – Pschibrum Baal Teba starb vor seiner 479 (1718) gestorbenen Tochter Serche, *Hock* a. a. O. 292b, überlebte aber seine 470 (1710) gestorbene Frau.

[139] Mose Isak Knina, Tob hakahal, Baal Teba, Gabai dematha, Vorsteher der Chewra Kadischa, erreichte ein hohes Alter, starb 496 (1735), *Hock* a. a. O. 320a. Die Grabschrift rühmt ihm nach, daß er mehr als 34 Jahre Gabai dematha gewesen und sich mit Gaonim verschwägert habe, ferner daß er ein kostbares gold- und silbergesticktes Perocheth und ein Sefer Thora mit Silberschmuck gewidmet habe. Er wurde mit seinen Kollegen wegen des schlechten Zustandes der Fahne in der Altneuschul in Strafe genommen. Den Namen Mose scheint er erst später erhalten zu haben; vgl. Anm. 75.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

139 Der vornehme Leb Freund, Baal teba und Gabai dematha, starb 482 (1722), *Hock* a. a. O. 287a.

140 Der angesehene, gelehrte Hirsch Liberls, sofer dematha, starb 492 (1732), *Hock* a. a. O. 189a.

141 Der vornehme, gelehrte Salomo s. l. Sohn des vornehmen Mose Freschel aus Wien, starb 474 (1714) im Alter von 80 Jahren; *Hock* a. a. O. 290a; er war Vorsteher in der Zigainerschul; vgl. *Deutsch* a. a. O. 15.

142 Der gelehrte Uri Schraga Feiwesch Jeitels starb 490 (1730); *Kaufmann* identifiziert ihn mit Feischel Jeitels, bei dem die 1712 konfiszierten hebräischen Bücher aufbewahrt waren, *Hock* a. a. O. 167a.

143 Der Vater des vornehmen Wolf Klaber starb 467 (1707), *Hock* a. a. O. 316a. Eisik ist ein Bruder von Hirsch (Anm. 69).

144 Benjamin Wolf s. g. l. Brandes starb 479 (1719), *Hock* a. a. O. 56a. Die Grabschrift rühmt ihn als „raschen Schreiber, im Rechnen bewandert"; er war der Schwiegersohn des Gaon Feiwesch Lasch und wird 1724 erwähnt bei *Grunwald*, Samuel Oppenheimer, S. 334.

145 Der Vater Josua starb 424 (1664), *Hock* a. a. O. 11a.

146 Der gelehrte Mose Utitz starb betagt 491 (1731), *Hock* a. a. O. 4a.

147 Beim Tode seiner Frau Hindele war Israel Kaz Chasan bereits verstorben; *Hock* a. a. O. 128a.

148 Nechemja Feiwel Kaz Fanta, sehr vornehm, Stadlan, großer Führer, Mitglied der Chewra Kadischa, Rosch hakahal, starb 483 (1723); ein Sohn Samuel im gleichen Jahre, ein Sohn Josef 493 (1733), *Hock* a. a. O. 277a, b.

149 Josua Kuh starb 489 (1729), *Hock* a. a. O. 307a.

150 Wohl der den Namen seines Großvaters tragende Sohn des gelehrten Isachar Ber Tomerls (Anm. 55).

151 Salomo Chalisch Kohen, Vorstand der Synagoge „Klausen" bemühte sich um den Aufbau dieser Synagoge nach dem Brande 1689; er starb 479 (1729) im alter von 85 Jahren; *Hock* a. a. O. 132a.

152 Abraham Knina starb 504 (1744), *Hock* a. a. O. 320b; er ist der Sohn des Isak (Anm. 138).

153 Jona Theomim, Vorsteher der Pinkasschul, Enkel des Gaon Jona Theomim, Verfassers des Kikajon dejona, starb 479 (1719), *Hock* a. a. O. 386b.

154 Meir Schüttenhofen starb 497 (1737), *Hock* a. a. O. 364a.

155 Zebi Mischels ist der Bruder des 485 (1725) in hohem Alter verstorbenen Darschans (Prediger) Noa, *Hock* a. a. O. 212a.

156 Die Frau des ihr im Tode vorangegangenen Sekel Sofer stirbt 491 (1731), *Hock* a. a. O. 237b.

157 Vielleicht Moses Sohn des greisen Leb Abners, der 483 (1723) zu Lebzeiten seines Vaters starb und dem die Inschrift nachrühmt, daß er Mitglied der Chewra Kadischa gewesen.

158 Mardochai Karpels, der gelehrte Gabai dematha, starb 522 (1762), *Hock* a. a. O. 333b; wie *Kaufmann* bemerkt, erreichte er ein Alter von 77 Jahren, da er 1712 bei der Bücherkonfiskation 28 Jahre alt war.

159 Simson Katz starb 485 (1725), *Hock* a. a. O. 178a; er trägt den Namen seines Großvaters; vgl. Megilat Juchasin, S. 19.

160 497 (1737) stirbt die Frau des gelehrten Mose Abigdors; *Hock* a. a. O. 1a.

161 Der greise Perez, genannt Sabla, memuna birechob, „Gasseninspektor", starb 495 (1735), *Hock* a. a. O. 180b.

162 Der gelehrte Ensel Melamed starb in hohem Alter 485 (1725), *Hock* a. a. O. 245b.

163 Wahrscheinlich Israel, Sohn des heiligen Abraham Tausk, Gott räche sein Blut, der 504 (1743) gestorben ist, *Hock* a. a. O. 147a.

164 David Protiwin war der Schwiegersohn Tewels, Sohnes des gelehrten Lipman Chasan Kaz Popers.

165 Familienmitglieder Meir Petsches, bei *Hock* a. a. O. 278b.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

166 Die Frau des Meir Jeiteis stirbt bei seinen Lebzeiten 489 (1729), *Hock* a. a. O. 167a.

167 An der Spitze der Landesjudenschaft standen die Rosche Medina, die Landesvorsteher, an deren Spitze ein Primas der Landesjudenschaft. Die Vorsteher wurden von den Delegierten der Kreise gewählt; jeden Monat fungierte ein anderer, der sogenannte Monatsvorsteher oder Monatshalter.

167_a Für jeden Kreis gab es einen Gobe, wörtlich Einheber, d. h. einen verantwortlichen, ehrenamtlichen Vorsteher, der die Repartition der Steuersumme, die auf die einzelnen Kreise entfiel, im Einvernehmen mit den Vorstehern der Gemeinden des Kreises zu leiten hatte. Ich nenne diese Steuereinheber im weiteren Verlaufe Vorsteher.

168 Bunem aus Přestic ist der hochangesehene Landesprimas und Stadlan Simcha Bunem Ginzburg, Sohn des Führers Meir Gansman (aus Moldautein?); er starb 479 (1719) in Prag, *Hock* a. a. O. 70a.

169 Samuel Glate starb 451 (1691), *Hock* 68b.

170 Jekel Tausk, Gabai dematha, starb 474 (1714), *Hock* 144b.

171 Psakgeld, Entlohnung für einen Psak, eine Entscheidung.

172 Peine, Kreisstadt im Bezirk Hildesheim.

173 Tenaim rischonim, der bei der Verlobung aufgesetzte Ehevertrag, der „erste" genannt, im Gegensatz zu den bei der Verehelichung üblichen.

174 Chaliza. Ein Bruder eines kinderlos Verstorbenen muß durch die Chaliza, die den Verzicht auf die Schwagerehe ausdrückt, der Witwe die Möglichkeit einer Wiederverehelichung geben. Die Chaliza muß von einem erweiterten Rabbinatskollegium vollzogen werden, sie hat den Namen von dem Hauptteil des dabei vorgeschriebenen Rituals, dem Schuhausziehen.

175 Kethuba, die pflichtgemäße Verschreibung eines Betrages seitens des Bräutigams an die Braut, ohne die eine Ehe nicht rechtsgültig ist. Die Kethuba wird vor allem beim Tode des Mannes fällig und da haben die Erben das Recht, von der Witwe einen Eid zu verlangen, daß sie hinsichtlich des Betrages nicht schon bei Lebzeiten befriedigt wurde und auch nicht darauf verzichtet hat.

176 Zeugnis der Qualifikation als Schochet (Schlächter) ubodek (Untersucher).

177 Badkenen, Untersuchen der Lunge und der angrenzenden Bezirke.

178 Die von R. Jakob Weil verfaßten Regeln über Schlachten und Untersuchen galten und gelten noch heute als das Vademekum des Schlächters.

179 Chaber, Morenu, Ehrentitel die vom Rabbiner verliehen werden. Chaber in früheren Zeiten und auch heute noch in manchen Ländern nur an besonders würdige und fromme, Morenu nur an solche, bei denen zur Frömmigkeit große rabbinische Gelehrsamkeit hinzukam.

180 Es gilt als große Ehrung, an den hohen Feiertagen als Vorbeter oder gar als Schofarbläser am Neujahrstag fungieren zu dürfen. Diese Auszeichnung wurde nur den Würdigsten, d. h. den Frömmsten und Gelehrtesten schon Monate vorher übertragen, vgl. Anm. 124. Das wichtigste und heiligste Gebet, das Schlußgebet am Versöhnungstage – Neila –, gebührt dem Würdigsten, das ist der Rabbiner.

181 Hechscherbriefe, Atteste über rituelle Zuverlässigkeit.

182 Das heißt, um einen Eid zu vermeiden, wurde dem zum Eid verpflichteten die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung abgenommen, daß er, falls er falsch aussage, alle Folgen des Bannes auf sich nehme.

183 Mathnath jad, nach einem Satze der Thoravorlesung an den betreffenden Tagen, werden die Tage, an denen Seelengedächtnisfeiern stattfinden, so genannt.

184 Der „Dritte" ist in dem Falle der „Erste", weil satzungsgemäß der erste Aufruf dem Kohen, der zweite dem Levi gehört.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANHANG.

I.

Wahl zum Landesrabbiner von Mähren.

a) Text

ויהי בבקר ויצאו השרה למועד דוד — וילכוד דוד את מצודת ציון היא עיר דוד
כי"ד דוד הושיע את עמו ישראל — ואת בקיא"י עיר דוד ראיתם כי רבו

ודוד
נשיא עליהם
לעולם שכולו
אריך אבא"י תוא אתר
זקוקין דנורא תהלות
לדוד לשחמש בכסא — טוב — מזל
דמוקרא מיומא דין
ולעלם כתיב והתום
בחותמין זוכין לו
ארונינו נשיא אלקים
בתוכינו

ויהי עם לבב דוד לבנות לשם אלקי ישראל — בהר המורי' אשר נראת לדוד אשר הכין במקום דוד
ולו הי' לבבו שלם עם ה"י כלבב דוד — ויעמדו הלוים בכלי דוד והכהנים בחצוצרות:

כינר תודה היה לדוד והיו כל הכמי ישראל באין אליו: — ואלה שמות התבורים אשר לדוד

להקים כסא דוד על ישראל ועל יהודה: בנד גדא לתורה ולתעודה:

ויעש דוד שם ותהלה בכל הארץ אשר האירה מכבודו כבוד חכמים: מעשה דוד הנקראים ולו מתרגמינן קרני ראם קרניו בהם ינגח עמים: קרני הוד והדר: עומד בפרץ וגודר גדר: גדר מזה וגדר מזה: מחזה שדי יחזה: ממולת מהור קדוש הוא: דעה יורה מי כמוהו: ה"ה אסנפא רבא ויקירא רישא דדהבא. וזהב הארץ ההיא טובה. לביתא ולווחא. תניא בבחירת' כוותי': הוא נשיא אלקי' בתוכינו: מאור עינינו: נאון עוזינו: הגאון המפורסם: כבן הרסום: המרומם והמהולל זהמשובח והמפואר כבוד תהלתו תהלה לדוד מו"הרר דוד אופנהיים בהקצין מהורר אברהם אופנהיים הרב מדינה נר"ו. ומצודתו היא מצודת ציון עיר דוד קיימו וקבלו יקירי ירושלם תו"ב להיות נשיא עליהם. להוציאם ולהביאם. וכסא דוד מהרה לתוכה תכין בצדק ובמשפט וברהמים. למען יאריך ימים. הוא ובניו בקרב ישראל: עד ביאת הגואל. בב"א:

לשר קת עדרים להפלגות רוב"ן ככולם גדולים הקרי לב לב אריות ונמרים. עיר גבורים גבורי כת כה וגבורה נתן בהם להיות מושלי' בקרב תבל ומלוא'. מלא כל הארץ כבודם במקומם עומד במקום גדולים בהיכל מלכים ושרים. ה"ה ראשי שבטי ישראל שרי צבאות אשר בידם שבט ומטה עוז. ותעצומות לעם קציני מספרי הוד רחני מנהיגי קציני המדינה. תלוי עליהם כל שלטי הגבורים. כולם אהובים כלם ברורים. והמחוברים לטהורים המספלי' בטהורים אשר לכתף השנית חמשה עשרה

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

קלעים קולעים אל השערה העומדי׳ על הפקודי׳ פקוד׳ משמרת להרים עפרת תפארת כסאות לבית דוד כסאות למשפט משפט כתוב הדור הוא לכל חסידיו חסדי דוד הנאמנים. נאמני׳ כל פקודיו ושמעו הולך בכל מדינות. מי ימלל גבורות ותהלות תהלה לדוד אשר רוממהו אלהי המלך דמהוקם מלכין ושלטין השולט בשתי ידיו יד הגדולה ויד החזקה חוג שמים יתהלך בתוך אבני שיש מניע אצל אבני שיש מהור בהור הוא בשחקי׳ מאחז פני כסא כבוד מרום מראשון פרשו עליו ענגו ענן אורו ומשך בקרני הוד הדר לו נאחז בסבך עץ החיים ועץ הדעת יורד ע״פ מדותיו לקצוי הרחי ציון המצוייני׳ בהלכה. שם ירעה ושם ירבץ תורה עם כל פרי מגדים פרדם רמונים הפרד״ס אשר למלך עייל בלא בר נכנס בשלו׳ ויוצא בשלו׳. מגלה עמוקות מוציא לאור כל חתום וסתום לא עממוהו נגלו לו שערי צדק כח מעשיו עשוים באמת וביושר למד דעת העם כל לבבות דורש ימשוך בחן שפתותיו ומתק חכו לא יותן סגור תחתיו ואלהי׳ נתנו ברקיע עוזו להאיר באפילה לנוגה ברק חניתו יראו אור גדול לתת דעת ליודעי חן חכמתא לחכימא לקול תתו המון מים נחל עדניו נחל אשר לא יכזבו מימיו כי לא נצמת בעת יזרב כל צמא לשמוע דבר ה׳ אליו ירוצו מחרוץ תבואתו יבקשנה ככסף וזהב וכמפמונים ישאו הרי׳ משפטו ודינו שלו׳ לעם נוער בים המחלוקת ויחרב. הן כל אלה ראו עיניו וישמח לבינו מדהרות דהרו׳ אביריו המאבר נץ מבינהו. ותצלח רוח ה׳ אל דוד מיום ההוא ומעלה. וראוי להיות עלה ונחעלה בשיר המעלו׳ לדוד ביותרת הכבוד אשר חי׳ מלפנים בישראל אשר בו מתפארים כבונר כרוכי׳ הדורים. בכן אמרנו ועינינו והרכינו את ראשינו בהסכמה מנוי׳ וגמורה שפה אחת ודברים אחדים לחזק טיבותא לרישא מגרמי כרע מודים מודים זימנא כתר זמנא כמודים דרבנן להיו׳ תפארתו עלינו כל הימים להביא לימות המשיח למאור הגולה ולרב מדינה לישב על כסא צדק ומשפט אשר הוכן לו כ״ל ימי היים חיותו יחי לנצח יראה אור גדול לגדל ולחזק כחו כח אז כח עתה כפי משמעות שמרי רבנות שבידו הטהור את כל הכתוב שם לחיים בירושל׳ ועתה יגדל נא כח אדונינו מורינו ורבינו בכל האופנים ביתר שאת ויתר עוז מה שלא הי׳ לפניו לרבנים הקודמים לנהגו בכבדו״ת דשנים ורעננים להגיד כי ישר הוא בכל הכנסות ושכירו הקצוב מימות עולם ושנים קדמוניו׳. לאותות ולמועדים ולימים ושנים. בתוספו׳ מרובה על העיק׳ לנהג נשיאתו ברמה רמה קרנו קרן דוד ושבט מושל בידו להיות מתנשא לכל ראש המדברים בכל מקום למשמעתו כל בני המדינה יהיו סרים. לבל ימרה איש את פיו פי רוחו בשנים. ואם המצא ימצא א׳ מעיר או ממשפחה שתים. אשר יוציא רוחו רוח של נעו״ת המ״רדות לנגדו בעקימת שפתים דהוה מעשה רב לסגוע בדב״ור או בהו״רף חיר״ף פיפיות בניסל הכבו״ד במקום מר״ה מבני מר״י הן בדברי׳ הנוגעים אל הגוף או אל הממון וכ״ש דברים הנוגעים לכבודו כבוד הכסי׳ וירצה ליפול שם קמן משם גדול באמירה גבוה שהיא מסירת הדיום לעשות רווח בין קהלות הדבקים לע״ע ונגרר׳ אחר דגלו. להיות פרוש מר״בי אפי׳ במיעוט קימעא. ענוש יענש האיש ההו׳ למחו׳ לי׳ במילו׳ דמבעי׳ מיני׳ דמים תרתי משמע. והתחייבו את עצמם בכה כל בני המדינה האלופי׳ רוזנים קציני המדינה וחמש עשרה אנש״ים להיות פוסרי׳ צרות וצרות צרות עד עולם מכל מה שהסה יכול לדבר והלב לחשוב ולילך בעובי הקו״רה אחר הבורה עד מקום שידם מגעת להפר עצת ערומים לעקר ולשרש אחריה׳ לקעקע׳ ביצתן ולהוציא עליהם הוצאות בד״י ובד״אה כסדרן ושלא כסדרן להעמיד כבודו במקומו לבל יכנום שום אדם בגבולו אשר גבלו הראשונים לכל דבר שבקדושה ולהעמיד דתו על תלה כאשר הי׳ בתחלה:

את כל תוקף לקיים את האגרת הזאת שנית ושני לראשון לא פוסל ואלה דברי דוד האחרונים מוסיף על הראשונים׳ ההרצו והתחייבו להוד תפארתו תפארת אדם לשבת לאמר פה אשב כי אויתיה באחד המקום אשר יבחור ויפן ממקומו מק״ק נ״ש וינהוג נסיע״תו ברמה ויסע ויבא ויט אהלו אהל בל יצען עם שגל הנצבת לימינו עם כל אשר אליו נספלים. איומים כנדגלים. באיזה מקומן של שבחים שבמדינה. או בעיר ווינא. נומו בתר עיקר׳ שד״נ׳: שיהי׳ בכלל מדינה מדינת מעדרן נחשב. כונן למשפט כסאו ישב. ולא יוגרע כוחו משום ענין בעולם. ויהי׳ מצודתו פרוסה על כל הקהלות

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

תהלות. וכבודו ואפי׳ מקצת כבודו לאחר לא יותן. ולעד כסא כבודו יוכן. להיו׳ שקט ושאנן. ושלו׳ על ישראל ועל רבנן:

וכל מעשה חקפו וגבורתו והדרתו הדרת קודש קיימו וקבלו עליהם ועל זרעם אחריהם ועל כל הנלוו׳ אליהם ולא יעבור ראשי אבות וידעונים. חדשים וגם ישנים. מחזיקים בחזקת ידם יד רמה. בעדי חתימה כ״ורת׳ ברית עלי שב״ח מגדול עוז דוד והכל הולך אחר החותם פתוחי חותם חמש עשר׳ איש על שכותם. ושנים עשר נשיאים לעומתם. ברוך יאמרו. ושלו׳ ירבו. לסדר ויקח ספר הבריית ויקרא באזני העם ויאמרו ונומ׳ נעשה ונשמע ד״ג שבט **אית**ז מושבו לפ״ק. סה ק״ק ברודא החמודה:

b) Übersetzung

Und es eroberte DAVID die Feste Zions, das ist die DAVIDS-Stadt.

Und die (Geistes)-Riesen der DAVIDS-Stadt sahet ihr, daß ihrer viele sind.

Und es war am Morgen und sie zogen aus auf das Feld zur festgesetzten Zeit DAVIDs.

Durch die Hand DAVIDs errettete er sein Volk Israel.

Und DAVID ist Fürst über sie fürderhin in Ewigkeit / am Orte der Feuerflammen / der Herrlichkeit DAVIDs / sich zu bedienen des Thrones / der geweiht ist von diesen Tagen an bis in Ewigkeit / geschrieben und gesiegelt mit Siegeln / für ihn / unseren Herrn / den Gottesfürsten unter uns. Auf dem Berge Moriah – der Weisung – / erschien dem DAVID / der vorbereitet ist zur Stätte DAVIDs.

Und es standen die Leviten mit den Instrumenten DAVIDs und die Priester mit den Trompeten.

Und es war im Herzen DAVIDs, den Bau aufzuführen für den Gott Israels.

Und es war sein Herz vollkommen mit Gott, wie das Herz DAVIDs.

Und dies sind die Namen der Werke DAVIDs.

Eine Dankharfe hatte DAVID und alle Weisen Israels kamen zu ihm.

Zu erheben den Thron DAVIDs über Israel und Jehuda! Ein segenspendendes Zeichen für Lehre und Offenbarung!

Und DAVID erwarb sich Namen und Ruhm auf der ganzen Erde / die erglänzt von seiner Herrlichkeit / der Herrlichkeit der Weisen.

Die Heldentaten DAVIDs / die da zu lesen sind / wohl verständlich / die Stärke des Einhorns – das Völker angreift – ist seine Stärke / Stärke voll Anmut und Lieblichkeit / in der Bresche steht er / mit dem Zaune umzäunend / ein Zaun von hier – ein Zaun von da / die Erscheinung des Allmächtigen schaut er / heilig des Salzes der Reinheit voll / Einsicht lehrt er – wer kann ihm gleichen / das ist das teuere, große Juwel,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gefaßt in Gold / und gut ist das Gold dieses Landes / für uns hier und für Entlegene / das erlesenste Traditionsgut ist seine Lehre / ein Gottesfürst ist er in unserer Mitte / eine Leuchte unserer Augen / unserer Herrlichkeit Macht / der berühmte Gaon / der glänzende / der erhabene, hochberühmte, gefeierte und gepriesene / seines Ruhmes Herrlichkeit / die Herrlichkeit DAVIDs / Rabbi DAVID Oppenheim Sohn des hochangesehenen Rabbis Abraham Oppenheim / Landesrabbiner / seinen Machtbereich / den Machtbereich der Zionsstadt DAVIDs nahmen für sich in Anspruch die Edlen Jerusalems – das bald wiedererstehen möge! / daß er sei ihr Fürst / auf dessen Geheiß sie ihre irdische Lebensbahn einrichten / und der Thron DAVIDs werde bald dort errichtet mit Recht, Gerechtigkeit und Erbarmen / möchte er doch lange leben! / er und seine Söhne in Mitten Israels / bis zur Ankunft des Erlösers / bald in unseren Tagen / Amen!

Beim Flötenspiel der Herden / in der Versammlung der Menge die alle vertritt / der Großen forschenden Herzens / deren Herz ist wie das des Leus und Pardels / Stadt der Gewaltigen / gewaltig an Kraft / Kraft und Stärke verlieh er ihnen, auf daß sie herrschen in Mitten der Welt und ihrer Fülle / voll ist die ganze Erde ihrer Herrlichkeit / die da ruht an ihrer Stätte / an der Stätte des Großen / im Palaste der Könige und Fürsten / das sind die Häupter der Stämme Israels / die Fürsten der Heerscharen / in deren Händen das Szepter ist und der Stab der Macht / die Stärke des Volkes / die Vornehmen / die in Anmut Gewaltigen / die Mächtigen / die Führer der Vornehmen des Landes / ob ihnen hängen alle Schilde der Helden / sie alle geliebt – sie alle klar / und die sich Anschließenden an die Reinen / die den Reinen Verbundenen / denen an der zweiten Pforte fünfzehn Vorhänge sind / die unfehlbar ihr Ziel treffen / die gesetzt sind über die Ämter / das Amt des Hütens / zu erheben die Krone der Pracht / die Throne des Hauses DAVIDs / die Throne des Rechts / des Rechts – das da geschrieben / Herrlichkeit ist für alle seine Begnadeten / die Gnade DAVIDs – die wahrhaftige / wahrhaftig sind alle seine Dienstanordnungen / sein Ruhm geht in alle Lande / wer schildert seine Gewalt / wer seinen Ruhmessang / Ruhmessang DAVIDs / den erhoben haben die Königsmächte / die gesetzt sind über Könige und Machthaber / der da Macht hat über beide Hände / Hand der Größe – Hand der Stärke / Himmelskreis wie wandelnd zwischen Marmorsteinen / an Marmorsteine heranreichend / reiner, klarer Himmel / der da hält den Thron der Herrlichkeit – den ersterhabenen / über den ausgebreitet ist die Wolke, die lichtvolle / er zieht an sich durch Strahlen der Huld Herrlichkeit / hält sich an dem Geflechte des Baumes des Lebens und des Baumes der Erkenntnis / läßt sich herab in seinen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Eigenschaften an die Enden der Zionshöhen / die ausgezeichnete Stätte des Gesetzes / dort übt er sein Hirtenamt aus / dort verbreitet er die Lehre mit allen ihren köstlichen Früchten des Granatäpfelbaumes / des Haines, der nur offen steht dem Könige / der heil ihn betritt und heil ihn verläßt / der da enthüllt das Verborgene / ans Licht bringt alles Versiegelte und Verschlossene / ohne Gleichen / die Pforten der Gerechtigkeit sind ihm geöffnet / die Gewalt seiner Taten beruhend auf Wahrheit und Redlichkeit / er lehrte Einsicht das Volk / alle Herzen prüft er / durch die Anmut der Lippen und die Süße des Gaumens an sich ziehend / kein Verschluß gilt ihm gegenüber / der Allmächtige versetzte ihn in Himmelshöhen / zu leuchten im Dunkel durch Blitzesfunkeln seines Schildes / auf daß sie sehen das Große Licht / Einsicht zu vermitteln den die Anmut Begreifenden / Weisheit den für sie Empfänglichen / mit einer Stimme gleich dem Treiben der Gewässer / des Baches der Lieblichkeit / des Baches untrüglicher Gewässer / der nicht schwindet, wenn andere schrumpfen / Jeder darnach dürstende, zu hören das Wort des Ewigen, eilt zu ihm / sucht ihn auf wie Silber, Gold und verborgene Schätze / hochragende Höhen tragen seinen Richterspruch / Friede dem Volke! / dem im Meere der Streitsucht ringenden / er trocknet es aus / siehe! / alles das sahen seine Augen / unser Herz freut sich an der Jagd der Gewaltigen / wo seine Einsicht den Falken emporsteigen läßt / des Ewigen Geist durchdrang DAVID von diesem Tage an und ferner / da geziemt es sich, sich zu erheben im Stufengesange DAVIDs / mit dem besonderen Stolze, der Israel vordem zu eigen war / dessen sich rühmten die Einsichtigen / die Vornehmen in weiten Gemeinden.

Darum sagten wir und sprachen / indem wir in völliger Zustimmung aller zur Zählung Berechtigten aus einem Munde in einem Ausdrucke Kund gaben / daß wir: die Füße unseres Organismus dem Haupte die Wohltat erwiesen / einmal um das anderemal im Sinne unserer Weisen dafür dankten / daß seine Herrlichkeit bei uns weile alle Tage / einbezogen auch die Tage des Messias / als Licht des Exils und Rabbi unseres Landes / zu sitzen auf dem Throne des Rechts und der Gerechtigkeit / der der für ihn errichtet ist für alle Tage seines Daseins – in Ewigkeit sehe er das Licht das Große / und seine Macht zu stärken / die Macht, wie ehedem – so heute / im Sinne der Rabbinatsbriefe, die in den Händen seiner Reinheit sind / genau so wie alles dort enthalten ist zum Leben / und nun sei erhoben die Macht unseres Herrn / unseres Lehrers und Rabbis / in jeder Hinsicht / in denkbar wirksamster Weise / wie es nie zu Teil wurde noch einem Rabbi vor ihm / ihm zu erweisen jegliche Ehre der Fülle und Frische / womit gesagt ist, daß er ist im Vollbesitze aller Einnahmen und Bezüge / festgesetzt seit jeher in längst vergangener Zeit / für Zeichen und Feste / für Tage und Jahre / auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wenn überwiegt das Außerordentliche über das Festgesetzte / und damit er führen könne seine Herrschaft / hoch erhaben sein Horn / Horn DAVIDs / das Herrschaftszepter in seiner Hand / daß er erhoben sei um Haupteslänge über alle, die sprechen dürfen / an jedem Orte / damit gehorchen alle Einwohner des Landes seiner Weisung / und niemand ihm entgegen sei mit Worten widerspenstigen Geistes / sollte sich jedoch finden einer aus einer Stadt oder zwei aus einer Sippe / den sein Geist – Geist der Widerspenstigkeit verführt zum Spitzen der Lippen / was allein schon als Frevelgeist gilt / als Angriff mit Rede und als vollgültige Handlung mit Hintansetzung der Ehrfurcht vor dem Lehrer / ob sich das nun beziehe auf Dinge den Körper berührend / oder das Vermögen / oder gar seine Ehre / die Ehre der Weisen / und sich erfrecht zu erwerben einen – niedrigen – Namen auf Kosten eines erhabenen / durch Reden gegen das Hohe / durch Profanisieren / um herbeizuführen eine Spaltung zwischen den jetzt vereinigten Gemeinden, die seiner Fahne folgen / so daß sie sich, wenn auch nur im Geringsten vom Rabbi trennen / dann soll gestraft werden dieser Mann / gezüchtigt an Gut und Blut / und es verpflichteten sich mit Vollmacht aller Bewohner des Landes / die Vornehmen – die Vorsteher des Landes – und dazu fünfzehn Männer / fern zu halten alles Ungemach / das aussprechbare und ausdenkbare / und nachzustreben mit allen Mitteln dem göttlichen Geheiße / soweit nur menschliche Kraft reicht / solch frevelhaftes Planen zu Nichte zu machen / es von Grund aus mit der Wurzel zu vertilgen / alle nur erdenklichen Mittel dagegen in Anwendung zu bringen / damit wieder in ihre Rechte eingesetzt werde seine Ehre / auf daß niemand in seinem Bereiche – abgegrenzt von den Altvordern – eindringe in einer Angelegenheit der Heiligkeit / und wieder eingesetzt werde seine Satzung wie sie früher bestimmt war.

Mit jeglicher Stärke zu bestätigen diesen Brief / den zweiten / der dem ersten keinen Abbruch tut / sind dies die späteren Worte DAVIDs / die hinzugefügt sind zu den früheren / sind gewillt sich zu verpflichten seiner erhabenen Herrlichkeit gegenüber / falls er sich äußern sollte: Hier gedenke ich zu wohnen / an einem der Orte, den er sich erwählt / und er will sich entfernen von seiner Stätte / der Gemeinde Nikolsburg / und beschließt, sich zu entfernen und sein Gezelte aufzuschlagen / mit seiner Gattin, der Gefährtin zu seiner Rechten / nebst allen, die ihm angehörig sind / furchtbar wie Gepanzerte / an einem hochberühmten Orte des Landes / oder auch in der Stadt Wien / betrachten sie die Tatsache seiner persönlichen Anwesenheit als Angelegenheit minderen Gewichtes und sehen es an, als wohnte er im Lande Mähren / und als säße er auf dem vorbereiteten Richterstuhle / und es werde seine Macht nicht im Geringsten dadurch geschmälert / und es erstrecke sich sein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bereich auf alle hochberühmten Gemeinden / und die ihm gebührende Ehre werde – auch nicht zum Teile bloß – einem anderen verliehen / vielmehr sei sein Thron auf ewig gegründet / auf daß er sicher und ungestört sei / und Friede über Israel und seine Lehrer!

Und diese ganze Machtbefugnis, Stärke und schuldige Ehrerbietung seiner heiligen Herrlichkeit gegenüber nahmen auf sich und auf ihre Nachkommen und auf alle, die ihnen folgen / – und nicht werde es übertreten – / die Häupter der Stammhäuser / die Einsichtigen / der neuen und alten / die Kraft verleihen durch die Kraft ihrer Hände / der erhobenen / mit ihrer Unterschrift den Bund schließend mit dem hochberühmten DAVIDsturme / alles schließt das Siegel / geschnittene Siegel / die Namen der fünfzehn Männer / und gegenüber zwölf Vorsteher / zu sagen: Gesegnet! / und reden: FRIEDEN! / als zur Verlesung gelangte der Abschnitt, der den Satz enthält: er nahm das Buch des Bundes und las vor dem lauschenden Volke... und sie sagten: wir wollen tun, wir wollen hören!

23. Schwat 461 nach der abgekürzten Zeitrechnung.

Gegeben in dem anmutigen Brod.

II.

Wahl zum Rabbiner von Prag.

a) Text

ודוד חנור אפוד בד קדש ילבש לביש מדא כמדתו מדת חכמים כן הוא בארבעים מאה הוא פובל ותבר נזיזי דברדא ונחית חד חד סכינא חריפא מפסק קראי קא דריש ואיבעית אימא סברא וגמרא גמור זמורתא זמרא דפומא שרי עורבא ואסר יונה עד מבלעתו דבלע מיא עקולי ופשורי דאסקי מעכו לנמרים מהררו עד שחו גבעות עולם הליכות עולם לו בלמד ואלף בינה נתנה באדם **דוד** משוח בקרן היובל יעלה בהר ה׳ ויקום במקום קדשו קדש לה׳ בחד שיטה ואוירא דארעא דישראל המחכים מקור חיים תורת חכם גבר בעוז פניו ישונה שינוי דהדר הדרא ליה תמני סרי דארי חיבורי חבר הכיני והאמתי אשר מדד בשאלו אמת הבנין שבידו מגיע לאמת הזכי ופותח כוין פתיחין ליה בעליתי׳ עליה לגבוה סליק ויתיב אריש דדקלא דקל סב וחצב חצובה דמקטע רגליהון דרשיעא בשבט אברתו חרוץ בירקרק מיעוט אחר מיעוט לרבות רבי כל מילי מיטב הוא ניהו רבה ורב ליהודים ועטרת תפארתם בראשו ככר זהב משקלה וישימו על ראש

דוד

דוד דמצער נפשיה ברחמי טובא דשמע ואדיש דשבנהו דיוש אמצרי דהוה חזקה שיש עמה תאנה וגפן ורמון וזית שמן ששמנו אגור אגרא מרפסן משמעתתי׳ דמבדרין בעלמא דקשום שנים עשר וקילופו דקליף שיעורין אתת ואוכל ומולל מלילות ברור מילולו ומפרך פריך בכולו פהור הוא ומשרתיו שואלים שאילתא לעילא מרבי דמן נוי וכח ועושר שמור לבעליו לראיתו רעיא מהימנא רואה נאמן רוח מכסה דבר ובעל כנפים כנפי יונה גם חמידה בשמים תתן קולו קול לו קול אליו כלומר

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

אתו עמו במחיצה מה מחיצה גודא וסתם גדר של אבנים אבני נזר המתנוססות גם בתוך נם ורגלו עלינו אהבה ויראה מילתא זוטרתא הוא תפלה לדוד שמרה נפשו כי חסיד הוא ומתחסד עם קונו זחשב עם קונהו מחשבה הטועלת מעלה עשו בקדשי הקדשים קדשי הגבול שגבלו ראשונים מכלל דאיכא אחרונים אחרון אחרון נזכר עשה לנפלאותיו פלאי פלאות דחזי פיל דעייל בקופא מלבר עייל בלא בר משביר לכל הארץ הוא השליט בתורתו וגדולתו על כל יושבי תבל ושוכני ארץ מערהרין זמצודתו פרוסה על כל החיים ק״ק בריסק דליפא וסביבותיה תהתון ועליון הוא ארץ אשר עיני ה״ אלהינו בה צבי לכל הארצות דכתיב ביה עליה שיר המעלות

לדוד

דוד דמריד ליביה מור עובר תמידין כסדרן סדרא רבה וזוטא ומוספין תוספות מרובה על העיקור אתונפי״ שלו ידידי״ קהלת דמקהיל קהלות ברבים ודורש כמין חומר חומרתא דמדושא דבר יום ביומו יתן זכרו כיין לבנון דמלבן לבוני אמת יהגה חכו חיך אוכל יפעם דבש ונופת אמריו אומר מותר השמן שבנר מצוה ותורה אור בהיר כשחקים. זכרו לעד יעמוד עד נקוקים יקים לקול הציפור לו בתר בתרייתא עדיפא מקמייתא קמא קמא דמטו אייתו לקמייהו בשרא שמינה כי רבה ומנרמי גרמי וגרמא בגזקין דבי רבי דחנא עשרים וארבעה אבות מכלל דאיכא תולדות תולדותיהן כיוצא בו ולא בפסול מחמת לינה ויוצא חוץ למקומו וחוץ לזמנו זמן נקט פסקי פסקי עירים ערסו ערס ביזל הלא היא ברכת בני עמינו עם ה׳ אלה העומדים על הפקודים אנשי שם קריאי מועד המתועדים עדה ועדים ויתנו את מספר מפקד העם

לדוד

הלא זה דוד אשר יענו לו במחולת מחול הכרם שורות שורות אגודות בכבודם וידיו מלוחלחת לח לח והבור נצוק אשר יצק מים על ידי הגדולים עד כי דוד הגדיל תושיה הפליא עצה מרחק אומן מוצנע מופלא מכוסה. ורבתי בדעות לדעת את ה׳ כשחר נכון מוצאו אשר לא יכזבו מימיו הנאמנים עליו עדיי״ן לא הגענו לחצי שבחו שבח המגיע לכתבים וישבחא דמרן אי אפשר לגמור ולסיים כולו שלו בפניו המאירת פנים שוחקת להגדה פעם מסבירת להלכה מרוחת בישראל רוהא לבסימא דבסים תבשילי״ דבבלאי הבלול במקרא ומשנה תלמוד הלכות והגדות ספרא וספרי ותוספתא דמוסיף מכ״ל על הנ״ודש גדישין דשיעורן דישראל דמסתרין בהו טמיר ונעלם שתי פעמים מקויימים מסויימים מסיים מסכת דיומא לרבנן כדקמו ממתיבתי״ נסוצו תלמידי״ גליסייהו וכמא אבקא ליומא כעב הענן ממקרקעי או ממפלסלי דניידי בארץ נוד קדמת עדן עדנא דקביע לי״ ביה מדרשא מדרש לפרושי״ פירוש כסות וכנפים המגיעים

מגן דוד

נקהלו אל עמק הברכה כי שם ברכו את ה״ לרבות ת״ח קהל וישראל ועדה הרי כאן שלש כיתות זהן כת אחת לה״ שמה . הנפה והרמה . ואצטריכו להו שעתא מאן ליתוב בראש הוסיות יקרא קריאה ודבור נחת הפרנס ומנהיג קצין נגיד ומצוה לעמו הנעלה כה״רר שמואל טויסק ר״ה וסריאמ״ת יהגה חכו מאסף לכל המחנות הם העומדים על הפקודים ראשים קצינים ושופים ומבוררים ועיקורים וקציגים בעלי תיבה הן וסופריהן והרבנים המופלגים דייני מורה שוה יב״ד רבה וב״ד זוטא ודייני קרקעות וגבאים דת״ת וגבאים צדקה וממונים ברחוב וממנונים בשוק וחמשה עשר בעלי סכומות יקרים ונכבדים אוהבי שרידים אשר ה״ קורא אותם למועד דוד ונתנו ונחנו בדבר שלא להיות כבירה בלא מנהיג ולהרים המצנפת והעטרה בראש דוד ויען אחד מהקציגים ויאמר הנה ראיתי את דוד בן איש אפרתי מבית לחם היודה יודע נגן וגבור חיל ואיש מלחמה ובבון רבר ואיש תואר וה״ עמו הלכה כמותו בכל מקום וכנור תלוי למעלה ממדתו של דוד ולקח דוד הכנור בידו ויוח לשו״אל כענין הוא הגאון המובהק מבחין בין כהה לבהק המפורסם בכל התפוצה מן הקצה אל הקצה כמוה״ר

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

דוד אופנהיים אב״ד ור״מ דק״ק ניקלשפארג וכל מדינות מערהרין יע״א בהקצין המפורסם כמהר״ר אברהם אופנהיים זצ״ל הוא יהיה לראש קריה נאמנה לאב״ד בקהילתנו נמנו וגמרו ועמדו למנין וגמרו העניין. לכבוד תורה הנקניח ברכוש וקנין. הוא ישכון כבוד בינינו על משך ששה שנים רצופים. ויגין עלינו כצפרים עפים. וכל חלוקת כבוד הוד והדר אשר היה לכל הגאונים. אבות בתי דינים הקודמים מאז נהייתה לעם לא יוגרע כוחו בשום ענין שבעולם ואפילו קוצו של יו״ד ממנו ואדרבה להוסיף על המאורת באנו. וכמו כן לענין שכירות והספקה מרוחח מנת דלמקדמין יתיהב לכל הגאונים הרבנים כן ינתן לו. ושאר הבנסות הנהוגים בקהלתנו יהיה מה שיהיה קטן וגדול שם הוא מכל אשר ימצא לו בראוי ובמוחזק. חצי והיתה לאהרן וכו׳ מחצה להוד אדונינו מו״ר נר״ו ומחצה להגאון הר״מ נר״ו גם חרשות נתונה בידו להלות מעותיו בעיסקא ויהיה פטור מכל מסים וברדאן ונתינות שבעולם ובשום שארי משא מתן ינהג עצמו כרבנים הגאונים הקדמונים שלא עסקו בשום משא ומתן בעולם כן ינהג גם הוא. ונתון הכסף וקם לו ואליו הסמוכים לעד לעולם עשוים באמת וישר אל יעצור אותו ואותנו ויטהר חיש קל ביאתו לכאן לשלום הלא טוב הארץ לפנינו. ומעתה תפלתנו פני ה׳ אלהינו צמח דוד מהרה יצמיח וקרנו ירים בישועת חכמה ודעת ויראת ח׳ היא אוצרו עוצר רחם רחמי שמים מעל ומתחום רבצת תחת. ובאור פני המנורה הטהורה נראה אור עד יקבץ יהודה ואפרים אחת אל אחת. המפוזרים כבמזרה ורחת. ויבנה ירושלים עיר הקודש בימיו ובימינו ויכנס ישראל הנידחת ודוך בראשם ויחי עוד לנצח ולא יראה השחת הן חיום ברביעי בשבת מסדר ושא את מספר שמותם עשרים ושתה יום יום לחודש אייר בקדושים לפ״ק אלה דברי העומדים על הפקודים כל בעלי התמניות דקהילה קדישא ומפוארה פראג יע״א עיר ואם בישראל הפותחים והותמים במנן דוד

b) Übersetzung

Und DAVID bekleidet mit dem heiligen Linnenmantel / bekleidet mit dem Gewande / ihm angemessen / der Weisen Maß – das ist es: vierzig Seah / darin taucht er unter und zerbricht Eisesschollen / er steigt empor mit einem starken scharfen Messer / das zu spalten vermag Bibelverse / die er deutet / doch auch des Talmuds Meinung beherrscht er / wie der Sänger den Gesang seines Mundes / so daß er erlauben kann zum Genuß den Raben und verbieten die Taube / die Wasser schlürft / Wasser – wenn auch getrübt und lau / das hervorkommt von Ako zu den Hochgebirgen / bis die Höhen der Welt erniedrigt sind / der Welten Sphärengang ist ihm / durch würdiges Studium ward Einsicht dem Menschen DAVID / gesalbt aus dem Horne des Jobel / er wird emporsteigen auf den Berg des Ewigen / stehen auf der Stätte seiner Heiligkeit / der Heilige des Ewigen / auf einer Stufe / und der Lufthauch des Landes Israel / der da weise macht / die Quelle des Lebens / die Lehre der Weisen überwältigt mit Macht sein Angesicht / es verändert sich in eine Änderung / die wiederum weicht / achtzehn Reihen vereinigter Genossen / der da die Wahrheit vorbereitet / der gemessen hat mit seinem Lot / mit der Bauelle in seiner Hand / gelangte zur freisprechenden Wahrheit / geöffnet hat Fenster / die geöffnet sind im Oberstocke / dem hochgelegenen / wo er hinaufsteigt / und sich niederläßt im Wipfel der Palme /

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der guten Palme / und bricht aus einen Steinbruch / der da zerschmettert die Füße der Übeltäter / mit dem Szepter der Schwingung aus grünlichem Golde / eine Minderung nach der anderen / deutend auf Vergrößerung / Mehrung aller guten Dinge / deren Inbegriff ER ist / der Große / der Rabbi der Jehudim / die Krone der Herrlichkeit auf seinem Haupte / ein Goldkikar an Gewicht / sie legen sie auf das

Haupt DAVIDs.

DAVID müht seine Seele sehr mit Flehen um Erbarmen / hörte und schwieg / ward zurückgeführt / an die Umgrenzung / fürwahr ein Besitz voll der Feigen, Trauben, Granatäpfel und Oliven / deren Öl wohl gesammelt ist / ein Lohn – verbreitet / Lehren zerstreut in der Welt der Wahrhaftigkeit / zwölf sind sie / und ihre Schale abgeschält / nach Maßen / eine ist sie, die man ißt / und Reden bildet er / klar ist seine Rede / und seine Fragen spalten / aber ganz ist er rein / und seine Diener / fragen eine Frage / in den Höhen der Lehre / Schönheit, Kraft, Reichtum ist für ihre Besitzer wohl verwahrt / offen vor seinem Blicke / der getreue Hirte / treuen Geistes / der da verbirgt / wie mit Flügeln versehen / Flügel der Taube / auch der gottesfürchtige Vogel / im Himmel erhebt er seine Stimme / die Stimme gilt ihm / die Stimme erreicht ihn / sie ist mit ihm in der Umfriedung / die umgeben ist vom Zaune / dem Zaune gewöhnlich aus Steinen / Steine der Krönung in Bewegung begriffen / Wunder enthaltend Wunder! / Flaggen / seine Flagge bedeutet uns Liebe / und Fürchten – ist es etwas Geringfügiges? / das ist das Gebet DAVIDs / bewahre seine Seele! / denn ein Frommer ist er / der Liebe bewahrt seinem Schöpfer / der Gedanken widmet seinem Schöpfer / Gedanken wirksamer Art / von der Erhabenheit / gewidmet dem Allerheiligsten / den Heiligtümern in den Gebieten / die umgränzt die Uralten / doch gibt es auch Spätere / deren gedacht wird nach dem Range / seine Wundertaten vollführte er / Wunder über Wunder! / das Riesentier das durchs Nadelöhr geht / der mit Unterhalt versorgt die ganze Erde / das ist er, der gebietet kraft seiner Lehrgewalt über alle Erdenbewohner / und Einwohner des Landes Mähren / sein Machtbereich ist ausgebreitet über alle, die da leben in der Gemeinde Brisk-Litauen und Umgebung / die oben und unten / das ist das Land, auf das gerichtet sind die Augen des Ewigen / die Herrlichkeit aller Lande / bei dem geschrieben steht: Emporsteigen! /

Stufengesang DAVIDs.

DAVID / unbeugsamen Herzens / ein ununterbrochener Zirkel / der Ordnung nach / große Ordnung und kleine / Zusätze den Grundgehalt überwiegend / sein Leinengewand / der Gottesgeliebte / Sammler / der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

da versammelt Versammlungen der Menge / der da bedeutet die Art der Rätselhaften / Schwierigkeiten gesiegelt / Tagewerk jeden Tages / erhält das Gedenken lebendig / wie Libanon-Wein / der weiß ist und weise macht die nach Wahrheit Strebenden / die seine Kehle spricht / und der Gaumen, der den Geschmack fühlt von Honigseim in seinen Worten / wie der Rest des Öles im Leuchter / dem Leuchter der Gebote und Lichte der Lehre / das durch die Himmel strahlt / sein Andenken bleibe bestehen in Ewigkeit! / bis die Felsspalten sich füllen / auf die Stimme des Vogels hin / die Späteren übertreffen stets die Vorangehenden / die jeder darbringen vor sie wohlschmeckendes Fleisch und gründende Knochen / wie Verursachung von Schäden, von denen wir im Lehrhause lernten / es gibt ihrer vierundzwanzig Hauptgattungen / woraus sich ergibt, daß Unterabteilungen sind / Unterabteilungen ihres Gleichen / nicht sei es ungiltig durch Übertretung der festgesetzten Zeit und Ortes der Darbringung / der Zeit, die bestimmt die Abschnitte / sein Lager – ein ehernes Lager / ist in der Menge der Volkssöhne / des Gottesvolkes / das sind die, die ihrem Amte vorstehen / Männer von Namen / gerufen zur Versammlung / da sich versammeln / Gemeinde / Zeugen / die ergeben die aufgetragene Zahl /

Volk DAVIDs.

DAVID ist es / dem man zujubelt im Reigen / im Reigen des Weinbergs / in dessen Reihen / Versammlungen in ihren Ehren / seine Hände sind feucht / der Flüssigkeitsstrahl verbindet / den er dienend gegossen auf die Hände der Großen / bis groß geworden war DAVID / groß in der Hilfe / wunderbar im Rate / der Meister aus weiter Ferne / verborgen in wunderbarer Abgesondertheit / gewaltig an Einsicht / zu erkennen den Ewigen / wie der gerüstete Morgenstern sein Aufgang / wie der Quell, dessen Wässer nicht versiegen / die wahrhaftige Zeugen sind für ihn / dessen Ruhm wir noch nicht zur Hälfte beschrieben / der Ruhm, der niedergeschrieben wird / den zu verkünden nicht möglich ist / auch nicht vor seinem leuchtenden Angesichte / das die Hagada zum Lächeln bringt / das mit einleuchtenden Gründen die in Israel verbreitete Halacha mitteilt / die Wohlgeschmack erzeugt / wie wohlschmeckende Speisen der Babylonier / geballt aus Bibel, Mischna, Talmud. Halachoth und Hagadoth, Sifra, Sifre, Tosefta / hinzugefügt von allem zum Hochaufgehäuften / worin die Geheimnisse Israels verborgen sind / verborgen und bedeckt / zweimal erfüllt und festgesetzt / abgeschlossen der Tagestraktat der Gelehrten / die sich erhoben vom Lehrhause / der Schüler / die sich zerstreuten / die ihre Gewänder dahinschleppten im Staube / daß sich erhob am Tage ein finsteres Gewölke / vom Erdboden aus / oder wie von gewaltigen Scharen / die sich bewegen im Lande / gegen den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Osten des Wohles / wo er sein Lehrhaus gegründet hat / für die Lehren der Erklärenden / die Erklärung / das Flügelgewand das schützende / Schild DAVIDs.

Sie versammeln sich im Tale des Segens / denn dort segneten sie den Ewigen / neben dem nur noch gedacht werden darf der Gelehrten / Versammlung, Israel, Gemeinde / dreierlei scheint es / und ist doch nur eines / für den Ewigen daselbst / Schwingung und Erhebung / das Gebot der Stunde / wer leite die Versammlung / rufe – was zu rufen / rede mit Gelassenheit / der leitende Vorsteher / der Angesehene / der seinem Volke Gebietende / Rabbi Samuel Taussig / Oberhaupt der Gemeinde / Primas / die Frucht der Wahrhaftigkeit schmecke sein Gaumen / der versammelt hat alle Lager / alle Amtsvorsteher / sämtliche im Amte Eingesetzten / sie und ihre Amtsschreiber / und die ausgezeichneten Rabbiner aller Gerichtshöfe / die Vorsteher der Lehrhäuser / die Vorsteher der Zedokoh / die Aufseher über die Straße und die Aufseher über den Markt / und fünfzehn Haushaltungsvorstände / teuere / hochgeehrte / Freunde der uns Verbliebenen / die ruft der Ewige zur Festversammlung für DAVID / und verhandelten in der Angelegenheit / es bleibe nicht wie die Feste ohne Führer / zu erheben Inful und Krone auf das Haupt DAVIDs / da sprach einer der Vornehmen / siehe! ich sah DAVID, Sohn des Mannes aus Ephros / dem judäischen Betlehem / sangeskundig / Heeresheld / Kriegsmann / verständig / von erhabener Erscheinung / der Ewige ist mit ihm / die Gesetzesentscheidung richtet sich nach ihm in allen Stücken / und über DAVIDs erhabenen Eigenschaften hängt eine Harfe / die Harfe nahm DAVID in seine Hand / und ein beruhigender Geist ergießt sich über den, der fragt nach einer Entscheidung / das ist der hochberühmte Gaon / dessen Scharfblick kein noch so geringer Unterschied entgeht / der berühmt ist allenthalben / vom Ende der Erde bis zum anderen Ende / Rabbi DAVID Oppenheim / Oberrabbiner und Talmudhochschulhaupt der Gemeinde Nikolsburg / und des ganzen Landes Mähren / Sohn des bekannten Vornehmen, Rabbi Abraham Oppenheim s. A. / er sei das Haupt der getreuen Stadt / Oberrabbiner in unserer Gemeinde / so besprachen sie, beschlossen sie, stimmten ab und vollendeten die Sache / zur Ehre der Lehre, die zu erwerben ist wie Reichtum und Besitz / er wohne in Ehren bei uns sechs Jahre ununterbrochen / und schirme uns wie Vögel im Gezweige / und jegliche Zuteilung von Ehren in der Würde des Ansehens / die alle Geonim hatten / die Oberrabbiner seit jeher – seit es ein Volk gibt / werde seine Macht nicht geschmälert in irgend einer Beziehung / auch nicht um ein Jota / im Gegenteil – wir kommen, um dazu hinzuzufügen / und ebenso in Bezug auf Entlohnung und ausreichende Einnahmen /

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nach Maßgabe – wie allen Geonim früher gegeben wurde / so werde ihm gegeben / und alle übrigen Einnahmen – so gebräuchlich sind in unserer Gemeinde / sei es was immer – großes oder kleines / alles worauf er Anspruch hat seitens Gebühr und Besitz / gehöre die eine Hälfte unserem Herrn / und die Hälfte dem Gaon – dem Haupte der Talmudhochschule / auch hat er die Erlaubnis, sein Geld zu verleihen mit Gewinnbeteiligung / und sei befreit von allen Steuern, Abgaben und Beitragungen jeglicher Art / aber in jeder anderen Art von Beschäftigung halte er sich an die Weise der früheren Geonim / die keinerlei wie immer geartetes Geschäft betrieben / so halte auch er es! / das Geld werde gegeben und gehöre ihm / angeschlossen für immer und ewig / gemacht nach Wahrheit und Rechtlichkeit / nicht halte er sich und uns auf / sondern schnell eilends beschleunige er seine glückliche Ankunft / ist doch das Beste des Landes vor uns / Und von da ab geht unser Flehen vor dem Ewigen / der Sproß DAVID möge baldigst ersprießen / erhebe sein Horn zur Hilfe durch Weisheit und Einsicht / und Gottesfurcht ist sein eigener Schatz / die herbeigeführt des Himmels Erbarmen von oben und aus dem Abgrunde, der unten lauert / und im Lichte der reinen Leuchte werden wir sehen Licht bis gesammelt sein wird Jehuda und Efraim / die zerstreut sind wie mit Worfel und Schwinge / und erbaut werde Jerusalem – die heilige Stadt in seinen und unseren Tagen / und es ziehe ein das zerstreute Israel / und DAVID an ihrer Spitze / er lebe in Ewigkeit und müsse nicht schauen die Unterwelt!

Gegeben heute, Mittwoch des Wochenabschnittes, in dem es heißt: Und erhebe die Anzahl ihrer Namen / 26 Tage im Monate Ijjar 462 nach der abgekürzten Zeitrechnung / das sind die Worte derer, die eingesetzt sind in ihre Ämter / alle Würdenträger der heiligen Gemeinde, der hochberühmten PRAG / Mutterstadt in Israel / die beginnen und schließen mit dem

Schilde DAVIDs.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Oppenheims Wahl zum Landesrabbiner von Mähren

(natürliche Größe).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main



Oppenheims Wahl zum Rabbiner von Prag

(etwas verkleinert).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main